This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

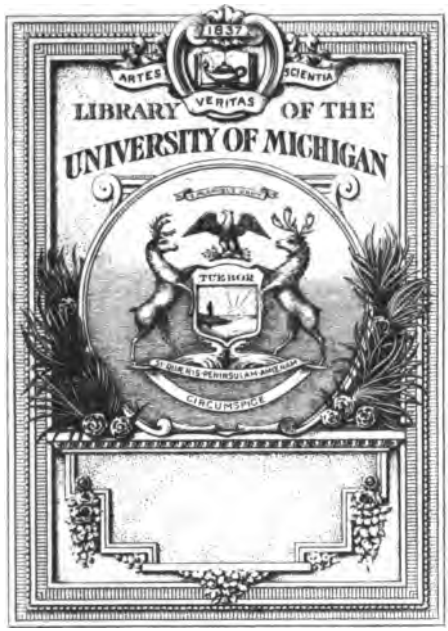
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.


1837
ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
CIRCUMSPICE

D
2
.D49

Deutscher Geschichtskalender 1893

1

Deutscher

Geschichtskalender

für 1893

Sachlich geordnete Zusammenstellung

der

politisch wichtigsten Vorgänge im In- und Ausland

Von

Dr. Karl Wippermann

Erster Band

F. Bl. 17174

Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow
1893

III B.
111

Inhalt.

Das deutsche Reich und Preußen.

Erster Abschnitt: 2. Session des 8. Reichstags.

Seite

Finanzielle Angelegenheiten.
I. Reichshaushaltsetat für 1893—94.
1. Zweite Beratung.
Etat des Reichstags 1
Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei. (Die Handelspolitik) 1
Etat des Reichsamts des Innern.
Ausstellung in Chicago 2
Notstandsfragen 2
Ueber die Sozialdemokratie 2
Sonntagsruhe 7
Unterstützungswohnsitz 7
Währungsfrage 7
Tarifwesen 7
Notstand der Landwirtschaft 8
Handelsvertrag mit Rußland 8
Alters- und Invaliditätsversicherung 9
Unterstützung von Postdampferverbindungen 10
Cholerafragen 10
Leichenverbrennung 11
Frauenärzte 11
Etat des Auswärtigen Amts.
Waffenlieferungen nach Dahomeh 11
Die deutschen Staatsgläubiger Portugals 12
Handelsvertrag mit Rußland 12
Schiedsgericht für internationale Streitigkeiten . . . 12
Kolonialpolitik 14
Fragen der Post- und Telegraphenverwaltung . . . 15
Etat der Marineverwaltung.
Bezug von Kohlen 16
Bau von Kriegsschiffen 16

Seite

Etat der Heeresverwaltung.
Offiziersverein 17
Kirchliches Bedürfnis der Soldaten 17
Militärische Agitation für die Heeresvorlage 17
Sozialdemokratische Arbeiter in Militärbetrieben . . . 17
Judenflinten 18
Militärstrafprozeßordnung 18
Selbstmorde im Heere 18
Reden von Generalen für die Militärvorlage 18
Mißhandlung von Soldaten 18
Rauchloses Pulver 19
Etat der Reichseisenbahnen 19
Etat der Zölle und Verbrauchssteuern 19
2. Dritte Beratung.
Militarismus 20
Judenflinten 20
Mißhandlung von Soldaten 21
Reichsinvalidenfonds 21
Ueber Ahlwardt und die Judenfrage 22
3. Etatsgesetz 27
4. Vergleichung des Etats für 1892—93 mit dem für 1893—94 27
5. Nachtragsetat für 1893—94 28
II. Zweiter Nachtragsetat für 1892—93 29
III. Brausteuer 29
IV. Branntweinsteuer 31
V. Börsensteuer 32
VI. Reichsinvalidenfonds 33

Zollgesetzgebung.
Warenverzeichnis zum Zolltarife 34

Justizgesetzgebung.
I. Geltung des Gerichtsverfassungsgesetzes in Helgoland 34
II. Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten 34
III. Aenderung der Strafprozeßordnung 35
IV. Verjährung der Strafverfolgungen und Nichtverfolgbarkeit der Abgeordneten 35
V. Staatliche Entschädigung für Entziehung der persönlichen Freiheit 36
VI. Verrat militärischer Geheimnisse 36
VII. Kaution der Bundesbeamten 37
VIII. Wuchergesetznovelle 37
IX. Abzahlungsgeschäfte 38

Verfassungsfragen. (Aenderung des Wahlgesetzes) 38

Gesetzgebung über Handel, Gewerbe und Verkehr.
I. Maß- und Gewichtsordnung 38
II. Schutz der Warenbezeichnungen 39
III. Schutz des Handwerks 39
IV. Ueber den deutschen Tabaksbau 40
V. Einheitliche Zeitbestimmung 41
VI. Postdampfschiffverbindung mit überseeischen Ländern 42
VII. Gesetz über das Auswanderungswesen 43

Notstandsfrage 43

Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten. 45

Jesuitengesetz 45

Seite

Militärische Angelegenheiten.
I. Friedenspräsenzstärke des Heeres.
Beratungen der Kommission 45
Zweite Beratung im Plenum 61
II. Die Ersatzverteilung 71
III. Ueber die Rechte der Personen des Beurlaubtenstandes 71

Zweiter Abschnitt: 2. Session des 17. preußischen Landtags.

Abgeordnetenhaus.
Finanzielle Angelegenheiten.
I. Staatshaushaltsetat für 1893—94.
1. Vorlegung des Etats 72
2. Erste Beratung 73
3. Zweite Beratung.
Etat des Staatsministeriums.
Ueber die Trennung des Amts des Ministerpräsidenten von dem des Reichskanzlers 75
Etat des Ministeriums des Innern.
Ueber den Landrat des Friedeberger Kreises . . . 75
Nichtbestätigung freisinniger Männer in Kommunalämtern 76
Leichenverbrennung 76
Etat des Kultusministeriums.
Religionsunterricht der Dissidentenkinder 77
Polnischer Sprachunterricht 79
Jüdische Religionsbücher 80
Parität und Kulturkampf 80
Fragen der Generalsynode 81
Altkatholikengesetz 82
Ordensniederlassungen 82
Jesuitengesetz 83
Altlutheraner 83
Evangelischer Bund 83
Mischehestreitigkeiten 83
Schulräte 84
Lehrfreiheit der Universitäten 84
Einpaukersystem 85
Antipolnische Fonds 85
Elementarschulen 85
Kreisschulinspektion 86
Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäude 86
Medizinalwesen 86
Etat der Justizverwaltung.
Vermehrung der Richterstellen 86
Sitzungspolizei 87
Militäranwärter 87
Etat des Finanzministeriums 87
Etat des Handelsministeriums.
Kohlenring 87
Doppelwährung 88
Berggewerbegerichte 88
Sozialdemokratische Arbeiter 88
Sozialpolitik 89

Seite

Etat des landwirtschaftlichen Ministeriums.
Domänenverpachtungen 90
Handelsverträge 90
Ansiedelungskommission 91
4. Dritte Beratung 92
5. Etatsgesetz 93
II. Steuergesetze.
1. Ueberweisungsgesetz 94
2. Ergänzungssteuergesetz 95
3. Kommunalsteuergesetz 96
III. Verbesserung des Volksschulwesens und des Diensteinkommens 97
IV. Ruhegehaltsklassen für Lehrer an den öffentlichen Volksschulen 98
V. Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes 98
Aenderung des Wahlverfahrens 98
Unterrichtsangelegenheiten 99
Gesetzgebung über Handel und Verkehr 99
Eisenbahnangelegenheiten. (Kleinbahnen) 100
Erleichterung von Stadterweiterungen 101
Herrenhaus.
I. Neuwahl des Vorsitzenden 101
II. Staatshaushaltsetat für 1893—94 101
III. Handelsvertrag mit Rußland 102
IV. Judenfrage 103
Schluß des Landtags. (Thronrede) 105

Dritter Abschnitt: Parteibewegung.

I. Die Parteien über die Militärvorlage 107
II. Konservative Partei und antisemitische Parteien 124
III. Landwirtschaftliche Bewegung.
Aufruf des Landwirts Ruprecht 138
Flugblatt des Herrn v. Ploetz 138
Erklärung des Herrn v. Thüngen 139
Versammlung in Bromberg 139
Fränkischer Bauernbund 141
Versammlung der deutschen Landwirte in Berlin 141
Deutscher Bauernbund 147
Steuer- und Wirtschaftsreformer 148
Abordnung der Landwirte des Ostens beim Kaiser 149
Versammlung des „Kongresses Deutscher Landwirte“ . . . 151
Bewegung in Süddeutschland 152
Erklärung des Ausschusses des deutschen Handelstags . . . 152
Landwirtschaftliche Versammlung in Mainz 152
Erklärung der polnischen Reichstagsfraktion 154
Die schleswig-holsteinischen Landwirte 154
Rheinischer Bauernverein 154
Landwirtschaftliche Versammlung in Danzig 154
Die Bauernvereine in Schlesien, Nassau, am Rhein, in Sachsen und Hessen 155
Niederbayerischer Bauernbund 155
IV. Teutoburger Partei 155
V. Nationalpartei 156
VI. Zentrumspartei.
v. Schorlemer und die Adelsgenossenschaft 157

Seite

Volksvereine für das katholische Deutschland 157
Vorgänge im Wahlkreise Arnsberg-Meschede-Olpe 158
Nachwahl im Bezirk Ravensburg 159
Die „Germania" über Zwiespalt im Zentrum 159
Unité et sagesse, mais surtout sagesse! 160
Abweisung des Abgeordneten Fusangel durch die Fraktion . 160
Lehrstuhl für Pastoraltheologie in Münster 160
Majunke über den Zerfall des Zentrums 160
Eine Abordnung der deutschen katholischen Presse beim Papst 161

VII. Deutsch-hannoversche Partei.
Schrift gegen die nationale Studentenschaft 161
Welfenprozeß in Hannover 162
Der Klub „Jung-Hannover" in Bremerhaven 162
Aufruf des Direktoriums der Partei 162

VIII. Sozialdemokratische Partei.
Ueber „Welfenfonds-Quittungen" 163
Beschlüsse von Arbeitslosen in Berlin 164

IX. Die Parteien über einzelne Vorgänge und Fragen.
1. Ueber die Ansprache des Kaisers an die Mitglieder des brandenburgischen Landtags 164
2. Ueber Wiederzulassung der Jesuiten 166
3. Ueber die Auflösung des Reichstags 169

X. Spaltung der deutsch-freisinnigen Partei.
Fraktionssitzung vom 6. Mai 173
Erklärung des Abgeordneten Richter 173
Aussprüche der Presse 174
Versammlung in Berlin 175
Aeußerung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" . . . 176
Erklärung der süddeutschen Volkspartei 176
Verein der Fortschrittspartei in Frankfurt a. M. 176
Die demokratische Partei in Bayern 177

XI. Bewegung für die Reichstagswahlen.
1. Wahlaufrufe.
Aufruf der konservativen Partei 177
Aufruf der christlich-sozialen Partei 178
Aufruf der freikonservativen Partei 179
Aufruf des Bundes der Landwirte 180
Aufruf von Bankdirektoren 181
Aufruf der nationalliberalen Partei 182
Aufruf der freisinnigen Volkspartei 183
Aufruf der freisinnigen Vereinigung 184
Aufruf der Zentrumspartei 185
Aufruf der deutsch-hannoverschen Partei 187
Aufruf der deutsch-mecklenburgischen Rechtspartei . . . 187
Aufruf der sozialdemokratischen Partei 188
Aufruf des Evangelischen Bundes 189
Französischer Wahlaufruf für Elsaß-Lothringen 191
2. Die Wahlbewegung bis zum 15. Juni.
Die Parteien über die Ansprache des Kaisers an die Generale 191
Aussprüche von Bundesfürsten 193
Der „Reichsanzeiger" gegen Wahllügen 195
Minister Miquel über die Militärvorlage 196
Aussprüche des Fürsten Bismarck 197

Seite

Konservative Partei.
Die Kreuzzeitung gegen die Parole der Regierung . . 197
Das „Volk" gegen Kartellerneuerung 198
Rede v. Manteuffels in Berlin 198
Weiteres Verhalten der Kreuzzeitung 190
Antisemitische Partei.
Versammlung am Hermannsdenkmal 200
Deutsch-sozialer Parteitag in Hannover 201
Nationalliberale Partei.
Parteitag in Magdeburg 201
Oechelhäuser an die Wähler 202
Freisinnige Volkspartei 203
Freisinnige Vereinigung.
Ihr Organ üb. den Grund der Spaltung der Freisinnigen 203
Parteitag in Neumünster 203
Aufruf von Mommsen und Genossen 204
Rede Rickerts in Danzig 204
Zentrumspartei.
Rücktritt des Grafen Balleſtrem 204
Die Minorität 205
Haltung von Erzbischöfen 205
Abfall v. Schorlemers und Genossen in Westfalen . . 205
Aussprüche der Presse 206
Erklärung des Grafen Matuschka 207
Erklärung v. Huenes 207
Versammlung in Köln 208
Westfälischer Bauernverein 208
Erklärung rheinischer Katholiken 208
Reden des Dr. Lieber 209
Streit in der klerikalen Presse 209
Schrift des Fürsten von Isenburg 210
Deutsch-hannoversche Partei.
Versammlung in Hannover 210
Verbrüderungsversuche 212
Sozialdemokratische Partei.
Haltung des Hauptorgans 213
Der Nationalrat der französischen Arbeiterpartei . . 214
Aussprüche für Frankreich 214
Aus der Bewegung in Bayern 215
Aus der Bewegung in Württemberg 217
Aus der Bewegung in Baden 217
Ergebnis der ersten Wahl 218
3. Bis zu den Stichwahlen 218
4. Gesamtergebnis der Reichstagswahlen 220

Vierter Abschnitt: Fürst Bismarck.

Empfang der Lübecker Turnerschaft 221
Ansprache an Schleswig-Holsteiner 221
Empfang von Studenten aus Bonn 222
Geburtstagsfeier 222
Anrede an Mitglieder der Lübecker Gewerbegesellschaft 223
Empfang von Schülern aus Plön 224
Empfang von Hamburgern 224

Seite
Rede an Oldenburger 225
Rede an Mecklenburger 226

Fünfter Abschnitt: Kaiser Wilhelm II. und seine Familie.

Ansprache an Generale 229
Bei der Vermählung des Prinzen Ferdinand von Hohenzollern in Sigmaringen 229
Der Kaiser in Straßburg 229
Empfang einer Abordnung in Karlsruhe 230
Verleihungen des schwarzen Adlerordens 230
Trinkspruch zu Ehren des Herzogs von Edinburg 230
Hochzeit der Prinzessin Margarethe 231
Trinkspruch bei Anwesenheit des Zarewitsch 231
Feier des kaiserlichen Geburtstags 231
Dankerlaß 232
Zum Geburtstag des Ministers a. D. Friedberg 232
Der Kaiser in Oberschlesien 232
Ansprache zu Ehren des Generaloberſten v. Pape 233
Prinz Heinrich in Bremen 233
Tod der Fürstin-Witwe von Hohenzollern 234
Der Kaiser in Wilhelmshaven, Helgoland, Oldenburg 234
Sendung des Generals v. Loë zum Papst 234
Antwort an eine Abordnung landwirtschaftlicher Vereine 235
Das Kaiserpaar in Neu-Strelitz 236
Geschenk an den Grafen Caprivi 237
Trinkspruch auf denselben 237
Ansprache an die Mitglieder des brandenburgischen Landtags . . . 237
Empfang des Ex-Großherzogs von Toskana und des Fürsten von Rudolstadt 238
Empfang des Bankier Kaulla und des Fürstbischofs von Breslau . . 238
Beim Festmahl zu Ehren des Generals v. Meerscheidt 239
Der Kaiser in Kiel 239
Reise des Kaiserpaars nach Rom und Neapel 239
Rede in Luzern 241
Ansprache an die Generale auf dem Tempelhofer Felde 242
Taufe des Prinzen Thassilo 243
Beim Stapellauf der „Gefion“ in Danzig 243
Der Kaiser in Posen und Kiel 243
Telegramm an den ersten Lord der Admiralität in London 243

Sechster Abschnitt: Amtliche Personalien . . . 244

Siebenter Abschnitt: Verfügungen.

I. Zum Schutz der deutschen Nationalität und des evangel. Glaubens. 244
II. Sperrmaßregeln gegen Auswandrer 245

Achter Abschnitt: Evangelische Kirche.

Versammlung der „Positiven Union“ 245

Neunter Abschnitt: Katholische Kirche.

Feier des päpstlichen Bischofsjubiläums 246

Seite

Denkschrift des Grafen Hoensbroech über seinen Austritt aus dem Jesuitenorden 246

Zehnter Abschnitt: Soziale Bestrebungen.

I. Evangelisch-sozialer Kongreß 247
II. Aufruf bez. einer Nachweisung für akademische Berufsarbeit im Auslande 249

Elfter Abschnitt: Auswärtige Beziehungen.

I. Verhältnis zu Rußland 250
II. Verhältnis zu Frankreich 251
III. Verhältnis zu Italien 252
IV. Verhältnis zum Papste 253

Zwölfter Abschnitt: Festlichkeiten 254

Dreizehnter Abschnitt: Die deutschen Schutzgebiete.

I. Südwestafrika 254
II. Kamerun 254
III. Ostafrika 255
IV. Deutsche Kolonialgesellschaft 256

Oesterreichisch-ungarische Monarchie.

A. Oesterreich.
I. Die kaiserliche Familie 257
II. Parteiwesen 258
III. Angelegenheiten Böhmens 260
IV. Reichsrat 262
B. Ungarn.
I. Neujahrsansprache des Ministerpräsidenten 265
II. Kirchenpolitik 266
III. Reichstag 268
C. Gemeinsame Angelegenheiten.
Etat für 1894 273
Antwort des Kaisers beim Empfang der Delegationen 273
Erklärung des Grafen Kalnoky in der ungarischen Delegation über die auswärtige Lage 274
Der Kriegsminister über die Steigerung der Wehrkraft 275
Erklärung des Grafen Kalnoky in der österreichischen Delegation über die Friedensfrage 275
Graf Kalnoky stellt seine Aeußerungen über Oesterreichs Beziehungen zu Deutschland und Rußland richtig 277
Politische Verhandlung über das Budget in der österreichischen Delegation 278

Rußland.

I. Die kaiserliche Familie 279
II. Gesetzgebung und Verwaltung 280

Seite

III. Polen 280
IV. Die Ostseeprovinzen 281
V. Zollpolitik 281
VI. Verhältnis zum Orient 282

Frankreich.

I. Neujahrsrede des Präsidenten Carnot 283
II. Aenderung des Ministeriums Ribot 283
III. Panama-Angelegenheit 284
IV. Erster Teil der Session der Kammern 299
V. Tod Ferrys 306
VI. Ministerium Dupuy 307
VII. Der Fall Turpin 307
VIII. Zweiter Teil der Session der Kammern 308
IX. Kirchliche Angelegenheiten 309
X. Königliche Partei 310
XI. Reden von Staatsmännern.
1. Rede Casimir Periers 312
2. Rede Dupuys in Toulouse 313
3. Rede Goblets in Bordeaux 314
4. Rede des Senators Say in Paris 314
5. Rede Constans in Toulouse 315
XII. Verhältnis zu Siam 315
XIII. Denkmäler 316

Großbritannien und Irland.

I. Parlament.
1. Eröffnung 316
2. Adreßberatung 317
3. Homerule 320
4. Angelegenheiten Irlands 329
5. Legislatur für schottische Angelegenheiten 330
6. Finanzielle Angelegenheiten 331
7. Reform der Gemeindeverfassung 332
8. Haftpflicht der Arbeitgeber 333
9. Suspensorische Bill 334
10. Auswärtige Angelegenheiten 334
II. Verhältnisse Irlands 337
III. Katholische Angelegenheiten 341
IV. Ostindien 342
V. Die königliche Familie 343

Italien.

I. Das Parlament. 1. Teil der Session.
1. Ueber die Zettelbanken 343
2. Ueber den französischen Kriegshafen Biserta 348
3. Dreibundsfrage 349
4. Die Finanzlage 350
5. Angriff Crispis auf Giolitti 350

Seite

6. Ueber die Katholikenversammlung in Wien 351
7. Ueber Beihilfe an Dampferlinien 351
8. Avancementsgesetz 351
9. Trauungsgesetz 352
10. Pensionsgesetz 352
11. Ueber die öffentliche Sicherheit Roms 352
12. Heeresorganisation 353
13. Ueber die Auflösung des Triester Gemeinderats 354

II. Die königliche Familie 354
III. Das Parlament. 2. Teil der Session.
1. Budgetfragen 355
2. Anzeige von Aenderungen im Ministerium 356
3. Ueber die allgemeine Lage und den Dreibund 356
4. Zettelbankwesen 358
IV. Die erythräische Kolonie 358
V. Festlichkeiten 359
VI. Papst.
Ernennung von Kardinälen 360
Schreiben an den Grafen de Mun 360
50jähriges Bischofsjubiläum 361
Empfang von Wallfahrern 362

Spanien.

I. Cortes.
Auflösung 365
Neuwahlen 365
Thronrede 365
Budget für 1893—94 365
Ueber die Gemeindewahlen 366
II. Republikanische Partei 367
III. Die evangelische Kirche in Madrid 368
IV. Unruhen 368
V. Die königliche Familie 369
VI. Beginnende Spannung mit Marokko 369
VII. Aufstand auf Cuba 369

Portugal.

Cortes 370
Budget 370
Auswärtige Schuld 371
Alkoholfrage 372
Ministerium Hintze-Ribeira 373

Belgien.

I. Wahlreform-Bewegung 374
II. Die Kammern.
1. Ueber die Verfassungsänderung 375
2. Sonstige Angelegenheiten 381
III. Arbeiterbewegung 382

Seite
IV. Sozialismus im Heere 385
V. Soziale Erlasse 387
VI. König und Königin 387

Niederlande.

I. Arbeiterbewegung 388
II. Generalstaaten 389
III. Kirchliche Versammlung 390
IV. Ostindien 390

Luxemburg.

I. Die großherzogliche Familie 390
II. Die Kammer 391

Dänemark.

I. Reichstag 392
II. Rede des Kriegsministers 394
III. Die königliche Familie 395

Schweden.

I. Reichstag 395
II. Volksreichstag 397
III. Die königliche Familie 397

Norwegen.

Eröffnung des Reichstags 398
Die Konsulats- und Unionsfrage 398
Ministerium Stang 399

Schweiz.

I. Parteiwesen 401
II. Bundesrat 402
III. Bundesversammlung 403
IV. Die Kantone 403

Osmanisches Reich.

Anatolische Eisenbahn 404
Personalien 405
Pilgerfahrt nach Jerusalem 405
Aegypten.
Krisis 405
Budget 407
Neuer Madhi 408
Bulgarien.
I. Der Regent Prinz Ferdinand 408
II. Die große Sobranje 411

Seite

Rumänien.

I. Vermählung des Thronfolgers 412
II. Die Kammern 412
III. Parteibewegung 414

Serbien.

I. Die königliche Familie 415
II. Wahlbewegung 416
III. Die liberale Skupschtina 417
IV. Staatsstreich 419
V. Die radikale Skupschtina 423

Griechenland.

I. Unglücksfälle 424
II. Parlament 424
III. Wechsel des Ministeriums 424
IV. Neue Anleihe 425

Montenegro 425
Marokko 426
Kongostaat 426
Sansibar 428
Uganda 429
Südafrikanische Republik 430
Oranjefluß-Republik 430
Persien 431
Afghanistan 431
China 431
Japan 432
Korea 433
Sandwich-Inseln 433
Samoa-Inseln 437
Tonga-Inseln 437

Nordamerikanische Union.

I. Beschränkung der Einwanderung 438
II. Quarantäne-Gesetz 438
III. Präsident Clevelands Regierungsantritt 439
IV. Kolumbusfeier 441
V. Die hawaiische Frage 444

Haiti 445

Seite

San Domingo 445
Mexiko 446
Mittelamerika 446
Brasilien 447
Peru 447
Uruguay 447
Argentinien 448
Chile 448

Das Deutsche Reich und Preußen.

Erster Abschnitt.

2. Session des 8. Reichstags.

(2. Teil: 10. Januar bis 6. Mai.)

Finanzielle Angelegenheiten.

I.

Reichshaushaltsetat für 1893—94.

1.

Zweite Beratung.*)

Etat des Reichstags.

26. Januar. An Ausgaben sind 423858 Mk. eingestellt. Heine wünscht einen neuen Katalog der Reichstagsbibliothek, Bebel wünscht fortlaufende Nachträge dazu, Broemel ist für Vermehrung des Bibliothekpersonals.

Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei.

Barth kommt auf die Frage der jetzigen Handelspolitik zu reden und eifert gegen die im preußischen Abgeordnetenhause aufgetretene Neigung, weitere Handelsverträge, insbesondre einen mit Rußland zu hintertreiben. Die dort vernommenen Warnungen vor unerhörter Steigerung der Not der Landwirtschaft infolge solcher Verträge könnten nicht ernsthaft genommen werden. Die Verteidigung der Regierung hiergegen sei schwächlich gewesen. Weite Kreise der Gewerbetreibenden hätten die Handelsverträge mit großer Freude begrüßt. Die Urteile von 107 Handelskammern gingen auf ferneres Beschreiten dieses Weges. Graf **Kanitz** meint, die Berichte der Handelskammern könnten nicht maßgebend sein. Unsre Kunst bei den Handelsverträgen habe darin bestanden, daß wir alle Forderungen der andern Seite ohne weiteres bewilligt hätten. Redner glaubt feststellen zu können, daß er Recht gehabt habe, als er im März v. J. gegenüber dem Freiherrn v. Marschall behauptet habe, die Fran-

*) Die erste Beratung s. Jahrg. 1892, Bd. II., S. 170.

zosen hätten niemals daran gedacht, den Amerikanern ohne Gegenleistung ihren Vertragstarif zu bewilligen. Amerika habe also ein sehr gutes Geschäft gemacht, wenn es unsre deutschen Getreidezölle ohne Gegenleistung bewilligt erhielt. Staatssekretär **v. Marschall**: Aus der Zollpolitik der Vereinigten Staaten und Frankreichs haben wir die Folgerungen zu ziehen, die wir für die richtigen halten. Und diese Haltung ist von sehr einschneidender Bedeutung gewesen bei den Vorarbeiten der Handelsverträge. Bezüglich der Verhandlungen mit Rußland sind solche Besprechungen im Gange, die den Zweck einer Verständigung verfolgen. Wir bieten unsern Konventionaltarif und verlangen von Rußland eine Ermäßigung des Zolltarifs. Daß in einer so kurzen Zeit eine günstige Wirkung der Handelsverträge sich schon statistisch erweisen könnte, ist eine Unmöglichkeit. Die Ein- und Ausfuhrzahlen von 1892 mit 1891 verglichen, ergeben allerdings eine Unterbilanz, aber 1888/89 hat sie über 800 Millionen, 1890/91 über eine Milliarde betragen. 1892 hat in den ersten 10 Monaten, verglichen mit 1891, allein in Weizen eine Mehreinfuhr von 87 Millionen Mark stattgefunden. Die Einfuhr von Getreide liegt doch nicht in den Handelsverträgen, sondern in der schlechten Ernte begründet. Die Minderausfuhr von Zucker, die ebenfalls außer allem Zusammenhang mit den Handelsverträgen steht, beträgt in demselben Zeitraum 33 Millionen. Diese beiden Summen übertreffen also schon die ganze Unterbilanz.

Etat des Reichsamts des Innern.

28. **Januar.** Zur Besoldung des Staatssekretärs bringt **Goldschmidt** den Wunsch nach einem demnächst von Sachverständigen zu erstattenden Bericht über die Weltausstellung in Chicago vor, sowie den Wunsch nach Bewilligung von Mitteln, um jungen Handwerkern den Besuch derselben zu ermöglichen. Staatssekretär **v. Boetticher** bezweifelt die Möglichkeit der Erstattung eines so umfangreichen Berichts. Nach Meldung des Reichskommissars wären weitere als die bereits bewilligten Mittel nötig, wenn Deutschland in Chicago nicht hinter den andern Staaten zurückbleiben wolle.

31. **Januar.** Beim Fortgang der Beratung kommen mehrere Redner auf die Haltung zurück, die der Staatssekretär bei den Verhandlungen über die Frage eines Notstands eingenommen habe, namentlich bekämpft der Sozialdemokrat **Schmidt** aus Sachsen die damals vom Staatssekretär gegebene Darstellung des beginnenden geschäftlichen Aufschwungs in der sächsischen Industrie. Dieser Darstellung tritt der sächsische Bevollmächtigte, Graf **Hohenthal**, entgegen, dessen Ausführungen von den sozialdemokratischen Abgeordneten sehr ungläubig aufgenommen werden, **Bebel** insbesondre erwidert mit dem Hinweis auf die vor wenigen Stunden in der Militärkommission vom Reichsschatzsekretär abgegebene Erklärung, daß im Augenblick niemand wisse, ob der Tiefpunkt des wirtschaftlichen Niedergangs bereits erreicht sei. **Buhl** bringt statistische Belege für die Behauptung vom Anwachsen und der erfreulichen Entwicklung des Mittelstandes in Sachsen, während **Mehnert** die Vergnügungssucht der sächsischen Sozialdemokraten beleuchtet. **Bebel** erwidert mit Ausfällen auf die Vergnügungen der oberen Gesellschaftsschichten und stellt grelle Schilderungen des sozialen Elends entgegen, welches allein durch den sozialdemokratischen Staat gehoben werden könne. Staatssekretär **von Boetticher** bedauert, daß Bebel der Aufforderung Buhls, endlich einmal ein klares Bild dieses Staates zu entrollen, nicht nachgekommen sei, und wirft der Sozialdemokratie als alleinigen Zweck die Erregung von Unzufriedenheit vor. Nachdem **Bachem** die Unfähigkeit der sozialdemokratischen Partei geschildert hat, wird die Sitzung abgebrochen, weil sich der Reichstag in Anwesenheit von nur 147 Mitgliedern als beschlußunfähig erweist.

3. Februar. Nach Wiederaufnahme dieser Beratung antwortet **Bebel** auf die Angriffe Bachems. Das Verlangen nach einer Darstellung des sozialdemokratischen Zukunftsstaates erklärt er nicht ernsthaft nehmen zu können, eine solche Frage hätte man vor 15 Jahren noch stellen können, jetzt liege eine überreiche sozialdemokratische Litteratur, ein mehrfach geläutertes Programm vor; angesichts dieser Entwicklung könne jenes wunderbare Verlangen nur der aussprechen, dem diese Litteratur unbekannt geblieben sei. Andrerseits verweist Redner auf die zahlreichen Vorschläge, die die parlamentarische Vertretung der Partei seit Jahren zur Verbesserung der Lage der Arbeiter gemacht, die aber die Mehrheit des Reichstags abgelehnt habe. Gerade diese Taktik habe der Partei den großen Anhang gewonnen, den sie jetzt im deutschen Volke zähle; gerade das Frontmachen gegen die Jungen und Unabhängigen habe ihre Stellung so sehr gestärkt. Redner führt weiter aus, die heutige Regierung sei nichts als der Verwaltungsausschuß für die Interessen der besitzenden Klassen. Allerdings stehe das allgemeine Stimmrecht zu den Ungleichheiten des Besitzes im krassen Gegensatz; seine Folgerung müsse die Beseitigung dieser Ungleichheiten sein. Die Sozialdemokratie habe keine Veranlassung, jenen Utopisten zu folgen, die ein Zukunftsreich zu konstruiren unternehmen, weil sie die Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft noch nicht erkannt hatten. Die ungeheure revolutionäre Bewegung auf allen Gebieten des menschlichen Lebens sei ein Produkt der Bourgeoisie; erst nach der bürgerlichen Gesellschaft sei die sozialistische möglich. Diesen Entwicklungsprozeß zu beschleunigen liege weder in der Macht noch in dem Willen der Sozialdemokratie. Die soziale Reform sei bei dem gegenwärtigen Zustande der bürgerlichen Gesellschaft eine absolute Notwendigkeit. „Immer mehr werden unsre Reihen durch Zuströme aus den Ihrigen vergrößert. Die nationalökonomische Wissenschaft geht zu uns über. Der Sozialismus ist die Gesellschaft der Zukunft, und dieser können wir ruhig entgegensehen, da Sie mit allem, was Sie thun, der sozialistischen Gesellschaft in die Hände arbeiten. Selbst in dem wissenschaftlichen Bildungsbereiche kann die bürgerliche Gesellschaft ihre produktiven Kräfte nicht mehr unterbringen. Die Zustände sind der bürgerlichen Gesellschaft über den Kopf gewachsen; sie stürzt von einer finanziellen Krise in die andre und steht vor einem finanziellen Bankerott. Wenn aber erst der durch die auswärtige Politik der letzten Jahrzehnte unvermeidliche Weltkrieg ausgebrochen sein, wenn das entsetzliche Massenmorden stattgefunden haben wird, dann wird auch Ihre bürgerliche Gesellschaft zu Grunde gehen. Dann wird aber auch die Zeit zu einer Entfaltung neuer ungeahnter Kräfte gekommen sein, in welcher es, wie Heine schon vor fünfzig Jahren sang, nicht nur Brot, sondern auch Zuckererbsen für jedermann geben wird. Das ist unser Programm! Die Zukunft gehört uns, und ich bin sicher, daß wir nach den nächsten Wahlen in größerer Zahl hier erscheinen werden."

4. Februar. Auf diese Ausführungen antwortet **Richter:** Ich halte den Militärstaat der Gegenwart für gefährlicher als den sozialdemokratischen Zukunftsstaat. Wenn die Sozialdemokraten über Notstandsverhältnisse Verhandlungen herbeiführen, so kann man ihnen das nicht übel nehmen, denn sie folgen damit nur dem Beispiel der Agrarier im preußischen Abgeordnetenhause. Die mißliche Lage weiter Kreise der Bevölkerung ist die Nachwirkung der noch immer nicht ganz überwundenen Mißernte von 1891. Was man dem sozialdemokratischen Staate auch zutrauen mag, er wird jedenfalls kein Mittel haben, die Ernten zu reguliren. Die ungünstige Ernte führt zu größeren Zahlungen an das Ausland für den von dort bezogenen Betrag an Erntefrucht, der bei uns ausfiel. Diese vermehrten Verpflichtungen führen zur Beschränkung des eignen Verbrauchs, zunächst an den nicht unentbehrlichen Verbrauchsgegenständen. Die in diesen Zweigen beschäftigten Arbeiter werden

dann arbeitslos, und so entstehen die Schwierigkeiten, vor denen wir in den größeren Städten fast allgemein gestanden haben. In den Versammlungen der Arbeitslosen kann man aber kein Spiegelbild der Verhältnisse erblicken. Hier führen nicht die Arbeitslosen, sondern die sozialdemokratischen Abgeordneten das große Wort. Die Sozialdemokraten sprechen hier in zweierlei Weise. Wenn sie auf die Jungen Rücksicht zu nehmen haben, stellen sie den Kladderadatsch als nahe bevorstehend hin; das thun sie aber nicht, wenn diese Rücksicht zu nehmen nicht nötig ist. Das Schlimmste wäre doch eine lange Uebergangsperiode. Sie könnte mehr vernichten, als der Segen des Zukunftsstaates in Jahrhunderten wieder gut machen würde. Möglicherweise werden die Sozialdemokraten bei den nächsten Wahlen noch mehr in die ausschlaggebende Mitte des Reichstags rücken. Aber je mehr sie sich über den Zukunftsstaat verbreiten, werden die Anhänger wieder schwinden in dem Maße, wie sie den eigentlichen Kern ihres Strebens enthüllen. Darum lassen sie diesen Kern möglichst im Dunkeln, das neue Programm (1890, II, S. 78) ist noch karger geworden in Bezug auf die eigentlichen Ziele der Partei, um so beredter aber in dem Abschnitte, der von der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung handelt. Bebel hat sich sehr oft gemausert. Was sich immer so mausert, soll nicht eine so stolze Sprache führen. Man weiß ja gar nicht, wohin Sie sich noch mausern werden. Die Stärke der Sozialdemokraten liegt in der Kritik, die Schwäche in den positiven Vorschlägen. Die logische Durchführung ihres Staates bringt einen Zustand fertig, der barbarisch ist, der kaum zur Zeit des Jäger- und Nomadenlebens gewesen ist. Jedes eigne Interesse, den Menschen vorwärts zu bringen, wird vernichtet. Ob er etwas lernt, ob er etwas erwirbt, das ist ja alles gleichgiltig. Der Privatunternehmerstand, die Konkurrenz wird vernichtet. Ihre Pläne sind nur möglich, wenn Sie sich Menschen vormalen, wie sie niemals existirt haben, Menschen, die nur als Knöpfe oder Stifte in der neuen Produktionsmaschinerie verwendbar sind. Wenn die Zustände den Himmel auf Erden herbeiführen, dann muß Ihnen doch bange werden vor der Uebervölkerung. Nach dem Buch Bebels ist jeder Neugeborne ein willkommner Zuwachs. Die Uebervölkerung aber macht Bebel doch einige Sorgen; er verweist auf den Norden von Norwegen und Sibirien, wo noch Platz sei, schließlich auf die Wüste Sahara, die man unter Wasser setzen könnte. Ja, mit der Wüste Sahara hat Bebel sich in der zweiten Auflage gemausert! Auch meint Bebel, vor der Uebervölkerung brauche man keine Angst zu haben, denn die freien Tiere, Löwen, Kamele, hätten viel weniger Junge als Hasen u. dgl. Die Befreiung der Menschheit würde also auch in diesem Punkte regulirend wirken. Thatsächlich würde auch die Fortpflanzung obrigkeitlich geregelt werden müssen, womit dann die Menschheit unter die Tierwelt hinabgedrückt würde. Das ist der Schlußstein des Zukunftsstaatsgebäudes. — **Frohme** erwidert: Was Sie vorgetragen haben, ist nicht unser Zukunftsstaat, sondern der Zukunftsstaat, wie Sie ihn sich vorstellen. Der Vorwurf, daß wir Unzufriedenheit erregten, ist rein demagogisch. Gegen die Erhöhung von Zivilisten und Gehältern hoher Beamten hat man nichts, aber unerhört soll es sein, wenn für eine Besserung der Lage der Arbeiter eingetreten wird. Auch wir wollen, daß der Arbeiter sich nach der Decke streckt, aber zuvor soll man dies auch in andern Gesellschaftskreisen thun. Die Entwicklungstheorie, welche wir vertreten, ist in der Hauptsache ein Ergebnis der Wissenschaft des Liberalismus. Die heute herrschenden Klassen sind noch mit der Erbsünde der blutigen Revolution behaftet. Der Papst hat ausdrücklich anerkannt, daß die Franzosen das Recht hatten, ihre Staatsform in die Republik umzuändern. Er hat damit das Prinzip des Gottesgnadentums beiseite gestellt. — **Stöcker**: Das ist die große Bedeutung dieser Verhandlung, daß die sozialdemokratische Partei

offen vor dem Lande ihren Bankrott erklärte und auf eine ungewisse Zukunft vertröstet hat. Wir werden daraus die vollen Folgerungen ziehen. Praktische Vorschläge auf der Grundlage der gegebenen Verhältnisse haben Sie noch nie gemacht. Und doch verdienen die häufiger auftretenden Notstände die größte Beachtung, namentlich von Seiten der Kommunen, die durch Statistik und Arbeitsnachweis die Frage im großen politischen Stile ins Auge fassen müssen. Die Sozialdemokraten aber thun nichts, sie verschlimmern nur noch die Zustände. Warum nehmen Sie nicht die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in Ihr Programm auf, wie es englische Arbeitervereine thun? Warum schaffen Sie keinen Arbeitsnachweis? Bebel hat von einem politischen Fasching in diesen Tagen gesprochen. Auf die Faschingszeit folgt aber auch die Leidenszeit, und die wird jetzt für die Sozialdemokratie hereinbrechen. An Ihnen wird ein Gericht vollzogen werden, und Sie haben es verdient. Wenn eine Partei und ihre Führer innerhalb weniger Jahrzehnte möglichst entgegengesetzte Grundsätze aufstellt, so mag das eine Schar ganz intelligenter Männer sein, eine politische Partei ist es nicht. Wir wissen ganz genau, welche Grundsätze wir in fünf Jahren vertreten werden. Wenn Bebel vieles in seinen Büchern jetzt verwirft, warum läßt er sie dann immer wieder drucken? Das sind Lügen, mit denen man das Volk traktirt. Unter der Fahne des ehernen Lohngesetzes treibt man seit fünfzehn Jahren Agitation, und doch hat man gewußt, daß es Unsinn ist. Das ist ein Verbrechen an dem Geiste des deutschen Volkes und an der Ehrlichkeit des deutschen Arbeiters. Bebel bestreitet die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Ich bin der, welcher dem Kapital vorwirft, daß es noch lange nicht genug thut, dem Arbeiter nicht freundlich genug entgegenkommt, aber das bedeutet doch noch lange keinen notwendigen Krieg zwischen beiden. Mazzini war auch ein Revolutionär, mehr noch als die Herren. Er sagte in einem Manifest an die Arbeiter, Christus habe, als er kam, das Ansehen der Welt zu verändern, von niemandes Recht und Interesse, sondern nur von der Pflicht gesprochen, von Opfern, von Liebe und Glauben. Und dann fügte er hinzu: Wir suchen das Reich Gottes auf Erden zu bauen, wie es im Himmel ist, und die menschliche Gesellschaft göttlichen Zielen entgegenzuführen. Das war auch ein Revolutionär, der hatte aber ein Herz in der Brust und Verstand im Kopfe. Er unterscheidet sich von Ihnen wie ein Edelhirsch von einer Hyäne oder wie ein Tempel von einer Schnapskneipe. Sie nehmen alles Hohe der Menschheit weg. Wir alle begrüßen das Verlangen des Arbeiters nach einer höheren Stelle im bürgerlichen Leben, wir freuen uns darüber. Aber wenn man höher hinauf will auf der Stufenleiter, so kann man dies nicht erreichen durch brutale Forderungen, sondern durch sittliche Forderungen an sich selbst. Wir gönnen dem vierten Stande jede Macht, jede Erhebung, die er braucht, aber wenn er den andern gleich stehen will, wenn er sogar herrschen will, dann müssen wir verlangen, daß er nicht die Kulturerrungenschaften der Jahrtausende mit Füßen tritt, sondern auf geistigem, sittlichem und religiösem Gebiete seine Gleichberechtigung nachweist. Wer hat Ihnen denn Ihre politische Karriere eröffnet? Kaiser Wilhelm und ein Staatsmann, der von Ihnen so oft als Junker gescholten worden ist. Und wenn vielen, zu denen ich nicht gehöre, das allgemeine Wahlrecht verekelt ist, so ist das die Schuld Ihrer wüsten Agitation. Sie sprechen von Enteignung, machen eine neue Welt, wissen nicht, wie Sie sie einrichten sollen, und müßten sie infolge dessen selbst zerstören. Sie haben keine Ideale! Unser Ideal ist das Vaterland. Dies haben Sie nicht, Sie verweigern alljährlich das Budget, ja Sie verweigern die Mittel zur Existenz des Vaterlandes, Sie bezeichnen die Eroberung von Elsaß-Lothringen als falsch, legen in Paris Kränze auf die Gräber der Kommunisten. Ist das Vaterlandsliebe? Sie sprechen vom

„Moloch" Militarismus, während unser Militär doch das einzige ist, was uns in einem großen Konflikte helfen kann. Sie haben keine Sittlichkeit.

6. Februar. Bebel setzt diese Erörterungen in längerer Rede fort. Die gegnerischen Redner hätten ihre Anschauung von der Sozialdemokratie zum Ausgangspunkt ihrer Betrachtungen gemacht. Thorheit würde es sein, von den Vertretern der besitzenden Klassen anzunehmen, daß die Sozialdemokraten sie überzeugen könnten. Alle anderen Parteien bilden der Sozialdemokratie gegenüber eine einzige große reaktionäre Masse. „Sie wissen, daß die Sozialdemokratie eine Kulturbewegung ersten Ranges ist, der die Zukunft gehört. Deshalb malen Sie auch den Zukunftsstaat so abschreckend. Ihren Anschuldigungen aber folgen unsere Aufklärungen. Was gegen den Zukunftsstaat gesprochen wurde, ist schon während der Wahlen durch Reden, Flugblätter, Zeitungen überall verbreitet worden. Trotzdem wuchs unsere Stimmenzahl immer mehr, und da sagte ich mir, es ist doch ein gesunder Kern in den Massen, auf den man bauen kann. Stöcker hat gesagt, wir verhetzen die Massen; die Massen sind freilich unwissend, aber nur weil Sie sie in der Unwissenheit erhalten haben. Wir wollen sie jetzt aufklären. Woher haben wir das bischen Sozialreform? Sie ist nur der Sozialdemokratie zu danken. Wir 36 können gegen Sie 360 keine Gesetze machen, wir haben aber eine größere moralische Gewalt, wie Sie zusammengenommen. Daß die Sozialdemokratie zur Sozialreform dränge, hat der verstorbne Kaiser Wilhelm in seinen Thronreden gesagt, hat Fürst Bismarck 1884 in einer Rede anerkannt, in der er ausführte, die Sozialdemokratie sei ein Menetekel für die besitzenden Klassen, daß nicht alles ist, wie es sein soll, daß die bessernde Hand angelegt werden müsse. Ohne Sozialdemokratie hätten wir keine Sozialreform. Was wollen Sie aber jetzt, nachdem Sie die neue Gewerbeordnung angenommen, noch für Reformen bringen? Sie sagen, uns gehörten nur junge Arbeiter. Wir zählen auch genug alte Arbeiter zu den Unsern, der Jugend aber gehört vor allem die Zukunft. 1427000 Wähler hatten wir bei den letzten Wahlen hinter uns, bei den nächsten Wahlen werden wir Sie um das Doppelte schlagen."

7. Februar. In Fortsetzung dieser Beratung richtet Liebknecht an den Reichstag die Frage, wie er dazu komme, gegenwärtig eine solche zweck- und sinnlose Verhandlung vom Zaune zu brechen, in einem Augenblicke, wo das Volk auf die beiden brennenden Fragen des Notstandes und der Militärvorlage gebieterisch eine Antwort heische? Diese hinausgezogne Zukunftsstaatsdebatte sei bloße Komödie und die Nebelwolke, hinter der in den Kulissen das Kompromißgeschäft über die Militärvorlage betrieben werde. Warum tage denn überhaupt die Militärkommission weiter, wenn nicht das Zentrum, die ausschlaggebende Partei, einem Kompromiß geneigt sei? Es komme nur darauf an, die Aufmerksamkeit des Volkes von diesen schmählichen Vorgängen abzulenken, sonst wäre die Militärvorlage längst in den Papierkorb gewandert. Niemals hätte die Partei die Revolution abgeschworen, aber auch niemals den heutigen Staat und die heutige Gesellschaft umstürzen wollen. Wer das behaupte, sei ebenso ein Lügner, wie wer den sozialdemokratischen Führern unterschiebe, ihren Anhängern den Zukunftsstaat vorgespiegelt zu haben. Man entrüste sich über die Diktatur des Proletariats, auf welche Marx hingedeutet habe, und vergesse die schändliche Diktatur, welche zwölf Jahre lang durch das Ausnahmegesetz über die deutsche Sozialdemokratie verhängt gewesen sei. Was auch die deutsche Bourgeoisie planen möge, und sei es selbst nach dem Wunsche des Königs Stumm ein neues, noch drakonischeres Ausnahmegesetz, die Sozialdemokratie werde mit ihr und ihren Machenschaften fertig werden!

Hiermit endet diese mehrtägige Verhandlung.

10. Februar. Möller weist darauf hin, daß die Handhabung der Vor-

schriften über die Sonntagsruhe eine Reihe von Geschäften, namentlich die Barbier- und die Tabaksgeschäfte erheblich schädige. **Bebel** meint, es könnte manche Klage, die jetzt erhoben wird, beseitigt werden, wenn die Ausführungsbestimmungen zur Gewerbegesetzgebung auch Reiches Sache würde. Man solle ähnliches wie in England einführen, wo die Fabriken schon am Sonnabend Nachmittag um zwei Uhr geschlossen würden. **Hitze** bedauert, daß die Vorschriften über die Sonntagsruhe in den Werkstätten noch nicht in Aussicht gestellt werden. **von Stumm** glaubt, daß die Gestattung einer Arbeitszeit am Sonntag von fünf Stunden ungefähr das Richtige treffe. Die Beschwerden über die Sonntagsruhe müßten verschwinden gegenüber dem großen Vorzuge, daß nun auch den Handlungsgehilfen ein wirklicher Sonntag gewährt sei. Auf dem Lande und in kleinen Städten seien die Nachmittagsstunden nötig, die Existenz dortiger Handels- und Gewerbeunternehmungen sicher zu stellen, vor allen aber um dem Bedürfnis der Arbeiterbevölkerung gerecht zu werden. **v. Vollmar:** Bei der Beratung der Gesetzesbestimmungen über die Sonntagsruhe ist ein Kompromiß zwischen Religion und Geschäft geschlossen worden. In der Praxis macht sich nun bis zum letzten Krämer herab eine große Erregung, ein Feilschen und Markten für die Durchbrechung der Sonntagsruhe nicht nur bei den Interessenten, sondern auch in amtlichen Kreisen geltend.

14. Februar. **v. Manteuffel** klagt, daß ein Gesetzentwurf wegen Aenderung des Gesetzes betreffend den Unterstützungswohnsitz noch nicht vorgelegt sei. Die Verhältnisse in Bezug auf den Mangel an ländlichen Arbeitern hätten sich eher verschlechtert. Die Stellung der Regierung zur Währungsfrage lasse die Frage berechtigt erscheinen, ob sie der Landwirtschaft den Grad von Wärme entgegenbringe, wie sie immer betone. Der Mißmut sei bei Groß- und Kleingrundbesitz gleich groß. Uns zu trennen würde nicht gelingen, da wir wissen, daß unsere Interessen zusammenhängen. Zu den russischen Handelsverträgen Stellung zu nehmen, hat das Abgeordnetenhaus ein Recht. Staatssekretär **v. Marschall** tritt der Kreuzzeitung entgegen, in der behauptet wird, in russischen Journalen befänden sich deutschfeindliche Artikel, zu denen die Informationen von der russischen Botschaft in Berlin gegeben würden. In der Behauptung liege eine grobe Verletzung der Rücksichten, die man fremden Regierungen schulde. Bezüglich eines Handelsvertrags mit Rußland seien Besprechungen im Gange. Staatssekretär **v. Boetticher:** Eine Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz hat der Reichskanzler nicht mit Bestimmtheit für die vorige Session in Aussicht gestellt, sondern nur gesagt, er glaube, es werde die Einbringung eines solchen möglich sein. Eine gründliche Aenderung des Gesetzes ist erst zu erwarten, wenn der größte Teil der Armenfürsorge entbehrlich geworden ist. **Rickert** erwidert auf die Klagen v. Manteuffels, die konservative Partei scheine in Verlegenheit zu sein, und er gönne der Regierung, daß sie die Opposition seitens ihrer Freunde erlebe, die einen Handelsvertrag bekämpften, den sie noch gar nicht kennten. Graf **Kanitz:** Auf dem Gebiete des Tarifwesens aber kann auch viel geschehen. Bei den Wohlthaten der niedrigen Fahrpreise für die arbeitende Bevölkerung großer Städte sei man in der Ermäßigung der Tarife zu weit gegangen. Großen Vorteil hätten die Arbeiter auch nicht, eine zahlreiche Klasse von Schwindlern und Gaunern habe sich der Grundstücke bemächtigt und baue in Mietskasernen verhältnismäßig teure Arbeiterwohnungen. Die ganze Gesetzgebung befolge das Prinzip der Bevorzugung der Industrie vor der Landwirtschaft. Der Reichskanzler habe ja auch bei Beratung der Handelsverträge Handel und Industrie die wesentlichen Quellen des nationalen Wohlstandes genannt. Das habe viel zur Erregung der Verstimmung unter den Landwirten beigetragen. Staatssekretär **v. Marschall:** Es wird stets Leute geben, die mit einem Handelsvertrage nicht zufrieden sind. Die Eisen-

industrie hat keinen Anlaß, sich besonders zu beschweren. Mit Oesterreich war nur bei einer Ermäßigung der Getreidezölle zu verhandeln. Als Getreidezölle in Höhe von einer Mark verlangt wurden, betonten die Konservativen, diese Zölle seien ein gutes Kompensationsmittel bei Handelsvertragsverhandlungen. In Deutschland findet jeder Schutzzoll seine naturgemäße Grenze in der Ausfuhr. Für 300 Millionen wird in Deutschland Rohmaterial eingeführt. Deutschland muß deshalb ausführen. Der Gedanke, die Landwirte könnten Nutzen ziehen von einem System, das die Ausfuhr begünstigt, ist ein Irrtum. Durch den Schutzzoll kann der Inlandspreis höher werden als der Weltmarktpreis. In dem Augenblick, wo man ein Herabsetzen der Zölle gegen Rußland als ein vaterlandsloses Unternehmen bezeichnet, ist es wunderbar, die Aufhebung des Identitätsnachweises zu verlangen. In Bezug auf die Währungsfrage erkenne ich an, daß die Silberentwertung den Getreidepreis erheblich drückt. Die Einführung der Doppelwährung wäre aber ein Wechsel auf sehr lange Sicht gewesen, und ich zweifle, daß er eingelöst worden wäre. Wir brauchten aber sofort ein Mittel, unsre Handelspolitik zu bessern. Freilich hätten wir die Zölle erhöhen können, das wäre auf einen Zollkrieg hinausgelaufen. Dabei kommt es darauf an, wer es am längsten aushält. Das Ende aber jedes Zollkriegs ist doch nur wieder ein Tarifvertrag.

15. Februar. Reichskanzler **Graf Caprivi**: Die Regierungen für den Notstand der Landwirtschaft, den auch ich anerkenne, verantwortlich zu machen, ist ein sehr eigentümliches Vorgehen. Jetzt wird von Versammlungen der landwirtschaftlichen Interessenten berichtet, welche die niedrigen Kornpreise allein von der Herabsetzung der Zölle ableiten. Die Preise sind ja bis zu 100 Mk. niedriger als vorher; wenn das der Fall ist, so hat darauf eine Zollerniedrigung um 15 Mk. nur einen Einfluß von 15 Mk., aber nicht von 100 Mk. Aber auch diesen hat sie nicht einmal gehabt. Es werden nun andere Dinge angeführt in großer Zahl, unter denen die Landwirtschaft leidet. So einfach, wie man sich in agrarischen Kreisen das vorstellt, lassen sich diese Zustände nicht ändern, auch nicht durch Aenderung des Unterstützungswohnsitzgesetzes. Woran die Landwirtschaft leidet, ist die Folge mehr allgemeiner Verhältnisse, mit denen wir rechnen müssen, und auch eine kleine Hilfe für die Landwirtschaft, wo sie möglich ist, werden wir nicht von der Hand weisen. Aber es läßt sich doch nicht leugnen, daß die Verhältnisse der Landwirtschaft von vor fünfzig Jahren nicht mehr vorhanden sind, daß wir jetzt einen Weltmarkt haben, von dem wir bis zu einem gewissen Grade abhängen. Aehnlich liegt es mit der Frage des Arbeitermangels. Der Zug der Menschen in die Städte und nach dem Westen folgt, wie es scheint, einem Naturgesetz, und dagegen ist mit kleinen Maßregeln nicht viel zu machen. Es ist das die schwerste Aufgabe, welche Regierung und Reichstag erfüllen sollen. Wir haben es mit Naturgesetzen zu thun, welche sich unserer Einwirkung größtenteils entziehen. Mit Klagen gegen die Regierung sollte man also vorsichtiger sein. Kornzölle sind schwere Lasten für das Land, nicht Opfer, welche die Landwirtschaft bringt, sondern welche für sie gebracht werden, sind es, um die es sich handelt.

Buhl ist aus politischen Gründen nicht gegen einen Handelsvertrag mit Rußland, wünscht aber, daß die Regierung bei den Verhandlungen hierüber die Verbindung mit den wirtschaftlichen Faktoren des Reichs nicht verliere. Um die Arbeiter auf dem Lande zu erhalten, dürfe freilich an der Freizügigkeit nichts geändert werden, die Hauptsache aber sei, daß von den Besitzern Maßregeln getroffen würden, die den Arbeitern das Bleiben auf dem Lande erwünscht machen, vor allem, daß ihnen die Möglichkeit gegeben würde, Grundbesitz zu erwerben. **Baumbach** tritt gegen die Ansicht auf, daß der Osten des Reichs einem Handelsvertrage mit Rußland abgeneigt sei. Graf

Mirbach versichert, daß die Landwirtschaft schon befriedigt sein würde, wenn sie wenigstens den guten Willen der Regierung sehe, ihr den Beistand zu leisten, auf den sie in ihrer Notlage einen Anspruch habe. Staatssekretär **von Marschall**: Wenn die Landwirtschaft sich Preise von einer gewissen minimalen Höhe sichern wolle, dann könne das nur durch so hohe Zölle geschehen, daß sie bei der ersten Mißernte beseitigt werden müßten. Dann nimmt der **Reichskanzler** die Vermittler der vorjährigen Verträge gegen die Verdächtigungen in Schutz, die im preußischen Abgeordnetenhause gegen sie bezüglich ihrer Verhandlungen in Wien geäußert waren. **Rickert**: Ueberall wären die Agrarier an der Arbeit, um dann von „des Löwen Erwachen" zu sprechen. Und was wollten die Herren denn eigentlich? Die Handelspolitik habe Deutschland groß gemacht. Nach dem Programm des Grafen Mirbach fehle bloß noch, daß er verlange, der Staat solle auch die Schulden der Großgrundbesitzer übernehmen. **Bamberger** findet zwischen dieser Verhandlung und der über den Notstand eine gewisse Aehnlichkeit; nur seien die Agrarier gefährlicher als die Sozialdemokraten, weil sie Einfluß auf die Gesetzgebung hätten. Die Methode aber sei bei beiden Anschauungen dieselbe, nämlich Unzufriedenheit zu erregen in ihrem eigenen Interesse. Dabei seien die Agrarier nie zufrieden, was man ihnen auch gebe. Der Getreidezoll wurde bis auf 5 Mk. erhöht; als man ihn wieder auf 3,50 Mk. herunterseßte, sollte das schuld an der Not der Landwirtschaft sein. Dabei vergessen sie aber, daß sie ebenso geschrieen haben, als der Zoll 5 Mk. betrug. Wenn die Konservativen alles bekämen, was sie verlangten, hohe Zölle, Beschränkung der Freizügigkeit u. s. w., sie wären doch nicht zufrieden und hätten immer noch zu klagen.

16. Februar. In Fortsetzung dieser Beratung wird die übermäßige Belastung der Landwirtschaft durch die Kranken-, Alters- und Unfallversicherung geschildert und versichert, es sei schwer, aus dem Grundbesitze eine Rente zu ziehen. **Wilbrandt** (freisinnig) meint: die Aufrechterhaltung der Landwirtschaft als einer rentirenden ländlichen Arbeit sei eine Notwendigkeit, bestreitet aber, daß der Staat ein gleiches Interesse daran haben könne, gewisse Personen, die vielleicht schlechte Wirte sind oder ihr Gut zu teuer gekauft haben, in ihrem Besitz zu erhalten. **von Manteuffel** glaubt, der am 17. Februar in Berlin zusammentretende „Bund der Landwirte" bereite den Freisinnigen bereits Sorgen. „Die Landwirtschaft fühlt das Bedürfnis, sich zu organisiren, und will es in diesem Bunde thun. Darin ist die Möglichkeit geboten, in ruhiger Weise die Angelegenheiten der Landwirtschaft zu erörtern. Der Ton in dieser Versammlung wird allerdings leicht beeinflußt werden von dem Tone, den die Regierung hier und im Landtage unseren Wünschen gegenüber anschlägt. Viele Besitzer würden sich sicher besser stehen, wenn sie ihren Besitz veräußerten. Aber ihre Liebe zur Scholle ist eben so groß, daß sie zur Veräußerung nicht schreiten mögen. Und diese Liebe zur Heimat sollte man doch nicht verdammen! Den Vorwurf des Luxus kann man der gesamten Landwirtschaft nicht machen." Der Reichskanzler Graf v. **Caprivi** bemerkt hierauf, Graf Mirbach habe geäußert, die staatlichen Beamten hätten die Aufgabe, sich zu bemühen, Mittel und Wege zu suchen und zu finden, die Notlage von der Landwirtschaft abzuwenden. „Ich gebe das zu. Es gilt dies für alle Reichsbeamten; ich gehe aber noch weiter, ich sage, die Beamten der Regierung haben die Pflicht, diese Fürsorge auf alle Zweige des Erwerbslebens auszudehnen, sie sind auch verpflichtet, auf die Konsumenten Rücksicht zu nehmen. Wir glauben auch bisher dieser Pflicht genügt zu haben. Die Sache liegt nicht so einfach, und mit der Aufstellung von Thesen ist sehr wenig gewonnen. Es sind unendlich schwierige Fragen, die langsam reifen und langsam gelöst werden müssen. Nur möge man uns nicht den Vorwurf machen, daß, wenn wir ein Auskunftsmittel noch nicht gefunden haben, wir

uns an bewährten Rat nicht gewendet hätten." — Hiernach ergreift noch eine Reihe von Rednern zu demselben Thema das Wort.

18. Februar. Beim Titel des Germanischen Museums tadelt **Kunert**, daß gegenüber den Milliarden, die für Kriegszwecke ausgegeben würden, das Reich für die deutsche Kunst nur 83000 Mk. übrig habe, und daß bei Ausführung monumentaler Bauten, wie beim Reichstagsgebäude, die Absichten der Künstler durch das Eingreifen höchster Meinungen geschädigt würden. Redner nimmt sodann die Sozialdemokratie gegen den Vorwurf in Schutz, der Kunst feindlich gesonnen zu sein. Beim Titel der Alters- und Invaliditätsversicherung spricht sich **Barth** sehr ungünstig über dieses Gesetz aus und meint, der Staatsmann, der den Mut hätte, es wieder aufzuheben, würde sich damit großes Verdienst erwerben. Staatssekretär **v. Boetticher** bemerkt hierauf, ein sicheres Urteil über dieses Gesetz sei nach so kurzer Zeit nicht möglich. Daß sich Schwierigkeiten in der Anwendung ergeben und die Feststellung der Invalidität im Einzelfalle außerordentlich schwierig sei, gebe er zu. Es liege eine Reihe von Thatsachen vor, wonach das Gesetz sich je länger je mehr einlebe und sich Freunde erwerbe. Namentlich besteht in den Bezirken, wo man das Kleben abgeschafft und das Einkassiren der Beiträge den Krankenkassen übertragen habe, keine Klage mehr, und das Einfordern der Beiträge wird ebensowenig als Last empfunden wie etwa die Abführung der Steuer. **v. Schalscha:** Wenn nicht abschaffen, so sollte man das Gesetz doch ändern. Man könnte z. B. jedem gestatten, auf die aus dem Gesetze erwachsenden Rechte und Pflichten zu verzichten. Daß große Verstimmung gegen das Gesetz im Lande herrsche, sei nicht zu bestreiten. **Wisser** beklagt die belastenden Wirkungen des Gesetzes auf die niederen Schichten des Mittelstandes, besonders auf die Kleinbauern und kleinen städtischen Gewerbtreibenden. Daher rühre die große Mißstimmung gegen das Gesetz. Staatssekretär **v. Boetticher:** Am 1. Januar 1893 ist die Zahl der Empfänger der Invalidenrente geringer, als angenommen wurde, sie beträgt nur 17500. Daraus geht schon hervor, daß unsere Berechnungen vorsichtige gewesen sind, und daß eine übermäßige Belastung des Reiches für die Zukunft infolge dieses Gesetzes nicht zu befürchten ist. **Bebel** hat auszusetzen, daß das Gesetz dem Arbeiter nicht genug gebe, protestirt aber lebhaft gegen jeden Gedanken einer Aufhebung des Gesetzes. Mit besonderer Entschiedenheit verlangt er, daß die Gelder der Invaliditätsversicherungsanstalten nicht zum Bau von Arbeiterhäusern verwendet würden. Staatssekretär **v. Boetticher** erwidert, daß die Reichsverwaltung darauf keinen Einfluß habe, daß die Anlage der Versicherungsgelder sich vielmehr lediglich nach dem Gesetze regle. **Bebel** fordert die dem Bundesrate zustehende Ausdehnung der Invaliditäts- und Altersversicherung auf die Hausindustrie, welche bis jetzt erst in der Tabaksindustrie erfolge. — Beim Titel: Zur Unterhaltung deutscher Postdampferverbindungen erinnert **Bamberger** daran, daß er schon im vorigen Jahre auf den Mangel statistischer Angaben über den Verkehr mit Ostafrika aufmerksam gemacht habe. Diesem Mangel sei noch immer nicht abgeholfen, und er erneuere daher seine Bitte. Staatssekretär **v. Boetticher** erwidert, für 1891 liege eine Statistik, wie sie Vorredner gewünscht habe, bereits vor; für 1892 werde dieselbe Statistik ausgearbeitet.

21. Februar. Beim Kapitel der Reichskommissariate teilt Staatssekretär **v. Boetticher** auf eine Anfrage mit, daß in den Baracken für Auswandrer Cholerafälle nicht vorgekommen sind und daß die Maßregel der Errichtung von Baracken zur Ueberwachung der Auswandrer für eine bestimmte Zeit auch künftighin als nützlich erkannt und zur Durchführung gebracht werde. — Bei den Behörden für die Untersuchung von Seeunfällen

bringen **Schwartz** und **Metzger** Beschwerden über Mißhandlung von Schiffsarbeitern vor und verlangen eine Aenderung und Verschärfung der Seemannsordnung. **Jebsen** rät, bei einer Revision der Seemannsordnung, deren Notwendigkeit vom Nautischen Verein anerkannt sei, recht vorsichtig zu Werke zu gehen.

22. **Februar.** Zum Titel des Gesundheitsamts fordern **Rösicke** und **Goldschmidt** ein gesetzliches Verbot der Verwendung von Surrogaten bei der Bierbrauerei. **Fürst Hatzfeldt** und **Möller** unterstützen diese Forderung, letztrer in der Voraussetzung, daß sich für die Bereitung gewisser obergähriger Biere Ausnahmen machen ließen. Staatssekretär **v. Maltzahn** erklärt, kein grundsätzlicher Gegner des Surrogatverbots zu sein. — **Lingens** fragt, welche Resultate die Untersuchungen über die Lebensfähigkeit gesundheitschädlicher Bacillen in der Erde und über die gesundheitlichen Gefahren der Friedhöfe ergeben haben, und nimmt aus der Antwort des Staatssekretärs Boetticher Anlaß zu einer scharfen Verurteilung der Leichenverbrennung, die er als mit den christlichen Anschauungen unvereinbar bezeichnet. **Baumbach** kündigt zum Seuchengesetz einen Antrag auf fakultative Einführung der Leichenverbrennung an, gegen dessen Zweckmäßigkeit indessen Staatssekretär **von Boetticher** Zweifel erhebt. **Frohme** und **Metzger** gehen näher auf die bei der Choleraepidemie in Hamburg gemachten Erfahrungen ein und führen aus, daß nur „gründlichste Sozialreform" einen wirksameren Damm gegen Seuchen bilde. Staatssekretär **v. Boetticher** und **Endemann** treten der Vorstellung entgegen, als ob das Reichsgesundheitsamt in Bezug auf die Choleraepidemie nicht vollauf seine Schuldigkeit gethan hätte. Endemann spricht sich entschieden für die Zweckmäßigkeit der Leichenverbrennung bei Choleraepidemie aus. — Schließlich giebt auf eine Anfrage Staatssekretär **von Maltzahn** die Erklärung ab, daß nach Ansicht der Verwaltung zum Verschneiden mit italienischem Wein nur solcher deutsche Wein zulässig sei, welcher nach dem Gesetz vom 20. April 1892 als Wein zu betrachten sei, und daß eine entsprechende Verfügung ergehen werde.

23. **Februar.** Zum Kapitel über das Reichsgesundheitsamt liegt ein Antrag vor auf Revision der Vorschriften über den Nachweis der Befähigung als Arzt in der Gewerbeordnung, und zwar in dem Sinne, daß auch Frauen die Approbation als Arzt erteilt werden muß. Staatssekretär **v. Boetticher** bemerkt, schon jetzt sei es Frauen, die im Auslande promovirt worden sind, nicht verwehrt, innerhalb des Reichsgebiets die Heilkunde auszuüben. Aber um als Aerzte approbirt zu werden, müßten zuvor die Bedingungen, an die die Approbation geknüpft ist: Reifezeugnis eines Gymnasiums und Universitätsstudium, entweder beseitigt oder ihre Erfüllung den Frauen möglich gemacht werden. Das vermöge jedoch nur die Gesetzgebung der Einzelstaaten, nicht die des Reiches, die in die Schulgesetzgebung der Einzelstaaten einzugreifen nicht befugt sei. Damit solle jedoch nicht gesagt werden, daß es nicht wünschenswert sei sowohl im Interesse der Frauen als im öffentlichen Interesse, ihnen den ärztlichen Beruf zugänglicher zu machen. — Zum Kapitel „Reichsversicherungsamt" bittet **Rösicke**, dem Reichstage auch die Berichte der einzelnen Landesversicherungsämter zugänglich zu machen.

Etat des Auswärtigen Amtes.

28. **Februar.** Beim ersten Ausgabentitel (50000 Mk. für den Staatssekretär) wünscht **Scipio** Aufklärung über den von französischer Seite ausgesprochenen Verdacht, daß das deutsche Reich die Feinde Frankreichs in Dahomeh durch Waffenlieferungen unterstützt habe. Darauf erwidert

Staatssekretär **v. Marschall**, aus dem deutschen Schutzgebiete habe eine solche Waffenlieferung nicht stattgefunden, wohl aber hätten auf dem Wege über die See nach dem Hafen von Weidah neben ausländischen auch zwei deutsche Firmen Waffen an den König nach Dahomeh geliefert. Im Dezember seien zwei Deutsche deswegen in Weidah verhaftet und später ausgewiesen, drei deutsche Faktoreien geschlossen. „Wir haben in Paris Vorstellungen dagegen erhoben, worauf die Schließung von zweien wieder aufgehoben, aber die dritte aufrecht erhalten wurde, weil bewiesen sei, daß diese auch noch nach Beginn der Feindseligkeiten Waffen an den König geliefert habe." — **Lucius**: Weitre Aufschlüsse über die Schritte der deutschen Regierung in Portugal zur Wahrung der Interessen der deutschen Staatsgläubiger würden sehr willkommen sein. Es lasse sich ja nicht mehr viel ändern; aber was lasse sich thun, um in Zukunft solchen Vorkommnissen vorzubeugen? „Zahlreiche exotische Anleihen sind inzwischen auf den deutschen Markt gekommen, darunter solche, die gar nicht von wirklichen Staaten, sondern nur von staatlichen Gebilden unvollkommener Art herrühren. In Portugal mußte doch unsre Gesandtschaft schon vor vier Jahren über die Beschaffenheit des Staatskredits genau unterrichtet sein. Wenn ein Staat seine Verbindlichkeit nicht erfüllt, muß man doch die Geschäftsverbindung abbrechen, wie es im geschäftlichen bürgerlichen Leben auch geschieht." Staatssekretär **v. Marschall**: Bei der portugiesischen Finanzkrisis hat die deutsche Regierung der Regierung von Portugal klar gemacht, daß nicht Oktroyirung, sondern Verständigung zum Ziele führen könnte. Eine solche Verständigung war bereits erreicht, als plötzlich über Nacht ein Gesinnungswechsel eintrat und das neue Ministerium alles über den Haufen warf, die inneren Schulden bevorzugte und die auswärtigen Gläubiger um etwa 20 Prozent gegen die inneren benachteiligte. Mit aller Entschiedenheit haben wir dagegen protestirt, aber vergebens Das Ministerium hat diese Regelung als Gesetzentwurf den Cortes zur Genehmigung vorgeschlagen, ist darüber gefallen und was das neue Ministerium thun wird, ist noch nicht bekannt. Wir werden fortfahren, die Rechte der Gläubiger zu wahren, und nicht ablassen zu protestiren gegen eine ungleichmäßige Behandlung der innern und äußern Schuld. Diese Vorgänge haben das eine Gute, daß sie eine Warnung sein müsse für das deutsche Kapital, das sich nach Anlegung in ausländischen Werten drängt. — Graf **Mirbach** kommt wiederum auf die Frage des Handelsvertrags mit Rußland zu reden. Er sagt u. a.: Wir wünschen, daß die Wirkung des Differentialzolles Rußland gegenüber voll in die Erscheinung trete, und eine systematische Behandlung der Agrarfrage. Die Regierungen sollten sich also doch ernstlich die Frage vorlegen, was geschehen wird, wenn die Landwirtschaft eine Reihe von Jahren produziren soll bei Preisen, welche die Herstellungskosten nicht erreichen. Wir haben mit einem dauernden Preisdruck zu rechnen Das Festliegen der Zölle für die Dauer von zwölf Jahren kann für unsre ganze Produktion verhängnisvoll werden. Reichskanzler Graf **v. Caprivi** weist bezüglich der Festlegung der Zölle darauf hin, daß der Landwirtschaftsrat als das erste Interesse für das Gedeihen der Landwirtschaft Stabilität verlangt habe. **Barth** kommt auf die Frage der Errichtung eines ständigen Schiedsgerichts für internationale Streitigkeiten zu reden. Die Bewegung hierfür habe sich in Amerika immer mehr ausgedehnt, zahlreiche Mitglieder des englischen Parlaments hätten sich angeschlossen, der französische Ministerpräsident Floquet sei dafür aufgetreten, und neuerdings habe das nordamerikanische Repräsentantenhaus den Präsidenten der Republik aufgefordert, auf den Abschluß solcher Verträge hinzuwirken. Staatssekretär **v. Marschall**: Die nordamerikanische Regierung hat uns von dem Beschlusse des Kongresses Kenntnis gegeben, aber keinen Auftrag daran geknüpft. Wir sind schon mehrfach bereit gewesen, internationale Streitigkeiten einem Schieds-

spruche zu unterwerfen, und werden das auch ferner thun. Reichskanzler Graf v. **Caprivi** äußert, daß, wenn ein internationales Schiedsgericht sich für Wiederherausgabe Elsaß-Lothringens aussprechen sollte, Deutschland sich nicht fügen werde. Darauf bemerkt **Bebel**, solche Schiedsgerichte sollten, der Idee nach, für künftige, nicht für vergangne Verwicklungen eintreten. **Baumbach** wünscht, daß es mit der Zeit zu einem völkerrechtlichen Grundsatz werden möge, vor einem Kriege schiedsgerichtliche Verhandlungen anzubahnen. — Die beantragte Zulage von 20000 Mk. für den Botschafter in Rom wird abgelehnt. Ein Wunsch des Grafen Kanitz auf Ablehnung der Beihilfe von 10000 Mk. für die Zoologische Station in Rovigno an der Adria wird, nachdem sich mehrere Redner ihrer angenommen, nicht erfüllt.

1. März. Bei Beratung des Etats der Schutzgebiete unterzieht **Samhammer** die Kolonialpolitik des Reichs einer scharfen Kritik; statt den dort ansässigen Kaufleuten die Verwaltung zu überlassen oder sie wenigstens zur Teilnahme an ihr als Notabeln heranzuziehen, hat man Beamte und Unteroffiziere hingeschickt, die Land und Leute nicht kennten, den Charakter der Neger nicht verständen, gegen die dort herrschenden Rechtsbegriffe verstießen, ja sogar den Handel schädigten. Der Rückschlag sei da, kein großer Kaufmann siedele sich, wie früher, in den jetzigen Schutzgebieten an, und die bureaukratisch-militärische Verwaltung wirke zerstörend, statt das zu leisten, was eine einfache Handelsgesellschaft zu leisten vermöge. Dafür dürfe kein Groschen bewilligt werden. Geheimer Rat **Kayser** stellt die Frage, wie eine Kolonie am besten zu begründen sei, in eine Linie mit der Frage, wie man Löwen fängt. Gerade in Kamerun habe man mit den Kaufleuten über ihre Teilnahme an der Verwaltung verhandelt, aber sie hätten abgelehnt, und die ostafrikanische Gesellschaft sei froh, die Verwaltung aufgeben zu können. Es geschehe dort nichts, was der Kolonialrat nicht zuvor gebilligt habe. Die Handelskammern in Kamerun und Togo seien aus Mangel an Interesse eingeschlafen. Noch nie habe sich ein Beamter eines Mißgriffs gegen Eingeborne schuldig gemacht, und die Richter versähen ihr Amt mit mehr Einsicht als die dort ansässigen jungen Kaufleute, auf die man verweise. — Bezüglich des südwestafrikanischen Schutzgebiets bringt Graf **Arnim** Bedenken vor gegen die Zulassung englischen Kapitals bei der englisch-deutschen Gesellschaft in Damaraland. Der **Reichskanzler** weist diese Bedenken zurück und geht ausführlich auf dieses Schutzgebiet und was für dieses geschehen sei, ein. Mit diesen Darlegungen erklärt sich **Bamberger** einverstanden, der ausführlich auf die Entstehungsgeschichte der Kolonialpolitik, auf die Vorgänge bei der Samoavorlage und bei der Erörterung der Frage der Dampferunterstützungen hinweist, um zu zeigen, daß es mit der wiederholten Behauptung, die Kolonialpolitik sei von der Begeisterung des ganzen deutschen Volks getragen, nichts auf sich habe. Graf **Hoensbroech** fordert Verstärkung der Besetzung der Stationen durch die Schutztruppe.

2. März. Beim außerordentlichen Etat handelt es sich vornehmlich um den Betrag von 2500000 Mk. für Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika. **Oechelhäuser** bezeichnet die Zukunft der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft als sehr aussichtsvoll. Die Plantagen gediehen vortrefflich. Eine Lebensfrage für Ostafrika sei die Anlage einer Eisenbahn, mit deren Bau auch erst die Schiffahrt aufblühen und die Möglichkeit geboten würde, mit dem bisherigen kostspieligen, unzuverlässigen Karawanensystem zu brechen. Bei den Kosten für die Eisenbahn komme in Betracht, daß mit derselben die kostspieligen Expeditionen in das Innere wegfielen, und daß auch ein Teil des militärischen Schutzes überflüssig werde; diese Ersparnis in Verbindung mit der

zu erwartenden größern Zolleinnahme würde eine Zinsgarantie des Reiches von $3^1/_2$ Prozent rechtfertigen. Darauf spricht der **Reichskanzler** die Hoffnung aus, die ostafrikanische Schutztruppe wieder auf ihren frühern Etat zu bringen und das Kanonenmaterial soweit nötig zu ersetzen; daß er im übrigen aber eine weitere Verstärkung gar nicht wünsche, da es ratsam sei, sich friedlich festzusetzen. Ferner betont er die Verdienste des Gouverneurs v. Soden und hält den Bau einer ostafrikanischen Eisenbahn für wünschenswert. Dar-es-Salam sei von ihm, dem Kanzler, zum Hauptort bestimmt worden, weil es einen geschützten Hafen besitze, während Bagamoyo ohne Hafen sei. Von einem „Aufgeben" Sansibars seitens Deutschlands könne keine Rede sein, denn aufgeben könne man nur, was man habe, wir hätten es aber nicht nur nicht gehabt, sondern hätten es auch nicht bekommen können.

3. März. Zum Etat der Post- und Telegraphenverwaltung bemerkt **Buhl**: die Finanzlage des Reiches gestatte nur eine mäßige Vermehrung der Beamten; das Verfahren gegen den Verband der Postassistenten habe die Kommission veranlaßt, die Rechte auch dieser Staatsbürger zu wahren, und ferner habe sie die Ausdehnung des Systems der Dienstaltersstufen auf die Unterbeamten ohne Schädigung derselben in ihren Bezügen wiederum der Verwaltung zur Erwägung empfohlen. **Schmidt** empfiehlt die Erhöhung des Meistgewichts für den einfachen Brief von 15 auf 20 Gramm, zumal die kaufmännische Korrespondenz die 15 Gramm bei der zunehmenden Schwere des Papiers sehr empfindlich drücke. Staatssekretär **v. Stephan** würde nichts gegen die Gewichtserhöhung haben, meint aber, sie würde einen Ausfall von fünf Millionen Mark in den Einnahmen und große Unzuträglichkeiten für den Weltpostverein zur Folge haben, der 15 Gramm als Meistgewicht aufgestellt habe. **Adt** bemängelt die hohen Telephongebühren und die Erschwerung der Errichtung neuer Bezirksnetze. Geheimer Rat **Scheffler** erwidert, daß die Großindustrie keine Ursache zur Klage habe, aber das Gebiet der Telephonie sei erst seit so kurzer Zeit befahren, daß man auch für die Tarifirung Erfahrungen sammeln müsse. **Bollrath** erklärt die gesamte Postverwaltung für eine durchaus unbeliebte Einrichtung, sodaß Beschwerden und Petitionen unterlassen würden, weil das Publikum auf ihren Erfolg zu hoffen aufgehört habe. Alles stagnire, nur das Kabel von Kamerun nach Europa werde rasch gefördert, um uns die Hiobsposten von dort rascher zuzuführen. Gegen diese Angriffe verteidigt sich der Staatssekretär **v. Stephan** in längerer Rede. Namentlich zeigt er sich eingenommen gegen den Postassistentenverband, der sich gebildet hat. Die Oberpostdirektionen sind aufgefordert worden, die Beamten in deren eignem Interesse auf das Bedenkliche des Verbands hinzuweisen und sie daran zu erinnern, daß in frühern Jahren wiederholt ähnliche Unternehmungen unter erheblicher Vermögensschädigung der Beteiligten zu Grunde gegangen sind. Von einer Warnung nahm die Postverwaltung trotzdem Abstand. Wir haben nur einen Rat gegeben. Es kam hinzu, daß die Gründer des Verbands durch ihre dienstliche Vergangenheit und ihre ganze Lebensführung berechtigtes Mißtrauen einflößten. Gleichwohl haben wir keinen Beamten bestraft, der sich dem Verbande angeschlossen hat.

4. März. Bei Fortsetzung der Beratung des Postetats warnt **v. d. Schulenburg**, die Telephonanstalten nicht auf Kosten der Telegraphenanstalten zu bevorzugen, wünscht eine Besserstellung der Postagenturen auf dem Lande und empfiehlt einen andern Tarif für die Beförderung von Zeitungen statt des jetzigen, der die billigen Blätter, die gleichzeitig auch die oppositionellen seien, unter dem Selbstkostenpreis der Verwaltung befördere. Staatssekretär **v. Stephan** bedauert den Mißbrauch der Telephonanlagen und bittet um Anzeige in jedem einzelnen Fall. Die 7400 Postagenturen auch nur um

20 Mk. jährlich verbessern, würde eine Ausgabe von 148 000 Mk. beanspruchen, die in dieser bedrängten Zeit nur schwer und jedenfalls nicht ohne Einvernehmen mit dem Reichsschatzamt zu beantragen sei. Eine Reform des Preises für Zeitungsbeförderung sei im Werk. Die Reform müsse dahin gehen, daß die wirkliche Arbeitsleistung der Post, die sich zusammensetzt aus der Abrechnung mit den Tausenden von Postämtern des In- und Auslands und aus der täglichen, wöchentlichen oder monatlichen Beförderung, in entsprechender Weise bezahlt werde. **v. Kendell** ist dafür, daß die Postbeamten, wie die Militärs, das aktive und passive Wahlrecht nicht ausüben dürften, und sagt den Gegnern Stephans, daß wir Grund hätten stolz zu sein auf den Mann, den alle Postverwaltungen des Auslandes als ihren Führer verehren. **Liebermann von Sonnenberg**: Die Disziplin dürfe allerdings nicht gelockert, aber die Grenze müsse hier scharf inne gehalten werden, und dem Postassistentenverbande gegenüber sind sie überschritten worden. Es können Irrtümer vorkommen, und ich werde mich hüten, hier vorzubringen, daß die Livreen für die Privatbedienung des Herrn v. Stephan aus den Ersparnissen an den Bekleidungsfonds hergestellt sein sollen, daß die Hühner auf dem Hofe des Generalpostamts mit fiskalischem Hafer gefüttert werden und die Eier schockweise zum Staatssekretär wandern. Solche an Wahnwitz grenzende Behauptungen vertrete ich nicht, aber was über den Assistentenverband hier gesagt worden ist, muß ich billigen. Der Verband hat über 4000 Mitglieder. Bestrafungen sind nicht verfügt worden, aber desto mehr Versetzungen. Ich habe zwei Fälle zur Kenntnis zu bringen, wo das Brief- resp. Telegraphengeheimnis verletzt worden ist, und welche beide Verbandsmitglieder betreffen. Das Telegramm enthielt eine poetische Begrüßung des Verbandstages. Trotz des Telegraphengeheimisses hat man von einem Unterbeamten mit Androhung der Dienstentlassung die Nennung des Absenders erzwungen, der Absender ist strafversetzt worden. Das Briefgeheimnis ist verletzt in Straßburg im Elsaß, wo man Abschrift der Adressen der Empfänger des Organs des Verbands genommen hat. Staatssekretär **v. Stephan** versichert, die Postverwaltung könne behufs Erhaltung der Disziplin ihre Haltung gegenüber dem Postassistentenverbande nicht ändern, und die betreffenden Briefe seien nicht auf unerlaubtem Wege in die Hände der Behörde gelangt.

5. März. In Fortsetzung dieser Beratung führt **Bebel** aus, seine Partei sei der Ansicht, daß den Beamten ihre staatsbürgerlichen Rechte nicht beschnitten werden dürfen. Er würde nichts dagegen haben, wenn den Beamten das passive Wahlrecht genommen würde. Was v. Stephan gegen den Postassistentenverband vorgebracht, habe große Feindseligkeit gegen die ihm unterstellten Beamten bewiesen. Dem Leiter der Reichspostverwaltung müsse jede Reform mühsam abgerungen werden. Eine bedauerliche Stockung sei in der Verwaltung bemerkbar. Die Beschwerden sucht Bebel durch zahlreiche Einzelfälle zu erhärten, die an Grausamkeit grenzten. **Direktor Fischer**: Die Teilnahme am Postassistentenverband ist nicht verboten und wird nicht bestraft. Wenn die Postverwaltung um die finanziellen Verhältnisse ihrer Beamten sich kümmere, so erfülle sie damit ihre Pflicht; denn verschuldete Beamte böten keine Bürgschaft für die Sicherheit des Dienstes. Die von Bebel angeführten Einzelfälle seien unbewiesen. **v. d. Schulenburg** weist darauf hin, daß durch das dermalige System der Zeitungsbeförderung eine Prämie auf die Verbreitung billiger Umsturzblätter gesetzt werde, und daß z. B. die Beförderung von Mosses Berliner Morgenzeitung einen Zuschuß von 3,30 Mk. pro Exemplar, also 300 000 Mk. jährlich auf Kosten der Steuerzahler erfordere. **Vollrath** bittet, zur Konferenz über den Zeitungstarif auch Vertreter der Presse, Redakteure und Verleger, zuzuziehen. — Hierauf wird beschlossen, „den Reichskanzler zu ersuchen, die Ausdehnung des Systems der

Dienstaltersstufen auf die Unterbeamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung ohne Schädigung derselben in ihren Bezügen wiederholt in Erwägung zu ziehen." Staatssekretär v. Stephan äußert Bedenken, die Vorortstelegraphennetze in Bezirksnetze zu verwandeln, sie also auszudehnen. Vorläufig erweise es sich als zweckmäßig, dem Verkehr damit zu genügen, daß die einzelnen Strecken benützt werden nach dem Gebührentarif von 1 Mk. Es würden überhaupt an die Telegraphenverwaltung sehr große Anforderungen gestellt, z. B. zur Herstellung von Räumlichkeiten für Fernsprechämter in großen Städten. Ferner sei das Fernsprechnetz ganz besonders den Witterungsverhältnissen ausgesetzt. Es seien allein für Wiederherstellung der Schäden einer einzigen Nacht in Hamburg, wo der Wind in senkrechter Richtung auf die Drähte drücke, 190 000 Mk. ausgegeben worden. Von 1880 bis jetzt seien 47 Millionen für Fernsprechzwecke ausgegeben und davon nur 3 Millionen aus Anleihen bestritten. Der Rest sei den laufenden Einnahmen entnommen. Für eine Verwaltung, die sich in „Stockung" befinde, sei das doch immerhin eine achtungswerte Leistung. In ganz Europa, auch nicht in England, befinde sich auch nur entfernt ein solches Fernsprechnetz, wie es die Reichspost besitze.

6. März. Bebel schildert die Einrichtung der Amtsärzte als eine Quelle der Unzufriedenheit, hebt hervor, die Reformen der deutschen Postverwaltung seien schon früher in andern Ländern eingeführt worden, und erhebt Einsprache dagegen, daß bei Aenderung des Zeitungstarifs auf die Richtung der Zeitungen Rücksicht genommen werde.

Etat der Marineverwaltung.

7. März. Der Titel 1 des Kapitels „Reichsmarineamt, Gehalt des Staatssekretärs" 24 000 Mk. giebt dem Abgeordneten v. Henk Anlaß, das Erkalten des Interesses für die Marine auf der linken Seite des Hauses zu bedauern, und bittet die von der Kommission gestrichenen Positionen, besonders die Forderungen für den Bau großer Schlachtschiffe, eine Artilleriekompagnie und die Trockendocks, ehe es zu spät sei, zu bewilligen. — Eine Reihe von Streichungen geringern Belangs, welche die Kommission empfohlen, wird sofort genehmigt, dagegen die Forderung für die Besetzung der Befestigungen in Kuxhaven, etwa 50 000 Mk., welche die Kommission ebenfalls zu streichen empfohlen hatte, von einer kleinen Mehrheit bewilligt. Sodann wird beschlossen, zu erklären, daß die Marineverwaltung bei dem in der übergebenen Denkschrift geschilderten Bezug von Kohlen den gebotenen finanziellen und wirtschaftlichen Rücksichten entsprechend gehandelt hat.

8. März. Alle zweiten und weiteren Raten für die im Bau begriffenen Kriegsschiffe werden bewilligt, darunter die sechste und letzte Rate für die Panzerkorvette „Kaiserin Augusta," die nach Mitteilung des Staatssekretärs Hollmann zusammen mit dem Kreuzer „Seeadler" an der Flottenrevue in Amerika anläßlich der Weltausstellung in Chicago teilnehmen soll. Dann wendet sich die Verhandlung der Frage zu, ob, dem Antrage der Kommission gemäß, erste Raten im Gesamtbetrage von 5 975 000 Mk. für sechs neu zu bauende Schiffe gestrichen werden sollen. Es befindet sich darunter die erste Rate von einer halben Million für das Panzerschiff Ersatz „Preußen," für das die Gesamtkosten 12 580 000 Mk. betragen würden. Diese erste Rate, also den Bau des Ersatzschiffes, beantragen die Konservativen zu bewilligen. Fritzen, der zunächst über vier der sechs ersten Raten, d. h. Neubauten, Bericht erstattet und einstweilen den Kreuzer und den Aviso als Ersatz für „Möwe" und „Falke" für später zurückstellt, warnt vor Ueber-

stürzung der Neubauten, da von den vier großen Panzerschiffen erst eins vom Stapel gelaufen und seine Bewährung noch nicht konstatirt sei. Der Bau des Ersatz „Preußen" werde einschließlich der artilleristischen Ausrüstung 17 bis 18 Millionen kosten, eine Ausgabe, die bei der Finanzlage des Reichs sehr erheblich sei. Gegen die Kreuzerkorvette K müsse, wie im Vorjahr, geltend gemacht werden, daß sich das System, nach dem ihre Vorgängerin J gebaut sei, erst noch bewähren müsse. Staatssekretär **Hollmann** und Reichskanzler Graf **v. Caprivi** erklären, im Interesse des Werftbetriebes, des Küstenschutzes, der Offensivkraft zur See und der Sicherung des Bezugs von Kolonialwaren während des Krieges sei diese Bewilligung geradezu unerläßlich. Endlich wird die Forderung für das Panzerschiff „Ersatz Preußen" abgelehnt, ebenso im außerordentlichen Etat die Forderung von 1½ Million Mk. als erste Baurate zum Bau zweier großer Trockendocks.

Etat der Heeresverwaltung.

9. März. Beim Titel 1 des Kapitels „Kriegsministerium" erklärt General **v. Funk** auf eine Beschwerde **Buhls**, daß kein Druck auf Offiziere, Beamte und Mannschaften zu dem Zwecke ausgeübt werde, damit sie ihre Einkäufe beim Offiziersverein oder dem Warenhaus für deutsche Beamte machen. Ob das Oberkommando der Marine bezüglich der neueinzustellenden Seekadetten eine Anweisung im bezeichneten Sinne erlassen hat, kann der Kommissar nicht sagen, dagegen versichern, daß ein vereinzelter Fall in Metz zu einer sofortigen Rektifikation des betreffenden Divisionsbureaus Veranlassung gegeben hat. Auf eine Beschwerde **Lingens**, daß für das kirchliche Bedürfnis namentlich der katholischen Soldaten noch immer nicht hinlänglich gesorgt sei, daß gerade Sonntag vormittags die Kleiderparade abgehalten werde, daß während der Manövers die Kirchen leer seien und die Vereidigung der Rekruten nach unzulänglicher Vorbereitung derselben und in dem feierlichen Akt nicht entsprechenden Räumen stattfinde, verliest der **Kriegsminister** die bezügliche Garnisondienstvorschrift, die den Soldaten aller Konfessionen gerecht zu werden sucht, alle hohen Festtage derselben berücksichtigt und darüber hinaus mindestens einen Sonntag im Monat für den Kirchenbesuch sichert. **Richter** fragt, aus welchem Etatstitel die Mittel für die Agitation zu Gunsten der Militärvorlage in den Kreisblättern bestritten würde. Der Etats seines Ressorts, erwidert der **Kriegsminister**, giebt dazu keinen Nickel her. Mit dieser Antwort will sich **Richter** nicht abfinden lassen und weist auf die geheimen Fonds des Auswärtigen Amts und des Kriegsministeriums als die Quelle hin, aus der jene Mittel fließen. Auch wären Offiziere zum Dienst beim Auswärtigen Amt kommandirt, z. B. Major Keim. Der **Kriegsminister** erwidert: auch aus den geheimen Fonds des Kriegsministeriums ist kein Nickel für Preßzwecke verwendet worden. Wahr ist es, daß Major Keim zum Auswärtigen Amt kommandirt worden ist; wozu, weiß ich nicht. Dann bringt **Bebel** die Ausschließung sozialdemokratischer Arbeiter aus Staatswerkstätten zur Sprache. Darüber und über die Nichtzulassung jeder Art von Berührung zwischen Sozialdemokratie und Armee spricht sich der Kriegsminister **v. Kaltenborn** mit äußerstem Nachdruck aus. **Bebel** ersucht um Auskunft darüber, daß den sozialdemokratischen Arbeitern in den Militärbetrieben keine Beschäftigung gewährt werde. Das stehe im Widerspruch mit den Bestimmungen der Gewerbeordnung. Seit einer Reihe von Jahren werde ferner ein Spionagesystem ausgeübt, um festzustellen, ob die jungen Leute, die ihrer Militärpflicht genügen sollen, sozialdemokratische Gesinnung haben. Kriegsminister **v. Kaltenborn** erwidert, daß allerdings die alten Arbeitsordnungen diejenigen Bestimmungen enthalten,

die verhüten, daß Arbeiter nicht Mitglieder eines sozialdemokratischen Vereins sein dürfen, für deren Bestrebungen zu werben, Beiträge zu leisten und zu sammeln, und es sei zuzugeben, daß gemäß dem Paragraph 134 der Gewerbeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1891 die Arbeitsordnung keine Bestimmung darüber enthalten hat, welche das Verhalten großjähriger Arbeiter außerhalb des Betriebes regelt. Diesen gesetzlichen Bestimmungen entsprechend seien die Arbeitsordnungen in den technischen Anstalten und Fabriken der Militärverwaltung umgearbeitet, und es würden demnächst die umgearbeiteten Arbeitsordnungen zur Ausgabe gelangen. Außerdem seien die ältern Arbeitsordnungen seit Oktober v. J. abgeändert und in Uebereinstimmung mit dem neuen Gesetz gebracht worden. **Ahlwardt** weist eine neuliche Bemerkung des Reichskanzlers zurück, der bezüglich der Schrift „Judenflinten“ von Verleumdung gesprochen habe. In Anknüpfung hieran wirft Redner der Militärverwaltung vor, bezüglich der Bewaffnung des Heeres gewissen Lieferanten gegenüber nicht mit der nötigen Vorsicht verfahren zu sein. „Es wurde mir vor Jahresfrist durch eine große Anzahl von Arbeitern bekannt, daß in einer Berliner Fabrik Gewehre für die Armee angefertigt worden seien, und daß diese Gewehre so schlecht und so ohne genügende Kontrolle angefertigt worden seien, daß für den Fall eines Krieges die größte Gefahr entstehen muß. Es waren ja schließlich weit über hundert Arbeiter, die alle diese Sache bestätigten, und die bereit waren, es zu beeiden.“ **Marquardsen** bringt auf baldige Reform der Militärstrafprozeßordnung, für die der Reichstag sich bereits zur Verhinderung der Mißhandlung Untergebener ausgesprochen habe. General **v. Spitz** erwidert, daß es der Militärverwaltung ernst damit sei, eine Militärstrafeinrichtung fertig zu stellen und vor den Reichstag zu bringen. Sie solle nach Möglichkeit dem bürgerlichen Rechtsverfahren entsprechen; ihre Herstellung sei jedoch schwieriger, als die einer bürgerlichen, weil der militärische Gehorsam etwas ganz andres sei, als der Gehorsam des Bürgers dem Gesetze gegenüber. Die Militärgerichtsbarkeit erfordere auch eine weit raschere Handhabung als die bürgerliche. In der Armee entstehe durch eine Verschleppung ein sehr großer Nachteil, und das sei zu überlegen, wenn von den Rechtsmitteln die Rede ist.

10. März. Beim Kapitel „Militär-Justizverwaltung“ fragt Hinze, ob sie den Ursachen der zwar abnehmenden, aber immer noch sehr erheblichen Anzahl von Selbstmorden in der Armee nachgehe, oder ob sich die Verwaltung mit Berichten über die Thatsachen begnüge. General **v. Spitz** erwidert, daß die Zahl der Selbstmorde genau der Zahl der Selbstmorde in der Provinz entspreche, aus denen die Truppe sich rekrutirt, also von Ursachen abhänge, die mit dem Dienst nichts zu thun haben. In jedem Falle finde eine genaue gerichtliche Untersuchung mit Zuziehung eines Arztes statt. Nur $1^1/_2$ Prozent aller Selbstmorde wären Folge schlechter Behandlung. Ihre Zahl nehme zwar mäßig, aber stetig ab. **Hinze** will den vom General v. Spitz mit Sicherheit behaupteten Vergleich zwischen den Zahlen der Selbstmorde in der Provinz und dem aus ihr rekrutirenden Truppenkorps nicht gelten lassen, sie verhielten sich vielmehr zu einander wie 1:2; Sache der Verwaltung werde es sein, dieses Verhältnis zu verbessern. Bei dem Kapitel „Höhere Truppenbefehlshaber“ kritisirt **Richter** die von mehreren kommandirenden Generalen zu Gunsten der Militärvorlage am Geburtstage des Kaisers gehaltnen Reden insofern, als sie zum Teil in Gegenwart von Personen der Zivilbevölkerung und gerade an dem Tage gehalten wurden, an dem es darauf ankomme, alles das zu betonen, was uns einigt, aber nicht das, was Gegenstand des parlamentarischen Kampfes ist. Der Kriegsminister sagt strenge Untersuchung von Mißhandlungen zu, die Richter später beim Kapitel „Geldverpflegung“ vorbringt. Richter bezeichnet

zugleich die Vornahme einer Totenschau in Gegenwart unabhängiger Personen neben den amtlichen Sachverständigen als unerläßlich. **Bebel** ergeht sich, unter Anführung einer langen Reihe von Mißhandlungen, in Angriffen gegen das Offizier- und das Unteroffizierkorps und verlangt ein wirksameres Beschwerderecht der Soldaten. Kriegsminister **v. Kaltenborn** bezeichnet das Eintreten in die Erörterung einzelner Fälle im Reichstage für unmöglich und beschuldigt die sozialdemokratischen Angreifer, lediglich darauf auszugehen, den Klassenhaß auch in die Armee zu tragen. Die Sozialdemokratie hasse den festen Wall, welchen die Armee gegen ihre Bestrebungen bilde; es werde ihr aber nicht gelingen, diesen festen Wall zu zerstören. Staatssekretär **v. Boetticher** teilt mit, daß die von Bebel angegebnen Fälle teils als richtig sich erwiesen hätten und überall Bestrafungen eingetreten seien, teils aber seien sie unrichtig dargestellt gewesen. **Lieber** und **v. Manteuffel** wenden sich ebenfalls gegen die sozialdemokratischen Angriffe auf die Armee. **v. Marquardsen** mißbilligt dieselben, hebt aber hervor, wie eine Militärstrafprozeßordnung nach Art der bayrischen die wirksamste Schutzwehr sowohl gegen wirklich vorhandne Mißstände als gegen die tendenziöse Ausbeutung derselben bieten würde.

11. März. Beim Kapitel über Bekleidung und Ausrüstung der Truppen entsteht eine Verhandlung über die infolge der Anwendung des rauchlosen Pulvers vorzunehmenden Aenderungen in der Bekleidung. — Beim Kapitel „Artillerie und Waffenwesen" hebt **Marquardsen** hervor, die neulichen Behauptungen Ahlwardts bezüglich der neuen Infanteriewaffe dürften doch nicht ganz mit Stillschweigen übergangen werden. Nunmehr bemerkt auch der preußische Kriegsminister **v. Kaltenborn**: Mit Rücksicht auf die frühern Antworten der Regierung und ihre amtlichen Erklärungen hielt ich eine Antwort nicht für angebracht, umso weniger, als ich die an eine solche sich knüpfenden Verhandlungen nicht für zuträglich halte. Ich kann nur die frühere Erklärung der Regierung wiederholen, sie ist durch die weitern Erfahrungen bestätigt worden. Die Behauptung, daß Läufe aus Solingen bezogen sind, die die italienische Regierung zurückgewiesen hätte, ist unrichtig. Die Läufe sind durch die Vermittlung der Spandauer Gewehrfabrik an Loewe geliefert.

Etat der Verwaltung der Reichseisenbahnen.

13. März. **Hammacher** macht Mitteilung von den erfreulichen Ergebnissen dieser Verwaltung und spricht seine Anerkennung aus. Minister **Thielen** dankt, macht aber darauf aufmerksam, daß angesichts der freilich wohl erst nach längerer Zeit eintretenden Notwendigkeit umfassender Materialerneuerung die Ergebnisse nicht immer so rosig bleiben würden. **Bebel** tadelt, daß in der Arbeitsordnung der Eisenbahnwerkstätten vorgeschrieben werde, daß Arbeiter sozialdemokratischer oder deutschfeindlicher Gesinnung nicht angenommen werden. Minister **Thielen** hebt hervor, daß die Ausschließung solcher Arbeiter aus Staatswerkstätten selbstverständlich sei. Wenn dies in der Arbeitsordnung ausdrücklich erklärt werde, so sei das ein Akt der Loyalität gegen die Arbeiter, und die Arbeiterausschüsse der Eisenbahnwerkstätten hätten nichts dagegen eingewandt. Die von der Budgetkommission gestrichne erste Rate zur Herstellung einer vollspurigen Eisenbahn von Wingen nach Münzthal wird bewilligt.

Etat der Zölle, Verbrauchssteuern und Aversa.

14. März. Es wird beschlossen, die Regierungen zu ersuchen, eine Behörde oder Stelle zu bezeichnen oder einzusetzen, die auf Verlangen Aus-

kunft zu geben hat über die Zolltarife, zu denen bestimmte Waren oder Gegenstände im deutschen Zollgebiete zugelassen werden.

2.

Dritte Beratung.

20. März. Zum Etat im allgemeinen bemerkt **Liebknecht**: Das Interesse des Volks wird ausschließlich von dem Militarismus beherrscht, von der Frage, ob es auf diesem verderblichen Wege der Aufzehrung aller Volkskraft durch die militärischen Rüstungen weiter gehen soll. Die Beratung der neuen Heeresvorlage hat im Volke die Ueberzeugung bestärkt, daß mit diesem System endlich aufgeräumt werden muß. Die Kulturwidrigkeit dieser ganzen Einrichtung hat sich nirgends deutlicher als in dem geheimen Militärgerichtsverfahren, in den brutalen und scheußlichen Soldatenmißhandlungen gezeigt, die uns auch diesmal wieder bekannt geworden sind. Alle diese Erscheinungen liegen im System des Militarismus und werden erst mit ihm verschwinden. Nichts deutet diese unerhörte Steigerung der Militärlast als notwendig an. Rußland ist bankerott. Frankreich ist durch den Panamaskandal gelähmt. — **Ahlwardt**: Die antisemitische Partei werde für die Militärvorlage stimmen, aber gegen die beabsichtigten Deckungsmittel. Der Reichskanzler hat mich einen Verleumder genannt, und ich werde die Gründe für meine Behauptung entwickeln. Wie die jüdischen Firmen es verstanden haben, sich Lieferungen zu verschaffen, haben uns die Zahlmeisterprozesse bewiesen. Nachdem die Militärverwaltung auch das Wichtigste, was sie bestellen kann, die neue Waffe, bei einer jüdischen Firma bestellt hatte, wurde mir mitgeteilt, daß dort die gröblichsten Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, die die Tüchtigkeit der Waffe beeinträchtigen müßten. Es fanden sich Hunderte von Personen, die ihre eidesstattliche Versicherung vor Gericht wiederholen wollten. Diese Versicherungen haben nach dem Reichskanzler keinen Wert. Was hat dann aber noch Wert? Die meisten Leute glauben doch noch an die Heiligkeit des Eides. Unter den Hunderten von Zeugen befanden sich freilich auch einige, deren Vorleben nicht vertrauenswürdig war; einer wollte thatsächlich dadurch nur Geld von der Firma erpressen. Nun stellten sich aber doch Dinge heraus von der allerschlimmsten Art. Es kam zu einem Prozeß, der das äußerste dessen ist, was in der preußischen Justiz möglich ist. In der Zeit der Sklaverei in Amerika konnte ein Schwarzer gegen den Weißen nicht als Zeuge dienen. Genau so war es hier in diesem Prozesse. Hunderte von Arbeitern meldeten sich, aber sie konnten alle nicht aufkommen gegen einige Sachverständige, die noch dazu an der Lieferung beteiligt waren. Das sind doch schlimme Zustände. Unwiderleglich hat sich herausgestellt, daß die Läufe derart mißhandelt worden sind, daß man sich nicht mehr wundern kann, wenn eine große Zahl von untauglichen Gewehren vorhanden ist. Die Hälfte aller Läufe sind gedrückt worden. Nun hat sich, aber nicht bei diesem Prozeß, der dringende Verdacht herausgestellt, daß eine große Zahl herstammt von solchen, die die italienische Regierung schon früher zurückgewiesen hatte. Der Kriegsminister hat auch dies zurückgewiesen, aber er befindet sich in einem großen Irrtume. Nachdem Redner noch viele Einzelheiten über diese Frage vorgebracht hat, bemerkt der Reichskanzler Graf v. **Caprivi**: Eine Reihe von Beschuldigungen gegen die preußische Militär- und Justizverwaltung hat Redner ausgesprochen, gegen die ich Stellung nehmen muß. Die Loeweschen Gewehre sind durchaus gut, habe ich ausgesprochen. Wenn nun heute noch einmal vor

dem Auslande unsre Bewaffnung als minderwertig hingestellt wird, muß ich mir aus Achtung vor dem Hause versagen, diese Sache gebührend zu kennzeichnen. Ahlwardt mag sprechen, so viel und so oft er will, niemals wird er imstande sein, das jahrhundertelange Ansehen der preußischen Justiz und des Heeres zu erschüttern. Kriegsminister **v. Kaltenborn**: Wenn die Vorwürfe Ahlwardts zutreffend wären, so hätten Offiziere und Beamte der Heeresverwaltung unverantwortlicherweise ihre Pflicht verletzt. Aber es ist in keinem einzigen Falle eine solche Pflichtvernachlässigung erwiesen. Wir mußten die Neubewaffnung der Infanterie so schnell vollziehen, daß auch die Privatindustrie herangezogen werden mußte. Die Fabrik Loewe war der Verwaltung als leistungsfähig bekannt, und sie hat die 425000 Gewehre zur höchsten Zufriedenheit geliefert. Die eidesstattlichen Versicherungen haben nicht den Wert, den Ahlwardt ihnen beilegt. **Liebermann v. Sonnenberg** verwahrt sich dagegen, daß Ahlwardt etwa auch in seinem Namen geredet habe.

21. März. Zum Militäretat macht der Kriegsminister **v. Kaltenborn** Mitteilung über die Ergebnisse der Nachforschungen bezüglich einiger in zweiter Beratung von Richter und Bebel zur Sprache gebrachten Fälle von Mißhandlung von Soldaten. Hiernach verhalten sich die Fälle nicht so schlimm, wie sie dargestellt sind. Es knüpft sich daran noch eine lange Verhandlung. — Beim Etat des Reichsinvalidenfonds kommt **Richter** auf die Aeußerungen Ahlwardts vom 18. März über die Entstehung dieses Fonds zurück. Es habe in denselben die Verdächtigung gelegen, daß die Regierung im Interesse von Börsenjuden irgend welche Bestimmung getroffen, die dem Reichsinteresse nachträglich waren. Was denkt die Regierung über diese Behauptungen? Staatssekretär **v. Maltzahn**: Der Invalidenfonds ist reservirt aus der Kriegskontribution, er ist durch Gesetze von 1872 und 1873 festgelegt worden. Der Vorwurf Ahlwardts würde die Regierungen und den Reichstag von damals gleichmäßig treffen. Wären solche Verhandlungen vorgekommen, wie sie Ahlwardt mit Börsengrößen anzudeuten gewagt hat, so hätten sie der damaligen Kommission nicht unbekannt bleiben können. Ob es zweckmäßiger war, Zinsen oder Kapital zu verbrauchen, darüber ist eine Differenz nicht hervorgetreten. Schon am 15. Mai 1871 ist von dem Fürsten Bismarck der Plan, wie er ausgeführt ist, in einer Denkschrift entwickelt worden. **Ahlwardt**: Ich wurde veranlaßt, das Wort zu ergreifen, weil sich hier eine Anzahl von Leuten aufspielte als solche, die es mit den Invaliden wohlmeinen. Unter diesen Umständen mußte ich nachweisen, daß die Fürsorge für die Invaliden seiner Zeit eine viel bessere hätte sein können, wenn man den Invalidenfonds so eingerichtet hätte, wie es der gesunde Menschenverstand vorschreibt. Damals kam es nicht darauf an, ob man den Fonds um einige hundert Millionen höher dotirte. Die Zinsen hätten ausreichen müssen; dann blieb der Fonds unangetastet. Da nun die Zahl der Invaliden allmählich abnahm, der Ertrag aber nicht, könnte den noch vorhandnen Invaliden viel mehr gegeben werden. Starb dann der letzte Invalide, dann besaß Deutschland ein freies Kapital der allerbedeutendsten Art. Dies Kapital machte Deutschland von den großen Börsenjuden unabhängig, und das wollten diese nicht. Bekanntlich kann der Krieg gar nicht erklärt oder geführt werden, wenn die großen Börsenjuden nicht wollen. Aus dieser Gefahr wären wir herausgekommen; man hat aber vorgezogen, den Fonds niedriger zu dotiren. An der Einrichtung, wie sie getroffen wurde, hatten außer der Börse noch die damaligen Oppositionellen Interesse, denn der preußische Verfassungskonflikt war eben erst zu Ende gegangen. Nun ist klar, daß alle Abmachungen hinter den Kulissen sich der Oeffentlichkeit entziehen und nicht offiziell sind. Aktenmäßig durch Unterschriften von Herren, die noch hier sitzen, und von einem Herrn, der jetzt eine hohe Stellung in der Regierung einnimmt, ist

nachgewiesen, daß bei andern ähnlichen Dingen Verhandlungen der schlimmsten Art thatsächlich geführt worden sind. Es wird sich zeigen, daß von diesen Leuten das deutsche Volk um Hunderte von Millionen betrogen ist. Es sitzen hier im Hause auf allen Seiten Freunde des Judentums, die ihr eigen Volk verraten. Staatssekretär **v. Maltzahn:** Vorredner hat sich nicht entblödet, den schweren Vorwurf zu wiederholen, den er der Regierung und dem Reichstage von 1871 gemacht hat, daß sie ihre Landes- und Geldinteressen verraten hätten. Er hat nicht einmal den Versuch gemacht, diese Behauptung zu begründen. Ich kann nur wiederholen, daß diese Behauptung der Wahrheit direkt widerspricht. **Präsident:** Den Vorwurf, daß die damaligen Mitglieder der Regierung und der Reichsregierung ihr Vaterland um Geld verraten hätten, habe ich nicht gehört. **Ahlwardt:** Bei dieser Stelle sprach ich von den Angehörigen des deutschen Volkes schlechthin. Sie verraten ihr Volk an ein fremdes Volk, um von der Beute etwas abzubekommen. Ich habe das weder auf den Fürsten Bismarck noch auf die Regierung bezogen. **Richter:** Es handelt sich jetzt darum, ob es wahr ist, was Ahlwardt am 18. März behauptet hat: „natürlich nach Verhandlungen hinter den Kulissen mit den großen Börsenjuden, die nicht dulden wollten, daß die Regierungen große Kapitalien in die Hände bekämen." Es handelt sich um einen Angriff auf die damalige Regierung. Ahlwardt hat sich schließlich zu den Behauptungen erhoben, er habe elf Aktenstücke, darunter einige unterzeichnet von dem Finanzminister, die bezeugen, daß Verhandlungen der schlimmsten Art vorgekommen sind. Wir wollen ihn zwingen, diese Behauptungen zu beweisen; sonst stehen die Angriffe auf die Finanzverwaltung genau so da, wie diejenigen auf die Militärverwaltung.

Darauf wird beschlossen, die Sitzung bis zum folgenden Tage auszusetzen, damit Ahlwardt zunächst die Akten vorlege, mit denen er seine obigen Behauptungen zu beweisen gedenke.

22. März. Bei Eröffnung der Sitzung erteilt der Vorsitzende **v. Levetzow** dem Abgeordneten Ahlwardt nachträglich einen Ordnungsruf wegen einer seiner gestrigen Aeußerungen. Auf Aufforderung Richters, die versprochnen Akten vorzulegen, erwidert **Ahlwardt**, er habe über zwei Zentner solcher Aktenstücke, die jedoch bei Freunden in Berlin und außerhalb verteilt seien; den kleinern Teil dieser Akten, den er bis jetzt habe erlangen können, lege er hiermit auf den Tisch des Hauses. — Nachdem sodann von mehreren Seiten beantragt ist, eine Prüfungskommission zu bestellen, die sofort die von Ahlwardt vorgelegten Akten prüfen solle, bemerkt **Ahlwardt:**

Ich habe gestern mit vollem Bewußtsein diese Angriffe ausgesprochen und erklärt, daß ich sie aktenmäßig beweisen werde, und daß die Akten in einem bestimmten Zeitraum vorhanden sein werden. Diesen Zeitraum habe ich mir gesetzt und werde ihn innehalten. Weil aber der Wunsch ausgesprochen worden ist, daß die Akten gleich möchten vorgelegt werden, habe ich mir Mühe gegeben, sie sämtlich zu beschaffen. Sie gehören sämtlich zusammen, und ein einzelnes Aktenstück hat gar keinen Wert. Ich werde verweigern, jetzt Auskunft zu geben, da ich mich verpflichtet habe, sie zu einem bestimmten Termin beizubringen. Heute erkläre ich mich außer stande, sämtliche Aktenstücke vorzulegen. Nach den Osterferien sind sie hier. Einige kommen wahrscheinlich schon heute Abend.

Hierauf wird beschlossen, die Sitzung zu vertagen. — Nachdem sie wieder aufgenommen ist, erhält das Wort der Berichterstatter der Vertrauenskommission Graf **Balleſtrem**. Dieser giebt folgende Erklärung ab:

Ihre Vertrauensmänner sind unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichstags zusammengetreten, um, Ihrem Auftrag gemäß, die von Ahlwardt überreichten Aktenstücke zu prüfen, und Sie haben von denselben eingehend Kenntnis genommen. Die Aktenstücke sind von einigen Mitgliedern der Kommission Stück für Stück durchgesehen, auch andre Mitglieder der Kommission haben sich überzeugt, daß das Urteil dieser Herren über die Aktenstücke das Richtige war. Ahlwardt, der behufs näherer Aufklärung zugezogen war, wurde aufgefordert, einzelne Schriftstücke in diesen Aktenstücken zu bezeichnen, die seine Angaben vom gestrigen Tage zu bestätigen geeignet wären. Ahlwardt hat dieses nicht vermocht. Er erklärte nur, daß die vorgelegten Aktenstücke allein nicht geeignet wären, diese Angaben, die er gemacht habe, zu bestätigen, daß sie erst in Verbindung mit andern Aktenstücken, die er noch nicht herbeizuschaffen in der Lage war, die er aber in einer näher oder ferner liegenden Zeit herbeischaffen wollte, geeignet wären, seine Behauptungen zu bekräftigen. Hierauf hat Ihre Vertrauenskommission folgenden Beschluß einstimmig gefaßt: „Die Vertrauenskommission des Reichstags hat einstimmig beschlossen zu erklären, daß die von dem Abgeordneten Ahlwardt vorgelegten Aktenstücke durchaus nichts enthalten, was die Behauptungen des Abgeordneten Ahlwardt in der gestrigen Sitzung irgendwie unterstützt, und nichts enthalten, was gegenwärtige oder frühere Mitglieder des Reichstags, noch eines deutschen Landtags, der Reichsregierung oder einer deutschen Landesregierung im mindesten belastet." — **Ahlwardt**: Ich habe gesagt, daß ich in der Lage sein werde, nach den Osterferien meine Behauptungen zu erweisen. Bei den Verhältnissen, in denen ich lebe, konnte ich die Aktenstücke nicht in meinem Hause halten, und deshalb habe ich sie bei guten Freunden und Bekannten untergebracht. In der Kommission habe ich Namen und Wohnung der Personen, bei denen die Aktenstücke lagern, mitgeteilt, ebenso daß ich zwei Depeschen erhalten habe, daß und wann sie kommen werden, und daß eine Depesche die Mitteilung enthält, daß einige Stücke wahrscheinlich schon draußen sind. Da es mir nicht möglich gewesen ist, auch nur einige Stunden Aufschub zu erhalten, und da die Kommission es abgelehnt hat, sich in Permanenz zu erklären, da heute über mich gerichtet wird, trotzdem vorher von mir erklärt wurde, ich habe noch nicht das, was ich brauche, so muß ich dem Gefühl Ausdruck geben, daß mir die Möglichkeit genommen ist, das in allernächster Zeit zu beweisen, was ich unter Beweis stellen wollte. Und es sind nicht leichte Sachen, um die es sich handelt. — **Richter** hebt hervor, Ahlwardt habe nun zum drittenmale dieselbe Methode befolgt, nämlich überall sei er sofort zur Stelle, die schwersten Beschuldigungen gegen Beamte und Private auszusprechen, aber niemals in der Lage, seine Beschuldigungen zu beweisen; immer suche er den Prozeß zu verschleppen und, wenn seine Beweise sich als haltlos erwiesen haben, zu vertrösten, daß er in entfernter Zeit bessere Beweise werde vorbringen können. **v. Manteuffel**: Ahlwardt stellt Behauptungen auf und hält sie für erwiesen, wenn er sie wiederholt hat. Ein derartiges Vorgehen müssen meine politischen Freunde auf das allerentschiedenste verwerfen. **Ahlwardt**: Ich konnte nicht annehmen, daß man meine Erklärung, ich würde die Sachen nach einer kurzen Frist vorlegen, als nicht genügend ansehen würde. Das Haus konnte wissen, bis dann und dann sind die Aktenstücke da. Heute, wo ich etwas vortragen wollte, was ungefähr eine Klarheit geben sollte über einige Dinge, ist es mir untersagt worden. Und

auch die Kommission ist nicht bereit, die spätern Aktenstücke vorzunehmen. Angesichts der ernsten Dinge, die ich vorgebracht, hätte es die Gerechtigkeit verlangt, mir Zeit zu geben, um diese Sachen zu beweisen. Ich habe gekämpft nach meiner vollen Ueberzeugung nur für Wahrheit und für die volle Wahrheit. Ich habe das Bewußtsein, die jetzt sehr traurigen Entwicklungen der Zeit erkannt, die Schäden dargelegt und das Beste erstrebt zu haben. Das werde ich auch ferner rücksichtslos thun. Wenn jetzt die Korruption in vielen Kreisen derart ist, daß absolut klar zu Tage liegende Dinge, die jeder weiß, nicht mehr gesetzlich zu beweisen sind, weil andre Dinge dazwischen stehen, so ist das schlimm. Aber es wird mich nicht abhalten, fortzukämpfen, bis ich auf dem Boden ankomme, von wo aus ich etwas erreiche. So etwas, wie meine Vergewaltigung, ist noch nicht vorgekommen! (Präsident v. Levetzow: Es hat Sie niemand vergewaltigt, man hat Sie immer zu Worte kommen lassen. Der Ausdruck war nicht am Platze.) Lieber: Es ist zweifellos tief bedauerlich, daß Ahlwardt immer noch keine Spur von Verständnis davon zu haben scheint, daß die größtmögliche Korruption diejenige ist, daß im Schoße des Reichstags die unerhörtesten Beschuldigungen gegen Mitglieder des Reichstags und der Reichsregierung ausgesprochen werden, ohne daß derjenige, der sie ausspricht, auch nur den Schatten eines Beweises hinter sich hat. Auf das tiefste betrübt uns ein Zustand der Dinge, der Ahlwardt auch heute noch nicht erlaubt, zu erklären: die Anschuldigungen, die ich gestern ausgesprochen habe, habe ich ausgesprochen, ohne die Beweise in der Hand zu haben. Eine solche Erklärung würde die mit Recht erregten Gemüter im Reichstage, bei den verbündeten Regierungen und im Lande beruhigt haben, wenigstens vorläufig. Statt dessen tritt er mit neuen Beschuldigungen hier vor den Reichstag, und diese Beschuldigungen gehen mindestens vier Wochen unbewiesen ins Land und über die Grenzen unsers Vaterlandes hinaus und setzen Deutschland vor dem Auslande herab. Das ist ein Vorgehen, das jeder parlamentarischen Würdigung vollständig unzugänglich ist. Das würde auch dem beredtesten Munde schwer fallen. Wenn es der Mühe wert wäre, so würde ich den Ordnungsruf des Präsidenten riskiren. Sie werden es mit mir fühlen, daß man das eines Ahlwardt wegen nicht thut. Ahlwardt erwidert: Obwohl doch das Bewußtsein der Berechtigung zu diesem Vorgehen nicht überall vorhanden sein kann, tritt nunmehr Lieber mit einer sogenannten sittlichen Entrüstung hier auf. Wenn man die Vorgänge erwägt, so war diese sittliche Entrüstung schwer zu begreifen. Ich habe die Beweise thatsächlich, und man müßte mir doch wenigstens eine kurze Zeit lassen, um das Beweismaterial herbeizuschaffen. Diese Zeit ist mir nicht gewährt, und die Kommission hat erklärt, daß sie sich nicht ferner mit der Sache beschäftigt. Richter hat mir vorgeworfen, daß ich vorher schon anderweitig angegriffen habe und dafür bestraft bin, weil ich die Beweise nicht hätte erbringen können. Beweise habe ich wohl genügend erbracht. Daß das nicht eingesehen worden ist, liegt daran, daß die Juden unser Volk korrumpirt haben. Und ehe die Juden nicht weg sind, wird es nicht besser. Hierauf bemerkt Lieber: Ahlwardt scheint anzunehmen, daß der Beschluß der Vertrauenskommission ihm die Pflicht abgenommen hat, seinen Beweis anzutreten, ja daß sie ihm jede Möglichkeit dazu abgeschnitten hätte. Davon ist gar keine Rede. Ahlwardt stellt sich wie ein Lamm, der niemand verletzt hat. Er fühlt sich so überlegen im Bewußtsein seiner Weltmission, daß er allein für sich die sittliche Entrüstung beanspruchen zu können glaubt. Da muß ich wirklich sagen: da ist meine Entrüstung am Ende, und mein Mitleid fängt an. Stöcker: Es genügt doch nicht, daß Ahlwardt hier moralisch totgeschlagen wird. Eins darf man doch nicht vergessen: der Mann ist vollkommen

unfähig, politische Geschäfte in höherm Stile zu betreiben. Schuld daran ist (Zuruf: Sie!) nicht die deutsch-soziale Partei, die Ahlwardt nicht aufgestellt hat; sie hat dagegen protestirt. Daran ist schuld, daß das Volk aufgewühlt ist durch das allgemeine direkte Wahlrecht. Auf diese Weise wird Fusangel gewählt gegen den Wunsch des Zentrums, weil das Volk die tollsten Dinge, die ihm vorgeredet werden, glaubt. Es hat sich immer herausgestellt, daß an den Behauptungen Ahlwardts etwas Wahres war. Dieses Körnchen Wahrheit hat das Volk bestochen und verleitet. In der Broschüre gegen die Berliner Stadtverwaltung hat sich als Wahrheit herausgestellt, daß ein Stadtverordneter ein religiöses Examen mit den Lehrern anstellt. Die Broschüre gegen Bleichröder hätte nicht unverfolgt bleiben sollen; sonst versteht der kleine Mann das Verhalten der Regierung nicht. **Ahlwardt:** Stöcker wird auf seine Weise auch nicht zum Ziel kommen, denn er will zwar das Vaterland gesund, aber den Krankheitsstoff nicht unschädlich machen. Darauf allein aber ist meine Thätigkeit gerichtet, und ich hoffe, bei einzelnen Personen in allen Parteien dabei Zustimmung zu finden. Stöcker hat die Gelegenheit wohl nur deshalb zu einem Angriff auf mich benutzt, um den Lohn für meine Thätigkeit für die konservative Partei einzuheimsen. Ich werde nicht aufhören, für meine Sache zu kämpfen, niemand zuliebe und zuleide. **Rickert:** Stöcker konnte es nicht unterlassen, nachdem er Ahlwardt abgeschlachtet hatte, für mildernde Umstände zu plädiren. Ahlwardt will sich aber den Lohn seiner Thätigkeit nicht nehmen lassen. Stöcker fragt: wer ist schuld an der Wahl Ahlwardts? Antwort: Die Konservativen! Ein konservativer Landrat und andre konservative Leute haben einen Aufruf für ihn erlassen. Stöcker hat die Broschüren Ahlwardts verteidigt, in denen einer der hochgefeierte Kaiser Friedrich in den Schmutz gezogen worden ist. Wer ist der Vater des Antisemitismus? Ein Erkenntnis des Reichsgericht von 1886 bezeichnet es als gerichtsnotorisch, daß Stöcker den Antisemitismus begründet hat. **Zimmermann** (Antisemit) hebt hervor, die Antisemiten hätten keine Ahnung von den Anschuldigungen gehabt, die Ahlwardt vorgebracht. Ahlwardt als parlamentarischer Neuling habe wohl ein Recht darauf, daß ihm Zeit gelassen wird, seinen Beweis zu bringen. **Stöcker:** Eine vollkommen untergeordnete Strömung hat Ahlwardt als Reichstagskandidaten aufgestellt; darin lag das Gefährliche. In der Stichwahl haben die Konservativen für ihn gestimmt. Die Stichwahlen hat man noch nie einer Partei aufs Konto geschrieben. Ahlwardt ist gegenüber der deutsch-freisinnigen Partei noch das kleinere Uebel. Der Wahlkreis Ahlwardts ist durch die Hetzereien der Freisinnigen gegen die Junker aufgewühlt. Dadurch sind die Gemüter so unklar geworden, daß sie das Richtige nicht erkennen konnten. Wenn das Reichsgericht mich als Urheber des Antisemitismus ansieht, so nehme ich das nicht als eine Schuld hin, sondern als eine große Ehre, denn ich halte es nicht für richtig, daß wir uns von einer kleinen Minderheit ausbeuten lassen, daß wir unsre Volksseele an die Juden verlieren. Das kann nur jemand begreifen, der das beneidenswerte Amt eines Führers der Judenschutztruppe hat. Herr Rickert, legen Sie dieses Amt nieder, dann werden die Wogen ein bischen niedriger gehen. **Ahlwardt:** Rickert will den Ursprung meiner Wahl in Friedeberg-Arnswalde wissen: ich habe es für durchaus notwendig gehalten, daß ich hier im Reichstage sitze, und darum bin ich gewählt worden. Rickerts Auftreten in dem Wahlkreise habe ich viel zu verdanken. Das hohe Verdienst, den Antisemitismus begründet zu haben, hat Stöcker, und wenn ich nicht mehr mit ihm gehen kann, so liegt das daran, daß er auf halbem Wege stehen bleibt. **Richter:** Seine eignen Genossen haben Ahlwardt im Stiche gelassen, nur Stöcker ist ihm beigesprungen, indem er auf Dinge einging, die hier gar nicht zur

Sache gehören. Stöcker fühlte, daß nicht über Ahlwardt, sondern über den Antisemitismus der Stab gebrochen wurde. Stöcker ist nur der höhere Ahlwardt und versteht es nur besser, den Antisemitismus als politisches Geschäft im höhern Stile zu betreiben. Ein edles Brüderpaar: Stöcker und Ahlwardt. Präsident v. Levetzow ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung, weil dadurch sowohl Stöcker als auch Ahlwardt beleidigt wären. Rickert: Ich werde das Amt eines Führers der Judenschutztruppe nicht niederlegen, sondern solange mir die Stimme noch verfügbar ist, protestiren gegen die antisemitischen Hetzereien, die eine Schmach für Deutschland sind und eine Barbarei unsers Jahrhunderts darstellen. Liebermann: Die große antisemitische Bewegung werde unabhängig von den Beweisen Ahlwardts ihren Weg weitergehen. Stöcker: Authentisch ist ein andres Wort aus erlauchtem Munde: Man hätte früher etwas gegen das Judentum thun sollen. Dieses Wort sollte Rickert lieber zitiren. Solange die Freisinnigen für die Juden eintreten, ohne ihre sonst so scharfe Kritik zu üben, solange wird die antisemitische Bewegung zunehmen. Schmidt (Elberfeld) erinnert Stöcker daran, daß in den Akten eines Prozesses von 1884 als erwiesen angenommen sei, die Worte von der „Schmach des Jahrhunderts" seien von hoher Stelle geäußert. Stöcker: Diese Worte wären einst vom Stadtrat Magnus mitgeteilt worden. Richter: Allerdings habe Magnus ihm dies mitgeteilt, und während dessen Lebens sei nicht widersprochen. Stöcker: Wenn ein Synagogenvorsteher Herrn Richter etwas mitteilt, so ist es doch deshalb noch nicht wahr. Liebermann: Jenes Wort soll von Magnus selbst herrühren, der bei einem Wohlthätigkeitskonzert das Erscheinen des hohen Herrn dahin auslegte, daß er die Schmach des Jahrhunderts verurteilte. Darauf soll der hohe Herr gesagt haben: Ich hetze nicht. Schmidt (Elberfeld): Forckenbeck hat bestätigt, der Hofmarschall von Normann habe mitgeteilt, daß die Aeußerung wirklich gefallen ist. Richter: Die Wahrheitsliebe des Stadtrat Magnus steht mir viel höher als die Stöckers, dem das Gericht einen fahrlässigen Meineid vorgeworfen hat. Stöcker: Daß ich mich eines fahrlässigen Meineids schuldig gemacht habe, ist eine grobe Unwahrheit, das gehört aber zum Betriebsmaterial der Freisinnigen. Das Wort von der Schmach des Jahrhunderts wollten wir nur wegwischen von der hohen Gestalt des Herrschers, damit die Juden nicht damit ihr Spiel treiben. Rickert: Wenn Sie das wollten, warum haben Sie das nicht gemacht, als der hohe Mund noch nicht geschlossen war! Liebermann äußert, es sei einmal behauptet worden, eigentlich hätten die Freisinnigen die antisemitische Bewegung beginnen müssen; jetzt freilich würden die Freisinnigen nur von den Juden über Wasser gehalten. Ahlwardt beantragt die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der von Richter gegen Stöcker erhobnen Beschuldigung des Meineids. Richter verweist auf das Erkenntnis der 2. Strafkammer des Landgerichts Berlin vom 5. Januar 1885, in dem die Wahrheitsliebe Stöckers charakterisirt und ihm vorgeworfen sei, daß er unvorsichtig einen Eid geleistet habe. Stöcker: Das Gerichtserkenntnis ist längst begraben. Dem Erkenntnis sind nachher so viele Dementis entgegengestellt worden, daß das Landgericht sich dieses Erkenntnisses schämen müßte. Richter: Stöcker hat mit Ahlwardt auch das gemein, daß er gerichtliche Erkenntnisse, wenn sie gegen ihn gerichtet sind, nicht anerkennt. Ahlwardt: Ich stelle fest, daß Richter, der die Juden verteidigt, besser behandelt wird als ich, der die Juden angreift.

Hiermit endet die dritte Beratung des Reichshaushaltsetats, der sodann nebst dem Anleihegesetz genehmigt wird.

3.

Etatsgesetz.

15. März. Der Etat schließt ab in Einnahmen und Ausgaben mit 1257678811 Mk., und zwar betragen die laufenden Ausgaben 1005497431 Mk., die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats 82706604 Mk., des außerordentlichen Etats 169474776 Mk. (Gesetz vom 26. März 1893.)

4.

Vergleichung des Etats für 1892—93 mit dem für 1893—94.

Einnahmen.

	1892—93	1893—94
I. Zölle und Verbrauchssteuern.		
A. Aus dem Zollgebiete.		
1. Einnahmen, an welchen alle Staaten teilnehmen:		
Zölle	339451000 Mk.	341122000 Mk.
Tabaksteuer	10773000 „	10941000 „
Zuckersteuer:		
Materialsteuer	11573000 „	— „
Verbrauchsabgaben	56523000 „	66397000 „
Salzsteuer	41514000 „	41939000 „
Branntweinsteuer:		
Maischbottich- und Materialsteuer	17452000 „	17826000 „
Verbrauchsabgabe u. Zuschlag	102607000 „	99940000 „
2. Einnahmen, an denen Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen keinen Teil haben	23877000 „	24694000 „
B. Von den außerhalb der Zollgrenze liegenden Bundesgebieten	63960 „	60840 „
II. Reichsstempelabgaben.		
Spielkartenstempel	1206000 „	1227000 „
Wechselstempelsteuer	6046000 „	7455000 „
Stempelabgabe für Wertpapiere	28219000 „	27171000 „
Statistische Gebühr	638000 „	661000 „
III. Post- und Telegraphenverwaltung	21222938 „	21290077 „
IV. Reichsdruckerei	1253210 „	1392220 „
V. Eisenbahnverwaltung	19824800 „	20745100 „
VI. Bankwesen	4772700 „	7117500 „
VII. Verschied. Verwaltungseinnahmen	12063968 „	13375055 „
VIII. Aus dem Reichsinvalidenfonds	25164554 „	24672078 „
IX. Zinsen aus belegten Reichsgeldern	295000 „	148000 „
X. Aus der Veräußerung von Teilen des ehemaligen Stettiner Festungsterrains	1096906 „	508636 „
XI. Ueberschüsse aus früheren Jahren	15308201 „	4147232 „
XII. Matrikularbeiträge	320859733 „	355374297 „
XIII. Außerordentliche Deckungsmittel	144778595 „	169474776 „
Gesamtheit der Einnahmen	1207583564 Mk.	1257678811 Mk.

Ausgaben.

	1892—93	1893—94
I. Fortdauernde Ausgaben.		
Reichstag	423213 Mk.	423853 Mk.
Reichskanzler und Reichskanzlei	150360 „	153460 „
Auswärtiges Amt	9901205 „	10085505 „
Reichsamt des Innern	19896750 „	25841515 „
Verwaltung des Reichsheeres	427285158 „	428032832 „
Verwaltung der Marine	45298839 „	48252639 „
Reichsjustizverwaltung	2048826 „	2054978 „
Reichsschatzamt	356059740 „	354258840 „
Reichseisenbahnamt	308240 „	332820 „
Reichsschuld	60865800 „	65966000 „
Rechnungshof	625648 „	629883 „
Allgemeiner Pensionsfonds	42646531 „	44793028 „
Reichsinvalidenfonds	25164554 „	24672078 „
	990674864 Mk.	1005497431 Mk.
II. Einmalige Ausgaben.		
1. Ordentlicher Etat.		
Auswärtiges Amt	3032300 Mk.	3388600 Mk.
Reichsamt des Innern	4714966 „	2397900 „
Post- u. Telegraphenverwaltung	7250748 „	9877314 „
Reichsdruckerei	200000 „	219700 „
Verwaltung des Reichsheeres	38416992 „	44475240 „
Verwaltung der Marine	17112700 „	20925250 „
Reichsjustizverwaltung	1071000 „	1200000 „
Reichsschatzamt	331400 „	218600 „
Reichseisenbahnamt	— „	4000 „
2. Außerordentlicher Etat.		
Reichsamt des Innern	6000000 „	35600000 „
Verwaltung des Reichsheeres	97432295 „	105868966 „
Verwaltung der Marine	22997800 „	10619000 „
Eisenbahnverwaltung	14348500 „	13386810 „
Reichsschatzamt	4000000 „	— „
Betriebsfonds	— „	4000000 „
Summa der einmaligen Ausgaben	216908701 Mk.	252181380 Mk.

5.

Nachtragsetat für 1893—94.

27. April. Erste Beratung eines nachträglichen Etats, wonach für Erhebung der deutschen Gesandtschaft in Washington zur Botschaft, für die Errichtung eines Botschaftshauses in Madrid und als Nachforderung für die Beteiligung des Reichs an der Weltausstellung in Chicago 1468000 Mk. verlangt werden.

28. April. Zweite Beratung.

29. April. Dritte Beratung. (Gesetz vom 10. Mai.)

II.

Zweiter Nachtragsetat für 1892—93.

29. April. Dieser Etat fordert $6^1/_2$ Millionen als nachträgliche Bewilligung anzuweisen auf die Matrikularbeiträge. Die Mehrausgabe ist wesentlich verursacht durch das Steigen der Naturalienpreise, infolge wovon die für Brot und Fourageverpflegung in dem Etat für 1892—93 voranschlagsmäßig ausgeworfenen Summen sich als unzureichend erwiesen haben. Der Etat wird alsbald in erster und zweiter Beratung genehmigt.

2. Mai. Ebenso in dritter Lesung. (Gesetz vom 10. Mai.)

III.

Brausteuer.

10. Januar. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs, der die Verdoppelung der Brausteuer in der Brausteuergemeinschaft bestimmt, zu der Elsaß-Lothringen hinzutreten soll. Demgemäß soll die Brausteuer von Getreide, Reis und grüner Stärke künftig 8 Mk. vom Doppelzentner betragen, die der andern Braustoffe entsprechend normirt werden. Behufs Schonung der kleineren Brauereien wird der Staffeltarif vorgeschlagen. Der Ertrag der Brausteuererhöhung wird auf etwa 32 Millionen Mark veranschlagt, wobei die Begründung annimmt, daß eine Verteuerung des Bieres beim Ausschank und somit eine Verminderung des Verbrauchs nicht eintreten werde, da die Steuererhöhung auf das in Norddeutschland übliche Seidelmaß ein Drittel Pfennig betrage, sich im Preise also gar nicht darstellen lasse. Staatssekretär **v. Maltzahn** leitet die Beratung mit der Bemerkung ein, daß die bekannten drei Steuererhöhungen den Zweck hätten, die vorläufigen Kosten der Militärvorlage zu decken, die durch Matrikularbeiträge nicht aufgebracht werden könnten, ohne damit ein Präjudiz über die Aufbringung der später notwendigen Mehrkosten der Militärvorlage auszusprechen oder gar eine Reform der Reichssteuern in großem Stil einzuleiten. Die Brauer und Konsumenten der norddeutschen Brausteuergemeinschaft würden durch die vorgeschlagene Verdoppelung des Brausteuersatzes von vier auf acht Mark nicht übermäßig belastet, wie der Vergleich mit den süddeutschen Staaten beweise; auch sei die Folge eines vermehrten Branntweingenusses davon nicht zu befürchten.

Goldschmidt (deutschfreisinnig) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß der Schatzsekretär von dem weitverbreiteten und lebhaften Widerspruch nicht Notiz genommen habe, der sich seit dem Bekanntwerden der Vorlage und den gegen sie gerichteten Petitionen geäußert habe. Der Vergleich mit den süddeutschen Steuersätzen sei ein höchst unglücklicher. Die dortigen hohen Steuersätze seien in Zeiten großen wirtschaftlichen Aufschwungs eingeführt, während die vorliegende Steuererhöhung in einer Zeit tiefer Depression verlangt werde. Dazu komme die Verschiedenheit in den Konsumtionsverhältnissen: der Süden verbrauche ungleich weniger Kaffee, Thee, Kakao und Sprit. Der Anblick der großen Bierpaläste habe offenbar dem Gedanken Eingang verschafft, Brauer und Gastwirte, die früher viel verdient, jetzt stärker heranzuziehen. Schatzsekretär **v. Maltzahn** erwidert: Wenn in Bayern ein Rückgang der Zahl der Brauereien eingetreten sein sollte, so wäre damit nicht bewiesen, daß der Rückgang eine Folge jener Gesetzgebung ist, denn im Elsaß ist keine Steuerveränderung eingetreten und doch eine Verminderung von 317 auf 194 erfolgt. Der Rückgang liegt vielmehr daran, daß, weil das Geschäft ein gutes ist, große Aktienbrauereien die kleinen angekauft haben. Unter den Dividenden der Aktienbrauereien finden sich solche, die bis fünfundvierzig ja fünfzig Prozent betragen. Bayrischer Finanzminister **v. Riedel**: Goldschmidt hat behauptet, die letzte Erhöhung des Malzaufschlags in Bayern habe tausenden von Existenzen Schaden gebracht. Diese Behauptung ist irrig. Unsre aufmerksamen und eifrigen Ermittlungen über die Wirkung dieser Erhöhung sind rechtzeitig angestellt und dem bayrischen Landtage mitgeteilt worden. Es ergab sich daraus, daß von 1880 bis 1888 im ganzen 563 Betriebe eingegangen, 342 neu entstanden sind. Bei diesen Zahlen ist zu beachten, daß circa 6000 Brauereien vorhanden sind; davon sind 221 eingegangen. Es handelt sich aber dabei nicht um bloße Betriebseinstellungen, sondern aus der Nachforschung nach den Gründen der Einstellung ergab sich, daß nur bei zehn die Steuererhöhung die Ursache war. Ganz gewiß befinden sich die kleinern Brauereien in einer wenig günstigen Lage dem Großbetrieb gegenüber. Das liegt aber nicht an den Steuerverhältnissen, sondern an der bessern Ausnützung der maschinellen Einrichtungen und dergleichen, die fast allein den Großbetrieben möglich sind, ebenso an der Einrichtung des Großkapitals, das den Großbetrieben mehr zu Hilfe kommt, endlich an der Leichtigkeit und Billigkeit des Eisenbahntransports. Auch die Behauptung, daß in Bayern bloß dreißig Prozent eingegangen sind, beruht auf einem Mißverständnis. In der Hauptsache ist die Erwartung der bayrischen Regierung in Bezug auf die Höhe des Eingangs vollkommen erfüllt worden; zwanzig Millionen Brausteuer 1879 standen zweiunddreißig Millionen 1881 gegenüber. In Bayern wird keineswegs das Bier auf Kosten der andern Getränke außerordentlich bevorzugt. Der Bierkonsum ist in Bayern sehr beträchtlich. Der Bierpreis ist trotz der Steuererhöhungen nicht in die Höhe gegangen, jedenfalls sind irgend erhebliche Klagen aus dem Publikum darüber nicht laut geworden. **Hug** (Baden, Zentrum) ist ein entschiedner Gegner der Vorlage, die seinen Heimatsstaat mit zwei Millionen jährlich belasten würde. Dagegen ist **Gamp** mit ihr und den beiden andern Steuervorlagen nicht nur einverstanden, sondern empfiehlt noch außerdem eine Champagner- und Inseratensteuer.

11. Januar. **Grillenberger**: Die sozialdemokratische Partei als Gegnerin der verwerflichen und volksschädlichen indirekten Steuern habe die Verpflichtung, gegen die vorgeschlagne Erhöhung der Brausteuer Verwahrung einzulegen, die schließlich vorwiegend von den untern Klassen, den Arbeitern, getragen werden müßten. Und zwar würde diese neue Belastung den Norden wie den Süden treffen, sodaß der bairische Finanzminister von Riedel sich nicht so anstellen dürfte, als ginge die Sache Bayern nichts an. Einem weitern

Eingehen von Brauereien werde auch die Staffelsteuer nicht Einhalt thun. Der bayrische Finanzminister habe zwar gemeint, daß die Erhöhung des Malzaufschlages einen Niedergang des Brauereigewerbes in Bayern nicht zur Folge gehabt habe. Er müsse aber diese Behauptung so lange bestreiten, als sie nicht zahlenmäßig bewiesen sei. Nach Einführung des definitiven höhern Malzaufschlages sei in München der Preis des Bieres um zwei Pfennig pro Liter in die Höhe gegangen. Das Hofbräuhaus habe davon allerdings eine rühmliche Ausnahme gemacht. Bayern würde durch die Militärvorlage, und was damit zusammenhänge, um zwölf bis fünfzehn Millionen belastet werden. Diese Mehrbelastung werde es durch weitere direkte Steuern, durch erhöhte Einkommen- oder Haussteuer oder durch einen weitern höhern Malzaufschlag ausgleichen müssen. Der letztere Weg sei aber nicht wohl gangbar, weil der Bierkonsum in Bayern in den letzten Jahren bedenklich ab- und der Branntweingenuß in erschreckender Weise zugenommen habe. Die armen Leute könnten eben selbst das billige bayrische Bier nicht mehr bezahlen. Bier zu zehn Pfennig gebe es jetzt nirgends mehr. Gegen diese Ausführungen ergreift abermals der bayrische Finanzminister **v. Riedel** das Wort. Er behauptet, daß der Bierpreis für das halbe Liter noch in großen Teilen Bayerns, wahrscheinlich im allergrößten Teile, noch auf zehn Pfennig steht. Das ist der Fall in ganz Niederbayern, in Oberfranken, in der Oberpfalz; die sämtlichen Mitteilungen, die ich machte, beruhen auf amtlichen Zahlen und Ermittlungen. Das Bier ist seit der Erhöhung des Malzaufschlags nicht teurer, auch nicht schlechter geworden. **Moeller** (nationalliberal) glaubt, daß angemessene Luxussteuern nur ganz kleine Erträge bringen. Die Opposition gegen die Vorlage sei im Reiche eine ganz gewaltige und berechtigte. Kaum eine deutsche Stadt wird so mit der Brauerei verknüpft sein wie Dortmund. Die Vorlage vergißt vollständig, daß in der Brausteuergemeinschaft ein Viertel allen Bieres oberjähriges ist. Das Braunbier ist in weiten Bezirken Norddeutschlands ein Nahrungsmittel der Familie.

Die Vorlage wird an die Militärkommission gewiesen und infolge der späteren Ablehnung der Militärvorlage nicht weiter verfolgt.

IV.

Branntweinsteuer.

16. Januar. Beratung der Novelle zum Branntweinsteuergesetze von 1887, welche das Kontingent des niedrigern Steuersatzes von $4^1/_2$ auf 4 Liter pro Kopf der Bevölkerung herabsetzen, den Steuersatz selbst aber von 50 resp. 70 Pfennig auf 55 resp. 75 Pfennig für den Liter reinen Alkohols erhöhen will.

Nach einer einleitenden Rede des Schatzsekretärs **v. Maltzahn** ergreifen das Wort Siegle, Witte, dann der bayrische Finanzminister **v. Riedel**. Mit diesem tritt der württembergische Gesandte **v. Moser** für die Aufrechterhaltung der Steuerdifferenz von 20 Mk. im Interesse der süddeutschen Kleinbetriebe ein, während für die Großbrenner des preußischen Ostens der westpreußische Abgeordnete **Holtz** dieselbe Forderung vertritt. Der bayrische Abgeordnete **v. Gagern** hält ebenfalls an der Differenz von 20 Mk. als für die Tausende der bayrischen Kleinbrenner unentbehrlich fest und beruft sich für das Ver-

sprechen, daß an dieser Differenz überhaupt nicht gerüttelt werden solle, auf den früheren Abgeordneten Miquel. Von den Sozialdemokraten spricht **Wurm** gegen die Vorlage, die er wie das Branntweinsteuergesetz von 1887 als eine bewußte Schädigung der Volksernährung, als einen Raub am arbeitenden Volke verworfen wissen will.

17. Januar. Eine sogenannte Liebesgabe an die Branntweinbrenner wird von **v. Kardorff** und **v. Standy** sowie von dem bayrischen Finanzminister **v. Riedel** mit Eifer bestritten und für die Aufrechterhaltung der unverminderten „Spannung" von 20 Mk. eingetreten. Auf endliche Beseitigung dieser „Liebesgabe" dringt auch **Barth**. Während **Uhden** das Rohspiritusmonopol empfiehlt, schlägt Fürst **Hatzfeldt** die reine Fabrikatsteuer mit der Empfehlung „Ehrlich währt am längsten" vor, und der elsässische Abgeordnete **Höffel** lenkt, um die Reichslande vor der Novelle zu bewahren, die Aufmerksamkeit wieder auf das Tabakmonopol, woneben er auch eine energische Besteuerung des Lotteriespiels, auch der Wohlthätigkeitslotterien, befürwortet.

Die Vorlage wird an die Militärkommission gewiesen und bleibt infolge der Ablehnung der Militärvorlage liegen.

V.

Börsensteuer.

19. Januar. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs, in dem die Erhöhung des Steuersatzes für Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte der Nummer 4A auf zwei Zehntel vom Tausend, der Nummer 4B auf vier Zehntel vom Tausend vorgeschlagen wird. Außerdem soll die Vorschrift über die Berechnung der Stempelabgabe nachstehende Fassung erhalten:

„Vom Wert des Gegenstandes des Geschäfts, und zwar bei Geschäften im Werte bis zu 100000 Mk. in Abstufungen von 20 bezw. 40 Pfennig für je 1000 Mk. oder einen Bruchteil dieses Betrages, bei Geschäften im Werte von mehr als 100000 Mk. in Abstufungen von 2 bezw. 4 Mk. für je 10000 Mk. oder einen Bruchteil dieses Betrages."

Zur Einleitung bemerkt der Schatzsekretär **v. Maltzahn**: Der Zweck dieser Vorlage ist lediglich finanzieller Art. Es ist den Regierungen billig erschienen, in dem Augenblick, wo die Heranziehung der verhältnismäßig unbemittelten Kreise, aus denen sich die Konsumenten des Bieres und des Branntweins zusammensetzen, notwendig erschien, auch die wohlhabenderen und leistungsfähigeren Kreise der Bevölkerung zu treffen. Die Einwände der Presse gegen die Vorlage beziehen sich teils auf den Augenblick ihres Einbringens, teils auf die Richtigkeit der Berechnung ihres finanziellen Ertrags und teils auf die materiellen Wirkungen, die von einem solchen Gesetze erwartet bezw. befürchtet werden. Man hat gesagt, bevor die Börsenenquetekommission ihre Beratungen beendet hätte, inwieweit eine Börsensteuer den Auswüchsen der Börsengeschäfte entgegentreten könnte, hätte man diese Vorlage nicht einbringen sollen. Aber unsre Vorlage verfolgt etwas ganz andres als die Beratungen der Börsenenquetekommission, da sie rein finanzielle Zwecke verfolgt.

Als Redner treten auf: Siemens, Mehnert, Singer, Marquardsen.

20. Januar. An der weitern Beratung beteiligen sich Graf Arnim, v. Pfetten, Funck, Gamp. Dann wird die Vorlage an die Militärkommission gewiesen und bleibt infolge der Ablehnung der Militärvorlage liegen.

VI.

Reichsinvalidenfonds.

18. März. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs, wonach 67 Millionen Mark aus den Beständen dieses Fonds als Betriebskapital für die Reichskasse flüssig gemacht werden sollen (1892. II., S. 173). Damit wird die erste Lesung einer Novelle zum Militärpensions- und zum Reichsbeamtengesetze verbunden.

Mit Bezug auf diese bemerkt der Kriegsminister **v. Kaltenborn:** Die Vorlage bezweckt vornehmlich Mängel zu beseitigen, welche sich im Laufe der Zeit herausgestellt haben und durch zeitgemäße Bestimmungen ersetzt werden müssen. Es werden die Verkürzungen der Militärpension bei Eintritt der Berechtigten in den Kommunaldienst nicht mehr erfolgen, und es soll die Kriegsinvalidenpension erhöht werden. **Pieschel** meint, die Vorlage biete nicht genug. Aus Gründen der ausgleichenden Gerechtigkeit müßte auch den in den Reichs- oder Staatsdienst getretenen Beamten die Militärpension voll belassen werden; denn die Pension sei doch eine Vergütung für früher geleistete Dienste. Die Durchführung dieses Grundsatzes würde auch gar nicht so kostspielig sein. Nach der Vorlage soll die Pension des Sekonde- oder Premierlieutenants vollständig wegfallen, wenn das Gehalt 3000 Mk. beträgt. Das bedeute ja gegenüber dem bestehenden Zustand einen Fortschritt, sei aber keine gründliche Abhilfe. — Auch Hartmann, v. Schoeningh, Groeber, Schmidt, Menzer, Selig und v. Gültlingen haben weitergehende Wünsche. **Ahlwardt:** Der ganze Schaden rührt daher, daß der Invalidenfonds ohne Verzinsung in sich selbst aufgebraucht worden ist. Zur Deckung aller dieser Aufgaben würde am besten eine progressive Einkommensteuer dienen. **Richter** entgegnet: Ahlwardt kennt die Einrichtung des Invalidenfonds nicht, denn dieser hört keineswegs mit dem Tode des letzten Invaliden auf. Er ist so hoch dotirt worden, wie die Regierung es verlangte. **Ahlwardt:** Der Invalidenfonds ist so dotirt, daß er, wenn der letzte Invalide stirbt, nicht so hoch ist, als im Anfang. Es ist der reine Unsinn, das Gesetz so zu machen, wie es gemacht ist. Mit den Zinsen hätte das Kapital des Fonds jetzt fast eine Milliarde betragen, und damit hätte man die größten sozialen Aufgaben lösen können. Wir konnten damals den Grund zu einem großartigen Nationalvermögen legen.

6. Mai. Dritte Lesung obiger Novelle (Gesetz vom 22. Mai 1893). — Eine dritte Lesung des Gesetzentwurfs über den Reichsinvalidenfonds findet nicht statt.

Zollgesetzgebung.

Warenverzeichnis zum Zolltarif.

17. Januar. Broemel bringt die Anfrage ein: Sind seitens der Regierungen Maßnahmen beabsichtigt, um die neuerdings in Aussicht genommene Abänderung des amtlichen Warenverzeichnisses zum Zolltarif vor ihrer endgiltigen Feststellung in solcher Weise zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, daß die daran vornehmlich interessirten gewerbetreibenden Kreise ihre gutachtlichen Aeußerungen darüber rechtzeitig abgeben können?

Zur Begründung führt Broemel aus, daß die Interessenten durch die bisher beliebte Art der Veröffentlichung vielfach überrascht und durch Heranziehung mancher Waren zu höheren Zollsätzen geschädigt, ja in einzelnen Fällen geradezu ruinirt worden sind. An dem guten Willen des Bundesrats, diesen Uebelständen abzuhelfen, dürfe man doch nicht zweifeln. Staatssekretär v. Maltzahn erwidert, daß das im Reichsschatzamt auf Grund eines Beschlusses des Bundesrats vom 28. Januar 1892 ausgearbeitete neue Warenverzeichnis, durch den Abschluß der Handelsverträge geboten, fast fertig sei und in wenigen Wochen an den Bundesrat gelangen werde. — Broemel erklärt, hiermit sei der Zweck der Anfrage im wesentlichen erreicht.

Justizgesetzgebung.

I.

Geltung des Gerichtsverfassungs-Gesetzes in Helgoland.

21. April. Erste und zweite Beratung eines Gesetzentwurfs folgenden Inhalts:

Die Paragraphen 25, 26, 40, 43, 44, 86, 87 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 gelten für Helgoland mit der Maßgabe, daß für den dortigen Bezirk ein Schöffengericht mit dem Sitze dort gebildet wird, dessen Mitglieder aus den Einwohnern der Insel entnommen werden, und daß für den Bezirk Helgoland ein besondrer Ausschuß zusammentritt, der aus dem Amtsrichter, einem von der Landesregierung zu bestimmenden Staatsverwaltungsbeamten und zwei Einwohnern als Vertrauensmännern besteht.

27. April. Dritte Beratung. (Gesetz vom 4. Juni 1893.)

II.

Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

24. Januar. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs, wonach den Landesgesetzen, deren Verletzung ungeachtet ihres beschränkten Geltungsbereichs zufolge

der Verordnung vom 28. September 1878, sowie der Gesetze vom 15. März 1881 und 24. Juni 1886 die Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten begründet, noch eine Reihe bestimmter oldenburgischer Gesetze für das Fürstentum Birkenfeld sowie elsaß-lothringischer Gesetze hinzutritt.

15. März. Zweite Beratung.

17. März. Dritte Beratung. (Gesetz vom 30. März 1893.)

III.

Aenderung der Strafprozeßordnung.

19. April. Erste Beratung eines von Munckel eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der für das Vorverfahren und für das Verfahren erster Instanz geltenden Bestimmungen der Strafprozeßordnung. Der Entwurf wird, nachdem Träger ausgeführt, daß derselbe eine Ausdehnung der Befugnisse der Verteidigung und Vermehrung der Rechtsgarantien im Vorverfahren bezweckt, einer Kommission überwiesen, in der er liegen bleibt.

IV.

Verjährung der Strafverfolgungen und Nichtverfolgbarkeit der Abgeordneten.

25. Januar. Erste Beratung eines Antrags des Zentrums-Abgeordneten Rintelen, der den Zweck hat, durch einen Zusatz zum Paragraphen 69 des Strafgesetzbuches die bestrittene Frage der Verjährung bei Strafverfolgungen und der Immunität der Abgeordneten klar zu stellen.

Rintelen versichert, daß der Antrag nicht erst durch den Fall Ahlwardt veranlaßt worden sei, und erinnert daran, daß er schon im vorigen Jahre eine Abänderung der Regierungsvorlage wegen der Immunität vorgeschlagen habe. Nach dem von ihm verlangten Zusatz zum Paragraphen 69 soll „die Verjährung ruhen während der Zeit, in der auf Grund des Gesetzes eine Strafverfolgung nicht begonnen oder nicht fortgesetzt werden kann", da es im Interesse der Abgeordneten selbst liege, daß Anklagen gegen sie schnell erledigt werden und sie sich nicht auf Grund von Gesetzen, die sie selbst gemacht haben, der Verfolgung entziehen dürfen. Stadthagen ist der Meinung, daß der Antrag seinen Zweck nicht erreichen, und daß es kaum möglich sein wird, ihm eine die gewünschte Wirkung erreichende Fassung zu geben.

8. Februar. Zweite Lesung.

25. Februar. Dritte Lesung. (Gesetz vom 26. März 1893.)

V.

Staatliche Entschädigungspflicht für Entziehung der persönlichen Freiheit.

19. April. Erste Beratung eines von Munckel, Träger und Genossen beantragten Gesetzentwurfs, betreffend die Entschädigungspflicht des Staates für Entziehung oder Beschränkung der persönlichen Freiheit.

Trueger erklärt, daß er unter Hinweis auf die von dem Staatssekretär des Reichsjustizamts gegebne Zusage, wonach eine bezügliche Vorlage des Bundesrats demnächst an das Haus gelangen werde, den Gesetzentwurf zurückziehe. Staatssekretär Hanauer: Ich habe am 7. Dezember vorigen Jahres ausgesagt, daß im Auftrage des Reichskanzlers im preußischen Justizministerium eine Vorlage, betreffend die Reform der Strafprozeßordnung, ausgearbeitet werde, die sich auch mit den hier angeregten Materien befaßt. Hierauf nimmt Stadthagen den Antrag wieder auf.

Eine fernere Beratung dieses Gesetzvorschlags findet nicht statt.

VI.

Verrat militärischer Geheimnisse.

24. Januar. Erste Beratung eines schon in voriger Session (20. Februar 1892) vorgelegten, aber bis zum Ende jener Sesion (31. März) nicht zur Beratung gelangten, am 15. Dezember 1892 unter Vermehrung von zwei Paragraphen wieder vorgelegten Gesetzentwurfs. In der Begründung wird gesagt:

Die jetzigen, auf den Verrat militärischer Geheimnisse bezüglichen Strafbestimmungen hätten den augenfälligen Mangel, daß außer der Veröffentlichung von geheim zu haltenden Dingen nur die Mitteilung derselben an eine fremde Regierung unter Strafe gestellt wird. Hierdurch werden sonstige sehr wohl denkbare Fälle des Verrats gar nicht getroffen, außerdem aber ausweislich einer Reihe vor dem Reichsgericht stattgefundner Verhandlungen für den Beweis des Verbrechens oft unüberwindliche Schwierigkeiten geschaffen, da die Spionage regelmäßig durch Mittelspersonen betrieben wird, die entweder Beziehungen zu einer fremden Regierung überhaupt nicht besitzen, oder wenn sie solche haben, ihre Beziehungen zu der von ihnen bedienten fremden Regierung leicht zu verbergen imstande sind. Eine noch fühlbarere Lücke des Strafgesetzbuches liege darin, daß es eine allgemeine Bestimmung gegen die gefährliche Thätigkeit derjenigen, die in landesverräterischer Absicht die im Staatsinteresse geheim zu haltenden Thatsachen und Gegenstände auskundschaften und sammeln, das heißt gegen die Spionage an sich, überhaupt nicht enthalte.

18. April. Zweite Beratung. Die Kommission schlägt Streichung der Paragraphen 8 und 13 vor, wonach die Beschlagnahme von Druckschriften auch ohne richterliche Anordnung gestattet sein sollte. Auch hat sie durchweg mildernde Umstände und entsprechende Minderung des Strafmaßes zugelassen. v. Bar und Schrader wollen die Para-

graphen 1—4 durch andre ersetzen, damit zahlreiche Prozesse vermieden würden, wenn Personen ohne jede dolose Absicht in den Besitz militärischer Geheimnisse gekommen sind, um einen starken Anreiz für das Denunziantenwesen zu unterdrücken. — Beschlossen wird, daß aus der Bestimmung, wonach hart bestraft werden soll, „wer vorsätzlich Schriften, Zeichnungen oder andre Gegenstände, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist, oder Nachrichten solcher Art in den Besitz oder zur Kenntnis eines anderen gelangen läßt, wenn er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß dadurch die Sicherheit des deutschen Reiches gefährdet wird," die Worte „oder Nachrichten solcher Art" und die Worte „oder den Umständen nach annehmen muß" gestrichen werden. — Im übrigen wird die Vorlage mit geringen Aenderungen angenommen.

27. April. Dritte Beratung. (Gesetz vom 3. Juli 1893.)

VII.

Kautionen der Bundesbeamten.

20. Januar. Erste und zweite Beratung eines Gesetzentwurfs zur Ergänzung des Gesetzes vom 2. Juni 1869.

Hiernach können Amtskautionen durch Bestellung eines Faustpfandrechts an einer in einem Schuldbuche des Reichs oder eines Bundesstaat eingetragnen Forderung geleistet werden. Ist das Faustpfand bestellt, so ist die Geltendmachung früherer bezüglich der Forderung begründeter, im Schuldbuche nicht vermerkter Rechte, die der dem kautionspflichtigen Beamten vorgesetzten Behörde unbekannt waren, ihr gegenüber ausgeschlossen u. s. w.

24. Februar. Dritte Beratung. (Gesetz vom 22. März 1893.)

VIII.

Wuchergesetznovelle.

23. Januar. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs, durch den die Bestimmungen des gegen den Kreditwucher gerichteten Gesetzes vom 24. Mai 1880 auf den Sachwucher ausgedehnt werden sollen.

14. April. Beginn der zweiten Beratung. Sie muß unterbrochen werden, weil der Reichstag sich als beschlußunfähig erweist.

27. u. 28. April. Dritte Beratung. (Gesetz v. 19. Juni 1893).

IX.

Abzahlungsgeschäfte.

21. Januar. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs folgenden Inhalts: Es wird die Berechtigung des Käufers eingeführt, im Falle des Rücktritts des Verkäufers vom Vertrage wegen Nichterfüllung der dem Käufer obliegenden Verpflichtungen gegen Rückgabe der Sachen die Zurückgewährung der Teilzahlungen zu fordern. Der Verkäufer hat in diesem Falle außer dem Ersatz für Beschädigung der Sachen nur eine angemessene Vergütung für die Nutzung der Sachen zu verlangen. Konventionalstrafen sollen, falls sie unverhältnismäßig hoch sind, durch Urteil auf einen angemessenen Betrag herabgesetzt werden dürfen. Alle diese Vorschriften sollen auf Mietverträge, Leihverträge u. s. w. entsprechende Anwendung finden. — Als Redner treten auf: Ackermann, Woellmer, v. Buol, Cafselmann, Tutzauer.

29. April. Zweite Beratung. Weiter gelangt die Sache nicht.

Verfassungsfragen.

27. April. Erste Beratung eines von Barth und Rickert eingebrachten Gesetzvorschlags wegen Abänderung des Wahlgesetzes für den Reichstag vom 31. Mai 1869. Es handelt sich um die Sicherung des Wahlgeheimnisses und der Wahlfreiheit durch Abgabe der Stimmzettel in undurchsichtigen, amtlich abgestempelten Kuverts u. s. w. — Eine fernere Beratung findet nicht statt.

Gesetzgebung über Handel, Gewerbe und Verkehr.

I.

Maß- und Gewichtsordnung.

27. Februar. Erste und zweite Beratung eines Gesetzentwurfs zur Aenderung der Maß- und Gewichtsordnung. Deren Artikel 1, 2, 3, 5 sollen eine andere Fassung erhalten.

Das Meter und das Kilogramm sind die Grundlagen des Maßes und des Gewichtes. Das Meter ist die Einheit des Längenmaßes. Es wird dargestellt durch den bei der Temperatur des schmelzenden Eises gemessenen Abstand der Endstriche auf denjenigen Maßstab, der von der internationalen Generalkonferenz für Maß und Gewicht als internationales Prototyp des Meters anerkannt worden und bei dem internationalen Maß- und Gewichts-

bureau niedergelegt ist. Das Kilogramm ist die Einheit des Gewichts. Es wird dargestellt durch die Masse desjenigen Gewichtsstückes, welches durch jene Konferenz als internationales Prototyp des Kilogramm anerkannt worden und bei jenem Bureau niedergelegt ist. Als Urmaß gilt derjenige von dem Prototyp des Meters abgeleitete Maßstab aus Platin-Iridium, welcher durch jene Konferenz dem deutschen Reiche als nationales Prototyp überwiesen ist. Er wird von der Normal-Aichungsmission aufbewahrt.

15. März. Zweite Beratung.

17. März. Dritte Beratung. (Gesetz vom 26. April 1893.)

II.

Schutz der Waarenbezeichnungen.

20. April. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs, demzufolge Warenzeichen in eine Zeichenrolle eingetragen werden können, welche beim Patentamt geführt wird. Die Anmeldung ist schriftlich zu bewirken. Die Eintragung des Warenzeichens gewährt dem Eingetragenen das Recht, Waren der angemeldeten Art oder deren Verpackung oder Umhüllungen mit dem Warenzeichen zu versehen und die so bezeichneten Waren in Verkehr zu setzen. Die bisherigen „Freizeichen" sollen in Wegfall kommen. Anmeldungen von Warenzeichen auf Grund des Markenschutzgesetzes von 1874 sollen vom 1. Oktober 1893 ab nicht mehr angenommen werden.

In der Verhandlung sind von Interesse Beschwerden Schmidts über das unerhört harte Verfahren, mit dem das englische Markenschutzgesetz ausnahmsweise gegen deutsche Waren angewendet wird: Waren nichtdeutschen Ursprungs, deren Marken in England Anstoß erregen, werden dem Importeur einfach zurückgegeben, deutsche dagegen konfiszirt und zum Besten der englischen Zollbeamten verkauft. Der englische Chauvinismus gehe soweit, Anstoß zu nehmen, daß am englischen Hofe deutsche Waren, z. B. deutsche Bleistifte, gebraucht werden. Hiergegen gebe es nur einen Schutz: die englische Ware genau so zu behandeln, wie drüben die deutsche behandelt wird.

Die Vorlage geht an eine Kommission und gelangt nicht wieder an den Reichstag.

III.

Schutz des Handwerks.

18. Januar. Beratung von Anträgen der Konservativen und des Zentrums, die eine Verstärkung des Schutzes des deutschen Handwerks anstreben. Ackermann legt ein Programm vor, das in acht Punkten die Reformbedürftigkeit der bestehenden Gesetzgebung feststellt und die Vorlegung entsprechender Reformentwürfe vom Reichs-

kanzler fordert. Drei vom Zentrum eingebrachte formulirte Gesetzentwürfe betreffen in fünf Punkten dieselbe Materie, die der Antrag Ackermann umfaßt. Die Verhandlung wird in vier selbständige Erörterungen zerlegt und betrifft zunächst den Befähigungsnachweis und die Erweiterung der Vorrechte der Innungen in Bezug auf das Lehrlingswesen. Diese Wünsche sind nur von den Konservativen dem Reichstage unterbreitet, während das Zentrum nach den Erklärungen des Bundesrats auf die Forderung des Befähigungsnachweises zur Zeit verzichtet hat. Nach Schluß der Verhandlungen wird der Antrag Ackermanns angenommen, also ein Ersuchen beschlossen um:

Vorlegung von Gesetzen, durch welche 1. die Erlaubnis zur selbständigen Betreibung eines Handwerks unter vollständiger Zusammenlegung verwandter Gewerbe von dem vorausgegangenen Nachweis der Befähigung abhängig gemacht wird; 2. der Paragraph 100e der Gewerbeordnung dahin abgeändert wird, daß die in demselben den Innungen in Aussicht gestellten Vorrechte auch gegen die Arbeitgeber, welche selbst zur Aufnahme in die Innungen nicht befähigt sind, geltend gemacht werden können; 3. bestimmt wird, daß die Vorrechte aus den Paragraphen 100e und 100f beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen einer Innung dann gewährt werden müssen, wenn sie die Mehrheit der selbständigen Handwerker ihres Bezirks in sich vereinigt.

25. Januar. Es folgt die Beratung von Anträgen der Konservativen und des Zentrums, welche sich auf den Schutz des Handwerks beziehen, zunächst des Antrags Ackermann, der vom Reichskanzler ein Gesetz verlangt, das den Konsumvereinen die Abgabe von Waren an Nichtmitglieder unter Strafandrohung verbietet. Ein gleichzeitiger Antrag des Zentrums geht dahin, in das Genossenschafts-Gesetz die Bestimmung aufzunehmen: Verkäufer werden bis zu 150 Mk. und Vorstandsmitglieder bis zu 600 Mk. bestraft.

1. Februar. Die Abstimmung über den Antrag Ackermanns bleibt zweifelhaft. Die Anträge des Zentrums werden an die Kommission gewiesen.

8. Februar. Der Antrag Ackermanns wird nunmehr genehmigt.

IV.

Ueber den deutschen Tabakbau.

13. April. Menzer begründet eine Anfrage, ob und durch welche Maßregeln die Regierungen den Rückgang des deutschen Tabakbaues aufzuhalten gedenken, durch das große Kapital, das unsre Bauern in diesen Zweig der Landwirtschaft gesteckt haben, durch den Rückgang der Rente seit Jahren, in besonders em-

pfindlicher Weise im letzten Jahre, und durch das entsprechende Sinken des Bodenwertes. Die Tabakbauern sagen, es könne nicht mehr schlimmer werden, und sind total hoffnungslos. Während sie die Konkurrenz des Raubbaues auf Sumatra kaum ertragen könnten, zögerten die Regierungen die vom Reichstage vor zwei Jahren beschlossene Ermäßigung der Tabaksteuer, welche die Petenten als ein Minimum der Hilfeleistung erbeten hatten, zu bewirken, ja eine Resolution, welche die Erhöhung des Tabakzolles im vorigen Jahre als eine Hilfe in andrer Form verlangte, sei infolge einer unerhörten Agitation mit großer Mehrheit abgelehnt.

Staatssekretär v. **Maltzahn** erkennt den Rückgang des Tabakbaues in den letzten Jahren an, aber nicht als einen ständigen, sondern während anderthalb Jahrzehnten ab- und zu eintretenden je nach der Konjunktur des Vorjahres. In keinem Falle trage die Gesetzgebung des Jahres 1879 die Schuld an dem bedauerlichen Rückgang der letzten Jahre, und sie jetzt zu ändern sei bei der starken Strömung im Reichstage für eine ertragreiche Tabaksteuer nicht angezeigt. Das Haus tritt in eine Besprechung der Frage ein. Im Sinne Menzers sprechen Graf Loë, v. Winterfeldt und Bürklin, dagegen Barth.

V.

Einheitliche Zeitbestimmung.

23. Januar. Zweite Beratung des an eine Kommission gewiesenen Gesetzentwurfs, dessen einziger Paragraph lautet: „Die gesetzliche Zeit in Deutschland ist die mittlere Sonnenzeit des fünfzehnten Längengrades östlich von Greenwich. Dieses Gesetz tritt mit dem Zeitpunkt in Kraft, in welchem nach der im vorhergehenden Absatz festgesetzten Zeitbestimmung der 1. April 1893 beginnt.“ Die Kommission beantragt, die Vorlage unverändert anzunehmen, und schlägt vor: „Die Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst die Vorlage eines Gesetzes zu unterbreiten, welches jenen Uebelständen abzuhelfen geeignet ist, die daraus entstehen, daß mit Einführung der Einheitszeit im Osten und Westen des Reiches vielfach erhebliche Verschiebung gegenüber den auf Ortszeit berechneten Zeitbestimmungen der Novelle zur Gewerbeordnung vom 1. Juli 1891 hervortreten.“

Brandenburg (Zentrum) bezweifelt die Zuständigkeit des Reichs und findet keinen Rechtsgrund für das Gesetz. v. **Heereman** (Zentrum) hält die Forderung nach einer Einheitszeit für eine geistige Epidemie. „Es ist doch unnatürlich, wenn man Verschiebungen der Zeit gegen die von Gott gesetzte Weltordnung vornimmt, die in einigen Gegenden über eine halbe Stunde betragen. Den einzigen Vorteil davon haben die Reisenden und der durchgehende Verkehr. Dem darf man doch aber nicht die Interessen der ganzen seßhaften Bevölkerung opfern. Bei der ländlichen Bevölkerung und den Schulkindern wird die Neueinteilung zu großen Widerwärtigkeiten führen.“ v. **Stumm**

hält dieses Gesetz für ein außerordentlich unglückliches und für viele kleine Verhältnisse geradezu unheilvoll.

Dann wird die Vorlage angenommen, das vorgeschlagene Ersuchen abgelehnt.

22. Februar. Dritte Lesung. (Gesetz vom 12. März 1893.)

VI.

Postdampfschiffverbindung mit überseeischen Ländern.

25. Februar. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs zur Ergänzung der Gesetze von 1885 und 1887. Die Vorlage ermächtigt den Reichskanzler, gegen Wegfall der Anschlußlinie im Mittelländischen Meere und der dafür ausgesetzten Beihilfe von 400 000 Mk. dem Unternehmer der Verbindungen mit Ostasien und Australien für das Anlaufen von Neapel jährlich 100 000 Mk. Beihilfe zu bewilligen. Für überseeische Anschlußlinien darf ausnahmsweise eine Fahrgeschwindigkeit von weniger als $11^1/_2$ Knoten im Durchschnitt gestattet werden.

Staatssekretär **v. Stephan**: Nach den bisherigen Erfahrungen ist die besondre Anschlußlinie im Mittelmeer überflüssig geworden. Dafür soll außer Genua noch Neapel angelaufen werden. Dieses Anlaufen erfordert jährlich 100 000 Mk. oder etwas mehr. Für die Reichskasse ergiebt sich eine jährliche Ersparnis von netto 300 000 Mk. Die Zweiglinie nach Samoa soll fortfallen und durch eine an die ostasiatische Hauptlinie anschließende Zweiglinie von Singapore über Niederländisch-Indien nach Neu-Guinea ersetzt werden. Für diese Linie reicht man auch mit einer geringern Geschwindigkeit aus. Der Norddeutsche Lloyd hatte bis 1900 den Anspruch auf Bewilligung von jährlich 250000 Mk. für die Samoa-Linie. Er hat uns aber den erwähnten anderweitigen Vorschlag gemacht, und wir sind darauf eingegangen. **Bamberger**: Es zeigt sich jetzt, wie recht wir hatten, als wir vor Jahren der Samoalinie widerstrebten; es zeigt sich, daß diejenigen recht behalten, die von vornherein mit kühlerm Herzen diesen Dingen gegenüberstanden. Vor acht Jahren ist diese Linie beschlossen worden, und zwar nicht auf Vorschlag der Regierung, sondern auf Drängen gewisser Kreise der Bevölkerung, die sich mit den unglaublichsten Illusionen dem Kolonialenthusiasmus hingaben. Alle diese hochgespannten Erwartungen, die Berechnungen über die Steigerung des Exports nach Indien und Australien, nach China und Japan sind zusammengebrochen, man ist ernüchtert. Die Anschlußlinie wurde 1887 namentlich von den Süddeutschen mit Begeisterung gefordert, aber fünf kurze Jahre haben genügt, um klar zu stellen, daß diese Linie nach Port Said überflüssig war, und daß die 400000 Mk. pro nihilo ausgegeben sind. Jetzt sollen wir 300000 Mk. ersparen; daß Samoa fallen soll, dagegen habe ich nichts. Warum nun aber die neue Zweiglinie nach Neu-Guinea, anstatt die 250000 Mark jährlich zu ersparen? Man will doch einfach der Neu-Guinea-Kompagnie eine Subvention zuwenden, und die Gesellschaft, die bisher das kostbare Privilegium der absoluten Unabhängigkeit besaß, würde dieses Privilegium bei dieser Gelegenheit einbüßen. Auf Neu-Guinea giebt es ja noch gar keinen

Handel, jedenfalls nicht mit deutschen Waren. Man führt nun ferner an, daß die Linie ja den Verkehr mit Ostindien fördern solle. Ich gebe zu, daß die Linie so schlecht wie die Samoalinie nicht ist, der ganze Vorschlag aber ist ein Kind der Verlegenheit, wie man die 250000 Mk. unterbringen soll, wenn man sie dem Bremer Lloyd nicht entziehen will. Staatssekretär v. Stephan führt aus, daß der Wert der fraglichen Dampferlinien nicht lediglich nach den Zahlen der beförderten Personen und Waren bemessen werden könne und zur richtigen Würdigung desselben vielmehr veranschlagt werden müsse, daß wir mit unserm Postverkehr von ausländischen Linien unabhängig geworden seien, daß für die sichere Beförderung wertvoller Waren eine größere Gewähr gewonnen sei, und vor allem, daß durch das Erscheinen der mit den besten Schiffen andrer Nationen siegreich konkurrirenden deutschen Schiffe in überseeischen Häfen das deutsche Nationalgefühl gehoben und das deutsche Interesse auf die verschiedenste Weise gefördert werde.

13. März. Zweite Beratung.

15. März. Dritte Beratung. (Gesetz vom 20. März 1893.)

VII.

Gesetz über das Auswanderungswesen.

21. Februar. Erste Beratung eines am 2. Dezember 1892 vorgelegten umfangreichen Gesetzentwurfs von 71 Paragraphen. Eine zweite Beratung findet nicht statt.

Notstandsfrage.

12. Januar. Singer und Auer bringen folgende Anfrage ein: „Welche Maßregeln haben die Regierungen ergriffen oder gedenken sie zu ergreifen, um dem notorisch vorhandenen Notstande entgegen zu wirken, der infolge andauernder Arbeitslosigkeit, vielfach vorgekommener Herabsetzung der Arbeitslöhne, sowie der allgemein gedrückten Erwerbsverhältnisse in den breitesten Volkskreisen herrscht?"

Liebknecht schildert den herrschenden Notstand, der schon dadurch, daß er alle Kulturstaaten gleichzeitig und gleichmäßig ergriffen, die Tiefe seines Ursprungs beweise, an den die wohlgemeinten Unterstützungen einzelner Kommunen nicht heranreichten. Die außerordentlichen Mittel, die ihrer zwölf in Deutschland zur Bekämpfung des Notstandes ergriffen haben, legten freilich ein sprechendes Zeugnis dagegen ab, als ob die Antragsteller nur den Zweck verfolgten, Unzufriedenheit zu erzeugen; aber der wahre Sitz des Uebels, die kapitalistische Produktion, die Aufsaugung des kleinen Kapitals durch das große und die Verurteilung immer größerer Arbeitermassen zur Arbeitslosigkeit infolge der stetigen Vervollkommnung der Maschinen bei gleichzeitiger lange dauernder Arbeitszeit über das Maß von acht Stunden und Heranziehung ausländischer Arbeiter, die den Lohn- und Hausstand der inländischen herabdrücken, — werde dadurch nicht getroffen. Doch dürften die Einzelstaaten und das Reich nicht

hinter den Anstrengungen der Kommunen zurückbleiben. Der Mittelstand werde allmählich zerrieben, und wenn die amerikanische Maschine für Schuhfabrikation bei uns in Gebrauch komme, würden von 400000 deutschen Schuhmachern Dreiviertel überflüssig sein. Die Gesetzgebung, unter der die Bergarbeiter stehen, fordere zum Ausstand geradezu heraus, und wenn man ihnen den Rechtsschutzverein, durch den sie sich und ihre Rechte verteidigen wollen, zersprenge und ein Ukas ihnen sage: „Erst unterwerft euch, dann wollen wir mit euch verhandeln," dann klinge das wie Hohn. Und unter solchen Umständen komme man noch mit der Militärvorlage. Staatssekretär v. Boetticher erwidert, diese Darstellung des Notstands sei übertrieben, wenigstens bestehe er nicht in dem Grade, um eine Initiative des Reichs in Anspruch zu nehmen zur Erfüllung einer Pflicht, die zunächst den Kommunen und den Einzelstaaten obliege. Den Ausstand der Bergarbeiter bezeichnet der Staatssekretär als einen frivolen und fordert die Sozialdemokraten auf, ihren Einfluß anzuwenden, daß ein solcher Ausstand sich nicht wiederhole, dessen traurige Folgen die Führer verschuldet hätten. „In unserm Lande wird Rechtsbruch, Bruch der Vertragstreue mit Energie verfolgt und bestraft. Wenn die Sozialdemokraten ihren Einfluß in dieser Richtung anwenden wollen, dann werden sie das Wirksamste zur Bekämpfung des Notstandes gethan haben, was ihnen möglich ist." v. Stumm spricht sich ausführlich über den Bergarbeiterausstand an der Saar aus. Der private Arbeitgeber verstehe es, den ruhigen, arbeitswilligen Arbeiter gegen den Terrorismus der Ausständigen zu schützen, die Bergverwaltung habe es völlig daran fehlen lassen, sie habe nicht die mindeste Energie gezeigt und sollte daher lieber den Betrieb der Gruben aufgeben, wenn sie der ungesetzlichen nicht die gesetzliche Gewalt entgegensetzen wolle oder könne. Heilung sei nur in einer scharfen Unterdrückung der Sozialdemokratie zu erblicken. Die Arbeiterschutzgesetzgebung sei ein Fehlgriff, wenn ihr nicht ein neues Sozialistengesetz und die strenge Formulirung des Kontraktbruchparagraphen der Gewerbeordnung zur Seite trete, wonach sozialdemokratische Arbeiter entlassen werden können. Der preußische Handelsminister v. Berlepsch hält ebenfalls den Saarbrücker Ausstand für eine Mache des Vorstandes des Rechtsschutzvereins, seine Ausdehnung für einen Beweis des unglaublichen Leichtsinns der Belegschaft. Nicht in der Lohnfrage, noch in der Frage der Arbeitsbedingungen habe der Grund zu Differenzen gelegen. Die Führer des Rechtsschutzvereins seien jetzt zum Teil verhaftet, aber wegen gemeiner Vergehen, hauptsächlich wegen Unterschlagung von Vereinsgeldern. Der Metzer Rechtsanwalt, der den Ausständigen zu Hilfe geeilt, sei oder werde unzweifelhaft Sozialdemokrat. Das Verfahren der Bergwerksdirektion nimmt der Minister in Schutz und spricht über die Angriffe v. Stumms gegen diese, da sie die Stellung der Direktion nicht erschüttern könnten, sein tiefes Bedauern aus.

13. Januar. Barth macht das Bismarcksche Schutzzollsystem für den Notstand verantwortlich. Graf Kanitz empfiehlt die Zurückbeförderung der vom Lande in die Städte geströmten Bevölkerung. Auer hebt hervor, daß trotz aller Ableugnung das herrschende büreaukratische Bevormundungssystem die Ursache und die neue Arbeitsordung der Anlaß zu dem Ausstande an der Saar gewesen sei. Der Tadel, den er gegen v. Berlepsch richtet, weil dieser die Verhaftung der Führer des Rechtsschutzvereins auf Unterschlagungen zurückgeführt habe, hat eine scharfe Erwiderung des Ministers zur Folge.

14. Januar. Hitze sieht keinen praktischen Zweck der sozialdemokratischen Anfrage. v. Kardorff bedauert die Aufhebung des Sozialistengesetzes und den Nichtersatz desselben durch schärfere Strafbestimmungen über Presse, Vereine und Versammlungen. Möller hält das Verhalten der Regierung im Ausstande nicht für tadellos und weist namentlich darauf hin, daß es ein

Fehler war, bezüglich der Arbeitsordnung die Anhörung der Arbeiter gesetzlich vorzuschreiben.

Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten.

21. April. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs im wesentlichen folgenden Inhalts:

Jede Erkrankung und jeder Todesfall an asiatischer Cholera, Fleckfieber, Gelbfieber, Pest, Blattern, sowie jeder Fall, der den Verdacht einer dieser Krankheiten erweckt, ist der für den Aufenthaltsort des Erkrankten oder den Sterbeort zuständigen Polizeibehörde unverzüglich anzuzeigen. Wechselt der Erkrankte den Aufenthaltsort, so ist dies unverzüglich der Polizeibehörde des bisherigen und des neuen Aufenthaltsorts zur Anzeige zu bringen. Durch Beschluß des Bundesrats können die vorstehenden Bestimmungen auf andre ansteckende Krankheiten ausgedehnt werden. Zur Anzeige verpflichtet sind der behandelnde Arzt, jede sich sonst mit der Behandlung oder Pflege des Erkrankten beschäftigende Person, der Haushaltungsvorstand und der, in dessen Wohnung oder Behausung der Erkrankungs- oder Todesfall sich ereignet hat. — Die übrigen Paragraphen handeln von Ermittelung der Krankheit, den Schutzmaßregeln, den Entschädigungen, allgemeinen und Strafbestimmungen. — Aus der Begründung der Vorlage erfährt man, daß im Jahre 1892 in Rußland 260000, in Hamburg 8000 Menschen der Cholera zum Opfer gefallen sind bei 18000 Erkrankungen in Hamburg, das 620000 Einwohner zählte.

26. April. Beratung der Vorlage, die jedoch nicht zur Erledigung kommt.

Jesuitengesetz.

23. Februar. Die Petitionskommission beantragt, die Bittschriften, betreffend die Aufhebung des Jesuitengesetzes vom 4. Juli 1872, durch den Beschluß für erledigt zu erklären, der über den denselben Gegenstand betreffenden Antrag des Grafen Balleſtrem und zahlreicher Genossen vom 24. November 1892 werde gefaßt werden. Dieser Antrag gelangt überhaupt nicht zur Beratung.

Militärische Angelegenheiten.

I.

Friedenspräsenzstärke des Heeres.

Beratungen der Kommission.

11. Januar. (In Ermangelung amtlicher Veröffentlichungen nach den Angaben Berliner Blätter.) Der Reichskanzler Graf **v. Caprivi**: Es könne sich nicht darum handeln, Mitteilungen zu machen unter Verpflichtung der Geheimhaltung, aber er bitte in der

Wiedergabe um eine gewisse Rücksicht darauf, daß Aeußerungen, die jeder andre auch machen kann, von ihm ausgesprochen, eine andre Auslegung erfahren können, zumal, wenn sie in der Oeffentlichkeit nicht korrekt wiedergegeben werden. Im Verlauf seiner Rede begrenzt der Reichskanzler den Wunsch der Geheimhaltung auf die Mitteilung einiger summarischen Vergleichszahlen über Kriegsformationen bei den europäischen Großstaaten. Die Rede des Reichskanzlers, die sich im allgemeinen an die gleichartigen Ausführungen im Plenum anschloß, zerfiel in drei Teile und behandelte erstens die auswärtigen Verhältnisse, zweitens die militärischen Kräfte Deutschlands und der Nachbarstaaten und drittens dasjenige, was in strategischer Beziehung die Politik von der Kriegsführung verlangt. Der erste Abschnitt über die auswärtigen Verhältnisse ist der kürzeste und bietet keinerlei Gesichtspunkte dar, die nicht schon in der offiziösen Presse, namentlich in den letzten Wochen erörtert worden waren. Der Reichskanzler spricht von der augenblicklichen Erregung in Frankreich über den Panamaskandal und meinte, daß, wenn ein Mann von prononzirter Stellung da wäre, was aber nicht der Fall sei, so könne er vielleicht jetzt die Diktatur errichten. Aber für Deutschland sei nach wie vor die republikanische Staatsform ihrer Friedlichkeit wegen das erwünschteste. Graf Caprivi meint, daß in Frankreich doch wieder im letzten Jahre eine kleine Zunahme der Bevölkerung stattgefunden habe. Rußland würde mit der weitern Zunahme seiner wirtschaftlichen Entwicklung auch anderseits größere Aufgaben erhalten in verschiedenen Teilen des weiten Landes für eine stärkere militärische Besetzung. Die Regierungen und die Monarchen von Deutschland und Rußland leben in den best-denkbarsten Verhältnissen. Dagegen ist in Rußland eine gewisse Spannung der öffentlichen Meinung vorhanden. Der Reichskanzler schildert alsdann das historische Streben nach dem Besitz von Konstantinopel und den Dardanellen, insbesondre um eine neue Beherrschung des Mittelmeers zu ermöglichen. Um aber über den Balkan gehen zu können, müsse jetzt Rußland erst Oesterreich schlagen und auch das mit diesem verbündete Deutschland. Deshalb heiße es bei den deutschfeindlichen Elementen in der russischen Bevölkerung, daß der Weg nach Konstantinopel nicht mehr über Wien, sondern durch das Brandenburger Thor in Berlin führe. Man wisse nicht, ob zwischen Frankreich und Rußland eine geschriebene Allianz bestehe. In der letzten Zeit könnte es zweifelhaft erscheinen, ob sie nicht besteht. Wahrscheinlich bestehen militärische Abmachungen zwischen Frankreich und Rußland. Der Reichskanzler erörtert die Frage, wieweit Dänemark im Fall eines Krieges lästig werden könne. Er bezeichnet den König von Dänemark als einen guten Freund Deutschlands. Die Temperatur

in Dänemark sei an der dortigen öffentlichen Meinung abzumessen. Die Staaten des Dreibundes haben keinerlei Interesse an einer Aggression, sondern durchaus friedliche Bestrebungen. Da man in der Politik alle nur denkbaren Fälle in Betracht ziehen müsse, so sei auch in Erwägung zu ziehen, ob bei Ablauf der Vertragszeit des Dreibundes eine ganz vollständige oder teilweise Erneuerung desselben völlig sicher sei. Der Reichskanzler erwähnt hierbei die Handelsverträge, welche das Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn gestärkt hätten. Im zweiten Teil seiner Rede spricht der Reichskanzler von den militärischen Kräften der europäischen Großstaaten, vergleicht die Bevölkerungsziffern, die Finanzen und meint, daß Deutschland besonders auch finanziell imstande sei, einen Krieg zu führen Alsdann erörtert der Reichskanzler das verschiedne Menschenmaterial in den europäischen Heeren, sowie die geistigen Faktoren, die dabei im Kriege mitsprechen würden. Eingehend erörtert der Reichskanzler die schwachen und starken Seiten in den Grenzverhältnissen der Dreibundstaaten. Die deutsche Küste verbiete eine Landung in größerm Umfange; weniger günstig verhalte es sich mit den italienischen Küsten gegenüber Frankreich. Weiterhin spricht Graf Caprivi von den Verschiedenheiten in der Organisation der Wehrkraft. Er halte die deutschen Truppen für die besten. Der gute Geist, der in den deutschen Truppen herrsche, sei allen überlegen. Auch in den Landwehrtruppen sei die Disziplin, nachdem man den Ernst des Krieges 1870—71 erfahren, viel besser geworden als in frühern Zeiten. Die deutschen Reservedivisionen würden nicht so leistungsfähig sein, wie die französischen und russischen. Der Reichskanzler erörtert die eventuelle Unterstützung der italienischen Flotte durch eine englische. Oesterreichs Landmacht falle für Deutschland als Entlastung gegenüber Rußland schwer ins Gewicht. Caprivi zitirt hierbei eine Denkschrift Moltkes vom 10. Oktober 1879.

13. Januar. Zweite Sitzung. **Richter** führt Folgendes aus:

Der Reichskanzler habe die politische Lage Deutschlands überwiegend schwarz gemalt. So schlimm liege es durchaus nicht. Der Dreibund gelte noch für sechs Jahre und erscheine auch noch wahrscheinlich darüber hinaus, da er nicht sowohl auf vorübergehenden persönlichen Neigungen von Fürsten und Staatsmännern beruhe, als vielmehr auf den Lebensinteressen der Staaten und Völker. Rußland habe an sich kein Interesse daran, ob Elsaß-Lothringen deutsch oder französisch sei. Am Balkan habe Oesterreich allein ein direktes Interesse, wir nur ein mittelbares, europäisches. Andrerseits habe England ein sehr lebhaftes Interesse, das Mittelmeer gegen Rußland und Frankreich zu behaupten, und hier stimme das englische Interesse mit dem deutschen überein. Dies zeige sich auch in der thatsächlichen Politik, in der Annäherung Englands an Deutschland auch unter dem Ministerium Gladstone. Damit sehe die Marinefrage ganz anders aus, als der Reichs-

kanzler es dargestellt habe. Frankreich müßte in einem künftigen Kriege seine sämtlichen Küsten schützen, Italien aber werde durch die Annexion von Tunis stärker am Dreibund festgehalten. Die Erwähnung Dänemarks durch den Reichskanzler — nicht des Königs, sondern der Volksströmung — könne keine Wichtigkeit beanspruchen. — Andrerseits sei aber auch nicht anzunehmen, daß die Balkanstaaten eventuell wie ein totes Objekt dem Kampfe zusehen würden. Die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel haben sich doch seit dem letzten Kriege wesentlich zu Ungunsten Rußlands verändert. Rumänien werde wohl schwerlich wieder für Rußland die Kastanien aus dem Feuer holen. Sonach stelle sich die politische Lage Europas heute nicht ungünstiger dar als 1890. — Was die Stärkeverhältnisse der Länder und Heere betreffe, so hatte Deutschland 1871 vor Frankreich in der Bevölkerung einen Vorsprung von fünf Millionen, jetzt dagegen sogar von elf Millionen. Der Zuwachs in Frankreich sei auch jetzt noch höchst geringfügig im Vergleich zu dem Zuwachs in Deutschland, der jährlich 600000 Seelen betrage. Betreffs der Stärke der Armeen macht Richter auf seiner Ansicht nach bestehende Widersprüche zwischen frühern Angaben der Regierung und deren gegenwärtigen Ausführungen aufmerksam. Er komme zu dem Ergebnis, daß die russische Armee bedeutend schwächer sei, als angegeben worden. Die russischen Kadres seien weit schwächer als die deutschen; Frankreich hatte früher die starken Kadres, sie seien aber bedeutend vermindert. Die Zahl der Berufsoffiziere sei in Frankreich allerdings stärker als bei uns, aber darum handle es sich bei der Militärvorlage nicht. Die französischen Reservebataillone seien nicht jünger an Mannschaften als die deutschen, die Franzosen haben vielmehr die Reservepflicht jüngst um zwei Jahre verlängert. Auch bezüglich der Bespannung der Reservebatterien liegen die Verhältnisse bei uns günstiger. Auch für Besatzung der Festungen haben die Franzosen keine jüngern Truppen als wir. Die russische und französische Armee seien geographisch weit von einander getrennt, die des Dreibundes dagegen hängen zusammen. Betreffs des Vorzugs der Offensive könne man zweifeln, ob die Offensive bei den heutigen Waffen nicht an sich wesentlich beschränkter sein müsse. Das ganze Räsonnement des Reichskanzlers laufe darauf hinaus: je mehr Truppen, desto besser für den Krieg. Vom militärischen Standpunkt möge das richtig sein, doch seien doch auch die andern Seiten des Staatslebens in Betracht zu ziehen, vor allem die wirtschaftliche und finanzielle. Auch die gestrige Etatsrede des preußischen Finanzministers rege dazu an. Wenn die Regierung 22000 neue Rekruten bekommt und 18000 Ersatzreservisten wie bisher fünfmonatig ausbildet, so hat sie ja 40000 Mann jährlich zur Disposition statt der 60000 Mann, die sie verlangt. In dieser Weise läßt sich auch zu $^2/_3$ diejenige Verjüngung herbeiführen, die die Regierung erstrebt. Aber freilich sind alle solche Erwägungen wertlos, wenn etwa die Parole gelten soll: Sic volo, sic jubeo, oder wenn man gar es als einen militärischen Ehrenpunkt betrachten wollte, eine Militärvorlage, nachdem sie einmal eingebracht worden ist, auch unverändert durchzusetzen. Dann liefe aber der Kampf auf mehr hinaus als auf einen Kampf um diese Vorlage. Es wäre der ganze Kampf des Militärabsolutismus mit der Einschränkung, der die Monarchie durch die parlamentarische Verfassung in Bezug auf die Auferlegung von Lasten unterworfen ist. Wenn es sein muß, werden wir diesen Kampf um so bereitwilliger aufnehmen, da er jetzt nach der ganzen Entwicklung der Dinge unter günstigern Verhältnissen für uns durchgeführt werden kann, als vielleicht unter andern Umständen.

v. Caprivi erklärt, die Regierung sei in jeder Beziehung von der Notwendigkeit der Vorlage überzeugt und verteidige dieselbe, so lange sie könne. Trotz der Vervollkommnung der Schußwaffen bleibe

auch in Zukunft die Offensive die beste Strategie. Derselben sei es möglich, den eignen Grund und Boden vor den Fußtritten Fremder zu bewahren. Ein unglücklicher Krieg aber würde auch die ganze Kulturentwicklung in Frage stellen. Zugegeben sei, daß die auswärtigen Verhältnisse in der That nicht ungünstiger seien als 1890. Aber Fürst Bismarck habe doch auch 1890 die Verdyschen Pläne gutgeheißen. Allerdings verfügen die Balkanstaaten über eine eigne Kriegsmacht, aber in der Offensive werde dieselbe gegen Rußland nicht in Betracht kommen. Auf seine Ausführungen, daß die Kriegsmacht von Frankreich und Rußland eine Million stärker sei als diejenige des Dreibunds, lege er kein entscheidendes Gewicht, weil bei allen solchen Schätzungen thatsächlich sehr viele Nonvaleurs mit unterlaufen. Ausschlaggebend seien für ihn die Zahlen der möglichen Feldbataillone. Was Dänemark betreffe, so haben die Verhältnisse seit 1870 sich allerdings geändert durch den Nordostseekanal. Der Nordostseekanal sei für unsre Marine ein Vorteil, für die Armee aber eine Last, weil er stark geschützt werden müsse. Die Aeußerung, die russische Armee werde sieben Tage später mobil wie die deutsche, beziehe sich auf das Gouvernement Warschau nicht; die dortigen Truppen seien fast beständig auf Kriegsfuß, insbesondre könne die Kavallerie sofort über die Grenze reiten.

von Stumm wendet sich gegen Richter. Man müsse auch mit der Möglichkeit rechnen, sich allein oder mit nur einem Alliirten gegen das verbündete Frankreich und Rußland zu wehren. Ein Defensivkrieg würde für die Grenzdistrikte großen Nachteil haben. Die Neubelastung durch vierundsechzig Millionen, namentlich durch die Brausteuer, könne den nationalen Wohlstand nicht schädigen. Wenn es nicht anders gehe, so dürfe man auch vor dem Tabaksmonopol nicht zurückschrecken. **Bebel** kommt auf seine Ausführungen im Plenum zurück, daß die gegenwärtige ungünstige auswärtige Konstellation nur die Folge sei der Annexion Elsaß-Lothringens. Bebel ergeht sich darauf in Konjekturen, daß in Frankreich der neue Präsident der Deputirtenkammer, Kasimir Perier, den Orleans den Boden vorbereite, und daß man in Rußland demnächst eine parlamentarische Regierung einrichten werde, um das Land finanziell zu kräftigen. Bei aller Feindseligkeit in Rußland und England bezweifelt Bebel die finanzielle Leistungsfähigkeit Rußlands im Kriegsfall, die ausreichende Befähigung seines Offizierkorps und der Ausrüstung des russischen Heeres. Wenn man aber im gegebnen Falle den letzten Mann zur Verfügung haben wolle, so müsse man den letzten Groschen sparen und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht auf eine Volkswehr basiren. Bebel beruft sich in letzterer Beziehung auf den amerikanischen Krieg und den spanischen Krieg zu Anfang dieses Jahrhunderts. Der **Reichskanzler** geht auf diese beiden Kriege näher ein, um darzulegen, daß eine Volkswehr nicht geeignet sei und sehr teuer zu stehen komme. Das Verdysche Projekt sei begraben und könne nicht wieder auferstehen, da es auf der dreijährigen Dienstzeit beruhe und diese aufgegeben werde. Er habe nicht gesagt, Rußland sei der schlimmste, sondern der gefährlichste Feind Deutschlands. Das Wort: der Weg nach Konstantinopel führe durch das Brandenburger Thor, sei ein Citat einer panslawistischen Zeitung, das er sich nicht angeeignet habe.

16. Januar. Dritte Sitzung. **von Kosmierowski** spricht sich mit Zurückhaltung über die Heeresforderungen aus und erklärt, daß die Abstimmungen seiner Fraktion zunächst nur vorläufige und nicht definitive seien. Aber er verlangt doch die ungeschwächte Wehrkraft der Armee, weil unsre Verteidigungsstützpunkte in den polnischen Landesteilen nur geringe seien. Eine Verständigung zwischen Parlament und Regierung wollen die Polen nicht hindern; wieweit sie eine solche aber fördern könnten, das hänge von mancherlei Umständen ab. **von Buol-Berenberg:** Verantwortlich für die jetzige Lage seien zum allergrößten Teil die Militärs und Staatsmänner, die bisher falsche Wege beschritten, aber auch Redner und seine Partei seien mit verantwortlich, weil sie seit langen Jahren zu sehr bereit waren, die verschiednen Militärvorlagen zu bewilligen und insbesondre nicht rechtzeitig auf der zweijährigen Dienstzeit bestanden haben. Um so vorsichtiger müsse man jetzt sein. Für seine Stellungnahme sei die Volksstimmung in hohem Grade maßgebend; das habe ja auch der Reichskanzler selbst zuerkannt, daß ohne „die volle, herzliche Teilnahme des Volks" die Militärreorganisation nicht gelingen könne. Von solcher Zustimmung seien wir aber weit entfernt. Die weitverbreitete und hochgradige Abneigung des Volks sei schon erklärlich durch die Steuerbeunruhigung noch vor der Eröffnung des Reichstags. Von Lichtseiten der Vorlage haben wir erst seitdem etwas erfahren. Aber auch jetzt werde noch höchst ungeschickt mit krassen Uebertreibungen für die Vorlage Propaganda gemacht. Andrerseits sei das Vertrauen zu den militärischen Autoritäten erschüttert. Wenn schon die Mobilmachung von 1870 einen „unhaltbaren Zustand" gezeigt habe, so frage man mit Recht, warum nicht schon lange Abhilfe geschaffen worden sei. Auch die Vorgänge von 1887 haben sehr geschadet. Endlich sei auch die Geschichte der zweijährigen Dienstzeit selbst sehr geeignet, das Vertrauen in die Militärverwaltung zu erschüttern.

Graf v. **Caprivi** bedauert gewisse Ungeschicklichkeiten, die allerdings bei der anfänglichen Vertretung der Vorlage in der Presse vorgekommen seien. Seine Aeußerung betreffend die Mobilmachung habe v. Buol mißverstanden. Der von ihm erwähnte Fall betraf nicht 1870, sondern sei erst Ende der achtziger Jahre vorgekommen und betraf eine Erprobung der Mobilmachung im Frieden. Bei einer künftigen Mobilmachung werden sieben Achtel unsrer Formationen neu sein. Die politisch-militärische Lage im Jahre 1887 war eine akutere, die Möglichkeit eines nahen Krieges mit zwei Fronten eine größere geworden. Das erkannte Fürst Bismarck, und daraus ergaben sich die damaligen militärischen Maßnahmen. Im August 1889 schrieb der neue Kriegsminister v. Verdy an den Reichskanzler, es sei eine gründlichere Umgestaltung notwendig, Fürst Bismarck habe damals geantwortet, daß die Sache nicht opportun sei. Es folgte dann die Sitzung des Staatsministeriums vom März 1890, worüber in Plenum schon gesprochen worden. Der Reichskanzler verteidigt sodann das Verhalten der Regierung bezüglich der zweijährigen Dienstzeit. Man dürfe nicht vergessen, daß der alte Kaiser Wilhelm an den Institutionen gehangen, mit denen er gesiegt habe. Das Projekt, das jetzt vorliege, habe niemals 117 Millionen Mark kosten sollen. Das Verdysche Projekt sei unausführbar ohne

die dreijährige Dienstzeit. Werde das jetzige Projekt aber nicht angenommen, entstehe ein Vacuum, so sei es möglich, daß einer auf das Verdysche Projekt zurückkomme. Der Reichskanzler verliest die Grundzüge des letzteren, um die großen Unterschiede gegenüber dem neuen Plan zu zeigen, und giebt eine Uebersicht über die Regierungshandlungen zur Vorbereitung der Vorlage. Im Mai 1891 befahl der Kaiser die Wiederaufnahme der Arbeiten zur Armeereform, und von da ab gehen diese Arbeiten ununterbrochen, bald in beschleunigterem Tempo. Die Regierung verlange gerade nur so viel Vermehrung, weil weder die Bevölkerung noch die Finanzkräfte eine stärkere Vermehrung ermöglichen. Durch die geforderte Vermehrung werde das Ziel erreicht, daß wir Frankreich gegenüber wieder in die Position von 1870 kommen und wirksam die Offensive ergreifen können. Caprivi wendet sich nun zu der Frage der Verteidigung Süddeutschlands, dabei auf das Strategische näher eingehend, und schildert den Unterschied des Grenzverteidigungssystems früher und jetzt, das frühere Kordonsystem sei jetzt unbrauchbar, weil der Krieg wieder elementare Kraft gewonnen habe. Redner giebt eine ausführliche Darlegung der wahrscheinlichen Führung eines eventuellen nächsten Krieges, zumal gegen Frankreich. Der Reichskanzler kritisirt das System der Sperrforts. Deutschland habe dasselbe nicht angenommen, einerseits aus finanziellen, andrerseits aus militärischen Gründen, denn je mehr Festungen man baue, desto mehr Soldaten brauche man zur Besatzung, wodurch man die Offensive schwäche. Aber gleichwohl bilden die Sperrforts unleugbar ein großes Hindernis. Einige Sperrforts müssen genommen werden; sei das geschehen, dann stoßen wir auf die Maas, und es sei außerordentlich schwer, angesichts des Feindes einen Fluß zu überschreiten. Und dann komme Paris, dessen Einschließung sehr viel größere Truppenmassen erfordre als 1870/71. Die Schwierigkeiten eines Frontangriffs auf solche Festung habe Sebastopol bewiesen. Caprivi schildert sodann das Schreckliche eines Krieges im eignen Lande, selbst für den Soldaten. Das wolle die Vorlage auch abwenden. Der Kanzler bestreitet, daß die Vorlage eine Schraube ohne Ende bilde. Nur die notwendigen Kompensationen der zweijährigen Dienstzeit werden gefordert. Hierin liege auch die Antwort auf die Frage, ob nach Ablauf des Quinquennats die zweijährige Dienstzeit wieder bestätigt werden würde: so lange nicht, als die Kompensationen bestehen bleiben. Das Aufschieben auf ein Jahr würde die Armee um 60000 Mann schwächen. Was die Verjüngung anbetreffe, so würden allerdings auch künftig die älteren Mannschaften gebraucht werden, aber nicht in erster Reihe, sondern an solchen Stellen, wo sie wenig nützen können. Wiederholt hebt der Reichskanzler an mehreren Stellen

hervor, daß wesentlich auch die finanziellen Sparsamkeitsrücksichten die verbündeten Regierungen früher bestimmt hätten, von der Durchführung weitergehender, wenn auch dringend wünschens- und empfehlenswerter Reformen abzusehen. v. Bennigsen giebt zu, daß der Eindruck der Vorlage auf das Volk bisher überwiegend ungünstig war; aber nach seiner subjektiven Ansicht werde die Stimmung immer günstiger. Und schließlich müsse der Reichstag nur seiner eignen Ueberzeugung folgen. Während Italien nach wie vor durch die Bedrohung seiner Küsten verhindert sei, uns aktiv zu unterstützen, habe sich die Stärke und Bereitschaft der Gegner außerordentlich erhöht. Auch die politische Veränderung in Frankreich sei ungünstig für uns. Die Republik unter den letzten Präsidenten war überwiegend friedlich, abgesehen von der Zeit, wo Boulanger nahe daran war, die Regierungsgewalt zu erlangen. Jetzt sei die Regierung schwer erschüttert und die Erhaltung ruhiger Zustände mindestens zweifelhaft. Bisher genügte dem französischen Ehrgeiz schon die Wiederherstellung einer allen anderen Heeren ebenbürtigen Armee, unter den veränderten Umständen müsse selbst ein Angriff Frankreichs ohne Rußlands Hilfe für möglich gehalten werden. Redner bekämpft die Ansicht, daß Frankreich nur durch die Abtrennung von Elsaß-Lothringen revanchelustig geworden sei, im Hinblick auf alle geschichtlichen Erfahrungen. Der Standpunkt der Regierung, die zweijährige Dienstzeit nur gegen die Ergänzungen zu gewähren, die erforderlich sind, um die Organisation unsers Heeres nicht zu schwächen, sei unanfechtbar. Andrerseits seien für das Maß dieser Ergänzungen auch die wirtschaftlichen Verhältnisse maßgebend; auf der Grundlage ihrer Abmessung können die Regierungen und der Reichstag sich verständigen. Die Anlagen der Vorlage ergeben ziffermäßig, daß, wenn in dem Maße der Diensttauglichkeit nicht heruntergegangen wird, nicht 60000, sondern nur 40000 Rekruten disponibel sind. Auf diese Zahl also könnte und müßte die Vorlage sich beschränken.

Generalmajor **von Goßler** übergiebt hierauf die von Richter beantragten militärischen Materialien. Diesen Mitteilungen zufolge betrug die Stärke des dritten Jahrgangs bei den Fußtruppen am allgemeinen Entlassungstage 1892 für das gesamte deutsche Heer 57362 Mann. Davon entfallen auf die Infanterie 44702, auf die fahrende Feldartillerie 8415, auf die Fußartillerie 1994, auf die Pioniere 1284, die Eisenbahntruppe 452, die Luftschiffer 8 und den Train 507.

18. **Januar.** Vierte Sitzung. **Lieber** (Zentrum) wendet sich zunächst gegen die Ausführungen von Bennigsens. Der Reichstag sei als Ausfluß des allgemeinen gleichen Wahlrechts verpflichtet, auf die Stimmung des Volks zu achten, und wenn diese Stimmung nicht mit der Ueberzeugung des Abgeordneten übereinstimme, es auf das Ergebnis einer neuen Wahl ankommen zu lassen. Uebrigens habe von Bennigsen den Abgeordneten Richter mißverstanden. Dieser habe die 18000 Mann doch nur als Ersatzreserve angeboten, und diese

werde nicht zur Friedenspräsenzstärke gerechnet. Als alter Parlamentarier erinnere er sich, daß im wesentlichen zu Gunsten von Militärvorlagen dieselben Ausführungen wie jetzt seit langen Jahren gemacht worden seien. Dadurch verlören sie schließlich ihre Wirkung. Man müsse staunen, wie wenig Vertrauen in unsre eigne Stärke und in die unsrer Bundesgenossen gesetzt wird, wie viel Wert dagegen auf die Stärke unsrer Gegner. Und doch sei jetzt wohl allgemein anerkannt, daß namentlich die kriegerische Stärke Oesterreichs sehr bedeutend sei. 1890 habe alle Welt angenommen, nun wäre ein Abschluß erreicht. Darin gipfelten alle damaligen Verhandlungen. Die erste Windthorstsche Resolution sei mit großer Mehrheit angenommen, sei aber nicht nur gegen das Berdysche Projekt, sondern gegen jedes Projekt der vollen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht gerichtet gewesen, also auch gegen das vorliegende Projekt Caprivis. Der Wandel in den offiziellen Erklärungen von vor zwei Jahren und jetzt habe Liebers Vertrauen zur Militärverwaltung stark erschüttert. Es sei außerordentlich leicht, Konjekturalpolitik zu treiben und je nachdem licht oder schwarz zu malen. Aber müssen wir uns denn lediglich auf die Waffenmacht stützen, haben wir denn keine Diplomatie? Gegen zwei Fronten allein, ohne Bundesgenossen, zu kämpfen, das würde uns auch mit der geforderten Verstärkung nicht möglich sein. Aber der Dreibund bestehe und sei stark genug, um sich seiner Haut zu wehren. Wir haben aber auch nicht nur äußere, sondern auch innere Politik zu treiben und die Gefahren dieser in Betracht zu ziehen. Woher komme die von verschiednen Seiten konstatirte Abnahme des Nationalgefühls, z. B. in Bayern und in Sachsen? Man möge doch dieser bedauerlichen Erscheinung nicht noch durch weitere Steigerung der Lasten neue Nahrung geben. Dahin gehöre auch der siegesgewisse Ton der Sozialdemokraten und die antisemitischen Wühlereien. Das Zentrum sei nach wie vor bereit, die zweijährige Dienstzeit innerhalb der jetzigen Präsenzstärke anzunehmen. Aber gerade die Ausführungen des Reichskanzlers über die zweijährige Dienstzeit hätten Lieber in dieser Bereitwilligkeit stutzig gemacht.

Reichskanzler v. Caprivi kann die Finanz- und Wirtschaftslage lange nicht so tragisch ansehen wie Vorredner. Er bestreitet, daß in Bayern oder Sachsen auch nur ein Mensch daran denke, aus dem Reiche zu scheiden. Die Vorwürfe Liebers gegen die Diplomatie und gegen die Militärverwaltung seien unbegründet. Lieber habe keine dieser Behauptungen bewiesen und auch nicht versucht, bessere Vorschläge zu machen. Die Diplomatie habe nichts weiter thun können, als den Dreibund zu schaffen und zu erhalten. Die Militärverwaltung habe nur ihre Schuldigkeit gethan. Das Vertrauen des Vorredners auf die gegenwärtige Armee nütze im Kriege wenig. Seit 1879, wo Graf Moltke erklärte, wir seien zur Defensive gegen Frankreich stark genug, habe letzteres Land seine Kriegsmacht außerordentlich verstärkt; dennoch glaube der Kanzler auch heute noch, daß wir zur Defensive gegen Frankreich stark genug seien, aber nicht zur Verteidigung gegen zwei Fronten. Abgeordneter Lieber wolle die Vorlage zerpflücken, sich das ihm Gefallende, die zweijährige Dienstzeit, herausnehmen. Die verbündeten Regierungen würden hierauf unter keinen Umständen eingehen, da sie überzeugt seien, daß Deutschland dadurch geschwächt werde. Unser

Beurlaubtenstand werde durch die zweijährige Dienstzeit nicht besser, sondern eher schlechter. Ein Beurlaubter, der drei Jahre gedient hat, sei besser, als einer, der nur zwei Jahre gedient habe. Betreffs des Friedensstandes aber werde die Truppe vorwiegend zur Drillanstalt. Darunter leiden andre wesentliche Teile des Truppendienstes. Der Friedenspräsenzstand werde also auch schlechter und endlich auch das Mischungsverhältnis. Bei solchem Rückschritt spielen die 18000 Ersatzreservisten keine Rolle. Nur wenn man die Milizarmee wolle, sei die Neigung für einen solchen Plan erklärlich.

von Hammerstein beurteilt die militärische und diplomatische Lage bei weitem nicht so düster, wie sie nach der ersten Kommissionsrede des Reichskanzlers vielfach, besonders im Auslande, aufgefaßt worden sei. Redner erörtert die Vorteile, die unsre Verbündeten im Kriegsfalle gewähren. Die zweijährige Dienstzeit bleibe ein Experiment. Er ersuche um nähere Auskunft über die eingeforderten Gutachten der höhern Offiziere. Dringend wünsche er die Beruhigung, daß die leitenden Kreise der Armee mit der Aenderung einverstanden sind. Jedenfalls warne er vor gesetzlicher Festlegung der zweijährigen Dienstzeit. Das System der Dispositionsurlauber möge erhalten bleiben. Reichskanzler **Graf Caprivi** hat keinen Grund, seine frühern Aeußerungen über die auswärtige Politik zu bedauern, wenn auch einzelne Entstellungen in der Presse vorgekommen seien. Wegen des Balkans werden wir unsre Politik niemals in den Dienst einer andern Macht stellen. Ein Mobilmachungsplan sei im Einverständnis der verbündeten Regierungen ausgearbeitet worden. Die jetzige Vorlage habe das preußische Kriegsministerium ausgearbeitet nach den Grundzügen, die der Reichskanzler entworfen hatte. Letzterer müsse also die Urheberschaft dem Kriegsministerium vindiziren. Jeder Generalleutnant habe das Recht, Eingaben direkt an den König zu machen. Ob es in dieser Angelegenheit geschehen sei, wisse Graf Caprivi nicht. Uebrigens erinnere er daran, daß es nicht richtig sei, wenn die Armee „politisirt und räsonnirt.“ **Hinze**: Leider habe der Reichskanzler kein Entgegenkommen gezeigt gegen die Forderung, die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festzulegen. Hoffentlich werde sich das im Laufe der Verhandlungen noch ändern. In der Vorlage werden auch diesmal wieder lediglich die äußern, nicht die innern Stärkeverhältnisse berücksichtigt. Die Bevölkerung in Frankreich nehme ständig ab, und daher werde auch der Ausfall an Rekruten von Jahr zu Jahr steigen. Die Stärkeangaben der russischen und der französischen Armee seien erheblich zu hoch. Die freisinnige Partei wolle 28000 Mann bewilligen. Bei Festhalten des Begriffs der unbedingten Tauglichkeit sei auch diese Ziffer noch zu hoch. Auch die freisinnige Partei wolle keinen Konflikt; wenn aber die Regierung strikt an ihren Forderungen festhalte, obgleich dieselben thatsächlich die innern Kräfte der Nation übersteigen, dann sei der Konflikt unabwendbar. Generalmajor **von Goßler** giebt die gewünschten Aufklärungen über die Bevölkerungs- und Heeresziffern Rußlands und Frankreichs.

24. Januar. Fünfte Sitzung. **Payer** will und kann sich auf die gehörten Details nicht einlassen. Er erklärt für sich und seine Freunde die Bereitschaft, an dem Angebot der ersten Lesung, einschließlich 18000 Mann Ersatzreserve, festzuhalten, was doch ein weitgehendes Entgegenkommen in militärischer und finanzieller Hinsicht bedeute. Das Vertrauen zur Militärverwaltung sei selbst bei den Nationalliberalen nicht unbegrenzt, sonst würde von Bennigsen die ganzen 60000 Mann bewilligen. Das Vertrauen der

Volkspartei sei durch den großen Wandel in den Ansichten der Militärverwaltung sehr erschüttert. Zwischen dem Deutschen, der nur Gott fürchtet und niemand sonst, und dem Deutschen, wie er jetzt im Hinblick auf die zwei Fronten geschildert wird, sei doch ein kolossaler Unterschied. Die Militärverwaltung gruppire die Ziffern nach jeweiligem Bedarf. Wenn nun die Bevölkerung in Deutschland nicht so schnell gewachsen wäre? Auch dann würde der Generalstab im Vertrauen auf die Qualität unsers Heeres im Kriegsfalle die Offensive ergreifen. Man solle die Dinge doch nicht pessimistisch darstellen. Schwer in die Wagschale falle die entschiedne Abneigung der Volksstimmung, besonders in Süddeutschland.

Reichskanzler Graf **v. Caprivi**: Das, was Vorredner vorschlägt, ist überhaupt kein Angebot im Sinne der Regierung. Die zweijährige Dienstzeit innerhalb der jetzigen Friedenspräsenzstärke ist für die Regierung unannehmbar. Die jetzige Ausbildung der Ersatzreserve ist höchst ungenügend. Die vom Abgeordneten Payer empfohlene Zurückhaltung unsrerseits würde nach außen, zumal auf französischer Seite, wahrscheinlich zu entgegengesetzten Absichten führen. Verstimmungen der Bevölkerung darf die Regierung nicht nachgeben; sie muß an die Zukunft Deutschlands denken. Es ist unrichtig, daß das Kriegsministerium Ziffern und Thatsachen nach Bedarf „gruppire"; dasselbe ist korrekt vorgegangen, nachdem es sich selbst durch langjährige Studien überzeugt hatte. Das größte Vertrauen in unsern Generalstab ist voll gerechtfertigt, aber darum darf man von diesem nicht annehmen, daß er mit unzureichenden Kräften die Offensive ergreifen wird. Der Generalstab ist mit der Vorlage durchaus einverstanden. Auch ich teile den starken Glauben an den Dreibund und habe auch in diesem Sinne gehandelt. Aber auch bei voller Aufrechterhaltung des Dreibunds brauchen wir in Zukunft mehr Soldaten.

27. Januar. Sechste Sitzung. **v. Stumm** erklärt sich bereit, auf fünf Jahre die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festzulegen, aber nicht länger. **Richter**: Ob es zulässig ist, im Verwaltungswege wieder diensttaugliche Mannschaften in die Linie einzustellen, ist nach dem Wortlaute der Gesetze zweifelhaft; zwischen „tauglich" und „bedingt tauglich" ist doch ein großer Unterschied. In der Militärkommission von 1890 hat der Kriegsminister von Verdy ausdrücklich erklärt, daß wir in der Lage sind, einen Krieg mit Frankreich allein ehrenvoll zu bestehen. Das widerspricht doch vollständig der hauptsächlichen Behauptung des Reichskanzlers. Die Stärke der Armee ergiebt sich aus zwei bekannten Faktoren: der jährlichen Aushebung und der Dauer der Dienstpflicht. Hiernach berechnet Redner eingehend, daß eine Ueberlegenheit der französischen Feldarmee gegenüber der deutschen nicht bestehe. Die französischen Territorialtruppen könne man nicht mitrechnen, weil diese unsrer Landwehr zweiten Aufgebots entsprechen. Die französischen Truppen seien nachweislich nicht jünger, sondern älter als die deutschen. Man müsse die Stärkeberechnungen der frühern Militärvorlagen immer mit denen der gegenwärtigen vergleichen; so zeige die Berechnung der französischen Infanterie 1880 eine größere Stärke als jetzt nach dreizehn Jahren; man muß ferner in Deutschland die etwa 10000 Freiwilligen mit einrechnen, in Frankreich manche Truppenteile, die thatsächlich nicht zur Feldarmee gehören, abziehen. Dann ergebe sich, daß die vorher

zitirte Darlegung von Verdys zutreffend ist, daß wir mindestens ebenso stark sind wie Frankreich. In der Moltkeschen Denkschrift sei ausgesprochen, daß es in der ganzen Welt keine so starke Verteidigungslinie giebt, wie die deutsche Rheinlinie; und offiziös wird jetzt das Gegenteil verbreitet. Gegenüber dem Vorschlage Bennigsens bemerkt Redner, die verlangte Verstärkung betrage nicht 87000 Mann, sondern infolge des veränderten Begriffes der Präsenz über 100000 Mann. Zu den 40000 Mann mehr Rekruten von Bennigsens kämen noch die erforderlichen 8000 Unteroffiziere und 26000 Mann infolge des verstärkten Begriffs der Präsenzstärke. Darauf könnten wir unmöglich eingehen. Der von Bennigsensche Vorschlag bringe aber auch keine Verfügung des Heeres. Die zweijährige Dienstzeit innerhalb der jetzigen Präsenz sei von unserm Standpunkte keineswegs ein Angebot, sondern entsprechend der von Verdyschen Darlegung als der Schlußstein der Organisation zu erachten. Die Kosten bewilligen wir unter der Voraussetzung, daß sie aus der sogenannten „Liebesgabe" der Brenner entnommen werden. Große Unzufriedenheit ist thatsächlich vorhanden. Man sollte sich hüten, durch fortgesetzte Mehrbelastungen sie zu steigern.

Graf v. **Caprivi** giebt zu, daß er die Presse benutze, weil er sich im Laufe der Jahre überzeugt habe, daß dies notwendig sei, besonders um in den Wahlkreisen Aufklärung über die Absichten der Regierung zu verbreiten. Redner sucht die Ausführungen Richters über die Verdyschen Aeußerungen, „einen Krieg mit Frankreich allein würden wir ehrenvoll bestehen," zu erläutern. Er sei bereit, eventuell die Moltkesche Denkschrift, sowie das Verdysche Projekt ausführlich vorzulegen. Wenn Moltke die Rheinlinie für eine der stärksten Barrieren der Welt erklärt habe, so folgt daraus nicht, daß sie unüberschreitbar sei, und wir müssen alle Kräfte aufbieten, das zu hindern.

Buhl (nationalliberal) verwahrt sich als Bayer gegen die Aeußerung Liebers: „lieber bayrisch sterben, als kaiserlich verderben" und beteuert die unbedingte Reichstreue der Bayern. Er legt sodann den Standpunkt der nationalliberalen Partei dar.

14. **Februar**. Von **Richter** geht ein längerer Antrag ein, der die finanziellen Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen zusammenfaßt. Staatssekretär v. **Maltzahn** bemerkt, daß die Finanzverwaltung bei allem Entgegenkommen nicht in der Lage sei, zu der Richterschen Zusammenstellung, die nicht bloß auf den Mitteilungen des Reichsschatzamts beruhe, bindende Erklärungen abzugeben. v. **Bennigsen**: Der Antrag Richter ist etwas ganz ungewöhnliches, jede einzelne Ziffer der Zusammenstellung ist anfechtbar. Der Zweck unsrer finanziellen Beratung ist nur gewesen, ein Bild der finanziellen Lage mit Rücksicht auf die Militärverwaltung zu gewinnen.

Die Kommission tritt darauf in die Spezialberatung des Gesetzes über die Friedenspräsenz des deutschen Heeres ein, welche in § 1 für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1899 auf 492768 Mann als Jahresdurchschnittsstärke festgestellt wird. **Rickert** beantragt, die zweijährige Dienstzeit für die Fußtruppen gesetzlich zu fixiren. **Bebel** erweitert diesen Antrag für alle Truppen. von **Bennigsen** befürwortet seinen Antrag. Eine

Verfassungsänderung sei nicht erforderlich, um die zweijährige Dienstzeit festzustellen, die Feststellung durch Gesetz genüge. Dagegen gewähre die Formulirung in § 1 der Militärvorlage nicht die erforderliche Sicherheit für die Mannschaften. Von großer Wichtigkeit sei der zweite Absatz seines Antrages: „Absatz 1. Die Mannschaften der Fußtruppen gehören dem stehenden Heere bei der Fahne zwei Jahre und in der Reserve fünf Jahre an. Absatz 2. Diese Bestimmung bleibt in Kraft, so lange die Friedenspräsenzstärke (Absatz 1) nicht unter die im § 1 bezeichnete Zahl herabgesetzt wird." Hiernach könne die zweijährige Dienstzeit der Fußtruppen, so lange die Mehrbewilligung dauert, also auch über das Quinquennat hinaus, nicht ohne Mitwirkung des Reichstags beseitigt werden. **Rickert:** Der Antrag Bennigsens sei gleichbedeutend mit dem Aeternat, und gegen letzteres sprechen die entschiedensten Gründe. **Bebel** befürwortet seinen Antrag, durch welchen dem prinzipiellen Standpunkte der Sozialdemokratie, dem Milizsystem, nicht präjudizirt werden solle. **v. Stumm** ist für den Antrag von Bennigsen, mit der Maßgabe, daß die Regierung in den Stand gesetzt werde, den dritten Jahrgang ohne Mobilmachung einzuberufen. In dem Antrage liege kein Aeternat. Ohne die Kompensationen sei für einen Teil der Kommission die zweijährige Dienstzeit unannehmbar; hören die Kompensationen auf, so falle auch die zweijährige Dienstzeit. **v. Bennigsen** bestätigt, durch seinen Antrag ein Aeternat nicht einführen zu wollen. Die Sache liege einfach so: nach fünf Jahren kann sich der Reichstag entschließen, ob Verminderung der Präsenzstärke oder Erhaltung der zweijährigen Dienstzeit für ihn oder das Land wertvoller sei. **Richter:** Der Antrag Bennigsens verankert gewissermaßen die jetzt bewilligte Präsenzstärke für alle Zeit. Der Reichstag kann eben nur in der Präsenzstärke herabgehen bei Strafe des Verlustes der zweijährigen Dienstzeit. Durchaus nicht alle Präsenzerhöhungen, die die Regierung fordert, sind mit der zweijährigen Dienstzeit verbunden, das hat die Regierung selbst anerkannt. Die bestimmenden äußern Verhältnisse können sich doch ändern und damit auch wesentliche Voraussetzungen der Präsenzstärke. Der Antrag Bennigsens bildet eine Prämie für eine möglichst lange Bewilligungsperiode.

Reichskanzler Graf **v. Caprivi:** Nach der Vorlage bleibe sehr viel von der zweijährigen Dienstzeit für die Mannschaften; das werden die Antworten der Kommissare nachweisen. Was die Regierung mit der Vorlage beabsichtige, sei schon wiederholt dargelegt. Der Standpunkt der Opposition nehme keine Rücksicht auf das Verlangen der Regierung, die Armee überhaupt zu verstärken. Die zweijährige Dienstzeit ohne die von der Regierung geforderten Kompensationen sei der Ruin der Armee. Der Artikel 59 der Reichsverfassung sei ganz summarisch; ganze Kategorien, wie die Einjährig-Freiwilligen, die Marinetruppen u. s. w., seien darin gar nicht berührt. Der Artikel müßte also ganz umgeändert werden. Die dreijährige Dienstzeit sei für die ungeheure Mehrzahl der Mannschaften niemals durchgeführt worden. Wie die Regierungen zu dem Antrage v. Bennigsen sich stellen werden, könne erst als Ergebnis ihrer Beratungen festgestellt werden, wenn angenommene Anträge vorliegen.

15. **Februar.** Fortsetzung der Beratung des Paragraphen 1 der Vorlage und der dazu von Rickert, Bebel und v. Bennigsen gestellten Anträge.

16. Februar. Bei der Abstimmung wird zunächst der von Bebel zum Antrag Rickerts gestellte Vorschlag (Einführung der zweijährigen Dienstzeit auch für die Kavallerie) gegen vier Stimmen (Sozialdemokraten und Volkspartei) abgelehnt. Alsdann wird der Antrag Rickert gegen neun, der Antrag v. Bennigsen gegen vier und schließlich die Regierungsvorlage gegen fünf Stimmen abgelehnt. Für den Antrag Rickert stimmen nur die Freisinnigen, Volkspartei und Sozialdemokraten; für den Antrag v. Bennigsen die Nationalliberalen und Freikonservativen, und für die Regierungsvorlage die Konservativen und die Reichspartei.

23. Februar. Die Kommission genehmigt folgenden Antrag Richters:

Die finanziellen Erörterungen der Kommission haben im wesentlichen folgende Momente ergeben, die zur Beurteilung der Finanzlage des Reichs in der nächsten Zeit in Betracht kommen: Fortdauernde Mehrausgaben: a) Die Heeresverstärkung nach der Militärvorlage würde außer den dafür in Ansatz gebrachten vierundsechzig Millionen Mark eine Steigerung der Pensionslast ergeben, die nach Erreichung des Beharrungszustandes eine Summe bis zu fünf Millionen Mark erfordert, abgesehen von 2400000 Mk. Schuldzinsen im Falle der Bewilligung der einmaligen Ausgaben für die Heeresverstärkung. b) Mehrkosten können entstehen durch Schaffung von Feldwaffendepots zur Entlastung der Kontrolle des Kriegsministeriums über das zunehmende Waffenmaterial. Die Ausführung der dem Reichstage vorliegenden Novelle zum Militärpensionsgesetz würde, abgesehen von den Belastungen des Reichsinvalidenfonds, die Ausgaben für Pensionen erhöhen im ersten Jahre um 407000 Mk. und in den folgenden Jahren steigend bis zur Erreichung des Höhepunktes nach zwanzig Jahren im Betrage von drei Millionen Mark.

4. März. Beratung des Paragraphen 2 (Zahl und Stärke der Kadres).

8. März. Auf Beschwerden über das starre Beharren der Regierung bei ihrer Vorlage erwidert der Reichskanzler Graf v. Caprivi: Es sei allgemein anerkannt, daß die Vorlage ein durchdachtes Ganze bilde. Die Vertreter der verbündeten Regierungen hätten schon formal gar keine Berechtigung, davon etwas aufzugeben. Sie glaubten auf das Bereitwilligste jede mögliche Auskunft gegeben und die Mitglieder der Kommission zu eignem Urteil darüber befähigt zu haben, ob und was ihnen etwa mehr oder weniger richtig erscheine. Er, der Reichskanzler, habe den Antrag des Grafen Ballestrem, der auf eine solche Information abzielte und bisher den Verhandlungen der Kommission zu Grunde gelegt worden sei, für sehr zweckmäßig gehalten. Bisher hätten nur zwei bestimmte Ansichten Ausdruck erhalten, was dazwischen liege, sei nicht zu einer präziseren Formulirung gediehen. Die eine klar ausgesprochene Ansicht sei die in der Regierungsvorlage niedergelegte. Die andre sei die der Abgeordneten Richter und Lieber,

dahingehend, daß die gegenwärtige Friedenspräsenzstärke nicht überschritten werden solle. Diesen letztern Standpunkt habe er, der Reichskanzler, schon öfter als für die Regierungen unannehmbar bezeichnet. Diese könnten nicht darauf eingehen, daß die Sicherung der Zukunft Deutschlands an den Mindestfordernden in Entrepriſe gegeben werde, sie glaubten sich zu dem Wunsche berechtigt, daß ihre Vorlage im einzelnen durchberaten werde.

17. März. v. Hammerstein: Wenn man einmal auf den Boden der zweijährigen Dienstzeit tritt, so ist die Militärvorlage das Minimum der Heeresverstärkung. Der Antrag Bennigsen reicht deshalb für uns absolut nicht aus, für uns bleibt darum die zweijährige Dienstzeit ein Uebel. Richter: Der Antrag Bennigsen ist für uns unannehmbar, weil daraus eine neue Steuerbelastung des Volkes in Höhe bis zu fünfzig Millionen Mark folgen würde. Bennigsen selbst hat die Steuervorlagen der Regierung, abgesehen von der Börsensteuer, als wenig aussichtsvoll bezeichnet. Auch die sieben Millionen Mark mehr aus den Börsensteuern würden nur erkauft werden durch Unterdrückung gerade solider und für die Kapitalbildung im Volke besonders nützlicher Geschäftszweige. In jedem Falle wird die neue Steuerlast in der Hauptsache die minder wohlhabenden Klassen treffen. Auf diese entfällt ausschließlich auch die Steigerung der persönlichen Militärpflicht. Ueberaus bezeichnend ist, daß der Reichskanzler das Bennigsensche Angebot trotz seines weiten Entgegenkommens und seines Schwergewichts kalt und entschieden als unzureichend abgelehnt hat. Das ist geschehen gerade der nationalliberalen Partei gegenüber, die in den letzten Wochen in Versammlungen vielleicht mehr, als politisch klug war von ihrem Standpunkt, nach Verständigung mit der Regierung gerufen hat. Gerade die Ablehnung des Antrags Bennigsen wirft ein drastisches Schlaglicht auf die gesamte politische Situation. Diese Ablehnung macht es jedermann klar, daß mit dem gegenwärtigen Regiment in Militärdingen nicht zu paktiren ist. Wir stehen einem sic volo, sic jubeo gegenüber. Es ist der Militärabsolutismus, der den Konstitutionalismus der Neuzeit so weit anerkennt, wie derselbe ihm Deckung gewähren will für die Vermehrung der Lasten des Volkes. Bei den Wahlkämpfen, die vorauszusehen sind, handelt es sich deshalb auch um weit mehr als nur um ein Plus Minus an Steuern und Soldaten; es handelt sich darum, ob die Volksvertretung in Deutschland überhaupt thatsächlich noch Bedeutung haben soll gegenüber der Militärverwaltung, oder ob der Reichstag nur eine bequeme Geldbewilligungsmaschine darstellt. Thatsächlich fällt ja die Steuerlast für das Reich zusammen mit den Anforderungen für Militär und Marine. Hoffentlich werden sich alle Parteien, denen an der Bedeutung der Volksvertretung in Deutschland gelegen ist, in den Wahlkämpfen trotz ihrer sonst sehr verschiedenartigen Bestrebungen bewußt bleiben, daß es hier gilt, den gemeinsamen Boden des Konstitutionalismus gegenüber einer absolutistischen Richtung zu verteidigen. Die ganze Art, wie der Reichskanzler die Anträge v. Bennigsens und Liebers behandelt hat, muß geradezu abschreckend wirken, der Regierung weiterhin irgendwie entgegenzukommen.

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Herr Richter wirft uns vor, daß wir nicht paktiren wollten. Haben wir denn nicht Ihnen Rede und Antwort gestanden? Wir sind aber nicht in einem einzigen Punkte widerlegt worden. Gegen den Vorwurf des Militärabsolu-

tismus erwidere ich, daß wir uns überall auf dem Boden der Verfassung bewegt haben. Mit aller Entschiedenheit muß ich den Vorwurf einer Politik „sic volo, sic jubeo“ zurückweisen. Herr Richter dagegen befolgt eine Politik „sic nolo, sic jubeo.“ Ich bedauere, daß wir für die politischen Fragen so wenig vom Parlamentarismus durchgebildet sind. Wäre dies der Fall, so würde eine absolut negative Opposition wie die Richters in einer politischen Frage unmöglich sein.

v. Bennigsen: Ich gebe die Hoffnung auf Verständigung noch nicht auf. Seit 1867 wäre es nicht das erste mal, daß gegenüber solchen Erklärungen der Regierung über das Unentbehrliche man sich nachher doch bereit gefunden hat, wesentliches nachzulassen. Zum Unheil der Armee hat dies niemals gedient; dieselbe ist seit 25 Jahren erheblich fortentwickelt worden. Wenn die Regierungen ihre gestrigen Erklärungen als das letzte Wort betrachten, so halte ich eine Verständigung nicht für möglich und das Scheitern der Vorlage in diesem Reichstage für besiegelt. Darüber dürfen sich die Vertreter der Regierung keinen Illusionen hingeben. Redner weist alsdann darauf hin, daß im Reiche eine Einrichtung nicht besteht wie in den Einzelstaaten, die die notwendige Rücksicht auf die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse garantirt. Der Reichskanzler kennt bei den obersten Staatsbehörden nur Untergebene. Die Einrichtung der allgemeinen Wehrpflicht ist ein wunderbares Element der nationalen Erziehung. Militärs von besonderm Eifer und Pathos erachten es als ihre Aufgabe, in der Ausstattung der Heereseinrichtungen das Vollständigste zu schaffen. Nur zu leicht vermischt sich alsdann in den Köpfen das Notwendige und Unentbehrliche mit dem Wünschenswerten, umsomehr, wenn der Widerstand und die Kontrolle vom finanziellen Standpunkte aus fehlt. Redner weist auf die drei Defizitjahre in Preußen hin mit einem Fehlbetrag von zusammen über 150 Millionen Mk. Die notwendigsten Aufwendungen für kulturelle Aufgaben müssen deshalb in geradezu beschämender Weise zurückgestellt werden. Wenn wir zur Auflösung gedrängt werden, so kann niemand sagen, wie es im kommenden Reichstag aussieht. Die es am besten wissen können, meinen, daß dann diese Vorlage noch viel weniger Aussicht haben und auch auf anderen Gebieten die Opposition stärker hervortreten wird. In die Folgen wird deshalb nicht bloß der Reichstag, sondern auch die Regierung hineingezogen. Wie soll aber eine bessere Aussicht sich eröffnen auch im Falle der Auflösung, wenn die Regierung erklärt, daß an ihren großen Zahlen nicht gerüttelt werden darf? Infolge des wirtschaftlichen Niedergangs wird eine Auflösung aus vielen Gründen Unruhe und Unsicherheit bringen. Es ist eine moderne Agitation entstanden, die man früher in dieser Weise nicht kannte. Einzelne Parteien sind von innerer Zersetzung ergriffen. So wird eine Auflösung ein wüstes Bild von Verwirrung und Verwilderung ergeben, wie man es früher auch bei dem schärfsten demagogischen Treiben nicht gekannt hat. In welche Stellung gerät dann die Regierung! Das ist von ebenso akuter Wichtigkeit wie ihr Verhältnis zu den auswärtigen Mächten. Die Annäherung der Konservativen an die Regierungsvorlage ist gewachsen mit der Verringerung der Aussichten ihres Zustandekommens. Nun, vielleicht ist dann das zeitliche Zusammentreffen nur ein zufälliges. Jedenfalls ist die konservative Unterstützung sehr zweifelhafter Natur, namentlich auch bei der oppositionellen Haltung der Konservativen gegenüber der Regierung auf andern Gebieten, in Fragen der Handelsverträge, der Währung u. s. w.

Ueberall dort sind die Konservativen in entschiedenster Opposition zur Regierung. Die Opposition der Konservativen ist in den letzten Wochen sogar viel heftiger geworden und hat einen persönlichen Charakter angenommen. Alles dies läßt sehr schwer erkennen, was daraus werden soll. Es sind verhängnisvolle Illusionen, wenn die verbündeten Regierungen glauben, bei solcher Unterstützung im übrigen durch ihre Autorität und Stärke eine sichere Grundlage erhalten zu können. Alles dies habe ich nur angeführt, um die Gründe zu verstärken für ein Nachgeben auf seiten der Regierung. Recht starke Regierungen haben früher weit mehr dem Reichstage nachgegeben. Sollte es diesmal nicht der Fall sein, so erfüllt mich die Sorge, daß wir in Deutschland in ganz unabsehbare Konflikte hineintreiben, derart, daß es mir zweifelhaft wird, ob wir noch bei unsern Lebzeiten wieder in gesicherte Zustände gelangen können.

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Ich will dem Vorredner nicht folgen in der Entwicklung eines traurigen Bildes. Es handelt sich bei dieser Vorlage nicht um Parteisachen, sondern um das Vaterland. Ich hatte die Ueberzeugung, daß die nationalliberale Partei mit allen Kräften eintreten werde, und daß wir nicht aus Rücksicht auf mehrere Millionen Mark die Vorlage würden zu Fall kommen sehen. Die Art, wie bezweifelt wird, daß wir den Kostenpunkt nicht vorgesehen, bekommt nachgerade etwas Verletzendes.

Richter erwidert dem Reichskanzler u. a.: Wenn wir auch nur einen etwas durchgebildeten Parlamentarismus hätten, würde die Regierung überhaupt eine solche Vorlage ohne jede Fühlung mit einer politischen Partei und im Widerspruch mit der allgemeinen Volksstimmung gar nicht haben machen oder nach ihrer Einbringung nicht derart Monate hindurch haben aufrecht erhalten können.

Abstimmung zu § 2: Zuerst wird der freisinnige Antrag auf verfassungsmäßige Einführung der zweijährigen Dienstzeit gegen die 5 Stimmen der Freisinnigen und der Volkspartei abgelehnt. Darauf erfolgt die Ablehnung des § 2 der Regierungsvorlage gegen die 6 Stimmen der Konservativen und Freikonservativen, die Ablehnung des Antrags Bennigsen gegen die 5 Stimmen der 3 Nationalliberalen und der beiden Polen, die Ablehnung des Antrags Lieber gegen die 8 Stimmen der Zentrumspartei, die Ablehnung des Antrags Richter: Innehaltung der Friedenspräsenzstärke gegen die 4 Stimmen der Freisinnigen und der Volkspartei.

Zweite Beratung im Plenum.

3. Mai. Da die Kommission beschlossen hat, den Gesetzentwurf zur Annahme nicht zu empfehlen, wird der Beratung die Regierungsvorlage vom November 1892 zu Grunde gelegt, nach dessen § 1 die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres an Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis zum 31. März 1899 auf 492 068 Mann als Jahresdurchschnittsstärke festgestellt werden soll.

Althaus und freisinnige Genossen beantragen die verfassungsmäßige dauernde Herstellung der zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen und Normirung der Friedenspräsenzstärke (Maximalpräsenz) in der jetzigen Höhe von 486 983 Mann für die Dauer vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1895, derart, daß in dieser Präsenz die Unteroffiziere einbegriffen sein sollen. **Preysing** stellt den Antrag, die Präsenzstärke ohne Unteroffiziere auf 420 031 Mann festzusetzen. **v. Huene** stellt folgenden Antrag:

Artikel I: § 1. Die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres an Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten wird für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1899 auf 479 229 Mann als Jahresdurchschnittsstärke festgestellt. An derselben sind die Bundesstaaten mit eigner Militärverwaltung nach Maßgabe der Bevölkerungsziffer beteiligt. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung. Die Stellen der Unteroffiziere unterliegen in gleicher Weise wie die der Offiziere, Aerzte und Beamten der Feststellung durch den Reichshaushaltsetat. In offnen Unteroffizierstellen dürfen Gemeine nicht verpflegt werden. § 2. Vom 1. Oktober 1893 ab werden die Infanterie in 538 Bataillone und 173 Halbbataillone, die Kavallerie in 465 Eskadrons, die Feldartillerie in 494 Batterien, die Fußartillerie in 37 Bataillone, die Pioniere in 24 Bataillone, die Eisenbahntruppen in 7 Bataillone, der Train in 21 Bataillone formirt. Artikel II: Für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1899 treten bezüglich der aktiven Dienstpflicht folgende Bestimmungen in Kraft: § 1. Während der Dauer der aktiven Dienstpflicht sind die Mannschaften der Kavallerie und der reitenden Feldartillerie die ersten drei, alle übrigen Mannschaften die ersten zwei Jahre zum ununterbrochenen Dienst bei der Fahne verpflichtet. Im Falle notwendiger Verstärkungen können auf Anordnung des Kaisers die nach der Bestimmung des ersten Absatzes zu entlassenden Mannschaften im aktiven Dienst zurückbehalten werden. Eine solche Zurückbehaltung zählt für eine Uebung, in sinngemäßer Anwendung des letzten Absatzes des § 6 des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst, vom 9. November 1867. § 2. Mannschaften, welche nach einer zweijährigen aktiven Dienstzeit entlassen worden sind (§ 1), kann im ersten Jahre nach ihrer Entlassung die Erlaubnis zur Auswanderung auch in der Zeit, in welcher sie zum aktiven Dienst nicht einberufen sind, verweigert werden. Die Bestimmung des § 60 Ziffer 3 des Reichs-Militärgesetzes vom 2. Mai 1874 findet auf die nach zweijähriger aktiver Dienstpflicht entlassenen Mannschaften keine Anwendung. Auch bedürfen diese Mannschaften keiner militärischen Genehmigung zum Wechsel des Aufenthalts. § 3. Mannschaften der Kavallerie und der reitenden Feldartillerie, welche nach erfüllter aktiver Dienstpflicht zur Landwehr übertreten, dienen in der Landwehr ersten Aufgebots nur drei Jahre. § 4. Für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1899 werden alle früheren gesetzlichen Bestimmungen, welche denen dieses Artikels entgegenstehen, insbesondere die diesbezüglichen Bestimmungen des § 6 des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienste, vom 9. November 1867, der Ziffern 3 und 4 des § 60 des Reichs-Militärgesetzes vom 2. Mai 1874, sowie des § 2 des Gesetzes, betreffend Aenderungen der Wehrpflicht, vom 11. Februar 1888 außer Kraft gesetzt. Artikel III: Die Bestimmungen des Artikels II § 1, erster Absatz, finden für diejenigen Mannschaften, welche nach zweijährigem aktiven Dienst hiernach zur Entlassung zu kommen hätten, im ersten Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes keine Anwendung; jedoch zählt eine solche Zurückbehaltung für eine Uebung, desgleichen eine etwaige Ein-

berufung während des angeführten Zeitraums. Artikel IV: Die §§ 1 und 2 des Gesetzes, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, vom 15. Juli 1890 treten mit dem 1. Oktober 1893 außer Kraft. Artikel V: Gegenwärtiges Gesetz kommt in Bayern nach näherer Bestimmung des Bündnisvertrags vom 23. November 1870 unter III. § 5, in Württemberg nach näherer Bestimmung der Militärkonvention vom 21./25. November 1870 zur Anwendung.

Reichskanzler Graf v. **Caprivi**: Die Frage, auf die es ankommt, ist vielfach in den Hintergrund getreten und verdunkelt worden. Den breitesten Raum hat die Frage der zweijährigen Dienstzeit eingenommen. Während auf der einen Seite gerade die Parteien, in deren Geschichte und in deren Richtung es liegen müßte, in dieser Frage mit den verbündeten Regierungen zu gehen, zwar theoretisch die Notwendigkeit der zweijährigen Dienstzeit anerkannten, aber nicht gewillt waren, diejenigen Konsequenzen zu ziehen, unter denen allein die verbündeten Regierungen die zweijährige Dienstzeit annehmen konnten, widerstrebten auf der andern Seite die konservativen Parteien, die traditionell durch Jahrzehnte für die dreijährige Dienstzeit gefochten hatten, natürlicherweise dagegen, jetzt zur zweijährigen Dienstzeit überzugehen. Ich kann im Namen der Regierung den Konservativen nicht genug dafür danken, daß, wie bei allen Fragen der Heeresverstärkung, so lange es Konservative in Preußen und in Deutschland gegeben hat, sie auch in diesem Falle auf seiten der Regierung gestanden und ihr Einzelinteresse dem Dienste des Vaterlands untergeordnet haben. Was erstreben wir, damit Deutschland aus der politischen Ruhe, in der es sich befindet, nicht heraustritt? Wir haben die Ueberzeugung gewonnen, daß die jetzige Wehrkraft nicht ausreicht. Man stellt dem gegenüber Berechnungen aller Art und sucht uns durch Zahlen zu widerlegen. Diese Methode kann nicht den Erfolg haben, die verbündeten Regierungen zu überzeugen. Es ist überhaupt nicht möglich, durch irgend eine Art von Exempeln festzustellen, was dazu gehört, um zu siegen. In diesen Fragen muß man eben denen, deren Beruf es ist, sich damit zu beschäftigen, ein größeres Gewicht beilegen, als denen, die sich nur gelegentlich und laienhaft damit beschäftigen. Wir müssen den Anspruch erheben, daß denjenigen Männern, die nicht allein im Frieden die Fragen zu erörtern haben, sondern die auch im Kriege mit Ehre für das Gelingen der Aufgaben, die ihnen zufallen, eintreten müssen, ein höheres Gewicht beigelegt wird, als andern. Man hat uns durchfühlen lassen, man halte uns für keine Autoritäten: wenn noch Moltke und Roon da wären, würde man mit sich reden lassen. Ich bedaure, daß diese Männer nicht mehr an dieser Stelle stehen; denn ich bin überzeugt, sie würden noch entschiedener, noch bestimmter, noch besser, als wir es vermögen, für

unsre Forderungen eintreten. Aber was haben denn die Herren, die die Opposition bilden, für eine Berechtigung, an der Autorität der deutschen Generale zu zweifeln? Ich habe noch keinen General gesehen, der gemeint hätte, unsre Streitkräfte seien so stark, daß wir auch nur annähernd mit der Sicherheit wie 1870 in den Krieg gehen könnten. Das betone ich allen Rechnungen von der linken Seite gegenüber. Wir brauchen qualitativ und quantitativ eine Verstärkung. Es handelt sich hier um eine Frage von solcher Bedeutung, solchem Ernst, wie sie dem Reichstag wohl noch nie vorgelegen hat. Es handelt sich um die Ehre, das Dasein, die Zukunft Deutschlands. Da können wir nicht vor Ihren Rechenexempeln die Segel streichen, sondern müssen alle Mittel anwenden, um zu unserm Ziel zu gelangen. Wozu brauchen wir denn nun die Verstärkung? Einmal um den Frieden zu erhalten. Daß die Diplomatie allein, ohne Stütze auf ein starkes Heer den Frieden erhalten könnte, glaubt doch wohl niemand. Auch mein Amtsvorgänger hat eine Heeresverstärkung für nötig gehalten und es wird doch jeder ihn für ein diplomatisches Genie halten, wie es in Jahrhunderten einmal vorkommt. Man kann doch aber nicht erwarten, daß derartige diplomatische Phänomene stets an unsrer Spitze stehen werden. Wir wollen also den Frieden erhalten; wenn uns das aber nicht gelingt, so wollen wir siegen. Man sagt nun, wir haben ein großes Vertrauen zur Armee, wir werden nicht geschlagen werden. Daß das nicht der Fall sein könnte, dafür kann aber niemand eine Garantie übernehmen. Daß ganze deutsche Volk, sagt man, fürchtet nur Gott! Schön! Wundervoll! Aber auch die Furchtlosigkeit bietet keine Garantie, daß man nicht geschlagen wird, wenn Heer und Waffen unzureichend sind. Wie Moltke über den Wert der Stärke dachte, kann man im Generalstabswerk nachlesen. Wir haben nicht das Bestreben, den Krieg offensiv zu beginnen, ihn vom Zaune zu brechen; aber wir wollen so stark sein, ihn strategisch offensiv zu beginnen, d. h. ihn nicht auf unserm Boden anzufangen, sondern auf dem Boden der Feinde. Wir sind darauf angewiesen, den Krieg in dieser Weise zu beginnen, weil wir schnelle Erfolge, kurze Kriege und nicht zu schnelle Wiederholungen wirtschaftlich brauchen. Ob wir aber auch nur Frankreich gegenüber — ich will nicht von einem Kriege nach zwei Fronten sprechen — zu einer solchen Offensive in der Lage sind, mag dahingestellt bleiben. Am linken Rheinufer haben wir eine nicht abgeschlossene Grenze, und ungleich unglücklicher liegen unsre Grenzen im Osten. Kann uns nun das Schicksal dieser Grenzlande gleichgiltig sein, kann es uns gleichgiltig sein, daß Ost- und Westpreußen, Posen und vielleicht Schlesien vom Feinde überschwemmt und ausgesogen werden? Die Aelteren unter uns kennen

die Schrecken derartiger Kriege. Nur die Offensive kann uns vor diesen schützen, und dazu gehört, daß unsre Streitkräfte stark genug sind. Sind nicht die Elsaß-Lothringer auch unsre Brüder? Und doch hat man sich in der Kommission auf das rechte Rheinufer mit Behagen zurückgezogen. Heißt dies Elsaß-Lothringen gewinnen und germanisiren? Ich bin aber überzeugt, die Nation denkt anders und will Elsaß-Lothringen schützen. Sachlich sind wir in der Kommission nicht ein einziges mal widerlegt worden. Man hat zugegeben, die Vorlage sei ein durchdachtes Werk. Man hat aber gesagt, die Vorlage sei nicht durchführbar wegen der Unteroffizierfrage. Auch die Unrichtigkeit dieses Einwurfs ist nachgewiesen. Ferner hat man gesagt, die Deckung begegne unübersteiglichen Hindernissen, und wir würden durch das Gesetz ein Volk von Bettlern werden. Das glaubt doch niemand, das ist zu durchsichtig. Die deutsche Nation trägt in militärischer Beziehung eine geringere Last als andre Völker. Wir haben neue Steuern vorgeschlagen, die wir nach wie vor für die besten halten; wir würden aber, wenn uns andre Vorschläge gemacht werden, mit uns reden lassen. Daß in dieser Vorlage „Militarismus" steckt, wie man gesagt hat, ist nicht nachgewiesen. Man will doch damit sagen, daß das Militär bei uns einen zu großen Platz einnimmt. Aber wenn wir Deutschland erhalten wollen und die Kulturaufgaben desselben erfüllen, muß doch der Staat erst da sein und seine Existenz gesichert sein. Die Forderungen, die wir gestellt haben, sind auf das minimalste Maß zusammengedrängt. Wo ist da Militarismus? Im Gegenteil! Die Armee ist in dem Zusammenschweißen neuer Provinzen an Preußen und Deutschland stets der haltbarste Kitt gewesen. Das ist eine Wahrheit, die niemand bestreiten kann. Wenn man sich auf die Volksstimmung beruft, so fragt sich doch, wie weit diese Verstimmung nicht die Folge unsrer ganzen pessimistischen Zeitströmung ist. Man hat nun gesagt, wie kann eine einsichtige Regierung in einer Zeit, wo derartige Verstimmung im Volke herrscht, mit einer solchen Vorlage kommen? Erstens können wir doch nicht wissen, wann wir die Folgerungen der Vorlage vor dem Feinde brauchen werden, und dann können wir doch auch nicht warten, bis das Verlangen nach einer solchen Vorlage aus den Wahlkreisen kommt, oder bis der Feind im Lande ist. Wenn wir jetzt sparen, wie wird vielleicht die Stimmung sein, wenn der Tag des Kriegs da ist? Der Antrag Althaus ist unannehmbar. Auch der Antrag des Grafen v. Preysing, der früher Lieber hieß, trägt die Spuren des beginnenden Milizsystems an sich. In seinem Wahlkreise hat Herr Lieber eine Rede gehalten, in welcher er sagte: Mögen auch die Forderungen der Regierung vollkommen berechtigt sein, so ist das

Bestehen einer Partei wie des Zentrums doch noch wichtiger. Vielleicht wird Herr Lieber in der Lage sein, mir das Körnchen von Patriotismus, welches in dieser Rede enthalten ist, nachzuweisen. Der „Vorwärts“ brachte eine Reihe von Artikeln über die Frage: Kann Europa abrüsten? Darin wurde die Jugenderziehung verlangt; Unteroffiziere sollten bei den Schulen angestellt werden, und was denkt sich der Verfasser? Er schreibt: Wenn die Unteroffiziere aus der Heimlichkeit der Kaserne und entrückt dem geheimen Verfahren an die Oeffentlichkeit des Schulhofes kommen, dann wird die rebellische Jugend schon Mores gelehrt werden! Ich begreife das bei den Sozialdemokraten, aber ich bedaure, daß andre ihnen dabei vorarbeiten. Es soll dadurch die Insubordination gefördert werden. Dies bezwecken auch die Mißhandlungsdebatten im Hause. Was den Antrag Huene betrifft, so kann ich mich zu ihm namens der Regierungen noch nicht äußern. Sie müssen erst in ihrer Heimat Rückfrage halten. Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich annehme, daß sie die Regierungsvorlage vorziehen würden. Aber wir erkennen doch an, daß in dem Antrag Huene Momente liegen, daß die Kürzungen so gewählt sind, daß sie den Zweck, den wir verfolgen, nicht annulliren. Wir kommen nicht dahin, wohin wir wollen, aber wir kommen doch immerhin erheblich weiter. Bei Abwägung dessen, ob der Antrag Huene den Regierungen annehmbar ist oder nicht, wird eine wesentliche Rolle die Rücksicht auf die möglichen Neuwahlen spielen. Die Regierungen sind von der Verantwortlichkeit für die Wahlen tief durchdrungen; sie erkennen, daß bei dem gegenwärtigen Zustand unsrer Parteiverhältnisse, bei der gegenwärtigen Stimmung der Bevölkerung Neuwahlen ungleich größere Erschütterungen mit sich bringen können, als es bisher der Fall gewesen ist. Wie ich vermute, würden die verbündeten Regierungen geneigt sein, diesem Motiv einen großen Einfluß auf ihre Entschließungen zukommen zu lassen. Für die Regierungen Preußens und des Reichs bin ich zu der Erklärung berechtigt, daß sie in dem Antrage Huene eine annehmbare Lösung der Militärvorlage finden. Wir würden nicht einen Schritt weitergehen können, wir würden es uns auch vorbehalten, die Konzessionen, die wir machen, zurückzunehmen, wenn Neuwahlen doch unvermeidlich sind, und auch in spätern Jahren das, worin wir jetzt nachgeben, neu zu fordern. Aber wir stehen voll auf dem Boden des Quinquennats. Weiter zu gehen, haben wir uns nicht verpflichtet, niemals ist dahin eine Aeußerung vom Regierungstisch gefallen. Wir glauben, indem wir dem Antrag Huene ein freundliches Entgegenkommen bis an die Grenze entgegenbringen, Sie

bitten zu müssen: Kommen Sie mit uns und helfen Sie uns, das zu thun und durchzusetzen, was für die Erhaltung des europäischen Friedens und für die Sicherheit, die Ehre und die Zukunft Deutschlands erforderlich ist.

Preußischer Kriegsminister **v. Kaltenborn**: Niemand hat in der Kommission vermocht, nachzuweisen, daß die Vorlage nicht notwendig wäre, oder daß unsre ziffernmäßigen Nachweise nicht richtig wären. Nur nahm man an, daß die Einführung der zweijährigen Dienstzeit der Zweck der Vorlage wäre, und daß man ohne Kompensationen zu jener kommen könnte. Die Regierungen dagegen haben die zweijährige Dienstzeit nur als Mittel angesehen, nicht als Zweck; sie haben stets betont, daß sie sich ohne gleichzeitige Erhöhung der Friedenspräsenz nicht durchführen lasse. Die Behauptung, daß die Vorlage nicht durchführbar sei, daß die Zahl der Tauglichen nicht ausreichen würde, ist nicht erwiesen worden. Abgeordneter **v. Huene**: Es war für mich ein sehr schwerer Entschluß, meinen Antrag zu stellen, weil ich wußte, daß nur ein kleiner Teil meiner Fraktionsgenossen zu mir stehen würde. Aber maßgebend waren für mich die dringenden Interessen, um die es sich hier handelt. Was nutzt uns die vom Referenten betonte Einigkeit, wenn uns die Stärke fehlt, dem Feinde gegenüberzutreten.

4. Mai. **Richter** bemerkt zum Antrag Huene: Dieser Antrag bewillige die zweijährige Dienstzeit auf ein Quinquennium, während alle Kadres, die Huene bewilligen wolle, auch nach dem 31. März 1899 fortbestehen würden; er bewillige fünf Sechstel der Vorlage; statt 104000 Mann würden 92000 Mann bewilligt, wenn man die Veränderung des Begriffs der Präsenzstärke in Betracht ziehe, sogar sieben Achtel der Vorlage. Im ersten Jahre sei aber bekanntlich die Verwaltung nach ihrer eignen Erklärung nicht imstande, die erhöhte Präsenzstärke zur Durchführung zu bringen. Der von Huene angeblich errungene Nachlaß sei daher gegenstandslos, um so mehr, als der Reichskanzler schon vor Ostern offiziös diesen Nachlaß als tolerabel habe erklären lassen. Die militärische Autorität sei gestern so schroff vom Reichskanzler in den Vordergrund gestellt worden wie nie zuvor. Eine solche Auffassung sei gleichbedeutend mit der Negation des Parlamentarismus. Der Volksvertretung könne folgerichtig nach dieser Auffassung auch keine Verantwortung für die Deckungsmittel angesonnen werden, es müßten dann auch für die neuen Steuern die Militärs die Sorge und Verantwortung tragen. Die vorgeführten Kriegsbilder, mit denen der Reichskanzler zu schrecken versuchte, seien aus Zeiten hergeholt, die denen des geeinigten deutschen Reichs schlechthin nicht zu vergleichen seien. Seit 1870/71 sei das deutsche Heer dreimal so stark geworden; seit 1871 seien für die Landesverteidigung $12\frac{1}{2}$ Milliarden ausgegeben worden. Die Marine sei vervierfacht worden; nicht mehr isolirt wie 1870, sondern im Dreibunde stehe Deutschland der Möglichkeit einer kriegerischen Verwicklung gegenüber. Die Vorlage verleihe Deutschland die Stärke, die wir durchaus haben sollen, um nicht im eignen Lande mit Krieg überzogen zu werden, erst nach einer langen Reihe von Jahren.

Reichskanzler Graf **von Caprivi**: Der Vorredner hat gesagt: Gott schütze die Regierung vor ihren Freunden, namentlich vor Herrn von Huene. Es gehört mehr Mut dazu, daß von Huene gegenüber seinen politischen Freunden die gestrige Rede gehalten hat, als daß Richter seine heutige Rede hielt. Richter spricht von der Ersatzreserve, welche Verdy beibehalten wollte. Verdy wollte aber die dreijährige

Dienstzeit beibehalten, weil das Ausbildungspersonal zu sehr erschöpft sein würde, als daß es neben der regelmäßigen Ausbildung auch die Ausbildung der Ersatzreserve vornehmen könnte. Vorredner urteilt abfällig über die Offensive; er tadelt meine Verweisung auf die früheren feindlichen Ueberschwemmungen. Wenn der Feind Landesteile besetzt, verlieren wir die Steuern, Handel und Wandel stehen dort still. Bei der Kriegsführung im eigenen Lande können wir nicht anders verfahren als in Feindesland. Wenn wir auch in Frankreich sehr human verfahren sind, wir müssen die Mannschaften unterbringen und Nahrungsmittel für sie requiriren, wir müßten Kunstbauten zerstören und Werte vernichten, die wiederherzustellen lange Jahre dauern würde. Ich will Ihnen nur ans Herz legen, daß der Krieg im eigenen Lande etwas Schweres ist. Das kann man nur verhindern, wenn man die Offensive ergreift.

Bebel: Wenn dem Volke neue Opfer auferlegt werden sollen, so muß es so geschehen, daß sie das Volk möglichst wenig drücken. Das Volk ist aber hart an der Grenze der materiellen Leistungsfähigkeit angekommen, das bedarf kaum eines Beweises. In breiten Volksmassen ist man nicht mehr gewillt, erhöhte Lasten auf sich zu nehmen. Wenn es auf die freie Entschließung der Herren in diesem Hause ankäme, so würde die Vorlage bewilligt werden, aber die Herren glauben die Annahme der Vorlage nicht mehr vertreten zu können. Wenn die Auflösung erfolgte, dann wissen wir sehr gut, daß man den Versuch machen wird, das allgemeine Wahlrecht zu schmälern; aber es ist viel leichter, dem Volke ein Recht vorzuenthalten, als ihm ein zwei Jahrzehnte lang gebrauchtes Recht wieder zu entreißen. In Belgien war es der General Brialmont, der sich für das allgemeine Wahlrecht aussprach, weil er es für ein Korrelat zu der allgemeinen Wehrpflicht betrachtete. Die Belastung des deutschen Volkes ist eine solche, daß die Grenze der Leistungsfähigkeit erreicht ist. Der Getreidekonsum im deutschen Reiche ist zurückgegangen von 213 Kilogramm auf 162 Kilogramm. Das bedeutet schließlich auch das Zurückgehen der körperlichen Leistungsfähigkeit. Noch mehr ist die Fleischnahrung zurückgegangen. Aber nicht bloß unter den Arbeitern, sondern auch unter den Handwerkern, den Kleinbauern ist eine große Mißstimmung eingetreten; deshalb stimmen auch die Herren vom Zentrum aus Süddeutschland gegen die Militärvorlage und gegen den Antrag von Huene. Die allgemeine Verstimmung ist nicht durch die Schuld der Regierung entstanden, sondern aus allgemeinen ökonomischen Gründen. Die Militärvorlage ist der letzte Tropfen, der das Glas zum Ueberlaufen bringt.

5. Mai. **v. Manteuffel:** Die Konservativen werden, nachdem die Regierung sich für den Antrag Huene erklärt hat, für diesen stimmen, zumal er gewisse Vorzüge hat, namentlich weil die Verstärkung der Kavallerie beseitigt wird, was von nationalökonomischer Bedeutung ist; denn es ist für die Landwirtschaft nicht gleichgiltig, ob 6300 Pferde mehr plötzlich dem Lande entzogen werden. **Lieber:** Der Reichskanzler hat eine Aeußerung von mir nach einem Zeitungsbericht verlesen und dieselbe dahin ausgelegt: „Es ist mir ganz egal, ob die Russen in Berlin und die Franzosen in München stehen" u. s. w. Ich hatte geglaubt, hinreichende Proben meiner Vaterlandsliebe abgelegt zu haben. Die meisten der Berichte, die über jene meine Rede durch die Presse gegangen sind, waren in einer unerhörten und un-

glaublichen Weise entstellt worden. Ich sage das nicht von dem Berichte, den der Reichskanzler verlesen hat, aber von diesem Berichte kann ich feststellen, daß er mir noch nicht zu Gesicht gekommen ist, weder ehe er gedruckt wurde noch nachher. Was den angefochtenen Satz angeht, so hat derselbe gelautet: „Selbst wenn alle Forderungen der verbündeten Regierungen in dieser Militärvorlage politisch und militärisch berechtigter und voller begründet wären, so ist meiner Meinung nach der Fortbestand einer Partei wie das Zentrum, so wie es jetzt ist, für das deutsche Reich immer noch wichtiger, als die Berechtigung der Militärvorlage!“ Wenn die Regierung ihre Vorlage besser begründet hätte, so halte ich das Bestehen einer Partei wie das Zentrum doch noch für wichtiger, als gerade diese Militärvorlage. Das Bestehen dieser Partei liegt nicht im Interesse der Partei allein, sondern auch im wohlverstandnen Interesse des Reichs. Wir vertreten seit mehr als zwanzig Jahren ein Reichsinteresse, den Föderalismus; wir treten entgegen allen zentralistischen und cäsaristischen Tendenzen und glauben, daß dies der beste und einzige Hort der Monarchie in Deutschland ist. Wir vertreten ferner eine gesunde Sozialpolitik, die das Reich stärken soll; denn wenn wir innerlich zusammenbrechen, haben wir auch nach außen weder Geltung noch Kraft. Diese unsre Bestrebungen wurzeln in dem Boden des positiven Christentums und der Gerechtigkeit, der letzten und einzigen Grundlage der Reiche. Die Uebersetzung ins Deutsche, welche der Reichskanzler mit den Worten gegeben hat, ist, um einen Ausdruck von ihm zu gebrauchen, eine wahrhaft akrobatische Musterleistung. Wie kann er das eine Uebersetzung ins Deutsche nennen? Das ist das schlechteste Bismarckisch, das ich jemals gehört habe. v. Bennigsen: Wir geben sechs Monate unserm eignen Volke und dem Auslande das unerfreuliche Schauspiel, daß wir über eine wesentliche und eine Lebensfrage der Nation, eine große Reform unsrer Militärverfassung und eine für notwendig erklärte Verstärkung unsrer Armee, keine Verständigung finden können, weder vom Reichstage zur Regierung noch — und das ist vielleicht noch bedeutungsvoller in der Lage — innerhalb des Reichstags selbst. Alle Gegenvorschläge blieben isolirt bei einer Partei, fanden im besten Falle nur eine geringe Unterstützung, und ebenso wurde die Regierungsvorlage von der überwiegenden Mehrheit abgelehnt. Verlaufen sind die Dinge allerdings so, daß die Vorlage schon halb verloren war, als sie im vorigen Herbst offiziell eingebracht war, durch die Art und Weise, wie sie nur unsicher bekannt wurde und wie die Versuche betrieben wurden, für die Vorlage die Deckungsmittel zu finden. Durch diese mißglückte Art der Vorbereitung und Behandlung ist es allein zu erklären, daß eine so große Abneigung in weiten Kreisen gegen die Vorlage herrscht. An und für sich verdiente die Vorlage, abgesehen von der Frage, ob die große Zahl notwendig war, die höchste Zustimmung der Nation. Denn sie erfüllte nicht bloß lange gehegte Wünsche der Erleichterung, der größern Gerechtigkeit und der Ausgleichung der Dienstpflicht, nein, sie gab auch durch die Verstärkung unsrer Feldarmee eine höchst erwünschte Kräftigung unsrer Armeerüstung gegenüber dem Auslande. Trotzdem ist es gelungen, im Volke die Stimmung hervorzurufen, daß die Vorlage in der Zeit des jetzigen wirtschaftlichen Niederganges viel zu große Lasten erfordere. Ich glaube, daß in unsrer ganzen Geschichte seit 1867 kein Beispiel vorhanden ist, wo Kritik und Agitation die Bevölkerung so verstimmen konnten, wie es jetzt geschehen ist. Die Forderung der zweijährigen Dienstzeit war seit vielen Jahren erhoben — und welches Schauspiel haben wir nun im vorigen Jahre gehabt? In dem Augenblicke, wo zum erstenmal ernsthaft der Gedanke in der Presse auftauchte, die Thatsache bekannt wurde, daß die Regierungen sich mit einer solchen Reform beschäftigten, wurde bei einem großen Teil der Politiker und ihrer Organe

aus denjenigen Parteien, welche noch heute die Vorlage entschieden bekämpfen, eine merkwürdige Abkühlung in der Haltung ersichtlich. Das ist eine der Erscheinungen, die wir seit 1867 genug erlebt haben. Bestimmte Dinge, die will man wohl, gewisse Ziele werden theoretisch aufgestellt, jahraus, jahrein für bedeutungsvoll erklärt, wenn es aber an die Ausführung geht, dann setzt jedesmal die Kritik ein, an die Kritik knüpft sich die Agitation an, und ein großer Widerspruch findet sich, der die Maßregel entweder nun gar nicht mehr will, in keinem Falle aber in der Art und Form, wie sie eingebracht ist. Diese Art von Politik und politischer Behandlung, wie sie sich nun seit 1867 fortzieht bis zum heutigen Tage, ist in der That noch eine Erbschaft aus der Kleinstaaterei, in der wir zu wenig gewöhnt waren, große Fragen von großen Gesichtspunkten zu behandeln und zu begreifen, daß nach bestimmten theoretischen Sätzen und vom Standpunkte einzelner Parteien aus große Maßregeln der Reform überhaupt gar nicht durchführbar sind. Je wichtiger und umfassender eine Reformmaßregel ist, je mehr muß sie sich der Zustimmung weitester Kreise erfreuen und nicht bloß der Schulansicht und der Theorie einzelner Parteien entsprechen, mögen sie auch noch so berechtigt sein. Das ist es ja, woran unsre große Bewegung 1848 gescheitert ist. **Payer** (Volkspartei): Der Reichskanzler ruft uns zu, daß es sich bei Annahme oder Ablehnung der Vorlage um Ehre, Dasein und Zukunft Deutschlands handelt, und ähnliches. Ich frage Sie, ob eine solche Schilderung der Situation in dem deutschen Reichstage unserm Lande förderlich sein kann gegenüber dem Auslande. Es ist unsre Pflicht, hier klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß wir diese pessimistische Auffassung nicht teilen, indem wir die Vorlage ablehnen. **v. Komierowski** erklärt, daß die polnische Partei für Huenes Antrag stimmen werde, trotz aller Versuche, die von der den Polen nahestehenden Seite, namentlich in der Germania, angestellt seien, die Polen in die Opposition zu treiben. **v. d. Decken** erklärt, daß die deutschhannoversche Partei für den Preysingschen Antrag stimmen werde, da ihnen die zweijährige Dienstzeit um den Preis der Militärvorlage zu teuer sei. **Winterer** erklärt, die Elsaß-Lothringer seien nicht besonders nach Berlin berufen, sondern es würde jeder von ihnen, wie bisher, seine Stimme nach Ueberzeugung abgeben.

6. **Mai.** **v. Helldorf**: Man hat der Regierung vorgeworfen, daß sie nicht nachgeben wollte; ein größeres Lob wie dieses konnte man nicht aussprechen. Wir können froh sein, daß in einer so wichtigen Frage ein so sachverständiger Reichskanzler an der Spitze gestanden hat. Graf **Preysing**: Noch lebt das Zentrum! und es ist weder demokratisch noch aristokratisch, sondern sucht die richtige Mitte zu finden. Die Führerschaft erwächst im Zentrum aus den Prinzipien der Partei. Was unsre äußere Lage betrifft, so ist unsre Armee dreimal so groß als 1870, die innere Lage ist bedrängt. Trotzdem verlangt man von uns stets mehr, uferlos! Und wer dazu Amen sagt, soll ein Patriot sein! **v. Hornstein**: Die badischen Bauern sind für die Vorlage und freuen sich über die Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Sie wissen ganz gut, daß selbst die Schweiz weit höhere Aufwendungen für ihr Militär macht als Deutschland, und doch handelt es sich bei ihr nur um die Erhaltung ihrer Neutralität, bei uns aber um weit wichtigere Dinge.

Abstimmung: Von 394 Mitgliedern sind 373 anwesend. Paragraph 1 der Regierungsvorlage wird gegen die Stimmen der Konservativen, der Antrag v. Huene's mit 210 gegen 162 Stimmen abgelehnt. Unter letzteren befinden sich von der Zentrumspartei: Graf Adelmann, Prinz Arenberg, Graf Balleſtrem, Graf Chamaré,

Gliszczynski, Huene, Lender, Graf Matuschka, Nels, Pfetten, Porsch, v. Reitzenstein.

Hierauf wird vom **Reichskanzler** eine kaiserliche Verordnung verlesen, wonach die Legislaturperiode geschlossen ist und die Neuwahlen am 15. Juni vorzunehmen sind.

II.

Die Ersatzverteilung.

29. April. Zweite Beratung des am 15. Dezember 1892 an eine Kommission gewiesenen Gesetzentwurfs (1892, II. S. 209).

Der Berichterstatter der Kommission, **Lieber**, bemerkt, es bestehe ein gewisser Zusammenhang zwischen dem Entwurf und der Militärvorlage, falsch sei es jedoch, die frühern Ausführungen des Reichskanzlers und des preußischen Kriegsministers so auszulegen, als habe das vorliegende Gesetz keinen selbständigen Wert. Es sei vielmehr die Voraussetzung für die Militärvorlage. Das Prinzip des Gesetzes habe die Kommission als ein berechtigtes anerkannt und keine wesentliche Aenderung vorgenommen. Wiederholt sei die Ansicht ausgesprochen, das richtige Prinzip des Gesetzes könne auch auf Bayern, Württemberg und Sachsen Ausdehnung finden; jedoch seien keine Anstalten gemacht worden, diese Anschauung in die Praxis zu übertragen. — Die Vorlage wird angenommen.

2. Mai. Ebenso in dritter Lesung. (Gesetz vom 26. Mai 1893.)

III.

Ueber die Rechte der Personen des Beurlaubtenstandes.

28. April. Richter stellt die Anfrage: „Im Bereich des VII. preußischen Armeekorps soll nach öffentlichen Blättern bei den Frühjahrs-Kontrollversammlungen ein Korpsbefehl verlesen worden sein, der mehrfach zu dem Mißverständnis Veranlassung gegeben hat, als ob die Personen des Beurlaubtenstandes im Beurlaubtenverhältnis in Bezug auf ihre staatsbürgerlichen Rechte irgend welchen besonderen Beschränkungen bei der öffentlichen Erörterung allgemeiner Fragen der Militärgesetzgebung unterworfen wären. Ich erlaube mir daher, den Reichskanzler zu fragen, ob derselbe geneigt ist, durch Mitteilung des wirklichen Sachverhalts der weiteren Verbreitung solcher Mißverständnisse entgegenzutreten."

Der preußische Kriegsminister **v. Kaltenborn**: Die vom Invalidendepartement im Kriegsministerium am 15. März über die Anwendbarkeit des § 101 auf Personen des Beurlaubtenstandes anläßlich eines in Württemberg vor-

gekommenen Falles erlassene Verfügung entbehre jedes politischen Charakters, bezwecke die politischen Rechte jener Person in keiner Weise zu beschränken und stehe daher auch in keiner Beziehung zur Militärvorlage. Damit ist die Sache erledigt.

Zweiter Abschnitt.

2. Session des 17. preußischen Landtags.

(2. Teil: 10. Januar bis 5. Juli.)

Abgeordnetenhaus.

Finanzielle Angelegenheiten.

I.

Staatshaushaltsetat für 1893—94.

1.

Vorlegung des Etats.

12. Januar. Die ordentlichen Einnahmen sind auf 1835497460 Mk., die Ausgaben im Ordinarium auf 1844803255 Mk., im Extraordinarium auf 49294205 Mk., zusammen auf 1894097460 Mk., mithin die Ausgaben um 58600000 Mk. höher als die Einnahmen veranschlagt. Der Fehlbetrag soll durch Aufnahme einer Anleihe gedeckt werden. — Finanzminister Miquel begleitet die Vorlage mit einigen Bemerkungen:

Den Staatskredit in Anspruch zu nehmen, werde unnötig sein, da der Finanzverwaltung die Aufbewahrung der Ueberschüsse aus der Einkommensteuer zur Verfügung stehen. Das unerfreuliche Ergebnis des Voranschlags für das nächste Etatsjahr bilde ein Spiegelbild der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, die nach der Verstaatlichung der Eisenbahnen einen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der Staatseinnahmen und -Ausgaben gewonnen habe. Derartige relativ erhebliche Schwankungen brauchten nicht zu erschrecken, da die Statistik der frühern Jahre ähnlich hohe Differenzen allein im Eisenbahnetat mehrfach aufweise. Aber man dürfe sich auf den zu erhoffenden wirtschaftlichen Um- und Aufschwung nicht verlassen, es werde vielmehr Aufgabe der Staatsbahnverwaltung sein, durch ein entschlossenes Vorgehen auf dem Gebiet der Ausgaben durchgreifende Ersparnisse und so günstigere Bilanzen zu erzielen. Indem der Finanzminister sich dann der Darstellung der Finanzergebnisse des abgeschlossenen und des laufenden Etatsjahres zuwendet, teilt er mit, daß das Defizit des Jahres 1891/92 sich auf zweiundvierzig Millionen belaufe, und daß das des laufenden Jahres keinesfalls hinter einem gleich hohen Betrage zurückbleiben werde. Bei der Eisenbahnverwaltung allein

seien die Nettoeinnahmen um einundsechzig Millionen niedriger, als der Voranschlag annahm, hier sei es die Cholerakalamität, die an dem größten Teil der Einbuße die Schuld trage. Für das kommende Jahr hätten die Einnahmen um fünfzehnundeinhalb Millionen niedriger, die Ausgaben um vierzigundeinhalb Millionen höher veranschlagt werden müssen. In Aussicht genommen sei eine Vermehrung der Staatslotterielose um 30000. Die Notwendigkeit dieser Vermehrung sucht der Minister in einem längern Exkurse nachzuweisen; man dürfe die Frage nicht nach den Erfordernissen der abstrakten Moral, sondern müsse sie nach dem in weiten Volkskreisen hervorgetretenen, amtlich bezeugten Bedürfnis beurteilen. Die Vorarbeiten der Veranschlagung hätten auch ergeben, daß der Betrag von vierundzwanzig Millionen als dauerndes Ergebnis aus den Ueberweisungen nach der lex Huene bei dem Steuerreformplan keineswegs zu niedrig bemessen sei. Bei der Justizverwaltung sei trotz der schlechten Finanzlage die Vermehrung des Richterpersonals nötig gewesen, namentlich kamen hierbei sechsundsechzig neue Amtsrichter in Betracht, womit dem vollen Bedürfnis allerdings noch nicht genügt sei. Beim Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung schildert der Minister die segensreichen Folgen des Rentengütergesetzes und befürwortet im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse die stärkere Aufforstung von Oedländereien und Kolonisation von Mooren. Nachdem der Minister sodann noch die Mehrausgaben im Etat des Kultusministeriums besprochen hat, giebt er zu, daß das Gesamtbild des Etats durchaus nicht erfreulich sei. Die wesentlichen Gründe für den Rückgang der Finanzverhältnisse seien zwar vorübergehende, aber es gebe auch dauernde Gründe dafür; die schwankenden Einnahmen der Betriebsverwaltungen und die schwankenden Ueberweisungen vom Reich wirkten für die schwierige Finanzlage mit. Nur allzu leicht gründe man auf hohe Einnahmen dauernde Ausgaben. Sowohl Preußen als auch das Reich müßten dahin streben, diese schwankenden Verhältnisse auszugleichen. Schließlich bemerkt der Minister, daß die Aufbesserung der Beamtengehälter leider zur Zeit nicht fortgesetzt werden könnte, dagegen sei das System der Dienstalterszulagen auf die mittlern und Kanzleibeamten ausgedehnt worden und solle später auch den höhern Beamten zu teil werden. Für die Diätarien sei in der Weise Vorsorge getroffen, daß dieselben nach vierjährigem Dienste zur etatsmäßigen Anstellung gelangten.

2.

Erste Beratung.

17. Januar. v. Strombeck bemerkt: Der Voranschlag schließe mit einem noch größern Defizit, als die Vorjahre. Zwar sage der Minister, man brauche deshalb noch keine Befürchtungen betreffs der Staatsfinanzen zu haben, und man müsse auch berücksichtigen, daß in dem Defizit zwanzig Millionen zur außerordentlichen Schuldentilgung sind. Aber man müsse doch den Etat diesmal einer ganz sorgfältigen Prüfung unterwerfen. Denn wie leicht man sich mit solchen Schätzungen irren könne, beweise der Etat für 1891/92, wo man sich in Bezug auf die Einnahmen um vierundfünfzig Millionen und in Bezug auf die Ausgaben um fünfundneunzig Millionen geirrt habe. Der Minister habe das Haus aufgefordert, zu sehen, ob es an dem Etat noch Ersparnisse machen könne. Sein Suchen nach Ersparnissen am Etat sei von geringem Erfolg gewesen. **v. Minnigerode** erklärt, wenn man sehe, daß die Eisenbahn- und Bauverwaltung mit geringern Einnahmen veranschlagt seien, und daß die

Ueberweisungen aus dem Reich geringer werden, dagegen das Reich an Matrikularumlagen dreiundzwanzig Millionen mehr verlange und außerdem zur außerordentlichen Schuldentilgung sechsundeinhalb Millionen Mark ausgegeben werden sollten, dann erkläre sich doch das Defizit vollständig. **Lieber** nimmt die Handelsverträge in Schutz, die die verschiednen Interessen ausglichen. Eine wirtschaftliche Besserung, die den Eisenbahnetat günstig beeinflussen werde, erwarte er auch, aber nur sehr allmählich. Die Vermehrung der Lotterielose könne man nicht umgehen, wenn man die Konkurrenz der auswärtigen Lotterien beschränken wolle. Die Schwankungen des Etats durch die Eisenbahneinnahmen müßten beseitigt werden, und die Schuldentilgung müsse energischer begonnen werden. Der **Finanzminister** sucht bezüglich der künftigen Anziehung der Steuerschraube zu beruhigen; in der gegenwärtigen Steuerreform liege kein Zwang zur künftigen Steuererhöhung. **v. Zedlitz** erblickt den Grund der jetzigen schwierigen Finanzlage in der Begründung dauernder Lasten auf den schwankenden Eisenbahneinnahmen und befürwortet eine Verbesserung dieses Verhältnisses, hält aber den jetzigen Zeitpunkt der großen Steuerreform nicht für dahin gehende Schritte geeignet. Die Eisenbahnergebnisse müßten mehr aus der allgemeinen Finanzverwaltung abgesondert werden; solche Aenderungen seien aber erst möglich, wenn der Etat wieder ohne Anleihe balanciren könne. **v. Czarlinski**: Mit dem Hundertmillionenfonds auf Grund der Polengesetze könne man den ganzen Fehlbetrag decken, wenn man nur die Polengesetze aufheben wolle. Der Rückgang der Landwirtschaft liege nicht nur an den wirtschaftlichen Verhältnissen, sondern auch an den zu großen Anforderungen an die Landwirtschaft, wie sie besonders das Klebegesetz mit sich bringe. Redner klagt über die Behandlung der Polen bezüglich des polnischen Sprachunterrichts. **Hammacher** betont, daß die Verstaatlichung der Eisenbahnen nicht erfolgt sei, um einen so großen Einfluß auf die Staatsfinanzen zu üben und dem Staate Ueberschüsse zu liefern, sondern um dem wirtschaftlichen Interesse des Landes zu dienen. Infolge des Einflusses, den damals er und Miquel in der nationalliberalen Partei geübt hätten, hätte diese den Ausschlag für die Verstaatlichung gegeben, aber sowohl er wie Miquel hätten sofort die übeln Wirkungen vorausgesagt, die das Eisenbahngarantiegesetz auf unsre Finanzen haben müsse. Dieses Gesetz bedürfe einer Revision. Statt der jetzigen hundert Millionen dürften nur etwa vierzig bis sechzig von den Eisenbahnüberschüssen für allgemeine Staatszwecke verwendet werden. Die Finanzverwaltungen des Reichs und Preußens müßten in engerer Fühlung bleiben, zumal das Reich auch schon anderthalb Milliarden Schulden habe. **Rickert** hebt den Widerspruch zwischen den Klagen über die Finanzlage hier und den großen Anforderungen für das Militär hervor. Was für die Verteidigung des Landes durchaus notwendig sei, darüber hätten die verschiednen Kriegsminister die verschiedensten Ansichten gehabt. Die schlimmen Folgen der Eisenbahnverstaatlichung habe seine Partei vorausgesagt, aber die Entscheidung sei nicht erst beim Garantiegesetz gefallen, sondern schon bei der Kanonenbahn Berlin-Wetzlar. **Enneccerus** sieht zwar die Finanzlage als nicht besonders günstig an, meint aber, daß Preußen an seinen Eisenbahnen, Domänen, Forsten so große Vermögensstücke besitze, daß es immerhin noch eine große Kreditwürdigkeit besitze. **Kieschke** hält die Finanzlage für schlechter, als der Finanzminister sie dargestellt.

18. Januar. Finanzminister **Miquel** weist die Behauptung zurück, daß er, unter Verleugnung seiner frühern Grundsätze als Abgeordneter, jetzt als Minister agrarische Politik triebe. Auch lehnt er die Unterstellung ab, daß er den Wunsch hätte, das Reichsschatzamt in seine Hand zu bringen, und warnt schließlich wiederholt vor allzu pessimistischer Auffassung der Finanzlage. **v. Eynern** sucht den Nachweis zu erbringen, daß die Lage der Finanzen,

namentlich der Staatseisenbahnen, viel günstiger sei, als man sie im allgemeinen darstelle. Man dürfe die Einnahmen und Ueberschüsse eines so großen Betriebes nicht nach einzelnen Fehljahren beurteilen; hier seien nur ganze Perioden entscheidend. Er wirft der Eisenbahnverwaltung vor, daß sie mehrfach Schienen aus dem Auslande bezogen, der Marineverwaltung, daß sie englische Kohlen verwende. Endlich warnt auch er vor einer allzu pessimistischen Auffassung unsrer Lage.

3.

Zweite Beratung.

Etat des Staatsministeriums.

28. Januar. **Arendt** bemerkt zum Titel über den Gehalt des Ministerpräsidenten, die im vorigen Jahre von den Konservativen gehegte Befürchtung, daß die Trennung des Amts des Reichskanzlers von dem eines preußischen Ministerpräsidenten sich auf die Dauer nicht werde aufrecht erhalten lassen, müsse noch immer gehegt werden. Eine bedauerliche Folge dieser Zweiteilung sei, daß über die Stellung Preußens zur Militärvorlage falsche Gerüchte verbreitet gewesen seien, die allerdings weniger von den Gegnern der Vorlage, als von der offiziösen Presse verschuldet seien. Ebenso wie der deutsche Kaiser zugleich König von Preußen sei, müsse auch der Reichskanzler zugleich das Amt des Ministerpräsidenten bekleiden. Auch bezüglich der Finanzen sei eine Personalunion in Preußen und dem Reiche zu wünschen, und er glaube, daß der preußische Finanzminister es vielleicht als eine Erleichterung empfinden würde, wenn er zugleich die Finanzgeschäfte des Reiches zu leiten hätte.

Etat des Ministeriums des Innern.

Graf **Limburg-Stirum** bringt den im „Reichsanzeiger“ am 7. Dezember 1892 veröffentlichten Erlaß des Ministers des Innern zur Sprache, in dem dem Landrat des Friedeberger Kreises ernstlich wegen der Unterstützung eines Wahlaufrufs die Mißbilligung der Regierung ausgesprochen wird. Daß dieser Tadel öffentlich stattfand, mache die Sache so auffallend und verletzend. Minister Graf **Eulenburg** glaubt, kürzer und einfacher, als es im Erlaß des „Staatsanzeigers“ geschehen, habe man das Verfahren jenes Landrats nicht mißbilligen können. Die öffentliche Mißbilligung sei eine absolute Notwendigkeit gewesen. Landrat von Bornstedt sei ein würdiger Beamter und habe das Vertrauen der Regierung nicht verloren, weil er in einem Punkt sich deren Tadel zugezogen habe. Aber Ahlwardt habe die Regierung in einer Weise angegriffen, daß zu bedauern sei, daß er nach Lage der Gesetzgebung nicht in schärferer Weise habe bestraft werden können. Da hat es die Regierung nicht dulden können, daß ein Beamter öffentlich die Wahl eines solchen Mannes unterstütze, und deshalb sei auch eine öffentliche Mißbilligung eines solchen Verhaltens eines Beamten notwendig gewesen.

30. Januar. **Lotichius** wünscht eine einheitliche hessische Landgemeinde-

ordnung. **Kolisch** fordert eine Reform der Kreisverfassung für die Provinz Posen, **Francke** beschwert sich über einige tadelnswerte Manipulationen im Geschäftsbetriebe gewisser privater Versicherungsgesellschaften. Von **Papendieck** wird darauf die Nichtbestätigung freisinniger Männer in Kommunalämtern Ostpreußens zur Sprache gebracht. Der **Minister** bemerkt: die Prüfung der gewählten Persönlichkeit habe sich nicht nur auf die moralische Befähigung, sondern auch darauf zu erstrecken, ob der Betreffende das besondre Amt auch mit der nötigen Befähigung und Unbefangenheit auszuüben imstande sei. Zu Männern, die sich in Bezug auf ihre Parteiauffassung im lebhaften Kampf der Parteien, sei es durch Temperament, sei es aus besondern Umständen, in Leidenschaftlichkeit hineinarbeiten, könne die Regierung das Vertrauen nicht haben, daß sie das betreffende Amt unparteiisch verwalten werden, zumal in den angeführten Fällen, da die Kreisdeputirten die berufenen Vertreter des Landrats seien. Diesen Gesichtspunkt müsse und werde die Regierung stets aufrecht erhalten. **Rickert** protestirt gegen diese Stellungnahme des Ministers. Minister Graf Eulenburg I. habe zuletzt das Bestätigungsrecht als ein gehässiges Vorrecht der Regierung erkannt, Graf Eulenburg II. kehre zu den Grundsätzen der Konfliktszeit zurück, er spreche als Parteimann, der im Besitze der Regierungsgewalt die Gegenpartei und ihre unabhängigen Männer durch Willkürmaßregeln bekämpfe. Diese Ausführungen veranlassen den **Minister** zur Abwehr. In den verschiedensten Stellungen, bis zu den allerhervorragendsten überall im Lande seien unter seinem Regiment die Bestätigungen erfolgt, und da wage Rickert, von Nichtbestätigungen im Parteiinteresse zu reden! Das Bestätigungsrecht werde mit äußerster Vorsicht und Unparteilichkeit geübt. Die genannten Herren hätten eine Parteistellung eingenommen, die befürchten lasse, daß sie ihr Amt nicht unbefangen, sondern vom Standpunkt des Parteiinteresses verwalten würden. Graf zu **Limburg-Stirum** und **v. Zedlitz** treten den Ausführungen des Ministers voll bei; der erstere spricht ihm namens der Konservativen Dank für seine Erklärung und für die entschiedne Wahrung der Rechte der Krone aus. **Porsch** weist darauf hin, daß bis in die jüngste Zeit hinein, allerdings mit Ausnahme der Verwaltung des Innern durch den gegenwärtigen Ministerpräsidenten, zahllose Fälle von Nichtbestätigung solcher festgestellt seien, die zum Zentrum sich hielten oder auch nur im Geruche standen, gläubige Katholiken zu sein. Minister Graf **Eulenburg** bestreitet, daß aus den von Porsch angegebnen Gründen je eine Nichtbestätigung erfolgt sei, noch je von ihm erfolgen werde, und nimmt die angegriffnen Behörden gegen die Verdächtigung in Schutz. **Rickert** betont nochmals, daß die „staatsrechtlichen" Darlegungen des Ministers rein parteipolitische gewesen seien, daß es sich bei ihm um die Bekämpfung einer unbequemen Gegenpartei handle, daß nur bei Freisinnigen das Temperament derartig auf die Goldwage gelegt werde, während bei den konservativen Landräten und sonstigen Beamten ein Uebermaß von Temperament noch nie ein Grund zur Maßregelung oder auch nur zum disziplinarischen Einschreiten gewesen sei. **Langerhans** regt die Frage der Einführung der Leichenverbrennung an. Minister Graf **Eulenburg** giebt die Erklärung ab, daß nach dem Auftreten der Choleraepidemie die Frage im Staatsministerium neuerdings einer gründlichen Prüfung unterzogen sei, daß sie aber mit dem Beschlusse, dem Antrage auch nicht in der Richtung der fakultativen Einführung der Leichenverbrennung stattzugeben, geendet habe.

Kultusetat.

13. **Februar.** Beim Kapitel „Ministerium," und zwar beim Titel „Gehalt des Ministers," bringt **Traeger** die Frage des Reli-

gionsunterrichts der Kinder von Dissidenten vor. Der Vorgänger des Ministers habe eine Verfügung erlassen, wonach ein Unterricht in der Religion für diese Kinder nachgewiesen werden soll. Diese Verfügung sei in dem Volksschulgesetz des Ministers aus der Region der Verfügung in die Region des Gesetzes hineingetragen worden, das Haus habe aber diese Bestimmung gestrichen. Der Gesetzentwurf ist allerdings nicht weiter beraten worden. Eine solche Verfügung widerspreche nicht nur dem Urteile der Gerichtshöfe, sondern auch dem verfassungsmäßigen und gesetzlichen Zustande, denn es sei die Freiheit des Religionsbekenntnisses garantirt, und es stehe auch jedem frei, aus den Landeskirchen auszuscheiden durch eine kurze Erklärung. Dem gegenüber sei es unbegreiflich, wie die Kinder eines solchen Dissidenten in einen Religionsunterricht gezwungen werden sollten, der den Absichten der Eltern nicht entspricht. Wenn der Minister einige Petenten auf den Rechtsweg verwiesen habe, so sei das bedenklich, da er die Erkenntnisse des Kammergerichts kenne. Rechtsunkundige Leute solle man doch auf diesen Weg nicht verweisen. Es sollte immer vermieden werden, die Verwaltung mit der Rechtsprechung in Gegensatz zu bringen. Der Minister habe hier die Erklärung abgegeben, daß ihm nichts weniger wünschenswert wäre, als Gewissenszwang, in dieser Verfügnng werde aber allgemein ein schwerwiegender Gewissenszwang erblickt. Der Vorteil, der erzielt werden soll, sei ein außerordentlich geringer gegenüber dem Nachteil, der die Folge derselben bilde. Die Kinder könnten in den Religionsunterricht gezwungen werden, aber es könne nicht verhindert werden, daß ihnen im Hause wieder das ausgeredet werde, was sie in der Schule gelernt haben. Die wahre Religiosität könne nur auf dem Boden der Gewissensfreiheit gefordert werden. Bedenklich sei es, dem Volke die Religion aufzuzwingen. Minister **Bosse**: Die Verfügung besagt keineswegs, daß jedes Kind an dem Religionsunterricht der Volksschule teilnehmen müsse, sondern nur dann soll das der Fall sein, wenn für den Religionsunterricht nicht anderweitig gesorgt ist. Dieser Zustand hat seit 1859 bestanden mit Ausnahme zweier oder dreier Entscheidungen des Ministers Falk. Daß es unerwünscht ist, Verwaltung und Rechtsprechung in Gegensatz zu bringen, damit bin auch ich einverstanden. Ich würde mich einer abweichenden Rechtsprechung sofort fügen. Das Kammergericht hat sich aber in den Erwägungsgründen seines Urteils aus 1886 auf Vorschriften bezogen, die die höhern Schulen, nicht die Volksschulen betreffen. Ich habe, da ich gewisse Zweifel anerkennen mußte, die Parteien auf den Rechtsweg verwiesen und damit bekundet, daß ich die Frage nicht auf den Gesichtspunkt der schultechnischen Zweckmäßigkeit stellen, sondern ausschließlich als eine Rechtsfrage betrachten

wollte. Könnte ich mich überzeugen, daß der Artikel 12 der Verfassung verletzt würde, dann würde ich die Verfügung noch heute aufheben, denn ich bin ein Gegner jeden Gewissenszwanges, weil durch ihn niemals das erreicht wird, was man erreichen will. In Glaubenssachen giebt es keinen Zwang. Ich hätte lieber den Beschwerden Rechnung getragen, aber ich glaube durch eine klare Rechtsdeduktion genötigt zu sein, den Erlaß aufrecht zu erhalten. Alle Kinder sollen den Unterricht erhalten, der für die Volksschule vorgeschrieben ist. Für die Volksschulen ist der Religionsunterricht vorgeschrieben, folglich müssen die Eltern ihren Kindern auch den Religionsunterricht gewähren. Eine Befreiung kann also nur erteilt werden, wenn der Nachweis eines anderweitigen Religionsunterrichts erbracht ist. Man hat gesagt, dieses Ergebnis kann nicht richtig sein, weil es gegen den Grundsatz der Verfassung verstoße und sich auf alte landrechtliche Vorschriften stütze. Gerade aus dem Landrecht kann kein Grund gegen die Verfügung entnommen werden, weil nach Paragraph 75, Titel 2, Teil 2 des Landrechts das Recht der Eltern, auf die Erziehung der Kinder einzuwirken, dahin ausgelegt werden könnte, daß die Gewissensfreiheit des Vaters verletzt wird, wenn sein Kind in den Religionsunterricht gezwungen wird. Die Freiheit des Religionsbekenntnisses des Vaters wird aber nicht eingeschränkt, er wird nur zur Erfüllung der Pflicht veranlaßt, seinem Kinde den vorgeschriebnen Religionsunterricht zu gewähren. Ebenso wenig, wie er das Kind von der Schule fern halten kann, weil ihm der Geschichtsunterricht oder etwas andres nicht gefällt, ebenso wenig darf er wegen des Religionsunterrichtes das Kind fern halten von der Schule. Der Religionsunterricht muß nachgewiesen werden; dabei wird nicht die Konfession geprüft, es wird die Unterrichtserteilung sogar dem Vater allein überlassen, aber Religionsunterricht muß sein. Es giebt keine atheistische Religion; eine Religion ohne Gott, das ist ein Nonsens. Einen Unterricht, der auf diesem Satze beruht, kann ich nicht als einen Ersatz für den Volksschulunterricht betrachten. Die Verfassung kann die Gewissensfreiheit der Kinder gar nicht gemeint haben. Das Kind hat Anspruch auf Gewissensfreiheit, wenn es alt genug geworden ist, das Kind in der Schule soll erzogen und religiös beeinflußt werden. Wenn man die Gewissensfreiheit der Kinder anerkennen wollte, dann hört jeder Schulzwang auf, dann geben wir das Beste auf, was wir haben. Es handelt sich nur darum, ob der Wunsch und das Recht des Vaters, die Erziehung seines Kindes zu beeinflussen, soweit gehen darf, daß er dem Kinde jeden Religionsunterricht fernhalten kann. Hätten wir das Volksschulgesetz nicht beraten, dann könnten wir eine Form suchen, um den berechtigten Wünschen der Eltern nachzukommen.

Aber es ist außerordentlich schwierig, ganz irreligiösen Eltern gegenüber eine solche Formulirung zu finden.

v. **Wackerbarth**: Daß jedes Kind Religionsunterricht erhalten soll, ist eben vom Minister ausgeführt worden. Das scheint aber bei den Israeliten nicht der Fall zu sein, denn ein Bund der Israeliten hat über die mangelhaften Religionskenntnisse der jüdischen Kinder geklagt, und über achthundert jüdische Gemeinden besitzen keine Persönlichkeit, die imstande ist, den Religionsunterricht zu erteilen. Wie ist dieser Zustand mit den Ausführungen des Ministers in Einklang zu bringen? Minister **Bosse**: Wenn die Kinder den jüdischen Religionsunterricht nicht in der Schule empfangen, so wird dafür ein Ersatz nachgewiesen werden müssen. Der jüdische Unterricht, auch der Religionsunterricht, untersteht der Aufsicht des Staates; es sind aber keine Beschwerden an mich gelangt. **Langerhans**: Der Minister sagt, der Atheismus sei keine Religion; aber die meisten Dissidenten huldigen gar nicht dem Atheismus, sondern dem Pantheismus. Was soll es nützen, wenn die Kinder in der Schule etwas andres lernen, als ihnen die Eltern sagen? Wenn der Minister sagt, gesetzgeberisch würde er es anders machen, so erkennt er damit an, daß der jetzige Zustand ein unhaltbarer ist. Jedenfalls sollte der Minister es auf die Entscheidung der höchsten gerichtlichen Instanzen nicht erst ankommen lassen. Die Dissidenten sind meist arme Leute, die unter ihrer Ueberzeugung leiden, und sie sollen sich ihr Recht nun durch kostspielige Prozesse erst erkämpfen. Die Humanität sollte es uns gebieten, in dieser Sache anders zu entscheiden, als die Regierung es gethan hat. Soll denn die Entscheidung dessen, was ich für Religion halte, allein der Regierung überlassen bleiben? Solche Verfügungen des Ministers können kein neues Gesetz schaffen; es bleibt immer bei den frühern Gesetzen. Die Verfügung, um die es sich hier handelt, halte ich für verfassungs- und gesetzwidrig. Minister **Bosse**: Ich kann nicht mehr thun, als die Sache auf den rechtlichen Fuß bringen und sagen: Ich werde mich der gerichtlichen Entscheidung fügen. Um die Prozeßkosten brauchen wir uns nicht zu kümmern; die freie Gemeinde hat ja die Prozeßkosten getragen. Daß die Sache zweifelhaft ist, zeigen die Erkenntnisse der ersten Instanz, die die Leute verurteilt haben. Ich kann einen andern Zustand wünschen, fühle mich aber doch in meinem Gewissen gedrungen, den bestehenden rechtlichen Zustand aufrecht zu erhalten. Ueber die Frage des Pantheismus kann ich mich heute nicht auslassen, ich bleibe dabei, eine Religion ohne Religion ist keine Religion. v. **Jazdzewski** kommt auf den polnischen Sprachunterricht zurück und bedauert, daß der Minister die Sache mit dem Gottesdienste in Zusammenhang gebracht hat. Minister **Bosse**: Alle Beschwerden aus Posen sind durch den Gegensatz der beiden Nationalitäten bedingt, die dort nebeneinanderstehen. Die Polen dürfen es nicht vergessen, daß in Polen auch Deutsche leben, die wir schützen müssen. Die Deutschen sind die Angegriffnen, denn die Polen sind die Mehrheit. Wir haben keine Kampfmaßregeln getroffen, sondern nur Schußmaßregeln, und die werde ich aufrecht erhalten. Bezüglich des Vorsitzes im Kirchenvorstande schweben Verhandlungen mit den geistlichen Behörden, die es ermöglichen werden, daß der Vorsitz auch in Posen den Geistlichen übertragen werde. Vorredner hält die ruhige Agitation für berechtigt. Diese ist ein Widerspruch. In Posen besteht eine ruhige Agitation nicht, sondern der Beunruhigungsbazillus wird außerordentlich kräftig verbreitet. Sehen Sie sich die politische Presse an, welche wilde Agitation treibt sie gegen alles, was deutsch ist! Wenn geklagt wird über den Mangel an polnischen Beamten, Lehrern u. s. w., so sind wir daran nicht schuld. Es melden sich eben keine Polen dazu. Die polnischen Kinder erhalten nach Möglichkeit polnischen Religionsunterricht. Nur fünfundsechzig Kinder erhalten nur deutschen

Religionsunterricht. Die Kinder müssen also entweder das Deutsche vollständig beherrschen, oder ihre Eltern müssen auf den polnischen Unterricht kein Gewicht legen. Es ist nicht der Starrsinn der Regierung, der Ihnen entgegensteht, sondern es ist nur die Pflicht der deutschen Regierung, in einem deutschen Lande dahin zu wirken, daß auch die Kinder die deutsche Sprache lernen, deren sie bedürfen als Amtssprache, als Sprache der Armee. Das Deutsche müssen sie lernen, ob sie darüber hinaus das Polnische lernen können, dafür haben wir nicht zu sorgen. Wir bleiben unerschütterlich fest bei unserm System, das der Ausdruck der Pflicht ist, das Deutschtum zu schützen. **Rickert:** Bezüglich des Unterrichts der Kinder von Dissidenten ist es seltsam, daß das Ministerium Mühler die Sache im Unterrichtsgesetz in unserm Sinne geordnet hat. Was soll daraus werden, wenn der Vater dem Lehrer widerspricht; damit wird ja die Autorität der Schule untergraben. Die jüdischen Religionsbücher zu prüfen, ist die Regierung aufgefordert worden, und zwar von der Kreuzzeitung; es sollte untersucht werden, ob diese Bücher die christlichen Lehren und Gebräuche verspotten, das christliche Eheleben als tierisches Zusammenleben bezeichnen, die Uebervorteilung der Christen gutheißen und die Ablegung eines falschen Eides vor christlichen Gerichten als erlaubt bezeichnen. Wenn der Minister auf Grund einer solchen Anklage eine staatliche Untersuchung anstellt, dann ist es nicht gerechtfertigt, daß die jüdischen Mitbürger unter dem Druck dieser Anklage fünf Monate lang warten müssen auf eine Rechtfertigung. Minister **Bosse:** Es war die Behauptung verbreitet, daß die jüdischen Religionsbücher christenfeindliche und verwerfliche Lehrsätze enthalten. Die Unterrichtsverwaltung mußte kraft ihres Aufsichtsamtes daraus die Aufgabe und die Pflicht entnehmen, den Ungrund dieses Vorwurfs durch Einsicht der Lehrbücher ganz unzweifelhaft festzustellen. Das habe ich gethan und dazu die Unterrichtsbücher eingefordert. Sie sind auch eingegangen. Wir haben sie an einen dazu besonders befähigten Schulaufsichtsbeamten in der Provinz geschickt und ihn beauftragt, sie sorgfältig durchzustudieren und das Resultat seiner Untersuchungen vorzulegen.

14. Februar. Auf Beschwerden des Abgeordneten Porsch erwidert Minister **Bosse**, innerhalb der Unterrichtsverwaltung würden keine Schwierigkeiten hinsichtlich der Parität des Katholizismus gemacht, und fährt dann fort:

Ich verkenne den großen Gegensatz, der zwischen der katholischen und der evangelischen Kirche besteht, nicht. Müssen Kämpfe sein, so will ich einen offnen und ehrlichen, der mit ehrlichen und unbefleckten Waffen geführt wird, nicht mit Nadelstichen, die erbittern und kränken. Aber der Kulturkampf ist beigelegt (Rufe aus dem Zentrum: Nein!); jawohl, er ist beigelegt, und der Friede geschlossen. (Rufe aus dem Zentrum: Nein!) Ja, ändern Sie die Gesetzgebung! Die von 1886/87 hatte den Zweck, den Frieden zu schließen. (Ruf aus dem Zentrum: Anzubahnen!) Wir wollen Frieden halten und versöhnen, nicht aber hetzen und verbittern! Andrerseits stelle ich die Voraussetzung, Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung zu finden. Jeder Anspruch von katholischer Seite wird im Ministerium nach Recht, Gesetz und Verfassung geprüft werden. Diese Prüfung geschieht in letzter Instanz von dem evangelischen Kultusminister; und darüber kann kein Zweifel sein, daß dieser sie nach seinem evangelischen Gewissen vornimmt und auf der ewigen Grundlage der Wahrheit und Sittlichkeit. Der katholischen Beiräte entbehren wir im Ministerium nicht; man darf aber diesen Beirat nicht nach dem Prozentsatz der katholischen Bevölkerung bemessen, denn die Beschwerden laufen von Protestanten in weit größerer Zahl ein, da ja die Katholiken ein eignes Ober-

haupt haben. Die katholischen Interessen kommen im Ministerium nicht zu kurz. Aber wo die Rechte des Staates in Frage kommen, da gebe ich nicht ein Titelchen nach, da bleibe ich unerbittlich und unerschütterlich. Die stehengebliebnen Stücke des Kulturkampfes sollen keineswegs zu Schlingen für die Katholiken werden. v. Heereman: Die Reste des Kulturkampfs erregten eine Mißstimmung, die das Vertrauen zum Staat erschüttern. Ein solcher Rest bestehe darin, daß viele Beamte noch immer das Gefühl hätten, jede katholische Regung zurückdrängen zu müssen. Die christlichen Konfessionen sollten doch nicht immer das betonen, was uns scheidet, sondern das, was uns eint. Wir werden den Protestanten immer das gewähren, was sie für ihre Religion bedürfen. Ein Recht des Staates aufzugeben, wird von niemand, besonders nicht vom Minister verlangt. Aber die Begriffe über die Rechte des Staates wechseln, wie wir im Verlaufe des Kulturkampfes deutlich gesehen haben. Unerhört sei es, daß noch immer die Bestimmungen über die barmherzigen Schwestern aufrecht erhalten würden.

18. Februar. Stöcker richtet an den Minister einige Fragen bezüglich der das Verhältnis von Staat und Kirche betreffenden Beschlüsse der letzten Generalsynode. Erstlich habe diese beschlossen, den Oberkirchenrat zu beauftragen, sich mit der Regierung in Verbindung zu setzen, um einige Bindungen aus dem Jahre 1876 freier zu machen; zunächst eine genaue Bezeichnung der Punkte zu verlangen, in welchen der Landtag über die Verfassung der Kirche mitzusprechen hat. Es sei für den Landtag eine unnütze Mühe, mitzureden und die Kirche warten zu lassen. Der zweite Punkt sei das placetum regium. Ehe dem Oberhaupt der Kirche ein Kirchengesetz zur Sanktionirung vorgelegt wird, hat das Staatsministerium festzustellen, daß diesem Gesetze nichts von Staatswegen entgegensteht, und diese Erklärung soll dem Gesetze angefügt werden; diese Kette soll also stets an dem Beine der Kirche klirren! Wir verlangen nun sehr bescheiden, daß an Stelle des Staatsministeriums das Kultusministerium treten soll. Der dritte Punkt ist die Regelung der Festsetzung des Steuerprozentsatzes und der Steuererhebung durch die Generalsynode. Sodann wünscht die Generalsynode eine endliche Regelung der verheißenen staatlichen Dotirung an die Kirche. Ferner verlangen wir Bereitstellung von Mitteln zur Teilung übergroßer Kirchengemeinden. Minister Bosse erwidert: Wie soll die Regierung die Punkte formuliren, in denen der Landtag befugt ist, mitzusprechen? Im Wege der Gesetzgebung ist die Frage unlösbar. Mag doch die Generalsynode ihre Wünsche formuliren, wir werden sie dann in Erwägung nehmen. Noch geringfügiger ist die Frage des Placet der Regierung der evangelischen Kirche gegenüber und der Wunsch, daß nicht das Staatsministerium im ganzen, sondern der Kultusminister allein über die Unbedenklichkeit eines Kirchengesetzes entscheiden soll, denn bei allen größern Fragen wird doch der Kultusminister auch seine Kollegen hören müssen. Was den Prozentsatz des Steuerbetrags

für kirchliche Umlagen betrifft, so hat das Staatsministerium bereits beschlossen, sich mit der Erhöhung dieses Prozentsatzes auf 6 Prozent einverstanden zu erklären. Was die Dotation der evangelischen Kirche betrifft, so ist bei unsrer Finanzlage der ungünstigste Zeitpunkt zur Erörterung dieser Frage. Die zwanzig Berliner neuen Kirchen sind zum großen Teil aus Staatsmitteln neu gebaut, und aus dem Dispositionsfonds werden, dank der Fürsorge des Landesherrn, in reichstem Maße Mittel für diesen Zweck bereitgestellt.

Neubauer beklagt sich über die Bevorzugung der evangelischen Schulen in Posen und Westpreußen und wünscht insbesondre größere Berücksichtigung der Muttersprache bei der Erteilung des Religionsunterrichts. Regierungskommissar Geheimrat **Kugler**: Es ist der aufrichtige Wunsch der Unterrichtsverwaltung, in den polnischen Landesteilen mit überwiegend katholischer Bevölkerung katholische Beamte anzustellen und ihnen die Schulaufsicht zu übertragen. Dieses Ziel ist aber nicht im Augenblick zu erreichen, es wird allmählich durchgesetzt werden. Was die Unterrichtssprache für die Religion betrifft, so sind die Verhältnisse in Westpreußen ganz besonders schwierig, die Regierung wird aber stets bestrebt sein, den Wünschen der Gemeinden gerecht zu werden. **Schmelzer** erklärt eine Trennung des dogmatischen Religionsunterrichts vom Katechismusunterricht, wie sie im Interesse der Dissidentenkinder vorgeschlagen sei, für unmöglich, denn das Dogmatische sei in vielen Fällen von dem Historischen untrennbar. **Dautzenberg** (Zentrum) bedauert, daß Stöcker erklärt habe, er könne keine Stellung nehmen zu den Beschwerden der Katholiken, hoffe aber, daß die konservative Partei helfen werde, daß diese Klagen, so weit sie berechtigt sind, abgestellt werden. Auf den katholischen Versammlungen ist niemals eine konfessionelle Hetze getrieben worden, wie Stöcker behauptet habe. Mit Stolz sage ich es, daß die katholischen Kongresse es sorgfältig vermieden haben, andre Konfessionen anzugreifen, und ich würde es stets streng tadeln, wenn dies je geschehen sollte. Es wird aber auch niemals vorkommen. Anders steht es aber mit dem Evangelischen Bunde, dessen hauptsächlichstes Verhandlungsthema die Hetze gegen die Katholiken bildet. Die Erklärung des Kultusministers, daß vollständiger konfessioneller Friede geschaffen sei, ist nicht richtig. Nach der Lage der Gesetzgebung in Preußen könne ein wirklicher Friede nicht stattfinden. Das Altkatholikengesetz bestehe noch immer, das aufgehoben werden müßte, da der Staat nicht entscheiden könne, wer Katholik sei; der Zusatz, betreffend die Ausbildung der Geistlichen, welcher die priesterliche Ausbildung in Rom von staatlicher Dispensation abhängig mache, greife in das Recht der Kirche ein, nach ihrem Ermessen für die beste Ausbildung ihrer Diener zu sorgen. Die Ordensniederlassungen werden von den untern Instanzen ungerecht behandelt. Alle diese Gesetze, die die katholische Kirche an der Freiheit der Bewegung hindern, müssen beseitigt oder abgeändert werden. Hierauf erwidert Minister **Bosse**, er fühle sich durch sein evangelisches Gewissen verpflichtet, beide Glaubensbekenntnisse als gleichberechtigt zu behandeln. Das Altkatholikengesetz kann nicht aufgehoben werden, da es eine Minorität katholischer Staatsbürger zu schützen bezweckt. Ich habe neulich nicht gesagt, daß der Friede herrsche, sondern nur, daß der Kulturkampf durch einen Friedensschluß beendigt sei. Wenn Sie eine Aenderung der Gesetzgebung wollen, so müssen Sie Anträge stellen. Daß bei uns der gute Wille vorhanden ist, Ihren berechtigten Beschwerden abzuhelfen, haben wir schon durch die Zulassung der Ordensniederlassungen bewiesen. Es ist deren eine ganze Zahl mehr vorhanden, als vor dem Kulturkampfe. **Meyer**: Für mich

und meine politischen Freunde steht Judenhetze und Jesuitenhetze auf gleichem Niveau; wir verwerfen die eine wie die andre. Wir lehnen es entschieden ab, ganze Kategorien von Personen in Bausch und Bogen zu verurteilen oder ihnen Uebles nachzusagen. Wenn einmal hier die Frage erörtert werden wird, ob das Jesuitengesetz aufgehoben werden soll, so werden Sie bei uns nicht den geringsten Widerstand finden. Nicht dasselbe Entgegenkommen kann ich versprechen hinsichtlich der Aufhebung des Altkatholikengesetzes. Wir wollen jedem die Freiheit sichern, der sich in Not befindet wegen des Kultus- und Religionsgesetzes. **Szmula:** Der Reichskanzler hat gestern ausgeführt, wir gingen schweren Zeiten entgegen. In diesen schweren Zeiten aber leisten die Orden dem Staate große Dienste. Wir haben ein großes Interesse daran, Orden nach Oberschlesien zu bringen für unsre Missionsfeste, damit unsre Bevölkerung nicht nach Krakau zu gehen braucht, von wo sie doch sicher nicht germanisirt zurückkommt. Der Mangel an Geistlichen macht sich auch gegenüber dem Auftreten der Sozialdemokraten bei uns empfindlich bemerkbar.

20. **Februar.** Auf eine Anregung **v. Oertzens** erklärt Minister **Bosse**, er vermöge nichts dafür zu thun, daß die Altlutheraner sich als lutherische Kirche Preußens bezeichnen können. Die Altlutheraner wären in einer schwierigen Lage, aber durch die Generalkonzession von 1845 sei die Sache geordnet; wenn die aus der evangelischen Kirche ausgeschiednen Altlutheraner sich lutherische Kirche nennen könnten, würden allerlei Vermögensansprüche wieder aufwachen, und die übrige evangelische Kirche würde verletzt werden. **v. Plettenberg** nimmt den Evangelischen Bund in Schutz. **Bachem:** Von den Katholikenversammlungen und vom Zentrum ist niemals gegen die evangelische Kirche gehetzt worden. Wir haben gegenüber dem Evangelischen Bunde keinen katholischen Bund gegründet, sondern lediglich damit geantwortet, daß wir einen deutschen katholischen Bund zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründet haben. Es wird darüber geklagt, daß in einer Versammlung gesagt sei: Katholisch ist Trumpf; das Wort mißbillige ich, und es ist auch von uns nicht weiter getragen. Es ist mit den Versammlungsberichten begraben worden. Sie könnten ruhig unsre katholischen Generalversammlungen besuchen; es wird dort nichts gegen den evangelischen Glauben gesprochen; wir kämpfen nur für unsern Glauben. **Sattler** (nationalliberal) fragt die Zentrumsredner: Sind die Mischehenstreitigkeiten nicht eine Herausforderung für die Evangelischen? Ist nicht die Forderung der Zurückführung der Jesuiten verletzend für die Evangelischen? Der Jesuitenorden ist gestiftet worden zur Bekämpfung der Ketzerei, der Reformation, und hat vieles auf diesem Gebiete geleistet. Der Evangelische Bund ist nur entstanden, weil das Zentrum die katholischen Interessen so geschickt und erfolgreich verteidigt hat. Ich will die einzelnen Aeußerungen aus dem Evangelischen Bunde nicht verteidigen, aber das Wort: „Katholisch ist Trumpf," ist mehrfach gefallen. **Porsch**

(Zentrum) entgegnet: Was der Evangelische Bund über die Mischehen vorgebracht hat, beweist, daß derselbe auch nicht die blasse Ahnung von dem katholischen Begriff der Mischehen hat. Wenn die Zurückberufung der Jesuiten eine Provokation sein soll, so ist vielleicht auch meine Existenz als Katholik eine Provokation. Doch die Sache gehört in den Reichstag. Es wird von der katholischen Kirche bestritten, daß der Jesuitenorden zur Bekämpfung der protestantischen Kirche begründet ist. Der Jesuitenorden hat in Preußen bestanden, und es ist von den Behörden anerkannt worden, daß die Thätigkeit der Jesuiten in den fünfziger Jahren die Sittlichkeit und alle Verhältnisse gebessert hat. Schmelzer (nationalliberal) rät den Zentrumsmitgliedern, dafür zu sorgen, daß die katholische Presse die evangelischen Geistlichen in Ruhe läßt wegen der Worte, die sie in Räumen der evangelischen Kirche gesprochen haben. Eine Reformationspredigt ist von Katholiken stenographirt und in der Presse mit Ausdrücken erläutert worden, die vollständig an die Sozialdemokratie erinnern. Wir wollen alle Achtung dem Papste bezeugen, aber sorgen Sie dafür, daß Ihre Presse unsern Reformator nicht in den Schmutz zieht. — Beschlossen wird sodann ein Ersuchen, daß die Regierung Ermittelungen darüber anstellen möge, ob und welche geistliche Stellen, deren gänzliche oder teilweise Unterhaltung von der Staatsregierung auf Grund rechtlicher Verpflichtungen geleistet wird, zur Zeit ihren Inhabern ein standesgemäßes Einkommen nicht gewähren.

Beim Kapitel Provinzialschulkollegien bedauert **Kropatscheck**, daß die Beschlüsse der Dezemberkonferenz noch nicht genügend durchgeführt seien, namentlich bezüglich der Verminderung der Schülerlast in den einzelnen Klassen und bezüglich der Vermehrung der Stellen der Schulräte. Es gebe jetzt sogar noch geteilte Klassen mit mehr als 60 Schülern, dadurch würden die Arbeiten der Schulräte erheblich erschwert, sodaß z. B. auch die Durchführung des Normaletats an den nichtstaatlichen Anstalten sich sehr verzögert hat. Geheimrat **Stauder** erwidert: Das Ideal, welches die Schulkonferenz in Bezug auf die Schülerzahl in den einzelnen Klassen aufstellt, ist ein sehr schönes; aber es ist nicht so leicht zu erreichen. Die Vermehrung der Zahl der Schulräte wird notwendig sein, allein wir könnten die Folgen der Schulreform bis jetzt noch nicht so übersehen, daß wir beurteilen könnten, welche Mehrheit sich aus derselben ergeben wird.

21. **Februar.** Beratung des Etats der Universitäten. **Friedberg** befürwortet eine größere Förderung der Geisteswissenschaften neben der neuerdings sehr bevorzugten Naturwissenschaft. **Porsch** behauptet, daß die preußischen Universitäten Stätten der Gottlosigkeit und des Unglaubens seien und verlangt, daß jeder Lehrer an den höhern Schulen ohne Unterschied der von ihm gelehrten Fächer auf seinen religiösen Glauben examinirt werde. Kultusminister **Bosse** erwidert, daß es den Absichten der Unterrichtsverwaltung nicht ent-

spreche, die jungen Leute auf den Gymnasien zum Indifferentismus zu erziehen. Auch sei es wohl nicht die verfassungsmäßig bestehende Lehrfreiheit der Universitäten, gegen die Porsch zu Felde ziehe; andrerseits halte er, der Minister, es für eine seiner Hauptaufgaben, alle verschiednen wissenschaftlichen Richtungen gleichmäßig auf den Kathedern zum Worte kommen zu lassen, sodaß das einseitige Vorherrschen einer bestimmten Richtung vermieden werde. Die öffentlichen Kundgebungen der Universitäten bei feierlichen und festlichen Gelegenheiten seien vom tiefsten Respekt vor der christlichen Religion erfüllt; die vorgekommenen „Ausschreitungen" einzelner würden durch die Berufsgenossen und die Wissenschaft am besten korrigirt, denn die wahre Wissenschaft werde immer wieder auf die christliche Wahrheit zurückkommen. Man habe alle Ursache, auf die wissenschaftlichen Leistungen unsrer Universitäten stolz zu sein. **Schmelzer** führt Klage über das in allen Fakultäten eingerissene, den Wert des ganzen Studiums in Frage stellende Einpaukersystem. **Friedberg** weist die Wünsche Porschs zurück, da viele Lehrfächer an der Universität mit der Religion überhaupt nichts zu thun hätten, die betreffenden Lehrer also nicht auf ihren Glauben geprüft zu werden brauchten. Geheimrat **Althof** stellt eine Ersetzung des jetzigen Individualsystems bei den Professorengehältern durch Einführung fester Gehälter mit Alterszulagen für später in Aussicht.

Bei einem Antrage **v. Jazdzewskis**, die sämtlichen antipolnischen Fonds des Kultusministeriums, die zur Unterstützung deutscher Schulen in den polnischen Landesteilen verwendet werden, zu streichen, entspinnt sich eine längere Debatte. Beim Kapitel der höhern Lehranstalten wünscht **Schultz** (Bochum) ein besseres System in der Unterstützung der Gemeinden zur Unterhaltung der Lehranstalten und eine Gleichstellung der Lehrer der höhern Lehranstalten im Gehalt mit den Richtern erster Instanz. Geheimrat **Bohtz** erwidert, daß leistungsunfähige Gemeinden vom Staate unterstützt würden, daß aber einige Ungleichmäßigkeiten dabei wohl möglich seien. Wenn die Lehrer den Richtern nicht gleich ständen, so kämen sie dafür früher in ihr Amt als die Richter. **Kropatscheck** bemängelt, daß die Einführung des Normaletats in den Gemeinden zu langsam von statten gehe, weil die Verhandlungen zwischen den staatlichen und den Gemeindebehörden zu sehr in die Länge gezogen würden. **v. Schenckendorff** wünscht schnellere Durchführung der Schulreform.

22. Februar. Die Beratung erstreckt sich auf die Frage der Zuschüsse für die vom Staate zu unterhaltenden Anstalten. Es kommen hierbei viele örtliche Wünsche zum Vorschein.

23. Februar. Beim Kapitel „Elementarschulwesen" wird mehrfach die Aufbesserung der Gehälter der Volksschullehrer dringend befürwortet. Der **Kultusminister** erklärt, daß er in Zukunft vielleicht zu dem Versuche gelangen werde, ein besondres Dotationsgesetz auszuarbeiten, für heute stellt er aber die großen Schwierigkeiten in den Vordergrund. **v. Schenckendorff** tritt für Pflege des Turn- und Spielunterrichts in den Elementarschulen ein, erfährt aber lebhaften Widerspruch von **Sperlich**, der die mangelhaften Resultate der Aushebungen zum Militärdienst nicht sowohl auf den

ungenügenden Turnunterricht, als auf unzureichende Verpflegung, ungesunde Wohnräume und auf die Schädigung der Gesundheit durch die Folgen der Impfung zurückführt. Bei den Ausgaben für die Kreisschulinspektion führen **Danzenberg** und **Dasbach** Klage über die Schulaufsicht und erblicken eine Verletzung der Parität darin, daß in vorwiegend katholischen Bezirken Kreisschulinspektoren im Hauptamte fungiren, während die evangelischen Schulen zumeist nur der Aufsicht von Schulinspektoren im Nebenamte unterstellt seien. Minister **Bosse** giebt zu, daß bei dem in schweren Kampfeszeiten errichteten Institut der Kreisschulinspektoren mancher Mißgriff mit untergelaufen sein könne, die Schulaufsichtsfrage sei aber keine Kulturkampfsfrage, sondern lediglich eine technische. Die kirchliche Ortsschulaufsicht biete ja ein Gegengewicht gegen die staatliche Kreisschulaufsicht, da letztere unmöglich aufgehoben werden könnte. Die Schulaufsicht habe gute Fortschritte des Schulwesens gezeitigt. Die Parität werde vollkommen gewahrt, denn die Zahl der katholischen Schulinspektoren vermehre sich stetig.

24. Februar. Beim Titel über den Neubau und die Unterhaltung der Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäude wird beschlossen, die Staatsregierung zu ersuchen, Erwägungen darüber anzustellen, welche Bestimmungen des Gesetzes vom 20. Juni 1875 über die Vermögensverwaltung in katholischen Kirchengemeinden erhebliche praktische Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten herbeigeführt haben, und eventuell eine entsprechende Vorlage zur Abänderung jenes Gesetzes in der nächsten Session dem Landtage vorzulegen. — Bei dem Titel: Zur Verbesserung der äußern Lage der Geistlichen aller Bekenntnisse spricht sich das Haus dahin aus, die Alterszulagen für die katholischen Geistlichen um je 225 Mk. bis zum Höchstbetrage von 2700 Mk. steigen zu lassen.

25. Februar. Beim Kapitel „Medizinalwesen" sagt Minister **Bosse**, der Gedanke einer Reform der Medizinalverwaltung sei seit Jahren im Kultusministerium erwogen worden. Man beschäftige sich besonders mit der Frage der Kreisphysici.

Etat der Justizverwaltung.

25. Januar. **Schmitz** (Erkelenz) und **Knebel** befürworten eine Aenderung der Kostensätze für Vormundschafts- und Grundbuchsachen, die jedoch Geheimrat Bierhaus ohne Aenderung des gesamten Gebührenwesens für unthunlich erklärt. Ueber die Einnahmen aus dem Arbeitsverdienst der Gefangnen berichtet **Bödiker**, daß die Kommission die Frage behandelt habe, ob nicht ein Teil dieser Einnahmen zur Unterstützung der Angehörigen der Gefangnen oder zur Unterstützung solcher Vereine, die sich mit der Fürsorge für entlassene Strafgefangne beschäftigen, zu verwenden, daß die Kommission aber zu einem Beschlusse nicht gekommen sei. Minister **v. Schelling** verspricht, diese Anregung in Erwägung ziehen zu wollen. Beim Titel des Ministergehalts giebt **Bödiker** seiner Freude über die Vermehrung der Richterstellen Ausdruck, hält sie aber noch nicht für genügend, da noch zu viele Hilfsrichter verwendet werden müssen. Dann bespricht Redner, ohne den Prozeß Ahlwardt zu nennen, aber deutlich genug auf denselben hinzielend, die in diesem Prozeß zu Tage getretenen Erscheinungen, um nicht die Meinung aufkommen zu lassen, als ob die Richter in diesem Hause über solche Dinge schwiegen. Er beklagt, daß zuviel Subjektivismus bei den Richtern herrsche, und verlangt, daß der Vorsitzende bei den Verhandlungen sich der größten Objektivität befleißige und seine eigne Meinung nicht allzu deutlich hervorkehre. Minister **v. Schelling** giebt zu, daß die Vermehrung der Richter-

stellen noch nicht genüge, verspricht aber eine weitere Vermehrung, sobald die Finanzlage es gestatte. Daß die Gerichtssäle zum Schauplatz leidenschaftlicher Szenen gemacht seien, bedaure er; er sei zur Kritik richterlicher Handlungen nicht befugt, habe aber doch durch eine Verfügung an die Gerichtspräsidenten versucht, der Wiederkehr solcher Dinge vorzubeugen. Der Minister verliest darauf unter mehrfachem Beifall die ziemlich umfangreiche Verfügung, wie die Richter zur Unparteilichkeit und zur strengsten Durchführung der Sitzungspolizei aufgefordert und die Vorsitzenden ermahnt werden, ihre Stellung zur Schuldfrage nicht hervorleuchten zu lassen, andrerseits aber auch die Verteidigung an einer Ueberschreitung ihrer Rechte zu hindern, und wonach zu Präsidenten und Direktoren nur Richter mit den geforderten Eigenschaften befördert werden sollen.

26. Januar. **Imwalle** spricht sich gegen die Wiedereinführung der Berufung gegen die Strafkammern aus: wenn die bestehenden Vorschriften vollständig in Anwendung gebracht würden, sei zum Schutze des Angeklagten keine Berufung notwendig. — Beim Etat der Ausgaben für die Land- und Amtsgerichte beschwert sich **Lotichius** über Bevorzugung der Militäranwärter. **Nadbyl** bemängelt, daß für die schlechtest besoldeten Beamten, die Gerichtsassistenten, keine Aufbesserung der Gehälter erfolgt sei; wahrscheinlich sei dies an dem Widerstande der Finanzverwaltung gescheitert. Geheimer Oberfinanzrat **Lehnert**: Die Finanzverwaltung hat es abgelehnt, für eine besondre Klasse eine Besoldungsaufbesserung vorzunehmen, solange nicht die Mittel für eine allgemeine Aufbesserung vorhanden sind.

Etat des Finanzministeriums.

27. Februar. Zum Etat der Lotterieverwaltung wird der vorgeschlagnen Vermehrung der Lose um 30000 zugestimmt und sodann das Ersuchen an die Regierung beschlossen: 1. dem Landtage im nächsten Jahre eine Fortführung der vom Jahre 1880 bis 1885 aufgenommenen Statistik über die Privatlotterien in dem bisherigen Umfange bis zum Jahre 1893 vorzulegen; 2. in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß die bei dem Vertriebe der Privatgeldlotterielose zur Zeit obwaltenden Mißstände abgestellt werden.

Etat des Handelsministeriums.

3. März. Beratung des Bergetats. Nachdem **Schultz**, Direktor der Bergschule in Bochum, den Kohlenring als eine Notwendigkeit auch im Interesse der Konsumenten darzustellen versucht hat, kommt **Bopelius** auf die Ausstände im Saarrevier zu sprechen und ersucht den Handelsminister um eine klare Darlegung der Stellung der Regierung zu den Arbeitervereinigungen, die durch ihre Verhetzungen die Ausstände verschuldet hätten; die Ausführungen des Handelsministers im Reichstage hätten diese Klarheit vermissen lassen. Minister v. **Berlepsch** führt aus, daß die Verwaltung sich für befugt erachte, gegen Vereine und deren Führer, die darauf ausgingen, das Verhältnis zwischen Verwaltung und Arbeitern zu trüben, die sich die gröbsten Beamtenbeleidigungen zu

Schulden kommen lassen, die ihre Hauptaufgabe in der Verhetzung der Arbeiter sehen, derart vorzugehen, daß sie von ihren Arbeitern den Austritt aus solchen Vereinen verlangt. Sie trete damit dem Koalitionsrecht der Arbeiter nicht zu nahe. Eine Veränderung der Stellung der Regierung den sozialdemokratischen Bestrebungen gegenüber sei überhaupt nicht eingetreten. Sozialdemokratische Agitatoren gehörten nicht unter die Arbeiter der Staatsbetriebe, sie würden nicht angenommen bezw. sofort durch Kündigung wieder entlassen. Ein Verbot der Zugehörigkeit der Arbeiter zum Rechtsschutzverein werde sie nicht eintreten lassen, weil es wirkungslos bleiben und die Existenzfähigkeit des Vereins nicht beeinträchtigen würde. Wenn übrigens der Ausstand in den Staatsbetrieben des Saarreviers ausgebrochen sei, während die Privatindustrie verschont blieb, so sei daraus kein Schluß auf die Wirkungen des verschiednen Verhaltens der beteiligten Leitungen zu ziehen; vielmehr hänge der Ausbruch und die Dauer des Ausstands mehr von der Art der Beschäftigung ab. Seit 1889 sei der Bergbau von dem Ausstandsfieber erfaßt, während in den korrespondirenden Hüttenbetrieben von Ausstand keine Rede gewesen sei.

4. März. **Arendt** sucht aus dem Rückgang des Silberpreises die Notwendigkeit des Uebergangs zur Doppelwährung abzuleiten und ersucht den Handelsminister, die von ihm angeordnete Enquete über die Verhältnisse der Goldproduktion auch auf das Silbervorkommen auszudehnen. **v. Ennern** zieht die Behauptung Arendts in Zweifel, daß die Goldwährung dem Nationalvermögen durch die Silberentwertung einen Verlust von einer Milliarde zugefügt habe. Minister **v. Berlepsch** erklärt, daß er allerdings, um sich über die Goldproduktion namentlich der noch weniger bekannten Minendistrikte genauere Kenntnis zu verschaffen, die geologische Landesanstalt um ein Gutachten ersucht habe; es sei auch nicht unmöglich, daß diese Untersuchung von ihm auch auf das Silber ausgedehnt werden würde.

Bei den Titeln der Berggewerbegerichte spricht sich **v. Minnigerode** gegen die geheime Wahl der Beisitzer aus, bei denen die sozialdemokratische Agitation offen zu Tage trete. Der Minister scheine der sozialdemokratischen Propaganda zu milde gegenüberzustehen. Darauf meint **Hitze**, die Haltung der Konservativen scheine zu beweisen, daß sie zum Februarerlaß des jetzigen Kaisers nicht so stehen wie zur Novemberbotschaft Kaiser Wilhelms I. **Ritter**: Durch die Einrichtung der Gewerbegerichte wird die Disziplin gelockert werden. Warum werden für die Staatseisenbahnen nicht auch Gewerbegerichte eingeführt? — Minister **v. Berlepsch**: Wenn die Regierung warten soll, bis die sozialdemokratischen Agitationen aufgehört haben, dann bedeutet das eine Vertagung. Um Ausnahmegerichte handelt es sich nicht, ebenso wenig wie die Schiedsgerichte bei der Unfall- und Invalidenversicherung Ausnahmegerichte sind. Eine Lockerung der Disziplin kann doch nicht eintreten, wenn Arbeit-

geber und Arbeiter zusammen entscheiden über einen zivilrechtlichen Fall, der sie beide nichts angeht.

6. März. Fortsetzung dieser Verhandlung. **Schmidt** (Elberfeld): Es ist notwendig, festzustellen, daß der Redner der konservativen Partei der Ausführung eines Reichsgesetzes widerstrebt, das seine Parteigenossen im Reichstage angenommen haben. Das ist ein weiterer Vorstoß der Konservativen gegen die konservativen Minister. Die Konservativen sind unzufrieden darüber, daß die Interessenpolitik nicht mehr in der Weise gewahrt wird, wie das unter Bismarck der Fall war. Insbesondre sind ihnen die Handelsverträge unangenehm mit der Herabsetzung der Getreidezölle, die immer noch den Agrariern einige hundert Millionen in den Schoß werfen. **Hammacher**: Es würde dem Geiste des Reichsgesetzes widersprechen, wenn die Regierung die Einsetzung von Gewerbegerichten überhaupt unterlassen wollte. Die Zuständigkeit der Gewerbegerichte bietet gar keinen Anlaß, sich um andre Dinge zu kümmern, als um die Entscheidung der ihnen vorliegenden Streitigkeiten. Die Gewerbegerichte scheinen volle Gewähr zu bieten für eine objektive und sachliche Behandlung der Dinge. Aus der Erfahrung haben wir gesehen, daß die turbulentesten Elemente sich oft bald als die nützlichsten Elemente herausgestellt haben. Unsre bürgerliche Gesellschaft wird niemals zu Grunde gehen, weil die Sozialdemokratie vordrängt, sondern weil die Elemente, die zu ihrer Verteidigung berufen sind, nicht mutig und thätig genug sind. **Bachem** bezeichnet eine Sozialpolitik in der Beschränkung, wie die Konservativen des Landtags sie wollten, als durchaus nicht genügend. **v. Minnigerode**: Die kaiserliche Botschaft von 1881 war grundlegend für die Sozialpolitik, sie brachte die Arbeiterversicherung. Die kaiserlichen Erlasse vom Februar betreffen aber Gebiete, auf denen Zweifel bestehen. Die Arbeiterschutzgesetzgebung ist nur mit großer Mühe und unter großer Apathie des Reichstags durchgedrückt worden. Die Bedenken gingen eben dahin, daß auf diesem Gebiet nichts zu erreichen ist ohne internationale Vereinbarungen. Die Vertretung der Arbeiter sollte in dem Arbeiterausschuß gefunden werden; von den Gewerbegerichten ist in den Erlassen keine Rede, und trotzdem immer wieder die Bevorzugung der Arbeiter zu einer Zeit, wo die Arbeitgeber schon mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten! Auf den kleinen Autoritäten bauen sich die größern auf, und auf allen Autoritäten ruht selbstverständlich die höchste Autorität. Das war die Zeit, wo die Arbeiterdeputation hier erschien, die einen Empfang fand, der sich nachher als nicht berechtigt herausstellte. Das möchte ich nicht sich wiederholen sehen! — Nach längerer Verhandlung werden die Ausgaben für die Gewerbegerichte mit 165 gegen 96 Stimmen genehmigt.

Etat des landwirtschaftlichen Ministeriums.

19. Januar. Beim Etat der Domänen giebt Minister **v. Heyden** auf die Bemerkungen mehrerer Redner folgende Erklärungen ab:

Die Landwirtschaft ist nicht an den Rand des Abgrundes gebracht, und es ist übertrieben, wenn man sagt, ein Vertrag mit Rußland sei eine Abschlachtung der Landwirtschaft. Der Landwirtschaft geht es freilich schlecht, aber waren denn an den vorjährigen hohen Preisen die Handelsverträge schuld? Die Ernte ist im allgemeinen eine gute gewesen, auch bei den Kartoffeln. Der Viehseuchenvertrag mit Oesterreich wird erst dann voll in Kraft treten, wenn in Oesterreich die nötigen Einrichtungen getroffen sind. Mit Rußland können wir einen solchen Vertrag nicht abschließen. Das Seuchengesetz ist erlassen, als die Maul- und Klauenseuche verhältnismäßig leicht auftrat. Es reicht jetzt nicht mehr aus. Eine Vorlage ist ausgearbeitet, sie wird demnächst dem Reichstage zugehen; sie enthält weitergehende veterinärpolizeiliche Maßregeln als bisher, um die Weiterverbreitung der Seuche zu verhindern.

21. Januar. Beim Etat der Domänenverwaltung weist **Sombart** auf die allgemeinen Mindererträge bei den Domänenverpachtungen in 1892 hin. Ein besseres Ergebnis sei nur in Hannover erzielt worden. In den letzten zehn Jahren habe Deutschland durchschnittlich 12 Prozent Getreide eingeführt, nur in 1891 17 Prozent; in Zukunft werde man nur noch 10 Prozent Einfuhr brauchen, sodaß also ein russischer Handelsvertrag nicht die gefürchteten verderblichen Folgen haben könne. Im Osten seien die Großgrundbesitzer durch eine geringere Grundsteuer gegenüber den Pächtern und Bauern begünstigt. Man dürfe die Verhältnisse nicht bloß vom Standpunkte des Großgrundbesitzers betrachten. Auch der Handel liege sehr darnieder. **Rickert:** Die kleinern und mittlern Landwirte emanzipiren sich zum Glück immer mehr von dem Einfluß der Großgrundbesitzer. Aus dem Ertrage der Domänenverpachtungen kann man keineswegs auf den Stand der ganzen Landwirtschaft schließen. In den Schwindeljahren wurden die Pachtpreise zu sehr in die Höhe getrieben. **Gerlach:** Man solle die Industrie und Landwirtschaft Deutschlands mit gewissen Lasten, die die auswärtige Landwirtschaft und Industrie nicht tragen, verschonen, so z. B. mit dem Klebegesetz, dessen drakonische Strafen wie ein Damoklesschwert über dem Haupte der Arbeitgeber hängen. **Szmula** hebt hervor, daß die Großgrundbesitzer für die Bauern zu sorgen bemüht sind. **v. Minnigerode** erwidert, der Großgrundbesitz habe für die Bauern gearbeitet, als er die Landgemeindeordnung veränderte, und wolle die Bauern vor dem demokratisch-büreaukratischen Gesetze bewahren. Die Konservativen, die für die Handelsverträge gestimmt, würden nicht wieder gewählt werden. Minister **v. Heyden** tritt für die Handelsverträge ein und führt aus, daß der Getreidezoll auch nach seiner Herabsetzung immer noch ein wirksamer Schutzzoll bleibe. **Drawe** erblickt die Ursache der übeln Lage der Landwirtschaft vornehmlich in der starken Verschuldung der Besitzer und warnt vor dem ewigen Rufen nach Staatshilfe.

24. Januar. Zum Etat der Domänen redet **Dünkelberg** über den Rückgang der Erträgnisse der Domänenverpachtungen; es sei daher natürlich, daß die Regierung zu besondern Maßnahmen behufs Schutzes der Landwirtschaft schreite. **v. Schalscha** entwickelt, daß die bedrückte Lage der Landwirtschaft ihren ersten Grund in den Mißernten der letzten Jahre habe. **Rickert** ist dafür, daß der Landwirt, der seine Notlage nachweist, eine Unterstützung in bar erhalte. **Arendt** sieht die Gründe des wirtschaftlichen Uebelbefindens in der modernen Verkehrsentwicklung, die weite Ländergebiete erschlossen habe,

deren Konkurrenz früher nicht fühlbar gewesen sei. **Graf** spricht Wünsche für das Bad Norderney aus, das man konkurrenzfähig mit englischen und holländischen machen müsse. **Schaffner** bittet um Verbesserungen für Bad Ems.

26. Januar. Beim Forstetat wird das Ersuchen beschlossen, daß der Staat im nächsten Etat unter Berücksichtigung der allgemeinen Finanzlage Beihilfen für solche Kleinbahnen aussetzen möge, deren Ausbau im Interesse der Forstverwaltung liegt.

1. Februar. Beim Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung berührt **v. Minnigerode** die landwirtschaftliche Krisis und sagt, der Staatssekretär v. Marschall habe bestätigt, daß Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Rußland schwebten; dies werde die in der Landwirtschaft herrschende Mißstimmung noch sehr steigern. Minister **v. Heyden** bemerkt, daß die Handelsverträge allein nicht die Niederlage der Landwirtschaft verschuldeten, der geringen Herabsetzung der Zölle durch die Handelsverträge könne eine solche Wirkung nicht zugeschrieben werden. Der Schwerpunkt für die Notlage der Landwirtschaft liege in der Abnahme der Bevölkerung auf dem Lande, namentlich im Osten, und an der Verschuldung, die allerdings erhebliche Fortschritte gemacht habe. Die Landwirte müßten sich selbst zu helfen suchen. Die Regierung wolle ja der Landwirtschaft möglichst entgegenkommen, ob aber die kleinen Wege und Abhilfemittel, die überhaupt möglich seien, helfen würden, sei zweifelhaft, denn man stehe hier sehr schwierigen Verhältnissen allgemeiner Natur gegenüber. Daß die Landwirtschaft zu Grunde gehe, sei aber eine übertriebene Annahme.

7. März. Beratung des Etats der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen. Die polnischen Abgeordneten beantragen, die Staatsregierung zu ersuchen, thunlichst bald eine entsprechende Vorlage zur Beseitigung des Gesetzes vom 26. April 1886, betreffend die Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen, dem Landtage vorzulegen.

Diesen Antrag begründet **Czarlinski**, der den Hundertmillionenfonds lediglich als eine Versorgungsanstalt für bankerotte Grundbesitzer ansieht und im übrigen die Aufhebung der Antipolengesetzgebung von 1886 im Namen der Gleichheit aller preußischen Staatsbürger vor dem Gesetz reklamirt. Mit den Wirkungen des Gesetzes erklärt sich **Sombart** im ganzen einverstanden; er wünscht nur möglichste Befreiung der angelegten Kolonien von büreaukratischen Fesseln. Minister **v. Heyden** lehnt ab, auf den Inhalt des polnischen Antrags sich einzulassen, bestreitet, daß die Evangelischen vor den Katholiken bei der Ansiedlung bevorzugt würden, und meint, daß das Gesetz bereits für die Schaffung bäuerlichen Besitzes segensreich gewirkt habe und noch weiter wirken werde. **Rickert** legt weniger Wert auf die wirtschaftliche, als auf die politische Seite dieser Frage und verurteilt auf das schärfste die Polenausweisungen, sowie die ganze Politik gegenüber den polnischen Mitbürgern, die man nicht zu Staatsbürgern zweiter Klasse und zu Parias herabdrücken dürfe. Wenn die Regierung jetzt eine freundlichere Haltung gegenüber

den Polen einnehme, solle sie auch die Konsequenzen ziehen und das Ansiedlungsgesetz aufheben, das ganz so wie das Sozialistengesetz nicht die gewünschte Wirkung gehabt habe, das Polentum eher gestärkt als geschwächt habe, das zur Belebung des Deutschtums nicht gewirkt, aber die Polen kapitalkräftiger gemacht habe. Es wäre besser, wenn man den Hundertmillionenfonds zur Kolonisation auch in den andern Provinzen verwende. Die Regierung sei im Kampfe gegen die Polen ebenso unterlegen, wie im Kulturkampf und beim Sozialistengesetz. Das Kampfgesetz müsse umgewandelt werden in ein Versöhnungsgesetz, das für alle gelte. Ministerpräsident Graf **Eulenburg** erkennt nicht an, daß die Regierung in diesem Kampfe unterlegen sei, und giebt den politischen Charakter des Ansiedlungsgesetzes zu, von dem er wirtschaftlich und sozialpolitisch eine gute Wirkung zur Stärkung des Deutschtums erwarte. Feindseligkeit gegen die Polen sei es nicht, wenn man diese auf ihre Machtsphäre beschränke; um eine Beschränkung staatsbürgerlicher Rechte der Polen handle es sich nicht. Die Aufhebung des Gesetzes werde die Polen nicht befriedigen und deren Agitation nicht beseitigen.

Der Etat der Ansiedlungskommission wird sodann gegen die Stimmen der Polen, des Zentrums und der Freisinnigen angenommen und der Antrag der Polen mit derselben Mehrheit abgelehnt. Die Denkschrift der Ansiedlungskommission wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

4.

Dritte Beratung.

8. März. In der allgemeinen Beratung unterzieht **v. Minnigerode** die bisherige Finanzwirtschaft im Reiche und in Preußen einer eingehenden Besprechung.

Das Reich habe in zehn Jahren eine Milliarde Schulden kontrahirt und kämpfe mit einem latenten Defizit; die Anleihewirtschaft müsse aufhören, das Reich müsse sich in seinen Ausgaben beschränken und andrerseits durch Eröffnung neuer Steuerquellen dem Anwachsen der Matrikularbeiträge und der ungünstigen Rückwirkung derselben auf die Etats der Einzelstaaten ein Ende machen. Redner kommt dann auf die antisemitische und die agrarische Bewegung zu sprechen. In beiden Richtungen wünschten die Konservativen nur das Vernünftige. Dazu gehöre aber der russische Handelsvertrag nicht; mit diesem Gespenst die Landwirtschaft immer weiter zu belästigen, sei eine Taktik, die zu sehr bedenklichen Folgen führen könne, da die Beunruhigung in der Landwirtschaft infolge der Landgemeindeordnung und des österreichischen Handelsvertrags nachgerade groß genug sei. Die großartige Kundgebung der Landwirtschaft in Berlin in den letzten Februartagen zeige, wie die drohende Gefahr diese trägen Massen mit Leben und Mut erfüllt habe; die Bewegung sei gut und die Sympathie der Konservativen dem Bunde der Landwirte gewiß. Möge man an leitender Stelle des Reiches aus diesen Erscheinungen lernen. Die agrarischen Verhältnisse in ihrer neuesten Gestaltung in und seit der Tivoliversammlung und der Umschwung der Presse in ihrer Beurteilung der agrarischen Ansprüche wird dann vom Redner ausführlich beleuchtet. **Francke** führt das Defizit im preußischen Staatshaushalt

darauf zurück, daß man seit der Durchführung der Eisenbahnverstaatlichung sich gewöhnt habe, einen zu starken Betrag der vermehrten Staatsausgaben auf die Eisenbahneinnahmen anzuweisen. Der Rückgang dieser Einnahmen müsse ein Defizit in Preußen um so sicherer zur Folge haben, als die gesteigerten Ansprüche des Reichs die sämtlichen Ueberweisungen aus Zöllen, Tabaksteuer an Preußen in Form von Matrikularbeiträgen wieder zurücknehmen, der Ueberschuß der erstern über die letztern also etwa gleich Null sei; die dauernden Ausgaben aber erhielten sich auf der einmal erreichten Höhe und könnten nicht dem Einnahmeausfall entsprechend reduzirt werden. **Rickert**: Durch die Rede des Führers der Konservativen habe sich eine gewisse Resignation hindurchgezogen, eine natürliche Erscheinung, nachdem die Herren bei Gelegenheit der Erörterung der Petition gegen den russischen Handelsvertrag von ihrer Absicht, dem Reichskanzler ein Mißtrauensvotum zu teil werden zu lassen, hätten Abstand nehmen müssen und bei der Frage der Gewerbegerichte so jämmerlich unterlegen wären. Für die Verminderung der Reichsschulden wie für eine erhebliche Beschränkung der durch die Militärvorlage bedingten Neubelastung sei auch die freisinnige Partei. Auch im Punkte des Antisemitismus habe Minnigerode eine gewisse Resignation verraten. Nichts sei unrichtiger als die Behauptung, daß die Handelsverträge über den Kopf der Landwirte hinweg zustande gebracht seien. Die Unzufriedenheit im Lande und zumal in der Landwirtschaft rühre von der sozialpolitischen Gesetzgebung her, an der gerade die Konservativen mit schuld seien. Mit dem Bund der Landwirte gehe es nicht so vorwärts, wie man behaupte. Womit der Not der Landwirtschaft abgeholfen werden solle, hätten die Agrarier dem Reichskanzler immer noch nicht gesagt. Die Ursache des Uebels liege an dem 1879 geschlossenen Bündnis zwischen Großindustrie und Agrariertum, bei dem die Ostprovinzen die geleimten seien. Bei dieser agrarischen Politik leide die Idee des Staatsganzen Schiffbruch. Dann lieber ein absoluter König, der die Begehrlichkeit der Agrarier zurückweist! Den Konservativen gehöre nicht die Zukunft; Ahlwardt und Hertwig, das sei ihre Zukunft. **Sombart** führt aus, daß die Schutzzölle nur einem kleinen Teil der Landwirte Nutzen brächten und daß die Landwirte auch erst durch den Fürsten Bismarck Schutzzöllner geworden seien. Die Handelsverträge seien zur Sicherung unsers Exports nötig, und gerade mit dem russischen Handelsvertrag würden wir uns den Rücken decken.

Nach Schluß der allgemeinen Beratung werden die meisten Einzeletats ohne erhebliche Verhandlungen genehmigt.

5.

Etatsgesetz.

10. März. Der Etat für 1893—94 wird in Einnahme und Ausgabe auf 1893213260 Mk., insbesondere die einmaligen Ausgaben auf 49210005 Mk., die Anleihe auf 57800000 Mk. festgestellt. (Gesetz vom 26. März 1893.)

II.

Steuergesetze.

1.

Ueberweisungsgesetz.

13. April. Zweite Beratung des am 24. November 1892 an eine Kommission gewiesenen (1892, II. S. 165) Gesetzentwurfs, der „behufs Erleichterung und anderweitiger Regelung der öffentlichen Kommunallasten" die Grund- und Gebäudesteuer, sowie die Gewerbesteuer der Staatskasse gegenüber außer Hebung setzen, die Bergwerkssteuer aber aufheben will.

Meyer (Berlin) faßt alle Gründe seiner Partei gegen die Vorlage zusammen. Er verweist auf die unerträgliche Belastung der letzten Session einer Legislaturperiode, auf das Stocken aller Reformen auf allen übrigen Gebieten der Staatswirtschaft, auf die schreiende Ungerechtigkeit der einfachen Aufhebung der Grundsteuer; die freisinnige Partei werde ihren Widerspruch bis zum letzten Augenblick fortsetzen. Finanzminister **Miquel**: Es handle sich ja gar nicht um die Beseitigung der Grundsteuer, sondern darum, sie an die richtige Stelle, in die Gemeinden zu verlegen. Graf **zu Limburg-Stirum** beschränkt sich auf die Abgabe einer bedingungslosen Zustimmungserklärung zu den Kommissionsbeschlüssen und spricht dem Finanzminister das unbedingte Vertrauen der Konservativen aus. **Schmitz** bestätigt, daß auch im Westen die Ungerechtigkeit der Grundsteuer schwer empfunden und der Ruf nach ihrer Aufhebung dort ebenso laut gehört werde, wie im Osten der Elbe. Mit Aufhebung der Grundsteuer ist er einverstanden, um auch dem Grundbesitz das ihm bisher vorenthaltene gleiche Recht zu gewähren. **Krause** tritt für Beseitigung der Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften ein. **Bachem** hält es für selbstverständlich, daß die Steuerreform einen agrarischen Charakter habe, weil der agrarische Teil der Bevölkerung bisher übermäßig belastet gewesen sei. Wegen der großen Schuldenlast Preußens müsse die Reform natürlich auch die Staatsfinanzen möglichst schonen. Bezüglich der Vermögenssteuer und der Gemeindesteuern tritt Redner für eine Entlastung der mittlern und untern Klassen ein, worauf der Finanzminister **Miquel** erwidert, daß die Vermögenssteuer sich nicht nach der Leistungsfähigkeit zu richten habe, sondern zwischen den Arbeitseinkommen und den Einkommen aus fundirten Vermögen unterscheiden müsse. Den agrarischen Charakter seiner Steuerreform will der Minister nicht anerkennen, denn man dürfe die Entlastung auf andern Gebieten, wie bei der Gewerbesteuer und der Bergwerksabgabe, nicht übersehen. **v. Eynern** ist zwar mit dem Grundgedanken der Steuerreform einverstanden, hält aber die Vermögenssteuer für überflüssig, da der Staat den Ausfall an Steuern durch die Ueberweisung zu hoch und die vorhandene Deckung zu niedrig geschätzt habe.

Darauf werden die einzelnen 16 Paragraphen nach den Vorschlägen der Kommission genehmigt. (Gesetz vom 14. Juli 1893.)

2.

Ergänzungssteuergesetz.

17. April. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs, wonach zur Deckung des Ausfalls an den Staatseinnahmen die Vermögen von mehr als 6000 Mk. mit $^1/_2$ aufs Tausend herangezogen werden sollen. v. Eynern und Friedberg beantragen, an Stelle des grundlegenden Paragraphen 1 kommissarische Beratung eines Erbschaftssteuergesetzes, für welches ein Rahmen in dem Miquelschen Entwurfe von 1890 schon vorhanden sei.

Zur Begründung dieses Antrags führt **v. Eynern** folgendes aus:

Der Minister hat selbst gesagt, daß es sich bei der Reform nicht sowohl um Mehrbeträge für den Fiskus, als um eine bessere und gerechtere Besteuerung handelt. Die Mehrbelastung des Vermögens durch die neue Steuer beträgt bei einer Verzinsung von 3 bis $3^1/_2$ Prozent eine Mehrsteuer von 1 bis 1,42 Prozent des Einkommens. Wenn man also von einer unbedeutenden Mehrbelastung spricht, so ist das eine Verschleierung, die, wenn man das Aktiengesetz in Anwendung brächte, eine strafbare Handlung darstellen würde. Es scheint geradezu, als ob alle Steuerquellen des Staates erschöpft wären. Es ist geradezu eine Bankerotterklärung angesichts einer Finanzlage, die ich gar nicht für eine so ungünstige halte. Die Vermögenssteuer ist eine Steuer von so durchaus sozialer Natur, wie sie noch kein Staat erdacht hat. Das kommunistisch sozialistische Manifest vom Jahre 1848 verlangte eine Progressivsteuer, aber der Staat schonte das Eigentum und nahm seine Steuermittel aus dem Erwerb. Dieses Prinzip ist mit der Vermögenssteuer durchbrochen. Mit diesem Gesetze wird das Prinzip aufgestellt, daß das Eigentum der Bürger Staatseigentum sei und vom Staat in Anspruch genommen werden könne. Ist der Weg einmal betreten, so ist eine Steigerung leicht, und es giebt nichts Bequemeres, als auf gesetzlichem Wege das Vermögen zu konfiszieren. Der jetzige Finanzminister denkt allerdings an so etwas nicht, aber es kann ein andrer Minister kommen, der von Joseph nichts weiß, sondern seinen eignen Weg geht. Das stürmische Tempo unsrer sozialpolitischen Gesetzgebung macht überdies die allgemeine Unzufriedenheit erklärlich, welche sowohl in den besitzenden Klassen, als auch in den Arbeiterkreisen um sich greift. Die in allen Gesellschaftsklassen steigende Unzufriedenheit ist so groß, daß sich bereits Bestrebungen geltend machen, die Anforderungen für Verstärkung unsrer nationalen Wehrkraft zu verweigern. Die Vermögenssteuer wird auch in der abgeschwächten Form, in der sie aus der Kommission hervorgegangen ist, für die Interessen von Handel und Industrie, namentlich wegen des vermehrten Eindringens in die Vermögensverhältnisse der besitzenden Klassen, äußerst schädlich wirken. Dieses nach dem Gesetzentwurfe gar nicht mehr zu beschränkende Eindringen in die Besitzverhältnisse wird auch bei den Immobiliarvermögen nicht stehen bleiben. Minister **Miquel** entgegnet, daß die Regierung verpflichtet gewesen sei, dem Verlangen nach differenzirter Besteuerung des fundirten und unfundirten Einkommens nachzukommen, und dazu habe sich nur der vorgeschlagene Weg geboten, nachdem der Gedanke der Erbschaftssteuer vom Hause und vom Lande mit so überwältigender Mehrheit abgewiesen worden sei. Die Ausfälle auf die Katheder-sozialisten glaubt der Minister, da das wissenschaftliche Ansehen der Betreffenden zu hoch stände, übergehen zu können. Allerdings bestehe die Vermögenssteuer in den weitaus meisten Kantonen der Schweiz und

sei in Holland beschlossene Sache. Der Antrag bedeute das Scheitern der gesamten Steuerreform in dieser Session. Die Erbschaftssteuer würde den gewollten Zweck nicht erreichen; sie treffe die Eigentumsübertragungen unter Lebenden nicht, könne sehr leicht umgangen werden und wirke höchst ungleich. Vom sozialistischen Charakter der Vermögenssteuer könne man um so weniger sprechen, als dieser Vorwurf die Erbschaftssteuer viel stärker treffen müßte.

19. April. Die Ausdehnung der Deklarationspflicht auf die Veranlagung zur Vermögenssteuer ist von der Kommission abgelehnt, und angesichts dieses Umstands verzichtet der Finanzminister auf dieses Hilfsmittel, obwohl er nach wie vor von der Notwendigkeit desselben überzeugt ist. Ein Antrag Friedberg, die Bankiers zur Zeugnisverweigerung berechtigt zu erklären, wird von der Rechten, vom Generalsteuerdirektor Burghart sowie vom Geh. Rat Wallach bekämpft und schließlich abgelehnt.

Eine längere Verhandlung knüpft sich an den § 51 und die von der Kommission eingeschalteten Paragraphen, die sich beziehen auf die Verwendung der Ueberschüsse, die sich aus der Einkommensteuer vom 1. April 1892 bis zum 31. März 1895 ergeben. In Verbindung hiermit wird § 1 des Schulgesetzes beraten, nach dem aus dem oben bezeichneten Fonds erstens jährlich drei Millionen Mark zur Aufbesserung der Volksschullehrergehälter und zweitens jährlich eine Million und einmalig sechs Millionen Mark zu Volksschulbauten verwendet werden sollen. Der Kommissionsantrag beschränkt sich darauf, lediglich für Volksschulbauten für die Etatsjahre 1893/94 und 1894/95 je zwei Millionen Beihilfe zu Schulbauten aus diesen Fonds zu verwenden. Finanzminister **Miquel** macht geltend, daß es sich hierbei um eine wirkliche Steuerreform handle, und die Regierung nicht beabsichtige, ein Steuerplus herauszuschlagen; aber sie müsse daran festhalten, für den Ausfall der aufgegebnen Steuereinnahmen vollen Ersatz zu bekommen. Die Erträge aus der Einkommensteuer seien schon jetzt heruntergegangen und könnten vielleicht noch weiter zurückgehen.

8. Mai. In dritter Beratung wird der Entwurf mit 215 gegen 25 Stimmen angenommen. (Gesetz vom 14. Juli 1893.)

3.

Kommunalsteuergesetz.

22. und 24. April. Beginn der zweiten Beratung.

25. April. Es wird beschlossen, daß die bestehenden Miets- und Wohnungssteuern bis zum 1. April 1900 außer Kraft treten sollen.

27. April. Bezüglich der Heranziehung der Beamten zu den Kommunalsteuern wird beschlossen, daß sie durch besondres Gesetz geregelt werden und bis dahin die bestehenden Vorschriften gelten sollen.

29. April. Bezüglich der Verteilung des Bedarfs auf die verschiedenen Steuerarten wird beschlossen:

Die vom Staate veranlagten Realsteuern sind in der Regel mindestens zu dem gleichen und höchstens zu einem um die Hälfte höhern Prozentsatze zur Kommunalsteuer heranzuziehen, als Zuschläge zur Staatseinkommensteuer erhoben werden. Solange die Realsteuern hundert Prozent nicht übersteigen, ist die Freilassung der Einkommensteuer oder eine Heranziehung derselben mit einem geringern als dem im ersten Absatze bezeichneten Prozentsatze zulässig. Werden mehr als hundertfünfzig Prozent der staatlich veranlagten Realsteuern erhoben und ist die Staatseinkommensteuer mit hundertfünfzig Prozent belastet, so können von dem Mehrbetrage für jedes Prozent der staatlich veranlagten Realsteuern zwei Prozent der Staatseinkommensteuer erhoben werden.

8. Mai. In dritter Beratung wird die Vorschrift, daß die Mietssteuern zum 2. April 1900 außer Kraft treten sollen, abgelehnt. (Gesetz vom 14. Juli 1893.)

III.

Verbesserung des Volksschulwesens und des Diensteinkommens der Volksschullehrer.

10. Januar. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs, in dem zu Gunsten der Staatskasse über die etwa 120 Millionen Ueberschüsse aus dem neuen Einkommensteuergesetz verfügt und dagegen im Ordinarium des künftigen Etats drei Millionen zur Verbesserung des Diensteinkommens von Lehrern und Lehrerinnen, sowie eine Million für Volksschulbauten überwiesen werden. Zu diesem Zweck sollen außerdem noch sechs Millionen im Extraordinarium angewiesen werden.

Der Unterrichtsminister **Bosse** läßt sich im wesentlichen also aus: Auf die Wiedervorlegung eines umfassenden Volksschulgesetzes habe er wegen des gleichzeitigen Vorliegens der großen Steuerreform und weil die jetzigen Verhältnisse für die Regelung einer so schwierigen Frage und für die Wiederholung aller damit verbundnen Kämpfe nicht geeignet seien, verzichtet. Dagegen bedürften die Besoldungsverhältnisse der Volksschullehrer entschieden einer bessern Regelung. Ein Schuldotationsgesetz zu machen, wäre allerdings im Anschluß an die Ueberweisung der Staatsrealsteuern an die Gemeinden sehr gut möglich gewesen, aber auch dabei hätten sich alle früheren Kämpfe um das Volksschulwesen wiederholt, und die Verbindung dieser beiden Materien hätte die Schule und die Lehrer vielleicht schädigen können. Die staatliche Unterstützung bedürfe doch der Regelung, denn ärmere Gemeinden seien trotz der Ueberweisung der Realsteuern außer stande, die hohen Schullasten ohne Staatsunterstützung zu tragen. Die staatlichen Beihilfen für die Lehrergehälter auf Grund der Gesetze von 1885, 88 und 89 hätten die bestehenden Ungleichheiten nicht beseitigen können, nur eine individuell bemessene Staatshilfe an die ärmeren Gemeinden schaffe die wünschenswerte Ausgleichung, die um so notwendiger sei, als die im Interesse der Kultur allerdings gebotene Aufhebung des Schulgeldes die Aufbringung der Schullasten erschwere. Die Vorlage weiche zwar formell von dem Paragraphen 82 des Einkommensteuergesetzes ab, weil die Ueberschüsse der Einkommensteuer nicht direkt den Gemeinden überwiesen, sondern nur die Zinsen nach dem Bedürfnis verteilt

würden, aber materiell entspreche dies auch der Bestimmung des Paragraphen 82. Artikel 25 der Verfassung verlange es, daß den Lehrern eine zureichende Besoldung gesichert werde.

4. Mai. Zweite Beratung. Nachdem der Paragraph 1, wonach aus den Ueberschüssen der Steuerreform für die nächsten zwei Jahre je zwei Millionen Mark zu Beihilfen an Schulgemeinden zu Schulbauten zu verwenden sind, schon bei Beratung der Steuerreformgesetze angenommen ist, wird der übrige Teil des Entwurfs einfach erledigt.

IV.

Ruhegehaltskassen für die Lehrer an den öffentlichen Volksschulen.

3. Juli. Dritte Beratung folgenden Gesetzentwurfs:

Paragraph 1. Behufs gemeinsamer Bestreitung des durch den Staatsbeitrag nicht gedeckten Teils der Ruhegehälter der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen wird für die zur Aufbringung verpflichteten Schulverbände (Schulsozietäten, Gemeinden, Gutsbezirke) vom 1. April 1893 ab in jedem Regierungsbezirk eine Ruhegehaltskasse gebildet. Paragraph 2. Die Verwaltung der Kasse erfolgt durch die Bezirksregierung. Die Kassengeschäfte werden durch die Regierungshauptkasse und durch die ihr unterstellten Kassen unentgeltlich besorgt. Paragraph 3. Die Interessen der Schulunterhaltungspflichtigen an der Kasse sind von einem am Sitze der Bezirksregierung wohnenden Kassenanwalt nach Vorschrift dieses Gesetzes wahrzunehmen. Der Kassenanwalt wird von den Vorständen der Schulverbände (Schulsozietäten, Gemeinden, Gutsbezirke) nach näherer Anordnung der Bezirksregierung mittelst schriftlicher Abstimmung für je sechs Rechnungsjahre gewählt. Für jede der Kasse angehörende Schulstelle wird eine Stimme geführt. (Gesetz v. 23. Juli 1893.)

V.

Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes.

3. Mai. Dritte Beratung eines Gesetzentwurfs, wonach die Staatsregierung ermächtigt wird, 1. zur Herstellung von Eisenbahnen und der durch dieselbe bedingten Vermehrung des Fuhrparks der Staatsbahnen 31 487 000 Mk., 2. zu bestimmten Bauausführungen 1 678 000 Mk., 3. zur Beschaffung von Betriebsmitteln für die bereits bestehenden Staatsbahnen 15 000 000 Mk., zusammen 48 165 000 Mk. zu verwenden. (Gesetz vom 3. Juli 1893.)

Aenderung des Wahlverfahrens.

13. Januar. Erste Beratung folgenden Gesetzentwurfs.

Paragraph 1. Für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten werden die Urwähler nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staats-,

Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern in drei Abteilungen geteilt, und zwar in der Art, daß von der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler fünf Zwölftel auf die erste Abteilung, vier Zwölftel auf die zweite Abteilung und drei Zwölftel auf die dritte Abteilung entfallen. — Paragraph 2. Wo direkte Gemeindesteuern nicht erhoben werden, treten an deren Stelle die vom Staate veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern. — Paragraph 3. In den Stadt- und Landgemeinden, in denen die Bildung der Wählerabteilungen für die Wahlen zur Gemeindevertretung nach dem Maßstabe direkter Steuern stattfindet, werden diese Abteilungen fortan allgemein in der durch die Paragraphen 1 und 2 für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten vorgeschriebnen Weise gebildet. — Paragraph 4. Das Gesetz betreffend Aenderung des Wahlverfahrens vom 24. Juni 1891 bleibt, unter Fortfall der im Paragraphen 1 Absatz 2 desselben enthaltenen zeitlichen Beschränkung, in Kraft. — Paragraph 5. Bis zum Erlasse des Wahlgesetzes werden die Bestimmungen der Artikel 71 und 113 der Verfassungsurkunde, soweit sie den vorstehenden Bestimmungen entgegenstehen, außer Kraft gesetzt. — Paragraph 6. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft, jedoch erhalten Paragraph 2 und für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten die Vorschrift des Paragraphen 1, wonach bei der Bildung der Urwählerabteilungen die direkten Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern in Anrechnung zu kommen haben, erst mit dem Inkrafttreten des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern Geltung.

13. und 14. März. Zweite Beratung.

16. März. In dritter Beratung wird der Entwurf in veränderter Fassung angenommen.

11. April. Ebenso mit 160 gegen 123 Stimmen in der verfassungsmäßig vorgeschriebnen nochmaligen Abstimmung. (Gesetz vom 29. Juni 1893.)

Unterrichtsangelegenheiten.

20. März. Mit großer Mehrheit wird ein von Mitgliedern aller Parteien unterstützter Antrag v. Schenckendorffs angenommen, dahin gehend:

In Rücksicht darauf, daß die auf Verbreitung des Handfertigkeitsunterrichts gerichtete Bewegung seit dem letzen Jahrzehnt in fast allen Kulturländern Aufnahme und zum Teil weite Ausdehnung gefunden hat; sowie in Rücksicht darauf, daß ein solcher allgemein verbreiteter Unterrichtszweig wirtschaftlich und pädagogisch bedeutsam erscheint, wird die Regierung ersucht, den hierauf gerichteten Bestrebungen staatlicherseits eine weitergehende Förderung zu teil werden zu lassen, als seither geschehen ist, sowie gleichzeitig Vorsorge zu treffen, daß die Lehrerseminare allmählich diesen Unterrichtszweig als einen freiwilligen aufnehmen.

Gesetzgebung über Handel und Verkehr.

15. Februar. Beratung einer Bittschrift des Direktoriums des landwirtschaftlichen Zentralvereins der Provinz Sachsen in Halle

gegen den Abschluß eines Handelsvertrags zwischen dem deutschen Reiche und Rußland. — Die beiden konservativen Fraktionen stellen den Antrag, zu beschließen: Die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung dahin zu überweisen, daß diese im Bundesrat dahin wirke, daß bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland im Anschluß an die Erfahrungen, die auf Grund der Wirkungen der Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien und der Schweiz gemacht sind, die Interessen von Landwirtschaft und Industrie ausgiebig gewahrt werden.

16. Februar. Nach einer längeren Verhandlung, an der sich Vopelius, Schmieding, Schmitz, Böttinger, Minister v. Berlepsch, Ritter, v. Eynern, Broemel, Graf Limburg-Stirum und Knebel beteiligen, wird der Antrag der Konservativen angenommen und zugleich beschlossen, die Staatsregierung zu ersuchen, vor und bei Abschluß von Handelsverträgen sich mit Interessenten und Sachverständigen der Landwirtschaft und Industrie ausreichend in Beziehung zu setzen und sich möglichst zu bemühen, auf Abschluß eines Handelsvertrags mit Spanien hinzuwirken, durch den dem deutschen Spiritus ein verloren gegangnes Absatzgebiet wieder eröffnet wird.

Eisenbahnangelegenheiten.

Kleinbahnen.

15. April. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs, den der Minister Thielen also einführt:

Wenn die Vorlage an Ausdehnung hinter ihren Vorgängern erheblich zurückbleibe, so liege die Erklärung dafür in der allgemeinen Finanzlage, die eine vorsichtige Beschränkung erfordre, wie es andrerseits aus politischen Rücksichten geboten sei, mit der Herstellung neuer Bahnen thunlichst in gleichmäßigem Tempo vorzugehen und nicht mehr neue Bahnen in Angriff zu nehmen, als von der Industrie ohne Ueberstürzung bewältigt werden können. Der Minister erwähnt, daß die Beteiligung des Privatkapitals am Eisenbahnbau auf Grund des Tertiärbahngesetzes bis jetzt noch keine große Ausdehnung gewonnen habe, und führt dies auf den Umstand zurück, daß das Kleinbahngesetz erst eben in Kraft getreten sei; eine Uebersicht über die auf Grund derselben erteilten Konzessionen und Vorkonzessionen soll dem Landtage demnächst zugehen.

Die allgemeine Beratung besteht darin, daß vierzig Vertreter der verschiedensten Wahlkreise Wünsche in Bezug auf neue Bahnlinien vorbringen.

3. Mai. Dritte Lesung.

Erleichterung von Stadterweiterungen.

3. Mai. Erste Beratung über den vom Oberbürgermeister Adickes (Frankfurt a. M.) im Herrenhause eingebrachten Gesetzentwurf über die Erleichterung von Stadterweiterungen, der bezweckt, nach Art des für landwirtschaftliche Grundstücke bestehenden Zusammenlegungsverfahrens behufs Erreichung eines besseren Baugeländes eine ebensolche zwangsweise Zusammenlegung von Grundstücken verschiedner Eigentümer in Städten über 10000 Einwohner und ferner die Berechtigung zur sogenannten Zonenenteignung zu statuiren, d. h. zur Enteignung bebauter Grundstücke an öffentlichen Straßen. Der Gesetzentwurf bleibt hiernach liegen.

Herrenhaus.

I.

Neuwahl des Vorsitzenden.

20. März. An Stelle des am 30. Januar verstorbenen Vorsitzenden, Herzogs von Ratibor, wird mit 124 von 158 abgegebnen giltigen Stimmen der Fürst Otto zu Stolberg-Wernigerode zum Vorsitzenden gewählt, der mit kurzer Ansprache annimmt.

II.

Staatshaushaltsetat für 1893—94.

23. März. In der allgemeinen Beratung leitet v. Durant aus der ganzen Finanzlage die Berechtigung her, zur Sparsamkeit auf allen Gebieten der Staatsverwaltung eindringlichst zu mahnen; im einzelnen bekennt er sich als einen warmen Anhänger der Sozialreform, kann aber nicht umhin, die schwere Belastung der Landwirtschaft durch das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz zu beklagen, und ergeht sich dann in längeren Betrachtungen über das Ueberwuchern des Kapitalismus, den zersetzenden Einfluß des Judentums und die fortschreitende Verarmung der Massen in unserm Staate. Graf Frankenberg beschwert sich über die rigorose, zum Teil direkt gesetzwidrige Inquisition bei der Einkommensteuereinschätzung; die Klage über das Vorgehen der Einschätzungskommissarien sei in Schlesien allgemein. Weiter giebt Redner seiner Abneigung gegen die Steuerreform Ausdruck. Sie hebe das feste Rückgrat des preußischen Steuersystems, die Grund- und Gebäudesteuer, in einem Augenblicke auf, wo die Finanzlage des Staats eine sehr wenig günstige sei; die Militärvorlage habe keinen schlimmern Feind als diese Steuerreform. Die Progression der Einkommensteuer und das neue Wahlgesetz seien zwei sozia-

listische, dem konservativen Charakter Preußens direkt widersprechende Maßnahmen; das Herrenhaus solle sich hüten, auf diese abschüssige Bahn zu treten. Minister **Miquel** führt aus, es sei zwar Aussicht vorhanden, daß das Defizit für das laufende Jahr nicht ganz so hoch ausfallen werde, als bisher angenommen, gleichwohl sei äußerste Vorsicht in der Finanzwirtschaft des Staats auch nützlichen und zweckmäßigen Unternehmungen gegenüber nach wie vor geboten. Die Beschwerden über die Wirkungen des neuen Einkommensteuergesetzes habe man voraussehen können; auch in Sachsen habe man drei bis vier Jahre lang die allgemeinsten Klagen vernommen, aber schon nach fünf Jahren habe man in der sächsischen Kammer sich auf allen Seiten mit dem neuen Gesetz zufrieden erklärt. Gerade im Herrenhause habe man doch die Reform der Steuergesetzgebung, zumal die Beseitigung der Grund- und Gebäudesteuer, gefordert. Seit 1861 sei die Klage des Grundbesitzes über Doppelbesteuerung nicht verstummt. Was würde nicht über Treulosigkeit der Regierung skandalirt werden, wenn sie die vierzig Millionen Plus aus der Einkommensteuer zur Staatskasse einzöge und die Grund- und Gebäudesteuer bestehen ließe! Von „grundstürzender" Reform lasse sich also mit Recht nicht reden. Anderthalb Milliarden Einkommen haben sich früher der Besteuerung und der Teilnahme an den öffentlichen Lasten entzogen; seine Heranziehung sei nur durch die Deklaration möglich geworden. Graf **Hohenthal** kommt auf den russischen Handelsvertrag zu reden und nimmt für das Herrenhaus die volle Kompetenz in Anspruch, auch über solche internationale Abkommen, die im Namen des Deutschen Reichs abgeschlossen werden, vor ihrem Abschluß seine Meinung zu äußern.

Damit endet die allgemeine Beratung.

24. März. Nach Beratung der einzelnen Titel wird der Staatshaushaltsetat genehmigt.

III.

Handelsvertrag mit Rußland.

18. März. Beratung einer Petition des landwirtschaftlichen Zentralvereins der Provinz Sachsen: das Herrenhaus wolle seinen Einfluß dahin geltend machen, daß die Regierung im Bundesrate unter allen Umständen gegen den Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland Stellung nimmt. Berichterstatter Graf **von der Schulenburg-Beetzendorf** beantragt Ueberweisung an die Staatsregierung zur Berücksichtigung.

Graf **Klinckowström:** Heute würde kaum ein konservativer Reichstagsabgeordneter für den österreichischen Handelsvertrag stimmen, denn die Landwirte sind infolge dessen unzufrieden, die Budgets der Kreise gestört. Redner wendet sich gegen die Eingabe der Königsberger Kaufleute an den Reichskanzler, die sich für den russischen Handelsvertrag ausspricht. In derselben würde die Handelsvertragspolitik als eine patriotische That gefeiert und auf die Agrarier geschimpft. Man spricht von dem Mangel an Getreide, der zum Import zwinge. Wenn man nur etwas mehr Dünger anwenden könnte, dann würde mehr Getreide produzirt werden. Aber wer kann denn bei den schlechten Preisen noch Kosten auf seinen Acker verwenden? Der Bund der Landwirte ist ein Ausfluß der Lage der Landwirtschaft, und wenn der Reichskanzler davon

sprach, daß bei uns die idealen Ziele gegenüber den wirtschaftlichen zurückgedrängt werden, so vergißt er, daß die Landgemeindeordnung, das Wildschadengesetz und ähnliche Dinge auch keine idealen Dinge sind. Oberbürgermeister **Baumbach** (Danzig) empfiehlt den Uebergang zur Tagesordnung, weil die Entscheidung im Reichstage getroffen werde, wo die Stimmung für den russischen Handelsvertrag günstiger sei als hier. Die Opposition der Agrarier gegen einen Vertrag, dessen Inhalt noch gar nicht bekannt ist, geht ja noch weiter als die Opposition der Freisinnigen. Die Eingabe der Königsberger Kaufleute vertritt nicht bloß die paar Kaufleute, sondern alles, was mit dem Handel zusammenhängt. Der Osten hat ein großes Interesse an der Herstellung guter Beziehungen zu Rußland, deshalb sollte man es sich zehnmal überlegen, wenn man im einseitigen Interesse des Großgrundbesitzes ein Werk störte, das bessere Beziehungen mit Rußland herbeiführt. Ein Handelsvertrag mit Rußland ist eine Armee wert. Graf **Mirbach**: Die Bedeutung der großen Exporthäuser ist nicht zu unterschätzen, aber wenn auch ein russischer Handelsvertrag den großen Firmen nützlich sein würde, so würden die kleinen Kaufleute und die Landwirte geschädigt werden; und achtzig Prozent der Bevölkerung gehören der Landwirtschaft an. Daß Rußland ein Interesse an einem Handelsvertrage mit Deutschland hat, erkenne ich an; aber die politischen Gründe, die Oesterreich gegenüber maßgebend waren, sollten dem uns nicht verbündeten Rußland gegenüber nicht maßgebend sein. Rußlands Armeen stehen doch nicht zu unserm Schutze an den Grenzen. Aber politische Gründe sind nicht maßgebend; es handelt sich lediglich um das Wohl und Wehe der Land- und Forstwirtschaft. Die Roggen- und Holzproduktion Rußlands sucht unsern Markt auf und bestimmt bei uns die Preise. Die Verantwortung dafür dürfte doch unsern Staatsmännern zu schwer zu tragen sein, denn es würde aus der Begünstigung Rußlands ein Nachteil für unsern Osten entstehen. Was kann uns Rußland zugestehen?

Der Kommissionsantrag wird mit großer Mehrheit genehmigt.

IV.

Judenfrage.

22. März. Mehrere Petitionen des Vorstandes des deutschsozialen Reformvereins zu Strehlen in Schlesien und anderer, um staatliche Prüfung der jüdischen Geheimgesetze, beantragt die Petitionskommission der Regierung zur Prüfung und Berücksichtigung zu überweisen.

Berichterstatter Graf **v. Pfeil-Hausdorf**: Die Petition des christlichsozialen Reformvereins weist darauf hin, daß im Talmud und drei andern jüdischen Gesetzbüchern nach den Gutachten sachkundiger und hervorragender Gelehrten, wie Eisenmenger, Rohling, Eckert u. a., sittengefährliche und staatsfeindliche Lehren enthalten seien. Durch glaubwürdige Unterstützungen kompetenter Gelehrten, wonach alle Verbrechen gegen Nichtjuden den Juden erlaubt seien, was auch durch gerichtliche Gutachten bestätigt worden ist, ist schon eine große Unruhe in weiten Kreisen der Bevölkerung hervorgerufen worden. Insbesondre weist die Petition auf das Gutachten des angesehnen Professors Eckert in Münster über den sogenannten Schulchan-Aruch hin, der bei den Juden die Rolle des christlichen Katechismus spielt. In diesem werde den

Juden ausdrücklich geboten, den Akum oder Fremdling nicht als Bruder zu behandeln und Betrug, Diebstahl und ähnliche Verbrechen gegen diesen für erlaubt erklärt. Es handle sich also um eine staatsfeindliche Verschwörung und geschlossene Sondergemeinschaft gegen das Wohl der übrigen Menschheit. Die gekennzeichneten Lehren der jüdischen Gesetzbücher sind geeignet, die ökonomische und gesellschaftliche Oberherrschaft des Judentums zu begründen. Aus allen diesen Gründen beantragen die Petenten, daß im öffentlichen Interesse vom Kultusminister ein Ausschuß von nicht juristischen Sachverständigen, von Professoren der orientalischen Sprachen an den deutschen Universitäten zur Prüfung und Begutachtung der jüdischen Gesetzbücher niedergesetzt werde. Wenn die in der Petition enthaltenen Aufstellungen richtig sind, dann haben die Juden allerdings einen gewissen Vorsprung in ihrem Gewissen an ihrer alten Gesetzgebung, die sie aller Rücksicht gegen Nichtjuden entbindet. Um aber gerecht zu sein, muß ich auch der hervorragenden guten Eigenschaft der Juden gedenken, die ihnen aber auch einen großen Vorsprung vor den Christen gewährt. Ich meine die große Einigkeit, die in der jüdischen Völkerschaft herrscht in allen Dingen, die ihr Interesse betreffen. In einem jüdischen Reichstage würde in Fragen, wo es sich um Sein oder Nichtsein handelt, keine solche Zerfahrenheit herrschen, wie in unserm Reichstage. Diese Einigkeit des jüdischen Volks aber bedroht uns offenbar mit großen Gefahren, denen entgegengetreten werden muß. Es wäre ein großer Fehler, wenn wir in das Geschrei und die bösen Worte der Antisemiten einstimmen wollten. Wenn aber ein energisches und intelligentes Volk wie das jüdische in der hervorgehobnen Weise durch das Alte Testament und den Talmud von allen Schranken, die der Gewinnsucht ein Ziel setzen, befreit ist, dann wäre es unverständlich, wenn wir uns noch länger die Ausbeutung der Juden gefallen lassen wollten. Das Verhältnis der Juden ist achtundneunzig zu zwei Prozent. Und doch beherrschen sie alle wirtschaftlichen Verhältnisse, soweit sie gewinnbringend sind. Die Herbeiführung der Judenemanzipation durch das Gesetz von 1869 war deshalb der größte sozialpolitische Fehler. Graf v. Klinckowström: Wir sehen die Wirkung des Antisemitismus, aber auch die Ursache, während unsre Gegner nur die Wirkung sehen. Ich erkenne den berechtigten Kernpunkt der Judenfrage an, während ich mit den Parteien des Antisemitismus nichts zu thun habe. Ich verlange für die Christen christliche Obrigkeit und christliche Lehrer. Persönliche Feindschaft gegen den einzelnen Juden liegt mir fern. Wer soll nun die Gewißheit über die jüdischen Gesetzbücher feststellen? Doch allein das Kultusministerium, das auch nur die strittigen Stellen festsetzen soll. Ergiebt sich die Unwahrheit der Anschuldigungen, so wird das zum Schaden des Antisemitismus sein. Wir Konservativen müssen ins Volk heruntersteigen und uns seiner Bedürfnisse annehmen. Daß wir das bisher nicht gethan haben, hat den Antisemitismus gefördert. Nehmen wir die Bewegung in die Hand, so wird eine wüste Agitation unmöglich gemacht. v. Schorlemer-Alst: Die Ausschreitungen der Juden im Handel und sonst habe ich stets lebhaft bekämpft, zum schwersten Vorwurf mache ich den Juden die Ausschreitungen der jüdischen Presse. Ich fürchte, die Prüfung der Bücher wird ziemlich resultatlos sein. Die Gelehrten sind über die einzelnen Stellen jetzt zweifelhaft und werden es bleiben. Es wäre vielleicht angenehmer, die Juden nicht im Staate zu haben, aber wie sollen wir sie los werden? Deshalb ist die antisemitische Bewegung so fruchtlos, sie ist nur aufrührerisch und trägt den Aufruhr sogar in die Parlamente. Man kann sich sehr gut gegen die Juden schützen. Gegen den jüdischen Wucher errichte man Spar- und Darlehnskassen und verschärfe das Wuchergesetz. Auch gegen die Börse kann und muß etwas geschehen, wenn man nur den energischen Willen hat. An der antisemitischen Bewegung ist das so schlimm, daß sie mit so schweren Verdäch-

tigungen verbunden vorgeht. Man hat unsre Armeeverwaltung und unsern Beamtenstand verdächtigt und erschüttert dadurch die Autorität der Krone. Es ist so viel Stoff zur Unzufriedenheit vorhanden, daß man denselben nicht noch häufen sollte. Geheimer Oberregierungsrat **Althoff**: Derartige Gutachten können nur auf Antrag von Behörden und Korporationen ausgeführt werden. Ferner sind die Petitionen gegenstandslos, da sich die Orientalisten bereits über die in Rede stehenden jüdischen Bücher ausgesprochen haben. Die Minorität derselben ist der Ansicht der Petenten, die Majorität dagegen glaubt, daß die jüdischen Religionsbücher nicht Gesetzesbücher, sondern nur historische Urkunden sind, die nicht mit der bürgerlichen Ordnung und Gesetzgebung in Widerspruch stehen. Schließlich sind die Forderungen gar nicht ausführbar, da der Herr Kultusminister die Professoren kraft seines Amtes nicht zu der Prüfung verpflichten kann, auch gar keine finanziellen Mittel dazu hat. Oberbürgermeister **Struckmann**: Die Konservativen haben den Antisemitismus geschürt, dadurch, daß sie ihm einen berechtigten Kern beimaßen. Wie konnte ein Mann wie Ahlwardt heute von dem Reichstage mit demselben Jubel empfangen werden, wie einst der Fürst Bismarck! Wir kennen schon lange die in Frage stehenden Bücher und haben angesichts ihrer doch die Emanzipation der Juden ausgesprochen. Mit einer Prüfung der Bücher heften wir einen bösen Makel an die Juden. Mit den schmutzigen Mitteln des Antisemitismus dürfen wir die Juden nicht bekämpfen, sondern nur mit den gesetz- und verfassungsmäßigen Mitteln. Wollen wir zum Schluß nicht vergessen, daß Christus auch ein Jude war.

Die Petitionen werden der Regierung zur Prüfung und Berücksichtigung überwiesen.

Schluß des Landtags.

5. Juli. Die Session wird vom König im weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin mit folgender **Thronrede** geschlossen:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages! Am Schlusse einer langen und arbeitsvollen Tagung und der ersten fünfjährigen Legislaturperiode des Landtages Meiner Monarchie gereicht es Mir zur Genugthuung, Ihnen Meine Anerkennung für Ihre erfolgreiche Thätigkeit auszusprechen. Dank Ihrem bereitwilligen und verständnisvollen Zusammenwirken mit Meiner Regierung hat diese Sitzungs- und Legislaturperiode zu Ergebnissen von grundlegender Bedeutung und dauerndem Werte geführt. Die dem Vaterlande wiedergewonnene Insel Helgoland ist für immer mit der preußischen Monarchie vereinigt. Die Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen und ihre Einführung in der Provinz Schleswig-Holstein haben für die Landgemeinden dieser Provinzen, die Städteordnung für den Regierungsbezirk Wiesbaden hat für die Städte dieses Bezirks die Grundlagen gedeihlicher Entwicklung des kommunalen Lebens geschaffen. Durch die Ueberweisung der Anstaltspflege für Geisteskranke, Taubstumme und Blinde an größere Verbände ist die Armenlast der Gemeinden erleichtert und die Fürsorge für jene Unglücklichen verbessert worden. Die Gesetze über die Errichtung von Rentengütern haben, namentlich in den östlichen Provinzen, in erfreulichem Umfange auf die Seßhaftmachung der ländlichen Bevölkerung hingewirkt. Ich begrüße es mit Befriedigung, daß Sie bereit gewesen sind, der Erleichterung der Volksschullasten durch eine weitere Beitragsleistung aus Staatsmitteln und der Verbesserung des Diensteinkommens der Volksschullehrer durch Erhöhung der Alterszulagen zuzustimmen, auch die Elementar-

lehrer von den Beiträgen zur Versorgung ihrer Hinterbliebnen zu entlasten und ihren Waisen eine erhöhte staatliche Fürsorge angedeihen zu lassen. Das Gesetz, betreffend die Ruhegehaltskassen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen, wird die Pensionslast der Gemeinden erleichtern und die Ruhegehaltsabgabe der Volksschullehrer beseitigen. Für die Durchführung der Reform des höhern Schulwesens sind die erforderlichen Mittel bereitgestellt, auch ist die Verbesserung des Diensteinkommens der Lehrer an den nichtstaatlichen höhern Schulen gesichert worden. Die Ausgestaltung des Staatseisenbahnwesens, die Regelung der Flußläufe, die Herstellung von Kanälen und Hafenanlagen haben weitere Fortschritte gemacht, die der Entwicklung des Verkehrs zu gute kommen werden. Durch das Gesetz über Kleinbahnen ist das Mittel gegeben, auch die bisher von Eisenbahnen noch nicht berührten Gegenden dem Verkehr zu erschließen und den Wettbewerb auf wirtschaftlichem Gebiete auf alle Teile des Landes auszudehnen. Vor allem aber ist es gelungen, das Werk einer grundlegenden Umgestaltung der staatlichen und kommunalen Besteuerung zu vollbringen. Im Anschluß an die Neuregelung der Einkommen- und Gewerbesteuer befreien die nunmehr beschlossenen Steuerreformgesetze den Grund- und Gewerbebesitz von der bisherigen Doppelbesteuerung, ergänzen die Einkommensteuer durch eine mäßig stärkere Heranziehung des Besitzeinkommens im Verhältnis zum Arbeitseinkommen, unter ausgiebiger Berücksichtigung der Minderbemittelten und der persönlichen und Familienverhältnisse der Steuerpflichtigen, und verteilen die öffentlichen Lasten je nach Maßgabe der Steuerkraft; sie gewähren den Gemeinden ihrer wirtschaftlichen Natur entsprechende, ergiebige und sichere Steuerquellen. Der infolge der Steuerreform eintretenden Verschiebung in der Abstufung des Wahlrechts trägt das Gesetz über die Abänderung des Wahlverfahrens Rechnung. Ich hoffe zuversichtlich, daß die Neuordnung des staatlichen und kommunalen Steuerwesens dem Haushalte des Staates und seiner Glieder gleichmäßig zu gute kommen, und daß diese von dem Streben nach ausgleichender Gerechtigkeit geleiteten Reformen meinem Volke zum dauernden Segen gereichen werden. Ihnen aber, geehrte Herren, sage ich Meinen Königlichen Dank für Ihre einsichtsvolle und hingebende Mitwirkung bei diesem bedeutsamen Werke. Der Rechnungsabschluß des vergangnen Jahres hat sich günstiger gestaltet, als zu erwarten war. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß auch im laufenden Jahre der im Voranschlage des Staatshaushalts vorgesehene Fehlbetrag bei andauernder sparsamer Verwaltung die veranschlagte Höhe nicht erreichen wird. Zu meinem Bedauern haben umfangreiche Landesteile, namentlich im Westen der Monarchie, infolge anhaltender Dürre an Streu- und Futtermangel zu leiden. Meine Regierung hat ohne Verzug Anordnungen zur Abhilfe getroffen und vertraut auf die kräftige Mitwirkung der kommunalen Verbände. Es wird auch ferner ein Gegenstand Meiner landesväterlichen Fürsorge sein, der Landwirtschaft bei diesen und andern Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hat, zu Hilfe zu kommen. Nicht alles hat zum Abschluß gebracht werden können, was in der zu Ende gehenden Legislaturperiode geplant und erstrebt wurde. Aber der Rückblick auf ihre Ergebnisse ist sowohl um dieser selbst willen als insbesondere auch deshalb ein erfreulicher, weil das Erreichte auf dem patriotischen Geiste beruht, dem das Wohl des Vaterlandes das höchste Ziel ist. Ich schöpfe daraus die Zuversicht, daß es auch in Zukunft gelingen werde, den Aufgaben gerecht zu werden, welche in immer steigendem Maße hervortreten, daß der Kampf der Meinungen und Interessen nur in jenem Geiste geführt und der Frieden im Lande gewahrt werde. Das walte Gott.

Dritter Abschnitt.

Parteibewegung.

I.

Die Parteien über die Militärvorlage.

2. Januar. Nachdem sich einige freisinnige Blätter, wie „Berliner Tageblatt“ und „Börsenkourier,“ etwas günstiger als sonst die freisinnige Presse über die Heeresvorlage geäußert haben, glaubt die „Kreuzzeitung,“ daß ein Teil der freisinnigen Partei die Opposition gegen diese Vorlage aufgeben werde, um dadurch den Juden den Schutz der Regierung gegen die antisemitische Bewegung zu verschaffen.

3. Januar. In der Berliner Zeitschrift „Der neue Kurs“ wird die bedrohliche Stellung der französischen Festung Belfort als ein Grund für die Verstärkung des deutschen Heeres geschildert.

4. Januar. Die „Kölnische Zeitung“ ist der Meinung, daß trotz des Ausspruchs des Kaisers, mit äußerstem Nachdruck für die Vorlage auftreten zu wollen, der Weg der Verständigung nicht ausgeschlossen sei; jener Ausspruch gehe zunächst nur gegen die Militärs, die sich als Anhänger der dreijährigen Dienstzeit mit der Vorlage nicht befreunden können.

5. Januar. Das in der Presse laut gewordene Verlangen nach amtlicher Veröffentlichung des Wortlauts der Ansprache des Kaisers an die Generale bezüglich der Militärvorlage wird im „Hamburger Korrespondent“ wie folgt bekämpft:

Der Kaiser hat nicht nötig, nur bei verschlossenen Thüren zu sprechen; ebensowenig darf ihm zugemutet werden, daß er mit seinen Generalen nur unter Anwesenheit eines Stenographen verkehre. Das, was von der Ansprache veröffentlicht werden sollte, ist so wie geschehen auf Befehl des Kaisers veröffentlicht worden. Zwar ist anderweit gut verbürgt, daß der Kaiser dem Sinne nach auch geäußert habe, er mißbillige eine etwaige politische Opposition und Stimmungsmacherei von Angehörigen der Armee wider die Vorlage aufs schärfste und werde sie unbedingt nicht dulden; allein dies gehört zu den Dingen, über die der Monarch nur zu seinen Generalen gesprochen hat, und die sich einer halbamtlichen Veröffentlichung, vollends im Wortlaut, entziehen.

Die „Nationalzeitung“ tritt dem Hinweise auf Belfort im „Neuen Kurs“ also entgegen:

Wir halten uns an die Thatsache, daß Moltke der Position von Belfort große Bedeutung beimaß, und an die andre Thatsache, daß Moltke dann noch sechzehn Jahre Chef des Generalstabs war; er wird somit wohl durch spezielle Vorkehrungen dafür gesorgt haben, daß einer speziell von Belfort aus

drohenden Gefahr begegnet werden kann. In der That ist in dieser Beziehung manches geschehen.

Zur Empfehlung der Militärvorlage fährt man fort, von vielen Seiten Gründe herbeizubringen. So weist die „Kölnische Zeitung" darauf hin, es sei eine sehr interessante Ausführung, daß Deutschland schon vor 200 Jahren mehr oder mindestens ebensoviel für eine Miliz von sehr zweifelhaftem Werte bezahlt hat, als wir heute für Reichsheer und Flotte zusammen bezahlen, in dem erschienenen zweiten Teile der „Geschichte der Stadt Jülich" zu finden.

6. Januar. In der „Münchener Allgemeinen Zeitung" wird gesagt:

Die Militärvorlage hat ein charakteristisches Merkmal, das sie von allen ihren Vorgängerinnen unterscheidet: sie wird in der Armee selbst abgelehnt. Vom Major aufwärts bis zu den höchsten Chargen zählen allem Anschein nach mindestens fünf Sechstel zu den Gegnern der Vorlage. Es dürfte ein bedenkliches Experiment sein, auch hier die Nörgler gehen zu heißen. Die selbst zur Ueberraschung der freisinnigen Partei erfolgte Versetzung der fahrenden Feldartillerie zu den Fußtruppen, nur um das zweifelhafte Geschenk einer zweijährigen Dienstzeit zu verallgemeinern, dürfte sich schwer rächen.

Die laut gewordene Ansicht, daß Militärs sich über die Heeresvorlage nicht äußern dürften, ohne zuvor aus dem Heere geschieden zu sein, wird von der „Nationalzeitung" bekämpft.

7. Januar. Die „Kreuzzeitung" stellt den Kampf gegen die Militärvorlage ein. Sie schreibt:

An unserm Standpunkte halten wir fest, d. h. wir sehen die von uns vertretenen Vorschläge, wie sie auf der Grundlage der dreijährigen Dienstzeit ruhen, nach wie vor als die geeignetsten an und machen daraus nicht im mindesten ein Hehl. Wir haben unsre Schuldigkeit gethan und lehnen die Verantwortung ab, aber nach den neuesten Vorgängen müssen wir leider erkennen, daß diese unsre Auffassung zur Zeit weder parlamentarisch-politisch, noch militärisch das Maß von Unterstützung findet, dessen sie bedarf, und daß es sich aus diesem Grunde jetzt nicht mehr um das handeln kann, was an sich als das Beste erscheint; darauf vielmehr kommt es an, für das nach Lage der Dinge vergleichsweise Annehmbarste, d. h. für die unveränderte Regierungsvorlage einzutreten, damit völlig Unannehmbares ausgeschlossen werde.

9. Januar. Die Landesversammlung der deutschen Partei Württembergs erklärt sich mit der Militärvorlage, soweit dieselbe zum Schutze unsrer großen nationalen Errungenschaften notwendig sei, einverstanden.

11. Januar. Der in türkischen Diensten stehende v. d. Goltz-Pascha bezeichnet in einem Aufsatze der „Deutschen Rundschau" die Einführung der zweijährigen Dienstzeit als eine Notwendigkeit. — Der „Volksverein" in Nürnberg sendet eine an den Reichstag zu richtende Bittschrift wegen Abweisung der Militärvorlage und

wegen Einführung von Reformen im Heer allen Volks- und demokratischen Vereinen Deutschlands zu.

12. Januar. Der in Kiel versammelte Gesamtausschuß der freisinnigen Partei Schleswig-Holsteins spricht sich für den von der freisinnigen Reichstagsfraktion angenommenen Standpunkt aus. Es ist keineswegs der Wunsch vorhanden, dem Grafen v. Caprivi Schwierigkeiten zu bereiten, aber man ist auch nicht gesonnen, ihm zuliebe weiter zu gehen, als es das eigne Gewissen gestattet. Der gesunde Menschenverstand frage: Was hilft eine Schutzwehr, eine Last, die erdrückt? Alle Wahrscheinlichkeitsberechnungen der Techniker brächten diese Frage nicht aus der Welt. — Dagegen wird in der „Kölnischen Zeitung" ausgeführt:

Die Kosten der Landesverteidigung betragen pro 1892/93 pro Kopf der Bevölkerung: in Frankreich 21,1, in England 17,4, im deutschen Reiche 13,9, in Italien 9,0 und in Oesterreich-Ungarn 7,6 Mk. Die Steuern pro Kopf betragen: in Frankreich 58,1, in England 39,0, in Italien 32,3, in Oesterreich-Ungarn 28,2 und im deutschen Reiche 20,6 Mk. Das Ergebnis der Darstellung sei daher, daß der Steuerdruck im Reiche der geringste und die Schuldenstatistik die günstigste ist. Wenn die neugeforderten Millionen zu Unrecht abgelehnt würden, so sei die Gefahr vorhanden, daß die bisher für die Landesverteidigung auch bei uns ausgegebenen Milliarden vergebens vergeudet wurden.

13. Januar. Die in Markt-Redwitz versammelten Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei des Reichstagswahlkreises Bayreuth sagen:

Daß die Annahme oder Nichtannahme der Militärvorlage keine Partei- und keine Freiheitsfrage, sondern nur aus patriotischen Erwägungen zu entscheiden ist, daß die überlegenen Rüstungen Frankreichs die Stärkung auch unsrer Wehrkraft und die möglichste Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht notwendig machen, und daß das deutsche Volk vor Opfern nicht zurückscheut, wenn es sich darum handelt, die im Jahre 1870 nach schweren Kämpfen errungene Einheit und Machtstellung zu wahren, dem Vaterlande den Frieden und für den Fall des Kriegs den Sieg zu sichern, daß die Ablehnung der Militärvorlage ein Aufgeben unsrer Opferwilligkeit und dieses Strebens bezeugen und die Gefahr eines Kriegs nähern, daß sie bei den Franzosen Uebermut und Jubel, bei unsern Bundesgenossen Mißstimmung und Mangel an Vertrauen, bei den Deutschen im Auslande Trauer erwecken würde, daß deshalb mit allen Kräften für eine Einigung zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstage zu wirken sei.

16. Januar. In den „Hamburger Nachrichten" heißt es, die deutsche Politik habe die Aufgabe, Krieg zu verhindern, „und das kann sie, wenn sie ihr Geschäft versteht, auch ohne daß dem deutschen Volk die Opfer auferlegt werden, die die Militärvorlage in ihrer jetzigen Gestalt ihm zumutet."

22. Januar. Das nationalliberale Zentralkomitee für die Rheinprovinz ist in Köln versammelt.

In den Verhandlungen wird bezüglich der Militärvorlage hervorgehoben, daß sie in nationaler Beziehung von der größten Wichtigkeit sei, da Deutschland ein mächtiges Heer nicht bloß für den Kriegsfall, sondern auch vielmehr für die Erhaltung des Friedens von ganz Europa nötig habe. Aber auch den alten liberalen Forderungen entspreche sie, indem sie nicht einem Teile, sondern möglichst allen Dienstpflichtigen die schwere Aufgabe der Vaterlandsverteidigung auferlege; die zweijährige Dienstzeit sei eine große Erleichterung und wirtschaftlich von bedeutendem Vorteil. Die nationalliberale Partei sei also im Grundsatze der Vorlage günstig gestimmt, müsse aber bei der Erwägung der Kosten und Lasten, die sie dem Lande bringe, auf dem Standpunkte beharren, den v. Bennigsen im Reichstage als den maßgebenden bezeichnet habe. Der bösen Stimmung, die sich über das Land wie ein schwarzer Schleier gelegt habe, könne zum Teil dadurch entgegengewirkt werden, wenn der mehr und mehr zunehmenden Verknöcherung des Verkehrswesens von der Regierung Einhalt gethan und besonders das Eisenbahnwesen von den Fesseln des Staatshaushaltsetats gelöst und die technischen und Verkehrsrücksichten wieder mehr in ihr Recht eingesetzt würden.

23. Januar. v. d. Goltz-Pascha tritt in der „Kölnischen Zeitung" wiederum für die Militärvorlage auf. Er sagt darin u. a.: Wir sind durch die rastlose Arbeit Frankreichs und Rußlands in der kriegerischen Machtentfaltung von beiden Seiten überholt worden. Unsre Hoffnung auf den Sieg im künftigen Kriege, der über Deutschlands Schicksal entscheiden soll, kann sich nur noch darauf gründen, daß der Himmel uns glücklichere Feldherren beschere als unsern Feinden, und daß unsre Soldaten tapferer und gewandter sein werden als die ihrigen. Dies ist ein unserm Gefühl sehr sympathischer Ankergrund, der jedoch die kritische Untersuchung auf seine Sicherheit nicht zu ertragen vermag. Die Zukunft und Selbständigkeit des Vaterlands sind daher in Gefahr, und, was das schlimmste ist, sie sind insofern durch unsre Schuld in Gefahr, als wir es verschmähten, jährlich an 100 000 junge deutsche Männer, welche Waffen tragen können, für den Waffendienst auszubilden.

24. Januar. In der Zeitschrift „Deutsche Revue" spricht sich der frühere österreichische Minister v. Schäffle „über die Erschwinglichkeit oder Unerschwinglichkeit des steigenden Militäraufwandes und die Kosten des nächsten Kriegs" also aus:

Was macht den etwaigen Zukunftskrieg kostspieliger? Schon zunächst die intensivere Technik seiner Hilfsmittel und die größere Schwierigkeit der Verpflegung. Ist vielleicht eine weniger verwüstende, eine rücksichtsvollere Kriegführung zu erwarten? Das Gegenteil wird anzunehmen sein. Wird etwa der Krieg durch vergleichsweise kürzere Dauer minder kostspielig werden? Das ist mindestens nicht gewiß. Eher ist das Gegenteil anzunehmen. Im letzten großen Kriege sind die Entscheidungen wegen der Schwäche Frankreichs verhältnismäßig rasch gefallen, und doch hat es bis zum Friedensschluß rund dreiviertel Jahre gedauert! Die Franzosen haben so in der Qualität wie in der Quantität ihrer Heere und vielleicht auch ihrer Heerführer sehr bedeutende Fortschritte gemacht. Eine Kriegsdauer weit über neun Monate hinaus ist nicht sehr wahrscheinlich. Das bürgerliche Leben wird seine Friedensansprüche gebieterisch geltend machen, nachdem ein Krieg das ganze männliche Geschlecht vom 21. bis 45. Lebensjahre unter die Waffen gezwungen haben würde. „Eine ganz zweifellose und zwar eine gewaltige Steigerung der Kostspieligkeit ergiebt sich aus der inzwischen vollzogenen Erhöhung der Wehrkraft.

Ich kann der Mindestannahme einer Erhöhung der feldmäßig verwendbaren Streitkräfte um 60 bis 70 Prozent mich keineswegs entschlagen. Hiernach wäre aber anzunehmen, daß der »nächste Krieg« mit Rücksicht auf die ins Feld geführten Heeresmassen beider Nationen zusammen mindestens 20 Milliarden Mark kosten würde, wenn der letzte deutsch-französische Krieg 12 Milliarden gekostet hat. Mit Rücksicht auf die andern, seit 1870 eingetretenen Steigerungskoeffizienten könnte man für die wahrscheinlichen Gesamtkosten eher auf 25 Milliarden Mark, selbst auf eine noch höhere Summe gelangen. Welche Volksklasse würde am meisten bedrückt werden? Der produktive Besitz, zumal der mittlere und kleinere, ist es, der am meisten im Kriege und durch die Kriegsliquidationen zu leiden hat.

25. Januar. Eine von über 500 Personen besuchte Versammlung des jüngst gegründeten „Patriotischen Vereins Frankfurt a. M." erklärt: „Zur Sicherheit des Reichs und zur Sicherstellung des Friedens halten wir die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht auf Grund der gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen und die fahrende Artillerie für unbedingt erforderlich. — Die „Hamburger Nachrichten" „sehen mit Sorge der Entwicklung entgegen, wenn infolge der Bearbeitung der öffentlichen Meinung und der Fraktionsstreberei die Militärvorlage, so wie sie eingebracht ist, oder mit nicht genügenden Abänderungen zur Annahme gelangt. Die Gefahr ist um so größer, weil die Probe auf die Richtigkeit des Exempels erst dann möglich sein wird, wenn die Remedur es nicht mehr ist." — Nach der „Börsenzeitung" führt man in parlamentarischen Kreisen die zögernde Behandlung der Militärfrage auf den Wunsch des Kaisers zurück, der in dem Tumult der Hoffestlichkeit und inmitten der mancherlei Pflichten, die ihm die Vermählung seiner Schwester und der Besuch des Großfürsten-Thronfolgers auferlegt, nicht die Ruhe finden könne, sich definitiver über die so überaus wichtige Frage zu entscheiden. Man habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, den Kaiser und die verbündeten Regierungen zu einem Kompromiß bereit zu finden.

26. Januar. In den „Hamburger Nachrichten" wird folgendes ausgeführt:

Die Thätigkeit, die die offiziöse Presse gegenwärtig mit ihren Einschüchterungsartikeln zu Gunsten der Militärvorlage entwickelt, steht mit den Beschwerden, die Graf v. Caprivi vor Jahresfrist gegen die Züchtung des Beunruhigungsbazillus im Parlament erhoben hat, in einem wunderlichen Widerspruche. Dieser Bazillus der Beunruhigung und Einschüchterung ist nie mit solchem Eifer und mit soviel Aufwand an autoritativem Anstrich kultivirt worden, wie es heute von seiten der Regierungsorgane geschieht. Die unablässige Vorführung des Belforter Gespenstes bildet nur die eine Seite dieser Thätigkeit; noch viel stärker äußert sich dieselbe in offiziösen Artikeln, welche die Abgeordneten und Wähler mit der Androhung einzuschüchtern und zu beunruhigen versuchen, daß es im Falle der Ablehnung der Militärvorlage zu „schweren Konflikten," zu „scharfen Kämpfen zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstage kommen müsse," die zu einer gewal-

In den Ve
daß sie in natio
land ein mächti
für die Erhalt
den alten Lib
einem Teile, fe
Vaterlandsverte
Erleichterung
Partei sei alle
aber bei der
auf dem Ste
maßgebenden
wie ein schn
gewirkt wer
Verkehrswe
bahnwesen
und Verke

23.

Zeitung"
Wir
kriegeris
Hoffnun
entscheid
glückliche
tapferer
Gefühl
auf sein
digkeit
sie sin
jährlic
für de

der
lichk
die

Die Regierung war sich darüber nie unklar, daß sie bei dieser, wie bei neue Lasten behufs Steigerung der Wehrkraft des Reichs fordernden e auf Widerstand stoßen würde. Damit mußte sie heute so gut rechnen, rs Jahr oder über fünf Jahre. Daß neben diesem Widerstande zur rstimmungen vorhanden sind, welche, obschon sie andern Gründen ent- en, in jener Vorlage einen erwünschten Angriffspunkt finden würden, der Regierung ebenso wenig entgehen, sie mußte sich vielmehr sagen, auch bei günstigem Verlauf der Dinge, die grassirende Beunruhigung würde. Es entstand die Frage: was ist das geringere Uebel, durch die Militärvorlage gesteigerte Beunruhigung im Innern, eine durch Fortdauer unsrer militärischen Schwäche ge- erte Gefahr nach außen? Die Regierung konnte nicht zweifelhaft Keine Differenz im Innern Deutschlands kann so erheblich sein, daß sie vor einer Bedrohung des Daseins des Reichs von außen her zurücktrete. ß der Neigung des Deutschen, seine näher liegenden Interessen im Ver- is zum Ganzen zu überschätzen, wird der Patriotismus der Nation bereit- ig alles andre beiseite schieben, sobald ihm zum Bewußtsein kommt, daß s Reich auf dem Spiele steht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, un die Gefahren, welche die verbündeten Regierungen in der Zukunft liegen t, schon morgen über den Horizont heraufstiegen, alle innern Differenzen gessen wären und nur ein Wille da sein würde: Deutschland um jeden reis zu schützen.

29. Januar. Unter der Ueberschrift „Ein Mahnruf in tzter Stunde" spricht sich der General der Infanterie z. D. Leszczynski in längeren Ausführungen für die Militärvorlage us und schließt mit den Worten:

Die deutsche Nation steht an einem Wendepunkt, es fragt sich heute: Wollen wir unsre in heißen Kämpfen errungene Stellung behaupten oder nicht? Führen wir ein starkes Schwert, rostig durch die Uneinigkeit der Parteien, so behaupten wir uns nicht! Darum handelt es sich.

Die „Nationalliberale Korrespondenz" schreibt zur Militärvorlage:

Es läßt sich nicht verkennen, daß die Volksstimmung, soweit sie zum Ausdruck kommt, für die Militärvorlage wenigstens in denjenigen Kreisen neuerdings günstiger geworden ist, in welchen stets das Gefühl für des Reiches Kraft und Festigkeit am stärksten ausgebildet war, wenn auch nicht für die Militärvorlage im vollen Umfange des Regierungsentwurfs, so doch für eine Verständigung auf mittlerer Linie, wie sie mit der gegenwärtigen Leistungsfähigkeit des Volks vereinbar ist. Täglich mehren sich die Kundgebungen in dieser Richtung, die allerdings zunächst fast ausschließlich auf konservative und nationalliberale Kreise beschränkt sind. Vieles derart, was im Vertrauen sich ausspricht, dringt überhaupt nicht in die Oeffentlichkeit; wir haben aber allen Grund anzunehmen, daß auch bei freisinnigen und klerikalen Abgeordneten Gesuche, Mahnungen und Stimmungsberichte in dieser Richtung in reichlicher Zahl einlaufen. Vornehmlich in den westlichen Gegenden des Reichs, die ja bei einem Kriege zunächst gefährdet sein würden, herrscht der dringende Wunsch nach einer Verständigung vor.

4. Februar. Während die „Freisinnige Zeitung" auf Auflösung des Reichstags hindrängt, befürwortet der freisinnige Abgeordnete

tigen Schädigung unsrer wirtschaftlichen Kräfte, unsers gesamten Handels und Wandels führen würden.

Ueber die Aeußerungen des Reichskanzlers in der Sitzung der Militärkommission vom 24. Januar (S. 55) äußert die „Germania“: Man empfängt unwillkürlich den Eindruck, daß auch in Regierungskreisen nach und nach die Ueberzeugung von der absoluten Aussichtslosigkeit der Militärvorlage durchzubrechen beginnt; denn anders lassen sich so manche verzweifelte Anstrengungen, Stimmung für die Vorlage zu machen, nicht erklären. — Die Mitglieder des rheinischen Provinzialausschusses sprechen sich dahin aus, der Reichstag wolle den Vorschlägen der Reichsregierung in der Militärvorlage möglichst entsprechen.

27. Januar. Mehrere kommandirende Generale von Armeekorps sprechen sich in ihren Trinksprüchen zum Geburtstag des Kaisers mit Eifer für die Heeresvorlage aus. Graf Waldersee sagt in seinem Toaste zu Altona: er gebe sich der Hoffnung hin, daß der Widerstand glücklich überwunden werde, der gegen die Forderungen sich erhebe, die der Kaiser auf Grund reiflicher Abwägung aller Verhältnisse und des Rates erfahrener Männer einzig zu dem Zweck an die Nation gestellt habe, dem Reiche den Frieden zu erhalten. General v. Lewinski sagt in seinem Toaste zu Breslau: „Dornenreich ist der Weg des Kaisers, und so groß auch seine Kraft, so eisern sein Wille ist, so bedarf er doch der werkthätigen Unterstützung seines Volks.“ Der Gouverneur von Köln, General v. Schkopp, sagt in seinem Trinkspruche: „An unserm politischen Horizont ziehen sich die Wolken immer dichter und dichter zusammen, und in nicht ferner Zeit wird das Wetter ganz gewiß hereinbrechen. Aber je ärger die Stürme brausen, desto mehr lehnt sich das deutsche Volk an seine Fürsten. Der Krieg kommt! Gebe Gott, daß er das deutsche Volk um seine Fürsten geschart findet. Wenn nicht, dann haben wir einen schönen Traum geträumt, dann ade, du schönes Land! Dann werden die Zeiten des dreißigjährigen Kriegs wiederkehren, wo Gesittung und Kultur um Jahrhunderte erschüttert werden. Möge jeder Einzelne dahin wirken, daß unser Volk, wenn auch mit schwerem Herzen, die Last willig auf seine Schultern nehme!“

28. Januar. Ausgehend von der Thatsache des von verschiedenen Seiten der Regierung gemachten Vorwurfs, daß sie die Militärvorlage eingebracht habe, ohne die Stimmung des Volkes zu kennen, daß sie nicht wenigstens noch ein Jahr damit gewartet habe, begründet die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die Notwendigkeit der Einbringung der Vorlage in der jetzigen Session also:

Die Regierung war sich darüber nie unklar, daß sie bei dieser, wie bei jeder neue Lasten behufs Steigerung der Wehrkraft des Reichs fordernden Vorlage auf Widerstand stoßen würde. Damit mußte sie heute so gut rechnen, wie übers Jahr oder über fünf Jahre. Daß neben diesem Widerstande zur Zeit Verstimmungen vorhanden sind, welche, obschon sie andern Gründen entspringen, in jener Vorlage einen erwünschten Angriffspunkt finden würden, konnte der Regierung ebenso wenig entgehen, sie mußte sich vielmehr sagen, daß, auch bei günstigem Verlauf der Dinge, die grassirende Beunruhigung steigen würde. Es entstand die Frage: was ist das geringere Uebel, eine durch die Militärvorlage gesteigerte Beunruhigung im Innern, oder eine durch Fortdauer unsrer militärischen Schwäche gesteigerte Gefahr nach außen? Die Regierung konnte nicht zweifelhaft sein. Keine Differenz im Innern Deutschlands kann so erheblich sein, daß sie nicht vor einer Bedrohung des Daseins des Reichs von außen her zurücktrete. Trotz der Neigung des Deutschen, seine näher liegenden Interessen im Verhältnis zum Ganzen zu überschätzen, wird der Patriotismus der Nation bereitwillig alles andre beiseite schieben, sobald ihm zum Bewußtsein kommt, daß das Reich auf dem Spiele steht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn die Gefahren, welche die verbündeten Regierungen in der Zukunft liegen sehen, schon morgen über den Horizont heraufstiegen, alle innern Differenzen vergessen wären und nur ein Wille da sein würde: Deutschland um jeden Preis zu schützen.

29. Januar. Unter der Ueberschrift „Ein Mahnruf in letzter Stunde" spricht sich der General der Infanterie z. D. v. Leszczynski in längeren Ausführungen für die Militärvorlage aus und schließt mit den Worten:

Die deutsche Nation steht an einem Wendepunkt, es fragt sich heute: Wollen wir unsre in heißen Kämpfen errungene Stellung behaupten oder nicht? Führen wir ein starkes Schwert, rostig durch die Uneinigkeit der Parteien, so behaupten wir uns nicht! Darum handelt es sich.

Die „Nationalliberale Korrespondenz" schreibt zur Militärvorlage:

Es läßt sich nicht verkennen, daß die Volksstimmung, soweit sie zum Ausdruck kommt, für die Militärvorlage wenigstens in denjenigen Kreisen neuerdings günstiger geworden ist, in welchen stets das Gefühl für des Reiches Kraft und Festigkeit am stärksten ausgebildet war, wenn auch nicht für die Militärvorlage im vollen Umfange des Regierungsentwurfs, so doch für eine Verständigung auf mittlerer Linie, wie sie mit der gegenwärtigen Leistungsfähigkeit des Volks vereinbar ist. Täglich mehren sich die Kundgebungen in dieser Richtung, die allerdings zunächst fast ausschließlich auf konservative und nationalliberale Kreise beschränkt sind. Vieles derart, was im Vertrauen sich ausspricht, dringt überhaupt nicht in die Oeffentlichkeit; wir haben aber allen Grund anzunehmen, daß auch bei freisinnigen und klerikalen Abgeordneten Gesuche, Mahnungen und Stimmungsberichte in dieser Richtung in reichlicher Zahl einlaufen. Vornehmlich in den westlichen Gegenden des Reichs, die ja bei einem Kriege zunächst gefährdet sein würden, herrscht der dringende Wunsch nach einer Verständigung vor.

4. Februar. Während die „Freisinnige Zeitung" auf Auflösung des Reichstags hindrängt, befürwortet der freisinnige Abgeordnete

Barth in der Zeitschrift „Nation“ eine Vertagung der Entscheidung über die Militärvorlage.

5. Februar. Die auf Einladung des nationalliberalen deutschen Reichsvereins versammelten Bürger Dresdens erklären es für eine unabweisbare ernste Verpflichtung aller staatserhaltenden, reichstreuen Elemente des deutschen Vaterlandes, in der Frage der Heeresverstärkung eine Einigung zu suchen und zu finden; sie billigen die Grundlagen der Militärvorlage und erwarten, daß angesichts der Finanzverhältnisse des Reichs und der zur Zeit gedrückten Lage von Handel und Gewerbe, Landwirtschaft und Industrie die Forderungen auf das Maß des unbedingt Notwendigen beschränkt werden. — Im ultramontanen „Westfälischen Merkur“ zu Münster wird, unter Hinweis auf die Vorgänge im Reichstagswahlkreise Liegnitz, der Regierung auseinandergesetzt, daß sie die konservative Partei zerstören würde, falls sie bei den jetzigen chaotischen Zuständen innerhalb dieser eine Krisis wegen der Militärvorlage und Neuwahlen herbeiführe.

6. Februar. Die Münchner „Allgemeine Zeitung“ meint, unter Hinweis auf die Sendung des Generals v. Loë zum Papst, „an einzelnen Stellen“ bestehe volle Bereitwilligkeit, ein den Wünschen der Konservativen und der Zentrumspartei entsprechendes Volksschulgesetz wieder vorzulegen, um sie für die Militärvorlage geneigt zu machen; dagegen sei es sehr fraglich, ob das Staatsministerium und der Landtag zustimmen würden.

8. Februar. Die Zeitschrift „Preußische Jahrbücher“ enthält zu Gunsten der Vorlage folgendes:

Das einzige wahre Hindernis der Bewilligung sind die Kosten. Es wäre daher nicht nur ein Fehler, nicht bloß eine Schwächlichkeit, sondern es wäre ein politisches Verbrechen, das sich früher oder später einmal aufs schwerste strafen müßte, wenn die Regierung das, was sie für die Verteidigung des Vaterlandes für notwendig erklärt, nicht auch erreichte. Der einfachste Weg, zum Ziel zu gelangen, bleibt immer ein Pakt mit dem Zentrum. Mit einem solchen Pakt ist das Zentrum ebenso sicher zu haben, wie es sicher ohne ihn nicht zu haben ist. Es ist sein einfaches gutes Recht. Wozu hätten wir eine konstitutionelle Verfassung, wenn die Parteien nicht das Recht hätten, Einfluß auf die Gesetzgebung zu erlangen, und zwar nicht bloß negativen, sondern auch positiven? Da es sich um ein großes Verdienst handelt, das das Zentrum sich erwerben soll, so hat es auch das Recht, einen großen Preis, das heißt eine wesentliche Ausgestaltung des Staates in der Richtung seiner Ideen zu fordern. Leidet darunter der Liberalismus, so ist es eine gerechte Strafe, die der Liberalismus erleidet. Was hat eine Partei für Ansprüche zu erheben, die, um ein Drittel Pfennig auf jedes Glas Bier zu ersparen, ebensowohl ihre Prinzipien wie die einfachsten Pflichten des Patriotismus verleugnet?

9. Februar. Im Interesse der Militärvorlage giebt das Armee-

blatt näheres über die Wehrverhältnisse der Verbündeten Deutschlands an:

Der gesamte Friedensstand einschließlich der beiden Landwehren ist für Oesterreich-Ungarn mit Offizieren 826040 Mann. In Italien ist die Stärke für 1892 einschließlich 24000 Karabiniers mit Offizieren nur 247798 Mann. Die beiden Verbündeten mit zusammen 71 731 989 Einwohnern stellen somit insgesamt im Frieden 573838 Mann auf. Demgegenüber würde das deutsche Reich mit 49428470 Einwohnern nach der Militärvorlage einen Friedensstand von 593687 und mit Einjährig-Freiwilligen sogar von 603000 Mann haben.

Der „Neue Wahlverein" in Breslau spricht sich nach einem Vortrage des Generallieutenants v. Boguslawski für die Militärvorlage aus.

11. Februar. In den „Hamburger Nachrichten" wird folgendes ausgeführt:

Einige Generale der deutschen Armee haben sich in öffentlichen Reden und in Zeitungsartikeln auf den Standpunkt gestellt, daß Deutschland mit der jetzigen Militärvorlage an einem Wendepunkt seiner Geschicke angelangt sei. Diese Auffassung ist unsers Erachtens mangelhaft begründet. Der Krieg mit zwei Fronten ist bei geschickter Politik sehr wohl zu vermeiden; aber wenn er es nicht wäre, bliebe die Lage der Dinge eine solche, daß von Befürchtungen, wie sie als Schreckgespenst von den Generalen ausgemalt werden, nicht die Rede zu sein brauchte. Die hierfür sprechenden Momente sind in diesem Blatte mehrfach hervorgehoben und brauchen nicht wiederholt zu werden. Zu ihrer Vervollständigung dient u. a. die Rede des Kaisers bei Anwesenheit des Herzogs von Edinburg in Berlin, die den Hinweis darauf enthält, daß im Falle eines kontinentalen Kriegs dem Dreibunde der maritime Beistand Englands nicht fehlen werde. Und noch in mancher andern Richtung ist die Lage zur Zeit und der Voraussicht nach auf einen längern Zeitraum hinaus den Dreibundmächten günstig. So z. B. wird Rußland durch die Rüstungen Rumäniens, Bulgariens und der Pforte genötigt, im Kriegsfalle an seinen Süd- und Südwestgrenzen eine stärkere Truppenmacht zur Beobachtung dieser Mächte aufzustellen; hierzu ist Rußland um so mehr gezwungen, als es von der Pforte beim letzten Friedensschluß die Abtretung beträchtlicher Gebietsteile und starker befestiger Plätze mit muhammedanischer Bevölkerung erlangt hat. Bei dieser Lage der Dinge erscheint die Auffassung eines Generals, daß der nächste Krieg die Dauer und den Charakter des dreißigjährigen Kriegs annehmen werde, kaum haltbar.

12. Februar. Der Kriegerverband Köln richtet an den Reichstag zu Gunsten der Militärvorlage eine Eingabe, die im wesentlichen lautet:

Nach der Militärvorlage wird durch die Einführung der zweijährigen Dienstzeit die Einstellung aller wehrfähigen Leute beabsichtigt. Diese Absicht, deren Durchführung unsre Armee der französischen an Kopfzahl gleichstellen würde, wird von allen gedienten Soldaten freudig begrüßt und als ein Akt der Gerechtigkeit betrachtet. Die nicht vollständig durchgeführte Wehrpflicht zwischen den Wehrpflichtigen und den davon Befreiten im bürgerlichen Leben zum Nachteile der erstern wie auch die Bevorzugung einzelner als Königsurlauber hat bei vielen der volle drei Jahre Dienenden ein bitteres Gefühl erweckt, das nicht darnach angethan war, den dreijährig Dienenden im letzten Jahre zu einem besonders guten Soldaten zu machen.

13. Februar. Freiherr v. Fechenbach tritt in den Münchner „Neuesten Nachrichten" für die Vorlage ein, indem er u. a. sagt:

Ich kann die gegenwärtige Politik der Zentrumsleitung in hohem Grade beklagen und finde es namentlich unverantwortlich, daß sie ihrer Presse die Möglichkeit nimmt, das katholische Volk über die Militärvorlage aufzuklären. Ein unglücklicher Krieg würde unserm Lande außer den unerläßlichen Drangsalen und Opfern noch Lasten auferlegen, gegen welche die nun zu seinem Schutze geforderten verschwindend wären.

15. Februar. Eine große Zahl hervorragender Männer Berlins hält eine Versammlung zur Besprechung der Militärvorlage ab.

Generallieutenant z. D. von Boguslawski sucht an der Hand eines reichen Zahlenmaterials nachzuweisen, welche gewaltigen Fortschritte Frankreich seit 1871 in der Vermehrung seines Kriegsmaterials gemacht habe; es habe Deutschland überflügelt, obgleich unsers westlichen Nachbars Bevölkerungszahl bedeutend geringer sei; mit Rußlands Armee könne die deutsche in numerischer Beziehung erst recht nicht konkurriren; die Regierung habe mit der Einbringung der Militärvorlage nur eine Pflicht erfüllt. Lebhafter minutenlanger Beifall belohnte den Redner für seinen lehrreichen Vortrag. Geheimrat Professor Wagner erklärt, daß, wenn hier und da gefragt werde, warum Deutschland allein von den Dreibundsmächten die erhöhten Lasten tragen solle, doch bedacht werden müsse, daß Oesterreich-Ungarn sowohl als Italien viel ärmer als unser Vaterland wären; Oesterreich bringe auf den Kopf der Bevölkerung für das Heer und die Flotte 21 Mark aufs Jahr auf, Italien sogar 24 Mark; in Deutschland sei bei weitem nicht eine solche Summe aufzubringen. Freilich verkehrt wäre es, wenn man bei uns immer auf den weitern Ausbau der indirekten Steuern bedacht sei, ohne stärkere Heranziehung der direkten Steuern gehe es nicht weiter; eine solche Resolution, wie das Herrenhaus vor zwei Jahren gefaßt habe, daß nämlich Einnahmen von über 100 000 Mk. nicht stärker als mit 4 Prozent zur Steuer herangezogen werden sollen, halte er für unklug und für nicht patriotisch. Die Opferwilligkeit, die Opferfreudigkeit fehle in Deutschland stellenweis bei den besitzenden Klassen noch sehr. Wir können uns nicht verhehlen, daß der Kampf, den Deutschland 1870/71 im Westen geführt habe, verschwindend klein gewesen sei gegen den, den es naturnotwendig im Osten zu führen habe. Für eine Nation, wie die deutsche, schicke es sich auch nicht, ängstlich darnach zu sehen, ob der russische Kaiser einen Höflichkeitsbesuch erwidert oder nicht. Er hoffe zwar, daß Habsburg und Hohenzollern endlich zusammenhalten würden, weil sie gemeinsame Interessen gegen den östlichen Nachbar hätten; aber besser wäre es doch, wir wären stark genug.

Schließlich spricht sich die Versammlung für die Vorlage aus. Ebenso eine aus Männern der verschiedensten Parteien bestehende Versammlung in Görlitz.

17. Februar. Michel wach auf! ruft die „Kölnische Zeitung." Jeder politisch gebildete Deutsche, dessen Herz für die Größe und Sicherheit seines Vaterlandes schlage, müsse längst erkannt haben, daß die von der Regierung begehrte Verstärkung unsrer Streitmacht nicht von dem engherzigen Standpunkte des Parteimannes zu beurteilen sei, sondern, angesichts der Folgen eines zukünftigen Kriegs, nur als eine Angelegenheit behandelt werden dürfe, die dem Streite

der Parteien entrückt, den fernern Bestand des deutschen Reiches in sich berge.

19. Februar. Eine von 2000 Personen besuchte Versammlung in Essen spricht sich nach einem Vortrage des Abgeordneten Schneider aus Hamm für Verständigung mit den Regierungen aus. Gleichen Beschluß faßt der nationalliberale Verein in Halle a. S.

21. Februar. Zum drittenmale tritt v. d. Goltz-Pascha für die Vorlage auf. Seine Ausführungen in der „Kölnischen Zeitung" schließen also:

Europa bedarf in seiner Mitte des großen, einheitlichen und so starken Staats, daß jeder Angriff auf denselben aussichtslos ist. Nur in diesem Falle werden die im Osten und im Westen vorhandnen, vorwärts treibenden Gewalten den Weg in benachbarte Weltteile suchen, wo ihrer große zivilisatorische Aufgaben harren, die zwar auch nicht ganz ohne Kampf, aber doch ohne große völkervernichtende Kriege zu erfüllen sind, und die am Ende neues Leben wecken, statt vorhandenes zu töten. Soweit menschliche Voraussicht reicht, kann man mit Sicherheit annehmen, daß, wenn Deutschland seine kriegerische Verfassung nicht weiter entwickelt, wenn es nicht jetzt noch, wo wir in der elften Stunde stehen, das Versäumte nachholt, Europa einem Zeitalter neuer Kriege entgegengeht. Kein Bündnis kann den Mangel an einer einheitlich geschlossenen, überlegenen Macht ersetzen, weil seine Gegner die Hoffnung niemals aufgeben werden, es zu sprengen und die Bundesgenossen zu trennen. Auch der Dreibund wird bei aller Beständigkeit den großen europäischen Krieg nicht aufhalten. Das kann, wenn es überhaupt möglich ist, nur das einige, kriegerisch neugestärkte Deutschland, dessen Kräfte in einer Hand ruhen. Unter dieser Bedingung darf man im Augenblick wirklich sagen: „Die Annahme der Militärvorlage ist der europäische Friede."

24. Februar. Eine große Versammlung in Elberfeld ersucht den Reichstag „unter Vermeidung eines Konflikts eine Verständigung mit den verbündeten Regierungen über die Militärvorlage herbeizuführen, weil sie das Scheitern der Vorlage für ein nationales Unglück halten würde." Sie geht dabei von folgenden Erwägungen aus:

1. Die durch die Vorlage dargebotene weitere Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht bedeutet eine gerechtere Verteilung der militärischen Lasten durch Einstellung waffenfähiger, bisher dienstfreier Mannschaften, sowie durch eine stärkere Heranziehung jüngerer Kräfte und eine entsprechende Entlastung älterer Jahrgänge, der Ernährer von Weib und Kind. 2. Die gleichzeitige Verkürzung der Dienstzeit ermöglicht die Durchführung der Reform ohne zu große Belastung. 3. Gewerbe und Handel können nur dann blühen, die vaterländische Industrie nur dann sich heben — zum Nutzen vieler Millionen Deutscher, die in ihr Beschäftigung und Unterhalt finden —, wenn der Frieden erhalten bleibt; zur Erhaltung des Friedens aber ist es dringend erforderlich, daß in Fragen, bei denen es sich um die Sicherung des Vaterlandes handelt, der Reichstag der bewährten Heeresleitung des Reiches vollstes Vertrauen entgegenbringt.

Nachdem einige Blätter die Besorgnis geäußert haben, daß vielleicht das Jesuitengesetz in nahe Beziehungen zur Militär-

vorlage treten könne, heißt es im „Hamburger Korrespondenten": Das Zentrum ist, wie wir zu wissen glauben, davon unterrichtet, daß die Regierung auf irgend welches Handelsgeschäft bei Behandlung der Militärvorlage nicht eingeht, und es darf auch anerkannt werden, daß das Zentrum keinen Versuch gemacht hat, die Militärfrage und die Jesuitenfrage mit einander zu verquicken.

1. März. Der konservative Verein in Stettin spricht sich, nach einem Vortrage des Generallieutenants a. D. v. Heydebreck, für die Vorlage aus; ebenso Vereine in Orten bei Wesel.

2. März. Der „Westfälische Merkur" in Münster führt aus, daß das Mehr an Rekruten, das die Regierung unter Innehaltung der gegenwärtigen Friedenspräsenzstärke sofort haben könne, wirklich ausreichend sei.

„Wer aus Angst oder sonstigen Gründen noch mehr bewilligen will, der muß sich darüber klar sein, daß die Militärverwaltung mit demselben Rechte nächstens weitere 10- oder 20 000 Rekruten und dann auch die entsprechenden neuen Kadres verlangen kann. Und das wird auch geschehen; denn die Annahme dieser Vorlage würde das Prinzip der allgemeinen Dienstpflicht zur Geltung bringen, und der Reichstag könnte es gar nicht hindern, daß alle Jünglinge, die nicht geradezu untauglich sind, bis zum letzten Mann auf zwei Jahre eingestellt werden. Wer dafür ist, der mag mit Ja stimmen. Die Zentrumspartei aber wird festhalten an dem Protest der Windthorstschen Resolution gegen die allgemeine Dienstpflicht, die das Land ruiniren würde. Wollte das Zentrum sich in dieser Frage spalten, dann hätte es sich selbst auf dem Altar des maßlosen Militarismus abgeschlachtet." Es handle sich nicht um ein paar Tausend mehr oder weniger, sondern um das letzte Bollwerk gegen die „allgemeine Dienstpflicht" mit ihren unerträglichen persönlichen und finanziellen Lasten. Deshalb kann das Zentrum nicht nachgeben — wenn es nicht Selbstmord üben will.

Die Volkspartei im achten württembergischen Wahlkreise Horb, erklärt nach einer Rede des Abgeordneten Haußmann:

Eine weitere Vermehrung des stehenden Heeres ist unbedingt abzulehnen aus folgenden Gründen: 1. Fortgesetzte gegenseitige Steigerung der stehenden Heere in Europa steigert nicht die Friedenssicherheit, sondern vielmehr die Kriegsgefahr. 2. Dieselbe erschöpft die Volkskraft und schädigt dadurch sowohl den Wettbewerb zwischen Amerika und Europa, als den Nationalwohlstand der einzelnen Länder. Die Last trifft, nach der Aufbringung der Mannschaft wie der Mittel durch direkte oder indirekte Steuern, zumeist die untern und mittleren Klassen, während doch gerade auf deren Widerstandsfähigkeit die wahre Stärke des Vaterlands beruht. 3. Nicht wünschenswert ist eine Steigerung des Militarismus mit seinen Standesüberhebungen, mit seiner Absonderung vom bürgerlichen Element in Kadettenschulen, Offizierkasinos u. s. w., mit seinem Heer von arbeitslosen Offizierspensionären, und andrerseits mit seinem die Menschenwürde niederdrückenden Kasernenrecht, mit seinen Opfern durch Selbstmord, Soldatenmißhandlungen, Ueberanstrengung und überharte Bestrafung der Subordinationsverstöße.

3. März. Das Provinzialwahlkomitee der nationalliberalen Partei in der Provinz Hannover spricht sich für die Vorschläge von Bennigsens aus.

6. März. Nachdem sich ein Zwiespalt unter den freisinnigen Mitgliedern der Militärkommission herausgestellt hat, wird in der „Breslauer Zeitung" versichert, das Vorgehen des Abgeordneten Hinze stehe in direktem Widerspruch mit den Wünschen der ganzen Wählerschaft.

8. März. Große Versammlungen in Spandau und Kassel sprechen sich entschieden für die Vorlage aus.

10. März. Unter der Ueberschrift „Kein Angebot" wirft die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" einen Rückblick auf das verneinende Ergebnis der ersten Lesung der Militärvorlage in der Kommission des Reichstags und widerlegt die Behauptung, daß die gegnerischen Parteien der Regierung mit einem Angebot entgegengekommen seien, daß also eine Einigung durch das starre Festhalten der verbündeten Regierungen an der Vorlage vereitelt worden sei. Von einem Angebot könne nur dann die Rede sein, wenn ein Vorschlag gemacht wäre, der die Absichten der Regierung wenigstens einigermaßen fördern könnte, das sei aber bei dem einzigen bisherigen Gegenvorschlage der Rekrutenvermehrung innerhalb der gegenwärtigen Präsenzstärke nicht der Fall. — Zur Ablehnung der Militärvorlage in der ersten Lesung der Reichstagskommission lassen sich mehrere Stimmen vernehmen:

Börsen-Zeitung: Das Zentrum hat das Spiel aufgegeben, es zieht sich zurück, möge daraus werden, was da wolle. Das wäre denn die allerbitterste Enttäuschung für diejenigen, die mit der zähen Laune der Verliebten drei Jahre lang sich eingeredet hatten, sie könnten das Zentrum ohne höhere Gegenleistung zu Leistungen im Dienste der Reichspolitik gewinnen; sie könnten versöhnen, was nicht versöhnt sein will. — Vossische Zeitung: Die Sache der Reichsregierung hat eine für sie ungünstige Wendung genommen, eine ungünstigere, als man vielfach geglaubt hatte. — Freisinnige Zeitung: Der Ton, in dem der Reichskanzler seine letzte Erklärung abgab, war ein sehr resignirter. Die Frage der Reichstagsauflösung oder des Rücktritts des Reichskanzlers ist offenbar in diesen Tagen der Entscheidung erheblich näher gerückt. — Germania: Da die Regierung das einzige Gebot, das Aussicht auf eine Mehrheit hätte, auch jetzt wieder zurückgewiesen hat, sind Aussichten auf einen positiven Ausgang nicht vorhanden.

12. März. Die „Post" schreibt: In Abgeordnetenkreisen erzählt man eine Aeußerung des Kaisers, die für die Lage bezeichnend sein dürfte. Von seiten der Anhänger der Zedlitzschen Schulvorlage sei deren Zurückziehung ein Akt der Schwäche, als ein Zurückweichen vor einer künstlich gemachten Erregung der öffentlichen Meinung dargestellt worden, und das sei ganz unrichtig. Nicht zurückgewichen sei man, sondern Se. Majestät habe gerade an seiner Ueberzeugung

festgehalten und sich einen Versuch versagt, ihn in eine andre Richtung zu ziehen. Trotzdem werde die Krisis des Schulgesetzes immer als das Zeichen einer schwachen Regierung hingestellt. Die Militärvorlage werde jetzt Gelegenheit geben, durch die That zu zeigen, wie ungerecht dieser Vorwurf sei. Es werde der Beweis geliefert werden, daß der feste Wille seines Großvaters auch in Kaiser Wilhelm II. lebendig sei.

14. März. Es erscheint in Berlin eine Schrift des Professor v. Gneist: „Die Militärvorlage von 1892 und der preußische Verfassungskonflikt von 1862—66." Darin ist der Streit um die Heeresorganisation von 1860 behandelt, um an dem Gegensatz der Lage von damals und jetzt zu zeigen, wie viel Grund zu einer Verständigung auf der Basis der jetzigen Vorlage vorhanden sei. Es wird darin gesagt: Für den Gang der politischen Ereignisse kommt es nicht darauf an, wie wir sind, sondern wie wir der europäischen Welt erscheinen. Und diese Erscheinung ist die Gefahr, in der sich Deutschland zur Zeit befindet. Der Glaube, daß Deutschland entschlossen ist, seine militärische Ueberlegenheit auch mit neuen Opfern aufrecht zu erhalten, ist wie bisher die einzige Garantie der Erhaltung des europäischen Friedens. Diese Gewißheit ist es, die der in ihrem Kern unverändert gebliebenen Nation in das Gewissen gesprochen werden muß.

Die „Hamburger Nachrichten" heben hervor, daß die Ablehnung der Militärvorlage die Auflösung des Reichstags so wenig zur Folge zu haben brauche wie einen Wechsel im Reichskanzlerposten. „Wenn die Vorlage nicht zur Annahme gelangt, so besteht das nächste Auskunftsmittel darin, daß die Regierung sie derartig ändert, wie sie glaubt, sie durchbringen zu können. Es ist in dem Vierteljahrhundert des Reichsverfassungslebens, das hinter uns liegt, mehrfach vorgekommen, daß Vorlagen, die die Regierungen mit Entschiedenheit vertraten, nicht durchgingen, ohne daß jemand auf die Idee gekommen wäre, entweder müsse der Reichstag aufgelöst werden oder der Kanzler zurücktreten."

15. März. Die „Kreuzzeitung" und die Münchner „Allgemeine Zeitung" erwähnen eines Gerüchts, wonach der der Zentrumspartei angehörende Abgeordnete v. Huene mit dem Reichskanzler über eine Verständigung bezüglich der Militärvorlage unterhandle.

16. März. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" tritt unter der Ueberschrift „Ernste Dinge" den Betrachtungen verschiedner Blätter entgegen, die geeignet seien, die Ansichten über die Grundlagen der Militärvorlage zu verschieben und ihre leitenden Gedanken zu entstellen.

17. März. Bezüglich etwa in Aussicht stehender Neuwahlen bemerkt die „Kölnische Zeitung":

Eine Auflösung bedeutet eine Kraftprobe ersten Ranges. Die eigentlichen Träger des nationalen Gedankens der Militärvorlage sind die

Mittelparteien. Der Erfolg kann sich nur dann an ihre Fahnen heften, wenn sie ungehemmt durch störende und ärgerliche Empfindungen mit ganzer Seele bei der Sache sind und Schulter an Schulter mit den Konservativen mit Begeisterung für klare Ziele in den Wahlkampf ziehen. Wie stellt sich die Regierung das aber vor? Im preußischen Abgeordnetenhause treiben die Deutschkonservativen ein verwerfliches Ränkespiel mit dem Zentrum und üben schnöden Verrat an den Mittelparteien. Glaubt man wirklich, daß das ohne Einfluß auf die Stimmung der mittelparteilichen Kreise bleiben kann? Glaubt man, daß die Mittelparteien mit Herz und Hand für Leute eintreten können, von denen sie sich bei nächster Gelegenheit eines Dolchstoßes zu versehen haben? Und werden die Konservativen mit jener Wucht, die Erfolg verheißt, gegen den Vater der Hindernisse, Lieber, anstürmen können, wenn sie eben erst Wahlrechtsbestimmungen ausgeklügelt haben, die die Machtstellung des Ultramontanismus verstärken sollen? Wir müssen wissen, woran wir angesichts der Gefahren, mit denen der Ultramontanismus das deutsche Geistesleben bedroht, bei den Konservativen und bei der Regierung sind, wenn wir uns für die Militärvorlage in das Kampfgewühl stürzen sollen.

18. März. Ueber die Sitzung der Militärkommission des Reichstags vom 17. d. M. sagt die „Freisinnige Zeitung“: Die Sitzung war besonders bemerkenswert durch die Auseinandersetzung zwischen dem Abgeordneten v. Bennigsen und dem Reichskanzler. Wir erinnern uns nicht, von nationalliberaler Seite jemals eine so scharfe Kritik der allgemeinen politischen Haltung der zeitigen Regierung vernommen zu haben. Der Ausgang der Kommissionsverhandlungen, das starre Festhalten der Regierung an ihrer Vorlage enthält eine glänzende Rechtfertigung für den Standpunkt, den die freisinnige Partei von Anfang an der Militärvorlage gegenüber eingenommen hat. — Die „Post“ bemerkt: Die Rede v. Bennigsens eröffnet die Aussicht auf eine Periode schwerer innerer Kämpfe. Die Hoffnung, daß es gelingen wird, einen solchen Ausgang zu vermeiden und zu einer Verständigung über die notwendige Verstärkung unsers Heeres zu gelangen, darf dem gegenüber noch nicht aufgegeben werden. — Die „Germania“ äußert: Das Schicksal der Vorlage ist mit diesen Kommissionslesungen überhaupt entschieden. Es ist kein Nachgeben der Regierung, die sich leider festgelegt hat, mehr zu erwarten, es ist aber auch keine Mehrheit für die Vorlage mehr zu erwarten. Die Regierung hat eine schwere Verantwortung übernommen. — Die „Staatsbürger-Zeitung“ sagt zum Fall von Neuwahlen: „Zum erstenmal wird in diesem Falle, wo es sich um eine Frage von so hoher Bedeutung handelt, der Regierung die Erscheinung deutlich entgegentreten, wie weit die antisemitische Strömung im deutschen Volke gediehen ist, und daß es nicht mehr angeht, dieselbe unbeachtet zu lassen.“

20. März. Die „Kreuzzeitung“ schreibt folgendes, was mehrfach als Rat zum Staatsstreich aufgefaßt wird:

Ernst ist die Lage der Dinge! Sie kann in ihren Folgen leicht dazu führen, daß der Kaiser und die mit ihm verbündeten Fürsten dem Reichskanzler ähnliche Fragen vorlegen müssen, wie Kaiser Wilhelm am 19. September 1862 Herrn v. Bismarck. Aber, wie damals, so wird ein entschiedenes Festhalten an dem, was für das Heil des Vaterlands als absolut notwendig klar erkannt ist, seinen spätern Lohn sicherlich finden.

Die „Kölnische Zeitung“ dagegen tritt aufs neue und sehr lebhaft für den Bennigsenschen Vermittlungsvorschlag ein. Hier

lasse sich der Ausgleich finden; und er sei dringend erwünscht, denn es handle sich um „die Ehre und den Bestand des Vaterlands."

22. März. Der Zentrumsabgeordnete v. Schorlemer-Alst spricht sich in einem veröffentlichten Schreiben in einer Weise aus, daß daraus seine von der Zentrumspartei abweichende Haltung in der Militärvorlage hervorgeht. Er sagt u. a.: In dem Satz: „Einführung der zweijährigen Dienstzeit innerhalb der jetzigen Friedenspräsenzstärke," wie solcher bei den gestellten Anträgen und in Zahlen zum Ausdruck gekommen ist, vermag ich einen genügenden und möglichen Ausgleich auf einer Mittellinie, wie ich solche vorher bezeichnet habe, nicht zu erkennen.

28. März. Ueber „die Heeresverstärkung und die innere Lage" sagt die „National-Zeitung":

Die Militärvorlage ist auf den toten Strang geraten, auf den sie vermöge des Mißverhältnisses zwischen den Forderungen der Reichsregierung und ihrem geringen Einfluß auf die Volksmeinung, ihrer für die Durchführung einer derartigen Aufgabe unzureichenden Autorität und Erfahrung notwendigerweise kommen mußte. Auch wer der heutigen Reichsregierung so kühl gegenübersteht, wie wir, kann diese Sachlage nur mit ernster Sorge betrachten.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" führt aufs neue aus, daß die Regierungen sich Abstriche nicht gefallen lassen können.

31. März. Man schreibt der „Nationalliberalen Korrespondenz" aus Südwestdeutschland:

Dem weitern Verlauf der Militärkrisis sieht man natürlich auch überall in Süddeutschland mit größter Spannung entgegen. Soweit diejenigen Volksschichten, auf deren Mitwirkung bei der Lösung nationaler Aufgaben zu rechnen ist, in Betracht kommen, herrscht, namentlich in Baden und der Pfalz, eine immer lebhafter werdende Bewegung, die nach einer Verständigung strebt und bei manchen sogar über die Bennigsenschen Vorschläge hinauszugehen bereit wäre. Selbst in demokratischen und ultramontanen Kreisen würde man gern sehen, wenn es zu einer Verständigung käme, zumal wenn man nicht selbst dabei mitzuhelfen braucht. Es herrscht auch in diesen Kreisen mancherlei Besorgnis vor neuen Wahlen. Die antisemitische, die sozialdemokratische und namentlich die agrarische Agitation breitet sich immer mehr aus. Die agrarische Bewegung, die seit der Versammlung in Mainz sich immer weiter in Süddeutschland verzweigt, segelt vorzugsweise noch im konservativen Fahrwasser; sie greift aber immer mehr auch auf andre Parteien hinüber, die sich ihr nicht entziehen können, und wird bei neuen Wahlen eine entscheidende, in ihrer Wirkung auf die Parteiverhältnisse noch schwer zu übersehende Rolle spielen.

3. April. Auf dem Parteitage der bayrischen Konservativen in Nürnberg erklären sich alle Redner gegen die Militärvorlage.

5. April. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" spricht sich gegen den v. Bennigsenschen Vermittlungsantrag aus: „Die Annahme des Antrags würde die geplante Wirkung der innerhalb des beantragten Zeitraums praktisch völlig durchführbaren Vor-

lage in wesentlichen Bestandteilen nicht nur abgeschwächt, sondern aufgehoben haben."

12. April. Eine von etwa 1200 Personen besuchte Versammlung von Vertretern der wirtschaftlichen Kreise Rheinlands und Westfalens giebt ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck, „daß eine Verstärkung der militärischen Stellung Deutschlands eine politische Notwendigkeit ist, und richtet daher an den Reichstag das dringende Ersuchen, eine Verständigung über die Militärvorlage mit den verbündeten Regierungen herbeizuführen. Die zur Durchführung der Militärvorlage erforderlichen erhöhten Lasten wird das deutsche Volk opferwillig tragen, um dem Vaterlande die Segnungen des Friedens auch fernerhin zu sichern."

In einer Wahlversammlung in München läßt sich der Chefredakteur des dortigen „Fremdenblatts," Frick, also vernehmen:

Es muß ausgesprochen werden, daß wir uns in Bayern das Zentrum als eine Mittelpartei, die die exorbitanten Pläne des Militarismus, der die Kräfte der Nation lahm legt und die letztere in ihren wirtschaftlichen Interessen aufs empfindlichste schädigt, nicht denken können. Wir müßten uns, der mit elementarer Gewalt in Bayern herrschenden Volksstimmung entsprechend, vom Zentrum in Berlin lostrennen und uns als neue Partei für Bayern konstituiren.

16. April. Während die deutsch-freisinnige Presse im allgemeinen die Auflösung des Reichstags anläßlich der Militärvorlage als zweifellos darstellt, giebt die ebenfalls deutsch-freisinnige „Danziger Zeitung" der Regierung den Rat, den Reichstag, sobald der schriftliche Bericht der Militärkommission vorliegt, bis zum Herbst zu vertagen. „Bis dahin wird man auf beiden Seiten Zeit haben, nach Mittel und Wegen zu einem Ausgleich zu suchen, den nur diejenigen verabscheuen, die aus Parteirücksichten einen Konflikt wollen." — Der erste Vorsitzende der bayrischen Zentrumspartei, Daller, sagt in einer Rede zu Tuntenhausen:

Wir verlangen von dem Zentrum, daß es gegen die Militärvorlage stimmt; wenn die preußischen Mitglieder des Zentrums, die von Natur aus in Bezug auf Militärvorlagen etwas anders denken, das nicht thun und die Vorlage doch durchbringen würden, dann würde das bayrische Zentrum sich sofort von Preußen (d. h. von dem dortigen Zentrum) lossagen.

19. April. Nach Angabe der Schweidnitzer „Täglichen Rundschau" hat sich der frühere preußische Kriegsminister v. Kameke entschieden für die volle Militärvorlage ausgesprochen.

II.

Konservative Partei und antisemitische Parteien.

3. Januar. In Berlin erscheint unter dem Titel „Schutzjuden oder Staatsbürger" eine Schrift eines nicht genannten Israeliten. Sie ist veranlaßt durch die inzwischen aufgegebene Absicht des Vorstands und der Vertretung der Berliner jüdischen Gemeinde, sich mit einer Petition um „Schutz" gegen den Antisemitismus an den Kaiser zu wenden. Der jüdische Verfasser tadelt diese Absicht auf das schärfste, und hält dann seinen Glaubensgenossen vor, daß ihrerseits und in ihrem Namen, letzteres auch in der Presse, der Kampf gegen den Antisemitismus vielfach verkehrt geführt worden sei, wobei er sich auch nicht scheut, denen, für die er das Wort führt, ernste Wahrheiten zu sagen:

Schrie uns jemand entgegen: „Der Talmud hat eine schlechte Moral, und ihr befolgt die Vorschriften des alten Buches," so suchten wir jene Weisheitsquelle vergangener Jahrhunderte in Schutz zu nehmen und schrieben Bände über die Moral des Talmuds. War das die Antwort, die uns geziemte, war es eine ehrliche Antwort? Wer von euch allen kennt den Talmud? Wer hat ihn je gelesen? Wer von euch hat darin geblättert, ja wer hat ihn auch nur gesehen? Einer von Tausenden. Und für unsre Frauen ist er eine Mythe nur. Was schert mich die Moral des Talmuds, sie mag gut oder schlecht sein (ich weiß aus eigner Kenntnis, daß sie gut ist), für mich ist er wie für die meisten von euch kein bindendes Buch. Beherrscht unser Handeln denn ein andres Gesetz, eine andre Ethik als unsre christlichen Mitbürger? Ist unsre Bildung eine andre? Habt ihr nicht alle die großen Gedanken der nationalen Dichter inbrünstig in euch aufgenommen? Ist eure Sittenlehre nicht die nämliche, wie die des andersgläubigen Nachbars? Der bessere Teil der deutschen Juden, dem es nur an einem Einigungsbande fehlt, hat nichts gemein mit jenen Zurückgebliebenen, die ihre Aufgabe in dem geeinigten Reich nicht begreifen wollen. Wer noch in seinem Gebete die alte Formel braucht: Im kommenden Jahre in Jerusalem — ist der ein Staatsbürger? Wer diese Worte noch mit Inbrunst spricht, der gehe hin, wo sein Herz oder religiöse Schwärmerei ihn hinzieht; wer sie nur nachplappert, weil sie seit Jahrhunderten Geschlechter auf Geschlechter gesprochen haben, der ist ein Narr! Der bessere Teil der deutschen Juden hat nichts gemein mit der unreellen Schar vaterlandsloser Geschäftsleute, die heute ihre Zelte aufschlagen, um sie morgen wieder abzubrechen, und nur auf den leichten, raschen Gewinn ausgehen — das fluchwürdige Erbe einer Zeit, da man ihre Ahnen ruhelos von Ort zu Ort hetzte. . . . . Wir müssen mit aller Kraft die Gleichberechtigung, die uns nur auf dem Papier gewährleistet ist, auch in der Praxis des Lebens erstreben, und wir müssen diese Gleichberechtigung durch eine fortgesetzte Arbeit der Selbsterziehung verdienen. Nur wenn wir an die Erziehungsarbeit der Schichten gehen werden, deren Lebensführung den berechtigten Tadel einsichtiger Beurteiler herausfordert, werden wir das volle Vertrauen aller anständigen Bürger gewinnen. Darum gebietet die Klugheit und die Sorge um das eigene Wohl, daß wir uns endlich aufraffen, um diesen Uebelständen abzuhelfen, die wir selbst schmerzlicher empfinden, als unsre heuchlerischen Feinde.

Wir müssen es diesen Elementen aus unsrer Mitte zu fühlen geben, daß neben den ehrlosen Volksverführern sie die größte Schuld an der Ausbreitung des Antisemitismus tragen.

7. Januar. Der Wahlverein der Konservativen des Rheinlands und der Mark hält in Barmen eine zahlreich besuchte Versammlung, die beschließt, von der Bildung einer deutsch-konservativen Partei im Gegensatz zur bestehenden rheinischen Organisation vorläufig Abstand zu nehmen. Infolge dessen verläßt der antisemitisch gesinnte Teil der Konservativen die Versammlung.

14. Februar. Veröffentlichung einer Erklärung der jüdischen Rabbiner Deutschlands. Darin wird gesagt:

Im Vertrauen auf den Beistand Gottes erklären wir, die unterzeichneten Rabbiner jüdischer Gemeinden Deutschlands, zur Steuer der Wahrheit gegenüber falschen Vorstellungen, die über das Schrifttum und die Sittenlehre des Judentums verbreitet werden, was folgt: Die heilige Schrift, die Gemeingut der ganzen gesitteten Welt geworden ist, bildet die Grundlage für die Lehre des Judentums. Außer der heiligen Schrift, die die „schriftliche Lehre" heißt, besitzt das Judentum noch eine Religionsquelle, den Talmud, der, weil er ursprünglich nicht niedergeschrieben wurde, die „mündliche Lehre" genannt wird. Eine andre religionsgesetzliche mündliche Lehre giebt es für das Judentum nicht. Der Talmud baut seinen Lehrinhalt auf Grund des biblischen Wortes auf und giebt allem Raum, was den menschlichen Geist und das menschliche Gemüt beschäftigt. Neben dem Religionsgesetze und der Ethik, die seine beiden Hauptgebiete sind, haben in ihm Fragen der Weltweisheit, der Naturkunde, der Medizin, der Geschichte, sowie Erzählungen, Gleichnisse, Sentenzen und ähnliches Aufnahme gefunden. Seiner Form nach ist der Talmud mit der Aufzeichnung der Verhandlungen einer gesetzgebenden Körperschaft, in welcher eine Vorlage mit ihren Motiven zur Diskussion steht, insofern zu vergleichen, als er die von mehr als 2000 namhaft gemachten Gesetzeslehren während vieler Jahrhunderte in den Lehrhäusern gepflogenen Verhandlungen aufzeichnet, die verschiedenen, oft widerstreitenden Meinungen neben einander stellt, jede Ansicht, die zu Worte kam, jede Auffassung, die geäußert wurde, in der ganzen Lebendigkeit der Diskussion wiedergiebt, und zwar ohne dabei immer zu einer endgiltigen Entscheidung zu gelangen. Der Talmud enthält somit überaus zahlreiche Aussprüche, die als die Meinungen einzelner niemals eine bindende Kraft erlangt haben. Seiner ganzen Anlage nach ist daher der Talmud als die Quellenschrift für die Auffassung des biblischen Wortes und für die Kenntnis, die Geschichte und die Begründung des überlieferten Religionsgesetzes zu betrachten. Als eine solche Quellenschrift ist der Talmud zu allen Zeiten von den jüdischen Forschern behandelt worden. . . . Die Sittenlehre des Judentums, die seinen Bekennern heilig ist, die in den Schulen gelehrt und von den Kanzeln verkündet wird, gebietet: In jedem Menschen das Ebenbild Gottes zu achten, in Handel und Wandel strengste Wahrhaftigkeit gegen jedermann zu bethätigen, jedes Gelübde und Versprechen, das irgend einem Menschen, sei er Jude oder Nichtjude, geleistet wurde, als unauflöslich und unverbrüchlich treu zu erfüllen, Nächstenliebe gegen jedermann ohne Unterschied der Abstammung und des Glaubens zu üben, die Gesetze des Vaterlands in treuer Hingebung zu befolgen, das Wohl des Vaterlands mit allen Kräften zu fördern und an der geistigen und sittlichen Vervollkommnung der Menschheit mitzuarbeiten.

20. Februar. Es findet im Wahlbezirke Liegnitz-Goldberg-Haynau die Ersatzwahl zum Reichstag statt, deren Ausgang allseitig mit großer Spannung entgegengesehen war, um daraus zu entnehmen, ob die antisemitische Bewegung, soweit sie von der konservativen Partei Unterstützung findet, im Steigen begriffen ist.

Antisemitischer Wahlkandidat ist Rechtsanwalt Hertwig, der sich bei Verteidigung Ahlwardts vor Gericht als eifriger Antisemit gezeigt hatte; für ihn entschied sich die Mehrheit der Konservativen des Wahlbezirks, während die Minderheit den Grafen Rothkirch-Trach, außerdem die Freisinnigen den Stadtrat Jungfer in Liegnitz, die Sozialdemokraten Herrn Kühn in Langenbielau aufstellen. Von den im ganzen abgegebenen 23 579 Stimmen fallen auf Jungfer 10 667, Hertwig 6586, Kühn 4956, Graf Rothkirch 1363 Stimmen. Infolge dessen hat zwischen ersteren beiden Stichwahl stattzufinden.

In Berlin findet eine Versammlung des „norddeutschen Agitationsverbandes" der antisemitischen Parteien Deutschlands statt.

Der Leiter, Vorsitzender des deutschen Antisemitenbundes, Witte, führt aus, daß in der letzten Zeit wieder mehrfach Versuche angestellt worden seien, durch falsche Berichte die Antisemiten auf die schiefe Ebene zu drängen. Mehr und mehr, heiße es, kämen die revolutionären Elemente zur Geltung, die nun einmal in der antisemitischen Bewegung vorhanden sein sollten. So werde eine rein vaterländische Bewegung in der gemeinsten Weise verdächtigt. Dagegen lege er feierlich Verwahrung ein. Glühende Vaterlandsliebe habe deutsche Männer in den Kampf für Deutschlands Ehre getrieben, und sie würden so lange kämpfen, als noch ein Tropfen Blutes in ihren Adern rolle. Kein Judenblatt werde sie davon abhalten, kein Angriff von oben oder unten. Redner schließt mit einem Hoch auf den Kaiser, in das die Versammlung lebhaft einstimmt. Sodann hält Schriftsteller Wilberg einen Vortrag über das Thema: „Der Sieg des Antisemitismus eine Frage der Zeit." Der Antisemitismus sei groß geworden trotz der Gegnerschaft der Regierung. Wenn wir einmal ein judenfreies Vaterland hätten, und die Regierung sich dessen freue, werde sie sich nicht sagen können, auch nur das geringste dazu gethan zu haben. Der Antisemitismus zähle jetzt Männer aller Klassen zu seinen Anhängern, vom Arbeiter bis zum Gelehrten, aus allen Parteien habe er Leute zu sich herübergezogen. Der Kampf sei unternommen und werde geführt für Thron und Altar, zur Hebung der produktiven Stände, gegen den jüdisch-mammonistischen Geist im deutschen Volksleben. Rektor Ahlwardt werde jedenfalls für die Gegner der gefährlichste Reichstagsredner werden. (Stürmischer Beifall, dreifaches Hoch auf Ahlwardt.) Der Antisemitismus werde mit den niedrigen Mitteln freisinniger Kampfesweise nicht fortgeweht werden. Reichstagsabgeordneter Werner: Die Woche sei besonders ereignisreich. Am 24. würden sich die Pforten des Kerkers für Ahlwardt öffnen. Heute werde die Wahlschlacht in Liegnitz geschlagen. Allen Angriffen der Juden stelle der Antisemitismus das herrliche Wort Bismarcks entgegen: Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt. Immer müsse man sich vor Augen halten, daß der gemeinsame Feind Jude heiße. Gegen diesen müßten Protestanten und Katholiken einmütig zusammenstehen. — Die Versammlung genehmigt hierauf eine Erklärung, in der sie in scharfen Worten ihr Befremden über die letzten Aeußerungen des Reichskanzlers gegen den Antisemitismus ausdrückt und die Vermutung desselben, als könne die antisemitische Bewegung einen revolutionären Charakter annehmen, für eine Mißdeutung oder Verkennung

der Ideen erklärt, welche die antisemitische Bewegung hervorgerufen haben und dieselbe leiten. Die Versammelten richten an den Reichskanzler das dringende und höfliche Ersuchen, derartige Vorwürfe, die nur geeignet seien, das Vertrauen deutscher reichstreuer Männer zu den jetzigen Regierungsvertretern noch weiter zu erschüttern, zu unterlassen.

22. Februar. Ueber den Ausfall der Reichstagswahl im Bezirke Liegnitz-Goldberg-Haynau spricht sich die Berliner „Freisinnige Zeitung" also aus:

Im Februar 1890 wurden 6746 konservative und 129 antisemitische, also 6875 Stimmen abgegeben. Das Ergebnis der Wahl läßt sich dahin zusammenfassen, daß die heftige antisemitische Agitation zwar den Uebergang von fünf Sechsteln der Konservativen in das antisemitische Lager herbeigeführt, die Gesamtzahl der abgegebnen konservativen und antisemitischen Stimmen aber vermindert hat. Das bedeutet allerdings ein gewaltiges Sturzbad der Ernüchterung auf alle die Illusionen, die an den Wahlsieg in Arnswalde-Friedeberg sich geknüpft hatten. Bei alledem muß man sich vergegenwärtigen, daß die antisemitische Partei aus ganz Deutschland ihre ganze Agitationskraft während vier Wochen in den Wahlkreis Liegnitz-Goldberg-Haynau verlegt hat.

23. Februar. Ueber den „Antisemitismus und die Wahlen" spricht sich die freisinnige „Vossische Zeitung" also aus:

Die beiden letzten Nachwahlen zum Reichstage, die eine in Preußisch-Stargard-Berent, die andre in Liegnitz-Goldberg-Haynau, haben eine größere politische Bedeutung. In beiden Wahlkreisen versuchten die Antisemiten, die bisher führenden Parteien mit allen ihrer skrupellosen Agitation zu Gebote stehenden Mitteln, mit Geld und guten oder bösen Worten, zu verdrängen, um sich an ihre Stelle zu setzen, und in beiden sind sie schmählich unterlegen. In Stargard siegte nach wie vor der polnische Kandidat. Die neue agrarisch-antisemitische Strömung hatte eine Spaltung unter den deutschen Wählern hervorgerufen. Statt eines Kandidaten hatte man jetzt drei, aber die Zahl der nichtpolnischen Stimmen war deshalb nicht gestiegen. Paasch erhielt 1810 Stimmen, der Agrarier Engler nur 793 Stimmen, während der Pole mit 14155 Stimmen gewählt wurde. Dort versagte also das antisemitische Schwert gegen die polnischen Bestrebungen gänzlich. Nicht anders war es in Liegnitz. Die konservative Partei dürfte immer deutlicher erkennen, daß sie mit ihrem antisemitischen Bekenntnis in eine böse Sackgasse geraten ist. Es ist leichter, sich in das Labyrinth zu begeben, als den Ausweg daraus zu finden.

24. Februar. Der im Wahlkreise Friedeberg-Arnswalde gewählte 47jährige Rektor a. D. Ahlwardt aus Berlin wird aus dem Gefängnis zu Plötzensee entlassen. Seine Anhänger benutzen dies zu einer antisemitischen Kundgebung. Es begrüßen ihn 13 Abordnungen aus verschiednen Orten, dann geleiten ihn 200 Berliner Antisemiten in einem Zuge von 47 Droschken nach den Sälen der „Germania", wo ihn 3000 Personen begeistert empfangen. Ahlwardt hält hier auf einer mit Palmengruppen geschmückten Rednertribüne eine Ansprache.

4. März. Bei der Stichwahl im Reichstagswahlbezirke Liegnitz werden 21489 Stimmen abgegeben, von denen 12936 auf

den freisinnigen Kandidaten Rentner Jungfer in Liegnitz, 8553 Stimmen auf den antisemitischen Rechtsanwalt Hertwig in Charlottenburg fallen.

5. März. Der „Deutsche Antisemitenbund" feiert in Berlin sein Stiftungsfest. Hier tritt der Reichstagsabgeordnete Ahlwardt mit einer längern Rede auf, in der es, nach der „Post," hieß:

Unsern Vorfahren gab das Leben in ihren Wäldern trotzigen Mut, aber der Wald nahm ihnen den Blick ins Weite. Die Rasse ist das heiligste, was es giebt, weil sie eine gemeinsame Geschichte seit der Urquelle ist. Daher sind Rasseneigentümlichkeiten unvergänglich. Drum steht es heute mit uns noch so wie mit unsern Vorfahren. Die Masse des Volks hat die furchtbare Gefahr für ihr Deutschtum noch nicht begriffen, und die Gebildeten, die auf den Baum geklettert sind, schauen ins Weite und sehen nicht das Elend des Volkes, unter dem sie geboren sind. Drum ist es unsre Aufgabe, den Blick beider zu schärfen. Wiederholt durch stürmischen Beifall unterbrochen erläutert Redner seinen Standpunkt, daß in der Judenfrage ohne Absonderung der beiden grundverschiednen Völker nichts zu erreichen sei. Den Konservativen um Helldorf, die in der Liegnitzer Stichwahl Wahlenthaltung proklamirt hätten, kündigt er an, daß von jetzt an der Antisemitismus in jeden von ihnen besetzten Wahlkreis einbrechen werde. Reichsratsabgeordneter Schneider aus Wien überbringt Grüße der Gesinnungsgenossen aus Wien und Oesterreich und betont unter lebhaften Beifallskundgebungen die enge Zusammengehörigkeit der deutschen Brüder diesseits und jenseits der Reichsgrenze im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind. Rechtsanwalt Hertwig verbreitet sich über die Intoleranz der Juden gegen jeden, der es wage, ihre Herrschaft anzutasten, die nun hoffentlich doch bald ins Wanken geraten werde. An den Regierungsantritt unsers Kaisers, schließt Redner, haben sich große Hoffnungen geknüpft. Sie wissen alle, wie sie sich erfüllt haben. Jetzt sagen wir: Wenn nicht mit der Regierung gegen das Judentum, dann ohne sie und eventuell gegen sie.

Unter ungeheurem Beifall überreicht hiernach Herr Kretzer Herrn Ahlwardt, Dr. Bachler und dem Reichsratsabgeordneten Schneider riesige Lorbeerkränze mit Schleifen in den deutschen beziehungsweise österreichischen Farben.

6. März. Bezüglich des Verhältnisses der konservativen Partei „zu den breitern Massen der protestantischen Landesteile" stehen wir, so sagt der katholische „Westfälische Merkur" in Münster, vor der erschreckenden Thatsache, daß bei jedem ernsten Versuche der Antisemiten das bisher konservative Volk in hellen Scharen zu ihnen überläuft, und daß auf konservativer Seite nichts übrig bleibt, als eine Anzahl uneiniger und ratloser Offiziere. Weiter sagt das Blatt:

Die konservative Partei glaubte, den Antisemitismus verdauen zu können, und nun sehen wir, wie der Antisemitismus ohne sonderliche Mühe den Konservatismus verschlingt. Würde es jetzt zur Auflösung und Neuwahl kommen, so hätten wir ein riesiges Anwachsen der antisemitischen Fraktionen zu erwarten. Was dem kranken Organismus der konservativen Partei vor allem not thut, ist Zeit und Ruhe. Die Regierung,

die jetzt einen Wahlkampf veranlaßt, könnte sich den Titel eines Mörders der konservativen Partei verdienen. Ein weitsichtiger Staatsmann wird das Aeußerste aufbieten zur Vermeidung einer solchen Krisis.

7. März. Anläßlich der Stichwahl im Reichstagswahlbezirke Liegnitz spricht sich die freisinnige „Vossische Zeitung" also aus:

Die Leidtragenden bei diesen Wahlergebnissen sind in erster Linie die Konservativen, die sich von den Antisemiten verdrängt sehen. In Arnswalde-Friedeberg hat Ahlwardt der konservativen Partei das Mandat entrissen, in Liegnitz hat ihnen Hertwig die große Mehrzahl ihrer frühern Stimmen abwendig gemacht. Hier wie dort sind bei der Stichwahl konservative Männer zu Gunsten der antisemitischen Kandidaten eingetreten, obwohl sogar ein Antisemit wie Böckel die Ahlwardtsche Observanz verspottet und von „Radau-Elementen" redet, von „Schwadroneuren, Fatzken, Strebern und Gecken," die sich in letzter Zeit „massenhaft an die Rockschöße der antisemitischen Bewegung hängen." Zwischen Stöcker, Ahlwardt und Böckel herrscht nichts weniger als ein freundschaftliches, auf gegenseitiger Achtung begründetes Verhältnis. Es wird die Zeit kommen, in der sie einander so heftig befehden wie heute Liberale und Antisemiten. Indessen die konservative Partei hat das antisemitische Banner ausgehängt. Für Neuwahlen hat die Aufnahme des Antisemitismus in das konservative Programm die Wirkung, alle Wähler, die auch nur einen Funken von Liberalismus in sich fühlen oder die Gleichberechtigung der Konfessionen hoch halten, zu einer Phalanx gegen jeden konservativen Kandidaten zusammenzuschließen.

17. März. Hofprediger a. D. Stöcker hält in einer Versammlung des konservativen Wahlvereins des fünften Berliner Reichstagswahlkreises eine Rede über die Frage „Warum ist der Deutsche unzufrieden?"

Redner führt aus, es sei kein Zweifel, daß sich eine große Unzufriedenheit des Volkes in seiner Gesamtheit bemächtigt habe. Außerhalb Preußens sei die Unzufriedenheit noch stärker als bei uns. In Bayern und Württemberg, wo man das Wiedererstehen von Kaiser und Reich mit Begeisterung gefeiert habe, sei diese jetzt dem Erlöschen nahe. Es müsse immer wieder gesagt werden, daß Unzufriedenheit vorhanden sei; dadurch würde sie am ehesten zerstreut werden. Ein Irrtum sei, wenn gesagt werde, ihre Wurzel stamme erst aus den letzten Jahren. Im Grunde seien wir uns der großen Errungenschaften von 1870/71 schon nicht recht froh geworden. Redner sieht die Schuld darin, daß der Einigung des Volkes keine Reinigung des Volksgeistes gefolgt ist. Man hat den Erfolg hingenommen, sich seiner aber nicht würdig gezeigt, sonst hätten die großen Spitzbübereien unmittelbar nach dem Kriege, durch die Tausende zu Grunde gegangen und wenige Millionäre hoch gekommen sind, nicht geschehen können. Das deutsche Volk wußte mit dem Gelde nicht umzugehen und schlug nach der Weise eines echten Parvenüs aufs Portemonnaie, und an der Börse saß der Jude, der seine Kapitalien daraus zusammenschlug. Ein großes Stück deutscher Ehrlichkeit ist damals durch die Schuld des Juden in die Brüche gegangen. Er hat die Verführbarkeit des Deutschen weidlich zu seiner Bereicherung ausgenutzt. Und es dauerte gar nicht lange, so that der Deutsche mit. Zu dem schamlosen Börsentreiben kam dann der Kulturkampf. Die Regierung hatte nicht die Absicht, Krieg mit dem Christentum zu machen. Aber wie an der Börse, so übernahm auch im Kulturkampf bald der Jude die Führung. Er saß in den Redaktionen und benutzte seinen

litterarischen Einfluß zum Kampfe gegen das Christentum und deutsche Moral. Die evangelische Kirche hat mehr dabei gelitten als Rom. Börsenjobberei und Kulturkampf sind die Wurzel der Sozialdemokratie geworden. Das Volk konnte das Eigentum nicht mehr für heilig halten. Es sah, wie es manchmal auf recht unheilige Weise erworben wurde. . . . . Die Regierung hat alles gethan, die aus dem Volk herausgegangene Bewegung zur Besserung des Volksgeistes zu zerstören, zum Vorteil der Sozialdemokratie. Sie hat keine feste Hand, man weiß nicht, was sie will. Die Männer in ihr sind wohl konservativ, es fehlt aber die Pflege des konservativen Gedankens. Dem Judentum sagt die Regierung kein böses Wort; doch hat die evangelische Kirche schon manches Unangenehme hören müssen. Auch gegen die Katholiken ist sie viel freundlicher. Sie hat den Bestrebungen Roms so viel Vorschub geleistet, daß man nicht weiß, wie sie es mit einem protestantischen Standpunkt vereinigen will. Der Kurs ist nicht klar. Das Volk will aber wissen, wo er hingeht. Der gegenwärtige Kanzler sagt, daß er die Hilfe nimmt, wo er sie findet. Da müßte er doch wenigstens wissen, auf welcher Seite er sie sucht. Wir kranken an dem unglückseligen Kartellgedanken, der die Konservativen und Liberalen für gleichwertig hält, doch nur so lange, als der Liberalismus den Konservatismus am Leben läßt. Hierin liegt auch ein Grund zu tiefer Unzufriedenheit. Zufrieden kann unter solchen Zuständen nur die Sozialdemokratie sein. Deren Weizen blüht am besten in dieser Atmosphäre. Es ist keine Klarheit in der Politik, keine Energie in ihrer Leitung. Vor nichts scheine die Regierung mehr Angst zu haben, als daß die konservative Partei den Antisemitismus auf ihre Fahne schreiben könnte. Nichts habe aber die Unzufriedenheit mehr groß gezogen, wie die Gleichgiltigkeit der Regierung gegen die Ueberwucherung des Judentums. Einer solchen Macht, die am Wohlstand des Volkes nage und es geistig an den Abgrund bringe, müsse aber eine Regierung energisch entgegentreten. Wenn die Regierung sich an die Spitze dieser nationalen Bewegung stellen wollte, würde sie die populärste Regierung sein, die es je gegeben hätte. Im Antisemitismus stecke eine ganze Kraft.

Auch der Antisemit Reichstagsabgeordneter Ahlwardt hält in einer Volksversammlung zu Berlin einen Vortrag gegen das Judentum. Redner führt folgendes aus:

Der Kardinalpunkt sei und bleibe die Existenz zweier Völker in Deutschland mit solchen Gegensätzen, daß ein dauerndes Zusammenleben nicht möglich sei. Bei den Germanen das Prinzip der Arbeit, der Treue, des Vertrauens, bei den Juden das Prinzip der Ausbeutung fremder Arbeit, des Verrates und der Heimtücke. Unsre Vorfahren hätten, weil sie noch keine Judenblätter gelesen, einen klarern Blick gehabt und deshalb die Juden davongejagt. Aber immer seien diese ohne Einladung wiedergekommen. Ein Deutscher könne es nicht fassen, daß ein Mann, der sich ihm freundlich nähere, der sich dienstwillig zeige, Interesse an ihm nehme, so heimtückisch seine könne, ihn, sobald er Vertrauen gewonnen, um alles zu bringen, was er erworben. Niemand habe wohl die Juden besser kennen gelernt als er, und trotzdem sei es dem dümmsten Juden, den er kenne, gelungen, ihn gründlich hineinzulegen. Für den Deutschen seien die Gesetze engmaschig genug; der auf Ausbeutung, Betrug und Schwindel bedachte Jude wisse sich durchzuwinden und so mit dem Scheine der Gesetzlichkeit zu umgeben. Immer mehr sei der Germane in jüdische Knechtschaft gesunken. Im Norden Berlins wohne der deutsche Arbeiter, der von früh bis spät sich plage, im Westen die Leute, die die Früchte deutscher Arbeit

genießen. 49 Prozent des Grundbesitzes in Berlin befinde sich direkt in Judenhänden, die andern 51 Prozent auch so ziemlich, und zwar indirekt durch Hypotheken. Lange genug habe man schweigend gelitten, aber jetzt sei man auf dem Punkte, zu sagen: Nun ists genug! Die Auflösung des Reichstags sei nahezu gewiß. Jetzt sei es gut, den ersten kräftigen Axthieb gegen diese schauerliche Judenwirtschaft zu führen, den deutschen Volkskörper von seinen Blutsaugern zu befreien. Sehr viele Leute geben im stillen zu, die Juden ebenfalls nicht leiden zu können; auch Graf Eulenburg könne sie nicht leiden. Aber gethan hätten diese Leute nichts, um die Judenherrschaft zu brechen. Auch auf Antisemiten wie die Konservativen sei nichts zu geben. Entweder vollständige Indolenz oder rücksichtslose Bekämpfung bis zur Trennung beider Völker.

20. März. Konservative im Wahlkreise Friedeberg-Arnswalde sagen sich von ihrem Reichtagsabgeordneten Ahlwardt wieder los.

In einer Versammlung zu Friedeberg hält v. Wedemeyer-Schönrade einen Vortrag, über den die „Neumärkische Zeitung" berichtet: v. Wedemeyer sagte in seinem Vortrage, daß es schon lange vor Ahlwardt Antisemiten gegeben habe; die dem letztern erwiesenen Ehren machten denselben schwindlig. Wohl müßte zugegeben werden, daß Ahlwardt den Antisemitismus volkstümlich gemacht habe, allein Ahlwardt sei mit dem Hecht im Karpfenteiche zu vergleichen, und bekanntlich sei der Hecht ein Raubfisch. Das deutsche Volk würde wohl noch sehen lernen, wohin Ahlwardt es führe. Nach den letzten Aeußerungen Ahlwardts hier sei Redner zu der Ueberzeugung gelangt, daß dessen Genossen bei den Juden nicht würden stehen bleiben, sondern jeglichen Besitz angreifen. Ahlwardt hätte nur den Haß und die Gewinnsucht geschürt. Sein Plan, alle Hypotheken der ländlichen Grundstücke auf den Staat zu übertragen, könne nicht ernst genommen werden; der Staat müßte bald bankrott machen; sein Vorschlag, Getreide aufzuspeichern, grenze stark an den sozialdemokratischen Standpunkt. Ahlwardt habe alles Bestehende schlecht gemacht und die Leidenschaften des Volkes entfesselt. Jedem Einzelnen habe er Besitz zugesprochen; das sei demagogisch. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde Ahlwardt seine Rolle bald ausgespielt haben. Der Radau-Antisemitismus könne nur durch den sittlichen Niedergang des deutschen Volkes fortbestehen.

21. März. Nachdem der Reichstag die vom Abgeordneten Ahlwardt erhobenen Beschuldigungen zurückgewiesen hat (S. 21), tritt dieser abends in einer Versammlung zu Spandau auf. Hierüber berichtet der „Anzeiger für das Havelland" etwa folgendes:

Redner trat zu Gunsten der Militärvorlage auf, will aber die Kosten einer Luxus- und fortschreitenden Einkommensteuer entnommen sehen. Zu der von ihm im Reichstag aufgeworfenen Invalidenfondsfrage sagt er u. a.: Wenn die Regierung bei Bildung des Fonds gleich eine genügend große Summe festgelegt hätte, die sich nicht selbst aufzehren würde, so wären beim Tode des letzten Invaliden etwa 1000 Millionen vorhanden gewesen, wofür dann die Regierung große Fabriken hätte ankaufen und diese den Arbeitern zur Bildung einer Produktivgenossenschaft übergeben können! Leider habe ihm der Reichstag nicht 24 Stunden zur Herbeischaffung der Mittel zum Beweise seiner Behauptungen bezüglich des Invalidenfonds gestattet; er besitze einen ganzen Möbelwagen voll solcher Akten, doch habe er sie aus Furcht vor Haussuchungen bei Freunden in Berlin und den Provinzen untergebracht. Nachdem Redner noch die Justiz- und die Militärverwaltung angegriffen hatte, wird ihm ein Lorbeerkranz überreicht.

22. März. Die gesamte Presse spricht sich über das Auftreten Ahlwardts im Reichstage aus.

Die „Kreuzzeitung" bemerkt: „Wir finden das Auftreten Ahlwardts beispiellos und unerhört, und nehmen nicht den mindesten Anstand, ihn den »schlimmsten Verleumdern« zuzuzählen. Zu seinen »Freunden« haben wir nie gehört; ebenso wenig läßt sich ähnliches aus der breitgetretenen Thatsache folgern, daß die Konservativen in Friedeberg-Arnswalde in der Stichwahl für Ahlwardt eingetreten sind. Sie haben das nicht seiner Person wegen gethan, sondern weil es gegen einen Vorkämpfer des Judentums Stellung zu nehmen galt. Wenn wir uns Ahlwardt aber drei Schritte vom Leibe halten, so ist, das kann nicht genug betont werden, damit nicht gesagt, daß wir uns nun den Juden in die Arme werfen müssen." — Die „Konservative Korrespondenz" sagt, die konservative Partei lehne ein- für allemal die Verantwortung für das Treiben Ahlwardts ab, aber eine arge Täuschung sei es, zu meinen, daß durch die „Vernichtung" desselben zugleich der berechtigte Antisemitismus vernichtet worden sei. — Die Berliner „Staatsbürgerzeitung" sagt: Man gedachte den Abgeordneten Ahlwardt im Reichstag abzuschlachten, es bewahrheitete sich aber wiederum das Sprichwort: Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. Richter und Rickert bewiesen sich wieder als blinde Verteidiger des Judentums und wurden von Stöcker, Liebermann und Ahlwardt gründlich abgewiesen. — Die „Kölnische Volkszeitung" beklagt den „Ton" im allgemeinen, der „seit dem Eintritt der Antisemiten in den Reichstag eingerissen und das Ansehen des Parlaments herabzudrücken geeignet" sei. Freilich hätten nicht allein die Antisemiten schuld. — Die „Nationalzeitung" sagt: „Wir messen Reden wie die v. Manteuffels gegen Ahlwardt nicht die geringste Bedeutung bei, so lange das thatsächliche Verhalten seiner Partei und deren Presse der Rede Stöckers entspricht. Die Beseitigung von Uebelständen in Handel und Wandel, die man auf dieser Seite vornehmlich den Juden schuld giebt, erstreben auch die Liberalen. Aber es muß betont werden, daß diese Frage nur Vorwand und Agitationsmittel für die Elemente ist, die Figuren wie Ahlwardt an nicht einmal unsichtbaren Drähten in Bewegung setzen. Wir haben auf die Aehnlichkeit mit einem skandalösen Treiben in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hingewiesen, wo es, wie gegenwärtig, galt, die Regierung und die leitenden Volksklassen einzuschüchtern. Aber wie nichtsnutzig das damalige Gebaren in der »Reichsglocke« und in den von dem Fürsten Bismarck gebrandmarkten »Aera-Artikeln« der Kreuzzeitung auch war — es blieb an Gefährlichkeit hinter dem heutigen doch so weit zurück, wie das damalige Maß der Aufwühlung der untern Klassen hinter dem jetzigen. Ganz andre gefährliche Instinkte sind in diesen seitdem entstanden und haben die größte Verbreitung gefunden; ganz anders, als bis 1876 oder 1877, haben diese Massen sich inzwischen des allgemeinen gleichen Wahlrechts bemächtigt. Das schadenfrohe Lächeln, womit jetzt mancher dem Treiben der Ahlwardt und Genossen zuschaut, ist verzweifelt ähnlich der Schadenfreude, mit der vor hundert Jahren in Frankreich bald die eine und bald die andre politisch-soziale Gruppe ihre Gegner untergehen sah; das schadenfrohe Lächeln erstarb ihnen allesamt — auf der Guillotine. In Deutschland ist es noch Zeit, einem ähnlichen Gange der Dinge vorzubeugen, aber zu früh ist es nicht dazu." — „Die Kölnische Zeitung" äußert: „Wohin das führen soll, wenn es einem Ahlwardt gestattet sein soll, die beste Zeit des Reichstages durch Vorbringen von Klatsch und Quatsch zu vergeuden, darüber kann man sich schwer eine Vorstellung machen. Recht bezeichnend war das Schweigen der Konservativen, die sich offenbar gar nicht schlüssig machen können

über die Stellung, die sie gegen ihren durch sie gewählten Freund einnehmen sollen." — Die Münchner „Allgemeine Zeitung" sagt u. a.: „Mit dem Antisemitentum Ahlwardtschen Gepräges ist ein Element in den Reichstag eingetreten, das notgedrungen zu einer tiefen Herabwürdigung des parlamentarischen Wesens führen und die Frage nahelegen muß, ob eine solche Volksvertretung mit solchem Inhalt wirklich noch dem Ideale entspricht, das den Schöpfern des Reichs und der Reichsverfassung vorschwebte." — „Berliner Tageblatt": „Aehnliche Naturen wie Ahlwardt sind in der Geschichte nicht selten aufgetreten. Und immer bezeichnete es einen Niedergang der Gesittung, wenn sie emporkamen. Auch heute sind ungesunde Keime in unserm öffentlichen Leben vorhanden. Und gewisse Parteien, die gestern gegen Ahlwardt auftraten, haben zu rechter Zeit nicht dazu beigetragen, diese Keime zu ersticken. Im Gegenteil, die Konservativen waren es, die den Antisemitismus großgezogen, sie haben mitgesäet, und nun gefällt ihnen ihre eigene Ernte nicht. Stöcker ist wirklich nur der höhere Ahlwardt, der den Antisemitismus »im größern Stil« betreibt." — Die „Leipziger Zeitung": „Der »Rektor aller Deutschen« spielt seine Rolle als Totengräber des Antisemitismus weiter. Bereits am Montag hat er sich dieser Beschäftigung mit solchem Erfolge hingegeben, daß von den anständigen Blättern keines mehr für ihn Partei nimmt. Hätten die Semiten sich zur Bekämpfung des Antisemitismus einen für Geld gedungen, er hätte diesem Auftrage nicht geschickter nachkommen können als Ahlwardt."

23. März. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Eine Ahlwardtsche Schule, in unserm öffentlichen Leben ständig, würde im Verstand und Gemüt des Volkes verhängnisvollere Verheerungen anrichten als Krieg und Pestilenz, denn in letztern wirken jederzeit erziehende Momente mit, die bei der Landplage sittlicher Brunnenvergiftung völlig fehlen.

24. März. Zur Judenfrage spricht sich die „Kölnische Zeitung" also aus:

Jedem einsichtigen Beobachter, der den Antisemitismus grundsätzlich verurteilt und entschlossen ist, ihn zu bekämpfen, ist das doch klar geworden, daß diese Bewegung zu einer Macht geworden ist. Es darf unter diesen Umständen dem Politiker nicht mehr genügen, sich lediglich auf den Standpunkt zu stellen, daß es im Reiche unter keinen Umständen Bürger erster und zweiter Klasse, Vollbürger und Bürger mindern Rechts geben dürfe, und von diesem Standpunkt aus die Bewegung als staatsgefährlich zu bekämpfen, im übrigen aber die Frage beiseite zu schieben und die Sorge für die Heilung vorhandner Schäden der Gesellschaft zu überlassen. Der Standpunkt war an sich nicht unrichtig, und er genügte auch offenbar, so lange man billig den unmittelbar Betroffenen Zeit lassen mußte, die Mißstände, die zu der Bewegung geführt hatten, abzustellen. Jetzt liegt die Sache aber so, daß große politische Parteien eine Minderung der bürgerlichen Rechte der Juden fordern, und es ist zweifelhaft geworden, ob allein schon die innere Wahrheit des Satzes, daß eine Aenderung der Rechtsgleichheit der Bürger den Staat schädigen müsse, eine so überzeugende Kraft auf die Mehrzahl derer ausüben werde, in deren Händen die Reichsgesetzgebung nun einmal leider liegt, um jeden Ansturm jener Bewegung zurückzuschlagen. Der Politiker muß sich daher mit der Aufgabe befassen, jenen Parteien die Gründe zu ihrem Vorgehen zu nehmen. Es ist eine Verblendung, zu denken, an der ganzen, gegen die Juden gerichteten Bewegung treffe keinen

Bruchteil des Judentums die Schuld. Unter den Gründen, die zu der antisemitischen Bewegung geführt haben, steht neben den Auswüchsen des jüdischen Erwerbslebens jedenfalls als wichtigster die Wahrnehmung, daß sich ein unverhältnismäßig großer Teil der jüdischen Bevölkerung im Reiche jeder nationalen Bewegung gegenüber ablehnend, ja feindselig verhält, daß jüdische Blätter bei deutsch-nationalen Bewegungen nicht mitgehen, sich auch nicht darauf beschränken, unter Abweisung jeder Begeisterung kühl Nutzen und Schaden abzuwägen, sondern ihren Hohn darüber ausgießen zu müssen glauben, ja sogar meistens schnell bereit sind, sich auf die Seite unsrer Gegner zu stellen.

Die Berliner „Staatsbürgerzeitung" tritt auf seiten Ahlwardts und sagt:

Wir möchten der ganzen Exekution Ahlwardts gegenüber auf das Verfahren hinweisen, welches Lasker gegenüber geübt wurde, als dieser in seiner bekannten Gründerrede mit Beschuldigungen gegen viele konservative Parlamentarier hervortrat. Ihm wurden damals sechs Wochen Zeit zur Beibringung seiner Beweise gegeben, nicht bloß 24 Stunden, — da er die Beweise auch nicht zur Stelle hatte; und dann wurde eine besondre Kommission zur Prüfung des Materials ernannt. Lasker selbst aber wurde wegen seines Mutes laut gepriesen, trotzdem er sich zurückzog, als die Sache für seine Freunde unangenehm zu werden begann. Heute ist das Verhalten derselben Blätter ein ganz andres.

26. März. Unter der Ueberschrift „Die Unterwühlung der Volksmassen" spricht sich die „Nationalzeitung" also aus:

Wie eine epidemische, nicht aufzuhaltende und nicht abzuwehrende Volkskrankheit machen Verleumdung, Neid, Lüge und Angeberei ihre traurige Runde durch Europa. Niemand glaubt, daß durch das Urteil der Geschwornen in dem Panamaprozeß die Schmutzflut in Frankreich endlich zum Stillstand gebracht sei. In Italien bereitet sich durch den Prozeß gegen den Direktor der römischen Bank und durch die Untersuchung der Wechsel und Schuldscheine der mehr oder minder bankrotten Banken von Rom, Neapel und Sizilien ein neuer Schmutzvulkan vor, dessen erster Ausbruch schon einer so bekannten politischen Persönlichkeit wie Nicotera einen Flecken angespritzt hat. In Deutschland haben Ahlwardt und Fusangel, die berufensten Denunzianten, zur Belohnung ihrer Verleumdungen einen Sitz im Reichstage erhalten. Mit einer Stirn, die längst das Erröten verlernt hat, wagt es Ahlwardt, sein Handwerk aus Volksversammlungen und von der Anklagebank her im Reichstage fortzusetzen. Was kümmert es ihn, daß ihn alle Parteien wegen seiner bewußten Unredlichkeit und Lügenhaftigkeit verurteilen, er weiß, daß draußen die Menge ungeduldig seiner harrt, um ihn als Retter des Vaterlandes im Triumph nach Hause zu tragen, und rechnet fest auf die, die in ihm, auch wenn sie sich öffentlich von ihm abwenden, doch das „Körnchen" sehen und pflegen, das die Lawine erzeugen wird. Da die Zauberer nichts von den olympischen Göttern zu hoffen haben, beschwören sie die Geister der Tiefe und setzen den Acheron in Bewegung. Katilinarische Existenzen, Angeber und Spione, Ehrabschneider und Verleumder hat es immer und überall gegeben. Sie sind in der menschlichen Gesellschaft, was das Unkraut im Ackerfeld. In politisch aufgeregten Zeiten spitzt sich die Klatschsucht, das Gerücht und das unfaßbare Geflüster zu Pfeilen und Dolchen zu, mit denen sich die Parteien gegenseitig bekämpfen und verwunden. Aber unsrer Zeit blieb es vorbehalten, dies furchtbare Gift, das bisher nur in den obern

Schichten seine Verheerungen angerichtet, in die Volksmassen zu bringen. Zu dem Neid gegen jeden Besitz, zu dem Mißtrauen gegen jede höhere Bildung, diesen traurigen Erbsünden der Armut und der Unwissenheit, hat sich das Verleumdungsfieber gesellt, das wir jetzt in Europa wie eine moralische Influenza wüten sehen. . . . Unwillkürlich nehmen die demagogischen Wortführer mit der grobkörnigen Rede und dem wüsten Geschrei der Volksversammlungen auch die Ehr- und Anstandsbegriffe an, die dort gelten. Die Unterschiede zwischen Lüge und Wahrheit, zwischen Eid und Meineid verflüchtigen sich für sie. Ihnen macht es nichts aus, die Dienerschaft in den Häusern der Reichen und die Arbeiter in den Fabriken zu bestechen und gestohlene Papiere zu veröffentlichen. Die Massen, die solchen Männern zujubeln, haben keine Ahnung, daß sie von Charlatanen an der Nase herumgeführt und von ehrgeizigen Strebern ausgenutzt werden. Blindlings folgen sie jedem, der ihre Sprache redet, ihren Leidenschaften fröhnt, ihre Plumpheit übertrumpft, Caliban ist ihr Ideal, weil alles, was sich dunkel und verworren in ihrer Seele gegen Bildung und Wohlstand regt, in ihm Gedanke und Ausdruck gewinnt, weil er sagen kann, was ihnen unausgesprochen auf der Zunge schwebt.

27. März. Ahlwardt tritt in einer großen Versammlung zu Stettin auf. Er stellt, nach Angabe der „Ostseezeitung," die Juden als die Quelle alles Uebels, als die Veranlassung des durch das Land gehenden Zugs von Unzufriedenheit hin.

29. März. Der Antisemitenführer Böckel sagt sich im „Reichsherold" von Ahlwardt los und kündigt dabei an, daß es jetzt heiße, nachdem man mit dem durch Ahlwardts Auftreten gerichteten und verurteilten Antisemitismus zu Ende sei, „zu retten, was zu retten ist," und eine nationale Volkspartei zu schaffen, die das Recht und die Wohlfahrt der Landwirte, Handwerker und Arbeiter energisch und freimütig vertritt gegen jedermann.

Die „Kreuzzeitung" verlangt von der Reichsregierung für den Fall der Auflösung des Reichstags ein festes antimanchesterliches soziales Programm.

31. März. Das unter der Oberleitung des Reichstagsabgeordneten v. Helldorff erscheinende „Konservative Wochenblatt" hört auf zu erscheinen.

3. April. In Speyer findet eine zahlreich besuchte Versammlung südwestdeutscher Tabakbauern statt, in der, außer den besondern Wünschen der Tabakpflanzer, die Lage der Landwirtschaft verhandelt und unter lebhaftem Beifall von einem Redner betont wird, daß die Bauern sich selbständig machen müßten und sich nicht in den Dienst einer Partei stellen dürften, denn keine der bestehenden Parteien vertrete die Interessen der Bauern, sondern sie bekämpften sich nur gegenseitig, ohne daß dabei etwas Praktisches herauskäme. Auch wird erklärt, wenn es nicht besser würde, so würden die Bauern nicht aus Ueberzeugung, sondern lediglich um

ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen zu bekunden, sozialdemokratisch wählen.

8. April. Die sozialdemokratische „Neue Zeit" spricht sich über Ahlwardt also aus:

Ahlwardt ist der letzte Strohhalm, mit dem die kleinbürgerlichen Elemente sich noch eine Hilfe auf dem Boden der heutigen Gesellschaft erbauen möchten; sobald diese Einbildung von Sterbenden zerronnen ist, genügt ein summarischer Fußtritt der Arbeiter, die ganze Ahlwardterei auf den Kehricht zu schleudern. Aber gerade deshalb dürfen wir über dem antisemitischen Mönch den kapitalistischen Rabbi nicht vergessen, dürfen wir nicht den Aufklärungsprozeß des Kleinbürgertums über den Kapitalismus hintanhalten.

16. April. Unter der Ueberschrift „An die Arbeit!" bringt die „Konservative Korrespondenz" einen Aufruf zu Vorbereitungen für neue Reichstagswahlen.

17. April. Bahr von der „Deutschen Zeitung" in Wien berichtet von seinem Besuche beim Professor Mommsen in Charlottenburg, der sich über Antisemitismus also geäußert habe:

Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, daß man da mit Vernunft etwas machen kann. Ich habe das früher auch gemeint und immer und immer wieder gegen die ungeheure Schmach protestirt, die Antisemitismus heißt. Aber es nützt nichts. Es ist alles umsonst. Was ich ihnen sagen kann, das sind doch immer nur Gründe, logische und sittliche Argumente. Darauf hört doch kein Antisemit. Die hören nur auf den eignen Haß und den eignen Neid, auf die schändlichsten Instinkte. Alles andre ist ihnen gleich. Gegen Vernunft, Recht und Sitte sind sie taub. Man kann nicht auf sie wirken. Was soll man auch einem sagen, der dem „Rektor aller Deutschen" folgt? Der ist nicht mehr zu retten. Gegen den Pöbel giebt es keinen Schutz — ob es nun der Pöbel auf der Straße oder der Pöbel im Salon ist, das macht keinen Unterschied: Kanaille bleibt Kanaille, und der Antisemitismus ist die Gesinnung der Kanaille. Er ist wie eine schauerliche Epidemie, wie die Cholera, man kann ihn weder erklären noch heilen. Man muß geduldig warten bis sich das Gift von selber austobt und seine Kraft verliert. Und das kann doch jetzt nicht mehr so fern sein. Endlich muß sich die Pest ja doch einmal erschöpfen, und über Ahlwardt hinaus, noch weiter kann sie doch nicht mehr steigen. Vielleicht kommt jetzt langsam die Wendung zur allmählichen Besserung.

22. April. Die Berliner „Staatsbürgerzeitung" teilt mit, daß der Professor Schmoller, Dozent an der Berliner Universität, sich u. a. also geäußert habe:

Was die Judenemanzipation anbelangt, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß Menschen mit einer von der unsrigen so weit abstehenden Moral als gleichberechtigte Staatsbürger nie hätten zugelassen werden sollen. Die Findigkeit, Pfiffigkeit, Beweglichkeit und Frechheit der Juden muß nachteilig auf die christliche oder arische Bevölkerung wirken. Erschwert wird der Verschmelzungsprozeß noch durch die Empfindlichkeit der Juden, die sich alle solidarisch erklären, da, sobald man an einen von ihnen, an irgend eine von einem Juden begangne Schlechtigkeit rührt, sich alle betroffen fühlen. Das verzögert eine unbefangne Erörterung der Frage über die Schädlichkeit des Judentums. Unsre Bankfirmen und Börsenwelt sind fast durchaus jüdisch,

ebenso die kleinen ländlichen Kreditgeber und die Viehhändler, und daß in diesen Kreisen große Räubereien vorkommen, ist aller Welt bekannt.

26. April. Nach dem Auftreten Ahlwardts im Reichstage und dessen Beschluß darüber spricht sich die Presse aufs neue über ihn aus.

„Berliner Tageblatt": Wüßte man nicht, daß Unverstand und Leidenschaft Großmächte im Völkerleben sind, so müßte man nach der gestrigen Stäupung Ahlwardts annehmen, daß seine Person selbst für die eingefleischtesten Antisemiten an Anziehungskraft einbüßen werde. Etwas Abstoßenderes als das Auftreten Ahlwardts läßt sich schwer ausdenken. Der Mann hat im Handwerk der Verleumdung den goldnen Boden gefunden und rühmt sich, für die Wahrheit zu streiten; er hält Versammlungen gegen ein Eintrittsgeld von 20 bis zu 75 Pfennig und behauptet, daß ihn nur der Sinn für das Ideale leite; er läßt sich Helfershelfer gefallen, denen die Verworfenheit auf der Stirn geschrieben steht, er benutzt gestohlene Schriftstücke und tritt dabei angeblich für die Moral ein; er verfolgt alle Welt und bezeichnet sich als den Verfolgten. — „Berliner Börsen-Courier": „Die antisemitische Seuche hat so weit um sich gefressen, daß ihre Gefährlichkeit offenbar werden mußte. Es hieße diese Gefährlichkeit verkennen, wollte man sie bloß in der Person Ahlwardts erblicken. In Wirklichkeit ist Ahlwardt der Schlimmste noch lange nicht, er ist bloß der Dümmste. — „Berliner Zeitung": Der souveräne Beherrscher der Radauversammlungen, in denen man mit der Wahrheit und mit andrer Ehre Fangball spielt, ohne die Furcht hegen zu müssen, verwerfliches Thun verantwortlich vertreten zu müssen, im Reichstage ist er auf einen bösen, heißen Boden geraten. Diese giftigste Schmeißfliege unter all der interessanten Insektenmasse des Antisemitismus zappelt im Netze, und das andre Gewürm blickt ängstlich herzu und sucht sein Heil in möglichst großem Abstande. — „Volkszeitung": Ein geflickter Lumpenkönig im Reiche der Verleumdung, so stand in der gestrigen Reichstagssitzung Ahlwardt da; moralisch gestäupt, gebrandmarkt, geschunden vor ganz Deutschland, sodaß selbst seine treuen Tivolifreunde ihn elendiglich fallen ließen und sogar der Stöcker und die übrigen „reinen" und sonstigen Antisemiten es aufgaben, ihren lieben Kollegen vor Schmach und Schande zu retten. — „Nationalzeitung": Ahlwardts Treiben ist bis in alle Einzelheiten gestern im Reichstage vernichtend beleuchtet worden, und es soll nicht bestritten werden, daß dies einen gewissen moralisch-politischen Vorteil vermöge der Einwirkung auf die öffentliche Meinung haben kann. Dennoch müssen wir betonen, daß es unmöglich weiter einem gewerbsmäßigen Skandalmacher gestattet werden kann, den Reichstag in dieser Weise zu Debatten über Dinge, die nicht vor die Volksvertretung gehören, zu nötigen. — „Post": Daß der abermalige Ahlwardt-Skandal wiederum mit einer allseitigen vernichtenden Verurteilung des Urhebers endigte, und daß ihm von allen Seiten die Verachtung in einer Weise ausgesprochen worden ist, wie dies in einer deutschen Volksvertretung niemals vorgekommen ist, war vorauszusehen. Das ist nicht die Frage, um welche es sich praktisch handelt, sondern die, wie es zu machen sein wird, dem gewerbsmäßigen Mißbrauch des Reichstagsmandats zu Verleumdungen zu steuern. — „Kreuzzeitung": Ahlwardt hat uns nie geblendet; das weiß er selbst genau, und seine Anhänger wissen es auch. Daher der Ingrimm, der in ihren allerdings stark gelichteten Reihen gegen uns sich erhebt, weil wir von „Radau" ein für allemal nichts hören wollen, sondern dessen unerbittlichste Gegner sind. Wenn die Liberalen im Reichstage jetzt so eifrig dabei sind, Ahlwardt abzuthun, so erweisen sie damit niemand einen größern Dienst als uns. — „Staatsbürgerzeitung": Wir finden

für den Aufwand von Kraft und Gehässigkeit, den man gegen die Person Ahlwardts angewendet, nur die Erklärung, daß man meint, mit Ahlwardt den Antisemitismus totzuschlagen. Das ist aber ein gewaltiger Irrtum. Mag nun Ahlwardt unterliegen oder nicht — die antisemitische Bewegung wird in jedem Falle weitergehen; sie hängt nicht von einer Person ab, sondern wurzelt in den Herzen des deutschen Volkes. Der Kampf gegen den jüdisch-mammonistischen Geist und den schädlichen Einfluß der Verjudung auf unser deutsches Volk wird weiter geführt werden und nicht rasten noch ruhen, bis er zum Siege geführt hat. Der Einzelne kommt dabei gar nicht in Betracht.

III.

Landwirtschaftliche Bewegung.

22. Januar. Der Landwirt Ruprecht in Ranfern wendet sich also an seine Berufsgenossen:

Wir müssen schreien, daß es das ganze Volk hört; wir müssen schreien, daß es bis in die Parlamentssäle und Ministerien dringt — wir müssen schreien, daß es bis an die Stufen des Thrones vernommen wird. Aber wir müssen, damit unser Geschrei nicht auch wieder unbeachtet verhallt, gleichzeitig handeln. Wir müssen handeln, indem wir aufhören, was wir bis jetzt immer für selbstverständlich hielten, für die Regierung in unsern Bezirken die Wahlen zu machen; wir müssen alle Ehrenämter u. s. w. ablehnen, zu denen wir nicht gesetzlich gezwungen werden können; wir müssen es dahin bringen, daß unsre Herren Landräte nach oben berichten: „In den Kreisen der Landwirte herrscht die größte Unzufriedenheit, sodaß ihre früher so regierungsfreundliche Gesinnung in das Gegenteil umgeschlagen ist.“ . . . Ich schlage nichts mehr und nichts weniger vor, als daß wir unter die Sozialdemokraten gehen und ernstlich gegen die Regierung Front machen, ihr zeigen, daß wir nicht gewillt sind, uns weiter so schlecht behandeln zu lassen, wie bisher, und sie unsre Macht fühlen zu lassen.

27. Januar. Herr v. Ploetz in Döllingen bei Elsterwerda veröffentlicht ein Flugblatt unter der Ueberschrift: „Wollen wirklich die Landwirte sich aufraffen? Ist wirklich Sturm in Sicht?“ Der Verfasser steht auf dem Boden einer energischen, selbst rücksichtslosen Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen, soweit dies mit dem Gesamtwohl des Vaterlandes vereinbar sei. — Die Möglichkeit, daß die seit einiger Zeit zwischen dem Deutschen Reich und Rußland geführten Verhandlungen über einen Handelsvertrag zu einem Abschlusse führen könnten, der für russisches Getreide den gleichen Zollsatz in Anwendung bringt wie für österreichisch-ungarisches und amerikanisches, ruft in vielen Teilen Nord- und Süddeutschlands eine Bewegung hervor.

10. Februar. Das „landwirtschaftliche Kränzchen von Unterfranken und Aschaffenburg“ beschließt auf einer Versammlung in Würzburg zur Frage eines Handelsvertrags mit Rußs-

land, auf Antrag des Gutsbesitzers v. Thüngen-Roßbach, folgende Erklärung:

In Erwägung, daß bei einem Handelsvertrage mit Rußland lediglich die Landwirtschaft das Ausgleichsobjekt bilden kann; in Erwägung, daß durch die bereits abgeschlossenen Handelsverträge, die Freigabe der Schweineeinfuhr aus Amerika, die Aufhebung der Viehsperre gegen Oesterreich und andre der Landwirtschaft verderbliche Maßregeln dieselbe ohnehin schon schwer geschädigt worden ist; in Erwägung, daß der Landwirtschaft außerdem durch die Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung schwere Lasten ohne Entgelt aufgebürdet worden sind, bei steigenden Löhnen, Steuern und Abgaben und sinkenden Preisen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse; in Erwägung, daß die schwankenden russischen Valutaverhältnisse jeden Zoll sowohl für die Landwirtschaft wie für die Industrie unwirksam machen und dadurch eine Bindung auf längere Zeit vollkommen unthunlich erscheint; in Erwägung, daß das russische Regierungssystem keine Gewähr für die Vertragstreue und das russische Tierarzneiwesen keine Sicherheit für die Abwendung der Seuchengefahr bietet; in Erwägung, daß die Reichskasse den drohenden Ausfall von 20 Millionen nicht ertragen kann; in Erwägung ferner, daß es ein vaterlandsloses Beginnen ist, den russischen Feind mit deutschem Gelde wehrfähig zu machen; in Erwägung endlich, daß die beim Abschluß der Handelsverträge mit Oesterreich, Italien, Belgien und der Schweiz gemachten Erfahrungen das Vertrauen in das Wohlwollen der Reichsregierung und die Tüchtigkeit ihrer Unterhändler tief erschüttert haben, erklärt das landwirtschaftliche Kränzchen von Unterfranken und Aschaffenburg, daß von dem Abschluß eines Handelsvertrags mit Rußland, als einem Unglück für die deutsche Landwirtschaft, unter allen Umständen abzusehen sei, und stellt an den Bundesrat und Reichstag die dringende Bitte, einem solchen ihre Zustimmung zu versagen.

11. Februar. Mit Rücksicht auf eine zum 18. Februar in Aussicht stehende allgemeine Versammlung deutscher Landwirte findet in Bromberg eine Versammlung von 400 Landwirten statt.

Der Vorsitzende v. Witzleben macht auf die Notwendigkeit aufmerksam, daß die Landwirte sich endlich einmal aufrafften und zu gemeinsamem Vorgehen sich die Hand reichen. Die Landwirte seien ruhige Leute, aber wenn sie einmal sich in Bewegung gesetzt hätten, so ließen sie sich nicht so leicht wieder aufhalten. Es entspinnen sich lebhafte Verhandlungen über den Antrag auf Gründung eines Wahlvereins zur Wahrung landwirtschaftlicher Interessen auf konservativem Boden. Für diesen von einer vorbereitenden Versammlung in Nakel angeregten Antrag spricht sich Graf v. d. Goltz aus Czayeze aus. Er weist darauf hin, wie die konservative Partei bisher allein die Interessen der Landwirtschaft mutig vertreten habe und wohl auch ferner nur von ihr eine nachdrückliche Vertretung dieser Interessen zu erwarten sei. Ein Herr Falkenthal wendet sich gegen diese Bestimmung; er macht die Befürchtung geltend, daß dadurch Landwirte von der Bewegung ferngehalten werden könnten, bei der doch von vornherein die Beteiligung aller Landwirte nötig sei. Bernsten aus Domslaff führt aus, Klein- und Großgrundbesitz hängen eng zusammen; dieselben Lebensbedingungen, die für den Kleingrundbesitz in Erscheinung treten, gelten für den Großgrundbesitz in gleicher Weise. Das Wort, „die Landwirte sollen so klug wie die Schlangen und so sanft wie die Tauben sein," billige er; aber nicht die Schlangen schlachte und esse man, wohl aber die Tauben. Die Landwirte seien es müde, die Tauben, die gerupft werden sollten, zu sein. Man müsse es mit

der Klugheit und mit entschiedenem Vorgehen halten. Herr Leyn betont, daß es eine Art von Undankbarkeit sei, wenn man sich gegen das Wort „konservativ" sträube. Thatsächlich habe die konservative Partei allein gezeigt, daß sie Sinn, Verständnis und den Mut gehabt hat, die landwirtschaftlichen Interessen zu wahren. Von ganz allein werde auch die jetzige Bewegung auf dem Boden der konservativen Partei stehen. Er sei überzeugt, daß der weitaus größte Teil der Versammlung aus konservativen Männern bestehe. Endlich wird beschlossen, jenen Antrag vorläufig fallen zu lassen, dagegen eine Bittschrift an den König abfassen zu lassen, in der, unter Darlegung aller einschlägigen Verhältnisse, die den Notstand der Landwirtschaft verursachen, um Abhilfe und insbesondere darum gebeten wird, daß die drohende Gefahr des Abschlusses von Handelsverträgen mit Rumänien und Rußland, die doch nur auf Kosten der schon ohnehin darniederliegenden Landwirtschaft erfolgen kann, abgewendet werde. Herr v. Witzleben sagt dann in einer Schlußrede: „Was unsre Gesinnung anlangt, so sind wir Landwirte nicht die guten Revolutionäre, die Professor Virchow preist, auch haben wir nicht nötig, wenn der Kurs mal nicht nach unserm Geschmack ist, gleich unsre monarchischen Gefühle einer Revision zu unterziehen. Wir sind monarchisch gesinnt und bereit, den Thron der Hohenzollern gegen jeden Ansturm von innen und außen aufs äußerste zu verteidigen. Wir sind ferner bereit, jedes Opfer von Gut und Blut für die Ehre und Sicherheit unsers Vaterlands zu bringen. Achtzig Jahre sind es her, da hat gerade hier der Norden und Osten Preußens der staunenden Welt gezeigt, welche Opfer ein von glühender Vaterlandsliebe begeistertes Volk zu bringen vermag. Nun, wir Landwirte der deutschen Ostmark werden zeigen, wenn es darauf ankommt, daß wir aus demselben Holz geschnitten sind wie unsre Väter."

15. Februar. Sowohl im Reichstage als im Abgeordnetenhause findet eine lange und lebhafte Debatte über die Handelsvertragspolitik, insbesondere den Handelsvertrag mit Rußland statt: im Reichstag anläßlich eines Protestes, den Graf v. Caprivi beim Beginn der Sitzung gegen eine Aeußerung des Grafen Kanitz einlegt, im Abgeordnetenhause über einen Antrag Arendts (S. 8 u. 100).

16. Februar. Zur „Lage der deutschen Landwirtschaft" wird in den „Hamburger Nachrichten" folgendes ausgeführt:

Man sollte es kaum für möglich halten, wie wenig zutreffend die maßgebenden Personen in Berlin die landwirtschaftliche Bewegung, die fast in allen Teilen des Reichs einen immer bedeutenderen Umfang annimmt, beurteilen. Anscheinend befindet sich die Regierung in der Täuschung, daß diese Bewegung wieder im Sande verlaufen wird. Sonst würde sie nicht durch ihre offiziöse Presse in regelmäßigen Zwischenräumen über den trefflichen Fortgang der deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen berichten lassen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Regierung leichten Herzens die Zölle gegen Rußland opfern und dafür ganz minderwertige Vorteile eintauschen wird. Dem Reichstage wird man dann mit den festen Abmachungen kommen, und es wird sich dieselbe Zwangslage wie bei den letzten Handelsverträgen ergeben, wenn es der Landwirtschaft nicht noch gelingt, die Gefahr in letzter Stunde zu bannen. Durch die Presse sind dieser Tage Nachrichten gegangen, die darauf hindeuten, daß es in der That zu einer festern Vereinigung der Landwirte kommen wird. Wir würden der deutschen Landwirtschaft zu einem solchen einmütigen

Vorgehen um so mehr Glück wünschen, als wir nicht der Ansicht sind, daß Interessenvertretungen zu verwerfen seien. Daß die Landwirtschaft sich in der That in einem bedenklichen Notstande befindet, bedarf keines Beweises mehr. Die Regierung sollte darauf bedacht sein, die Landwirtschaft, die von jeher eine feste Stütze des Staats gewesen ist, mit allen Kräften zu erhalten, anstatt daß sie jetzt alle Mittel in Bewegung setzt, die Landwirtschaft — Rußlands zu heben. Und macht man sich nicht klar, daß die Sozialdemokratie leichtes Spiel mit den Landarbeitern hätte, wenn die Landwirtschaft an den Rand des Abgrunds gebracht würde?

In Markt-Heidenfeld am Main (Unterfranken) wird von einer sehr großen Bauernversammlung, nach einer Rede des Redakteurs der „Neuen Bayrischen Landeszeitung" (Würzburg), Memminger, einstimmig die Gründung eines „Fränkischen Bauernbundes" beschlossen, der erforderlichen Falles als selbständige Körperschaft mit dem Vorstande des „Bundes der Landwirte" in Berlin verhandeln soll.

17. Februar. Die „Freisinnige Zeitung" läßt sich über das Auftreten für landwirtschaftliche Interessen im Reichstag, Abgeordnetenhaus und Versammlungen in Berlin also aus: Die Agrarier möchten gegenwärtig den Abschluß eines deutsch-russischen Handelsvertrags und damit die Herabsetzung der Kornzölle auch auf der russischen Grenze hintertreiben. Der agrarische Lärm ist auf Einschüchterung der deutschen Regierung berechnet. Auf russischer Seite ist dieser Lärm eher geeignet, das Zustandekommen des Handelsvertrags zu begünstigen, weil das heftige Widerstreben der Agrarier in den Augen der Russen den Wert der deutschen Leistung für Herabsetzung der Kornzölle steigern muß.

18. Februar. In Berlin kommen 7000 deutsche Landwirte zusammen. Da der Saal auf Tivoli nicht alle Erschienenen faßt, finden zwei Versammlungen statt, deren eine 4000, die andre 3000 Landwirte umfaßt. Rittergutsbesitzer v. Plötz, der Vorsitzende des deutschen Bauernbundes, übernimmt die Leitung. Er begrüßt die Versammlung mit einer einleitenden Ansprache. Die heutige imposante Versammlung von Männern aus allen deutschen Gauen wolle laut und deutlich die einmütige Ueberzeugung bekunden, daß es so nicht weiter gehen könne. Sie verlange Schutz für die Landwirtschaft, damit sie nicht zu Grunde gehe und mit ihr Tausende treuer Familien in Armut verzweifelten. Aber ebenso einig wie in dem Gefühle der Not sei die Versammlung in dem Gefühle der Liebe zum Vaterlande, der Treue zum Kaiser und den Bundesfürsten. Dieses Gefühl finde Ausdruck in einem Hoch auf den Kaiser und die erhabenen Bundesfürsten. Die Versammlung beschließt die Absendung folgender Depesche: „Viele Tausende in Tivoli versammelte Landwirte, Abgesandte aus allen deutschen Landen, entbieten Ew. Majestät unterthänigsten Gruß und die Ver-

sicherung unwandelbarer Treue." Hiernach verbreitet sich Redner über die Ziele eines zu gründenden Bundes der Landwirte:

Er sei ursprünglich für einen Anschluß an die bestehenden politischen Parteien, die die Interessen der Landwirtschaft vertreten, und gegen einen neuen Verein gewesen. Gegenüber der elementaren Bewegung aber habe er seine Bedenken fallen lassen. Diese Bewegung verlange stürmisch einen Verein, der sich frei halte von jedem Fraktionszwange. Wohlan! So sorge dieser neue Verein dafür, daß die Begeisterung wach bleibe und in alle Gaue getragen werde bis in das kleinste Dorf. (Beifall. Jawohl! Das wollen wir.) Die Politik des Bundes sei rein wirtschaftlich, und hiernach wirke er bei den Wahlen! Sorge er dafür, daß nur Männer gewählt werden, die ohne jede Rücksicht auf andere Fraktionspolitik gewillt sind, für die deutsche Landwirtschaft und ihre Forderungen einzutreten. Die wirtschaftliche Vereinigung des Reichstags, die so segensreich gewirkt habe, als der größte Staatsmann Deutschlands den Schutz der deutschen Arbeit, der Landwirtschaft und der Industrie proklamirte, müsse wiedererstehen. (Stürmischer Beifall. Hochrufe auf den Fürsten Bismarck.) Aber nicht einseitig solle der Schutz der Landwirtschaft gelten, auch Handel und Industrie sollten in ihren berechtigten Interessen gefördert werden. Alles blühe, wenn die Landwirtschaft gedeihe. Die vornehmlichsten Träger der Sozialpolitik, die man den Arbeitern gern gönne, müßten Kraft erhalten und bewahren, um ihre Lasten tragen zu können. Die Gerechtigkeit verlange, daß nicht nur der Bauer für seinen Arbeiter sorge, sondern daß auch für den Bauer gesorgt werde, wenn er nach einem mühevollen Leben auf verschuldeter Scholle krank und schwach werde. Opferwilligkeit und Einigkeit bleibe die Parole, offen und schneidig das Vorgehen. Wer das Recht auf seiner Seite habe, brauche keine Demagogie zu treiben. Möge kein Mißton die Verhandlungen stören, deren Wahlspruch laute: Mit Gott für Kaiser und Reich und unser gutes Recht!

Ruprecht aus Ransern (Regierungsbezirk Breslau), der zuerst die Bildung eines Bundes der Landwirte angeregt hatte und deshalb von der Versammlung stürmisch begrüßt wird, schildert unter deren lebhaftem Beifall die Notlage der Landwirtschaft. Die gute Ernte des letzten Jahres habe die Landwirtschaft wieder hoffen lassen. Aber wie traurig müsse es um sie bestellt sein, wenn selbst eine gute Ernte ihr nur in geringem Umfange helfe, wenn sie es ihr nur ermögliche, ihre Gläubiger teilweise zu befriedigen. Die Erbitterung über diese Lage, die zum Teil auf falsche Maßnahmen der Regierung zurückzuführen sei, habe die Bewegung hervorgerufen, die sich im Bunde der Landwirte konzentrire. Wie groß diese Erbitterung sei, habe die Wirkung seines Aufrufs gezeigt. Alle habe die Erregung und Bewegung ergriffen. Alle vom Größten bis zum Kleinsten. Mögen die Freisinnigen nur spotten über das Wunder der agrarischen Bewegung, über das „Erwachen des Löwen." Dieser Spott beweise nur die Ohnmacht gegenüber einer schwellenden Flut, die kein Damm aufzuhalten vermöge. (Stürmischer Beifall.) Keine demagogische Bewegung sei es, sondern eine durchaus loyale. Jeder Landwirt, der große wie der kleine, alle ohne Ausnahme seien königstreue Leute. (Stürmischer Beifall.) Daß die Bewegung den Führern über den Kopf wachse, dafür sei keine Gefahr, denn hinter den Führern stehe die deutsche Landwirtschaft, ständen deutsche Männer, die vom Bauern bis zum Magnaten zusammenhalten, einer für alle und alle für einen, aber alle einig und unerschütterlich in der Treue zu König und Vaterland. Der germanische Stamm stehe hinter der Landwirtschaft, im Gegensatz zu andern. Freisinnige, Juden, Sozialdemokraten und Polen hätten dem Minister sekundirt, als er Ver-

träge verteidigte, die die Landwirtschaft schädigen. Hinter der Landwirtschaft stehe auch die Bevölkerung der Landstädte. Nur die Großstädter seien ihre Gegner und hier vor allem das Spekulanten- und Börsenjobbertum. Sei erst die Landwirtschaft in dessen Händen, dann werde sie natürlich erhalten werden müssen. Unbegreiflich sei es und naiv zugleich, wenn dieses Großstädtertum sich über den Luxus der Landwirte beklage. Was seien denn die Ausgaben der Landwirte für Geselligkeit im Vergleich zu denen, die ein Großstädter für Vergnügungen aller Art, Theater und dergleichen mache! Aber nicht die ganze großstädtische Bevölkerung stehe im Gegensatz zur Landwirtschaft. Auch hier gebe es weite Kreise, die Verständnis gewinnen würden für die berechtigten Interessen der Landbewohner. Dafür müsse vor allem eine geeignete Presse wirken. — Freiherr **von Wangenheim**-Klein-Spiegel: Die Versammlung solle zeigen, daß die Landwirte nicht die letzten seien, wenn es heiße: Vorwärts! Besser wirtschaften, sage man, so wird es besser gehen. Diesen Vorwurf weise er energisch zurück. Die Landwirtschaft habe gerade in der letzten Zeit ihre Technik vervollkommnet wie nie zuvor. Daß sie sich aber trotzdem nicht zu halten vermöge, gerade das sei es, was sie Schutz fordern lasse. Die Auffassung, daß Deutschland ein Industriestaat, weise er entschieden zurück. Eine neue große Vereinigung müsse geschaffen werden. Wer Fühlung im Lande habe, wisse, daß es mit dem Anschluß an bestehende Vereinigungen nicht gehe. Das augenblickliche Ziel dieser Vereinigung sei eine Kundgebung gegen die Handelsverträge. Die Vereinigung werde einen Erfolg haben, wie die Landwirtschaft noch keinen aufzuweisen vermöge. Dauernde Aufgabe der Vereinigung sei es, zu allen auftauchenden Fragen zur rechten Zeit Stellung zu nehmen. Bis in die kleinsten Orte hinein müßten Vertrauensleute ernannt werden, dann brauche man nur hier in Berlin auf den Knopf zu drücken, um sofort im ganzen Reiche die Wünsche der Landwirtschaft energisch geltend zu machen. Eine energische Presse werde auch die Wohlmeinenden aus andern Berufskreisen herüberziehen. Vor allem müsse man sich bei den Wahlen von den Kandidaten das Versprechen geben lassen, für die Interessen der Landwirtschaft einzutreten, so weit es die allgemeinen Interessen zulassen. Keine Fraktionspolitik dürfe da mitsprechen. Eine Zersplitterung sei nicht zu besorgen. Die Stimmen würden ganz gewiß nicht den Sozialdemokraten, sondern nur den Ordnungsparteien zufallen, die Parteigegensätze würden sich abschleifen, die Wirksamkeit der neuen Vereinigung werde nur der Regierung zu statten kommen, die mächtiger und stärker werde. Die heutige Versammlung solle nur kundgeben, daß alle einig seien. Sorge man, daß der Rausch nicht bald verfliege. Das deutsche Volk sei nie thatkräftiger gewesen, als in Zeiten der Not. Treu unserm Gott, treu unserm Kaiser, treu uns selbst! — Dr. v. **Frege**-Abtnaundorf: In seiner achtzehnjährigen Thätigkeit für die Landwirtschaft habe er noch nie eine solche Bewegung gesehen, wie die heutige. Der Ernst der Zeit führe alle zusammen. Wohl aber habe er schon eine Zeit gesehen, wo es besser um die Vertretung der Landwirtschaft stand, als Niendorf den Kampf gegen die goldene Internationale begann. Als die wirtschaftliche Vereinigung sich aufgerafft hatte, da stand es besser, da fing es an zu tagen auch in den Köpfen der Großstädter, da fing man auch hier an, einzusehen, daß wir eine gerechte Sache vertreten. Aber als es anfing, besser zu werden, da riß auch wieder die Indifferenz und Gleichgiltigkeit ein. Die Worte, die einst Graf Zedlitz-Trützschler auf dem Kongreß der Landwirte von dem Kampfe gegen die Knechte des goldenen Kalbes sprach, gelten noch heute. Nur noch der Freisinn und die Sozialdemokratie wage zu leugnen, daß die nationale Landwirtschaft geschützt werden müsse. Mit Hoffnung dürfe man in die Zukunft blicken, wenn nur Einigkeit herrsche. Vor allem gelte es jetzt, Zeugnis dafür abzulegen, daß die Bedeutung der Nation nicht

auf dem Asphaltpflaster liegt. Landwirtschaftliche Besitzer, Pächter und Arbeiter seien die drei Horatier, die jeden Augenblick als loyale Unterthanen mit ihrem Blute auf die Schanzen zu springen bereit seien. Möge die Regierung nicht gegen die Landwirtschaft, sondern gegen die Feinde einer monarchischen und christlichen Regierung ankämpfen. Nicht Luxusschulden seien es, unter denen die Landwirtschaft leide, sondern Ehrenschulden, die aus dem Streben resultirten, die Familie auf der Scholle zu erhalten. Möge man an England denken, wo der reiche Großstädter Fuchshetzen veranstalte auf dem Boden, auf dem der Bauer verhungert. Nur in Deutschland und allenfalls noch in Frankreich gebe es noch eine selbständige Landwirtschaft. Sorge jeder nach seinen Kräften dafür, daß sie erhalten bleibe, denn der Bauernstand liefere die besten Gelehrten, die besten Militärs und die besten Staatsdiener. Wenn uns der Kaiser nach Hause schicken sollte, dann sorgen Sie dafür, daß Agrarier wiederkommen, nicht großstädtische Streber. Wir kleine Schar Agrarier werden kämpfen, so lange uns Gott die Kraft dazu giebt. — Landmann-Nenkersdorf: Der Bauer fühle es täglich an seinem Geldbeutel, daß die Landwirtschaft den Krebsgang gehe. Nicht durch ihre eigene Schuld. Es bestehe ein Unterschied zwischen der schlechten Lage früherer Zeiten und jetzt. Jetzt habe man nicht das Bewußtsein, daß die Regierung der Landwirtschaft den berechtigten Schutz angedeihen lasse. Die Landwirte seien nicht oppositionell, sondern staatserhaltend und regierungsfreundlich. Sie seien hier zusammengetreten in der klaren Erkenntnis, daß die Landwirtschaft zu Grunde gehe, wenn ihr nicht der berechtigte Schutz zu teil werde. In Sachsen gebe es wenig Großgrundbesitzer. Aber Rittergutsbesitzer, Bauern und Pächter, alle ständen zusammen und gingen Hand in Hand. Daher habe man Vertrauen zu einander. Gerade die Bauern hätten Kopf und Herz auf dem rechten Fleck, besäßen oft viel mehr Lebenserfahrung und Lebensklugheit als gelehrte Männer.

Die Begründung des „Bundes der Landwirte" erfolgt hierauf durch Annahme bestimmter Satzungen, in denen es heißt:

Der Zweck des Bundes ist: alle landwirtschaftlichen Interessenten ohne Rücksicht auf politische Parteistellung und Größe des Besitzes zur Wahrung des der Landwirtschaft gebührenden Einflusses auf die Gesetzgebung zusammenzuschließen, um der Landwirtschaft eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung in den parlamentarischen Körperschaften zu verschaffen. Dieser Zweck soll erreicht werden: 1. durch Besprechung und Beschlüsse der Mitglieder in Versammlungen; 2. durch Einwirkung auf die Wahlen, damit unabhängige Männer in die Parlamente gewählt werden, die bereit sind, auch die Interessen der Landwirtschaft gerechterweise energisch wahrzunehmen und zu diesem Zwecke sofort nach ihrem Eintritt in eine gesetzgebende Körperschaft einer wirtschaftlichen Vereinigung beizutreten; 3. durch angemessene Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen in der Oeffentlichkeit, besonders in der Presse.

Hierauf ergreift das Wort der Reichstagsabgeordnete Lutz aus Bayern:

Er halte es für seine Pflicht und Schuldigkeit, der imposanten Versammlung auch Grüße aus Süddeutschland zu überbringen. Er wolle auch der einfältigen Mär entgegentreten, daß nur der Großgrundbesitzer Vorteil von den Kornzöllen habe. Noch schlimmer als die geringen Kornpreise aber wirke besonders für den Kleinbauern das Viehseuchen-Uebereinkommen, mit dem das Deutsche Reich in wirtschaftlicher Beziehung seine Selbständigkeit aufgegeben habe. Mangel an Einigkeit sei schuld an den

schlechten Zuständen. Die Bewegung der Landwirte werde leider nicht bloß von ihren Feinden, sondern auch vom grünen Tische aus nicht so beurteilt, wie sie es verdiene. Wie könne der Reichskanzler sagen, die Bewegung werde vielleicht die Grenzen des Staatswohles überschreiten, sie könnte mit andern Strömungen zusammenfließen. Diese Strömungen gingen gegen Besitz und staatliche Ordnung, während der Bund doch gerade den Bauer in seinem Besitz erhalten wolle. Fürst Bismarck habe gesagt, daß noch nie ein Bauer im deutschen Lande aus freien Stücken aufgestanden sei. Eine gegenteilige Unterstellung müsse er auf das allerentschiedenste zurückweisen als einen Angriff auf die Ehre des deutschen Bauernstandes. An der Bereitwilligkeit, Gut und Blut für Fürst und Vaterland einzusetzen, stehe der Bauer hinter keinem zurück. Man möge auch nicht den Schein aufkommen lassen, als ob der deutsche Bauer illoyal sei, und deshalb immer vorsichtig sei. Der deutsche Bauer sei willig im Ertragen von Nachteilen, aber wenn er einmal zum Bewußtsein komme, daß ihm Unrecht geschehe, so ruhe er nicht eher, bis ihm sein Recht werde, habe Fürst Bismarck einmal gesagt. (Stürmischer Beifall. Hochrufe auf Bismarck.) Der deutsche Bauer könne seinen Dank gegen den großen Staatsmann nicht besser abtragen, als indem er dieses Wort wahr mache. — Noël überbringt Grüße von 5400 Bauern der Oberlausitz. Ein andrer betont die Gefahr, daß in die Bewegung Parteipolitik hineingetragen werde. Das dürfe nicht geschehen. Keine Partei dürfe sie für ihre Sonderzwecke ausnutzen. — Freiherr v. Thüngen-Roßbach berichtet, daß auch in seinen Kreisen in Süddeutschland eine Masse von Zündstoff vorhanden sei, in den die Einladung Ruprechts wirksam eingeschlagen habe. Der Bund kämpfe nicht für vorübergehende Vorteile, sondern für Heimat und Herd. Wer würde an die Stelle der von ihrer Scholle vertriebenen Landwirte treten? Die Rothschild und Bleichröder, die Meyer, Itzig und Cohn. Die Apotheken zur Bereitung der Hilfsmittel seien Reichstag und Landtage. Die Kandidaten dafür müsse man sich also genau ansehen, auf ihre Fähigkeit und Charakterstärke, darauf, ob sie imstande seien, energisch einzutreten, ohne Rücksicht auf oben oder unten, nach rechts oder links. Das ewige Leisetreten und Rücksichtnehmen müsse aufhören. Streberei, Liebedienerei und Schmeichelei müßten der Bewegung fernbleiben. (Stürmischer Beifall.) Ein Rückgrat müsse man auch nach oben zeigen. Die Versammlung solle einmütig vor Volk und Regierung erklären, daß die Landwirtschaft auf dem Plane sei, wenn es gelte, sich nicht das Fell über die Ohren ziehen zu lassen. Lange genug sei man Amboß gewesen, auf dem die Parteien herumgehämmert, endlich wolle man auch einmal Hammer sein. — v. Riepenhausen auf weist die fortwährend zunehmende Verschuldung hin, die eine eminente Gefahr bedeute. Namentlich große Teile des Ostens gingen der Verarmung entgegen. Der Kampf gelte der Erhaltung der Familie, des Staates und des Christentums. — Graf Limburg-Stirum: Er habe von Haus aus den Gedanken vertreten, daß diese schöne Bewegung nicht in den Dienst einer Partei gestellt werden dürfe. Die konservative Partei brauche sich nicht darüber zu ärgern, wenn sie auch der freikonservativen und nationalliberalen zu gute komme. Auch diese hätten ihre berechtigten Interessen. Aus dem Verlaufe der Versammlung aber sehe er, daß man im Ganzen und Großen mit den Konservativen wohl zufrieden sei. Ein Hauptvorteil der Bewegung sei der, daß sich das Gefühl der allgemeinen Unzufriedenheit auf einen Punkt stellen werde. Werde dieser abgestellt, so werde man mit der Regierung eine tüchtige Politik machen können. — v. Saskarowski erklärt, daß die Polen im allgemeinen mit der Bewegung einverstanden seien. — Graf Mirbach bekundet sein Gefühl der Genugthuung nach einem zwanzigjährigen Kampfe, in dem er stets in der vordersten Reihe gekämpft

habe, und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß die Bewegung in den richtigen Bahnen erstarken und das Reich zu ungeahnter Kraft emporführen werde.

Hierauf wird folgendes Programm einstimmig angenommen:

Die deutsche Landwirtschaft ist das erste und bedeutendste Gewerbe, die festeste Stütze des Reichs und der Einzelstaaten. Dieselbe zu schützen und zu kräftigen ist unsre erste und ernsteste Aufgabe, weil durch das Blühen und Gedeihen der Landwirtschaft die Wohlfahrt aller andern Berufszweige gesichert ist. Wir fordern daher: 1. Genügenden Zollschutz für die Erzeugnisse der Landwirtschaft und deren Nebengewerbe. 2. Deshalb keinerlei Ermäßigung der bestehenden Zölle, keine Handelsverträge mit Rußland und andern Ländern, die die Herabsetzung der deutschen landwirtschaftlichen Zölle zur Folge haben, und eine entsprechende Regelung unsers Verhältnisses zu Amerika. 3. Schonung der landwirtschaftlichen, besonders der bäuerlichen Nebengewerbe in steuerlicher Beziehung. 4. Absperrung der Vieheinfuhr aus seuchenverdächtigen Ländern. 5. Einführung der Doppelwährung als wirksamsten Schutz gegen den Rückgang des Preises der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. 6. Gesetzlich geregelte Vertretung der Landwirtschaft durch Bildung von Landwirtschaftskammern. 7. Anderweitige Regelung der Gesetzgebung über den Unterstützungswohnsitz, die Freizügigkeit und den Kontraktbruch der Arbeiter. 8. Revision der Arbeiterschutzgesetzgebung, Beseitigung des Markenzwanges und Verbilligung der Verwaltung. 9. Schärfere staatliche Beaufsichtigung der Produktenbörse, um eine willkürliche, Landwirtschaft und Konsum gleichmäßig schädigende Preisbildung zu verhindern. 10. Ausbildung des privaten und öffentlichen Rechts, auch der Verschuldungsformen des Grundbesitzes und der Heimstättengesetzgebung auf Grundlage des deutschen Rechtsbewußtseins, damit den Interessen von Grundbesitz und Landwirtschaft besser wie bisher genügt wird. 11. Möglichste Entlastung der ländlichen Organe der Selbstverwaltung.

Im Anschluß hieran stimmt die Versammlung folgender Erklärung und Bitte an den Reichstag bei:

Die versammelten Vertreter der Landwirtschaft aus allen Teilen Deutschlands erklären: Wir verlangen, daß die Grundlagen, auf denen die Stärke unsers Vaterlandes beruht, unversehrt erhalten bleiben. Von diesem Verlangen beseelt und überzeugt, daß nach außen nur eine starke Militärmacht uns den Frieden, dessen wir bedürfen, erhalten kann, sind wir zu jedem Opfer bereit, das hierfür verlangt wird. Wir sind aber von der festen Ueberzeugung durchdrungen, daß die dauernde und sicherste Grundlage für unsers Vaterlandes Macht und Größe in dem Gedeihen der Landwirtschaft beruht. Die Gesetzgebung der letzten Jahre, verbunden mit den abgeschlossenen Handelsverträgen, hat aber diese Grundlage so gewaltig erschüttert, daß die Existenzfähigkeit der deutschen Landwirtschaft gefährdet erscheint. Wir erkennen namentlich in der drohenden Gewährung weiterer Einfuhrvergünstigungen an das Ausland eine unerträgliche Schädigung unsers Gewerbes. Wir richten daher an den hohen Reichstag die dringende Bitte, derselbe wolle allen weitern Handelsverträgen, soweit sie eine Herabsetzung der bestehenden Zölle enthalten, unbedingt seine Zustimmung versagen und auf eine Förderung auch der landwirtschaftlichen Ausfuhr Bedacht nehmen, damit die deutsche Landwirtschaft blühen könne zum Segen des gesamten Vaterlandes.

Bald darauf findet eine zweite Versammlung unter Vorsitz des Herrn v. Plötz statt. Hier giebt v. Dieſt-Daber seiner Freude über die Versammlung Ausdruck. Parteien seien der Bewegung gleichgiltig. Er verlange für ihre Vertreter nur ein festes Rückgrat.

Stürmisch begrüßt wird Hofprediger a. D. **Stöcker**, den der Vorsitzende als Bauerngutsbesitzer vorstellt. Er vergleicht die Bewegung mit einem Sturm, einem „Landsturm," und hält es für viel besser, daß die Landwirtschaft eine volle Börse, als daß die Börse die Landwirtschaft in der Tasche habe. Oekonomierat v. **Mendel-Halle** wendet sich besonders gegen die der Landwirtschaft feindliche Presse. von Helldorff-Zingst, Kraus-Württemberg und Wiedener (Baden) überbringen Grüße und Zustimmungserklärungen vom Westen und Süden. **Bohuenstengel-Pommern** geht mit gewissen Leuten ins Gericht, die er nicht nennen wolle, die es aber verständen, die Landwirte an allen Ecken und Enden zu begaunern, und die es namentlich auf den Kleinbesitzer abgesehen hätten. Programm und Erklärung werden einstimmig angenommen. Aus der Versammlung heraus wird dem Fürsten **Bismarck** ein **Hoch** gebracht.

20. Februar. Die Generalversammlung des „**Deutschen Bauernbundes**" findet in Berlin statt.

Der Vorsitzende, Rittergutsbesitzer v. **Plötz** aus Döllingen, hält eine Ansprache, in der er auf die Bewegung unter den Landwirten zu sprechen kommt und dann ausführt: **Die Landwirtschaft ist die kräftigste Stütze für Thron und Altar und Vaterland**, dies Bewußtsein sollte die Gesetzgebung leiten an jeder Stelle. Der 18. Februar wird ein Ehrentag für die Landwirtschaft bleiben. Die Wut der jüdisch-freisinnigen Presse beweist, daß wir ins Schwarze getroffen haben. Daß der deutsche Bauernstand bei den Bestrebungen des Bundes der Landwirte nicht fehlen darf, ist selbstverständlich. Die von 100 Mitgliedern besuchte Ausschußsitzung hat mich beauftragt, zu erklären, der deutsche Bauernbund sei bereit, sich aufzulösen und mit seinen 40000 Mitgliedern und seinem Kapitalvermögen dem Bunde der Landwirte beizutreten, wenn es möglich ist, den Mitgliedern auch so die Vorteile zu sichern, die sie bisher genossen. Es liegen Anzeichen vor, daß uns auch die katholischen Vereine folgen werden. Der Bund der Landwirte soll nicht bloß einseitig die Landwirtschaft vertreten, sondern dazu beitragen, daß alle Produktivstände gekräftigt und vereinigt werden zu einem **festen Damm gegen die zersetzenden Mächte des Freisinns, des Judentums und der Sozialdemokratie**. Noch einmal: Mit Gott für Kaiser und Reich und für unser gutes Recht! — Nach dem Geschäftsberichte des Generalsekretärs ist die Mitgliederzahl des Bauernbundes im vergangnen Jahre von 32000 auf 40000 gestiegen. Der Vermögensbestand beträgt 16000 Mark.

Den ersten Vortrag hält Reichstagsabgeordneter Lutz (Bayern) **über das Verhältnis der politischen Parteien zum Bauernstande**. Redner beleuchtet dieses Verhältnis nach drei Richtungen: nach dem Verhalten der

Parteien zu den Forderungen des Christentums, den Forderungen des Vaterlandes und der Monarchie und den wirtschaftlichen Fragen. Der Bauer könne mit keiner Partei zusammengehen, die die religiöse Erziehung gefährde, also weder mit der Sozialdemokratie noch mit dem Freisinn. In wirtschaftlicher Beziehung müsse auch die heutige Versammlung gegen neue Schädigungen protestiren.

Hierauf beschließt die Versammlung folgende Erklärung: Die Generalversammlung erklärt, daß von jedem Abschlusse eines Handelsvertrages mit Rußland, bei dem die Landwirtschaft von neuem bluten muß, als einem Unglück für die deutsche Landwirtschaft unter allen Umständen abzusehen sei, und stellt an den Bundestag und Reichstag die dringende Bitte, einem solchen ihre Zustimmung zu versagen.

Bauerngutsbesitzer Fischer-Rügenwalde mahnt zur Einigkeit auch in wirtschaftlicher Beziehung. Namentlich bei den Wahlen habe der Bauernstand zurückgestanden. Das müsse anders werden; man müsse gerade die bäuerliche Bevölkerung aufklären über die Ursachen der Notlage und die Mittel zur Abhilfe. Geschehe das nicht, so würden andre kommen, Sozialdemokraten und Freisinnige, und das Volk verführen. Wie hätte der Wahlkreis Stolp-Lauenburg in freisinnige Hände fallen können, wenn nicht der Bauernstand irregeführt worden wäre? Aber was hatten die Freisinnigen nicht alles versprochen? Kaffee und Branntwein würden billig werden. Die Großgrundbesitzer habe man zu Raubrittern gestempelt und den Bauern bange gemacht, daß sie wieder zu Sklaven gemacht werden sollten. Nichts sei gefährlicher, als so ein hetzender Zeitungsschreiber. Daß der Schutzzoll auch dem Kleinbesitzer zu gute komme, wisse er nach seiner Buchführung, die vom Jahre 1877 bis zum gestrigen Tage laufe, ganz genau. Noch eine Frage möchte er berühren, die Judenfrage. Wir als anständige Leute machen keinen Raudau, aber ein bischen Antisemit ist doch wohl jeder. Wer Christ und Deutscher ist, muß Antisemit sein. Nur der kann kein Antisemit sein, der nicht Christ ist, dem kein deutsches Herz in der Brust schlägt, dessen Herz nicht in Liebe schlägt für Kaiser und Reich. Wir haben keine Veranlassung, den Antisemitismus zu bekämpfen, im Gegenteil, wir wollen ihn pflegen und nur dafür sorgen, daß er in den richtigen Bahnen bleibt.

21. Februar. Die Generalversammlung der „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer" findet in Berlin statt und beschließt folgende, von Graf Mirbach beantragten Erklärungen:

1. Das Sinken der Preise der Hauptprodukte der Landwirtschaft, der dadurch bedingte Rückgang der Kaufkraft der Landwirtschaft selbst muß zu einer das gesamte Erwerbsleben beherrschenden Krisis führen. Wir erkennen in dem Preisfall des Silbers bezw. in der Steigerung des Goldwertes den wesentlichen Grund des Preisdrucks auf dem Weltmarkte. Die Wiederaufnahme der Silberprägung erscheint deshalb dringlich geboten, zumal infolge der am 1. Februar vorigen Jahres in Kraft getretenen Handelsverträge die Möglichkeit, der deutschen Landwirtschaft durch Zollerhöhungen zu helfen, nicht mehr besteht. Die Vereinigung sieht in einer vertragsmäßigen internationalen Doppelwährung das entscheidende Mittel zur Wiederherstellung des Silberwertes, will jedoch auch andre auf die Vermehrung der Silberzirkulation und die Hebung des Silberpreises abzielende Maßnahmen nicht ablehnen. Die Vereinigung erwartet von den Vertretern der Industrie und der Gewerbe, daß dieselben in Gemeinschaft mit denen der Landwirtschaft alle auf die Wiederherstellung des Silberpreises gerichteten Maßnahmen wirksam unterstützen.

Ein gemeinsames Vorgehen sämtlicher produktiven Berufe erscheint dringlich geboten. Die Gefahr einer weiteren Schädigung des wirtschaftlichen Lebens durch die einseitige Goldwährung liegt nicht bloß auf wirtschaftlichem Gebiete und damit auf dem der Erhaltung unsrer Wehrkraft und Machtstellung nach außen, sondern auch auf dem sozialen Gebiete, das bei allen politischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen eine entsprechende Berücksichtigung erfahren soll. 2. Die Vereinigung betrachtet die Wiederherstellung der vor Einführung der deutschen Goldwährung vorhandnen Relation des Goldes zum Silber auf Grundlage internationaler Vereinbarungen über die Doppelwährung als das berechtigte Endziel ihrer Bestrebungen. Um jedoch das Interesse der industriellen Kreise, welche sowohl durch die stetig wiederkehrende Geldnot als auch durch die Schwankungen und den Rückgang des Silberpreises hart getroffen werden, mit demjenigen der Landwirtschaft zu verbinden, ist sie bereit, alle jene Bestrebungen zu fördern, die geeignet sind, dem vermehrten Silberumlauf und der dadurch herzustellenden Hebung und Stetigkeit des Silberpreises zu dienen. (Daran wird die Empfehlung bestimmter Maßnahmen zu diesem Zweck geknüpft.)

Sodann folgt folgender Beschluß: Die Generalversammlung erklärt im Anschluß an die Resolution über Thema 1, daß von dem Abschlusse eines Handelsvertrages mit Rußland und Rumänien, bei denen lediglich die Landwirtschaft das Ausgleichsobjekt bilden könnte, solange es diesen Staaten nicht gelungen ist, ihre Valuten auf eine feste Basis zu stellen, als von einer großen Gefahr für die deutsche Landwirtschaft unter allen Umständen abzusehen sei, und stellt an den Bundesrat und Reichstag die dringende Bitte, einem solchen ihre Zustimmung zu versagen.

22. Februar. Eine Abordnung der landwirtschaftlichen Zentralvereine der östlichen Provinzen wird vom Kaiser empfangen und überreicht ihm eine Denkschrift, die mit folgenden Worten beginnt:

Seit langer Zeit krankt das landwirtschaftliche Gewerbe, von einzelnen durch lokale Verhältnisse begünstigten Gegenden abgesehen, in steigendem Maße. Wir sind uns dabei bewußt, daß, soweit unsre Kapitalkraft und unsere Sorgsamkeit geht, wir den Betrieb einer rationellen Wirtschaft mit allen Kräften und nicht ohne Erfolg angestrebt haben. Wir sind uns desgleichen wohlbewußt, daß unsere sinkenden Reinerträge teils auf unabwendbare Faktoren der Produktion, wie ungünstige Witterung u. s. w., teils auf die Lage des Weltmarktes zurückgeführt werden müssen. Dem unbestrittenen Notstande unsers Gewerbes gegenüber hat Eurer Majestät hohe Staatsregierung, wie wir dankbarlichst anerkennen, vielfach den guten Willen zur Beseitigung desselben bethätigt. Dagegen bedauern wir, nach gerechter Prüfung unsrer Lage bestätigen zu sollen, daß diese guten Absichten, soweit dieselben gesetzgeberisch zum Ausdruck gelangt sind, bislang eine wesentliche Aenderung unsrer bedrängten Lage nicht zur Folge gehabt haben. Deshalb wenden an Eurer Majestät landesväterliches Herz wir uns unmittelbar mit der allerunterthänigsten Bitte, huldvollst unsre Lage zu prüfen und unsre Wünsche mit einem machtvollen Königworte Sich allergnädigst annehmen zu wollen, wie dieses von Eurer Majestät durchlauchtigsten Vorfahren glorreichen Angedenkens zum Segen des Landes wiederholt geschehen ist. Gewiß verkennen wir nicht die große Schwierigkeit für den Monarchen, im Widerstreite der Interessen der einzelnen Berufsstände für die Gesamtheit das Richtige zu treffen. Nicht um eine Bevorzugung vor den gleichfalls berechtigten Interessen andrer Erwerbszweige bitten wir dieserhalb, sondern einzig um Schaffung des Gleichgewichtes, im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit.

Zum Schluß werden die Wünsche also formulirt:

1. Eine weitere Abbröckelung der Schutzzölle ist für unser schwer bedrängtes Gewerbe verhängnisvoll. Bei Abschluß neuer Handelsverträge wäre namentlich für den Export auch unsrer Produkte, besonders Vieh, Spiritus und Zucker, mit demselben Nachdruck einzutreten, wie dies für den Export der Industrie thatsächlich seitens der hohen verbündeten Regierungen geschehen ist. 2. Ein Handelsvertrag mit Rußland, auf Grundlage der Abmachungen mit Oesterreich-Ungarn, wäre für die alten preußischen Provinzen besonders schädigend. Da Rußland ein andres, in dem Maße bequem und vorteilhaft gelegnes Absatzgebiet für seine gewaltige Ueberproduktion an Brotkorn nicht hat, als den Norden Deutschlands, würden wir bei einer Zollreduktion in erster Linie den Anprall der Konkurrenzwogen auszuhalten haben. Zumal im Hinblick auf die schwankende und bei jeder europäischen Krisis tief herabgehende russische Valuta können wir einen ermäßigten Zoll, wie er Oesterreich-Ungarn zugestanden worden ist, in seinen Wirkungen nicht ertragen. Rußlands Eisenbahnpolitik und Valutenstand hat ihm bislang gestattet, der größte Kornlieferer Deutschlands auch bei gegenwärtigem Zoll von 5 Mk. zu sein. Eine weitere Zollminderung würde der Bewilligung einer hohen Ausfuhrprämie an Rußland gleichkommen, gezahlt durch Preußens Landwirte, des Ausfalls von etwa 20 Millionen bisheriger Staatsintraden nicht zu gedenken. Vollends vernichtend würde der Abschluß eines Viehseuchen-Uebereinkommens mit Rußland uns treffen. Unsre Arbeit und großen Kapitaleinlagen zur Veredelung unsers Viehstandes wären dann fruchtlose gewesen, und neben dem direkten Schaden durch eine überwältigende Konkurrenz von Produkten der russischen extensiven Viehhaltung würde die stete Verseuchung der Viehbestände nicht von uns abzuwenden sein. 3. Eine Revision des Viehseuchengesetzes ist geboten, um, unbeschadet der Rechte der Einzelstaaten, durchgreifende Abwehr- und Bekämpfungsmaßnahmen einheitlich, von Reichs wegen, zu erlassen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der in der Vorbereitung befindliche Gesetzentwurf diesem Bedürfnisse Rechnung tragen wird. 4. Die technischen landwirtschaftlichen Nebengewerbe sind lebensfähig zu erhalten. So lange das System der Ausfuhrprämien seitens des Auslandes diesen Nebengewerben gewährt wird, hat Deutschland ebenfalls hieran festzuhalten. 5. Die Revision des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz ist im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit endlich zu bewirken. 6. Die Frachten für Massenartikel der Landwirtschaft auf den Staatsbahnen sind mehr wie bisher nach dem Verhältnis der Selbstkosten zu ermäßigen. 7. Der weitere Ausbau des staatlichen Bahnnetzes und der Wasserstraßen ist zur Hebung der Verkehrsverhältnisse geboten. Die Subventionirung von Kleinbahnen seitens des Staates betrachten wir für die ärmeren Landesteile als eine Lebensfrage. 8. Die innere Kolonisirung im Osten ist zur Kräftigung des Wehrstandes, Seßhaftmachung des Arbeiterstandes und damit Beseitigung des Mangels an ländlichen Arbeitskräften, Erweiterung des Absatzgebietes für die Industrie und erfolgreichen Abwehr sozialdemokratischer Bestrebungen auch weiterhin zu fördern. 9. Eure Majestät wollen die Gnade haben, den dringenden Wünschen der Ostseeprovinzen entsprechend, darüber Untersuchungen anordnen zu wollen, ob die Aufhebung des Identitätsnachweises bei der Ausfuhr von Getreide ohne Schädigung andrer Interessen möglich ist. 10. Eure Majestät bitten wir endlich allerunterthänigst, durch Zusammenwirken staatlicher Organe mit denen der wirtschaftlichen Berufsstände über die Wirkungen sowohl der Valutendifferenz der Nachbarstaaten als auch der Entwertung des Silbers amtliche Erhebungen anzuordnen, um dadurch eine unparteiische Klarlegung der Einwirkung dieser Momente auf die

Preisbildung wie damit auf die Verhältnisse des Imports und Exports zu erzielen.

Die Antwort des Königs siehe im 5. Abschnitt.

— Der „Kongreß deutscher Landwirte" hält in Berlin seine 24. Hauptversammlung. Der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter v. Manteuffel-Krossen, hält folgende Ansprache:

Nie hat eine Versammlung einen würdigern, einen so sehr vom Geiste höchster Loyalität getragnen Verlauf genommen, als die Vereinigung deutscher Landwirte, die am 18. Februar auf Tivoli tagte, und die uns den besten Beweis für die Wahrheit der Worte lieferte: Einigkeit macht stark! Und einig fühlen wir uns mit dem großen Bunde der Landwirte, der sich am 18. Februar zur Wahrung der landwirtschaftlichen Interessen zusammenfand. Unsre vollen Sympathien und das Versprechen treuester Mitarbeit bringen wir ihm entgegen. Eine Personalunion ist schon heute vollzogen oder vollzieht sich noch in den nächsten Stunden, denn das halte ich für selbstverständlich, daß alle Mitglieder des Kongresses auch Mitglieder des Bundes werden. Ueber eine Vereinigung mit den Steuer- und Wirtschaftsreformern zu beraten und Vorschläge zu machen, wird Sache der beiderseitigen Ausschüsse sein. Die vier Punkte, auf die wir zum Wohle der Landwirtschaft immer wieder zurückkommen müssen, sind heute: Bekämpfung des russischen Handelsvertrages, die Währungsfrage, die Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz und die Beschränkung der Freizügigkeit. Ernst ist die Zeit und schwer für uns; unerschütterlich und fest aber ist das Vertrauen, das wir zu unserm kaiserlichen Herrn haben, und die Treue, die wir ihm allezeit entgegenbringen. Und wenn es wahr ist, was mir soeben berichtet wird, daß in der Stunde, wo ich zu Ihnen spreche, eine Abordnung der ostelbischen landwirtschaftlichen Zentralvereine vor dem Kaiser erscheint, um ihm unsre ehrerbietigen Bitten zu unterbreiten, dann dürfen wir auch voll freudiger Hoffnung in die Zukunft schauen.

Der preußische Minister für Landwirtschaft, v. Heyden, ergreift hierauf das Wort:

Ich habe geglaubt, in Ihrer Mitte heut erscheinen zu sollen, weil neulich aus der Thatsache, daß aus zufälligen Gründen eine Beteiligung meines Ministeriums und meiner Räte an dem landwirtschaftlichen Genossenschaftstage nicht möglich war, Schlußfolgerungen gezogen sind, die der Wirklichkeit nicht entsprechen. Ich habe geglaubt, durch mein heutiges Erscheinen diese falschen Schlußfolgerungen am besten öffentlich widerlegen zu sollen. Ich habe so oft öffentlich und privatim meinen landwirtschaftlichen Berufsgenossen gesagt: „Legt selbst Hand an und organisirt euch!", daß es ganz ausgeschlossen erscheint, daß meine Teilnahme nicht auch gerade derjenigen Genossenschaft, die den Anfang mit der Organisation gemacht hat, zugewendet sein sollte; und daß dies nicht der Fall ist, das wird, sage ich nochmals, mein Erscheinen heute beweisen! Ich schließe mit dem Wunsche, daß Ihre heutige Versammlung ein kräftiger Antrieb für weitere Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens sein möge.

Zur Frage des Genossenschaftswesens hält Rittergutsbesitzer v. Knebel-Döberitz einen Vortrag und beschließt die Versammlung eine längere Erklärung. Auch stimmt sie der am 21. Februar von den Steuer- und Wirtschaftsreformern beschlossenen Erklärung bezüglich des Handelsvertrags mit Rußland bei.

23. Februar. Die „Allgemeine Zeitung" bringt einen Artikel „zur agrarischen Bewegung," der bei allen letzthin erfolgten Kundgebungen das eine vermißt, daß die Stimmung, mit der man in Süddeutschland diese ganze Bewegung begleite, nicht genügend zum Ausdruck gekommen sei.

Nur die ganz ungewöhnlichen Dimensionen, die die agrarische Bewegung in Norddeutschland angenommen hat, verursachen es, daß man die „Sturmzeichen" im Süden übersieht. Aus Bayern wurde bereits mehrfach von solchen Kundgebungen berichtet. Auch in Württemberg, einem Land, in dem der Großgrundbesitz eine so bescheidne Rolle spielt, hat sich die zumeist aus dem Mittel- und Kleinbesitz zusammengesetzte „Vereinigung württembergischer Landwirte" in einer Versammlung vom 13. Februar der agrarischen Bewegung des Nordens mit voller Entschiedenheit angeschlossen. Man hatte ohne Widerspruch die schwere Schädigung durch den österreichischen Handelsvertrag konstatirt und einstimmig gegen weitere Opfer, die der Landwirtschaft in einem Handelsvertrage mit Rußland zugemutet würden, protestirt. Ein angesehener württembergischer Landwirt hat an diese Versammlung eine schriftliche Erklärung gerichtet, in der er die „furchtbare Krisis" konstatirt, vor der auch die kleinen süddeutschen Landwirte infolge der heutigen Getreidepreise stehen. Dauern die Preise an, sagt er, so ist der größte Teil unsers Bodens nicht mehr anbauwürdig, und wir gehen irischen Zuständen entgegen, wo der Acker sich in Wald, Jagd und Heide verwandelt. Das Stück Land, das jetzt einen Menschen nährt, wird künftig ein Schaf ernähren.

17. März. Der Ausschuß des Deutschen Handelstags tagt in Berlin unter Vorsitz des Geheimen Kommerzienrats Frentzel und beschließt eine Erklärung über „die agrarischen Bestrebungen."

24. März. Der Vorstand des „Bundes der Landwirte" erläßt die Erklärung, daß Parteipolitik dem Bunde fern gehalten werde.

In Mainz findet eine aus 5000 Landwirten bestehende Versammlung statt. Der Vorsitzende des einberufenden Komitees, Domänenpächter Lucke aus Patershausen, begrüßt in einer Ansprache die anwesenden Vertreter landwirtschaftlicher Vereinigungen, die den Anschluß an den Bund der Landwirte bewerkstelligen wollen, und sagt:

Wenn ich um mich blicke und Sie hier zu Tausenden versammelt sehe, wenn ich zurückdenke an den 18. Februar und die Tausende, die ich zu Berlin versammelt sah, alle getrieben von der Erkenntnis, daß der Landmann fortan zusammenhalten müsse, da weitet sich mir das Herz, auch Ihnen gewiß mit mir, und ich glaube auch aus Ihrem Herzen zu sprechen, wenn ich in die Worte ausbreche: Vom Fels zum Meer, vom Niemen bis zum Rhein, wir Bauern alle wollen Brüder sein! Schauen Sie um sich, meine Herren, und Ihre Zahl und die, welche hinter Ihnen stehen, wird Ihnen ein Zeugnis dafür sein, daß wir geeint ein Riese an urwüchsiger Kraft sind, daß in unsrer Einigkeit eine gewaltige und respekteinflößende Macht ruht; aber diese Macht wollen wir nicht gebrauchen, um zu erschüttern, sondern um zu befestigen, nicht um niederzureißen, sondern aufzu-

bauen, nicht um Untreue zu üben, sondern Treue zu halten. Festhalten wollen wir an der Scholle unsrer Väter, an unsrer Heimstätte, heilig halten wollen wir unsern Christenglauben. Festhalten auch an allem, was wir seither geliebt und verehrt haben, als echte deutsche Bauern, an unserm Vaterland, an unserm Kaiser, an unsern Landesfürsten.

Zum Vorsitzenden wird Heil aus Tückelshausen, zum Ehrenvorsitzenden der Abgeordnete v. Plötz, Vorsitzender des Bundes der Landwirte, gewählt.

v. Plötz betont, daß der Vorstand des Bundes des Landwirte gerne dem Verlangen der Süddeutschen nachgekommen und noch drei Herren in sich aufgenommen habe. Dadurch sei das Band über das ganze Reich geschlungen, und der Erfolg dieser Einmütigkeit werde nicht ausbleiben. Die Landwirtschaft stelle die durch die Not eingegebenen Forderungen nicht zu Gunsten der Landwirtschaft, sondern im Interesse des Vaterlands, das mit dem Ruin der Landwirtschaft unendlich geschädigt werden würde. Die Landwirte verlangen nur Gerechtigkeit. Der Aufruf von Herrn Ruprecht-Ransern habe deshalb so gezündet, weil er allen Landwirten aus der Seele geschrieben sei, weil der zu befürchtende Ruin der Landwirtschaft für alle Stände und das gesamte Vaterland das Schlimmste befürchten lasse.

Freiherr v. Thüngen aus Roßbach in Unterfranken hält folgende Ansprache:

Ein altes Sprichwort sagt „Not lehrt beten," und uns hat sie gelehrt, einig zu sein. Es ist nicht das erstemal, daß zum Schutze der landwirtschaftlichen Interessen eine mächtige Bewegung der interessirten Kreise entsteht. Schon vor zwanzig Jahren ging eine ähnliche Bewegung durch die deutschen Lande, doch fehlte ihr damals die richtige Leitung, die mit unerschütterlichem Ernst und mit wirkungsvollem Nachdruck den endlichen Sieg hätte herbeiführen können. Heute aber ist es anders. An verschiedenen Aussprüchen des Fürsten Bismarck sucht der Redner nachzuweisen, daß der Reichskanzler stets ein offenes Ohr und ein warmes Herz für die Landwirtschaft gehabt habe. Wie leichtsinnig der Abschluß der Handelsverträge erfolgt sei, erhelle schon daraus, daß die Einfuhr 60 Millionen zu-, die Ausfuhr dagegen um 12 Millionen abgenommen habe. Noch viel gefährlicher sei der drohende Handelsvertrag mit Rußland, insbesondere für die Landwirtschaft, denn nach Abschluß desselben würde Deutschland mit billigen landwirtschaftlichen Produkten überschwemmt werden.

Im Anschluß an diesen Vortrag wird von der Versammlung folgender Beschluß gefaßt:

Die versammelten Landwirte aus allen Teilen Süddeutschlands erklären hiermit ihren Anschluß an den „Bund der Landwirte" und beschließen weiter: Wir sind von der festen Ueberzeugung durchdrungen, daß die dauerndste und sicherste Grundlage für unsers Vaterlandes Macht und Größe in dem Gedeihen der Landwirtschaft und des Bauernstandes ruht. Die Gesetzgebung der letzten Jahre, verbunden mit den abgeschlossenen Handelsverträgen, hat aber diese Grundlage so gewaltig erschüttert, daß die Existenzfähigkeit des deutschen Bauernstandes gefährdet erscheint. Wir erkennen namentlich in der Gewährung weiterer Einführungsbegünstigungen an die ausländische Landwirtschaft eine unerträgliche Schädigung unsers Gewerbes. Wir richten daher an die hohen Landesregierungen und den Reichstag die dringende Bitte: Dieselben wollen allen weiteren Handelsverträgen, soweit sie eine Herabsetzung

der bestehenden landwirtschaftlichen Zölle enthalten, insonderheit einem Handelsvertrage mit Rußland unbedingt ihre Zustimmung versagen und auf eine Förderung auch der landwirtschaftlichen Ausfuhr Bedacht nehmen, damit die deutsche Landwirtschaft blühen könne zum Segen des gesamten Vaterlandes.

28. März. Der landwirtschaftliche Provinzialverein für Westfalen spricht sich in einer Versammlung zu Münster für den Bund der Landwirte aus.

Die polnische Reichstagsfraktion veröffentlicht folgende Erklärung:

Die Fraktion wird stets die Interessen der Landwirtschaft stützen und sich um die Entwicklung und den entsprechenden gesetzgeberischen Schutz derselben bemühen. Da aber die gegenwärtige agrarische Bewegung ohne Zweifel eine politische Tendenz hat, so müssen wir jede Teilnahme an derselben als eine ausschließlich private Bethätigung ansehen.

Anfang April. Die „Deutsche Wirtschaftspartei" sucht die Solidarität aller produktiven Kräfte, die Gemeinsamkeit der Lebensinteressen der Landwirtschaft, der Industrie und des Handwerks mehr hervorzuheben. Sie erläßt einen entsprechenden Aufruf.

4. April. Der nationalliberale schwäbische Parteitag in Augsburg spricht sich für eine landwirtschaftliche Bewegung gegen die Handelsverträge aus.

6. April. Eine große Versammlung schleswig-holsteinischer Landwirte in Neumünster organisirt den „Bund der Landwirte" für die ganze Provinz.

7. April. Der in Terporten versammelte „Rheinische Bauernverein" macht in einer Eingabe an das Ministerium folgende Vorschläge:

1. Berufsgenossenschaftliche Organisation des Standes der Landwirte und Grundbesitzer (der Vertreter der Landwirtschaft). 2. Uebertragung aller die Landwirtschaft und den Grundbesitz betreffenden Angelegenheiten, insbesondre auch der Grundverschuldung an diese Berufsgenossenschaft, daher 3. Schaffung eines Agrarrechtes für dieselbe. 4. Bildung von Agrargerichten. 5. Als ersten Schritt Bildung von Landwirtschaftskammern, hervorgegangen und zusammengesetzt nur aus Mitgliedern des Berufsstandes.

Eine Versammlung von Bürgern aus Stadt und Land Danzig beschließt einstimmig:

1. Wir halten den Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland für ein dringendes Erfordernis zur Förderung der gesamten wirtschaftlichen Interessen des deutschen Reiches wie insbesondre unsrer östlichen Grenzprovinzen. 2. Wir verlangen, daß an unsrer Goldwährung, als der sichern Grundlage unsers nationalen Wirtschaftslebens, festgehalten werde. 3. Wir protestiren auf das entschiedenste gegen alle den Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland und die Goldwährung gefährdenden Bestrebungen.

8. April. Die unter Leitung des Freiherrn v. Wamboldt stehenden katholischen Bauernvereine im Großherzogtum Hessen lehnen den Anschluß an den Bund der Landwirte ab. Ebenso die

vom Zentrumsabgeordneten v. Huene geleiteten schlesischen Bauernvereine, der rheinische Bauernverein unter v. Los, die landwirtschaftlichen Vereinigungen im Königreich Sachsen und der nassauische Bauernverein.

9. April. Die „Kreuzzeitung" sucht den Wert der Agitationen gegen den Bund der Landwirte abzuschwächen, indem sie ausführt:

Die landwirtschaftliche Bewegung schreitet ruhig fort und kann in ihrer Entwicklung dadurch nicht unterbrochen werden, daß die Gegner ohne Unterschied der Schattirung dabei beharren, die Schattenseite der Sache zu sehen, die doch auch da sein muß, und dieses Moment derartig aufbauschen, daß der Nichteingeweihte, wenn er nur auf die Darstellungen der liberalen Blätter angewiesen wäre, den Eindruck eines gewaltigen Mißerfolges gewinnen müßte. So wird jetzt der Versuch gemacht, den antiagrarischen Feldzug, den der Abgeordnete Rickert in Westpreußen und einem Teile von Pommern zu organisiren sucht, als eine große Leistung, als einen Gegenstoß des „rechtverstandenen" landwirtschaftlichen Interesses gegen das von den „Junkern" vertretene falschverstandene darzustellen. Besonders stolz ist man dabei auf eine jüngst in Danzig abgehaltene Versammlung von Vertretern aller Stände, die sich einstimmig gegen den Bund der Landwirte ausgesprochen hat.

10. April. Eine Versammlung der Landwirte Niederbayerns in Straubing spricht sich für Bildung eines niederbayrischen Bauernbundes aus, der sich an keine der bestehenden politischen Parteien anzuschließen habe.

IV.

Teutoburger Partei.

9. April. 60 in Leipzig versammelte Vertreter des gewerblichen Mittelstandes beraten „über die Besserung der wirtschaftlichen Lage." Den Vorsitz führt Senator Schulze aus Gifhorn. Es wird die Gründung einer neuen Partei beschloffen, die den Namen „Teutoburger Partei" führen soll. Die Partei bezweckt die Pflege des nationalen Bewußtseins bei Schonung der konfessionellen Bekenntnisse ꝛc., ferner den Schutz der verfassungsmäßigen Volksrechte, sodann aber zur Hauptsache die Hebung der Lage des Mittelstandes, zu welchem Behufe die kaufmännischen und gewerblichen Schutzvereine sich gegenseitig unterstützen sollen.

V.

Nationalpartei.

15. Januar. Nach Angabe Berliner Blätter hat sich eine Anzahl von Männern in Berlin zusammengefunden und den Entwurf zu einem Programm einer neuen Partei versandt, in dem gesagt werde:

In den weitesten Kreisen unsers Vaterlandes bricht sich die Ueberzeugung immer mehr Bahn, daß die gegenwärtigen Parteiverhältnisse den Anforderungen der Zeit nicht mehr entsprechen. Wir besitzen heute noch keine geschlossene Partei, die die großen Zeitfragen mit Energie vertritt, und abweichenden Meinungen in Einzelfragen Spielraum lassend, mit Recht als Vertreterin der öffentlichen Meinung gelten darf. Einen solchen Sammelpunkt zu bilden für alle Deutschgesinnten, die eine Gesundung unsrer wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse anstreben, ist in neuerer Zeit vielfach versucht worden. Doch dürften diese Bestrebungen im Sande verlaufen, da ihnen das nötige Zielbewußtsein und die erforderliche Energie in der Auffassung der brennendsten Fragen der Zeit mangeln. Mit Halbheiten wird heutzutage nur dem Anarchismus in die Hände gearbeitet und es ist höchste Zeit, daß sämtliche deutsche Volksgenossen, die auf dem Boden der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung einen gerechten Ausgleich der vorhandnen sozialen Gegensätze erzielen wollen, sich zu einer geschlossenen „deutsch-monarchistischen Volkspartei" zusammenthun. Den bisherigen nationalen Parteien soll der Boden nicht abgegraben, sondern den verschiednen Anhängern derselben nur ein neutraler Sammelplatz geboten werden, auf dem sie sich mit in den Hauptfragen gleichgesinnten Anhängern andrer Parteien begegnen. Das schnellste und sicherste Mittel hierzu ist die Schaffung einer großen Tageszeitung.

Ferner teilt die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" in Köln mit, daß die Elemente, die mit dem Plan, eine solche Partei zu gründen, umgehen, von folgenden Grundanschauungen ausgehen:

1. Durch die Männer des „neuen Kurses" ist unsre auswärtige Politik in das Schlepptau von Oesterreich und England geraten, wodurch unser Verhältnis zu Rußland außerordentlich verschlechtert worden ist. Fürst Bismarck hätte es dahin nicht kommen lassen, er hätte auch die augenblickliche trostlose Zerfahrenheit Frankreichs benutzt, um dessen Beziehungen zu Rußland gründlich zu lockern; Oesterreichs Bestand würde er gegen jedermann verteidigen; aber die Balkanfragen würde er denen überlassen, die daran interessirt sind, und für sie würde er nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers opfern. 2. Die Folge der schlechten Führung unsrer auswärtigen Angelegenheiten ist die Militärvorlage, die dem deutschen Volk unerschwingliche Lasten auflegen will, die bei einer bessern Politik ihm erspart werden könnten. Auch Miquels Steuerreform ist eine Frucht von diesem Baum; auch sie wäre unter Bismarck ebenso unmöglich als unnötig gewesen. 3. Es gilt, im Reichstage die ganze Lage schonungslos und mit aller Schärfe zu beleuchten; sobald das geschieht, wird sich zeigen, daß die weitesten Kreise der Nation gegen die Fortsetzung dieser Politik sind. 4. Von den jetzt bestehenden Parteien ist nicht zu erwarten, daß sie offen mit der Sprache herausgehen; am wenigsten ist dies von der nationalliberalen Partei zu erhoffen, deren Eintreten für Miquels Vermögenssteuer, deren Liebäugeln mit der Erbschaftssteuer beweist, daß sie bezüglich Steuerbewilligungen jeder andern Partei den Rang abzulaufen strebt

und mehr und mehr in einen schroffen Gegensatz zu den wahren Interessen des Volkes hineintreibt; im Westen der preußischen Monarchie ist man mit ihrem Verhalten völlig unzufrieden, ja von ihm verblüfft. 5. Als Ersatz für die verbrauchten Parteien, als Organ der öffentlichen Meinung, die zur Zeit nirgends im Parlament zu ihrem angemessenen Ausdruck gelangt, muß die Nationalpartei geschaffen werden.

VI.

Zentrumspartei.

1. Februar. Es wird bekannt, daß das Parteimitglied v. Schorlemer sich in einer Versammlung der „Adelsgenossenschaft" für Vermehrung der Familienfideikommisse und sodann also ausgesprochen habe:

Wir dürfen nicht vergessen, daß Preußen nicht die Hohenzollern groß gemacht, sondern daß die Hohenzollern Preußen groß gemacht und im Bunde mit den deutschen Fürsten das Kaiserreich wieder aufgerichtet haben. Daran knüpft sich unsre Liebe für die Armee. Ich erinnere an das Wort eines großen Königs: „Die Welt ruht nicht sicherer auf den Schultern des Atlas, wie Preußen auf seiner Armee." Und das gilt heute für Deutschland und das deutsche Heer unter dem Kaiser als Bundesfeldherrn. Die Armee ist unser Stolz und unsre Ehre, die Sicherheit des Friedens. An dieselbe sind wir mit tausend Fasern gebunden, wir wollen sie hegen und pflegen und so kräftig wissen, daß wir mindestens unsern Feinden ebenbürtig sind.

5. Februar. In Münster findet die Versammlung des „Volksvereins für das katholische Deutschland" statt.

Abgeordneter Porsch redet hier über die Forderungen der Katholiken Deutschlands auf kirchenpolitischem Gebiete. Das Schauspiel parlamentarischer Schlachten um die Freiheit unsrer Kirche sehe man zwar nicht mehr, aber die Feinde suchen auch jetzt noch uns zu treffen, wenn nicht in offener Feldschlacht, so doch auf den Schleichwegen eines stillen Kampfes. Darum müssen die Zentrumswähler so einig und treu und mit vollem Vertrauen wie bisher hinter dem Zentrum stehen. Wenn man die Rechnung aufmacht, wie wir in dem kirchenpolitischen Streite stehen, so wird man finden, daß noch ein Rest von Kulturkampfgesetzen besteht, der sich unendlich schwer fühlbar machen kann, wenn ein ungünstiger Wind oben weht, und selbst dann sich noch schwer geltend macht, wenn oben teilweise lindere Lüfte wehen. Ein Pfahl aus dem Fleische des katholischen Volkes sei ja beseitigt, die Sperrgelder sind zurückgegeben worden. Bei der jetzigen Fassung des Gesetzes sei ein großer Theil der Geistlichen freilich nicht zu seinem Rechte gekommen, da in den Sammelfonds nur dasjenige abgeführt worden sei, was auf rechtlicher Verpflichtung beruht, nicht aber Bedürfniszuschüsse. Die Geistlichen, die Grund zur Beschwerde haben, möchten zunächst den Instanzenzug erschöpfen und alsdann sich an das Abgeordnetenhaus wenden. Unter jubelndem Beifall der Anwesenden verlangt Redner die Rückberufung der Jesuiten und erörtert dann den Kampf auf dem Gebiete der Schule, wobei er mit Nachdruck betont, daß das Zentrum auch ein warmer Freund der Volksschullehrer sei, aber es verschmähe in agitatorischer

Absicht unerfüllbare Hoffnungen und Versprechungen zu machen. Das Zedlitzsche Schulgesetz sei zu Gunsten einer lärmenden Minderheit, zu Gunsten von Kräften, die im geheimen wirken, gefallen. — Abgeordneter Lieber betont die Einigkeit des Zentrums, das in 23jährigen Kämpfen erfahren habe, was diese Einigkeit bedeute. Auf der katholischen Generalversammlung in Mainz habe Graf Balleſtrem es aussprechen können: Wir sind einig und werden einig bleiben. Wir sind einig, und wir werden einig bleiben auch in Betreff der Militärvorlage. Die Katholiken lieben ihr Vaterland, seine Sicherheit, Macht und Herrlichkeit. Aber indem wir auf die Größe und Sicherheit unsers Vaterlands und auf die Erhaltung des Friedens Bedacht nehmen, vergessen wir keinen Augenblick, daß nicht allein in der Zahl und Stärke der Heere, sondern auch in der innern Kraft und moralischen Zufriedenheit des Volkes die Größe und Sicherung eines Landes, die Gewährleistung des Friedens beruht. Es sei Zeit, dem Gedanken der Abrüstung näher zu treten, wie es Leo XIII. schon einmal angedeutet habe; die Völker Europas müßten zu einem Friedenskongreß zusammenberufen werden.

Ende Februar. Im Wahlkreise Arnsberg-Meschede-Olpe, wo eine Wahl zum Reichstage an Stelle des verstorbenen Reichensperger stattzufinden hat, sind sieben Kandidaten, worunter drei aus der Zentrumspartei, aufgestellt. Diese drei sind: Rentmeister Böse, Freiherr v. Fürstenberg und Fusangel, Redakteur der katholischen „Westfälischen Volkszeitung" in Bochum, der sich als linksstehender Zentrumsmann bezeichnet und von einem durch die katholische Geistlichkeit gehenden entschieden demokratischen Zuge gesprochen hat, ohne den die Zentrumspartei nie das geworden wäre, was sie jetzt sei, eine echte und rechte Volkspartei. Durch diese Kundgebung sehen sich die Vorstände des Zentrums im Reichstag und Landtag veranlaßt, ein Rundschreiben zu erlassen, worin es heißt:

Die Vorstände des Zentrums im deutschen Reichstag und im Haus der Abgeordneten können nicht dazu schweigen, daß ein Kandidat fürs Zentrum Gegensätze, die den politischen Ansichten und Wünschen der Widersacher rechts und links willkommen wären, als ausgemachte Sache hinnimmt und einen linken von einem rechten Flügel der Partei hier oder draußen unterscheidet; sie dürfen dem Aufkommen von Kandidaturen eines sogenannten rechten oder eines sogenannten linken Flügels der Partei an Stelle des Zentrums schlechtweg nicht unthätig zusehen. Wir lehnen die Unterscheidung zwischen einem sogenannten rechten und einem sogenannten linken Flügel des Zentrums sowohl für das Land als für den Reichstag und den Landtag ab. Wer eine andre Stellung nimmt, tritt damit außerhalb des Zentrums und kann als Kandidat des Zentrums unsrerseits nicht anerkannt werden.

14. März. Nachdem in Gemäßheit dieser Erklärung das Mitglied der Zentrumspartei Fuchs in Meschede vergeblich vor den Wählern aufgetreten war, versucht auch der Abgeordnete Lieber in einer Versammlung von Wählern zu Velmede diese von Fusangel loszulösen. Hierüber meldet die katholische „Tremonia" in Dortmund:

Die Fraktionen wollten absolut nicht in das Wahlrecht des katholischen Volkes eingreifen, aber andrerseits hätten sie das Recht, zu entscheiden, wer ins Zentrum gehöre. Und nicht ins Zentrum gehöre Kaufmann Schütte, nicht Fürstenberg, nicht Fusangel. Als hierauf Hochrufe ertönen auf Fusangel, erklärt Lieber: „Nun und nimmermehr wird Fusangel ins Zentrum kommen.“ Das sei einstimmiger Fraktionsbeschluß.

20. März. Bei der Reichstagswahl im Wahlbezirk Arnsberg-Meschede-Olpe wird Redakteur Fusangel mit 15 131 von 20 581 abgegebenen Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt.

21. März. In der Reichstagsnachwahl im württembergischen Wahlbezirke Ravensburg an Stelle des verstorbenen Zentrumsmitglieds, Stadtpfarrers Goeser, wird zwar der Zentrumskandidat Rechtsanwalt Rembold (mit 11 560 von 18 350 Stimmen) gewählt, jedoch stimmen für ihn, obwohl die Beteiligung um fast 800 Stimmen stärker als bei der vorigen Wahl (1890) ist, über 1100 weniger als für den damaligen Zentrumskandidaten, während die Stimmen für den sozialistischen Kandidaten um 200 und die für den Demokraten um 2600 steigen, der Kandidat der Mittelparteien dagegen fast 900 Stimmen weniger als damals erzielt. — Angesichts dieses Wahlausfalls warnt die „Germania,“ den Reichstag wegen der Militärvorlage aufzulösen, und bemerkt im allgemeinen: „Je radikaler, je energischer gegen die Militärvorlage, desto mehr Erfolg!“

24. März. Unter dem Eindrucke der Wahl Fusangels spricht sich die „Germania“ also aus:

Fünf Reichstagsnachwahlen in Zentrumswahlkreisen haben seit einigen Monaten stattgefunden, der Reihe nach in Kelheim, Kaufbeuren, Amberg, Arnsberg und Ravensburg, und aus jeder dieser Wahlen ergeben sich wichtige Lehren. Sie sollen alle ernstlich erwogen und praktisch verwertet werden, wo es Schäden zu berühren giebt, soll nichts vertuscht werden — so erfordert es Pflicht und Interesse des Zentrums in gleicher Weise. Programm und Organisation und Agitation — alles ist jetzt einer Prüfung zu unterwerfen, die ehrenvolle Geschichte unsrer Partei nicht nur, sondern auch ihre jetzige Lage verträgt, daß wir öffentlich und vor aller Welt diese Erörterungen pflegen, obgleich unsre Feinde an dem „unerschütterlichen Turm“ jetzt schon nicht bloß einige „Risse“ entdecken, sondern vielfach sogar den Anfang vom Ende des Zentrums sehen. Wir geben vollkommen zu und werden nichts davon verhüllen, daß von den fünf Reichstagsnachwahlen die erste und die vorletzte (Kelheim und Arnsberg) höchst unerfreuliche, wenn auch verschiedenartige Erscheinungen gezeitigt haben, während Kaufbeuren schon besser verlief, Amberg noch besser und die letzte Nachwahl, in Ravensburg, zu gar keinen Anständen von unsrer Seite Anlaß bietet. Sehr lehrreich ist aber auch sie wegen der allgemeinen Wirkungen der Militärvorlage auf die Wähler, ein Moment, das auch in den vier andern Wahlkreisen eine wichtige oder gar die Hauptrolle spielt und alle diese Wahlen auch für die Regierungen, falls diese wirklich an Reichstagsauflösung denken sollten, sehr lehrreich machen.

26. März. Ueber die Lage der Zentrumspartei bringt die Münchner „Allgemeine Zeitung" folgende Ausführungen:

Unité et sagesse, surtout sagesse! Wie glaubwürdig berichtet wird, bilden die vorstehenden Worte die politische Mitgift des Papstes an den Grafen Balleſtrem. Der Führer des Zentrums, richtiger vielleicht des rechten Flügels des Zentrums, hat seiner Partei aus dem Munde Leos XIII. diese Direktive mitgebracht: „Einheit und Weisheit, besonders Weisheit!" Unverkennbar zeugt die Mahnung zur „Einheit" an die deutschen Katholiken von der großen politischen Weisheit ihres kirchlichen Oberhauptes und beweist, daß der Papst genaue Kenntnis von der Lage hat, in die die Zentrumspartei in Deutschland nach dem Tode Windthorsts trotz oder wegen der damaligen deutlichen Gunst der obersten Stellen im deutschen Reich geraten ist. War schon die Kelheimer Reichstagswahl in dieser Beziehung von schwerwiegender Bedeutung — die Thatsache der Wahl Fusangels gegen den ausgesprochenen Willen der Zentrumsführer macht den klaffenden Riß offenkundig, der nach dem Ableben der Abgeordneten Windthorst und v. Franckenstein durch die katholischen Wähler geht. Es ist die Einheit vorbei, weil es mit der Weisheit vorbei ist. Schon die beiden Namen Graf Balleſtrem und Lieber repräsentiren weit von einander abweichende Richtungen. Dazu gesellt sich nun Fusangel, der, wenn nicht Mitglied der Zentrumsfraktion, so doch unbestreitbar der Vertrauensmann katholischer Wähler ist.

8. April. Zur Frage der Aufnahme des Reichstagsabgeordneten Fusangel in die Zentrumspartei faßt diese einstimmig folgenden Beschluß:

Wenn die Fraktion auch gern den gemäßigten und entgegenkommenden Charakter dieser Erklärung anerkennt, so macht es ihr doch die Art und Weise, wie die Kandidatur des Herrn Fusangel im Wahlkreis Arnsberg, im bewußten Gegensatze zur Zentrumsfraktion und ihrer Leitung, aufgestellt und durchgeführt worden ist, unmöglich, Fusangel unter ihre Mitglieder aufzunehmen.

12. April. Nach Mitteilung der katholischen „Kölnischen Volkszeitung" wird im nächsten Wintersemester an der Akademie in Münster ein neuer Lehrstuhl für Pastoraltheologie unter besondrer Rücksichtnahme auf die Aufgaben der Sozialpolitik errichtet. Für diesen Lehrstuhl ist der bekannte Sozialpolitiker des Zentrums, Kaplan Hitze, bestimmt, der dem Reichstage seit 1884 angehört und sich seit dem Jahre 1877 auf dem Gebiete der Sozialpolitik auch litterarisch bethätigt hat. Seine letzten Schriften „Pflichten und Aufgaben der Arbeitgeber in der Arbeiterfrage" und „Schutz dem Arbeiter" sind 1889/90 erschienen.

15. April. In Jörgs „Historisch-politischen Blättern" spricht sich der katholische Kaplan Majunke, früherer Redakteur der „Germania," über den Zerfall der alten Parteien aus und äußert die Ansicht, daß die Zentrumspartei zurückgehe, vielleicht zeitweilig verschwinden werde. Diese Ansicht belegt er mit dem Hinweis auf die Vorgänge bei der Wahl im Bezirk Olpe und mit der Mitteilung, daß schon bei den letzten allgemeinen Wahlen katholische Bauern,

Handwerker und Arbeiter in überwiegend protestantischen Wahlkreisen, wenn die Geistlichen zur Aufstellung klerikaler Zählkandidaten aufforderten, erwidert hätten: für die Seelen sei wieder gesorgt, d. h. der kirchenpolitische Kampf sei zu Ende, sie wollten jetzt für ihr leibliches Wohl bedacht sein — und sie hätten dann je nach ihrer individuellen Auffassung gewählt. Diese Strömung mache sich jetzt auch in katholischen Wahlkreisen geltend. Es sei ein vergebliches Mühen, das Zentrum in rein politischen und sozialen Fragen unter einen Hut bringen zu wollen; selbst Windthorst habe dies nur einigemale vermocht, und die ältere Geschichte des Zentrums in Preußen, vor dem kirchenpolitischen Kampfe, ergebe, daß „kirchliche Fragen die Fraktion einigen, politische Fragen sie zerstreuen."

Im April. Vertreter der deutschen klerikalen Presse werden vom Papste empfangen. Nachdem Dr. Cardanus, Chefredakteur der „Kölnischen Volkszeitung," eine Adresse verlesen hatte, antwortet der Papst, nach der „Germania," u. a.:

Eure Teilnahme entspricht durchaus dem besondern Wohlwollen, mit dem Wir die Gläubigen Deutschlands umfassen, besonders die, welche der hervorragenden Aufgabe sich widmen, in deren Dienst ihr steht, und die als Redakteure und Verleger vom katholischem Geiste geleiteter Zeitungen um die Kirche Gottes sich große Verdienste erwerben. Gewiß giebt es kaum etwas Bedeutsameres als diese Thätigkeit. Eine Hauptsache ist dabei der volle und durchgeführte Friede zwischen Kirche und bürgerlicher Gewalt, von denen jene nach der göttlichen Einrichtung das ewige Heil ins Auge faßt, diese die Sicherung des Wohlergehens in diesem Leben; beide werden ihre Aufgaben völlig lösen, wenn sie freundlich zusammenwirken, werden aber schwere, gemeinsame Nachteile erleiden, wenn sie nicht einig sind. Fahret also eifrig fort, wie ihr begonnen, und empfanget als Pfand Unsrer väterlichen Liebe den apostolischen Segen, den Wir euch allen insgesamt und jedem einzelnen gern erteilen.

VII.

Deutsch-hannoversche Partei.

Anfang Januar. Aus welfischen Kreisen erscheint eine Schrift gegen die nationale Studentenschaft, insbesondre gegen die Burschenschaften; Arndt und Schenkendorf, heißt es dort, würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie sähen, wie die Burschenschaften ihre vaterländischen Grundsätze bewahren, indem sie dem jetzigen „sogenannten" deutschen Reiche zujubeln. Aber schon zeige sich eine Gegenströmung. In Marburg habe sich eine im Jahre 1880 begründete, zeitweise wegen geringer Mitgliederzahl wieder eingeschlafene Verbindung wieder aufgethan, die auf den Grundsätzen der „Rechts-

partei" fuße. Diese Verbindung allein sei berechtigt, sich als die Fortsetzung der alten deutschen Burschenschaft zu betrachten, ihr müsse sich die welfische Jugend anschließen.

23. Januar. In dem in Hannover verhandelten „Welfenprozesse" werden von 65 Angeklagten 16 verurteilt, davon drei wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu 30 und zwölf zu 20 Mark, von diesen acht und ein weiterer Angeklagter außerdem wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes zu 15 Mark.

3. Februar. In Bremerhaven hält der Klub „Jung-Hannover an der Unterweser" im „Volksgarten" seinen alljährlichen Kommers ab, der von etwa 1000 Welfen, meist Landbewohnern der Kreise Gestemünde und Lehe, besucht wird. Die Reden gipfeln in der Hoffnung, das Königreich Hannover wieder errichtet zu sehen.

Ein Redner äußert: „So gewiß diese Versammlung und dieses Fest stattgefunden, so gewiß wird der Herzog von Cumberland in sein Land Hannover einziehen." Ueber das Verhältnis Preußens zu Oesterreich und Rußland erklärt der Landschaftsrat v. Gruben, Preußen fürchte Rußland und es traue Oesterreich nicht, denn dieses könne den Tag von Königgrätz nicht vergessen und werde eines Tages Revanche fordern; ein Treu- oder Bundesbruch sei nichts so außergewöhnliches, das habe Preußen bei der Annexion von Hannover auch bewiesen.

Ein gestelltes lebendes Bild zeigt den Herzog von Cumberland, wie er die Königskrone empfängt, ein ferneres, wie er zu Pferde sitzt, umgeben von Soldaten in hannoverscher Uniform, welche die Waffen präsentiren.

5. März. Das „Direktorium des hannoverschen Wahlvereins," gezeichnet „Graf von der Decken-Ringelheim," erläßt in der „Deutschen Volkszeitung" und der „Niedersächsischen Zeitung" zu Hannover folgenden Aufruf:

Hannoveraner! Die deutsch-hannoversche Partei hat eine Zeit der Verfolgung erlebt, einer Verfolgung, wie sie in dieser Weise noch keine andre Partei zu erleiden hatte. Maßregelungen, Haussuchungen und Belästigungen aller Art sind gegen viele treue Parteigenossen, auch gegen Mitglieder des Wahlvereinsdirektoriums und des Ausschusses, unternommen und haben schließlich zu dem sogenannten „Welfenprozeß" gegen die Mitglieder vieler Klubs und Vereine geführt, der seinen Abschluß durch den Spruch des Schöffengerichts zu Hannover inzwischen gefunden hat. Einen kleinen Erfolg hat die hannoversche Sache in der Regelung der Welfenfondsangelegenheit zu verzeichnen, denn dieselbe war nach allgemeiner Annahme erst ausführbar, wie geschehen, nachdem durch das vorerwähnte Verfahren die Grundlosigkeit aller der schweren Verdächtigungen erwiesen war, die man sich nicht scheut, seit 25 Jahren gegen die einzige auf dem Boden des Rechts stehende Partei immer wieder zu erheben. Es ist nicht gelungen und kann niemals gelingen, unsern Parteigenossen strafbare Vergehen oder gar Verbrechen in ihrer politischen Thätigkeit nachzuweisen. Im Bewußtsein der Unantastbarkeit unsrer unveräußerlichen Rechte auf unser angestammtes Fürstenhaus und auf die Selbständigkeit unsers Stammes innerhalb des deutschen Reiches fordern wir

unsre Parteigenossen auf: mutig und unverzagt fortzukämpfen zum Heile Hannovers und zum Segen aller Länder des deutschen Reiches, das nur auf der Grundlage unverbrüchlicher Rechtsordnung zu wahrem Gedeihen gelangen wird. Diesen Kampf mit allen gesetzlichen Mitteln fortzuführen, sind wir nächst Gott unserm angestammten Fürstenhause, unserm Vaterlande, unsern Vätern, unsern Kindern und uns selbst schuldig. Wir erfüllen damit nur eine Christenpflicht als Deutsche und Hannoveraner. Die Zeit wird kommen, in der Deutschlands Fürsten und Stämme es uns danken werden, festgestanden zu haben im Kampfe gegen die Revolution von oben und unten! Wir werden treu unserm alten Wahlspruch „Für Wahrheit, Freiheit und Recht" fortkämpfen, des endlichen Sieges gewiß, denn nicht der Mensch, sondern Gott regiert die Welt und sorgt, daß Recht Recht bleibe.

VIII.

Sozialdemokratische Partei.

7. Januar. Nachdem sich mehrfach ein lebhafter Wunsch kundgegeben hat, die preußische Regierung möge sich amtlich äußern über die vom sozialdemokratischen Hauptblatte, dem Berliner „Vorwärts," gegen Ende Dezembers gebrachten Angaben über „Welfenfondsquittungen" (1892, II. S. 121) veröffentlicht der „Reichsanzeiger" eine Reihe hierauf bezüglicher Schriftstücke, denen er folgende, die Angelegenheit erschöpfende Erklärung vorausschickt:

Die hiesige Zeitung „Vorwärts" hat in ihrer Nummer vom 31. Dezember v. J. unter dem Titel „Hundert Quittungen des Welfenfonds" den angeblichen Inhalt von Quittungen über verschiedne Beträge veröffentlicht, die an eine größere Zahl von Persönlichkeiten innerhalb der Jahre 1868 bis 1890 aus dem gedachten Fonds gezahlt worden sein sollten. Nach Inhalt der nachstehend veröffentlichten amtlichen Korrespondenz ist die Reichsregierung bereits im Frühjahr des vorigen Jahres mit der Angelegenheit befaßt gewesen. Sie ist dabei von Anfang an der Ueberzeugung gewesen, daß es sich um eine Täuschung handelte, wobei dahingestellt bleiben muß, ob und wie weit die eine oder andre der in jener Korrespondenz genannten Personen sich dessen bewußt war. Von andern Gründen abgesehen, ging die Gewißheit, daß hier eine Fälschung vorliege, schon aus dem Umstande hervor, daß bezüglich der Verwendung von Welfenfondsgeldern zu geheimen politischen Zwecken die Empfangsbescheinigungen des Reichskanzlers bezw. des von ihm bevollmächtigten Beamten die ausschließlich kassenmäßigen Belege bildeten, daß diese Bescheinigungen jeweils nach erteilter Decharge verbrannt wurden und Quittungsformulare der in nachstehender Korrespondenz bezeichneten Art niemals existirt haben. Die erwähnte umfangreiche Korrespondenz wird in ihrem wesentlichen Inhalte durch ein Schreiben wiedergegeben, das der Vertreter des Reichskanzlers am 30. Mai 1892 an den deutschen Botschafter zu Paris, Grafen zu Münster, gerichtet hat. (Nach Inhalt desselben hatte der Reichskanzler „alle Veranlassung," die Angelegenheit für einen Schwindel der schlimmsten Art zu halten.)

9. Januar. Die gesamte nichtsozialdemokratische Presse giebt ihrer Befriedigung über diese Veröffentlichung Ausdruck.

18. Januar. Vier große von Sozialdemokraten berufne Versammlungen von Arbeitslosen in Berlin fassen folgende Beschlüsse:

Die Versammlung verlangt, daß 1. die Behörden in Reich, Staat und Gemeinden der Verpflichtung nachkommen, der zu einer öffentlichen Kalamität gewordnen Arbeitslosigkeit dadurch nach Möglichkeit zu steuern, daß sie durch sofortige Inangriffnahme von Arbeiten im allgemeinen Interesse Beschäftigung schaffen und durch die Verkürzung der Arbeitszeit der in den Gewerbebetrieben des Reiches, des Staates und der Gemeinden beschäftigten Arbeiter die Einstellung bisher unbeschäftigter Personen ermöglichen. Eine Weigerung der in Frage kommenden Behörden, in dem verlangten Sinne vorzugehen, erachtet die Versammlung als schwere Schädigung der allgemeinen Interessen und weist die zuständigen Gewalten auf die große Verantwortung hin, die sie dadurch auf sich nehmen. 2. Die Versammlung protestirt gegen die im Reichstage gemachten Ausführungen des Staatssekretärs des Innern Herrn v. Boetticher, daß angeblich der Notstand keinen Umfang angenommen habe, der ein allgemeines Eingreifen der Reichs- oder Staatsbehörden erfordre, während thatsächlich aus fast allen größern Städten und Industriebezirken des Reichs seit Monaten, nahezu täglich, die Nachrichten von zahlreichen Arbeiterentlassungen — auch aus Staatsbetrieben — den Notstand bestätigen. Die Versammlung sieht in den Ausführungen des Staatssekretärs des Innern einen Mangel an Einsicht in den wirklichen Zustand der Gesellschaft und eine bedauerliche Unkenntnis der Vorgänge, die täglich sich ereignen.

IX.

Die Parteien über einzelne Vorgänge und Fragen.

1.

Ueber die Ansprache des Kaisers an die Mitglieder des brandenburgischen Landtags.

2. März. Die Rede, die der Kaiser am 1. März bei dem vom Oberpräsidenten v. Achenbach in Berlin gegebnen Festmahle hielt, wird in der politischen Presse nicht in dem Maße besprochen, wie dies bei frühern Kundgebungen des Monarchen der Fall war.

Die „National-Zeitung“ sagt, in der Rede errege die Bezugnahme auf das Wort des Fürsten Bismarck: „Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt“ besondres Interesse. Die vorausgehende Erwähnung der jetzigen „bewährten Räte“ des Kaisers schließt jede sonst vielleicht naheliegende, auf die Tagespolitik bezügliche Deutung jenes Zitats aus. Aber nach der Erinnerung an Wilhelm I., als an einen der großen Männer, aus deren Thaten die Gegenwart lernen solle, macht das Zitat den Eindruck, als ob Fürst Bismarck, wenn auch ohne ausdrücklich genannt zu werden, vom Kaiser neben Wilhelm I. als einer dieser großen „Ahnen“ bezeichnet werden sollte, deren die heutige Generation sich würdig zu erweisen habe. Daß Fürst Bismarck einer derselben ist, darüber bedarf es allerdings keiner Erörterung. Es würde aber in weiten Kreisen des deutschen Volkes freudig begrüßt werden, wenn es in der That die Absicht des Kaisers gewesen wäre, sich zu

dieser Thatsache zu bekennen. Man würde daraus vielleicht folgern dürfen, daß die persönliche Stimmung zwischen dem Enkel Wilhelms I. und dessen großem Minister sich doch noch so gestalten könnte, wie es der von dem Kaiser erwähnten „herrlichen Vergangenheit" entsprechen würde. — Die nationalliberale Berliner „Börsenzeitung" bemerkt: Noch sind nicht fünf Jahre seit dem Regierungsantritt Kaiser Wilhelms, noch nicht drei seit dem Rücktritt Bismarcks vergangen, und wie anders sieht der vom verehrungswertesten Wollen erfüllte edle jugendliche Monarch die Dinge schon heute an! Das ists, was elegisch aus der gestrigen Rede herausklingt. Und darum wird diese Rede teilnahmsvollste Begeisterung im Lande erwecken. Der Monarch wiederholte ein Wort aus Bismarcks Munde als Beweis dafür, daß er seiner mit Wohlwollen in diesem Augenblick gedachte. Es wäre optimistisch, hierin im Augenblicke mehr zu sehen, als den Beginn eines bessern Verhältnisses zwischen Berlin und Friedrichsruh. Dieses allein ist aber sicher schon ein nennenswerter Gewinn. — Die freisinnige „Vossische Zeitung" sagt: Der Kaiser ist befriedigt, daß man in die Vergangenheit, die herrlich sei, zurückblicke, um daraus zu lernen. „Das nennt man in einem monarchischem Staate die Tradition." Darin hat der kaiserliche Redner recht, daß der Vergleich der Vergangenheit nicht dazu dienen soll, sich in nutzlosen Klagen über Dinge und Menschen, die nicht mehr sind, zu ergehen. Aber gerade, weil er so spricht, so kann er nicht meinen, daß der Forschritt vom Uebel sei.

3. März. Die freikonservative „Schlesische Zeitung" läßt sich also aus: In dem Ausspruch „Wir Deutschen fürchten Gott und nichts sonst auf der Welt" ist schon einmal an derselben Stelle (8. Februar 1888) eine Rede unsers jetzigen Kaiserlichen Herrn ausgeklungen. Die Zeiten haben sich geändert. Aber gerade in unsrer ernsten Zeit bedarf der deutsche Kaiser patriotischer, fähiger und von Menschenfurcht freier Ratgeber. Den warmen Wünschen des Monarchen für die Wohlfahrt seines Volkes wollen wir daher den einen noch hinzufügen, daß es dem Kaiser immer gelingen möge, solche Berater seiner Krone zu finden. Dann wird vielleicht seine Hoffnung sich erfüllen, einst „einen Zustand zu schaffen, mit dem alle diejenigen zufrieden sein können, die zufrieden sein wollen." — Aeußerung der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung": Es ist ganz undenkbar, daß dem Kaiser, als er den Satz aus der berühmten Februarrede des Altreichskanzlers anführte, nicht die Gestalt des treusten Fürstendieners, des bewährtesten Vaterlandsfreundes, die mächtige Gestalt des Fürsten Bismarck vor Augen geschwebt hat und zugleich mit ihr die große Vergangenheit des jungen deutschen Reiches, die in erster Linie an diesen Namen geknüpft ist. Hat der Kaiser doch als Prinz jener denkwürdigen Sitzung des Reichstages und jener Rede des Altreichskanzlers, der größten, die je in einem Parlament gehalten wurde, persönlich beigewohnt. Undenkbar ist aber auch, daß dem Kaiser, wenn er die Verhältnisse, die zur Zeit im Reiche bestehen, mit den Tagen der Regierung des Fürsten Bismarck vergleicht, der gewaltige Unterschied zwischen dem Einst und Jetzt entgehen konnte. Noch niemals hat sich der Mangel einer ausreichenden Autorität im Rate der Krone so unheilvoll fühlbar gemacht, wie gegenwärtig. Auch in Regierungskreisen giebt man sich heute kaum noch einer Täuschung darüber hin, daß man nach all den andern Fehlern, die gemacht worden sind, mit der Militärvorlage sich in eine Sackgasse begeben hat, aus der das Ansehen der jetzigen Regierung ungeschmälert nicht mehr zu retten ist. Von absolut zuverlässiger Seite wird uns aus Berlin versichert, daß sich die Anzeichen dafür mehren, daß man sich an leitender Stelle der Erkenntnis nicht mehr verschließt, die Brachlegung eines sonnschätzbaren Kapitals, wie es die unvergleichliche staatsmännische Begabung und Erfahrung des Fürsten Bismarck darstellt, sei der verhängnisvollste Fehler gewesen, den die

Geschichte des neuen deutschen Reiches bis jetzt zu verzeichnen gehabt hat. — Die Münchner „Neuesten Nachrichten" bemerken: Die Rede unterscheidet sich vor allem in einer Richtung von manchen frühern, die der Kaiser bei ähnlichen Gelegenheiten gehalten. Sie bringt keine Drohung gegen diejenigen, die sich seinem Willen entgegensetzen. Das Selbstbewußtsein, das unsern jugendlichen Kaiser durchdringt, kommt überhaupt in wesentlich gemilderter, fast könnte man sagen abgeklärterer Form zum Ausdruck. Die starke Betonung der Pflichten, die die glorreiche Vergangenheit den Männern der Gegenwart auferlegt, und neben diesem strengen Pflichtbewußtsein der energische Wille, rückwärts zu schauen, nur um aus den Thaten vergangner Zeiten neuen Anstoß zu lebendigem, thatkräftigem Fortschreiten zu gewinnen, und den Blick im übrigen fest und entschlossen auf die Forderungen der Gegenwart, die Aufgaben der Zukunft zu richten — das ist der lebensvolle und warmblütige Inhalt der Kaiserlichen Worte, die in ganz Deutschland freudigen Wiederhall finden werden. — „Kölnische Zeitung": Die sympathische Art, mit der der Kaiser einen Ausspruch des Fürsten Bismarck übernahm, hat überall dort einen günstigen Eindruck gemacht, wo man nicht eine Verschärfung und Verbitterung, sondern eine Verbesserung der persönlichen Beziehungen zwischen dem Kaiser und dem Fürsten als erstrebenswertes Ziel betrachtet. — „Neues Wiener Tageblatt": Ein Zug seltsamer Weichheit ging durch die letzte Rede des jungen Kaisers. Es ist nicht lange her, da sprach er scharf und abweisend von den „Nörglern." Deutschland erschien ihm als die beste aller Welten und sein kaiserliches Hochgefühl bäumte sich gegen den Tadel auf und gegen die Verbitterung. Der deutsche Kaiser hat diesmal die Töne herabgedämpft, er verhehlt sich die Unmöglichkeit nicht, alle Glieder seines Volkes gleichmäßig glücklich und zufrieden zu machen, und etwas von dem frühern Optimismus leuchtet nur in dem Ausrufe auf, er hoffe einen Zustand zu schaffen, mit dem alle zufrieden sein können, die zufrieden sein wollen. Auch dieses von der überquellenden Empfindung des Augenblicks eingegebne Wort ist ein stolzes, sehr selbstbewußtes, aber es erscheint im Gewande der Rührung und nicht in jenem der Autorität.

4. März. Als Ergebnis der Betrachtungen der Presse bezeichnet die Berliner „Tägliche Rundschau," daß die Rede einen tiefgehenden und wohlthuenden Eindruck in ganz Deutschland gemacht habe.

2.

Ueber Wiederzulassung der Jesuiten.

Die durch die Verhandlungen und Beschlüsse einer Reihe katholischer Versammlungen genährte Vorstellung, daß dem von der Zentrumspartei im Reichstage wieder eingebrachten, zuerst am 3. Dezember 1890 von Windthorst und Genossen gestellten Antrage auf Annahme eines Gesetzes zur Aufhebung des am 4. Juli 1872 über den Orden der Gesellschaft Jesu erlassenen Gesetzes nachgegeben werden könnte, um dadurch eine Mehrheit für die Heeresvorlage zu erzielen, ruft in vielen Teilen Deutschlands Kundgebungen gegen die Aufhebung jenes Gesetzes hervor.

25. Januar. Ueber diese Bewegung, so weit sie Württemberg betrifft, berichtet der „Schwäbische Merkur":

Die Sammlung von Petitionen mit Unterschriften gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes in Württemberg hat ein sehr günstiges Ergebnis gehabt. Nicht nur ist die Zahl der Petitionen wie der Unterschriften größer als vor zwei Jahren (1000 Petitionen mit 146 681 Unterschriften gegen etwa 800 Petitionen mit 123 000 Unterschriften im Jahre 1890), sondern auch die Zahl der evangelischen Pfarrgemeinden des Landes, die sich überhaupt an der Bewegung nicht beteiligt haben, eine verschwindend kleine. Von 916 evangelischen Gemeinden sind 876 mit einer Seelenzahl von 1 400 000 Evangelischen vertreten; es fehlen nur 40 Gemeinden.

20. Februar. In Barmen findet eine durch obigen Aufruf veranlaßte „Einspruchsversammlung" statt. Zu Beginn wird der erste Vers des Lutherliedes gesungen. Sodann leitet der Vorsitzende die Versammlung ein mit einer Ansprache, die zu einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser, sowie zur Absendung folgenden Telegramms an diesen Anlaß giebt:

An des Kaisers und Königs Majestät, Berlin. 1500 evangelische Männer aus den verschiedensten Gauen Deutschlands in Barmen vereinigt, um vor den Gefahren zu warnen, die durch die Wiederzulassung des Jesuitenordens im deutschen Reiche unserm Vaterlande erwachsen würden, bringen Euer Kaiserlichen und Königlichen Majestat in dankbarer Erinnerung an das zu Wittenberg in Gemeinschaft mit den evangelischen deutschen Fürsten und Freien Städten abgelegte evangelische Bekenntnis ihre ehrerbietigste Huldigung dar. Namens derselben: G. A. Schlechtendahl. D. B. Wiemann.

Der erste Hauptredner ist Professor Achelis aus Marburg, der die betreffenden Paragraphen des Jesuitengesetzes vorliest und dann die Thatsache feststellt, daß derzeit schon etwa 1000 Jesuiten im deutschen Reiche sich aufhalten, darunter 90 Schriftsteller, denen noch 17 weitere Litteraten aus dem verwandten Redemptoristenorden zur Seite ständen. Diese alle thäten das Menschenmögliche, um die Meinungen, Urteile und Grundsätze des Jesuitismus im deutschen Volke zu verbreiten. Habe das Jesuitengesetz überhaupt einen Wert? Lohne es sich, für dessen Aufrechterhaltung zu kämpfen? „Ja! So wenig man durch ein Seuchengesetz das Hereindringen einer Seuche schlechterdings verhindern kann, so ist es doch wieder etwas andres, einen Seuchenherd förmlich in das Land hereinzuziehen." Und das ist der Jesuitismus, wie Redner eingehend nachzuweisen sucht an den Erscheinungen der Kasuistik, dem Probabilismus und all den Künsten, mit denen der Jesuitismus nachweisbar das religiös-sittliche Leben der Völker fälsche und vergifte, die er beherrscht. Das Jesuitengesetz sei die öffentliche, von der Obrigkeit aufgerichtete Verwarnung gegen die religiös-sittlichen Gefahren des Jesuitismus. Man denke sich nun mit der Aufhebung des Gesetzes die Jesuiten einziehend unter den Fittigen des deutschen Reichs, getragen von dem Enthusiasmus weiter katholischer Kreise, die seit Jahrzehnten bearbeitet worden sind, unterstützt durch die unbedingte Gunst des Papstes, und nun kämen sie so, daß der Staat als

büßender Sünder dastünde, der gut zu machen hätte, was er an diesen „unschuldigen Lämmern" verbrochen! Welche Gefahr für das ganze geistige Leben unsers Volkes! Den eigentümlichen Charakter des Jesuitismus, dieser „verkörperten Falschheit," sucht sodann Professor Rietschl-Leipzig in der besondern Einwirkung auf das Staats- und Rechtsleben zu zeigen. „Die Treue zwischen Obrigkeit und Volk wird untergraben. Die scheußliche Lehre von der reservatio-mentalis, von der Pflicht und dem Rechte zweideutiger Rede bringt sogar in die Auffassung des gerichtlichen Eides ein. Diese zersetzenden Wirkungen des Jesuitismus sind es doch schließlich gewesen, die sogar einen Papst zwangen, den Jesuitenorden aufzuheben. Der Domkapitular Moufang sucht freilich diese Maßregel damit zu entschuldigen, »daß ein Papst in Verwaltungssachen auch einen Bock schießen könne«. Hofprediger Rogge-Potsdam spricht über die politische Bedeutung der Jesuitenfrage. „Wie seinerzeit die Sperrgelder im preußischen Landtage, so behandelt das Zentrum jetzt den Jesuitenantrag im Reichstag als Kampfmittel, als Kraftprobe. Der Jesuitenantrag wird von dem Zentrum aufgestellt, als der Geßlerhut, vor dem Kaiser und Reich die Rolle des Tell spielen sollen. Die Germania droht ja mit »Strafe,« wenn man dem Zentrum nicht den Willen thut. Würde die Militärvorlage wirklich nur um den Preis der Jesuitenzulassung durchgebracht werden können, — was damit das Reich gewänne nach außen, das würde es reichlich verlieren an innerer Kraft und Sicherheit." — Sämtliche Redner verwerten die klassischen Aussprüche alter und neuer Jesuiten und ziehen erläuternde Beispiele aus der unmittelbaren Gegenwart bei. Folgende Erklärungen finden einstimmige, begeisterte Annahme:

1500 in Barmen versammelte evangelische Männer aus allen Teilen Deutschlands erklären: Der Jesuitenorden vergiftet durch seine Grundsätze die Sittlichkeit unsers Volkslebens, er gefährdet durch seine Lehre vom Eide die Rechtspflege, und er untergräbt die Wahrheitsliebe, Treue und Redlichkeit im Volke. Der Jesuitenorden ist als eine geheime Gesellschaft einem ausländischen Obern auf allen Gebieten des sittlichen und rechtlichen, des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet. Der Jesuitenorden gefährdet den konfessionellen Frieden, dessen unser Vaterland dringend bedarf, aufs äußerste; er würde durch seine ungehemmte Wirksamkeit eine abermalige, ungleich verhängnisvollere Zerspaltung der durch Gottes Gnade endlich wiedergewonnenen Volksfreiheit herbeiführen. Ein solcher Orden darf niemals wieder Heimatrecht auf deutschem Boden erhalten.

21. Februar. Nachdem der freisinnige Abgeordnete A. Meyer am 18. Februar im Abgeordnetenhause erklärt hat: „Wir, d. h. die deutsch-freisinnigen Abgeordneten, lehnen es ab, ganze Kategorien von Personen in Bausch und Bogen zu verurteilen. Wenn einmal hier die Frage erörtert wird, ob das Jesuitengesetz aufgehoben werden soll, so werden Sie bei uns nicht den geringsten

Widerstand finden," bezweifelt die „Nationalliberale Korrespondenz," daß die gesamte deutsch-freisinnige Partei für die Rückberufung der Jesuiten stimmen zu wollen entschlossen sei. Sie fügt bei: Es ist bisher im Reichstage noch niemals zu einer Abstimmung über die Aufhebung des Jesuitengesetzes gekommen; die Parteien sind daher durch vorangegangene Stimmabgabe nicht gebunden. Indessen hat der alles bisher dagewesene überschreitende Petitionssturm für die Beibehaltung des Jesuitengesetzes einen unumstößlichen Beweis geliefert, wie tief das evangelische Volk in allen Schichten den Wunsch hegt, das Gesetz aufrecht zu erhalten, wie schmerzlich es dessen Abschaffung als einen Schlag ins Gesicht und als die schlimmste Bedrohung des konfessionellen Friedens empfinden würde. Und dieser mächtigen Bewegung gegenüber entschließt sich eine Partei, die auf die Gefühle des evangelischen Volks doch Rücksicht zu nehmen hat, für die Zulassung der Jesuiten einzutreten! Was damit vielleicht an Zentrumsstimmen bei den Wahlen gewonnen wird, könnte doch doppelt und dreifach bei solchen Wählern verloren gehen, die der Ansicht sind, daß jetzt übergenug an Nachgiebigkeit gegen die Ultramontanen geschehen sei.

25. Februar. Der Oberkirchenrat von Oldenburg beschließt, beim Reichstage gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes zu protestiren.

15. März. Aus Nassau wird gemeldet:

Aus beinahe allen evangelischen Kirchengemeinden des Konsistorialbezirks Wiesbaden, nämlich nahezu zweihundert, wurden an den Reichstag Petitionen gegen die Wiederzulassung der Jesuiten gerichtet. Sämtliche Petitionen sind von den offiziellen Organen der Kirchengemeinden, den Kirchenvorständen, daneben zum Teil von weitern Kirchenvertretungen, in kleinern Gemeinden mitunter auch von sämtlichen Gemeindegliedern unterzeichnet.

3.

Ueber die Auflösung des Reichstags.

7. Mai. Der konservative Berliner „Reichsbote" spricht sich über die am 6. Mai erfolgte Auflösung des Reichstags also aus:

Es wäre möglich, daß die Neuwahlen eine Mehrheit für den v. Huene-schen Vorschlag zur Militärvorlage brächten, wenn die Regierung in den Volkskreisen, die für die Schaffung einer solchen Mehrheit in Betracht kommen, also in den bäuerlichen und handwerklichen oder überhaupt den mittelständischen Kreisen das nötige Vertrauen besäße. Das ist aber zweifellos nicht der Fall. In diesen Volksklassen, die einen harten Existenzkampf führen, wird man die Abgeordneten vor allem nach ihrer Stellung zur Besserung der Lage des Ackerbaus und Handwerks sowie zur Stärkung des produktiven Mittelstands fragen. Das wird den Ausschlag geben.

Die „Nationalzeitung" läßt sich also vernehmen:

Der schlechteste Reichstag, den Deutschland seit der Begründung des Nationalstaates gehabt, ein würdiges Seitenstück des alten Regensburger Reichstags in der Unfähigkeit zur Wahrung der wichtigsten vaterländischen Interessen, ein würdiger Nachfolger auch des Frankfurter Bundestags in der Pflichtverletzung durch beständige Beschlußunfähigkeit — dieser Reichstag ist zu Ende. Und der Ausgang entsprach vollauf dem Ursprung. Welches Maß von Respekt dieser Reichstag seinen eignen Mitgliedern einflößte, das ist aus Debatten der jüngsten Zeit noch in beschämender Erinnerung. Und sogar gestern, unmittelbar vor der Auflösung, folgte der ernsten Diskussion ein Satyrspiel in lächerlichen persönlichen Erklärungen, wie es noch 1887, vor der damaligen Auflösung, unmöglich gewesen wäre.

Die freisinnige „Vossische Zeitung" spricht sich also aus:

Die deutsche Nation geht schweren Tagen entgegen. Die nächste Zukunft ist in Dunkel gehüllt. Es ist bedauerlich, daß schon der erste Nachfolger des Fürsten Bismarck eine so unglückliche Taktik verfolgte, um die Auflösung des Reichstags vollziehen zu müssen. Aber die Hoffnung braucht nicht aufgegeben zu werden, daß aus dieser Saat eine gute Frucht erwachse, und daß die Volksvertretung die Stellung erringen werde, die ihr in jedem Verfassungsstaate gebührt.

Das freisinnige „Berliner Tageblatt" schreibt:

Jetzt, nachdem die große Frage an das Volk gestellt ist, handelt es sich nicht um die Militärvorlage allein, sondern um die ganze Entwicklung unsers Vaterlands in der nächsten Zukunft. Wer hinsichtlich einer einzelnen Frage Bedenken über die Richtigkeit dieses oder jenes gethanen Schrittes hegt, muß diese Bedenken um des Ganzen willen unterdrücken. Ob das Banner des Liberalismus mit dem Lorbeer des Sieges bekränzt aus der Wahlschlacht hervorgeht, das ist jetzt die Frage. Es wird ein heißes Ringen werden, denn der Kampfpreis ist hoch. Soll sich das Kriegsglück an unsre Fahnen fesseln, so müssen unsre Truppen in ungebrochener Linie vorrücken. Das einheitliche Gefüge darf um des Himmels willen nicht gelockert werden. Von der freisinnigen Partei haben sechs Mitglieder für den Antrag Huene gestimmt. Die Meinungsverschiedenheit in der Partei war also vorhanden; wir verschleiern sie keineswegs. Doch es ist eine Differenz nur in der Militärfrage, die in vielen Ländern eine Parteifrage überhaupt nicht ist. In allen übrigen Beziehungen, in allen freiheitlichen Fragen herrscht in unsrer Partei grundsätzliche Einigkeit. Die Freiheitsfragen aber sind es, über die jetzt ein Entscheidungskampf ausgefochten werden soll. Das allgemeine Wahlrecht ist in Gefahr. Unsrer Entwicklung zum Rechtsstaat droht eine Unterbrechung. Man drängt auf Ausnahmegesetze, auf Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts hin. Und in wirtschaftspolitischer Hinsicht frißt sich die Selbstsucht wie der Schwamm im Reichsgebäude ein. Antisemiten und Agrarier sind am Werke, unser Volksleben zu vergiften. Das Junkertum will wieder zur alleinherrschenden Macht im Staate werden.

Die demokratische Berliner „Volkszeitung" faßt ihre Anschauungen also zusammen:

Das Volk in seiner militarismussatten Mehrheit weiß, daß man einen Krieg nicht führen kann, wenn man sich im Frieden wirtschaftlich erschöpft. Durch nichts wird die Mehrheit sich irre machen lassen in der Geltendmachung ihrer Autorität. Es handelt sich darum, ob der Nährstand durch den Wehrstand unfähig gemacht werden soll, den friedlichen Kulturaufgaben nachzugehen,

um derentwillen das Leben erst wert ist, gelebt zu werden. Wenn ein Reichstag gewählt wird, der die Militärvorlage bewilligt, so ist die Zeit der extremsten Reaktion gekommen.

Die „Freisinnige Zeitung" spricht sich folgendermaßen aus:

Wenn je zuvor, so hat die Abstimmung des Reichstags dem Volkswillen einen getreuen Ausdruck gegeben. Die Gegner hoffen, wie 1887, das Volk zu beirren und durch allerlei Phantasievorstellungen schrecken zu können. Der deutsche Michel solle wieder einmal außer Gott auch die Franzosen und Russen fürchten lernen zu Nutz und Frommen des Militäretats.

Aeußerungen der „Posener Zeitung":

Graf Caprivi will mit dem Kopfe durch die Wand, aber die Wände sind regelmäßig härter als die Köpfe. Das Demutsgefühl, der schweigende Gehorsam des Soldaten wird vom Volke gefordert, und darum, ob das Volk so sich regieren und kommandiren lassen will, wird es sich in letzter Folge handeln.

Die Berliner „Germania" spricht sich also aus:

Eine befreiende That nicht nur für Deutschland, für das ganze schwer niedergedrückte Mitteleuropa hat der deutsche Reichstag gesetzt: er hat gezeigt, daß es auch in unsrer Zeit noch Grenzen giebt gegen eine militärische Belastung des Volks, die jedes Maß überschreitet, unter der fast niemand und nichts mehr gedeiht, die für die kulturellen und so zwingenden sozialen Aufgaben die Mittel aufzehrt. Das Zentrum ist einig geblieben bis auf — wir sagen es mit tiefstem Bedauern — zwölf Mitglieder. Das Zentrum wird glänzende Wahlen machen, und nur in Schlesien stehen schwere Stunden bevor, da dort allein die Sezessionisten vom Zentrumsstandpunkte eine erkleckliche Zahl ausmachen und dort auch die polnische Bewegung, die in Oberschlesien gegen die Militärvorlage ist, einige Zentrumssitze zu erobern hofft.

Ausspruch der „Kölnischen Zeitung":

Je ungünstiger die Aussichten für die freisinnige, ultramontane und elsässische Partei sind, um so günstiger halten wir sie für die staatserhaltenden Parteien. Auch unter ihnen herrscht in vielfachen wichtigen Fragen Streit und Uneinigkeit. Aber stets noch, ausnahmslos sind sie einig gewesen, so oft die deutsche Wehrfähigkeit, die Sicherstellung des europäischen Friedens in Frage stand. Das deutsche Volk wird aus den traurigen Erfahrungen des letzten Reichstags die Lehre gezogen haben, daß gesundes Gedeihen und friedliche Entwicklung nur im Schatten einer starken Monarchie und einer festen Regierung, nicht aber unter einem schönredenden, aber thatlosen Parlamentarismus blühen.

Die „Hamburger Nachrichten" sprechen sich also aus:

Der Reichstag ist aufgelöst. Wir bedauern diesen Ausgang. Es kann uns in diesem Augenblicke nichts ferner liegen, als den Nachweis der Unnötigkeit und Gefährlichkeit des gethanen Schrittes zu führen; das ist oft genug geschehen, jetzt stehen wir vor der vollzogenen Thatsache. Wir lassen die Vergangenheit ruhen und richten den Blick auf die Zukunft, die unberechenbarer als je vor uns liegt. Der Wahlkampf, der bald entbrennen wird, droht einer der heftigsten zu werden, die je dagewesen sind, und man ist allseitig auf die überraschendsten Ergebnisse vorbereitet.

Die Berliner „Tägliche Rundschau" giebt ihren Wahlhoffnungen Ausdruck:

Unter den gährenden Instinkten sind zum erstenmale seit Schaffung des Reichs die deutschtümlichen die stärksten. Daraus kann bloße Verwirrung, ja selbst Verneinung werden, wenn die Regierung die gegenwärtige Stunde nicht versteht; es kann aber auch der segensvolle Anfang einer politischen Wiedergeburt unsers Vaterlands werden, wenn die Regierung sich nicht mit der Militärvorlage begnügt, sondern noch eine kräftige Losung hinzufügt: ein Wahlprogramm, in dem von einer ehrlichen sozialen Reform, von der Rettung unsrer Landwirtschaft und unsers Handwerks, vor allem aber auch mit ein paar kräftigen Wörtlein von der Judennot die Rede sein muß.

8. Mai. Die „Kreuzzeitung" spricht sich über die Auflösung des Reichstags u. a. also aus:

Traue keinen Versprechungen, sondern prüfe jeden, dem du dein Vertrauen schenken willst, darauf, ob er zuverlässig erfunden werden kann im Kampfe gegen die manchesterliche Ausbeutung und den jüdischen Mammonismus. Nur solche Männer haben ein Herz für die Not unsers deutschen Volks. Diese Männer aber sind in erster Linie Antisemiten. Darum, deutsches Volk, auf zum Kampf für Christentum, Deutschtum, Monarchie! Wählt Antisemiten!

Die freikonservative „Schlesische Zeitung" in Breslau erhebt Berufung an die Vaterlandsliebe:

Ist es wirklich nur die Wehrhaftigkeit des Vaterlands, über die in dem bevorstehenden Wahlkampfe entschieden werden soll, oder ist es nicht vielmehr die Frage, ob das deutsche Volk überhaupt eine Vertretung wählen soll, mit welcher regiert und die Entwicklung unsers nationalen Staats weitergeführt werden kann? Man denke sich eine Volksvertretung, deren Majorität aus klerikalen und nichtklerikalen Demokraten, Sozialdemokraten, Partikularisten und Antisemiten bestände. Die würdelosen Szenen während der Ahlwardtdebatten haben uns gezeigt, was wir dann zu erwarten hätten.

Ausspruch der Münchner „Allgemeinen Zeitung":

Das vom deutschen Volk in Waffen unter Kaiser Wilhelm dem Ersten auf festem Grund errichtete deutsche Reich wird sich stark genug erweisen, auch diese heraufbeschworene Kraftprobe auszuhalten; aber über den tiefen Ernst der innern und äußern Lage dürfen wir uns nicht täuschen, und mehr als je ist es nötig, denen, die für die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten und die Einwirkung auf die Wahlen verantwortlich sind, das Gewissen zu schärfen. Es ist kein dankbares Amt, auf Fehler hinzuweisen, aber wie der getreue Eckart im Sachsenwalde muß auch die Presse unablässig warnend und mahnend die Stimme erheben und an die Lehren der Geschichte und an die großen Pfadweiser erinnern, die das zerstückelte und zerrüttete Vaterland zur Einigung und Macht emporgeführt und die Bahnen vorgezeichnet haben, auf denen allein es möglich ist, das so teuer Errungene zu erhalten und für die Zukunft zu bewahren.

11. Mai. Die „Hamburger Nachrichten" sprechen sich über die Schuld an der Auflösung des Reichstags also aus:

Wir sind der Ansicht, daß die konservative und die nationalliberale Partei der Vorwurf trifft, die Regierung nicht genötigt zu haben, einen bessern Weg einzuschlagen, indem sie bei ihrem Widerspruche gegen die Regierungsvorlage verharrten. Die Schuld der Regierung sehen

wir nicht in dem Mangel an Konzessionen auf einem an sich bedenklichen Gebiete, sondern in der Thatsache der Auflösung. Wir bleiben bei unsrer Meinung, daß die Auflösung ein Sprung ins Dunkle und ein taktischer Fehler war, namentlich wenn für die Neuwahl eine Vorlage, wie der Huenesche Antrag, als Wahlparole dienen sollte.

X.

Spaltung der deutsch-freisinnigen Partei.

6. Mai. Infolge der Abstimmung über die Militärvorlage findet eine Fraktionssitzung statt, über die das „Berliner Tageblatt" also berichtet:

Den Gegenstand der Verhandlungen bildete die bei der Abstimmung über den Antrag Huene hervorgetretene Meinungsverschiedenheit innerhalb der Partei. Die allerdings in freundlichen, kollegialischen Formen geführte Debatte endete mit der Annahme eines Richterschen Antrages, der den Keim zur Auflösung des freisinnigen Fraktionsverbandes und zur Bildung von zwei neuen liberalen Parteien enthält. Der Antrag verlangt, daß die Zustimmung zum Antrag Huene für unvereinbar mit der politischen Gesamthaltung der freisinnigen Partei erklärt werde. Die Abstimmung ergab 27 Stimmen dafür und 22 Stimmen dagegen. Mit diesem Votum haben die einzelnen Abgeordneten für sich noch nicht die Frage entschieden, welcher der beiden Gruppen sie künftig beitreten. Den endgiltigen Entschluß wird jeder erst dann zu fassen haben, wenn die Auseinandersetzungen weiter vorgeschritten sind. Um die Konsequenzen des Beschlusses schleunigst zu ziehen, ist sofort eine Kommission von sechs Herren, drei von jeder Seite, niedergesetzt worden. Die Spaltung der Partei erscheint hiernach unvermeidlich.

Die Abgeordneten Meyer und Schröder treten aus der Fraktion aus.

Erklärung des Abgeordneten Richter.

9. Mai. Der bisher deutsch-freisinnige Abgeordnete E. Richter läßt sich in der „Vossischen Zeitung" also aus:

Der Reichstag ist aufgelöst worden aus Anlaß einer Frage, hinsichtlich deren die freisinnige Partei die bisherige Geschlossenheit nicht zu bewahren vermocht hat. Bei der Schlußabstimmung stimmten sechs Abgeordnete für den Antrag Huene. Ein Wahlkampf in gebrochener Linie kann aber unmöglich mit Aussicht auf Erfolg geführt werden. Ich hielt mich daher für verpflichtet, in der Reichstagsfraktion die Erklärung zu beantragen, daß die genannte Abstimmung mit der politischen Gesamthaltung der Partei nicht zu vereinbaren sei. In der Erörterung hierüber erklärten mehrere Fraktionsmitglieder, daß sie im Fall der Annahme meines Antrags aus der Fraktion ausscheiden würden. Die Verhandlungen hierüber befestigten mich und andre nur in der schon seit längerer Zeit gesteigerten Ueberzeugung, daß die Fraktion in ihrer Gesamtheit nicht mehr von derjenigen Einheit der politischen Denkart getragen wird, welche unerläßliche Voraussetzung ist für den Einfluß jeder parlamentarischen Partei und jeder politischen Aktion nach außen. Beide Gruppen kamen schließlich in freundlicher Weise überein, die notwendig gewordene

Trennung in einer Art zu vollziehen, die die Wahlvorbereitungen nicht aufhält und die nach wie vor gemeinsamen freisinnigen Interessen vor Schädigung bewahrt. Mir persönlich wäre ohne die herbeigeführte Trennung jede Fortsetzung einer parlamentarischen und politischen Thätigkeit unmöglich gewesen, denn ohne festen und gesicherten Rückhalt in der eignen Partei muß auch der beste Wille und die zäheste Ausdauer erlahmen in dem schwerem Kampfe, den wir fortgesetzt auf zwei Fronten, gegenüber den rechtsstehenden Parteien einerseits und der Sozialdemokratie andrerseits zu führen haben. Es würde über meine Kräfte gehen, einen parlamentarischen Feldzug wie in diesem Jahre unter den bisherigen innern Parteiverhältnissen noch einmal durchzukämpfen. Unmittelbar nach den Neuwahlen werden die Gesinnungsgenossen, die in diesem Kampfe festgestanden haben, aus allen Teilen Deutschlands berufen werden, um auf einem Parteitage über Organisation, Programm und Parteibezeichnung endgiltig Beschluß zu fassen. Die knappe Zeit der Vorbereitung der Neuwahlen darf durch solche Formfragen nicht gekürzt werden. Das feste Zusammenstehen mit den Abgeordneten der Süddeutschen Volkspartei in allen Kämpfen dieser Legislaturperiode verbürgt uns auch für die Folgezeit den engsten Zusammenschluß für die gemeinsame deutsche Sache. Vorab gilt es, jeder in seinem Kreise, den uns durch die Auflösung aufgezwungenen Kampf thatkräftig und energisch aufzunehmen, um feste Männer zu wählen, die stehen können, wenn es gilt, für die Sache des Volkes einzutreten. Scharen wir uns allerwärts eng zusammen in dem festen Geist und der treuen Gesinnung der alten Fortschrittspartei, deren sturmerprobtes Banner noch einmal alte Kampfgenossen und jüngere Mitstreiter zusammenführen möge im Interesse unsers Volkes und zum Wohle unsers Vaterlandes. Man gebe anheim, entweder die nationalliberale Partei zu zieren, oder sich dem konservativ-freikonservativ-nationalliberal-aristokratisch-ultramontanen Kartell anzuschließen, das jetzt als Träger der Huenescheu kompromißlichen Staatsweisheit das getreue deutsche Volk zum Kampfe herausfordert!.... Also ihr wahrhaft freisinnigen Männer in Stadt und Land, die ihr nicht Lust habt, umsonst einen der schwersten Wahlkämpfe durchzukämpfen, seht euch die Männer genau an, die ihr wählen wollt! Fragt sie auf ihr Gewissen, ob sie volksfreundlich oder kompromißlich sind, und entscheidet euch darnach. Sind sie euch von früher her oder aus den letzten Tagen als kompromißwütige Volksfeinde bekannt geworden, so weist sie mannhaft zum Tempel hinaus. Für den demokratischen Liberalismus steht nichts weniger als alles auf dem Spiele.

Die „Kölnische Zeitung" spricht sich zu dieser Trennung also aus:

Die Wahrheitsliebe Richters kann nicht oft genug gekennzeichnet werden. Am 5. Mai ließ er durch sein Amtsblatt verkünden, „daß, wie die Fraktionssitzung am Mittwoch Abend festgestellt hat, aus der freisinnigen Partei nur ein oder höchstens zwei Mitglieder für den Antrag Huene stimmen werden." Am Sonntag den 7. Mai, also nach dem Zusammenbruch der Partei, ließ er wörtlich schreiben: „Dem Vernehmen nach verzichten die Herren Brömel, Maager, Alexander Meyer, Siemens und Schröder darauf, sich um eine neue Kandidatur zu bewerben. Soweit wir unterrichtet sind, ist auch die Aufstellung eines der genannten sechs Herren von freisinniger Seite in keinem Wahlkreise beabsichtigt." Handgreiflichere Entstellungen der Wahrheit und ärgere Flunkereien lassen sich kaum denken.

Das freisinnige „Berliner Tageblatt" bedauert die Trennung, indem es sagt:

Der Ruf Divorçons wäre besser unterblieben. Man konnte zusammenbleiben, ja man mußte zusammenbleiben, denn der Feind steht vor den Thoren. Will man sich über die Wirkung des gethanen Schrittes klar werden, so braucht man nur auf die Gegner zu blicken. Wohin man hört, herrscht im gegnerischen Lager helle Freude über unsre Spaltung. Wenn aber unsre Gegner jubeln, müssen wir trauern. Ein folgenschwerer Schritt ist in Windeseile — ja, sagen wir es gerade heraus: in Uebereilung geschehen. Man hat, obwohl äußerlich in den Auseinandersetzungen von keiner Seite die Form verletzt wurde, innerlich doch ab irato gehandelt. Auf die Urheber fällt die ganze Wucht der Verantwortung.

Die demokratische Berliner „Volkszeitung" freut sich der „reinlichen Scheidung," die von den „paar Huenefrommen Freisinnigen" und von dem „wassersüppigen Kommerzienrat-Liberalismus" geschehen, und ruft:

Für den demokratischen Liberalismus steht nichts weniger als alles auf dem Spiele. Die reinliche Scheidung, begonnen von der fortschrittlichen Mehrheit der ehemaligen freisinnigen Fraktion, sie werde von dem zielbewußten, aufrichtig liberalen Bürgertum durch Abstoßung derjenigen Elemente besiegelt, auf die gerade in den Zeiten der äußersten Gefahr am wenigsten Verlaß ist!

Die freisinnige „Berliner Zeitung" äußert frohlockend:

Die alte Standarte weht wieder über den Zelten und Zinnen der Fortschrittspartei. Möge sie die Partei in Ehren und in mutigem Wehren sehen, und möge das freigerichtete Volk sich um die sturmerprobte Garde der bürgerlichen Demokratie scharen. Per aspera ad astra — durch das Dunkel der trüben Erfahrungen der letzten Zeit, durch Streit und Leid führe der Weg aufwärts zum Licht der Freiheit!

10. Mai. In Berlin findet eine Versammlung der bei Richter Gebliebenen statt, in der dieser u. a. sagt:

Die Spaltung wäre vermieden worden, wenn die sechs Abweichenden dem Appell, aus der Partei auszuscheiden, gefolgt wären. Die zuverlässigsten und thätigsten Führer im Wahlkampfe hätten ihm die Unmöglichkeit erklärt, in den Kampf zu gehen nach rechts und nach links, ohne vorher Klarheit in der Partei zu schaffen. Nur für einen Augenblick war eine Verwirrung entstanden; nach 48 Stunden war die neue Partei zusammengeschlossen. Bei der ersten Organisation haben die Führer der Volkspartei mit Rat und That beigestanden. Von Stunde zu Stunde wächst die Zustimmung und der Anschluß der Parteigenossen aus dem ganzen Lande. Viele, die vorher fern gestanden, finden sich arbeitsfreudig zu der alten Fahne. Ein frisches Leben durchwogt überall die Partei. Wir haben einen scharfen Ruck nach links gethan, der der gesamten Opposition, wie sie jetzt nötig ist, zur Kräftigung gereicht.

Ueber den weitern Verlauf dieser Versammlung berichtet die „Freisinnige Zeitung":

Bei der Betonung des Rucks nach links brach ein stürmischer Beifall aus, der sich wiederholte, als Richter die weitere Annäherung an die Volkspartei als die Aufgabe der weitern Entwicklung nach den Wahlen bezeichnete. Redner dankte für das Vertrauen, das er stets bei den Parteigenossen seit 27 Jahren in Berlin gefunden. Ihm sei es bewußt, daß er unter allen Umständen auf die alte Fortschrittspartei zählen könne, aber auch auf weite Freundeskreise darüber hinaus. Redner schilderte die Schwere des Wahlkampfs besonders in diesem Wahlkreis. Dafür hat derselbe aber auch über

den besten Kandidaten von Berlin zu verfügen, über Virchow. Wenn derselbe auch durch anderweitige Pflichten verhindert ist, sich an allen einzelnen politischen Arbeiten zu beteiligen, so steht er im entscheidenden Augenblick stets seinen festen Mann. Seit 23 Jahren stehe Redner mit Virchow in engster Waffenbrüderschaft auf dem parlamentarischen Kampfplatz, niemals ist ein Gegensatz mit ihm in die Oeffentlichkeit getreten. Wohl sind wir mitunter verschiedener Meinung. Er zügelt meine Leidenschaft und mein Ungestüm, und er füllt dann wiederum mit neuem Mut und Thatkraft meine Seele, wenn dieselbe in hartem Kampf zu ermatten droht. Nicht will ich mich mit Virchow vergleichen, aber darin glaube ich ihm zu gleichen: wir treiben keine persönliche Politik, sondern nur sachliche im Interesse der Allgemeinheit des Volks und des Vaterlands.

Die Versammelten beschließen hierauf:

Sie erklären sich voll einverstanden mit der Haltung Richters, sie erblicken in ihm den sturmerprobten Führer der Partei, der mit einer Hingebung und einem Scharfsinn sondergleichen für die Wahrung der Volksrechte eingetreten ist; sie danken ihm und geloben, auch fernerhin mit Freuden der von ihm entrollten Fahne der altbewährten Fortschrittspartei zu folgen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sagt zu der Spaltung:

Die Spaltung der deutsch-freisinnigen Partei in eine radikal-demokratische und eine linksliberale Gruppe ist eine Thatsache. Neun Jahre hat die deutsch-freisinnige Partei bestanden; 1884 erfolgte die Fusion der Fortschrittspartei und des 1880 von der nationalliberalen Partei abgetrennten linken Flügels, der sogenannten Sezessionisten. Bei der Fusion zählte die deutsch-freisinnige Reichstagsfraktion 100 Mitglieder, die Neuwahlen im Herbst 1884 reduzirten diese Zahl auf 65, diejenigen im Februar 1887 auf 32, während im Februar 1890 der damals so hochgefeierte Zug nach links die Partei auf 64 Mandate brachte, die sich jetzt, bei deren Trennung, sogar noch auf 67 vermehrt hatten. Solange die deutsch-freisinnige Partei bestanden hat, war der auch von den politischen Gegnern als wohlberechtigt anerkannte Einfluß des liberalen Elements so gering wie möglich. Derselbe ging niemals darüber hinaus, was die Parteiziffer in der Abstimmung leisten konnte; die geistige Einwirkung war äußerst gering, hauptsächlich weil, einer brutalen Parteitaktik zuliebe, jede Bethätigung der freien politischen Individualität in der deutsch-freisinnigen Partei und Presse unterdrückt wurde.

Die freikonservative Berliner „Post" sagt zu der Trennung:

Bisher ist von der freisinnigen und früher von der Fortschrittspartei stets mit großer Entrüstung die Behauptung zurückgewiesen worden, daß sie republikanischen Interessen huldigte. Jetzt wird durch die Verbrüderung mit der süddeutschen Volkspartei die Hinneigung zu republikanisirenden Anschauungen bündigst zugegeben.

13. Mai. Der in Bruchsal tagende Ausschuß der süddeutschen Volkspartei erklärt:

1. Der Ausschuß billigt es vollkommen, daß der Reichstagsabgeordnete Payer mit dem Reichstagsabgeordneten Richter den in der Presse veröffentlichten Wahlaufruf erlassen hat. 2. Der Ausschuß erklärt weiter, daß zur Zeit eine Veranlassung nicht vorliege, der Frage über die Stellungnahme der deutschen Volkspartei zur freisinnigen Volkspartei näher zu treten.

Der „Verein der Fortschrittspartei" in Frankfurt a. M. beschließt:

1. sich der „Freisinnigen Volkspartei" anzuschließen, 2. von der Aufstellung eines eignen Kandidaten abzusehen, dessen Nominirung grundsätzlich der demokratischen Partei zu überlassen und für deren Kandidaten im bevorstehenden Wahlkampf einzutreten.

Die demokratische „Frankfurter Zeitung" äußert sich abfällig über eine Vereinigung der süddeutschen Volkspartei mit der freisinnigen Volkspartei. Sie sagt, sie sei nicht gewillt, von einem Programm abzugehen, das die Kampfgenossenschaft mit dem Freisinn „gegen Reaktion und Militarismus" zwar erwünscht, die Verschmelzung indessen als einen Verzicht auf die durch die Grundsätze gebotene Selbständigkeit erscheinen lasse.

14. Mai. Auch das Hauptblatt der demokratischen Partei in Bayern, der „Nürnberger Anzeiger," verwahrt sich gegen eine Verbindung der süddeutschen Volkspartei mit der Richterschen Partei und sagt:

Das wissen wir, daß das deutsch-freisinnige Programm mit seiner schließlichen ostentativen Betonung der Treue zu Kaiser und Reich, daß der königlich preußische Loyalitätszopf, wie ihn auch ein großer Teil der Gruppe Richter noch trägt, daß der norddeutsche Nationalitätsdünkel, abgesehen von den bisherigen Programmunterschieden, ehrlichen, demokratisch gesinnten Männern wider den Geschmack und auch die Gesinnung ist.

XI.

Bewegung für die Reichstagswahlen.

1.

Wahlaufrufe.

a.

Aufruf der konservativen Partei.

11. Mai. Die Wahlleitung erläßt folgenden Aufruf:

Der Reichstag ist aufgelöst, weil die Forderungen der Reichsregierung zu Gunsten der Vermehrung des Heeres keine Annahme gefunden haben; die Neuwahlen sind angeordnet. Die deutsche konservative Partei tritt nach wie vor für die volle Wehrkraft unsers Volkes ein und sieht in derselben eine unerläßliche Bedingung für die deutsche Machtstellung und für die Erhaltung des Friedens. Mehraufwendungen, die unvermeidlich sind, müssen ihre Deckung durch eigene Einnahmen des Reiches finden, diese Lasten dürfen nicht den Unbemittelten, den Mittelstand oder die Landwirtschaft drücken, dagegen sind andre, bisher zu sehr geschonte Steuerquellen heranzuziehen. Wir bekämpfen den Abschluß von Handelsverträgen, die der Landwirtschaft neue Opfer auferlegen würden, und unterstützen die Bestrebungen, die auf die Vereinigung der Landwirte zum Zwecke der nachdrücklichen Ver-

tretung ihrer berechtigten Forderungen gerichtet sind. Wir erstreben den Schutz unsrer vaterländischen Arbeit gegen die ausländische Konkurrenz, die durch die zeitigen internationalen Währungsverhältnisse von Tag zu Tag gesteigert wird. Im Hinblick auf den schweren Druck, der unser gesamtes Erwerbsleben belastet, treten wir ein für die Erhaltung und für die Kräftigung des Mittelstandes in Handel und Gewerbe, im Handwerk und in der Landwirtschaft. Wir bekämpfen demagogische Umtriebe jeder Art, die darauf hinarbeiten, die Gesinnungen weiter Kreise unsers Volkes durch Lug und Trug in Wort und Schrift irre zu leiten und zu vergiften. Das Bekenntnis zu der christlichen Weltanschauung, die ihre Bethätigung in unserm Volksleben, in der Gesetzgebung und in der Handhabung der Gesetze finden muß, ist der feste Grund in den Wirren der Zeit und die Lebenskraft jeder berechtigten Autorität. Die deutsche konservative Partei ist entschlossen, in Vertretung dieser Grundsätze und Ueberzeugungen mit voller Selbständigkeit und unentwegt weiter ihre Dienste der Monarchie und dem Vaterlande zu weihen.

b.

Aufruf der christlich-sozialen Partei.

15. Mai. Der „vorläufige Vorstand" der Partei, unterzeichnet von Bading, Vorsitzender des christlich-sozialen Jugendbundes, und zahlreiche Genossen erlassen folgendes „Manifest":

Die christlich-soziale Partei hat bei frühern Reichstagswahlen eine Sammlung ihrer Anhänger im Reich nicht erstrebt. Jetzt ist die Stunde dazu gekommen; die dem Vaterlande drohende Gefahr ruft uns geschlossen in den Kampf. Eine Anzahl gleichgesinnter Männer und befreundeter Vereine sucht Anschluß und Führung. Sie alle wollen feste Grundsätze und feste Männer an der Spitze. Beides können wir ihnen bieten. Das christlich-soziale Programm von 1878 hat sich bewährt; auch die christlich-sozialen Männer sind erprobt; seit fünfzehn Jahren stehen sie unter der Fahne des Christentums, der sozialen Reform und der Treue zu Kaiser, Fürsten und Reich. Unsre erste Forderung lautete: Gesetzliche Organisation der Fachgenossenschaften durch das ganze Reich. Diese Forderung stellen wir zur Beilegung der sozialen Schwierigkeiten und zur Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse von neuem. Handwerk, Industrie und Landwirtschaft müssen sich zu Korporationen zusammenschließen, um ihre Pflichten zu erfüllen, ihre Rechte zu erringen. Darin allein erblicken wir das Heil der arbeitenden Stände, nicht in Ratschlägen, die vom grünen Tisch oder aus stürmischen Volksversammlungen kommen. Für die Verstärkung der Wehrkraft treten wir ein. Nur die Gewißheit des Friedens kann den darniederliegenden Wohlstand heben; wenn der neue Reichstag die Militärvorlage wieder ablehnte, so wäre die Sicherheit des Reiches bedroht. Auch im Innern würden sich bei einem dauernden Widerstreit die schon jetzt vorhandnen Schwierigkeiten vermehren. Unsre Freunde können deshalb nur solchen Männern ihre Stimme geben, die das deutsche Heer verstärken wollen. In diesem Sinne rufen wir zur Sammlung. Sollte es schon diesmal möglich sein, christlich-soziale Abgeordnete zu wählen, so sind wir zu Rat und That bereit. Sonst unterstützen wir in erster Linie die Deutsch-Konservativen entschiedner Richtung. In deutsch-sozialen Wahlkreisen helfen wir mit Freuden dieser uns nahestehenden Gruppe. Wo verschiedne Gruppen eine Einigung suchen, treten unsre Freunde für die sozialmonarchische Vereinigung kraftvoll ein.

c.

Aufruf der freikonservativen Partei.

8. Mai. Der Wahlausschuß der Reichs- und freikonservativen Partei erläßt folgenden Wahlaufruf:

Das deutsche Volk ist berufen, an der Wahlurne über die Zukunft des Vaterlandes zu entscheiden. Abermals ist es der Widerstand der Reichstagsmehrheit gegen die Verstärkung der deutschen Wehrkraft, die den Kaiser und die verbündeten Regierungen gezwungen hat, den Reichstag aufzulösen. Wie 1887, so wird auch 1893 die Nation bei der Wahl Zeugnis dafür abzulegen haben, daß der Deutsche für die Sicherheit und Größe des Vaterlandes kein Opfer scheut. Die nationale Fahne hoch haltend, sind wir stets für die als notwendig erkannte Entwicklung und Stärkung der Heeresmacht eingetreten und haben die zum Schutze und zur Sicherung des Vaterlandes erforderlichen Mittel unter sorgsamer Schonung der Leistungsfähigkeit des Volkes niemals versagt. Ein unglücklicher Krieg würde den durch schwere Opfer an Gut und Blut erkämpften Bestand des deutschen Reiches selbst in Frage stellen. Ein wie mächtiges Bollwerk für die Erhaltung des Friedens auch der Zusammenschluß der zum Dreibunde vereinigten Staaten ist: seine nationale Existenz darf Deutschland nur auf die eigne Kraft stellen. Gegenüber den sich immer gewaltiger steigernden Rüstungen unsrer Nachbarn kann eine erhebliche Verstärkung unsrer Heeresmacht nicht hinausgeschoben werden, wenn in einem uns freventlich aufgedrungenen Kriege der Sieg bei unsern Fahnen bleiben soll. Nur unsre eigne Stärke kann uns die Segnungen des Friedens sichern. Wer durch die Wahl eines Vertreters, der das Notwendige verweigert, dazu beiträgt, daß vielleicht dereinst schweres Unheil über unser Vaterland hereinbricht, ladet eine schwere Verantwortung auf sich. Schwere Lasten werden durch die Verstärkung des Heeres dem Volke von neuem auferlegt. Sie werden gemildert durch die Verkürzung der Dienstzeit und die Schonung der ältern Jahrgänge. Auch aus den gegnerischen Parteien haben sich die einsichtsvollen Männer der Anerkennung des wohldurchdachten, von den verbündeten Regierungen vorgelegten Organisationsplanes nicht entziehen können, sie haben ihre Stimmen mit den unsrigen vereinigt. Eine Zeit wirtschaftlichen Niederganges lastet schwer auf breiten Schichten unsers Volkes. Um so dringender erscheint es geboten, die dem deutschen Volke zugemuteten Opfer durch planmäßige und liebevolle Pflege unsers Erwerbslebens zu erleichtern. Die gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands beruht auf dem von dem Fürsten Bismarck in unsre Wirtschaftspolitik eingeführten Grundgedanken gleichen Schutzes aller Zweige der nationalen Arbeit und gleichmäßiger Förderung der Interessen von Landwirtschaft, Industrie und Handwerk. Hieran ist festzuhalten, unter besondrer Berücksichtigung von Landwirtschaft und Handwerk, die schwer um die Existenz ringen. Nur so wird es gelingen, Deutschland einen kräftigen Mittelstand in Stadt und Land, einen kräftigen Bauern- und Handwerkerstand und damit die wesentlichsten Bedingungen für die Gesundheit und Stärke des Volkes zu erhalten. An der Durchführung der erhabnen Ziele, die die Botschaft unsers unvergeßlichen großen Kaisers Wilhelm I. dem deutschen Volke gestellt hat, haben wir regen Anteil genommen. Wir erkennen indessen an, daß bei der Ausführung der ergangenen sozialen Gesetzgebung Mängel hervorgetreten sind, deren baldige Beseitigung angestrebt werden muß. Den Traditionen unsrer Partei entsprechend werden wir unablässig bemüht sein, das Wohl der Arbeiter nach jeder Richtung zu fördern. In diesem Sinne verlangen wir auch wirksamen Schutz für den friedlichen und fleißigen Arbeiter gegen die Vergewaltigung durch gewissenlose Hetzer und

deren Anhang, wie wir auch Schutz verlangen für den Arbeitgeber gegen frivole Ausstände. Wir haben es stets als eine unsrer vornehmsten Aufgaben erkannt, über alle politischen und wirtschaftlichen Fragen eine Verständigung zwischen den streng konservativen und den gemäßigt liberalen Anschauungen herbeizuführen, um hierdurch einen festen Zusammenschluß aller staatserhaltenden Elemente den finstern Mächten gegenüber zu erreichen, die den Vernichtungskampf gegen Christentum, Monarchie, Familie und Besitz begonnen haben. Nicht für die Anhänger unsrer Partei bitten wir um die Stimmen unsrer Mitbürger. Wir wissen uns frei von engherzigen Fraktionsbestrebungen. Unser Sinn ist gerichtet auf das Wohl des Vaterlandes, nicht auf die Förderung einer Partei, die doch nur den Zweck haben kann, dem öffentlichen Wohle zu dienen. Es kommt vor allem darauf an, patriotische Männer zu wählen, deren Blick nicht getrübt ist durch Parteirücksichten, sondern deren Herz warm schlägt für das Wohl und Gedeihen, für den Ruhm und die Ehre des Vaterlandes! Was mit Strömen deutschen Blutes in großer Zeit erworben ward, unter der Führung unvergleichlicher Staatsmänner und Heerführer, muß verteidigt werden mit der ganzen Kraft des deutschen Volkes.

d.

Aufruf des Bundes der Landwirte.

Im Mai. Namens dieses Bundes erlassen v. Ploetz, Dr. Roesicke, Lutz, Dr. Suchsland von Berlin aus folgenden Aufruf:

Landwirte Deutschlands! Der Reichstag ist aufgelöst. Schneller, als wir es erwarten konnten, wird uns die Gelegenheit geboten, zu zeigen, daß die deutschen Landwirte fest entschlossen sind, für die Forderungen einzutreten, die sie zur Einigung im Bund der Landwirte geführt haben. An alle Berufsgenossen, an alle Freunde unsers Gewerbes, an alle, denen des Vaterlandes dauernde Blüte höher steht als öde Parteitheorien, richten wir deshalb die Aufforderung, an die Wahlurne zu treten und Männer zu wählen, die fest entschlossen sind, für unsre berechtigten Forderungen einzutreten. Wir fordern vor allen Dingen: 1. Erhaltung der jetzt bestehenden landwirtschaftlichen Zölle, Ablehnung aller Handelsverträge, die dieselben herabzusetzen bestimmt sind; 2. Sperrung unsrer Grenzen gegen die Einfuhr von Vieh aus verseuchten Ländern; 3. Entschädigung für die Verluste, die die Landwirtschaft durch die von ihr nicht verschuldeten Verheerungen der Maul- und Klauenseuche erleidet; 4. Beschränkung des Börsenspiels mit den wichtigsten Volksnahrungsmitteln; 5. Vereinfachung der Unfallversicherung, des Alters- und Invaliditätsgesetzes in Bezug auf Verbilligung der Verwaltung und den Markenzwang; 6. Klärung und internationale Regelung der Währungsfrage. Zum erstenmale treten wir Landwirte als geschlossener, geeinter Stand in die Wahlbewegung. Schon heute sieht man sich genötigt, mit uns zu rechnen. Laßt uns zeigen, daß wir eine Macht bilden und daß wir uns dessen bewußt sind. Dann wird man uns die unserm Gewerbe gebührende Rücksichtnahme nicht länger verweigern können. Wir wollen keine einseitige Vertretung oder Bevorzugung der Landwirtschaft, nur zu ihrem Recht wollen wir ihr verhelfen. Stets werden wir dessen eingedenk sein, daß des Vaterlandes Macht und Größe über alles geht, und dieselben nur erhalten werden können, wenn wir treu zu Kaiser und Reich stehen, wenn wir alle diejenigen Stände in ihrer Grundlage schützen, auf deren Blühen und Gedeihen unsre Stärke beruht: Landwirtschaft, Handwerk, Industrie und Handel. Nur bei einer weisen und gerechten Fürsorge für die Lebensbedürfnisse dieser

produktiven Stände, nur bei Erhaltung eines gesunden und starken Mittelstandes, insonderheit der Bauern und Handwerker, kann unser Vaterland den zersetzenden Bestrebungen der Feinde jeder staatlichen und sozialen Ordnung im Innern, dem Drohen feindlicher Nachbarn von außen mit Erfolg die Spitze bieten. Wir sehen eine Forderung der Gerechtigkeit und Notwendigkeit in der genügenden Fürsorge für die Beamten, in der sozialen Gesetzgebung zum Wohl unsrer Arbeiter, aber wir wollen diejenigen Stände leistungsfähig erhalten, die die Kosten dieser Fürsorge zu tragen haben. Auch unsre Arbeiter müssen die Wahrheit des Wortes erkennen, daß billiges Brot nichts nützt, wenn es an Arbeit fehlt. Die deutschen Landwirte haben noch niemals ein Opfer gescheut, wenn dasselbe für des Vaterlandes Macht und Größe notwendig war. Sie haben den Nachweis nicht erst zu erbringen, daß sie es stets für ihre heiligste Pflicht halten werden, die feste Stütze des Vaterlandes und der Reichsregierung zu sein; aber wer Opfer bringen soll, muß etwas zu opfern haben, und die deutsche Landwirtschaft ist ohne ihre Schuld an der äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Unsre erste Pflicht ist es deshalb, Männer zu wählen, die Verständnis für die großen wirtschaftlichen Fragen unsrer Zeit haben und den ernsten Willen, ohne Rücksicht auf Fraktionsinteressen, aber auch ohne Scheu vor der Regierung in einer zu diesem Zweck zu bildenden wirtschaftlichen Vereinigung für eine nachhaltige Hebung unsers schwer bedrohten Gewerbes einzutreten. Sache der Reichsregierung ist es, den unzweideutigen Beweis zu liefern, daß sie ernsthaft gewillt ist, unsern Beschwerden schnelle und gründliche Abhilfe zu schaffen. Nicht mit schönen Worten, nur durch entscheidende Thaten wird es ihr gelingen, das in den weitesten Kreisen des Volkes durch die Gesetzgebung der letzten Jahre schwer erschütterte Vertrauen wieder herzustellen. Hier liegt der Schwerpunkt des Kampfes; denn eine Reihe der für die wirtschaftliche und soziale Gestaltung unsers Staatslebens wichtigsten Entscheidungen wird der neue Reichstag zu treffen haben. Es ist ein Kampf für unsre Existenz, für unsre Arbeiter, für unsre Familien, für unser ganzes Vaterland, dem wir entgegengehen.

e.

Aufruf von Bankdirektoren.

15. Mai. 17 Berliner Bankdirektoren (Born, Fromberg, Gutmann, Hardt, Hecker u. s. w.) erlassen folgenden Aufruf:

Die unterzeichneten Mitglieder der Berliner Finanz-, Bank- und Börsenkreise sind zu der festen Ueberzeugung gelangt, daß die Verstärkung der Wehrkraft Deutschlands eine gebieterische, unabweisbare Notwendigkeit ist. Sie sind deshalb der Ansicht, daß es eine Pflicht der liberalen Parteien ist, eine solche Verständigung mit der Regierung herbeizuführen, die, unter thunlichster Berücksichtigung des wirtschaftlichen Bedürfnisses nach Abkürzung der Dienstzeit, die durch die Militärvorlage beabsichtigte Stärkung unsrer Wehrkraft in vollem Umfange sicherstellt. Der Wahlkampf wird große Opfer erfordern. Die Unterzeichneten ersuchen daher ihre Berufs- und Gesinnungsgenossen, Beiträge zu zeichnen, die das unterzeichnete Komitee zur Unterstützung der Wahl derjenigen liberalen Kandidaten aller Schattirungen verwenden wird, die die obigen Ansichten teilen und vertreten. Zur Annahme von Beiträgen ist jeder der Unterzeichneten bereit. Etwaige besondre Wünsche der Zeichner in Bezug auf die Zuweisung ihres Beitrages werden berücksichtigt werden.

f.

Aufruf der nationalliberalen Partei.

19. Mai. Der Zentralvorstand der Partei erläßt folgenden Wahlaufruf:

Deutsche Wähler! Der Reichstag ist aufgelöst. Wiederum wie im Jahre 1887 ist das deutsche Volk berufen, über die Erfordernisse der Sicherheit und Machtstellung des Reiches zu entscheiden. Mit schweren Opfern ist das Reich auf den blutigen Schlachtfeldern der Jahre 1870/71 erkämpft worden. Begründet und ausgebaut durch den unvergeßlichen Kaiser Wilhelm I. und die unvergleichliche Staatskunst des Fürsten Bismarck, ist es uns zur Erhaltung und Pflege überantwortet. Gegenüber der von Jahr zu Jahr wachsenden Heeresmacht Frankreichs und Rußlands mußten neue und große Anforderungen an die Opferwilligkeit der Nation gestellt werden. Nicht leichten Herzens sind die Vertreter unsrer Partei im Reichstag an die Beratung der Militärvorlage herangetreten. Ihrer ernsten Verantwortung eingedenk haben sie eine Verständigung über das notwendige Maß der Bewilligung angestrebt. Die Grundlage dafür war endlich mit Zustimmung der verbündeten Regierungen gewonnen. Unter dem Banne engherzigen Fraktionsgeistes fand sich jedoch aus den verschiedensten, nach ihren Grundanschauungen weit auseinanderstrebenden Parteien eine Mehrheit zusammen in der Verneinung. Diese Mehrheit hat den verhängnisvollen Streit heraufbeschworen. Sie hat neue Unsicherheit in unsre der Ruhe und Stetigkeit so dringend bedürfenden wirtschaftlichen Verhältnisse hereingetragen. Sie hat die gedeihliche Entwicklung unsers Verfassungslebens aufs schwerste gefährdet. Die großen, von den weitesten Kreisen des Volkes lange ersehnten Vorteile der geplanten Heeresreform sind damit wieder in Frage gestellt. Die zweijährige Dienstzeit sollte die persönliche Militärlast erleichtern, die vollkommenere Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, dieses ruhmreichen Erbteils der Freiheitskriege, sollte sie gerechter und gleicher verteilen. Im Falle des Krieges sollten die Jüngern die erste Schlachtlinie bilden, die Aelteren, die verheirateten Mannschaften, den zweiten Wall im Unabhängigkeitskampfe verteidigen. Die Vermehrung unsrer Streitkräfte sollte das Uebergewicht der großen Militärstaaten gegen uns wieder wett machen, unserm Kultur- und Wirtschaftsleben das unentbehrliche Gefühl der Sicherheit dauernd erhalten. *Das waren die Ziele der von der Reichstagsmehrheit abgelehnten Vorlage!* Gewiß, eine solche Reform erheischt bedeutende finanzielle Lasten. Aber es handelt sich um die Ehre und Machtstellung des Reiches, um wirksamere Bürgschaften für den europäischen Frieden, und wenn uns der Krieg aufgezwungen wird, für die Erringung des Sieges. Es handelt sich um den Schutz der ehrlichen Arbeit in allen Gewerben. Niemals haben wir es an uns fehlen lassen, wo diese höchsten nationalen Güter verteidigt werden mußten. *Bleiben wir unsrer Vergangenheit treu!* Deutschland inmitten zweier großen Militärstaaten soll frei sein, nach außen stark genug, um im Rahmen des Dreibundes als Friedenshort in Europa sich ferner zu bewähren. Große Aufgaben sind auch im Innern noch zu vollbringen. *Seit ihrer Entstehung hat unsre Partei* selbstlos, in voller Unabhängigkeit, besonnen und mit reichem Erfolg für die nationale Einheit, für verfassungsmäßige Freiheit, für verfassungsmäßiges Recht gestritten. Sie wird ihrer nationalen Pflichten ihrer liberalen Ziele, auch in dieser schweren Zeit eingedenk bleiben. Möge der gesunde Sinn des Volkes den unheilvollen Streit um die Sicherheit des Landes zu glücklicher Lösung bringen, damit unsre thätige Sorge sich der Kräftigung des Reichsgedankens, der Reform der Reichsfinanzen, der

Bewahrung und Festigung bürgerlicher Ordnung und Freiheit, der Versöhnung der Gegensätze, der Förderung des Wohles der weniger bemittelten Klassen dauernd und ungehindert zuwenden kann! Insbesondre gilt es, die durch die neuere wirtschaftliche Entwicklung vorzugsweise gefährdeten Mittelklassen in Stadt und Land zu stärken, dem Handwerker- und Kaufmannsstande wie der durch die wachsende auswärtige Konkurrenz bedrängten Landwirtschaft zu Hilfe zu kommen. Mit voller Entschlossenheit ist die revolutionäre Gefahr der Gegenwart, namentlich die gewissenlose Verführung der Arbeiter, zu bekämpfen. In diesem Kampfe müssen alle Freunde des innern Friedens fest zusammenstehen.

g.

Aufruf der freisinnigen Volkspartei.

7. Mai. Die bisherigen Reichstagsabgeordneten Richter und Payer erlassen folgenden Wahlaufruf:

Die Reichsregierung hat dem Reichstage die Annahme eines Gesetzes angesonnen, das eine Steigerung der Militärlasten in sich schließt, größer als in allen Vorlagen seit 1872 zusammengenommen. Der Reichstag prüfte, und seine Mehrheit fand, daß bei der Stärke unsers Heeres und unsrer Rüstung, bei der wirtschaftlichen Bedrängnis großer Volkskreise, bei den Fehlbeträgen im öffentlichen Haushalt, dem bedrohlichen Anwachsen der Steuerlast und der Reichsschuld die Annahme der Vorlage eine schwere Gefahr für die gedeihliche Entwicklung unsers Staats- und Erwerbslebens bedeutet. Diejenige Vermehrung der Kriegsstärke, die innerhalb der gegenwärtigen Friedenspräsenz durch die dauernde Einführung der zweijährigen Dienstzeit erreichbar ist, waren auch wir Gegner der Vorlage zu sichern bereit. Aber die Regierung bestand, ohne in einem wesentlichen Punkt nachzugeben, auf ihren hohen Forderungen; dazu sollte die zweijährige Dienstzeit nach fünf Jahren widerruflich sein. Nach Zurückweisung solcher Forderung ist der Reichstag aufgelöst worden. Neuwahlen sind zum 15. Juni ausgeschrieben. So hat die Wählerschaft nun selbst die Entscheidung zu treffen. Scharf und klar muß sie erkennen, worauf es ankommt, und den Blick sich nicht trüben lassen durch trügerische Vorspiegelungen, wie sie bei der Auflösung des Jahres 1887 mit Erfolg versucht worden sind. Geht aus den Wahlen eine gefügige Mehrheit hervor, so ist rücksichtsloser Steigerung der Militärlasten auch in andrer Richtung keine Grenze mehr gesetzt. Mit der fortgesetzten Erhöhung der Verbrauchsabgaben treibt die Finanznot des Reiches der Einführung von Monopolen entgegen. Die Neuwahlen gelten für die lange Dauer von fünf Jahren. Schroff in der Abweisung volkstümlicher Reformen, erweist sich die Regierung schwach gegenüber den Plänen des Rückschritts. Das Recht der Freizügigkeit, die Solidität der deutschen Währung, die Erweiterung des Absatzes im Auslande durch Handelsverträge sind bedroht. Der Bund der Sonderbestrebungen fordert Preisgabe allgemeiner Interessen und stärkt jene rückläufige Bewegung, die das schwer errungene Gefühl staatsbürgerlicher Gemeinschaft in den Gegensatz der Berufsstände aufzulösen strebt. Die Sucht, alle sozialen und wirtschaftlichen Uebelstände durch Straf- und Polizeigesetze zu heilen, droht neue Auswüchse zu zeitigen. Wird solchen Bestrebungen nachgegeben, so treibt die Furcht vor der unaufhaltsam wachsenden Unzufriedenheit alsbald wieder zum Erlaß von Ausnahmegesetzen, zur Verkümmerung der Preßfreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts. Schon wird im reaktionären Lager die Abschaffung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, dieses Grundpfeilers unsrer Reichsverfassung, mit dreister Stimme

gefordert. Deutschland steht an einem Wendepunkte seiner innern Entwicklung, und die deutschen Wähler haben zu entscheiden, ob es im Vaterlande vorwärts gehen soll oder rückwärts. Der Kampf wird kein leichter sein. Im Dienst unsrer politischen Grundsätze müssen wir gewappnet stehen wider die Gegner von rechts und links. Alle Bestrebungen, die staatsbürgerlichen Rechte eines Teils der Bevölkerung um der Abstammung, des Bekenntnisses und der politischen Ueberzeugung willen zu beeinträchtigen, werden in gleichem Maße zu bekämpfen sein wie die Irrlehren, die in der Beseitigung unsrer Gesellschaftsordnung das Heil der Zukunft erblicken. Als die Volksvertretung am 6. Mai ihre Entscheidung traf, war sie sich bewußt, dem Volke getreu zu sein. Wir vertrauen dem Volke, daß es seiner Vertretung am 15. Juni nicht untreu werden wird. Nach außen stark, soll das Reich im Innern ein Hort des freien Bürgertums sein. Es gilt, ohne Schwanken und ohne Halbheit vorwärts zu schreiten und das Banner des Gemeinwohls mit Thatkraft und Entschlossenheit zu entfalten. Im Auftrag: Eugen Richter. Friedrich Payer.

h.

Aufruf der freisinnigen Vereinigung.

19. Mai. Die aus der deutschfreisinnigen Partei ausgeschiednen Mitglieder erlassen folgenden Wahlaufruf:

Der Reichstag ist aufgelöst, weil sich die Volksvertretung mit der Reichsregierung nicht über das Maß der Heeresverstärkung und nicht über die gesetzliche Sicherstellung der zweijährigen Dienstzeit zu einigen vermocht hat. Bedauerlicherweise unterliegt einem leidenschaftlichen Wahlkampf die Entscheidung darüber, wie stark die Rüstung Deutschlands sein soll, um die Grenzen und die Ehre unsers Vaterlands und den Frieden Europas zu sichern. Ueber das Ziel sind alle Parteien mit der Regierung einig, und über die Mittel zur Erreichung jenes Zieles hätte ebenfalls eine Einigung gewonnen werden können, wenn die Regierung ein genügendes Verständnis für die Stimmung des Volks besessen hätte. Eine Volksvertretung, die mehr sein will als ein Scheinparlament, muß gerade in Fragen der militärischen Belastung, die so tief in alle bürgerlichen Verhältnisse eingreifen, den Anspruch auf volle Berücksichtigung gerechter Forderungen der Nation erheben. Zu diesen gehört vor allem die dauernde, gesetzmäßige Festlegung der zweijährigen Dienstzeit. Die Zugeständnisse der Regierung waren aber darum ungenügend, weil sie die Möglichkeit offen ließen, die zweijähige Dienstzeit nach fünf Jahren wieder zu beseitigen. Andrerseits stellte die geforderte Heeresverstärkung eine so außergewöhnliche Erhöhung der Volkslasten dar, daß deren Uebernahme ohne die gefestigte Ueberzeugung ihrer Notwendigkeit keinem gewissenhaften Volksvertreter zuzumuten ist. Jetzt liegt es in der Hand der Wähler, solche Vertreter in das Parlament zu senden, die unter freier Prüfung über das militärisch und politisch durchaus Notwendige an dem Standpunkt festhalten, daß das Volk nicht nur die Lasten und Kosten des Heeresdienstes zu tragen hat, sondern berufen ist, auch über deren Höhe ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Wir sind der Ansicht, daß bei Uebernahme neuer großer Militärlasten die dauernde gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit eine gerechte und dem Volke nicht zu verweigernde Forderung ist. Für das Maß der Heeresverstärkung muß ferner entscheidend ins Gewicht fallen, wie die Kostendeckung erfolgen soll. Wir lehnen es ab, die Kosten auf die Schultern der ärmern Klassen zu legen, die seit 1879 immer in erster Linie nicht nur zur Deckung von Reichsausgaben, sondern auch zur

Unterstützung privilegirter Produzenten in der Form von Schutzzöllen, Ausfuhrprämien und Liebesgaben herangezogen sind. Die Abstimmung einzelner Mitglieder der deutsch-freisinnigen Partei über die Militärvorlage hat zu einer Lösung des Fraktionsverbandes geführt. Wir sind zu dieser Trennung gedrängt worden, weil wir nicht gewillt waren, uns von langjährigen treuen Mitkämpfern zu scheiden, deren Uebereinstimmung mit ihren Kollegen in allen übrigen politischen Fragen keinem Zweifel unterliegt. Diese Meinungsverschiedenheit über das Maß der politischen Duldsamkeit, das innerhalb eines Fraktionsverbandes herrschen soll, hindert aber nicht, daß beide getrennte Teile nach wie vor auf dem unveränderten freisinnigen Parteiprogram verharren, in dem eine breite Unterlage für ein politisches Zusammenwirken gegeben ist. Nachdem sich die Trennung einmal vollzogen hat, wird es sich darum handeln, die gemeinsame freisinnige Sache vor weiterer Schädigung zu bewahren. Wir richten deshalb an alle Parteifreunde die dringende Aufforderung, im Wahlkampfe nicht zu vergessen, daß uns gemeinsame freisinnige Grundsätze verbinden. Für diese Grundsätze wird die „Freisinnige Vereinigung" mit allen Kräften eintreten. Wir verfechten eine Handels- und Wirtschaftspolitik, die den täglichen Lebensunterhalt der großen Massen vor Verteuerung schützen will. Wir wollen unser gesamtes wirtschaftliches Leben vor schweren Erschütterungen bewahren, indem wir dem verderblichen Streben nach Einführung der Doppelwährung entgegentreten. Wir wollen durch eine Fortführung der Politik der Handelsverträge unsre friedlichen Beziehungen zum Auslande befestigen und dem gesamten wirtschaftlichen Leben durch Erschließung neuer Märkte einen neuen Aufschwung geben. Wir wollen dem neidischen und kleinlichen Geist polizeilicher Bevormundung entgegentreten, der mit unberechtigtem Mißtrauen dem Handel und Wandel enge Fesseln anzulegen sucht. Dieser Wahlkampf bringt aber voraussichtlich auch die Entscheidung darüber, ob die Grundlage unsers gesamten politischen Lebens unangetastet bleiben soll. Ganz unzweideutig haben die Konservativen es ausgesprochen, daß sie eine Beseitigung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts anstreben. Alles werden wir daher einzusetzen haben, um von unsrer politischen Freiheit diese schwerste Schädigung abzuwehren, die von einer gesunden Bethätigung am öffentlichen Leben insbesondre die Arbeiter abdrängen würde, deren politische Rechte in ihrem eignen wie im allgemeinen Interesse unverkürzt erhalten bleiben müssen. Je tiefer das deutsche Volk durch eine demagogisch betriebene engherzige Interessenpolitik und durch die antisemitische Bedrohung der Rechtsgleichheit zerklüftet ist, um so nötiger erscheint die Verwirklichung unsrer Grundsätze. Dem deutschen Bürgertum, das nicht ohne eigne Schuld einen so unverhältnismäßig geringen Einfluß auf die Entwicklung unsers öffentlichen Lebens ausübt, erwächst die Verpflichtung, politisch und wirtschaftlich freien Anschauungen einen breitern Boden zu gewinnen. Nur der von aller Engherzigkeit freie Liberalismus kann das deutsche Reich vor einer verhängnisvollen Entwicklung schützen und dem Freisinn jenen gesetzgeberischen Einfluß erobern, ohne den Deutschland seine Kulturaufgaben nicht zu erfüllen vermag. Im Auftrage: Bamberger. Barth. Schrader.

i.

Wahlaufruf der Zentrumspartei.

24. Mai. Der „Vorstand der Zentrumsfraktion im deutschen Reichstage" (Graf v. Hompesch, Graf v. Preysing, v. Buol, Brüel, Dieden, Fritzen, Gröber, Heereman v. Zuydwick, Lieber, Reindl,

Schädler) erläßt einen Wahlaufruf von außerordentlich großem Umfange. Bezüglich der Militärvorlage heißt es darin:

Die Umwandlung des Reichs in einen Militärstaat, ein stehendes Heerlager bereits in Friedenszeiten; die dauernde Heranziehung des letzten halbwegs waffenfähigen Mannes, die bleibende übermäßige Belastung des notleidenden Nährstandes für den Wehrstand bis zur Erschöpfung vor dem Krieg: das ists, worum der nun entfachte Kampf geht. So nach wie vor sind wir bereit, für Heer und Flotte alles, was zur Wehrhaftigkeit des Reiches erforderlich ist, zu bewilligen. Allein wir fordern auch die volle freie Mitbestimmung der Volksvertretung darüber, was zu dem Zweck in Wahrheit nötig ist, wie die Verfassung sie gewährleistet. So nach wie vor halten wir ein starkes, schlagfertiges Landheer und eine ausreichende Seemacht in der gegenwärtigen Zeit und angesichts der Lage Deutschlands in Europa für unentbehrlich. Allein wir können unser Auge nicht vor der gleich wichtigen Notwendigkeit verschließen, die finanziellen und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Reiches, der Einzelstaaten und des Volks, die zur Zeit in einem durchaus unbefriedigenden Zustande sich befinden, dabei aufs sorgfältigste zu schonen und zu pflegen. So nach wie vor achten wir die Bestimmungen der Verfassung heilig, daß jeder Deutsche wehrpflichtig. Allein nicht minder unbeugsam bekennen wir uns zu den unter Zustimmung der verbündeten Regierungen von nahezu dem ganzen Reichstag erst vor drei Jahren angenommenen Resolutionen Windthorst, nach deren erster die wirkliche Heranziehung aller wehrfähigen Mannschaften zum aktiven Dienst dem deutschen Reich und Volk geradezu unerschwingliche Lasten auferlegen würde. So nach wie vor erachten wir die Einführung der gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit bei den gesamten Fußtruppen für wünschenswert und durchführbar und werden gern bewilligen, wie wir dies auch jetzt gewollt, was dazu innerhalb der gegenwärtigen Friedenspräsenzstärke an Erhöhung des Rekrutenkontingents, an Durchschnittsstärke und vermehrtem Ausbildungspersonal nötig ist. Allein wir halten daran fest, daß — insbesondre nach der durch uns errungnen Dispositionsurlaubervermehrung von 1890/— die zweijährige Dienstzeit für Ausgleichsmaßnahmen zu teuer ist, die eine Erhöhung des Personenbedarfs um sechzigtausend Mann, des dauernden Geldaufwandes um jährlich vierzig, des einmaligen um zweiunddreißig Millionen Mark bedeuten und mit denen weitere Forderungen an Geld und Mannschaften in Höhe von jährlich zwanzig und einmalig fünfunddreißig Millionen Mark und 23000 Mann verquickt werden. Am allerwenigsten konnten und können wir dem Ausgangspunkt und Ziel der jüngsten Vorlage der verbündeten Regierungen und der von diesen gutgeheißenen Abänderungsanträge zustimmen, dem Grundsatze der vollen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, wenn auch bei Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen. Hier schieden und hier scheiden sich die Wege. Wir mußten Vorschlägen die Zustimmung versagen, welche die mit der schließlichen Verwirklichung der allgemeinen Wehrpflicht verknüpfte, auf die Dauer unerträgliche Belastung des Volkes notwendig zur Folge hatten und auf die obwaltenden hochbedenklichen wirtschaftlichen und Sozialzustände unsers Landes keine Rücksicht nahmen.

Dann folgen Ausführungen darüber, daß das Zentrum der berufene Schützer der Verfassung und der Gewissensfreiheit und vieler andrer Interessen sei. Weiterhin wird schleunigste Aufhebung des Jesuitengesetzes verlangt; der betreffende Zentrumsantrag werde alsbald wieder eingebracht und keiner politischen Lage zuliebe mehr außer Verhandlung gesetzt werden. Der Wahlaufruf preist weiter

die Verdienste des Zentrums in der Sozialgesetzgebung. Mit Bezug auf die Handelsverträge heißt es: „in dem erhebenden Bewußtsein der Hilfe des Zentrums zum Abschluß der Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn und Italien, »der besten vaterländischen That des neuen Kurses« ließen die Anklagen auf Mangel aufrichtiger Vaterlandsliebe das Zentrum vollständig kalt; für künftige Verträge aber sollten die Interessen der Landwirtschaft, des Groß- und Kleingewerbes maßgebend sein."

k.

Aufruf der deutsch-hannoverschen Partei.

17. Mai. Das „Direktorium" erläßt folgenden Wahlaufruf:

Hannoveraner!

Der Reichstag ist aufgelöst. Die Mehrheit des Hauses, darunter unsre Abgeordneten, wollte die unerschwinglichen Mehrforderungen der Regierung nicht bewilligen. Wohl waren dieselben bereit, in Uebereinstimmung mit dem Wunsche des Volkes für die Durchführung der zweijährigen Dienstzeit einzutreten, nicht aber, dieselbe mit einer Mehrbelastung von ca. 70000 Mann und 55 Millionen Mark jährlich zu erkaufen. Dem unseligen Wettstreit um die größte Armee in Europa muß Halt geboten werden. Dieser Wettstreit — nach Moltke die notwendige Konsequenz des Jahres 1866 — hat uns im Laufe von zwei Jahrzehnten 2000 Millionen Schulden gebracht, Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe an den Rand des Abgrundes geführt. Wer auf diesem Wege weitergehen will, der wähle Nationalliberale oder andre zum Jasagen stets Bereite. Diesen Weg gehen die Deutsch-Hannoveraner nicht mit! Unsre Partei, unsre Abgeordneten sind, getreu den seit siebenundzwanzig Jahren verteidigten Grundsätzen, auch jetzt wieder einstimmig gewesen in der Bekämpfung des Militarismus und der Nützlichkeitspolitik, in der Verteidigung der idealen Güter des Volkes. Recht ist die Grundlage der Reiche, deshalb will die deutsch-hannoversche Partei kämpfen für das Recht auf jedem Gebiete: wir wollen erhalten Gottes Gebote und christliche Sitte, verteidigen die selbständige Erhaltung und Entwicklung der deutschen Stämme unter ihren angestammten Fürstenhäusern, lehnen ab alle Ausnahmegesetze, halten fest an dem allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrecht. Der Wahlkampf beginnt. Schon versuchen die Gegner wieder in gewissenloser — wenn auch in weniger geschickter Weise wie 1887 — die Kriegsfurcht als Wahlpeitsche zu benutzen. Soll der Erfolg wieder ein Kartellreichstag sein? Hannoveraner! Laßt euch nicht einschüchtern! Die Wahl ist frei; sie auszuüben ist unser Recht und unsre unabweisbare Pflicht. Treten wir ein in den Wahlkampf unter unsrer unbefleckten Fahne, in treuer Liebe zu unserm hannoverschen Vaterland und seinem angestammten Fürstenhause, und wir werden siegen mit dem alten bewährten Schlachtenrufe: Für Wahrheit, Freiheit und Recht!

Das Direktorium des Hannoverschen Wahlvereins.
Graf von der Decken-Ringelheim.

l.

Aufruf der deutsch-mecklenburgischen Rechtspartei.

Zur Kennzeichnung unsrer politischen Stellung wollen wir heute nur daran erinnern, daß wir als Rechtspartei die Bestimmung und Beherrschung

des ganzen öffentlichen Lebens durch Recht und Gerechtigkeit verlangen, deshalb alles bestehende Recht als solches achten und anerkennen und jeden Rechtsbruch, mag er von oben oder von unten kommen, als revolutionär verwerfen und bekämpfen. Diesem Standpunkte entspricht es, daß unsre Partei die deutsche Reichsverfassung als geltendes Recht anerkennt, jedoch eine Abänderung derselben in wichtigen Punkten, und zwar im Gegensatze zu der mit ihrer Entstehungsgeschichte zusammenhängenden preußisch-zentralisirenden Strömung, eine Abänderung in *föderativer* Richtung, zur Stärkung und Erhaltung der Selbständigkeit und lebensfähigen Entwicklung der deutschen Stämme und Staaten unter ihren angestammten Fürstenhäusern erstrebt. Unsre Gegner pflegen diese Gesinnung verächtlich als eine *partikularistische* oder gar *undeutsche* zu bezeichnen. Wer die deutsche Geschichte kennt, wer den Unterschied preußischen und deutschen Wesens versteht, auch Gerechtigkeit und Wahrheit höher achtet als äußere Machtstellung, läßt sich durch solche Phrasen nicht beirren. Aber auch dem einfachsten Verständnisse leuchtet ein, daß das auf die völkerrechtlichen Verträge von 1815 gebaute Deutschland, das mit seinen bescheidnen Wehrkräften uns fünfzig Jahre ungestörten Friedens erhalten hat, gegen das Ausland besser gesichert war, als das nach der Zerreißung jener Verträge auf Macht und Gewalt begründete heutige deutsche Reich mit seiner riesenhaften Rüstung, welche gleichwohl nach den Versicherungen des Reichskanzlers noch nicht ausreichen soll, um unser Vaterland vor den äußersten Gefahren zu schützen. Und welche Opfer hat doch schon diese Rüstung verschlungen! Nachdem das Reich die französischen Milliarden zum größten Teil militärischen Zwecken geopfert, sodann noch fast 2000 Millionen Mark neue Schulden größtenteils für dieselben Zwecke gemacht und durch seine dieser Finanzwirtschaft entsprechende kapitalistische Gesetzgebung und Politik unsre Landwirtschaft und unsern Handwerkerstand in eine Lage geführt hat, deren drohende Gefahren viele Landwirte und Handwerker jetzt mit Schrecken erkennen, wird von uns die Wahl eines Reichstags gefordert, der allen neuen militärischen Forderungen der Reichsregierung zustimmen und zunächst eine abermalige Mehrbelastung des Volkes um jährlich 70000 Soldaten und 55 Millionen Mark Steuern bewilligen soll. Und wie seit Jahren schon kaum ein Reichstag vergangen ist, der nicht große neue Forderungen für Heer und Flotte oder für beide gebracht hätte, so liegen schon jetzt Anzeichen vor, daß nach Bewilligung der jetzigen Militärvorlage bald bedeutende neue Forderungen sowohl für das Heer als für die Kriegsflotte folgen werden. Der Reichskanzler hat den Grundsatz aufgestellt, Deutschland müßte seinen Nachbarn in dem Maße überlegen sein, daß es den Krieg angriffsweise auf feindlichem Boden führen könne. Es kann nicht überraschen, wenn hiernach unsre auswärtigen Gegner ihre Rüstungen wiederum in solchem Maße steigern werden, daß sie imstande seien, der Gefahr solcher Angriffe zu begegnen, einer Gefahr, die sie nach den neuesten Enthüllungen über die Entstehung der Kriege von 1866 und 1870, trotz aller friedlichen Absichten der Machthaber, als eine sehr ernste ansehen dürften. Auf diese Weise aber werden in unfehlbarer Wechselwirkung die gegenseitigen Rüstungen bis zu einer Höhe hinaufgeschroben, die schließlich durch ihre Unerträglichkeit den Ausbruch des ungeheuern europäischen Krieges notwendig herbeiführen muß. *Es ist klar, daß diese Politik eine unheilvolle ist* u. s. w.

m.

Aufruf der sozialdemokratischen Partei.

7. Mai. Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten erlassen folgenden Wahlaufruf:

Die Würfel sind gefallen. Wochen- und monatelang haben die herrschenden Parteien hinter den Coulissen ihr Interessenspiel getrieben. Die Furcht vor den Wählern hat schließlich die Mehrheit der Bourgeoisvertreter verhindert, der Militärvorlage zuzustimmen, die die auf den Schultern des arbeitenden Volkes lastenden Gut- und Blutsteuern ins Unerträgliche zu steigern drohte. Mit 210 gegen 162 Stimmen wurde in namentlicher Abstimmung der Kompromißantrag Huene abgelehnt; und damit war auch die ganze Regierungsvorlage zu Falle gebracht. Die Antwort der Regierung war die sofortige Auflösung des Reichstags. Und diese Antwort richtet sich unmittelbar gegen das Volk, dessen Willen der Reichstag nur gezwungen Ausdruck gab. An euch, Parteigenossen, Wähler, ist es nun, dem Willen der Regierung euern Willen, den Volkswillen entgegenzusetzen. Die Parteivertreter sind in diesem Kampfe unserm Programm und ihrem, den Wählern gegebnen Versprechen treu geblieben. Alle waren zur Stelle, Mann für Mann haben wir in namentlicher Abstimmung die Militärvorlage verworfen. Wir treten in die Reihen der kämpfenden Genossen in dem Bewußtsein zurück, unsre Pflicht gegen die Partei, gegen die arbeitende Klasse, gegen unsre Wähler erfüllt zu haben. Ernst wird der Kampf sein, den durchzukämpfen wir alle berufen sind. Nicht um die Militärvorlage allein wird es in dem neuen Reichstage sich handeln, sondern — darüber müssen wir uns klar sein — die Grundrechte des Volkes, vor allem das allgemeine Wahlrecht, sind in Gefahr. Das herrschende System, die Interessen der Besitzenden drängen nach ihrer Beseitigung. Parteigenossen! Wähler! Wir sind fest davon überzeugt, daß ihr mit ganzer Kraft in den Kampf eintreten werdet; wir fordern euch daher auf, ungesäumt die letzte Hand an die Organisation des Wahlkampfes zu legen und namentlich auch dafür zu sorgen, daß die für diesen Kampf erforderlichen Mittel in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Parteigenossen! Wähler! Auf zum Kampf! Und da jeder von euch seine Pflicht thun wird, so können wir stolzen Mutes rufen: Auf zum Siege! Hoch die Sozialdemokratie!

n.

Aufruf des „Evangelischen Bundes."

Der Zentralvorstand des Bundes richtet einen Aufruf an die evangelischen Volksgenossen, in dem es heißt:

Die soeben eingetretene vaterländische Krisis ist unter Umständen erfolgt, die auch dem Vorstande des Evangelischen Bundes die Pflicht auferlegen, sich im Namen seiner Mitglieder mit einem Wort des Zeugnisses und der Mahnung an alle evangelischen Volksgenossen zu wenden. Wir deutschen Protestanten bilden als solche keine politische Partei, wollen und sollen es auch nicht. Auf dem Grunde des evangelischen Bekenntnisses sind mancherlei politische Parteistellungen möglich, und insonderheit der Evangelische Bund ist verpflichtet, sich außerhalb dieser Gegensätze zu halten. Aber eine Parteistellung schließt das evangelische Bekenntnis aus: das ist die der Vaterlandslosigkeit, — das ist die Erhebung des Parteistandpunktes über das Gemeinwohl. Und eben dieser Gegensatz von Vaterlandsliebe und Vaterlandslosigkeit, von christlicher Bürgerpflicht und Parteiegoismus ist in den jüngsten Tagen klarer hervorgetreten als je zuvor. Unsre neueste deutsche Geschichte hat die Bildung einer Partei ermöglicht, welche neben und über der vaterländischen Obrigkeit einen in die politischen Verhältnisse tief hinein regierenden Souverän in Rom anerkennt und die Machtfortschritte einer auf Weltherrschaft ausgehenden, weltlich gearteten Kirche über des Vaterlandes Wohl und Wehe stellt.

Unsre Regierungen, obwohl meist selbst protestantisch und an der Spitze eines weit überwiegend protestantischen Volkes stehend, haben jene Partei durch fortgesetzte Nachgiebigkeit gegen ihre Ansprüche selbst großziehen helfen in der trügerischen Hoffnung, an ihr eine Stütze für die äußere Politik und eine Bundesgenossin gegen innere Feinde zu gewinnen. Die Zerreißung dieser Illusion ist die große segensreiche Bedeutung des eingetretenen kritischen Augenblicks. Der Zentrumsführer Lieber hat vor nicht langer Zeit die trotz der von ihm versuchten Abschwächung ihrem Sinne nach durchaus beglaubigte Erklärung abgegeben, die Militärvorlage der Regierung sei, auch wenn begründet und berechtigt, nicht so wichtig, als der Fortbestand der Zentrumspartei, d. h. die Partei ist höher gestellt, als die Sicherheit des Vaterlandes gegen äußere Feinde. Das war nicht eine individuelle Aeußerung einer gereizten Parteileidenschaft, das war — wie die entsprechende Handlungsweise der Partei mit wenigen ehrenvollen Ausnahmen bestätigte — das unveräußerliche ultramontane Prinzip, die Interessen der päpstlichen Herrschaft über das Wohl und Wehe der Staaten zu setzen. Dieses mit der pflichtmäßigen Aufgabe unsrer Reichsregierung unverträgliche Prinzip ist, da es nunmehr vom Zentrum anerkannt ist, ferner nicht mehr zu leugnen oder zu verkennen. Dem gegenüber bezeugen wir, daß der evangelische Protestantismus zum Vaterlande grundsätzlich anders steht. Unser evangelisches Bekenntnis giebt uns nicht nur die volle Freiheit, sondern macht es uns zur Pflicht, unser irdisches Vaterland rückhaltlos zu lieben und die Sorge für sein Wohl durch kein Parteiinteresse einschränken zu lassen. Der Ultramontanismus ist außer stande, dem Worte des Herrn gerecht zu werden: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist," weil er Gott mit dem Papst verwechselt und so dem einen irdischen Herrscher, dem Kaiser, einen andern irdischen Herrscher mit dem Anspruch gegenüberstellt, daß des Kaisers Recht dem des Papstes und die Interessen des Vaterlandes denen des päpstlichen Weltreiches weichen müssen. Uns Protestanten dagegen ist der Staat ebenso eine Gottesordnung, wie die Kirche, und wir dürfen niemals die Zwecke der einen Gottesordnung mit der Schädigung der andern erkaufen. Diesen Standpunkt hat schon Luther mit Wort und That vertreten, indem er einerseits die deutschen Interessen der römischen Tyrannei gegenüber vertrat, andrerseits aber dem Kaiser, obwohl derselbe römisch und ihm feindlich war, stets Gehorsam und Ehre erwiesen hat. Um dieser unsrer in unserm Glauben begründeten Anschauungen willen wissen wir Protestanten uns als die sicherste moralische Stütze des Staates. An dieses Zeugnis schließen wir eine herzliche Mahnung an unsre evangelischen Volksgenossen. Es läßt sich nicht verkennen, daß durch deren Kreise eine tiefe Verstimmung gegen die Leitung unsrer öffentlichen Angelegenheiten hindurchgeht. Die Klagen über fortgesetzte Begünstigung der römischen Hierarchie, über Zuvorkommenheit gegen römische Ansprüche, über mangelhaften Schutz unsrer evangelischen Interessen seitens mancher Regierungen bilden ja gerade eine bedeutende Veranlassung zu jener Mißstimmung. Aber, das ist unsre treugemeinte Mahnung, keine solche Erfahrungen dürfen uns evangelische Christen auf die Wege trotziger Verneinung oder verdrossener Zurückhaltung den staatlichen Interessen gegenüber treiben. Jetzt gerade gilt es zu zeigen, wie groß der Unterschied zwischen den Römischen und Evangelischen in ihrer Stellung zum Staat ist, wie wenig wir, um den auf ultramontaner Seite gefallnen Ausdruck zu gebrauchen, jemals unsre Regierung um unsrer Meinung nach irriger Wege willen durch prinzipielle Opposition „strafen" wollen. Ueber die jetzt unser Vaterland aufregende Militärvorlage haben wir nach ihrer technischen Seite nicht zu urteilen, aber darüber dürfen wir Evangelischen keinen Zweifel lassen, daß wir die Interessen unsers Vaterlandes hoch über alle Parteidifferenzen

stellen und in deren Verteidigung uns mit unsrer Regierung völlig eins wissen. Als vor sechs Jahren unser Vaterland — in der Septennatsfrage — vor eine ähnliche Entscheidung gestellt war, da hat unsre Reichsregierung den verhängnisvollen Schritt gethan, den römischen Papst um moralische Unterstützung, also um Einmischung in innere deutsche Angelegenheiten anzurufen. Diese Unterstützung, obwohl formell gewährt, hat bei den Parteigängern des Papsttums damals nichts gefruchtet, wohl aber hat die treue Reichsgesinnung protestantischer Wahlkreise den Ausschlag zu Gunsten der Regierung gegeben. So wird, des sind wir sicher, auch in der nun bevorstehenden Entscheidung die Regierung die Erfahrung machen, daß sie in der evangelischen Bevölkerung eine unentwegt treue Stütze für alle Bemühungen um des Vaterlandes Wohl hat, und diese Erfahrung wird dann, so hoffen wir, auch eine heilsame Wendung zur Genesung von unsern innern Wirren hervorbringen. Das walte Gott!

o.

Französischer Wahlaufruf für Elsaß-Lothringen.

Ende Mai. Von Frankreich aus wird im Reichslande folgender Aufruf verbreitet:

Stimmt ihr für Protestler, für Priester oder für Sozialisten, so stimmt ihr gegen das preußische Militärgesetz, gegen alle Ungerechtigkeiten, die ihr seit zweiundzwanzig Jahren der Regierung der Deutschen zu verdanken habt, und für eure verschwundne Freiheit; ihr stimmt auch gegen die rohen Diktaturparagraphen, die euch euerm unbarmherzigsten Feinde überliefert haben, gegen das Erwürgen der Preßfreiheit, gegen den Paßzwang, die verhaßte deutsche Wehrpflicht, die Unterdrückung der französischen Sprache, die Abschaffung der Turnvereine und Versicherungsgesellschaften, gegen die lästigen Berufsbürgermeister, das Verfahren einer wilden Polizei und ganz besonders gegen die Annexion! Schreitet alle zu den Wahlurnen! Keine Abstehung! Sollte euer Gewissen euch nicht erlauben, für diesen oder jenen Kandidaten zu stimmen, so wählt mit weißen Zetteln. Nochmals, keine Abstehung! Es gilt für Frankreich, für Elsaß und Lothringen!

2.

Die Wahlbewegung bis zum 15. Juni.

a.

Die Parteien über die Ansprache des Kaisers an die Generale.

10. Mai. Zu der Ansprache, die der Kaiser am 9. Mai nach einer Parade auf dem Tempelhofer Felde bei Berlin an Generale gehalten hat, bemerkt die „Freisinnige Zeitung“:

Die Preßfreiheit in Deutschland ist nicht derartig geartet, um die vorstehenden kritischen Aeußerungen des Kaisers über den Reichstag vor den Generalen einer öffentlichen Kritik unterziehen zu können. Wir beschränken

uns daher auf die thatsächliche Bemerkung, daß unsers Wissens nirgends bei den Reichstagsdebatten über die Militärvorlage „leidenschaftliche Worte gefallen sind, die unter gebildeten Männern ungern gehört werden.“ Die Betonung der Hoffnung einer „unbedingten Annahme“ der Militärvorlage ist schwer zu vereinbaren mit der Zustimmung des Reichskanzlers zu den Abstrichen und Abänderungen in dem Antrag Huene. Aehnliche Kritiken über die Volksvertretung auf Paraden sind unsers Wissens zuletzt unter Friedrich Wilhelm IV. in Preußen vorgekommen.

Die „Vossische Zeitung“ läßt sich über die Ansprache also aus:

Der Kaiser hat persönlich in den Wahlkampf eingegriffen. Er hat die „Minorität patriotisch gesinnter Männer“ der Majorität gegenübergestellt, der er die der Minorität zugestandne Anerkennung ihrer patriotischen Gesinnung versagt. Die Person des Kaisers, die verfassungsmäßig über den Parteien steht, wird dadurch in den Parteikampf hineingezogen werden, denn es wird erwartet werden dürfen, daß jene Minorität in dem Wahlkampfe die ihr allein von höchster Stelle zuerkannte Anerkennung patriotischer Gesinnung als wohlverdientes Schlagwort ausnutzen wird. . . . Die Antwort auf die kaiserliche Rede läßt sich nicht heute geben; sie wird das deutsche Volk am 15. Juni zu geben haben.

„Die Kölnische Zeitung“ sagt, die Ansprache komme durchaus zur rechten Zeit, denn die Radikalen und die Ultramontanen möchten die Lage so darstellen, als ob der Kaiser eigentlich nur mit geringem Nachdruck für die Vorlage eintrete, sich gewissermaßen die Hände in Unschuld wasche, die Verantwortlichkeit aber dem Kanzler überlasse.

Die „Germania“ äußert sich also:

Ist das nun wirklich der Wortlaut der kaiserlichen Rede? Ist wirklich so über die politische Seite der Militärvorlage, über Reichstag und Volk und dergl. vom Kaiser zu Militärs gesprochen worden? Das wäre in mehrfacher Beziehung auffallend! Aber die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hat, so weit an ihr liegt, den vollen Schein erweckt, daß es sich um eine authentische Mitteilung handle. Aber es bleiben doch noch verschiedne Fragen, z. B.: Wenn es sich um den authentischen Wortlaut handelt, warum ist zur Veröffentlichung nicht der Reichsanzeiger gewählt worden? Ferner: Hat Graf Caprivi den Wortlaut vorher gekannt, hat er seinerseits die Publikation gebilligt, veranlaßt u. dergl.? Die zweimalige Verwertung des Wortes „patriotisch“ in diesem Zusammenhange weisen wir, sie mag stammen, von wem sie will, hiermit ganz bestimmt zurück.

Das „Berliner Tageblatt“ glaubt aus der Ansprache entnehmen zu müssen, daß der Kaiser über die betreffenden Vorgänge im Reichstag nicht genügend in Kenntnis gesetzt sei; leidenschaftliche Worte seien hier bei Beratung der Militärvorlage nicht gefallen. Aehnlich spricht sich die „Frankfurter Zeitung“ aus; sie bemerkt ferner, die ganze Bewegung habe bisher einen tiefernsten, leidenschaftslosen Charakter getragen. Die „Allgemeine Zeitung“ sagt, es sei gut, daß die anfangs beabsichtigt gewesene kaiserliche Botschaft an den Reichstag unterblieben sei, denn sie hätte doch nichts mehr nützen können; der gesunde Sinn der Nation werde es aber selbstverständlich finden, daß der Kaiser seinem Bedauern öffentlich Aus-

druck verliehen habe. Die Münchner „Neusten Nachrichten" fürchten, daß die Ansprache nicht die beabsichtigte, sondern die gegenteilige Wirkung haben werde. Der Sache sei damit „schwerlich genützt, wohl aber vielleicht geschadet worden."

Das Organ der bayrischen Zentrumspartei schreibt:

Der Kaiser befindet sich in einer Täuschung. Er wird nach den Reichstagswahlen finden, daß das deutsche Volk durch die Militärvorlage aufs ärgste beunruhigt ist und von weitern Militärlasten nichts wissen will. Diese Militärvorlage bekommt keine Mehrheit im Reichstage. Und wenn der Kaiser versichert, daß er alles an die Erreichung der Vorlage setzen werde, so wird das Volk doch einwenden, daß diese Vorlage verschiedne Stadien durchgemacht, die keineswegs für die unbedingte Autorität derselben sprechen. Die Worte des Kaisers, so gut sie gemeint sind, werden das Volk nicht umzustimmen vermögen.

b.

Aussprüche von Bundesfürsten.

10. Mai. Großherzog Ernst Ludwig von Hessen-Darmstadt sagt in der Thronrede, mit der er den Landtag schließt:

Leider sind in dem Augenblick, in dem ich Sie verabschiede, die Verhältnisse in unserm Gesamtvaterlande hochernste geworden. Entsprechend den Gesinnungen gegen Kaiser und Reich, die ich in meiner Verkündigung vom 13. März vorigen Jahres zum Ausspruch gebracht habe, kann ich einen in den jüngsten Tagen von der Gesamtvertretung des deutschen Volks gefaßten verhängnisvollen Mehrheitsbeschluß nur auf das tiefste beklagen. Ich erhoffe aber von dem oft bewährten gesunden Sinne meines hessischen Volks, daß es an seinem Teile in den durch jenen Beschluß hervorgerufenen Wirren die richtige Lösung finden wird.

14. Mai. Beim 20jährigen Jubiläum des Heidelberger Militärvereins, an dem 30 Vereine des Gauverbands teilnehmen, hält Großherzog Friedrich von Baden eine Ansprache, in der er sagt:

Sie alle haben das militärische Leben durchgemacht, haben kennen gelernt, welch praktische Schule das ist, welche Kraftentwicklung für jeden Einzelnen daraus entsteht, und daß, wenn die militärischen Aufgaben richtig erfaßt werden, der Einzelne eine Erziehung durchlebt, die durch das ganze Leben und für alle Lebensberufe vorbildlich sind. Nichts kann dabei mehr erreicht werden, als diejenigen Eigenschaften, durch die Großes und Dauerndes erreicht werden kann: Selbständigkeit, Hingebung und Treue. Sie alle haben diese Erfahrung gemacht, und sehr viele von Ihnen haben den großen Krieg mitgemacht, die schönste und dauerhafteste Lebensschule, die man sich denken kann, denn da lernt man erst, was es heißt, sich hingeben, Hingebung an das Ganze zu üben und dadurch eine Kraft zu entwickeln, die sich dahin ausdrückt: nicht Viele, aber Gute. Mit der Güte erreicht man bei weitem mehr als mit der Zahl. Jedes einzelne Individuum muß einstehen können mit der ganzen Kraft und Ausdauer, die lebendig ist, und die Sie alle im Kriege kennen gelernt haben, die notwendig ist, um das durchzuführen, was einen aufregen kann. Diese ganze militärische Lebensschule ist von großer Bedeutung für die jüngere Generation. Da liegt die Grundlage für

unsre Zukunft. Trachten Sie alle darnach, daß die Jugend es erkennen lerne, was es heißt, dem Heere anzugehören. Nicht nur, daß es eine Ehre ist, daß es eine Pflicht ist, nein: es ist ein Vorzug, ein sehr großer Vorzug, der aber erkannt werden muß. . . . Es wird zu wenig verstanden, was es heißt, dem Heere anzugehören, weil zuviel nach der Person getrachtet wird. Es ist der Egoismus an der Tagesordnung statt der Selbstlosigkeit, und der Egoismus hat deshalb zugenommen, weil die Begehrlichkeit zunimmt. Hüten wir uns davor, seien wir nüchtern, bescheiden, und trachten wir mit dem auszukommen, was wir haben. Das sind die Grundlagen jeder christlichen Ordnung, und ohne die giebt es keine frohe Zukunft. Wenn ich in der Lage bin, Ihnen diese ernsten Worte zuzurufen, so bin ich gedrängt durch die Schwere der Zeitverhältnisse, und Sie alle werden mich gern verstehen.

5. Juni. Der Großherzog von Baden hält in Offenburg anläßlich des Verbandstags des badischen Militärvereinsverbands an die nach vielen Tausenden zählenden ehemaligen Soldaten eine Ansprache etwa folgenden Inhalts:

Da seine jüngst in Heidelberg gehaltene Ansprache zu Mißdeutungen Anlaß gegeben, habe er vorgezogen, schriftlich seine Ansicht niederzulegen. Um aus der jetzigen Verwirrung der Anschauungen herauszukommen, sei der gerade Weg der beste. Bei der bevorstehenden Wahl handle es sich um die Verständigung über die genügende Verstärkung des deutschen Heeres angesichts der jetzt stärkern Gegner. Der einstige große Feldherr, Erzherzog Karl von Oesterreich, sagte, Regenten hätten die Aufgabe, alle möglichen Kräfte bei Ausbruch des Kriegs aufzubieten, um eine baldige Entscheidung herbeizuführen, denn Krieg sei für eine Nation das größte Uebel. Der große Zweck sei nur durch große Anstrengungen erreichbar, aber groß sei die Belohnung im Dank des Vaterlands, der Achtung der Zeitgenossen und der Nachwelt, im Selbstgefühl durch Kraftbewußtsein erzeugt. Gehen Sie den geraden Weg der Ehre, wählen Sie nur solche Männer, die die Macht des deutschen Reiches höher halten als den Parteigeist, und die in der Militärvorlage den Weg erkennen, Deutschland vor Demütigung zu bewahren.

Auf Antrag des Großherzogs sendet der Kriegervereinstag an den Kaiser folgendes Telegramm:

Ew. Majestät huldigen in treuer Hingebung die Vertreter aller Gaue das badischen Militärvereinsverbands, die zahlreich versammelten Kriegervereine und das Verbandspräsidium. Als Protektor derselben bringe Ich Ew. Majestät die Versicherung unsrer freudigen Bereitschaft, für des Reiches Wohl und Sicherung einzutreten, wenn der Kaiser zu den Waffen rufen sollte. Mit dreifachem Hurra bekräftigen wir das Gelöbnis der Treue zum Kaiser und der Liebe zum Vaterlande. Minutenlanger tosender Beifall folgte der Verlesung des Telegramms.

Die Antwortet des Kaisers lautet:

Das Gelöbnis treuer, opferwilliger Mitarbeit bestärkt Mich, in der Zuversicht, daß, wo es die Sicherheit des Reiches gilt, das deutsche Volk über die Meinungsverschiedenheiten des Tages hinweg zusammenstehen wird in dem festen Entschluß, zu halten, was wir in großer Zeit in der thätigen Mitwirkung Ew. königlichen Hoheit errungen haben.

c.

Der „Reichsanzeiger" gegen Wahllügen.

8. Juni. Der „Reichsanzeiger schreibt: In zahlreichen Wahlflugblättern werden Behauptungen bezüglich der Militärvorlage aufgestellt, die in wesentlichen Punkten den thatsächlichen Verhältnissen vollständig widersprechen. Dieser Umstand fällt um so mehr auf, als in der Militärkommission des Reichstags die einschläglichen Verhältnisse seitens der Militärverwaltung wiederholt klar gestellt worden sind. Zu den einzelnen besonders häufig wiederkehrenden falschen Behauptungen ist zu bemerken:

1. Die Angabe, daß der Reichstag wegen eines Unterschieds von 11 000 Rekruten aufgelöst wurde, ist unwahr. Der von den verbündeten Regierungen acceptirte Vorschlag Huene forderte unter Wegfall von 17 500 übenden Ersatzreservisten und gleichzeitiger Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei den Fußtruppen u. s. w. — abgesehen von der Verstärkung des Ausbildungspersonals — etwa 53 000 Rekruten mehr als bisher, während die damalige freisinnige Partei die Bewilligung der zweijährigen Dienstzeit innerhalb der jetzigen Friedenspräsenzstärke forderte, woraus sich nur ein Mehr von 25 000 Rekruten ergab. Allerdings sollten die Uebungen der Ersatzreservisten im bisherigen Umfange beibehalten werden. Es handelte sich somit nicht um einen Unterschied von 11 000, sondern von 28 000 Rekruten, denn es muß jedem Laien einleuchten, daß ein nur kurze Zeit ausgebildeter Ersatzreservist nicht gleichwertig einem zwei Jahre dienenden Mann gegenübergestellt werden kann, ganz abgesehen davon, daß bei den Reichstagsverhandlungen seitens der Militärverwaltung die positive Unmöglichkeit der Beibehaltung der Ausbildung der Ersatzreservisten bei gleichzeitiger Einführung der zweijährigen Dienstzeit nachgewiesen worden ist. Hieran ändert auch die beispielsweise von der „Freisinnigen Zeitung" vom 6. Juni 1893 gebrachte Erklärung, der Kriegsminister von Verdy hätte die Ausbildung der Ersatzreservisten vorerst beibehalten wollen, nichts; denn die „Freisinnige Zeitung" verschweigt hierbei, daß dem Verdyschen Projekt nicht die zwei-, sondern die dreijährige Dienstzeit zu Grunde lag. — 2. Wie viel Mann wurden schon bisher (1891) zur militärischen Ausbildung jährlich eingestellt? Die Beantwortung dieser Frage lautet in den gekennzeichneten Flugblättern: a) in Deutschland: 211 403 Mann, b) in Frankreich: 214 442 Mann. Auch diese Angaben treffen nicht zu. Nach der dem Reichstag zugegangenen amtlichen Uebersicht über das Ergebnis des Aushebungsgeschäfts im Jahre 1891 sind einschließlich aller Freiwilligen 198 500 Mann in Deutschland ausgehoben worden, wovon etwa 10 500 Mann für durch Tod, Unbrauchbarkeit u. s. w. Abgegangene als Nachersatz und 5000 für Marine abzuziehen sind, sodaß für das Landheer rund 183 000 Mann oder 28 403 Mann weniger, als jene irreleitenden Flugschriften und Zeitungsartikel behaupten, zur Aushebung gelangt sind. — 3. Wie viel Mann würden künftig jährlich in Deutschland eingestellt werden? a) nach der Forderung der Regierung laut einem freisinnig-volksparteilichen Flugblatt 247 403; thatsächlich 229 000 Mann; b) nach dem Angebot der freisinnigen Volkspartei, laut Wahlflugblättern dieser Partei 236 403, thatsächlich kaum 200 000 Mann. — 4. Wie groß war die deutsche Kriegsarmee 1870/71? laut Flugblättern 1 850 787 Mann (einschließlich der nach Ausbruch des Kriegs Ausgebildeten), thatsächlich 1 452 000 Mann. — 5. Wie groß wird künftig

die deutsche Kriegsarmee sein ohne die neue Vorlage? laut Flugblättern 3 700 000 bis 3 900 000 Mann; thatsächlich, wie in der Militärkommission nachgewiesen, auf Grund der sich aus der Heeresverstärkung 1890 ergebenden Rekrutenquote in 24 Jahren (also 1914) = 3 500 000 Mann nach Abzug der Abgänge und einschließlich der Ersatzreservisten. — 6. Wie groß würde die deutsche Kriegsarmee künftig werden nach der Forderung der Regierung: laut den Wahlflugblättern der Opposition 4 348 000 bis 4 548 000, thatsächlich fast 4 300 000 Mann. — 7. Wie groß würde die deutsche Kriegsarmee künftig werden nach dem Angebot der freisinnigen Partei? nach der „Freisinnigen Zeitung" 4 150 000 bis 4 350 000 Mann, thatsächlich etwa 3 750 000 Mann, d. h. nicht viel mehr, als die jetzige Organisation an Ausgebildeten zur Verfügung stellt. — 8. Wie groß ist gegenwärtig die deutsche Friedenspräsenzstärke (ausschließlich Offiziere)? laut Wahlflugblättern 502 000, thatsächlich 495 983 Mann einschließlich Einjährig-Freiwilliger. — 9. Wie ist die deutsche Friedenspräsenzstärke schon bisher gewachsen? Es wird behauptet, sie habe 1872 nur 350 000 Mann betragen, während sich dieselbe thatsächlich auf 401 659 Mann belief.

d.

Minister Miquel über die Militärvorlage.

24. Mai. Bei Gelegenheit der Anwesenheit des Finanzministers Miquel in Frankfurt a. M. begeben sich einige Bürger zu ihm, um seine Ansicht namentlich über die wirtschaftlichen und finanziellen Seiten der Militärvorlage und die daraus gegen dieselbe entnommenen Bedenken zu erfahren. Darüber berichtet der „Frankfurter Generalanzeiger" u. a.:

Der Minister betonte zuvörderst, daß in einer Frage der Sicherheit und der Unabhängigkeit des deutschen Reichs die finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte, wenn sie auch von großer Bedeutung seien, doch keineswegs allein ins Gewicht fallen dürften. Es sei gewiß richtig, daß in den letzten Jahren die Erwerbsverhältnisse der Landwirtschaft, der Industrie und des Handwerks keine günstigen gewesen, auch sonst sei manche Verstimmung vorhanden. Die großen politischen Veränderungen hätten naturgemäß im Lande eine verschiedene Beurteilung gefunden, die erhebenden Erinnerungen an die große Zeit der Jahre 1870—71 seien schwächer geworden, der Glaube an unsre Ueberlegenheit und unsre Machtstellung, die Beruhigung, die daraus für unsre Sicherheit geschöpft worden, sei einem gewissen Gefühle der Sorge und der Unsicherheit gewichen. Die gewaltigen Anstrengungen, die Frankreich und Rußland für ihre militärische Rüstung machten, hätten das Gleichgewicht verschoben, und vielfach frage man sich, ob wir im Falle eines Krieges unsre Unabhängigkeit mit sicherem Erfolge behaupten könnten. Wer diese Lage klar erkenne, werde gewiß für eine Militärvorlage eintreten, die durch die Einführung der zweijährigen Dienstzeit die militärischen Lasten gleichmäßiger verteile und erleichtere, die Zahl der ausgebildeten Soldaten vermehre, die älteren Jahrgänge schone und in zweite Linie stelle und geeignet sei, den Vorsprung einigermaßen wieder auszugleichen, den die Franzosen und Russen über uns gewonnen haben. Es sei nicht richtig, daß eine Mehrausgabe von etwa 50 bis 60 Millionen die wirtschaftlichen Kräfte der deutschen Nation übersteige. Wenn beispielsweise an direkten und indirekten Steuern Frankreich rund 51 Mk. und außerdem aus Monopolen 7 Mk., Großbritannien

45 Mk., Italien 25 Mk. und 5 Mk. aus dem Ertrage der Monopole, die Niederlande 37 Mk., Oesterreich 22 Mk. und außerdem aus dem Ertrage der Monopole 5 Mk., ja Spanien 26 Mk. aufzubringen imstande seien, wie sollte da Preußen nicht außer den von ihm jetzt insgesamt getragnen Reichs- und Staatssteuern in Höhe von 21,71 Mk. pro Kopf noch für die neue Militärlast etwa 1,20 Mk. übernehmen können? Würden wir nicht damit noch erheblich unter der Belastung ärmerer Staaten bleiben? Man könne da gewiß nicht behaupten, daß die deutsche Nation außer stande sei, die ihr zugemuteten Opfer ohne tiefe Schädigung ihrer wirtschaftlichen Wohlfahrt zu bringen! In ähnlicher Lage wie Preußen befänden sich die übrigen deutschen Staaten.

e.

Aussprüche des Fürsten Bismarck.

Anfang Juni. Professor Kahl aus Bonn spricht sich in einer Rede zu Erlangen über die Ansichten des Fürsten Bismarck, den er jüngst besucht habe, also aus:

Bismarck glaubt an den Frieden. Bismarck hält eine Heeresverstärkung für notwendig. Diese aber hält er, anders als in der Militärvorlage geschehen, vor allem in der Richtung einer erheblichen Verstärkung der Artillerie für geboten, weil er der Ueberzeugung ist, daß die Artillerie in einem künftigen Kriege die Hauptrolle spielen werde. Daß die für die Heeresverstärkung erforderlichen Lasten getragen werden müssen und können, erscheint ihm selbstverständlich. Bismarck unterscheidet sich also von uns darin, daß er in seinen Wünschen für die Heeresverstärkung im Rahmen der alten Verdyschen Vorschläge bedeutend weiter geht. Er unterscheidet sich von Freisinn und Zentrum dadurch, daß er nicht wie diese über die unerschwinglichen Lasten des armen Volkes jammert, sondern fürs Vaterland keine Opfer zu hoch hält. Ihn gegen uns ausspielen zu wollen, ist demnach ein mißglücktes Unternehmen. Der Gegenstand bewegt sich hier nur auf dem gemeinsamen Boden der unbedingt opferwilligen und hingebenden Vaterlandsliebe. Ueberhaupt steht Bismarck hoch über der bloß auf den Wahlkampf berechneten taktischen Behandlung der Frage. Er sieht die Dinge aus der Höhe des unermeßlichen Reichtums an langer politischer Erfahrung und beschränkt den Blick nicht bloß auf eine kurze Legislaturperiode, sondern richtet ihn weit hinaus auf eine ferne Zeit.

f.

Konservative Partei.

6. Mai. Zur Erklärung des Grafen Caprivi, die Regierungen würden den Antrag Huene als Wahlparole ausgeben, schreibt die „Kreuzzeitung":

Wir gestehen offen, daß die Proklamirung dieses Antrags als „Wahlparole" der Regierungen uns die Zustimmung und noch mehr die Wahlbewegung sicherlich erschwert! Man erwäge, um sich klar zu machen, was dieser Frontwechsel bedeutet, daß am 10. Dezember v. J. der Reichskanzler wörtlich erklärte, er sei „für seinen Teil von der Notwendigkeit dieser Vorlage so überzeugt," daß er die Verantwortung dafür auch allein zu

tragen gern bereit sei. Die Konservativen konnten bereit sein, ihre ernsten Bedenken hintenanzustellen und im Interesse einer zur Not erträglichen Verständigung für den Antrag stimmen. Ihn aber jetzt, wo die Aussicht auf solche Verständigung augenscheinlich hinfällig geworden ist, als ihre Wahlparole anzunehmen, scheint uns unmöglich. Sie müssen in den Wahlkampf für die notwendige volle quantitative und qualitative Stärkung des Heeres im Interesse des Vaterlandes eintreten, nicht aber für einen Antrag, der höchstens einen Notbehelf bedeutet.

11. Mai. Das Berliner „Volk" spricht sich gegen Wiederherstellung des „Kartellspuks" aus, das in der „Post" aufgetaucht sei, die gesagt habe, man werde sich auf die Personen zu einigen haben, die, gleichgiltig, welcher Parteischattirung sie angehören, sich verpflichten, für die Militärvorlage zu stimmen. Dieser Satz kehre offen seine Spitze gegen den Beschluß der konservativen Parteileitung.

12. Mai. Im zweiten Berliner Reichstagswahlkreise findet eine große konservative Wählerversammlung statt, in der Freiherr v. Manteuffel eine längere Rede über die konservative Partei hält. Er sagt, nach dem „Reichsboten", u. a.:

Die Beschlüsse des Parteitages v. 8. Dez. haben ja viele Angriffe erfahren, von den Gegnern sowohl als von den halben und lauen Freunden. Sie waren geniert durch die kraftvolle Bewegung einer selbständigen konservativen Partei. Das neue Programm war nötig, um das Bewußtsein zur Geltung zu bringen, daß noch eine selbständige konservative Partei vorhanden sei. Denn nur auf eine selbständige Partei, die unabhängig ist von oben und von unten, wird man sich stützen können. Eine konservative Partei, die sich dem Verdacht aussetzt, Regierungspartei zu sein, die mit einer starken Regierung stark, mit einer schwachen schwach ist, die kann weder der Regierung noch dem Volke nützen. Wir sind überzeugt, daß das neue Programm notwendig war; denn mit dem alten lockte man keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor. 1876 stand naturgemäß die nationale Einheit im Vordergrunde, weil es damals galt, die Süddeutschen heranzuziehen. Das verstand man jetzt nicht mehr. Jetzt mußte das Christentum an die erste Stelle treten. Die Judenfrage mußte einen Ausdruck finden, wollte man nicht dem demagogischen Antisemitismus die Bewegung mit vollen Segeln überlassen. Auch die agrarische Bewegung mußte schärfer erkannt werden. Unzweifelhaft ist ein neues Leben mit dem neuen Programm in die konservative Partei eingezogen. Wo man von Aufstellung der Kandidaten hört, sind es überall solche des neuen Programms. Geschlossen ist die konservative Partei für die Militärvorlage eingetreten, alle andern haben sich nur auf den Antrag Huene vereinigt. Nicht ohne Bedenken haben wir uns mit der zweijährigen Dienstzeit einverstanden erklärt, nicht ohne Bedenken die Deckungsfrage behandelt. Mit den Steuerprojekten v. Maltzahns ist nichts anzufangen. Das ist ja, als wenn man drei verschiednen Hunden den Schwanz stückweise abschneidet. Aus den Matrikularbeiträgen kann Deckung nicht gefunden werden; es giebt aber noch steuerkräftige Schultern im Reiche: die Börse zum Beispiel. Auch eine Inseratensteuer würde eine Masse Geld bringen, ebenso noch verschiedne Luxussteuern. Der neue Reichstag wird auch sehr erheblich bei der agrarischen Frage mitzusprechen haben. Sollte z. B. ein russischer und rumänischer Handelsvertrag zu stande kommen, dann ist die Zeit gekommen, in der man sagen kann: Die deutsche Landwirtschaft ist tot; ihre Aecker liegen wüste. Dann können wir die Felder

wieder zu Forsten heranschonen; aber die Fluren werden nicht mehr den Lebensunterhalt den Einwohnern geben. Gegen eine solche Regierungsvorlage würde der Reichstag aufzutreten haben. Aber auch für die Erhaltung des Mittelstandes in Stadt und Land müssen die Konservativen eintreten, wie sie es bisher gethan haben. Eine weitere Frage, die immer dringender der Lösung harre, sei die des „christlichen Beamten im christlichen Staat!" In diesem Punkte seien Zustände bei uns eingetreten, die kaum länger zu ertragen seien! Der jüdische Amtsrichter, der dem christlichen Pfarrer den christlichen Eid abnimmt, sei ein Bild, das für sich selbst spreche. In dieser Beziehung müssen die Konservativen aufs allerentschiedenste vorgehen.

18. Mai. Die „Nationalzeitung" bemerkt zu dem Verhalten des Hauptorgans der Konservativen:

„Die „Kreuzzeitung" ist tief betrübt: die von ihr und ihren Gesinnungsgenossen ausgegebne Parole, daß die Konservativen überall ohne Rücksicht auf andre Parteien im Wahlkampfe vorgehen, wird von den Parteigenossen fast nirgends beachtet; in zahlreichen Wahlkreisen verständigen die Verteidiger der Heeresverstärkung sich vernünftigerweise über die Aufstellung der Kandidaten. Die „Kreuzzeitung" muß dies in einem schmerzbewegten Artikel selber aus Schlesien, Sachsen, Hessen konstatiren. . . . Der „Kreuzzeitung" wäre offenbar nicht bloß ein Pole, wie sie selbst zugiebt, sondern auch ein Sozialdemokrat erwünschter. Der erstere würde gegen den russischen Handelsvertrag stimmen, der Sozialdemokrat aber, wenn er dies auch nicht thäte, doch wenigstens die Verwirrung vergrößern helfen." — Die „Kreuzzeitung" wäre nunmehr für eine Verbindung mit Freunden der Militärvorlage, wenn der Reichstag nur zu deren Beratung berufen wäre.

19. Mai. Die „Kreuzzeitung" äußert über die Nationalliberalen:

Ihnen war die zweijährige Dienstzeit in gewissem Sinne Selbstzweck, sie erblickten in ihr eine alte Forderung des Liberalismus. Aber sie wollten zu der Gewährung derselben auf möglichst billigem Wege gelangen und weigerten sich deshalb, die Aequivalente zu bewilligen, die die Regierung beanspruchte. Ihr ursprüngliches Angebot blieb sogar hinter demjenigen des Herrn v. Huene zurück, und wenn sie schließlich dessen Antrage zustimmten, so thaten sie das nur in der Hoffnung, auf diesem Wege die Auflösung des Reichstags zu vermeiden, und in dem Bewußtsein, daß sie als eine „nationale" Partei sich von einem Zentrumsmanne an Patriotismus schicklicherweise nicht übertrumpfen lassen dürfen.

20. Mai. Hierauf antwortet die „Nationalzeitung":

Es genügt, dieses gehässige Geschwätz anzuführen zur Kennzeichnung der Tendenzen der „Kreutzztg.": es wird immer wahrscheinlicher, daß das Blatt und seine Hintermänner gar keine Mehrheit für die Vorlage, sondern die Verwirrung und die Konflikte wollen, welche aus der abermaligen Verwerfung sich ergeben würden. Eine möglichst starke „Kreuzzeitungs"-Gruppe in einem unbrauchbaren Reichstage, das scheint ihr Ziel zu sein.

30. Mai. Die „Kreuzzeitung" spricht sich für ein ehrliches Kartell mit den Antisemiten aus; bezüglich der Wahlkreise aber, aus welchen diese sie hätten verdrängen wollen, wirft sie ihnen den Fehdehandschuh hin.

Anfang Juni. Zur Empfehlung der Kandidatur des Prinzen v. Ratibor erscheint in Gleiwitz ein Flugblatt, in dem es heißt:

Unsre Soldaten geschlagen! Man treibt sie über die Grenze zurück. Die Russen folgen. Allen voran die Kosaken. So kommen sie zuerst zu Euch. Wütend und betrunken, ohne Recht und Gesetz, denn dafür ist Krieg. Sie zerstören, verwüsten, rauben, verbrennen, was sie kriegen. Eure Häuser, Eure Aecker, Euer Hab und Gut: Alles dahin! Und Tod oder Gewaltthat ist Euren Frauen und Töchtern gewiß, wenn sie den rohen Siegern nicht zu Willen sind. Malt Euch das gräßliche Bild aus! Und keiner wird unter Euch sein, der nicht sagt: Das darf nicht kommen; wir müssen den Russen über sein; die Kerle müssen uns fürchten! Jawohl! Das will unser Kaiser.

11. Juni. Die „Kreuzzeitung" weist ein Zusammengehen mit den Liberalen nochmals entschieden ab, weil diese die Militärvorlage noch schlechter machen wollten, und dies nur Vorwand sei, um unter dem Deckmantel des Patriotismus die ausgesprochenste Parteipolitik zu treiben, die nur gedacht werden könne, nämlich die Konservativen zu beseitigen.

g.

Antisemitische Partei.

21. Mai. Am Fuße des Hermannsdenkmals bei Detmold findet ein „deutsch-soziales Fest" statt. 5000 Teilnehmer aus Lippe und den angrenzenden Gebieten sind anwesend. Als Redner treten auf König aus Witten, Prof. Förster, Anwalt Müller aus Bremen und Liebermann v. Sonnenberg. Dieser sagt, nach der „Post," u. a. folgendes:

Deutsche Männer, deutsche Frauen, und du, des Vaterlandes heranwachsende Jugend, seien Sie alle an dieser heiligen Stätte gegrüßt! Da erblicken Sie auf der ersten Seite des Programms das Bild Hermanns, des Cheruskerfürsten, auf der zweiten die Germania vom Niederwalddenkmal. Das Bild einer zweitausendjährigen Geschichte rollt sich zwischen beiden Denkmälern ab, einer Geschichte, glorreich ohnegleichen, aber auch reich an Beispielen, die uns lehren sollen, worin die Fehler unsers Volkes liegen. Blicken Sie um sich, hier auf diesem Raum tagten einst die Altvordern, um dort zu entscheiden, was Recht und Unrecht sei, um zu beraten über Krieg und Frieden. Diese Bäume stehen im Zusammenhang mit jenen alten Bäumen, deren Wipfel einst rauschten, als hier ringsum in den Wäldern der Heerruf der alten Deutschen erklang, als die Deutschen unter Führung des Cheruskerfürsten den römischen Legionen die furchtbare Niederlage bereiteten. Die Deutschen wurden damals der feindlichen Heere, aber auch zugleich Herr eines Feindes, der sich mit dem römischen Troß eingeschlichen hatte und am Marke des Volkes zehrte, sie jagten die römischen Advokaten hinaus, die über deutsche Männer nach fremdem Rechte geurteilt hatten. Damals hatten sich aber auch zum erstenmale jene Händler eingeschlichen, deren Nachkommen heute noch Deutschland aussaugen und Untreue säen im Lande der Treue, im deutschen Vaterlande. In diesen Bäumen kreist derselbe Saft wie in jenen Bäumen, die die Zeugen der Altvordern waren. Aber auch in unsern Adern

ist dasselbe Blut vorhanden, das die Adern jener Männer aus der Hermannsschlacht durchfloß, Hermanns Blut lebt ewig, und spätere Enkel werden es begreifen, daß sich heute die Männer in Deutschland zusammenfanden, um einen neuen heiligen Krieg zu predigen gegen die Unterdrücker in deutschen Landen. Lassen Sie die heilige Flamme der Begeisterung, die heute in unsern Herzen auflodert, nicht verschwinden. Lassen Sie uns zusammenstehen in alter Treue zu dem Fürsten, der uns heute gestattet hat, in seinen Räumen das herrliche Fest zu feiern, und zu dem Kaiser, dem Nachkommen unsers unvergeßlichen Heldenkaisers. Lassen Sie uns hoffen, daß spätere Geschichtsschreiber sagen: Kaiser Wilhelm hat das Reich geeint, sein Enkel hat das heilige Erbe treu gehütet und von der Pest gereinigt, die am Marke des Volkes zehrte.

22. Mai. In Hannover findet ein deutsch-sozialer Parteitag statt, der folgende Beschlüsse faßt:

1. Der Parteitag hält an der Erklärung, daß Ahlwardt nicht Mitglied der deutsch-sozialen Partei sei, fest und lehnt jede Verantwortung für die politische Wirksamkeit Ahlwardts ab. 2. Der Parteitag bekennt sich zum Punkt des deutsch-sozialen Programms, betreffend die hohe Bedeutung der christlichen Weltanschauung für die sittliche Entwicklung der Menschheit und wünscht, daß diesem Punkt mehr als bisher Rechnung getragen werde. 3. Die Partei betont ihre Selbständigkeit gegenüber allen andern Parteien und erklärt sich bereit, solche Kandidaturen zu unterstützen, deren Träger sich zur Militärvorlage bekennen und eine befriedigende Erklärung zur Judenfrage und zu den sozialen Fragen abgeben.

h.

Nationalliberale Partei.

14. Mai. Auf dem Parteitage in Magdeburg hält Professor Paasche aus Marburg eine Rede, deren erster Teil, nach dem „Leipziger Tageblatt," also lautet:

Zu der Zeit, wo hier im Reichstage die Kämpfe um die Militärvorlage tobten, durchwanderte ich im Interesse der deutschen Zuckerindustrie die Staaten von Nord- und Mittelamerika. Dort ist das Gesichtsfeld weiter, und manches gerechtere und gesündere Urteil wird von denen gesprochen, die sich nicht tagtäglich im Verkehr mit Parteifreunden und Parteigegnern wegen politischer Dinge am Biertisch zu streiten haben, sondern die allmählich lernen, die alte, längst verlassene Heimat mit andern Augen anzusehen. In allen Landen, wohin ich kam, in den Prairien und in den großen Städten der nordamerikanischen Union, im schönen Mexiko, unter den Palmen von Cuba und Costa-Rica, an der Küste von Venezuela, überall fand ich treue deutsche Herzen, und überall stieß ich auf zwei Empfindungen und Fragen; die eine: Wie war es möglich, daß man im alten deutschen Vaterlande den Mann vergessen konnte, auf den alle Deutschen mit gerechtem Stolze blicken, soweit die deutsche Zunge klingt? Daneben aber habe ich mit Bedauern überall einen Mißmut über das deutsche Volk und das deutsche Parteiwesen gefunden. Man vermochte im Auslande nicht zu verstehen, wie man in Fragen der Machtstellung des deutschen Reiches streiten und hadern konnte, während es doch nur die Macht des Reiches ist, die den Namen der Deutschen zu Ehren gebracht, die den deutschen Handel an allen Stätten, die ich besuchte, an die Spitze gestellt hat, denn überall, namentlich in den spanisch

redenden Ländern, sind es die Deutschen, denen man die erste Stelle unter den fremden Nationen einräumt, die zum Teil Handel und Wandel beherrschen. Man weiß dort recht wohl, was früher der Deutsche war, und man sagt mit Stolz, was er heute ist. Man fragt: Wie ist es möglich, daß Leute, die nie des Königs Rock getragen, die nie stramm gestanden haben, da, wo es sich darum handelt, die Macht und Stärke und damit auch den Reichtum der deutschen Nation zu vertreten, mit kleinlichen Zahlen rechnen, gegenüber Männern, die in diesen Fragen die erste Autorität für sich in Anspruch nehmen können?

15. Mai. Der bisherige Reichstagsabgeordnete Oechelhäuser, der keine Wahl wieder annehmen will, richtet Abschiedsworte an die Wähler des zweiten anhaltischen Wahlbezirks, den er seit 1878 im Reichstage vertrat. Er sagt darin:

Am 6. Mai, dem trübsten Tage vielleicht, welchen die parlamentarische Geschichte des jungen deutschen Reichs bisher zu verzeichnen hat, wurde im Reichstage eine Militärvorlage verworfen, die dem so lang gehegten Wunsch der Nation auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit und Erleichterung der ältern Mannschaften Erfüllung bringen und zugleich unsre an Zahl hinter dem Erbfeind Frankreich zurückgebliebene Wehrkraft und damit die Bürgschaft des Friedens verstärken sollte. Sein Votum vor seinem Gewissen zu verantworten, ist jedes Einzelnen Sache. Aber auch die Reichsregierung trägt direkt und indirekt ihr wohlgemessenes Teil an diesem verhängnisvollen Ausgang. Diese Vorlage, trotz aller Unbeliebtheit gesteigerter militärischen Anforderungrn im Reichstag einzubringen, war ihre heilige patriotische Pflicht. Allein die Gesetze wollen nicht bloß entworfen, sie wollen auch durchgesetzt sein, und hieraus ergiebt sich die unabweisbare Notwendigkeit, mit all den Faktoren zu rechnen, die hierbei ins Spiel kommen, und die berechtigt sind, an der Entscheidung mitzuwirken. Groß ist die Zahl der taktischen Verstöße, mit der die Oeffentlichkeit durch Widersprüche und Schwankungen aller Art auf die Militärvorlage und auf den schwachen finanziellen Deckungsplan vorbereitet wurde, sodaß ein teils berechtigter, teils unberechtigter Widerstand sich schon im voraus entwickeln, die wertvollen Zugeständnisse als selbstverständlich hinnehmen und eine breite Kritik über die nicht genehmen Einzelheiten, insbesondre auch die finanziellen Belastungen, ergießen konnte. Und wenn ferner der Reichskanzler in der allgemeinen Begründung der Vorlage viele glückliche Momente hatte, so konnte er doch anderseits den Widerspruch gegen frühere Ausführungen nicht vollständig entkräften und beging auch in seinen Reden viele taktische Verstöße. Ich rechne darunter, neben manchen minder wichtigen Aeußerungen, das ohne Not wiederholte Hinweisen auf die Möglichkeit eines Krieges mit Rußland, wodurch das Schwergewicht der Begründung, die Notwendigkeit, der französischen Militärmacht überlegen zu werden, nicht verstärkt, sondern abgeschwächt wurde. Ich rechne ferner dahin das Zurückweisen aller positiven Vermittlungsvorschläge. Allein allen diesen taktischen Verstößen ist die Verwerfung der Vorlage nicht allein zuzuschreiben; die Ursachen liegen tiefer; sie liegen in der allgemeinen, vielfach bis zur Erbitterung gesteigerten Verstimmung des Volkes. Unberechtigt im großen und ganzen ist die Verstimmung, die sich gegen die Spitze des Reichs, gegen unsern jungen Kaiser richtet. Gewiß wäre besser manches rasche Wort, manches Zitat ungesprochen geblieben, wodurch die Gefühle des auf seine Rechte mit Recht eifersüchtigen Volkes verletzt worden sind. Kaiserworte werden auf die Goldwage gelegt; man hört sie nicht bloß, sondern grübelt auch darüber nach, was dahinter

verborgen sein möchte. Allein können solche vereinzelte Aeußerungen ausschlaggebend sein, wenn man dagegen die geniale Begabung unsers Kaisers, seinen eisernen, nur auf das Wohl des Landes gerichteten Willen, seine mit höchstem Ernst gepaarte echte hohenzollerische Pflichttreue in die Wagschale legt? Auch weiß der Kaiser sicherlich den von ihm als berechtigt erkannten Strömungen im deutschen Geistesleben Rechnung zu tragen; ein glänzender Beweis hiervon ist die hochherzige Zurückziehung des preußischen Volksschulgesetzes.

i.

Freisinnige Volkspartei.

27. Mai. In einer Wählerversammlung in Berlin tritt der Rektor der Universität, Geheimrat Prof. Virchow auf und sagt in seiner Rede u. a. folgendes:

Selbst nach Vermehrung der Friedenspräsenzstärke sei kein Ende erreicht, sondern es würden bald neue Forderungen folgen. Dieses Faß habe keinen Boden. Auch widerspreche es allem Gebrauch, erst zu votiren, was man gebrauche, und dann sich den Kopf zu zerbrechen, woher die Mittel kommen sollten. Gegen den Gedanken, „daß wir für eine fern liegende Möglichkeit stets ein so starkes Heer zur Verfügung haben müssen, um jeden Augenblick in Feindesland einfallen zu können," wendet sich Redner, indem er meint, daß dies über die billigen Anforderungen hinausgehe, die eine Regierung an das Volk stellen kann. In der Stunde der Gefahr werde gewiß jeder gern jeden Mann und jeden Groschen bewilligen, aber sich direkt auf einen Angriffskrieg einzurichten, das gehe doch über die Grenzen einer zulässigen Politik hinaus. Er sei der Meinung, daß der Friede besser sei als der Krieg, und daß es Hauptaufgabe sei, den Frieden so lange als möglich zu erhalten und mit den Nachbarn sich so zu stellen, daß sich keine Streitigkeiten mit ihm ergeben. Sei aber der Krieg dann doch unvermeidlich, so werde zur Verteidigung des Vaterlandes sicher jeder Deutsche gern und willig bereit sein.

k.

Freisinnige Vereinigung.

9. Mai. Die als Organ dieser neuen Partei angesehene „Liberale Korrespondenz" spricht sich über die Trennung der deutschfreisinnigen Partei also aus:

Die unmittelbare Ursache der erfolgten Scheidung ist viel weniger in einer verschiedenartigen Auffassung der Militärvorlage zu suchen, als in einer verschiedenartigen Auffassung über das Maß von Freiheit, das dem einzelnen Fraktionsmitgliede in Fragen eingeräumt ist, die mit dem Parteiprogramm nichts zu thun haben und freisinnige Grundsätze nicht direkt berühren.

14. Mai. Der schleswig-holsteinische Parteitag in Neumünster beschließt:

1. das Programm, den Namen und die Organisation der freisinnigen Partei in Schleswig-Holstein unverändert festzuhalten; 2. er erkennt die Haltung der schleswig-holsteinischen Abgeordneten der freisinnigen Partei in

der Militärvorlage als gerechtfertigt an, erwartet aber, daß dieselben auf der gesetzlichen Festlegung der zweijährigen Dienstzeit beharren.

18. Mai. Prof. Mommsen, Dr. v. Bunsen und Genossen veröffentlichen folgende Erklärung:

Mitbürger! Die liberalen Parteien Deutschlands haben wesentlich dazu mitgewirkt, die Verfassung zu begründen, auf der das deutsche Reich mit Sicherheit ruht. Den liberalen Parteien liegt es ob, das, was sie gründen halfen, aufrecht zu erhalten, die Rechte des Volkes wie die Freiheiten des einzelnen Bürgers zu wahren. Dies erheischt das Wohl des Vaterlandes. Die Grundsätze, die von der freisinnigen Partei verfochten wurden, sind bekannt: freie Bahn und freie Bewegung für den Einzelnen, friedliches Zusammenleben der Bürger unter thatsächlicher Durchführung der Rechtsgleichheit auf allen Gebieten des staatlichen Lebens, friedlicher Verkehr mit dem Auslande und Förderung des Handels und der Industrie durch Handelsverträge, Erhöhung der Steuerkraft des Landes, Schonung der verfügbaren Mittel und Bekämpfung jeder künstlichen Verteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse, endlich Bewilligung alles dessen, was für die Verteidigung des Vaterlandes notwendig ist. Es genügt nicht, daß das Vaterland mächtig sei; die Bürger sollen sich darin auch gesichert, wohl und zufrieden fühlen. Meinungsverschiedenheiten über das Maß der erforderlichen militärischen Rüstung und über die Deckungsmittel, sowie über die Sicherung der zweijährigen Dienstzeit haben zur Auflösung des Reichstags geführt. Diejenigen Abgeordneten der freisinnigen Partei, die, festhaltend an allen freisinnigen Grundsätzen, einem gütlichen Ausgleich mit der Regierung in dieser schwerwiegenden Frage geneigt waren, haben sich zu einer „freisinnigen Vereinigung" zusammengethan, um, wenn möglich, in dem neuen Reichstage zu einem befriedigenden Abkommen zu gelangen.

4. Juni. Der bisherige Reichstagsabgeordnete Rickert spricht sich in einer Rede vor seinen Wählern in Danzig also aus:

In der Sitzung, in der sich die freisinnige Fraktion mit der Militärvorlage befaßte, habe er abgeraten, sich an eine bestimmte Ziffer zu binden, zumal die Richtung der Militärvorlage mit der Richtung der freisinnigen Partei sich decke, indem sie eine Forderung erfülle, die bereits 1861 von der Fortschrittspartei erhoben worden sei. Er habe auf den letzten Friedenskongressen in Rom und Bern die Stimmungen der einzelnen Delegirten kennen gelernt und sei sehr abgekühlt worden. Selbst die französischen Teilnehmer an diesen Friedenskongressen hätten den Frankfurter Frieden nicht anerkannt und die Meinung geäußert, daß die elsaß-lothringische Frage noch einmal ausgeglichen werden müsse. Geld könnt ihr haben, so viel ihr wollt, habe ihm ein alter Franzose gesagt, wenn nur Elsaß-Lothringen wieder abgetreten wird. Von den Deutschen, die eingekeilt seien zwischen die zwei größten Militärmächte der Welt, könne man nicht verlangen, daß sie mit der Abrüstung anfangen. Die Militärvorlage sei keine Sache der Partei, sondern eine Sache des Vaterlandes, und er für seine Person erstrebe in dieser Sache eine Verständigung mit der Regierung.

l.

Zentrumspartei.

6. Mai. Der Graf Franz Ballestrem tritt als Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Reichstags zurück. Er hat kurz zuvor

dem Papste die Glückwünsche der gesamten Zentrumspartei zum Bischofjubiläum überbracht, wobei der Papst für die Partei den Rat erteilt hatte: unité et sagesse — mais surtout sagesse! An Stelle Ballestrems wird Graf Hompesch gewählt.

13. Mai. Die Mitglieder der Zentrumsfraktion aus Schlesien, die im Reichstage für den Antrag v. Huene zur Militärvorlage gestimmt haben, lehnen eine Wiederwahl ab. Ebenso v. Pfetten, Graf Adelmann und Dekan Lender.

17. Mai. Nach einem Telegramm aus Rom hat der hier weilende Erzbischof v. Stablewski die Polen aufgefordert, für die Militärvorlage einzutreten. Die „Germania" sagt, die politisch-kirchliche Beeinflussung Stablewskis sei eine solche, wie sie keine andre der Art in den 45 Jahren preußischen parlamentarischen Lebens von kirchlicher Seite kenne.

18. Mai. Mit Bezug auf das Eintreten Stablewskis, Kardinals Ledochowski und des Fürstbischofs Kopp von Breslau spricht eine schlesische Korrespondenz in der Bonner „Deutschen Reichszeitung" von „faulen Köpfen" und meint, die Ansichten und Wünsche des bei weitem größten Teils der Wähler seien andre als die der bisherigen Kompromiß-Zentrumsabgeordneten. — Der „Kurier poznanski" meldet, Ledochowski habe in Rom polnische Herren empfangen und ihnen gegenüber seiner großen Befriedigung darüber Ausdruck gegeben, daß er vor sich einen Vertreter der polnischen Fraktion in Berlin habe, welche hauptsächlich in der letzten Zeit durch ihre besonnene und kluge Politik sich so sehr um die Kirche und das Land verdient gemacht habe. „Der Kardinal erwähnte die letzten Vorkommnisse in Berlin und sprach sich mit großer Anerkennung über die Abstimmung der polnischen Fraktion in der Angelegenheit der Militärvorlage aus."

20. Mai. Die Vertrauensmänner der schlesischen Zentrumspartei beschließen, daß „man den Kandidaten in der Militärfrage freie Hand lassen müsse."

24. Mai. Etwa 350 Vertrauensmänner der westfälischen Zentrumspartei halten in Münster eine Versammlung ab. Justizrat Schulz stellt den Antrag, den Abgeordneten in Betreff der Militärvorlage freie Entschließung zu gewähren. Der Antrag erhält nur 60 Stimmen. Ueber einen Antrag von Schorlemer-Alfts, es als notwendig zu erklären, daß von den westfälischen Zentrumswahlkreisen vier an Berufslandwirte zu überlassen seien, wird zur Tagesordnung übergegangen, worauf v. Schorlemer-Alst mit einer Anzahl von Landwirten den Saal verläßt.

25. Mai. Infolge des Ausgangs dieser Versammlung wendet sich v. Schorlemer-Alst namens der Landwirte Westfalens mit einem besondern Aufrufe an die Wähler, worin die Aufstellung besondrer Kandidaten angekündigt wird. In dem Aufrufe wird namentlich betont: Sicherung des Friedens durch die Erhaltung einer für die Verteidigung unsrer Grenzen zum Schutze des Vaterlandes hinreichend starken Armee.

26. Mai. Die „Kölnische Volkszeitung" sagt, daß von Schorlemer „durch sein Auftreten in Münster und seine daran sich anschließenden Schritte höchst wahrscheinlich den förmlichen Bruch mit der Zentrumspartei eingeleitet" habe, und bemerkt weiter:

Diese Thatsache, so bedauerlich sie ist, kann nicht überraschen. Wer den Entwicklungsgang des früheren Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses verfolgt hat, konnte schließlich nicht im Zweifel sein, daß v. Schorlemer früher oder später seine eignen Wege einschlagen würde. Das ist jetzt für jedermann deutlich geworden. Nur mit aufrichtigem Schmerze kann man von der so sich vollziehenden Scheidung Akt nehmen. Die großen Verdienste v. Schorlemers um die Sache der deutschen Katholiken und die Sache des Zentrums bleiben in vollen Ehren, aber die politische Zentrumspartei wird den früheren Führer kaum mehr zu den Ihrigen zählen können.

Die Bonner „Deutsche Reichszeitung" schreibt: Wir erwarten, daß man jetzt endlich einmal von der ewigen Rücksichtnahme Abstand nimmt und Herrn v. Schorlemer klar und deutlich die Meinung sagt, damit unser katholisches Landvolk in Westfalen erkennt, was dazu gehört, Zentrumsmann zu sein.

Die „Germania" spricht sich über den Abfall v. Schorlemers also aus:

Ehe uns vollendete Thatsachen eines andern belehren, lassen wir nicht vom festen Glauben, daß Westfalen auch ferner unerschütterlich an dem Zentrum festhalten und nicht in eine wirkliche Spaltung und Trennung gegenüber der von den katholischen Westfalen so hoch gehaltenen Partei einem Manne folgen wird, der, was jetzt offen gesagt werden muß, schon seit vielen Jahren ein Gegner von Windthorst war und diesem das Leben so oft verbitterte, einem Manne, der eine Zeit lang von gewissen Kreisen an Stelle Windthorsts zum Chef des Zentrums ausersehen war. Schorlemer ist in seiner ja auf ein Herzleiden zurückzuführenden persönlichen Nervosität und Gereiztheit leider wohl schwerlich zu einer Zurücknahme seiner letzten Leistungen zu bewegen. Wir setzen aber von der sprichwörtlichen Ruhe, Besonnenheit und Gewissenhaftigkeit der westfälischen Landwirte voraus, daß sie ihm nicht folgen.

Die „Nationalzeitung" läßt sich also aus:

In Westfalen hat man den offenen Kampf gegen Lieber und Genossen aufgenommen. Und ganz wie auf Seiten der Deutschfreisinnigen nach dem Zusammenbruch der Partei geht es auch hier; nachdem man bis zum letzten Augenblicke hoch und teuer die Einigkeit der Partei versichert hat, beginnen alsbald die Enthüllungen, daß dieselbe schon seit vielen Jahren nicht bestand, daß man in diesem Betracht die eignen Anhänger und das Publikum überhaupt getäuscht hat.

Die „Kölnische Zeitung“ sagt zu der nunmehrigen Lage der Zentrumspartei:

Mit dem Schritte Schorlemers ist der Anstoß zu einer folgenreichen Bewegung gegeben. Die Erkenntnis wird sich Bahn brechen, daß die einsichtigern und bessern Männer sich zur Einflußlosigkeit verurteilen, wenn sie mit geballter Faust ruhig zusehen, wie Lieber eine große Partei ruinirt. Das Beispiel wird vielfach befreiend und ermutigend sein. Bei der geistigen Schwerfälligkeit der Zentrumswähler, bei ihrer hermetischen Abschließung von der Wahrheit wird man freilich gut thun, die augenblicklichen Erfolge dieser Sprengwirkung nicht zu überschätzen. Der urteilslose Haufe, der der großen Trommel nachläuft, wird dem Lieber wohl noch lange treu bleiben. Aber jedenfalls darf man annehmen, daß die Zeiten vorbei sind, in denen die Regierungspolitik durch das Zentrum beeinflußt wurde.

27. Mai. Graf Franz Matuschka, bisheriger Zentrumsabgeordneter für Neustadt, der für den Antrag Huene gestimmt hat, erklärt in der Kreuzzeitung, daß er voll und ganz den Standpunkt v. Schorlemers teile und nach wie vor die Existenz und Sicherheit des Vaterlands für unermeßlich wichtiger halte als den Fortbestand und die Interessen irgend einer politischen Partei. Weiter heißt es in der Erklärung:

Ich beklage es tief, daß in der Zentrumspartei dieser kleinliche, partikularistische, engherzige Parteistandpunkt über die große, weitausschauende, patriotische Auffassung vorläufig obgesiegt hat, daß die „Germania,“ die „Zeitung für das deutsche Volk,“ die Stirn hat, die Verwerfung des Antrags Huene „eine befreiende That“ nicht nur für Deutschland, sondern für das gesamte Mitteleuropa (auch für Frankreich?) zu nennen, und an den beherzigenswerten und tiefbewegenden kaiserlichen Worten auf dem Tempelhofer Felde eine höchst ungebührliche und ungezogene Kritik zu üben, und daß der endlich erschienene Wahlaufruf des bezimirten früheren Zentrumsvorstandes in kurzsichtiger Verblendung die Lage Deutschlands besser zu beurteilen glaubt als der Kaiser und seine hohen Verbündeten. Die Schwenkung des Zentrums zu einer demokratisch-oppositionellen Partei mag mitmachen, wer will; für mich als grundkonservativen Mann ist ein ferneres Verbleiben in dieser Fraktion ausgeschlossen! Möchte auch das katholische Volk sich dreimal besinnen, bevor es sich rückhaltlos einer Führung preisgiebt, die unter vielen schönen Phrasen schließlich doch nur die Geltendmachung der eignen Person und kleinlicher Herrschaftsgelüste bezweckt und die Sache, der sie zu dienen vorgiebt, mitsamt dem Vaterlande zu Grunde richtet!

28. Mai. Der „Westfälische Merkur“ nennt den Grafen Matuschka einen schimpfenden Ueberläufer; die „Germania“ meint, der Graf sei zu bemitleiden; die „Kölnische Volkszeitung“ sagt über ihn: Wir können nur sagen, die Art und Weise, wie dieser junge Mann über das Zentrum, den Zentrumsvorstand und die Führer des Zentrums sich äußert, verrät den Geist überhebenden Junkertums, der mit echt adliger Gesinnung nichts gemein hat. Der Graf hat den Beweis erbracht, daß er ins Zentrum nicht gehört. Ohne jede Spur von Bedauern, aber nicht ohne das Gefühl der Erleichterung sehen wir ihn scheiden.

Herr v. Huene erläßt in der „Schlesischen Volkszeitung“ eine Erklärung, in der er sagt, er habe eine Kandidatur für den Bezirk Glatz nicht angenommen, und fährt dann also fort:

Nachdem nun aber der Wahlaufruf der Zentrumsfraktion den Widerspruch gegen den von mir aus voller sachlicher Ueberzeugung gestellten und vertretenen Antrag als das Feldzeichen des Zentrums in der Wahlschlacht hingestellt hat und ich aus Zentrumskreisen aufgefordert bin, mich näher zu erklären, so spreche ich hiermit offen aus, daß ich mich verpflichtet halten würde, eine auf mich etwa fallende Wahl anzunehmen, um meine Stimme im Reichstage für eine Vorlage abzugeben, deren Annahme ich zur Sicherheit des Vaterlands unbedingt notwendig erachte.

In Köln findet eine zahlreiche Versammlung von Mitgliedern der Zentrumspartei unter Vorsitz des Grafen Hompesch statt.

Hauptredner ist Abgeordneter Fuchs, der unter anderm sagt: Das Zentrum ist erstarkt durch das Programm, das es vertritt, und bildet eine undurchdringliche Mauer gegen alle Angriffe, die da kommen mögen. Das Zentrum trete als Volkspartei für die Interessen der Arbeiter, der Handwerker, Landwirte u. s. w. ein und suche jedem Teil gerecht zu werden. Interessenpolitik dürfe nicht aufkommen; wenn diese in den Vordergrund träte, würde der Turm des Zentrums zerfallen. Das werde so leicht nicht eintreten, denn mit dem Zentrum stehe und falle das gesamte katholische Volk. Dr. Lieber sagt in seiner Rede: Das Zentrum dürfe keiner Interessenpolitik huldigen, dadurch würde Anstoß zur Bildung von Interessengruppen gegeben. Wir dankten dafür, daß man uns zu einem katholischen Taubenschlag degradiren wollte, in dem da aus- und einfliegen kann, was Flügel hat; wer zur Zentrumspartei gehören wolle, müsse sich in allen wichtigsten Punkten auch voll und ganz auf den Boden des politischen Programms der Partei stellen, das Zentrum werde in alter Stärke und in noch größerer Festigkeit in den neuen Reichstag einziehen.

29. Mai. Eine von 800 Personen besuchte Versammlung des „Westfälischen Bauernvereins" in Nordkirchen spricht sich für v. Schorlemers Richtung aus.

30. Mai. v. Schorlemer empfängt von Landwirten aus Coesfeld eine Dankadresse für sein Verhalten in der Versammlung vom 24. Mai in Münster. Die Handwerksmeister in Münster erlassen eine offene Erklärung gegen v. Schorlemer. Sie weisen seine „Aufforderung zum Abfall vom Zentrum" als eine Beleidigung des ehrbaren Handwerks entschieden ab.

5. Juni. Eine größere Zahl rheinischer Katholiken erläßt eine Erklärung, in der es heißt:

Das Verhalten der Mehrheit der Zentrumsfraktion bei der Abstimmung über den v. Hueneschen Antrag war, namentlich aber in Rücksicht auf die Stellung der Katholiken in unserm Vaterlande, ein unpolitisches. Indem sie die Wehrhaftigkeit des Reiches nicht zu der den gegenwärtigen politischen Verhältnissen entsprechenden Entwicklung gelangen ließ, schwächte sie ihrerseits die Sicherheit unsrer Grenzen; sie gab den Gegnern der Katholiken Waffen in die Hand, mit denen man dereinst deren Stellung in Staat und Reich bekämpfen wird, und sie entfernte sich von dem traditionellen konservativen Boden, in dem die katholischen Bestrebungen wurzeln sollen. Der Umstand, daß von den rheinischen Abgeordneten des Zentrums bei jener Abstimmung nur zwei auf die Seite der Reichsregierung traten, kann hinsichtlich der

Stimmung der Bevölkerung der Rheinlande zu dem Urteil führen, daß hier in den weitesten katholischen Kreisen das Verständnis für die Notwendigkeit der Forderungen der Regierung fehle, oder daß die Neigung zu Opposition den politischen Blick der Rheinländer trübe. Dieser Auffassung müssen wir unserseits entschieden entgegentreten. Wir können nicht zugeben, daß man im Reiche wie draußen die Stellung der rheinischen Katholiken zu der Militärvorlage ähnlich beurteile, wie diejenige der Bevölkerung Elsaß-Lothringens. Wir anerkennen gern die erfolgreiche seitherige Thätigkeit des Zentrums und danken ihm für die mannhafte Verteidigung unsrer verfassungsmäßigen Rechte, wir pflichten auch dem jüngst erlassenen Wahlaufrufe in den meisten Punkten bei, allein wir beklagen es mit einem nicht unbeträchtlichen Teile der rheinischen Katholiken aufs tiefste, daß die Mehrheit des Zentrums in der Bewilligung der Leistungen für die Wehrkrafterhaltung des Reiches nicht über dasjenige hinausgehen wollte, was für die Durchführung der zweijährigen Dienstzeit innerhalb der gegenwärtigen Präsenz erforderlich sein würde.

In Arzbach bei Ems hält das Zentrumsmitglied Lieber eine Rede, über deren Inhalt die „Kölnische Zeitung" folgendes berichtet:

Er erklärte, das Zentrum habe auf eine Auflösung des Reichstags hingetrieben; hier habe man den einzigen Fall, daß der ungebildete Mann mit dem gleichen Gewichtsanteil an die Entscheidung öffentlicher Angelegenheiten herantrete wie der gebildete. Er wolle nicht, daß das deutsche Geld in den Dreck geworfen werde. Denn auf seine Frage, ob wir nach Annahme der Militärvorlage auch unbedingt gegen alle Möglichkeiten der Zukunft gesichert seien, habe man ihm erwidert, eine solche Frage könne kein Mensch mit einem einfachen Ja beantworten. Unsre Soldaten und Offiziere würden um so eifriger sein, wenn sie einer Mehrzahl von Feinden gegenüber ständen. Dafür weise die Geschichte genügende Beispiele auf. Ein spanischer Fürst, der heilig gesprochen sei, habe viele erfolgreiche Kriege gegen die Sarazenen geführt. Da habe sein Kanzler verlangt, um die Sarazenen gänzlich zu vertreiben, solle er mehr Soldaten ausheben. Darauf habe der Fürst erwidert, der Fluch einer armen Witwe gelte ihm mehr, als die Vertreibung von zehntausend Sarazenen.

Die „Kölnische Zeitung" meldet ferner, Lieber habe jüngst in einer Wahlversammlung zu Reuß die demagogische Taktik durch folgende Erwägung gerechtfertigt: „Wir alte Zentrumsleute sind freilich schon damit zufrieden, die Bullenbeißer zu machen, weil wir uns bewußt sind, daß man oben keine Küsse mit uns austauschen wird, wenn wir unten nicht die Waden bedrohen." — Die „Kölnische Zeitung" sagt ferner: Eine merkwürdige Umwandlung . . . hat der alte Preußenruf „Mit Gott für König und Vaterland" soeben in dem Wahlkreise Fusangels erfahren. Wie wir dem „Märkischen Sprecher" entnehmen, eröffnet nämlich die ultramontane „Süderländische Volkszeitung" den Wahlkampf zu Gunsten Fusangels mit einem stimmungsvollen Aufruf, der also schließt: „Hie Huene — hie Fusangel! lautet für uns die Parole, und da fällt die Entscheidung nicht schwer. Mit Gott für Vaterland und Fusangel in den Wahlkampf, der hoffentlich diesmal ein ganz einmütiger ist."

8. Juni. Die „Schlesische Volkszeitung" richtet sich gegen die „Germania," weil diese für den Major Szmula als Kandidaten auftrete, und bemerkt, dieser sei lediglich Kandidat der nationalpolnischen Blätter Oberschlesiens. Daß er fallen gelassen worden ist, hat seinen Grund nicht in der Militärvorlage, sondern darin, daß er die Seele und die treibende

Kraft der nationalpolnischen Hetzbewegung in Oberschlesien ist. Ein Organ Szmulas führe aus, daß die Geistlichen, so lange sie das katholische Volk im Kulturkampf brauchten, es „gestreichelt" und mit „süßen Wörtlein" gefüttert hätten. Jetzt, als durch des Volkes Kraft für die Kirche und für die Geistlichen bessere Zeiten gekommen seien, heut, o Volk, sage das Blatt, „wo du selbst dich erheben willst aus deiner Niedrigkeit, aus deiner traurigen Lage, heut haben dich auch deine Priester verlassen. Weine, du polnisches und mährisches Volk, weine über deine Erniedrigung." Das sei die Sprache der oberschlesischen polnischen Organe Szmulascher Richtung. „Und diese Hetzblätter, denen die geistliche Autorität nichts mehr gilt, geberden sich heute als die echten Zentrumsblätter und werfen den Geistlichen Abfall vom Zentrum vor."

12. Juni. Fürst Karl von Isenburg-Birstein giebt eine Schrift heraus mit dem Titel: „Ist die heutige Zentrumsfraktion des deutschen Reichstags noch die wirkliche Vertreterin des katholischen Volkes?" Diese Frage wird nachdrücklich verneint.

In der Schrift wird u. a. gesagt: Der Wahlaufruf der Zentrumspartei verstößt gegen die Grundsätze, die die Zentrumsfraktion in ihrem jetzigen Aufruf als ihr eigen proklamirt, denn er verträgt sich nicht mit der stets so hoch gehaltenen Gewissensfreiheit. Bewährte Männer aus der Fraktion haben mir bitter geklagt, daß sie nicht imstande wären, die durch die Presse dem katholischen Volke aufgedrungene Meinung zu bekämpfen. In recht flagranter Weise haben sich diese Mißstände bei Gelegenheit der Militärvorlage gezeigt. Noch ehe die Kommission getagt hatte, erklärte die katholische Presse, daß das Zentrum einstimmig gegen die Vorlage stimmen werde. Wie schwer es unter solchen Verhältnissen auch energischen Charakteren wird, einer in dieser Weise vorbereiteten Stimmung ihrer Parteigenossen gegenüber zu treten, bedarf wohl keiner besonderen Auseinandersetzung.

Der „Westfälische Merkur" spricht sich gegen die Verteidigung der Militärvorlage also aus:

Es wird wohl so schlimm nicht werden! Die Beschwichtigungsräte gehen umher. Schlaf, Michel, schlaf! Es handelt sich „nur" um 53000 Rekruten und 55 Millionen. Die Kosten decken wir, ohne daß du etwas davon merkst. Dann ist das Vaterland endgiltig gerettet! Allgemeine Dienstpflicht — doch bewahre, die kommt nicht. Nur die 53000, weiter nichts. Die Dummen werden nicht alle, und deshalb stirbt auch die Vertrauensseligkeit nicht aus.

m.

Deutsch-hannoversche Partei.

12. Mai. In Hannover findet eine Wählerversammlung dieser Partei statt, über die der „Niedersächsischen Zeitung" folgendes zu entnehmen ist:

Der frühere hannoversche Minister v. Hodenberg führt in seiner Rede aus, daß nüchterne Ueberlegung und gesunder Menschenverstand im Reichstag gesiegt hätten. Nüchternheit und gesunder Menschenverstand sagten, daß man nicht so viel für Soldaten ausgeben dürfe, daß alle darunter schwer leiden müßten. Wenn jährlich zehn Prozent zuviel ausgegeben werden, so

sei nach zehn Jahren der Bankrott da. — Landschaftsrat v. d. Decken-Rutenstein: Anfangen und vollenden ist der alte Welfenwahlspruch. Es liegt an uns, daß wir das jetzt Angefangene auch zum Vollenden bringen. Die Ablehnung wurde uns im Reichstage leicht gemacht; die Vorlage war so gut wie gar nicht motivirt.... Jetzt fühlen wir Gottlob einen frischen Luftzug: die Deutschen sind sich bewußt geworden, daß sie Deutsche sind; die Preußen können hingehen, wo sie hingehören. Redner drückte dann seine Freude aus, daß das Zentrum fest geblieben ist und alles abgelehnt hat, nachdem die Schlesier von demselben abgefallen sind. Auch der Freisinn hat abgelehnt, ist aber darnach in zwei Hälften zerfallen. Wir Deutschhannoveraner sind einig geblieben. Der Urgrund liegt im Jahre 1866. Wäre jener „Unglücksmensch" nicht gewesen, der damals alles über den Haufen warf, nie wären derartige Krisen eingetreten. Deutschland war dem altmärkischen Junker gleichgiltig, aber er wollte alles beherrschen, deshalb mußte annektirt werden. Doch die Niedersachsen kannte er nicht. Schon Barbarossa wollte annektiren, aber die Anhänger Heinrichs des Löwen sprachen: Lieber welfisch sterben, als kaiserlich verderben. Die Militärvorlage wäre, wenn die Regierung auf kluge Weise mit den Parteien Fühlung gesucht hätte, vielleicht angenommen. Redner freut sich aber, daß es so nicht gekommen ist. Wir dürfen nicht mit Uebermut in den Wahlkampf gehen; wir kennen die Bosheit der Gegner; Gründe hören sie nicht an. Die Generale wollten gern ihren „frischen, fröhlichen Krieg" mit Lorbeeren und Dotationen haben, wir aber wollten den Frieden. Deshalb haben wir die unglückselige Vorlage abgelehnt. — Rechtsanwalt Dannenberg: Ich glaube nicht, daß die Rettung des Vaterlandes von dieser Bewilligung abhängt, glaube nicht, daß die französische Republik seit der Ablehnung nur auf den günstigen Augenblick lauert, über Deutschland herzufallen. Derartiges denkt und sagt nur, wer schon selbst hinter dem Ofen gesessen hat, wie Bismarck 1866 und 1870. Eine Republik ist an sich schon friedlich und hetzt so leicht keinen Gegner durch „Emser Depeschen" in den Krieg. Man sagt ferner, wir müssen so stark sein, daß wir Oesterreich entbehren können, denn die Bündnisse halten nur so lange, als die Interessen gemeinsam sind, als sie Vorteil bringen. Auch das sagt nur, wer schon hinter dem Ofen gesessen hat. Man sagt, von Militärsachen versteht ihr nichts! Ein Preuße muß in seinem beschränkten Unterthanenverstande Ja sagen, wenn seine Generale behaupten, die Soldaten sind notwendig, wenn sie kommandiren. Mit dieser Logik haben die „Reichstreuen" 1887 das deutsche Volk in der Mehrzahl, uns nicht, betrogen. Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, heißt es!.. Man macht den Gegnern der Vorlage einen Vorwurf daraus, daß sie durch ihr Verhalten das deutsche Volk um die zweijährige Dienstzeit gebracht hätten. Auch das ist fauler Zauber. Ich habe noch nie gehört, daß der preußische Militärstaat dem deutschen Volke je einen Gefallen gethan hätte in militärischen Dingen. Wenn man nach langem Zaudern die verkürzte Dienstzeit dem Einzelnen angeboten hat, so ist das erst geschehen, nachdem man sich auf Kosten des ganzen Volkes gehörig entschädigt hatte.... Für mich ist dies alles übrigens noch lange nicht so bedeutungsvoll als die Thatsache, daß der Reichstag jetzt wieder gerade wie 1886/87 aufgelöst ist, weil er von seinem gesetzlichen Rechte, in militärischen Dingen ernstlich mitzureden und darin andrer Meinung zu sein, als die preußische Regierung, Gebrauch gemacht hat. Läßt das deutsche Volk auch jetzt wieder ruhig seine Vertreter so behandeln, dann ists mit unsern letzten Rechten aus, der Reichstag wird überflüssig und zu einer reinen Geldbewilligungsmaschine. Es ist preußischer Grundsatz,

daß die Volksvertreter in militärischen Fragen mit dem preußischen beschränkten Unterthanenverstande behaftet sind. Deshalb darf man ihren kleinsten Wünschen auch nicht entsprechen.... Das neue Reich ist nicht des deutschen Volkes wegen, sondern zum Schutze der preußischen Eroberungen von 1866 gegründet, und darum muß jetzt Deutschland, wie Moltke sagte, fünfzig Jahre Gewehr bei Fuß stehen. Preußen kann deshalb die großen Geldmenschen mit ihren Aktiengesellschaften, Banken, Fabriken, die ihm 1866 geholfen, auch heute nicht entbehren. Es wird sie nicht vor den Kopf stoßen durch Aufhebung der ihnen später zur Belohnung gegebenen Gesetze! So lange die unberechtigte, auf Kosten des Gesamtvaterlandes errichtete und erhaltene Vorherrschaft Preußens nicht auf das rechte Maß zurückgeführt ist, werden unsre Zustände und damit die Lage des Handwerks nicht besser.

7. Juni. In einer welfischen Wahlversammlung in Geestemünde erklärt der Agitator Brinkmann aus Hannover auf die Nachricht, daß der Herzog von Cumberland die ablehnende Haltung der Welfenpartei gegenüber der Militärvorlage mißbillige, folgendes:

Wenn der Herzog nicht im Sinne der „deutschhannoverschen Partei" handeln wird, so werden wir einfach unsre eignen Wege zu gehen haben; das Hemd ist uns näher wie der Rock. Wir haben die Interessen des Volkes wahrzunehmen und nicht das Wohl und Wehe des Herzogs von Cumberland.

10. Juni. In einer von Welfen einberufenen Wahlversammlung von 1000 bis 1200 Personen, die zu mindestens Dreiviertel der sozialdemokratischen Partei angehören, erklärt Brinkmann aus Hannover, daß bei allen wichtigen Abstimmungen im Reichstage Welfen und Sozialdemokraten Hand in Hand gegangen seien, nur über Religion und Monarchie gingen ihre Ansichten auseinander.

12. Juni. In einer Wählerversammlung in Hannover tritt wiederum v. Dannenberg auf. Mehrere Blätter hatten gemeldet, er habe in einer zu Linden gehaltenen Wahlrede geäußert: „Nach meiner Meinung ist es besser, wir verlieren einen Krieg, als daß wir noch einen Groschen für das Militär ausgeben." Nunmehr faßt er die Aeußerung dahin, wenn Preußen einen Krieg verlöre, so sei das besser, als wenn Deutschland durch den Militarismus zur sozialen Revolution getrieben würde.

18. Juni. Acht Männer erklären mit ihren Namen öffentlich:

Der Kandidat der deutschhannoverschen Partei, v. Dannenberg, verwahrt sich im „Hannoverschen Tageblatt" und „Hannoverschen Anzeiger" dagegen, daß er die Aeußerung „Besser einen Krieg verlieren, als noch einen Groschen für das Militär bewilligen" in der vor vierzehn Tagen abgehaltenen Lindener Wählerversammlung im „Posthorn" gethan habe, und erklärt die gegenteiligen Nachrichten für eine „böswillige Entstellung." Dem gegenüber erklären die Unterzeichneten, die an der bezeichneten Versammlung teilge-

nommen haben: „Die fragliche Auslassung ist in ihrem ersten Teile buchstäblich, in ihrem zweiten Teile mindestens dem Sinne nach vollkommen richtig wiedergegeben. Aus den Ausführungen des Rechtsanwalts ging vollkommen unzweideutig hervor, daß v. Dannenberg einen unglücklichen Krieg der Bewilligung der Militärvorlage vorzieht."

n.

Sozialdemokratische Partei.

13. Mai. Das Hauptorgan „Vorwärts" in Berlin spricht sich also aus:

Wir wissen, daß dieser jetzt beginnende Wahlkampf so leidenschaftlich und so erbittert geführt werden wird, daß er nur der Beginn schwerer innerer Kämpfe ist, die sich um die Frage drehen: Wer herrscht in Deutschland — das Volk oder ein Häuflein bevorzugter Leute, die ihre Sonderinteressen als Staatszweck betrachten? Soll Deutschland eine einzige große Kaserne werden, mit Arbeitshaus und Zuchthaus daneben, oder soll es ein Kulturstaat sein? Soll der Militärstaat den Intelligenzstaat verschlingen? Ist der Wille einzelner Personen oberstes Gesetz, oder der Wille des Volkes, der sich ausdrückt durch den Wahrspruch der Millionen von Wählern? Ist das allgemeine Wahlrecht das Grundrecht des Reiches, oder nur eine verlogene Umhüllung der Pickelhaube? Mit einem Wort: Ist das deutsche Volk mündig oder nicht? Das — in verschiednen Formen sich darstellend, ist die Frage, über die das deutsche Volk zu entscheiden hat.

20. Mai. Dasselbe Blatt wendet sich also an die Wähler:

Das Vaterland, das soll heißen das Sonderinteresse und der autokratische Wille jener Gruppen, die von sich denken: Wir sind das Vaterland, wir sind der Staat. Das Vaterland ist unsertwegen da, es ist dazu da, um uns die Taschen mit Liebesgaben zu füllen; es ist dazu da, um vermittelst Korn- und sonstiger Schutzzölle Millionäre aus uns zu machen, um unsre Söhne zu versorgen, um uns das Ausbeutergeschäft zu sichern und zu erleichtern, um unsre Millionen zu bewachen und zu vermehren, um jeden, der uns, die „Auserwählten," die „Blüte," die „Edelsten der Nation," die „besten Männer," in unserm patriotischen Ausbeutergeschäft stört, ins Gefängnis zu werfen oder in „echt militärischem Geist" über den Haufen zu schießen. Sobald das Wort Vaterland in den politischen Kampf geschleudert wird, dürfen wir überzeugt sein, daß es sich um irgend eine Schelmerei oder Niedertracht handelt, die in den Falten des „Prachtmantels": Patriotismus versteckt werden soll.

26. Mai. „Vorwärts" spricht sich über die Bedeutung des Reichstagsbeschlusses vom 6. Mai also aus:

Dieser Beschluß war die Kriegserklärung an den Militarismus und an das System, dem er entsprossen. Es war ein erlösendes Wort, eine erlösende That für alle Völker, denen seit Jahrzehnten von dem menschen- und völkermordenden Moloch das beste Mark ausgesogen wird. Fällt in Deutschland der Militarismus, wird er in seiner eignen Heimat zertrümmert, so hat auch für die übrigen Völker die Stunde der Befreiung von dem Moloch geschlagen. Und die Völker jubelten. Es war ein Wetterleuchten der Zivilisation aus der Nacht der Blut- und Eisenbarbarei, ein Sieg der Menschlichkeit, ein Hoffnungsstrahl den unterdrückten, erdrückten

Völkern — eine Kulturthat, die das Ansehen Deutschlands tausendmal mehr gehoben hat, als alle blutigen Siege, die jemals unsre Heere erfochten. Wir sind stolz, daß in Deutschland der lähmende Zauber gebrochen worden ist. Wir sind stolz auf die Anerkennung und Sympathien des Auslandes — denn sie gelten einer guten Sache.

Der „Nationalrat" der französischen Arbeiterpartei richtet an die deutschen Sozialdemokraten eine Zuschrift, in der es heißt:

Der Kampf, den euer Freund Liebknecht, euer Abgesandter auf dem letzten Kongreß zu Marseille uns ankündigte, ist entbrannt. Ihr, die ihr das zahlreichste und bestgeschulte Armeekorps des internationalen Sozialismus bildet, liefert dem Militarismus, der Europa zu Grunde richtet und den Frieden bedroht, eine offene Feldschlacht. Mit Spannung verfolgen wir den Fortgang eures Wahlkampfes, denn Großes erwarten wir von eurem Siege, wir Franzosen und internationalen Sozialisten. Euer Sieg wird die Militärpartei tötlich treffen. Euer Sieg wird für die internationalen Sozialisten ein Pfand dafür sein, daß in absehbarer Zeit aufgeräumt werden wird mit dem System der riesigen stehenden Heere, die das Los der Völker von höfischen Launen und den Spekulationen kosmopolitischer Geldmänner abhängig machen, jene stehenden Heere, die die Soldaten ihrer politischen Rechte berauben, die unsre Brüder im Waffenrock unter die eiserne Zucht des leidenden Gehorsams beugen. Die Errichtung des Volksheeres wird die entscheidende That sein, die den Grund legt zu den Vereinigten Staaten von Europa, die wir vereinigt mit euern 83 Abgesandten im Jahre 1889 auf dem denkwürdigen Pariser Kongreß gefordert haben, der dem Proletariat das Losungswort des ersten Mai gegeben hat und der Kapitalistenklasse die Gemeinsamkeit der Ideen und der Aktion der Arbeiterklasse zweier Welten vor Augen geführt hat.

2. Juni. Das Pariser „Journal des Debats" sagt, der deutsche Sozialistenführer Liebknecht habe in Metz erklärt, daß er die Eroberung von Elsaß-Lothringen für den größten politischen Fehler halte, den Deutschland je gemacht habe, und daß er für die friedliche Herausgabe desselben sich ausspreche. Er habe dem französischen Korrespondenten ausdrücklich gesagt: „Der Militärstaat Deutschland hat euch Elsaß-Lothringen entrissen, der Sozialistenstaat wird es euch zurückgeben, ich optire für Metz."

14. Juni. Der „Schwäbische Merkur" berichtet:

In der am 11. Juni in Degerloch gehaltenen Wahlversammlung, in die Sozialdemokraten eindrangen, hat einer ihrer Genossen unter dem tobenden Beifall aller Sozialdemokraten öffentlich erklärt, daß sie „lieber französisch als preußisch" sein wollen. Am Tage zuvor haben im Dorfe Bonlanden die Sozialdemokraten in der öffentlichen Wählerversammlung Aeußerungen fallen lassen, wie folgende: „Wenn wir französisch wären, so wäre es viel besser, als es jetzt ist" und ferner: „Revolutionäre sind wir im vollsten Sinne des Wortes." Und in Oehringen hat am selben Tag ein sozialdemokratischer Wähler bekannt: „Mir wärs eins, wenn die Franzosen gleich morgen kämen; wenn sie uns schon 1870 eingesackt hätten, wärs besser gewesen, als daß wir jetzt von den verfluchten Preußen ausgesaugt werden."

o.

Aus der Bewegung in Bayern.

Im Vordergrunde steht die immer entschiedener werdende Opposition der Bauernversammlungen gegen die Zentrumspartei. Als Beispiel, wie es in solchen hergeht, berichtet die „Kreuzzeitung" über folgende:

7. Mai. Bauernversammlung in Oberelsbach. Der Obmann des demokratischen Volksvereins hatte dieselbe einberufen und begründete dessen Programm. Darauf entgegnete der Pfarrer von Bastheim in schneidiger Weise und hatte als überlegener Redner leichtes Spiel. Durch den Erfolg kühn gemacht, glaubte der Pfarrer die Versammlung in der Tasche zu haben und fragte sie: wie sie zu dem Programm Stellung nehme. Es erfolgte ein einmütiger Protest. Bürgermeister Pörtner erklärte: „Wir wählen, wen wir wollen. Wir wählen und machen uns unsre Partei selber. Wir wählen das Bessere und nehmen einen Landwirt. Wir haben es satt, uns von einseitigen und selbstsüchtigen Strebern am Nasenring führen zu lassen. Wenn es uns auch jährlich etwas kostet, so treten wir doch dem fränkischen Bauernbunde bei!" Allgemeiner Beifall folgte diesen Worten. Pfarrer Gerber bat die Bauern, doch dem neuen christlichen Bauernverein beizutreten. Nun erhob sich ein einmütiger und entschiedener Widerspruch. Die Bauern schrieen: Das ist Bauernfängerei. Das Zentrum will uns wieder zum Stimmvieh haben. Es handelt sich um keine Religion, unser Geldbeutel ist in Gefahr, der fränkische Bauernbund ist selbständig, wir hängen uns nicht an die Rockschöße einer Partei. Nieder mit den Zentrumspreußen! Die Erregung war ganz ungeheuerlich.

9. Mai. Der „Reichsherold" berichtet, das Siglsche „Bayrische Vaterland" habe stark an Verbreitung gewonnen. Der Haß gegen Preußen nehme rasch zu. Der Gedanke einer Trennung von Preußen finde leider nur allzuviel Anklang. Schreibe doch Sigl schon ganz deutliche Absagebriefe an das „deutsche Reich der Juden, Schulden und Soldaten." — Das „Bayrische Vaterland" schreibt: „Der nächste Krieg soll Preußen zum Alleinherrscher im deutschen Reiche machen, dann müssen wir Bayern Millionen an Geld und Hunderttausende des besten Menschenmaterials opfern. Darum hat dieser Zukunftskrieg für Bayern eine ganz besondre Bedeutung, er entscheidet über unser Sein oder Nichtsein. Endigt dieser Krieg mit unsrer Niederlage, dann mag es wohl aus sein mit dem deutschen Reich, der Sieger hat jedoch ein großes Interesse daran, Bayern zu schonen. Geht jedoch Deutschland als absoluter Sieger aus dem Kampfe hervor, wie im letzten Kriege — was wird dann aus Bayern? Eine königlich preußische Provinz! Ein siegreicher Krieg wäre für Bayern das — Ende."

18. Mai. Der „Nationalzeitung" geht folgender Bericht aus Bayern zu:

Unter sämtlichen deutschen Ländern bietet jetzt Bayern bei dem Reichstagswahlkampf weitaus das Bild der wildesten Verwirrung dar. Hier war lange die Zentrumspartei die Decke, unter der sich die verschiedensten anders gearteten Elemente bewegten; vor allem der bis zur direkten Reichsfeindlichkeit gesteigerte extreme Partikularismus, dann aber Agrardemokratie, Antisemitismus, allgemeiner Radikalismus. Dieser ist in Bayern weit ver-

Völkern — eine Kulturthat, die das Ansehen Deutschlands tausendmal mehr gehoben hat, als alle blutigen Siege, die jemals unsre Heere erfochten. Wir sind stolz, daß in Deutschland der lähmende Zauber gebrochen worden ist. Wir sind stolz auf die Anerkennung und Sympathien des Auslandes — denn sie gelten einer guten Sache.

Der „Nationalrat" der französischen Arbeiterpartei richtet an die deutschen Sozialdemokraten eine Zuschrift, in der es heißt:

Der Kampf, den euer Freund Liebknecht, euer Abgesandter auf dem letzten Kongreß zu Marseille uns ankündigte, ist entbrannt. Ihr, die ihr das zahlreichste und bestgeschulte Armeekorps des internationalen Sozialismus bildet, liefert dem Militarismus, der Europa zu Grunde richtet und den Frieden bedroht, eine offene Feldschlacht. Mit Spannung verfolgen wir den Fortgang eures Wahlkampfes, denn Großes erwarten wir von eurem Siege, wir Franzosen und internationalen Sozialisten. Euer Sieg wird die Militärpartei tötlich treffen. Euer Sieg wird für die internationalen Sozialisten ein Pfand dafür sein, daß in absehbarer Zeit aufgeräumt werden wird mit dem System der riesigen stehenden Heere, die das Los der Völker von höfischen Launen und den Spekulationen kosmopolitischer Geldmänner abhängig machen, jene stehenden Heere, die die Soldaten ihrer politischen Rechte berauben, die unsre Brüder im Waffenrock unter die eiserne Zucht des leidenden Gehorsams beugen. Die Errichtung des Volksheeres wird die entscheidende That sein, die den Grund legt zu den Vereinigten Staaten von Europa, die wir vereinigt mit euern 83 Abgesandten im Jahre 1889 auf dem denkwürdigen Pariser Kongreß gefordert haben, der dem Proletariat das Losungswort des ersten Mai gegeben hat und der Kapitalistenklasse die Gemeinsamkeit der Ideen und der Aktion der Arbeiterklasse zweier Welten vor Augen geführt hat.

2. Juni. Das Pariser „Journal des Debats" sagt, der deutsche Sozialistenführer Liebknecht habe in Metz erklärt, daß er die Eroberung von Elsaß-Lothringen für den größten politischen Fehler halte, den Deutschland je gemacht habe, und daß er für die friedliche Herausgabe desselben sich ausspreche. Er habe dem französischen Korrespondenten ausdrücklich gesagt: „Der Militärstaat Deutschland hat euch Elsaß-Lothringen entrissen, der Sozialistenstaat wird es euch zurückgeben, ich optire für Metz."

14. Juni. Der „Schwäbische Merkur" berichtet:

In der am 11. Juni in Degerloch gehaltenen Wahlversammlung, in die Sozialdemokraten eindrangen, hat einer ihrer Genossen unter dem tobenden Beifall aller Sozialdemokraten öffentlich erklärt, daß sie „lieber französisch als preußisch" sein wollen. Am Tage zuvor haben im Dorfe Bonlanden die Sozialdemokraten in der öffentlichen Wählerversammlung Aeußerungen fallen lassen, wie folgende: „Wenn wir französisch wären, so wäre es viel besser, als es jetzt ist" und ferner: „Revolutionäre sind wir im vollsten Sinne des Wortes." Und in Oehringen hat am selben Tag ein sozialdemokratischer Wähler bekannt: „Mir wärs eins, wenn die Franzosen gleich morgen kämen; wenn sie uns schon 1870 eingesackt hätten, wärs besser gewesen, als daß wir jetzt von den verfluchten Preußen ausgesaugt werden."

o.

Aus der Bewegung in Bayern.

Im Vordergrunde steht die immer entschiedener werdende Opposition der Bauernversammlungen gegen die Zentrumspartei. Als Beispiel, wie es in solchen hergeht, berichtet die „Kreuzzeitung" über folgende:

7. Mai. Bauernversammlung in Oberelsbach. Der Obmann des demokratischen Volksvereins hatte dieselbe einberufen und begründete dessen Programm. Darauf entgegnete der Pfarrer von Bastheim in schneidiger Weise und hatte als überlegener Redner leichtes Spiel. Durch den Erfolg kühn gemacht, glaubte der Pfarrer die Versammlung in der Tasche zu haben und fragte sie: wie sie zu dem Programm Stellung nehme. Es erfolgte ein einmütiger Protest. Bürgermeister Pörtner erklärte: „Wir wählen, wen wir wollen. Wir wählen und machen uns unsre Partei selber. Wir wählen das Bessere und nehmen einen Landwirt. Wir haben es satt, uns von einseitigen und selbstsüchtigen Strebern am Nasenring führen zu lassen. Wenn es uns auch jährlich etwas kostet, so treten wir doch dem fränkischen Bauernbunde bei!" Allgemeiner Beifall folgte diesen Worten. Pfarrer Gerber bat die Bauern, doch dem neuen christlichen Bauernverein beizutreten. Nun erhob sich ein einmütiger und entschiedener Widerspruch. Die Bauern schrieen: Das ist Bauernfängerei. Das Zentrum will uns wieder zum Stimmvieh haben. Es handelt sich um keine Religion, unser Geldbeutel ist in Gefahr, der fränkische Bauernbund ist selbständig, wir hängen uns nicht an die Rockschöße einer Partei. Nieder mit den Zentrumspreußen! Die Erregung war ganz ungeheuerlich.

9. Mai. Der „Reichsherold" berichtet, das Siglsche „Bayrische Vaterland" habe stark an Verbreitung gewonnen. Der Haß gegen Preußen nehme rasch zu. Der Gedanke einer Trennung von Preußen finde leider nur allzuviel Anklang. Schreibe doch Sigl schon ganz deutliche Absagebriefe an das „deutsche Reich der Juden, Schulden und Soldaten." — Das „Bayrische Vaterland" schreibt: „Der nächste Krieg soll Preußen zum Alleinherrscher im deutschen Reiche machen, dann müssen wir Bayern Millionen an Geld und Hunderttausende des besten Menschenmaterials opfern. Darum hat dieser Zukunftskrieg für Bayern eine ganz besondre Bedeutung, er entscheidet über unser Sein oder Nichtsein. Endigt dieser Krieg mit unsrer Niederlage, dann mag es wohl aus sein mit dem deutschen Reich, der Sieger hat jedoch ein großes Interesse daran, Bayern zu schonen. Geht jedoch Deutschland als absoluter Sieger aus dem Kampfe hervor, wie im letzten Kriege — was wird dann aus Bayern? Eine königlich preußische Provinz! Ein siegreicher Krieg wäre für Bayern das — Ende."

18. Mai. Der „Nationalzeitung" geht folgender Bericht aus Bayern zu:

Unter sämtlichen deutschen Ländern bietet jetzt Bayern bei dem Reichstagswahlkampf weitaus das Bild der wildesten Verwirrung dar. Hier war lange die Zentrumspartei die Decke, unter der sich die verschiedensten anders gearteten Elemente bewegten; vor allem der bis zur direkten Reichsfeindlichkeit gesteigerte extreme Partikularismus, dann aber Agrardemokratie, Antisemitismus, allgemeiner Radikalismus. Dieser ist in Bayern weit ver-

breiteter, als man vielfach glaubt. Die über das ganze verworrene Gebrodel gebreitete Zentrumsdecke ist jetzt geborsten, obgleich am 6. Mai nur v. Pfetten den Mut eines Votums für den Antrag Huene fand; eingestandenermaßen ist für die verneinende Abstimmung des Grafen Preysing und zahlreicher andrer Zentrumsabgeordneten aus Bayern die Besorgnis um die Erhaltung jener Decke maßgebend gewesen, unter der so viele ungefüge und unberechenbare Elemente lauerten. Aber die Decke ist doch geborsten, und die bayrische Zentrumspartei erntet jetzt, was sie durch die Art ihrer Wahlagitation seit Jahrzehnten gesäet hat. Das jetzt äußerst rührige Agrariertum vereinigt zwar mancherlei Elemente, aber im wesentlichen ist es demokratisch geartet. Es besitzt eine scharf gegen das Beamtentum und damit doch auch gewissermassen gegen den Staat gerichtete Tendenz. Seit Jahrzehnten hat hier die ultramontane Presse das Landvolk gegen die angeblich müßig gehenden Städter und gegen die aus den „Steuergulden" bezahlten Beamten aufgestachelt.

23. Mai. Ueber die Stimmung der bayrischen katholischen Landbevölkerung gegen die Zentrumspartei schreibt ein katholischer Pfarrer aus Niederbayern der „Neuen Bayrischen Landeszeitung":

Die Bauernbewegung reißt bald alles mit. Es muß einer schon an Gehirnverfandung leiden, wenn er noch glaubt, daß bei uns die Herrschaft des Zentrums aufrecht zu erhalten ist. Die wütenden Schimpfereien der Zentrumsblätter über den Bauernbund machen die Anhänger desselben zu unsern (der Geistlichkeit) erbitterten Feinden. Die Redakteure werden von einzelnen Hetzern mit ganz falschen Berichten über die Stimmung der Bevölkerung bedient. Ich stelle mein Amt als Pfarrer über jede Partei. So werde ich der Kirche einen bessern Dienst geleistet haben, als wenn ich durch die Gegnerschaft wider den Bund eine auf die Dauer doch unhaltbare Partei (Zentrum) zu halten versuche.

28. Mai. In einer großen Bauernversammlung zu Pfaffenberg (bei Station Niederlindhard an der Bahn Neufahrn-Straubing) tritt Sigl als Redner auf. Die „Frankfurter Zeitung" berichtet darüber u. a.:

Als er zur Militärvorlage sagte, daß er auf dem Standpunkte stehe: Ueberhaupt keinen Mann und keinen Groschen, brach stürmischer Zuruf aus. Nicht minder, als er sagte, die Zentrumspartei habe im Kulturkampf voll und ehrlich ihre Pflicht gethan, aber sie sei jetzt eine lakaienhafte Bettelpartei geworden, keine Volkspartei mehr. Ebenso brach der Beifall los, als er sagte, ich bin gegen das Zentrum, weil es Bayern an Preußen um kleiner Parteiinteressen wegen verrät. Woher kommen denn die heutigen schweren Rüstungen in Europa? Nur von Preußen. Vor 1866 rüstete es, um über Bayern und Oesterreich herzufallen, dann rüstete man für 1870, das uns die jetzigen traurigen Zustände brachte. Gegen wen soll es jetzt gehen? Wir sind mit „verhältnismäßiger" Freude bei Deutschland. Wir stecken noch den Kopf heraus. Vielleicht schnappt uns Preußen den Kopf auch noch ab. Wenn wir Feinde rings um Deutschland haben, so verdanken wir das nicht unsern bayrischen, sondern den preußischen Eigenschaften. Preußen muß die allgemeine Abrüstung herbeiführen, muß Vertrauen bei unsern Nachbarn wecken, sonst fallen diese, wenn sie die Rüstungen nicht mehr tragen können, eines Tags über uns her, und dann helfen alle Militärvorlagen nichts.

9. Juni. Die „Frankfurter Zeitung" schreibt: Je weiter sich die Bauernbewegung in Südbayern entwickelt, desto weniger Spuren der norddeutschen Schöpfung weist sie auf. Ihr Grundzug ist die Unzufriedenheit mit den allgemeinen schwierigen Lebensverhältnissen und die Reaktion gegen den auf den Bauern liegenden Druck. Es ist nicht der Partikularismus, sondern lediglich die Reaktion gegen die preußische Arbeit im Reiche.

p.

Aus der Bewegung in Württemberg.

9. Juni. Der nationalliberale Kandidat für Stuttgart, Kommerzienrat Siegle, hält vor den Wählern eine Rede, in der er sagt:

Es ist eine Thatsache, daß der Kaiser zuerst dem Projekt des Reichskanzlers in der grundlegenden Frage der Dienstzeit ablehnend gegenüber gestanden, er und mit ihm viele Militärs der alten Schule. Aber der Kaiser hat sich gefügt, er hat, und das ist eine That, die schwerer ins Gewicht fällt als Worte, deren manche flüchtig in der Erregung des Moments gesprochen werden, die Selbstüberwindung zu üben vermocht, auf die eigne Meinung zu verzichten, nachdem er die Ueberzeugung gewonnen, daß die Verstärkung des deutschen Heeres im Sinne der Vorlage notwendig und nur durch die Einführung der zweijährigen Dienstzeit zu erreichen sei. Wohl bin ich mir bewußt, daß, wenn ich so den jetzigen Träger der Kaiserkrone in den Vordergrund stelle, ich auch bei manchem dem Reiche und dem Kaiser treu Gesinnten Bedenken erregen könnte, der sich nicht frei zu machen vermag von dem Eindruck, den andre flüchtige Worte des Kaisers hervorgebracht haben. Aber es darf nicht vergessen werden, daß jene Aeußerungen nach der Seite ihrer bedenklichen Auslegung in den Handlungen des Kaisers nie ihre Bethätigung gefunden haben. Und in der Art, wie der deutsche Kaiser das deutsche Volk anruft, einig zu sein, einig auch mit ihm in einer so großen nationalen Frage, drückt sich das volle Bewußtsein aus, daß heute auch kein Kaiser so hoch gefürstet ist, daß er, ohne von der Zustimmung der Nation getragen zu sein, seiner hohen Aufgabe voll gerecht werden könnte.

Professor Ilg, der in Ravensburg als katholischer, für die Militärvorlage eintretender Kandidat aufgestellt ist, erläßt eine Erklärung, wonach das Verhalten der bisherigen angesehenen Führer der Zentrumspartei ihn veranlaßt habe, einem Kandidaten derselben entgegenzutreten.

q.

Aus der Bewegung in Baden.

9. Mai. Der bisherige Reichstagsabgeordnete, der katholische Dekan Lender in Sasbach spricht sich in einer offnen Erklärung für abermalige Annahme der Militärvorlage aus.

15. Mai. Die nationalliberale Partei erläßt einen Wahlaufruf, in dem es heißt:

24. Juni. Gegen den Ausspruch der „Freisinnigen Zeitung" vom 18. Juni sagt die freisinnige „Nation":

Um die ganze Tiefe dieser politischen Philosophie zu würdigen, denke man sich, daß Mac Mahon nach Sedan oder Benedek nach Königgrätz erklärt hätten: wenn auch die Zerschmetterung ihrer Streitkräfte vorauszusehen gewesen wäre, sie würden doch ihre Marschroute nicht verändert haben. Eine derartige Führerschaft, für die nach bourbonischem Muster die Ereignisse keine logische Existenzberechtigung haben, eröffnet der eignen Partei eine recht rosige Aussicht.

4.

Gesamtergebnis der Reichstagswahlen.

1. Juli. Das Gesamtresultat der Haupt- und Stichwahlen zum Reichstage stellt sich, nach dem „Reichsanzeiger," wie folgt (in Klammern ist der Parteibestand des vorigen Reichstages, dahinter der Gewinn oder Verlust mit + oder — verzeichnet):

Konservative	49	+ 25	=	74	(68)	+	6
D. Reichspartei	11	+ 13	=	24	(18)	+	6
Nationalliberale	15	+ 35	=	50	(42)	+	8
Freis. Vereinigung	3	+ 9	=	12	(68)	—	32
Freis. Volkspartei	0	+ 24	=	24			
Südd. Volkspartei	4	+ 7	=	11	(10)	+	1
Zentrum	81	+ 15	=	96	(105)	—	9
Welfen	0	+ 7	=	7	(10)	—	3
Sozialdemokraten	24	+ 20	=	44	(36)	+	8
Polen	12	+ 7	=	19	(17)	+	2
Antisemiten	3	+ 13	=	16	(6)	+	10
Wild	5	+ 4	=	9	(6)	+	3
Däne	1	+ 0	=	1	(1)		
Els. Protestler	6	+ 1	=	7	(10)		
Els. f. d. Mil.	3	+ 0	=	3			
	217	+ 180	=	397	(397)		

Hiernach haben den Verlust: die Freisinnigen (— 32 Sitze), das Zentrum (— 9 Sitze) und die Welfen (— 3 Sitze), zusammen — 44 Sitze zu tragen. Den Gewinn haben die Konservativen mit + 6, die Reichspartei mit + 6, die Nationalliberalen mit + 8, die Sozialdemokraten mit + 8, die Süddeutsche Volkspartei mit + 1, die Polen mit + 2, die Antisemiten mit + 10 Sitzen, zusammen 41, wozu noch 3 Sitze als Gewinn den sog. Wilden zufallen.

Vierter Abschnitt.

Fürst Bismarck.

11. März. Der Fürst empfängt in Friedrichsruh die Lübecker Turnerschaft. Auf die Anrede ihres Sprechers erwidert er in längerer Rede, in der er hervorhebt, wie sehr die Turnerei mitgewirkt habe als Trägerin des deutschen nationalen Gedankens. Sie habe das nationale Gefühl gepflegt, und er glaube, wir gingen einer Zeit entgegen, wo jeder solche Beitrag von der Nation nur dankbar anerkannt werden könne.

1. April. An seinem 78. Geburtstage empfängt der Fürst 1500 Schleswig-Holsteiner und erwidert auf die Anrede ihres Sprechers:

Es ist für mich eine hohe Freude, aus der Provinz, der ich seit zwei Jahrzehnten angehöre, eine so herzliche Begrüßung zu erhalten. Sie müssen uns Lauenburger doch schon mit einrechnen zu Schleswig-Holstein. Ich habe mich nicht nur nach meinem Besitz, sondern nach meinen ganzen Gewohnheiten in meinem Privatleben als Ihren provinziellen Landsmann aufgefaßt. So ist es mir besonders erfreulich, daß mir solche Kundgebungen zu teil werden. Auch hier gilt das Wort: „Der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande"; in der Ferne findet man mehr Beachtung als in der näheren Nachbarschaft. Um so wohlthuender ist es mir, daß man mir im nachbarlichen Lande solches Wohlwollen erzeigt. Ich bin ja in schleswig-holsteinischen Angelegenheiten kein Neuling. In der Zeit, wo meine politische Laufbahn anfing, waren es die schleswig-holsteinische Frage und die Frage der deutschen Flotte, die ich nie von einander zu trennen vermochte. In Altpreußen herrschte wohl damals nicht das allgemeine Reichsinteresse vor, und mancher war sich nicht klar über den Vorzug unsrer heutigen Situation zu der damaligen. Auf dem Frankfurter Bundestage hatte ich Gelegenheit, in den Akten die schleswig-holsteinische Frage kennen zu lernen als einen „Wurm, der nicht lebt und nicht stirbt." Man wollte wohl Ergebnisse, aber man war nicht gewillt, für sie einzutreten. Schon damals hatte ich das Gefühl, daß die schleswig-holsteinische Frage nicht gelöst werden könne ohne Schwertstreich; und bei der Ordnung meiner Papiere fand ich eine darauf bezügliche plattdeutsche Niederschrift, die lautet: „Dat walt Gott und kolt Isen." An eine andre Lösung habe ich nie geglaubt. Sie herbeizuführen, konnte mir zwar als Bundesdelegirter in Frankfurt nicht gelingen. Preußen war auch nicht gekräftigt genug; es stand allein da und war nicht stark genug, um ohne Bundesgenossen kämpfen zu können. Als ich darauf Minister wurde, mußte ich alle diplomatische Kunst anwenden, um die Sache nicht zu verderben, um sie lebendig zu erhalten und ein Ergebnis herbeizuführen. Die Einverleibung in Preußen war dann ja gewissermaßen eine Annexion, aber Sie müssen mir diese Handlung nicht als Vergewaltigung, sondern als eine Handlung aus Liebe zum Reiche, zu Land und Leuten anrechnen; es war ein Raub, der dem glich, wie die Römer die Sabinerinnen raubten. Damals freilich fand die Einverleibung in manchen Kreisen noch wenig Anklang, aber

mit der Zeit brach sich doch die Ansicht Bahn: „Dat Land un Lüde möt wie hebben.“ Und schließlich erfüllte sich auch die Hoffnung auf die Einsicht bei jedem, daß Schleswig-Holstein zu Preußen gehöre, „up ewig ungedeelt.“ Und so wird es jetzt und in aller Zukunft bleiben, ist es doch ein so natürliches Verhältnis. Wie stets unter natürlichen Verhältnissen auch in politischer Beziehung alles zu erreichen ist, so ist es auch hier; wer aber Unnatürliches zwingen will, der leidet Schiffbruch. In dem Liede, das Sie bei Ihrem Anmarsch sangen, heißt es: „Schleswig-Holstein stammverwandt.“ Aber nicht nur zwischen Schleswig und Holstein soll Stammverwandtschaft herrschen, sondern allgemein im Deutschen Reich soll sie sein, von den Alpen bis zum Meer, nicht partikularistisch, sondern unter allen, die mit uns Schulter an Schulter stehen, mit uns kämpfen wollen, wenn wir vom Auslande her bedroht und bekämpft werden. Um diesen Begriff der Stammverwandtschaft einheitlich zum Ausdruck zu bringen, weiß ich keine andre Form, als indem wir in ein Hoch einstimmen auf das Oberhaupt des Reiches, S. Maj. den Kaiser, den Vertreter der deutschen Einheitsbestrebungen dem In- und Auslande gegenüber.

Weiter empfängt der Fürst eine Abordnung von Studenten aus Bonn, auf deren Wünsche er erwidert:

Er sei eigennützig genug, sich über das Wohlwollen der Jugend mehr zu freuen, als über das seiner Altersgenossen. Die Altersgenossen stürben mit ihm hin, die Jugend jedoch überlebe ihn und vererbe ihre Gesinnung auf die Nachkommen. Satt an Ehren, sei er doch nicht gleichgiltig gegen das, was nach seinem Tode von ihm gesprochen würde. Daran schließt der Fürst die Mahnung, dem nationalen Geiste treu zu bleiben, der aber mehr durch Charakter als durch Wissen erworben werde; die Gelehrtesten seien nicht immer die sichersten Stützen des Staates. Ohne die Wissenschaft zu vernachlässigen, verdiene der studentische Korporationsgeist weitestgehende Pflege. Der Charakter könne nur durch die in der Verbindung geübte Kritik Gleichgesinnter an Festigung und Stählung gewinnen. Studentische Ausschreitungen beunruhigten ihn nicht allzu sehr. Einen ähnlichen Einfluß, wie an der Universität der Korporationsgeist, übe im spätern Leben der ideale Wert des Portepee in der Offizier- und Beamtenwelt aus.

1.—7. April. In zahlreichen Orten Deutschlands und von Deutschen im Auslande wird der Geburtstag des Fürsten mit Begeisterung gefeiert. Nicht minder in der deutschen Presse.

Die „Kreuzzeitung“ gedenkt des Tages also: Seit 1867 ist der 1. April ein Festtag in Preußen gewesen, seit 1871 im Reiche. Ueber zwanzig Jahre sind seitdem hingegangen. Dem Tage ist ein offizieller Charakter genommen, den nationalen Charakter hat er behalten, und die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes ist einig darin, dem Manne, der nächst unserm alten Heldenkaiser das Beste gethan hat zur Wiedererrichtung des Reiches, an diesem Tage den Zoll seines Dankes darzubringen. Auch wir sagen ihm unsern ehrfurchtsvollen Dank für ein Lebenswerk sondergleichen. Die Bedenken der Gegenwart schwinden im Hinblick auf das große geschichtliche Verdienst, das ihm gehört und für immer bleiben wird, wie auch die Zukunft sich gestalten mag. — Das konservative „Volk“ sagt: Was immer an wechselnden Geschicken die Zeit für unser Volk geboren, sie wird die Heldengestalten, um welche alle Völker der Erde uns beneiden, die großen Führer unsrer nationalen Wiedergeburt, wie sie festgewurzelt fortleben in der Tiefe der deutschen Volksseele, uns nimmer entfremden. — Die „Schlesische Zeitung“ feiert den Fürsten wie folgt: Fürst Bismarck lebt.

Und so lange er lebt, kann auch sein Wort dem deutschen Volke ein Leitstern in den Wirrnissen der Gegenwart sein. Noch ist sein Geist frisch und ungetrübt, und sein altes Herz schlägt mit derselben flammenden Glut für das Wohl des Vaterlandes wie ehedem; nicht erblichen ist der Strahl seines Auges, vor dessen zornigem Aufleuchten einst die Feinde Deutschlands erbebten; fest und sicher ist noch die Hand, die einst das Staatsschiff durch Sturm und Wogenprall stets dem schützenden Hafen zuzuführen vermocht hat; noch ungebeugt ist die mächtige Reckengestalt des alten Kanzlers, der zwanzig Jahre lang über der Macht und Ehre des Reiches unablässig und eifersüchtig gewacht hat. Das deutsche Volk hat den Fürsten Bismarck nicht vergessen in seiner waldumfriedeten Einsamkeit. Jahr um Jahr ist der Geburtstag des Begründers der deutschen Einheit gefeiert worden in allen Gauen des deutschen Vaterlandes, nicht nur im Sinne einer persönlichen Ovation, sondern zugleich als Erinnerungsfest an die einstigen Großthaten der deutschen Kriegführung und Staatskunst, deren geistesgewaltigster Meister der eiserne Kanzler ist. — „Allgemeine Zeitung“: Von deutschen Königs- und Fürstenthronen, aus Palästen und Hütten, aus den Häusern werkthätig schaffender Bürger und vom Pfluge des Landmanns her, aus den waffenblinkenden Reihen unsers deutschen Heeres, das den Wegbahner so großer Siege nie vergessen wird, von den Meeren, wo nur immer deutsche Wimpel flattern, und an fernen Küsten, wo Deutsche sich des endlich gewonnenen Schutzes eines mächtigen Heimatlandes freuen, klingt im gleichen Sinne ein glückwünschender Heilgruß ihm, der uns das Reich gewann. — „Kölnische Zeitung“: Die Blicke einer dankbaren Nation richten sich nach dem stillen Sachsenwalde, und in allen deutschen Gauen vereinigen sich die Patrioten, um den Geburtstag des Fürsten Bismarck festlich zu begehen. In einsamer Größe ragt diese Zentralgestalt einer denkwürdigen Zeit, in der das liberale und das nationale Ideal allen Herzen einen höhern Schwung verlieh, in unsre epigonenhaften Tage herüber, in denen die alte deutsche Zerrissenheit täglich ihre Triumphe feiert. — „Hannoverscher Kourier“: Der Tag ist in dem Gedanken unsers Volks dem Fürsten Bismarck geweiht. Lebhafter und herzlicher lauten die Wünsche, die ihm gewidmet werden jetzt, als in den Tagen seiner höchsten Macht; lebhafter und herzlicher noch in jedem folgenden Jahre denn im Jahre vorher. Leichtfertig ist nivellirender Radikalismus, kleinlicher Neid stets bereit, die Huldigungen zu verdächtigen, die den Großen der Erde gebracht werden. Hier aber muß auch die Verleumdung verstummen. Wenn große und ehrenwerte Kreise unsers Volks mit begeistertem Zuruf des Mannes gedenken, der dem Streben und Sehnen der Nation Erfüllung gebracht, so folgen sie damit einem Drange des Herzens, der das deutsche Volk ebenso ehrt wie den, dem all diese Huldigungen gelten.

11. April. Der Fürst empfängt in Friedrichsruh zahlreiche Hamburger, denen er in einer Ansprache u. a. versichert, daß er keineswegs ein Gefühl der Verlassenheit habe.

8. Mai. Die Mitglieder der Lübecker Gewerbegesellschaft werden vom Fürsten in Friedrichsruh empfangen. Auf die Anrede des Zimmermeisters Schwartzkopf erwidert der Fürst:

Er freue sich, die Vertreter der Stadt Lübeck in Friedrichsruh zu sehen. Er könne sagen, er habe sich von Jugend auf, seitdem er Geschichte studirt habe, für diese Stadt interessirt. Vor mehreren hundert Jahren schon, als man von einem einigen Deutschland noch nicht reden konnte, wehten die Flaggen der alten Hansestadt in allen nordischen Meeren; Lübeck habe damals eine Seemacht entfaltet, wie sie heute das mächtige deutsche Reich kaum auf-

zuweisen habe. „Ich reise, sobald ich kann und ich dazu fähig bin, nach Lübeck," so spricht der Fürst weiter, „ich habe die feste Absicht hierzu und freue mich auch, daß gerade die Handwerker Ihrer Stadt hergekommen, denn ich habe für den Handwerkerstand ein reges Interesse. Ich habe dasselbe auch schon gehabt, als ich mitten in der Politik stand und dort noch etwas zu sagen hatte, allein die auswärtigen Zänkereien und das ständig mit zwei gespannten Pistolen Auf-dem-Postenstehen hielt mich davon ab, mehr zu thun. Im Mittelalter waren die Handwerker durch die Zünfte eine Macht, was ja auch besonders in Lübeck der Fall war. Ich stelle mir vor, daß heute noch solcher Einfluß möglich ist. Obwohl Dampfkraft und Elektrizität und die Großindustrie herrscht, so ist doch noch Raum genug für das Handwerk. Wenn demnächst die Reichstagswahl stattfindet, so werden Sie dort doch wohl einen Handwerker als Kandidaten aufstellen, speziell in Lübeck müßte das doch möglich sein; wenn es aber nicht gelingen sollte, einen solchen durchzubringen, so muß doch wohl das heutige Wahlgesetz hierzu nicht passen. Handwerker und Landwirte müssen ihre Interessen vertreten und dürfen das nicht den Gelehrten überlassen; vor allem dürfen wir nicht Not leiden, — ich wollte sagen, wir müssen stets für unsern Mittagstisch sorgen. Ein jeder mag für sich durch die Gesetzgebung sorgen.

22. Mai. Die Schüler des Plöner Gymnasiums besuchen den Fürsten in Friedrichsruh. Auf die Ansprache erwidert er, nach der „Kieler Zeitung":

Ich danke Ihnen von Herzen für den freundlichen Besuch und dafür, daß Sie mich zuerst mit einem altpreußischen Marsche begrüßt haben, den Sie soeben spielten. Ich sehe darin den Entschluß ausgedrückt, daß die hier anwesenden Vertreter Schleswig-Holsteins, das seit 40 Jahren mit Blut an uns gekittet ist, daran festhalten wollen und sich ebensogut als Preußen betrachten. Und ich freue mich namentlich über die Begrüßung der Jugend und hoffe, daß Sie in ihrer Thätigkeit, wenn Sie erwachsen sind oder wenn Sie durch Preußen nicht bloß mit uns Brandenburgern und sonstigen Preußen, sondern mit der gesamten deutschen Nation, mit dieser größten und hervorragendsten Nation in Europa, verbunden sind, mit sorgfältiger Hingebung in Tod und Leben daran festhalten werden. Es sind, wenn mich meine geschichtlichen Erinnerungen nicht im Stiche lassen, sächsische und fränkische Kaiser in Schleswig-Holstein gewesen, die Hohenstaufen kaum noch. Aber nach jener großen Zeit hat Holstein und Lauenburg wohl kaum wieder einem Herrn in Krieg und Frieden angehört. Und es ist eine große Gnade von Gott, daß die Gesamtheit unsrer Nation einem so festen Bunde angehört, wie wir ihn seit lange nicht gehabt haben. Es ist nicht gut, in Europa einer kleinen Nation anzugehören, und einer großen und starken ausgezeichneten Nation von fünfzig Millionen anzugehören, ist ein Vorzug, für den wir Deutschen alle unserm Gotte dankbar sein werden, so lange wir leben. Und ich bitte Sie, mit mir auf unser neuerstandnes, wiedergewonnenes, einiges Reich ein Hoch auszubringen, wie man in Holstein sagt: Up ewig ungedeelt.

Nachdem Direktor Fink dem Fürsten seinen Dank für den freundlichen Empfang ausgesprochen hatte, erwidert dieser:

Als ich etwa 20 bis 30 Jahre alt war, da wünschte ich gern etwas zu erleben; es war nicht Unruhe genug in Europa für meine Unruhe. Da kam das Jahr 1848 und mit ihm all der Krieg und Lärm. Wir leben auch jetzt in einer unruhevollen Zeit, aber es kann doch sein, daß, trotzdem es so unruhig ist, die Flüsse wieder ruhig bergab fließen. Das wollen wir

hoffen. Ich weiß nicht, ob es ein Glück ist, so viel zu erleben, wie ich erlebt habe; jedenfalls wünsche ich es Ihnen nicht. Wir wollen hoffen, daß Wissenschaft, Handel und Arbeit blühen werden; denn das Blutvergießen ist ein undankbares Geschäft. Ich danke Ihnen nochmals und bitte Sie, wenn Sie einmal alt werden, meiner nicht zu vergessen.

25. Mai. 800 Oldenburger bringen dem Fürsten in Friedrichsruh ihre Huldigung dar. Auf die Begrüßungsreden des Gymnasialprofessors Hullmann und des Rektors Johan erwidert er:

Ich habe Ihnen meinen Dank auszusprechen für die hohe Ehre, die Sie mir durch Ihre Begrüßung hier erweisen, indem Sie von der Unterweser nach der Unterelbe gefahren sind, um mir Ihr Wohlwollen und Ihre politischen Sympathien kundzugeben. Ich bin im vorigen Jahre über Wien nach den bayrischen, schwäbischen und fränkischen Stämmen des deutschen Reichs gekommen und habe mich überzeugen dürfen, daß ich unter ihnen viele Freunde besitze. Meine Heimat ist in niedersächsischen Landen. Dem niedersächsischen Volksstamm gehöre ich nach meiner Abstammung und nach meiner Geburt an, und bei aller Achtung, die wir vor den andern Stämmen und Landsleuten haben, ist es mir doch ein Bedürfnis, die Stellung der Niedersachsen zum deutschen Reiche und dem heutigen Ansehen desselben mit wenigen Worten hervorzuheben, nachdem in letzter Zeit wiederholt meine eignen nähern Landsleute und heute die Oldenburger mir ihre Begrüßung hier zu teil werden ließen, während vor kurzem die Schleswig-Holsteiner und die Mecklenburger sich angemeldet haben. Alle drei, die Oldenburger, die Schleswig-Holsteiner und die Mecklenburger, entstammen den plattdeutschen Landesteilen. Was die Niedersachsen dem deutschen Reiche sind, welchen Ruhm sie sich erworben, sehen wir, wenn wir zurückblicken auf die ersten Wanderungen der Sachsen. Die aus dem Stamm der Niedersachsen erstandenen Kaiser herrschten vom Belt bis zum Meer, bis Sizilien mit einer Sicherheit, wie sie nachher nicht wieder erreicht wurde. Die Sprache dieser Kaiser war plattdeutsch, sie wurden von plattdeutschen Armen aufgezogen. In unsern Landen an der Elbe und Weser haben wir den Ausgangspunkt großer, weltbeherrschender Fürstengeschlechter. Gerade Oldenburg war es, das dem dänischen Reich, Schweden vorübergehend, Rußland bis zur Beringstraße Herrscher geliefert hat. Dicht daneben liegt der Ursprung des Geschlechts, das in allen Weltteilen herrscht und dem die Kaiserin von Indien, die Königin von England angehört. Unser Hohenzollernhaus, das jetzt die Führung in Deutschland in der Hand hat, nahm seinen Aufschwung, als es sich in dem plattdeutschen Lande Brandenburg naturalisirt hatte. Deshalb darf ich wohl sagen, wir haben allen Grund, uns zu freuen, der für alle Weltteile so bedeutsamen, tüchtigen Rasse anzugehören. Ich bedaure, daß die plattdeutsche Sprache so in den Hintergrund gerückt worden ist. Zu Luthers Zeiten stand sie in Blüte, und ich besitze noch eine Bibel in plattdeutscher Schriftart aus der damaligen Zeit. Seitdem hat es dem Plattdeutschen an einer Sprachkultur gefehlt. Aber die Erkennungszeichen des Niedersächsischen bleiben dennoch. Wir wollen uns ja nicht überheben, ich habe auch nicht gesprochen, um zu rühmen, was die Niedersachsen Großes geleistet haben, sondern um das Bewußtsein der Stammeszusammengehörigkeit zu kräftigen, und auch, um das Selbstgefühl zu heben. Dasselbe mag ja innerlich stark und kräftig sein, aber es kommt nur selten zum Ausbruch; wir Niederdeutschen reden nicht viel, in Thaten sind wir stärker als in Worten. Darum sollen wir auch nicht vergessen, was die Tüchtigkeit unsers Stammes uns bedeutet. Wir sind dynastisch sehr zerrissen gewesen, aber auch vor der Begründung des deutschen Kaiserreichs hat jedem, mochte er Ostpreuße oder

Pommer sein, wenn er übersee einem Landsmann begegnete und von ihm in plattdeutscher Mundart angeredet wurde, das Herz höher geschlagen. Möge es so auch in Zukunft bleiben, und halten wir Niedersachsen fest zusammen. Auch die Obersachsen gehören ja zum Reiche, und wir dürfen unsre Sonderstellung nicht zu fest betonen; die Bayern, Schwaben, Franken, sie alle haben für Deutschland ihr Blut fließen lassen, und wir gehören mit ihnen unter einen Hut. Ich habe mich gefreut, als der Redner vorher betonte, mit der Reichsverfassung sei das Richtige getroffen und Deutschland seine Macht und Größe wiedergegeben worden. Es giebt wohl viele, die mehr verlangten, die wollten, daß alles von einem Zentrum ausgehen sollte, und alle über einen Kamm geschoren würden. Ich halte es aber für ein Glück, daß wir viele Zentren und mehr wie eine Residenz, mehr wie eine Dynastie bekommen haben. Es ist das ein von Gott vorgesehenes Kulturmittel. Wer je in einer französischen mittlern Provinzialhauptstadt — mag sie auch 200 000 Einwohner haben — gelebt, der wird finden, daß dort eine viel kleinere Kleinstädterei herrscht, als in einer deutschen Residenz von 10 000 Einwohnern. Das Gefühl, der Mittelpunkt zu sein in einem abgeschlossenen Staatswesen, giebt ein größeres Gefühl der Sicherheit gegenüber dem Gesamtwesen der Einzelstaaten. Deshalb bedaure ich auch den frühern Stand der Kleinstaaten nicht, und ich billige nicht die Bestrebungen, die auf eine Einschränkung unsers Bundesstaats hinausgehen. Ihr Landesherr in Oldenburg hat uns stets treu beigestanden, und seine Unterthanen sind ihm dankbar; sie teilen die nationalen Gesinnungen, die dieser Repräsentant des oldenburgischen Regierungshauses dem Vaterlande entgegenbringt. In Rücksicht darauf bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: Der Großherzog von Oldenburg lebe hoch!

18. Juni. 4000 Mecklenburger erscheinen in Friedrichsruh, um dem Fürsten zu huldigen. Rechtsanwalt Stichert aus Wismar, Dr. Hillmann aus Güstrow und Hr. Großpitz halten Ansprachen, letzterer in plattdeutscher Mundart. Darauf erwidert der Fürst:

Ich danke Ihnen, daß Sie den weiten Weg, den Staub und den Wind nicht gescheut haben, um mir heute die Ehre zu erzeigen, Sie hier zu sehen. Ich danke Ihnen von Herzen dafür, und ich danke Ihnen insbesondre, daß Sie gerade den heutigen Tag zur Begrüßung gewählt haben, der für unsre heimische Geschichte vielfach ein bedeutsamer gewesen ist. Vor 200 — ich weiß nicht genau wieviel — Jahren war die Schlacht bei Fehrbellin, die auch dazu beigetragen hat, Deutschlands Unabhängigkeit herbeizuführen, wenn nicht vollständig, so doch vorbereitend. Vor 78 Jahren, gerade am heutigen Tage, war die Schlacht bei Waterloo, die uns von der Fremdherrschaft im eignen Lande befreit hat, und der sich die Aelteren unter uns noch erinnern, während den Jüngeren davon erzählt worden ist. Außer diesen historischen Erinnerungen, die sich an den heutigen Tag knüpfen, hat der 18. Juni für mich noch eine andre persönliche Bedeutung. Es war heute vor einem Jahre, als ich die Reise zur Hochzeit meines Sohnes antrat und nach Dresden abreiste, wo mir ein in hohem Maße ehrenvoller Empfang von meinen sächsischen Landsleuten zu teil wurde; nicht minder demnächst in Bayern, in München, Augsburg; in Schwaben, in Kissingen; in Thüringen, in Jena. Daran haben sich jetzt die Begrüßungen meiner norddeutschen Landsleute angeschlossen, zuerst aus der Provinz, der ich jetzt angehöre, aus Schleswig-Holstein, dann die Oldenburger, die von Westen her nach Friedrichsruh gefahren waren, und nun heute meine östlichen und, meinem Gefühl als Brandenburger nach, auch nördlichen Nachbarn, die Mecklenburger. Ich bin Ihnen ganz besonders dankbar für diesen Abschluß in der Vollständig-

keit der Huldigungen der deutschen Stämme, den Sie mir heute gewähren, und ich sehe darin eine Anerkennung der Mitarbeit, die ich imstande gewesen bin, durch die Gnade meines alten Herrn, des Kaisers Wilhelm I., bei der Wiederherstellung der deutschen Einigkeit zu leisten. Es war das Werk im ganzen kein leichtes. Wir Deutschen hangen unsrer Natur nach inniger und enger an unsern heimischen Verbänden, als an der Allgemeinheit, namentlich, da durch die Ungunst der Jahrhunderte das Gefühl einer größern Allgemeinheit und festen Zusammengehörigkeit unterdrückt worden war. Der Partikularismus jener Zeiten liegt uns einigermaßen im Blute, und nach meiner Erfahrung kann ich nicht einmal sagen, daß man da viel ändern kann; dieses Gefühl hat immer im Landesherrn seinen Schwerpunkt gehabt. Ich kann auch kaum behaupten, daß alle immer das rechte Gefühl der Zusammengehörigkeit gehabt haben. Nach meiner Erfahrung ist der Widerstand gegen dieselbe immer ausgegangen von den Beamtendynastien am Hofe und im Staate, und dieses Konglomerat hat bis auf den heutigen Tag die lokale Erinnerung an früher nicht verloren. Es war zwar schwer, die richtigen Wege und Grenzen zu finden. Es würde meines Erachtens eine große Thorheit sein, wenn man einen engern Verband, seine engere Heimat aufgeben oder zerstören wollte. Die Mecklenburger sollen Mecklenburger und ihr Großherzog soll in seinem Lande Herr bleiben und in seiner selbständigen Existenz nicht erschüttert werden. Aber darunter darf das Reich nicht zu leiden haben; freiwillig müssen die Beziehungen zu demselben sein, freiwillig die Mitwirkung an der Einigkeit der deutschen Nationalität. Das Gefühl, zur deutschen Nationalität zu gehören, muß sich im Lokalpatriotismus lebendig erhalten. Die unitarischen Bestrebungen, die manche meiner Landsleute gepflegt haben, mögen für Theoretiker und andre Nationen sich eignen; für den germanischen Charakter halte ich sie nicht für praktisch. Ohne mir ein Verdienst daraus zu machen, wenn das Resultat schließlich ein befriedigendes für die Gesamtheit gewesen ist, kann ich sagen, daß die Gesamtleitung die deutsche Nation in Europa so zusammengebracht hat, wie sie jetzt besteht, um damit das, was andre Nationen, England und Italien, längst genossen hatten, auch uns anzueignen. An diesen Grenzlinien zwischen Heimatsgefühl und Vaterlandsgefühl zu rütteln, halte ich nicht für nützlich, sondern gefährlich, und ich glaube, daß derjenige, der es thut, nicht viel zu thun, aber viel Muße haben muß, um allerlei Experimente zu machen. Sie wissen, das Beste ist des Guten Feind. Sehen Sie nach Rußland und England, wo die Unitarität herrscht; — ist das Land dadurch glücklicher geworden? Wären diese großen Länder nicht viel zufriedener in sich, wenn sie mehr als ein Zentrum hätten? Das Bedürfnis nach Partikularismus ist bei uns Deutschen so groß, daß, nachdem der geographische Partikularismus überwunden war, soweit es nötig war, der Partikularismus in andrer Form sofort wieder auftauchte. Der Deutsche braucht engere Verbände; geht ihm der geographische Partikularismus verloren, so schafft er sich Fraktionspartikularismus. Man geht in Fraktionen über und vergißt die Allgemeinheit: das ist die schwere Krankheit, an der wir heutigen Tages leiden, denn unsre heutigen Fraktionen sind in ihrem Partikularismus viel schlimmer, als alle Sachsen und Bayern dem Reichsgedanken gegenüber jemals gewesen sind. Ich weiß nicht, ob es uns gelingt, diese Krankheit bei wiederholten Wahlen zu bekämpfen. Ich glaube nicht, daß es jetzt schon gelungen ist, das Fraktionswesen zu klassifiziren nach den Dynastien und Ortschaften, sondern daß es aufgeht in den Bestrebungen der Fraktionsleiter. Das sind die Werber, die Condottieri, von denen jeder sich seine Schar anwirbt, an deren Spitze er hofft die Herrschaft zu erlangen über den von ihm nicht beliebten Nebenbuhler. Die

Eifersucht der Fraktionen ist der Krebsschaden in unserm Lande. Das deutsche Reich ist angewiesen auf die Gesamtheit der Intelligenz und des Vertrauens, welches Ministerium und Parlament gemeinsam aufbringen können. Und wenn die Intelligenz und das Vertrauen auf der einen Seite fehlt, nehmen wir an, auf der ministeriellen, so muß auf der andern Seite das Minus gedeckt werden und die Thätigkeit der Volksvertretung hervortreten; wenn aber der Volksvertretung das richtige Vertrauen verloren geht, so muß die staatliche Leitung das Steuerruder fester in die Hand nehmen. Sie müssen sich gegenseitig ergänzen zur Gesamtheit von Einsicht, Tapferkeit, Vaterlandsliebe und Heimatsliebe. Darnach wird nach mancher Richtung hin gesündigt. Wenn von dem Redner vorhin meine Mitwirkung an dem Erreichten, an der Herbeiführung der Zustände, mit welchen wir im großen und ganzen zufrieden sind, hervorgehoben wurde, so erwähne ich meinerseits, daß auch Mecklenburg daran Anteil hat; es wäre Unrecht, wenn ich dies verschweigen wollte. Die Mutter Kaiser Wilhelms I. war eine mecklenburgische Prinzessin, sie war aber durch und durch eine Deutsche und hat ihre Gefühle auf ihren Sohn — ihren Lieblingssohn, glaube ich wohl sagen zu können — vererbt. Insofern hat sie an der Vorbereitung des deutschen Einheitsgedankens ein wesentliches Verdienst. Auch den alten Blücher will ich nicht vergessen. Nehmen Sie an, daß wir Anno 1815 bei Waterloo nicht gesiegt, daß wir den alten Blücher nicht gehabt. Wie es dann gekommen wäre, ist schwer zu sagen, aber daß es, wie es gekommen wäre, nicht zum Nutzen Deutschlands gereicht hätte, dessen werden Sie alle wohl sicher sein. Hier möchte ich dem Hamburger Redner sagen, daß auch damals, beim alten Blücher, de mecklenborgsche Fixigkeit nicht utbläwen is, und demnächst auch bei Ligny nicht. Dann möchte ich vor allem noch meines verstorbenen Freundes und Mitarbeiters Moltke gedenken, auf den Sie als Landsmann nach seiner Abstammung und Geburt Anspruch haben. Und deshalb darf ich wohl, ohne der Wahrheit zu nahe zu treten, sagen, daß der Anteil Mecklenburgs an der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in den Gestalten dieser Personen kein geringer ist. Ich habe als Brandenburger, als altmärkischer Nachbar des mecklenburgischen Landes und demnächst als preußischer und als Reichsbeamter mit vielen Mecklenburgern Beziehungen gehabt und habe sie hervorragend an Tüchtigkeit und Arbeitsamkeit gefunden. Da sind vor allen die Bülows und die Bernstorffs, die wir in unserm Militär- und Zivildienst gehabt haben, und die sich wie ein roter Faden durch dieses gesegnete Land zwischen der Elbe und der Ostsee ziehen. Bei der Aufzählung der Verdienste Ihrer Landsleute komme ich schließlich auf die Fürsten der Neuzeit. Ihr hochseliger Großherzog ist mir immer ein sehr gnädiger Herr gewesen. Ich habe in Krieg und Frieden seine Mitarbeit an der deutschen Politik beobachten können und kann ihn als Muster eines deutschen Reichsfürsten anerkennen, der nur leider zu früh seinem Lande und dem deutschen Reich entrissen ist. Sein regierender Herr Sohn hat die Gesinnungen seines Vaters geerbt, leider nicht seine Gesundheit. In der Zeit, wo ich im französischen Kriege schlechte Nachtquartiere und schlechte Verpflegung mit ihm zu teilen die Ehre gehabt habe, da war er immer kerngesund, mobil und kräftig, und ich kann nur zu Gott wünschen, daß er wieder so werden möge, wie ich ihn damals gekannt habe. Und ich kann Ihnen meinen Dank für Ihre Begrüßung und meine Gesinnungen für Ihr engeres Heimatsland nicht kürzer und besser ausdrücken, als indem ich Sie bitte, mit mir zusammen ein Hoch auf Ihren Landesherrn, den Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, auszubringen.

Fünfter Abschnitt.

Kaiser Wilhelm II. und seine Familie.

1. Januar. Der Kaiser begiebt sich nach dem Gottesdienste und, nachdem er sowie die Kaiserin die Glückwünsche der höheren Beamten im königlichen Schloß zu Berlin in Empfang genommen haben, mit dem Prinzen Heinrich in die Ruhmeshalle zur Ausgabe der Parole. Hier hält er eine Ansprache an die aus den Provinzen zur Gratulation erschienenen Befehlshaber aller Armeekorps. In der Ansprache äußert er, nach Mitteilung des Reichsanzeigers, daß die Durchführung der beabsichtigten Heeresreform für Deutschland eine militärische und politische Notwendigkeit sei, und daß er zuverlässlich erwarte, die Erkenntnis hiervon werde sich immer weitere Bahnen brechen; er stehe fest zu der von den verbündeten Regierungen eingebrachten Vorlage.

6. Januar. Der Kaiser nimmt an einem Diner beim Reichskanzler Grafen Caprivi teil.

8. Januar. Die Prinzessin Maria von Großbritannien hält in Begleitung ihrer Eltern, des Herzogs Alfred von Edinburg und der Herzogin Maria, geb. Großfürstin von Rußland, ihren feierlichen Einzug in Sigmaringen.

9. Januar. Ankunft des deutschen Kaisers und des Königs Karl von Rumänien in Sigmaringen.

10. Januar. Hier findet die Vermählung des Prinzen Ferdinand Viktor Albert Meinrad, zweiten Sohnes des Fürsten Leopold von Hohenzollern und seit dem 18. März 1889 Prinzen von Rumänien, mit der Prinzessin Maria von Großbritannien statt. Anwesend sind, außer den Eltern beider, der deutsche Kaiser, der König von Rumänien, Graf Philipp von Flandern, dessen Gemahlin Maria (Schwester des Fürsten Leopold), Großfürst Alexis (Bruder der Herzogin von Edinburg), die Erbprinzessin Charlotte von Meiningen und die Herzogin Louise Margarethe von Connaught. Die Traurede hält Placidus, Abt des katholischen Klosters Beuron. Die Neuvermählten begeben sich nach Schloß Krauchenwies.

11. Januar. Der Kaiser schlägt die Rückfahrt über Karlsruhe ein, läßt jedoch plötzlich in Appenweier den Zug nach Straßburg wenden. Hier allen unvermutet angelangt, läßt er die gesamte Garnison alarmiren, besichtigt die Truppen am Polygon und

reitet, von der dicht gedrängten Bevölkerung aufs lebhafteste begrüßt, durch die inzwischen mit Fahnen geschmückten Straßen in die Stadt zum Palais des Statthalters, in dessen Abwesenheit die Fürstin Hohenlohe ein Festmahl veranstaltet. Dem Staatssekretär v. Puttkamer spricht der Kaiser seine Anerkennung über den herzlichen und glänzenden Empfang aus und beauftragt ihn, dies der Bevölkerung mitzuteilen.

12. Januar. Im großherzoglichen Schloß zu Karlsruhe empfängt der Kaiser eine Abordnung in Sachen der Moselkanalisirung. Er sagt deren möglichste Förderung zu, deutet aber an, daß auch die beteiligten Städte, die Interessenten und die Landwirtschaft eine größere Förderung eintreten lassen möchten. Damit verbindet er Aeußerungen allgemeiner Art zu Gunsten eines größeren Kanalnetzes behufs Erleichterung des Austausches von Getreide und gewerblichen Erzeugnissen zwischen dem Osten und dem Westen.

16. Januar. Der Kaiser empfängt in Berlin den rumänischen Minister Lahovary.

17. Januar. Abhaltung eines Kapitels des Ordens vom schwarzen Adler, wobei die Investitur erhalten: Prinz Friedrich Heinrich von Preußen, Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, Landgraf Alexander Friedrich von Hessen, Herzog Friedrich Ferdinand zu Schleswig-Holstein und Prinz Friedrich Karl von Hessen.

19. Januar. Bei Hofe findet große Cour statt unter Entfaltung höchsten Glanzes.

22. Januar. Zu Ehren des Herzogs von Edinburg findet im königlichen Schloß zu Berlin eine Frühstückstafel statt, bei welcher der Kaiser, nach Mitteilung in der „Weser-Ztg." vom 30. Januar, folgenden Trinkspruch ausbringt:

Die englische Flotte sei für die deutsche nicht nur ein Muster vom technischen und wissenschaftlichen Standpunkte, sondern auch die Helden der britischen Flotte, Nelson u. s. w., wären stets gewesen und würden immer sein die Leitsterne für die Offiziere und Mannschaften der deutschen Marine, welch letztere nicht minder erfüllt seien von dem Geiste der Vaterlandsliebe, als die Träger jener hochgeehrten Namen. Wenngleich die deutsche Flotte ganz besonders zur Sicherung der Erhaltung des Friedens bestimmt sei, so werde sie doch, seiner Ansicht nach, auch ihre Pflicht thun, wenn sie zum Kampfe gerufen würde. Und sollte es sich einmal ereignen, daß die englische und die deutsche Marine Schulter an Schulter gegen einen gemeinsamen Feind zu kämpfen hätten, dann würde die berühmte Parole: „England erwartet, daß jeder Mann seine Pflicht thue," welche der größte Seeheld Englands vor der Schlacht von Trafalgar ausgegeben, ein Echo in dem patriotischen Herzen der deutschen Marine finden.

23. Januar. Die Festlichkeiten zur Vermählung der jüngsten Tochter der Kaiserin Friedrich, der Prinzessin Margarethe, mit

den Prinzen Friedrich Karl von Hessen beginnen mit der Aufführung einer Reiterquadrille, veranstaltet von Offizieren des 1. Garde-Dragonerregiments in Berlin.

24. Januar. Der Großfürst-Thronfolger von Rußland wird bei seiner Ankunft in Berlin mit großen Ehren empfangen.

25. Januar. Im königlichen Schlosse zu Berlin findet die Vermählung der Prinzessin Margarethe von Preußen in Gegenwart zahlreicher Fürstlichkeiten statt. Verleihung des schwarzen Adlerordens an den Prinzen Ferdinand von Rumänien und der Kette zu diesem Orden an den Zarewitsch.

26. Januar. Der Kaiser besucht mit dem Großfürsten-Thronfolger die Kaserne des Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1 in Berlin und bringt beim dortigen Frühstücksmahle folgenden Toast aus:

Gestatten Eure Kaiserliche Hoheit, daß Ich als ältester Kamerad des Regiments, altem Herkommen gemäß, das erste Glas auf Eurer Kaiserlichen Hoheit Allerdurchlauchtigsten Herrn Vater leere. Uns allen hier beim Regiment sind noch die gnädigen Worte in lebendiger Erinnerung, mit denen Seine Majestät der Zar Sein Regiment beglückte bei Seinem Besuch im Jahre 1889. Die vielfachen Gnadenbezeugungen und das rege Interesse, das Seine Majestät Seinem Regiment allezeit gewährt hat, sowie die freundschaftliche Anteilnahme an den festlichen Ereignissen Meines Hauses, die in der Sendung Eurer Kaiserlichen Hoheit zu der eben stattgehabten Feier gipfelte, verpflichten Mich zu wärmstem Danke. Wir alle sehen in Ihrem Kaiserlichen Vater nicht nur den hohen Chef des Regiments, nicht nur unsern vornehmsten Kameraden, sondern vor allem den Träger altbewährter monarchischer Traditionen, oft erwiesener Freundschaft und inniger Bande intimer Beziehungen zu Meinen Erlauchten Vorgängern, deren Erfüllung in frühern Zeiten russische sowohl wie preußische Regimenter auf dem Schlachtfeld vorm Feinde mit ihrem Blute besiegelten. Erheben Sie die Gläser und rufen Sie aus vollstem Herzen: Seine Majestät der Zar Hurra!

Hierauf erwidert der Großfürst-Thronfolger in deutscher Sprache:

Ich danke Eurer Majestät für die warmen Worte, die Sie soeben auf Meinen Vater gesprochen haben, und trinke auf das Wohl Eurer Majestät. Hurra! Ich trinke auf das Wohl unsers braven Kaiser-Alexander-Garde-Grenadierregiments. Es lebe hoch!

Am Abend wohnt der Kaiser mit dem Zarewitsch einer zweiten Aufführung des Reiterfestes des Offizierkorps des 1. Garde-Dragonerregiments bei. Als am Schluß der Aufführung die russische Nationalhymne angestimmt wurde, erheben sich mit dem Kaiser alle Anwesenden. Dieser und der Großfürst stehen sich, die Hand an den Helm gelegt, gegenüber, bis der letzte Ton der Hymne verklungen ist.

27. Januar. Der Geburtstag des Kaisers wird im ganzen Reiche festlich gefeiert. Mit seiner ganzen Familie und dem Hofstaat wohnt der Kaiser einem Gottesdienste in der Schloßkapelle

bei, wo der Generalsuperintendent Dryander, nach Angabe der „Kreuzzeitung," über den vom Kaiser selbst ausgewählten Text Ev. Lucä 11, 21—22 predigt, wo es heißt: „Wenn ein stark Gewappneter seinen Palast bewahret, so bleibet das Seine mit Frieden. Wenn aber ein Stärkerer über ihn kommt und überwindet ihn, so nimmt er ihm seinen Harnisch, darauf er sich verließ und teilet den Raub aus," und Psalm 50 „Rufe mich an in der Not, so will ich dich erretten, so sollst du mich preisen." Außer den Mitgliedern der königlichen Familie bringen die zahlreichen von den Festen zur Vermählung der Prinzessin Margarethe her noch in Berlin weilenden Fürstlichkeiten ihre Glückwünsche dar. Die Universität, die Akademien der Wissenschaften und der Künste in Berlin halten Festlichkeiten. In vielen Orten des Reiches wird der Tag festlich begangen. In Württemberg werden zum erstenmal an diesem Tage die Unterrichtsstunden der Schulen ausgesetzt. Die gesamte reichstreue Presse bringt patriotische Huldigungsartikel.

30. Januar. Der Kaiser richtet an den Reichskanzler folgenden Dankerlaß:

Im Anschluß an die freudige Feier der Vermählung Meiner geliebten Schwester, der Prinzessin Margarethe von Preußen, hat sich Mein diesjähriger Geburtstag durch die Anwesenheit vieler, Meinem Herzen nahestehenden Erlauchten Fürstlichkeiten zu einem besonders frohen Feste gestaltet. Die herrlichste Freude aber, die Mir aus Anlaß dieser festlichen Tage geworden, bilden die Kundgebungen der Treue und Anhänglichkeit Meines Volkes, die Mir in den mannigfaltigsten Formen und in ungewöhnlich großer Fülle aus allen Gauen des Reichs und auch von außerhalb wohnenden Deutschen zugegangen sind. Vor allem hat es Meinem Herzen wohlgethan, so häufig dem Ausdruck einer opferbereiten Vaterlandsliebe und des Vertrauens in Meine auf des Vaterlandes Sicherheit gerichteten Bestrebungen begegnet zu sein, wodurch Meine Zuversicht bestärkt wird, daß diesen Meinen Bemühungen unter Gottes gnädiger Führung der Erfolg nicht fehlen werde. Ich bezeuge daher gern auf diesem Wege allen, die Meiner an Meinem Geburtstage so liebevoll gedacht haben, daß der Zweck ihrer Aufmerksamkeiten, Meine Festesfreude zu erhöhen, in vollkommener Weise erreicht worden ist und Ich Mich zu wärmstem Danke verbunden fühle. Ich ersuche Sie, diesen Erlaß alsbald zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Prinz Friedrich Karl von Hessen und seine Gemahlin Margarethe halten ihren Einzug in das Schloß Philippsruhe bei Hanau. — Die Kaiserin Friedrich besucht den frühern Justizminister Friedberg zu seinem 80. Geburtstage. Der Kaiser schenkt diesem sein Bildnis; nach Angabe der „Freisinnigen Zeitung" mit der Unterschrift: Nemo me impune lacessit (Niemand reizt mich ungestraft); diese Angabe findet ihre Verbreitung durch die ganze deutsche Presse, ohne einem Widerspruch zu begegnen.

3. Februar. Der Kaiser nimmt zu Rauden in Schlesien teil an den letzten Ehren für den dort verstorbenen Herzog Viktor von

Ratibor, Fürsten von Corvey. Dem Generaloberst v. Pape, der an diesem Tage seinen 80. Geburtstag feiert, läßt der Kaiser einen Pokal mit den Jahreszahlen 1813 und 1893 übersenden.

4. Februar. Dem Festmahle zu Ehren des Generaloberſten v. Pape beiwohnend, hält der Kaiser, der „Nationalzeitung" zufolge, nachstehende Rede:

Meine Kameraden! Es ist für Mich eine Ehre, daß ich Sr. Exzellenz, dem Generaloberst v. Pape, unsre gemeinsame Huldigung und unsre Wünsche zu Füßen legen darf. Wir haben vor wenigen Jahren schon einmal mit Euer Exzellenz gefeiert und die Freude gehabt, von Ihnen aus alter Zeit zu hören. Unser Leben währet 70 Jahre, und wenn es hoch kommt, so sind es 80 Jahre, und wenn es köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen, sagt der Psalmist. Das Leben, das hinter Euer Exzellenz liegt, ist dasjenige preußischer Gesinnung, treuester Pflichterfüllung, hingebenden Dienstes von dem Augenblicke an, wo Sie den Rock der preußischen Armee angezogen haben. Es ist hier nicht der Ort und liegt auch nicht in Meiner Macht, den Lebenslauf zu schildern, den Sie durchgemacht haben; derselbe steht verzeichnet in den Geschichtsbüchern des Volkes und in den großen Momenten der letzten Kriege. Das kann Ich wohl als Empfindung Meiner, der Kameraden des Regiments, ebensowohl der ganzen preußischen Armee aussprechen, daß die Figur des Generaloberst v. Pape, so lange die preußische Armee existirt, nicht aus ihren Augen entschwinden wird. Sie ist der Inbegriff der Ritterlichkeit altpreußischer Tradition, hingebenden Gehorsams, der nur kennt die Gebote seines Herrn und die der Ehre und des Ruhmes der Fahne, die ihm anvertraut sind. Im Hinblick hierauf hat das Regiment sich eine Gabe ausgedacht, die zu überreichen Mir obliegt; sie soll darstellen einen Grenadier des Regiments, der die des Tuches schon längst entbehrende Fahnenstange in der Hand hält, die von der Geschichte der blutigen Zeit ein beredtes Wort redet, die die Zeit durchgemacht hat, besonders die Zeit, der es Ihnen vergönnt ist, nachzufliegen, und der es vergönnt ist, den blutigen Lorbeer um die Stirn zu schlingen. Ich schließe mit dem Wunsche, daß Sie noch recht lange Mir als treuer Diener, als ein Mann, auf den Ich unbedingt bauen kann, in jeder Lebenslage und in jeder Zeit, sei sie schwer oder gut, daß Sie dem Regiment und der Armee als Vorbild erhalten bleiben. Meine Herren! Wir erheben die Gläser und trinken das Wohl Sr. Exzellenz, des Generaloberst v. Pape! Er lebe hoch!

10. Februar. Prinz Heinrich hält bei der Schaffermahlzeit in Bremen eine Rede, in der es, nach der „Weserzeitung," also hieß:

Nicht zum geringsten möchte der Staat Bremen dem Durchlauchtigsten Monarchen und Allergnädigsten Kaiser und Herrn dankbar sein für das, was Allerhöchstderselbe für den Staat Bremen und für dessen Handelsbeziehungen gethan hat. Diese Gefühle unsers Durchlauchtigsten Monarchen gehen hervor aus einem Herzen voll warmer Sympathie, vor allem aber voll Verständnis für die schwere und ernste Bedeutung unsers seemännischen Berufs. Es sind nicht nur Handelsinteressen, die Bremen groß machen, es ist die Bedeutung des Staates Bremen im deutschen Reiche. Bremen hat es verstanden, in seiner großen, bekannten, geschichtlichen Zeit den großen deutschen Gedanken großzuziehen und zu unterstützen, nicht nur hier, sondern auch im Auslande. Und dessen ist man sich wohl bewußt. Es drängt sich mir hier ein Beispiel auf, eine Verknüpfung zweier Devisen. Die eine, wohlbekannt in fernen Ländern, draußen am Thor des Hauses Seefahrt stehend, die eine inhaltsvolle und schwere Bedeutung hat, lautet: Navigare necesse est, vivere non

est necesse. Das heißt: „Der Seemann rechnet im Verfolg seines Berufs, wo es die Pflicht erheischt, nicht mehr mit seinem Leben, er schlägt es in die Schanzen.“ Die andre Devise gehört jenem Hause an, dem anzugehören auch ich die Ehre habe. Sie lautet: „Vom Fels zum Meer!“ Jungdeutschland ist vom Fels zum Meer und über das Meer hinaus geflogen, und dies mit Hilfe der Bemühungen seiner seefahrenden Staaten. Nun denn, du freie Hansestadt Bremen, fahre hinaus, sende deine Boten weit übers Meer und verkünde allen denen, die es noch nicht wissen sollten, daß hinter dir der Fels des deutschen Reiches steht, und sei du in künftigen Zeiten, wie du es in verflossenen warst, der Wahrer und Verpflanzer des großen deutschen Reichs und fördere die großen deutschen Interessen und Ideen. In diesem Sinne erhebe ich mein Glas und leere es auf das Wohl der freien Hansestadt Bremen, indem ich Sie bitte, mit mir einzustimmen in den Ruf: „Ein Glas für die freie Hansestadt Bremen.“

Später erhebt sich Prinz Heinrich noch einmal und sagt:

Meine sehr geehrten Herren! Lassen Sie mich den Dank aussprechen dafür, daß Sie der Armee und der Marine gedacht haben. Einem Geschwisterpaare gleich gehen wir beide durch das Leben und sorgen dafür, daß Deutschland Ruhe hat. Unsre große Schwester, die Armee, hat dies bewiesen und kann sprechen. Sie hat zu Deutschlands Ehre und Einigkeit geblutet und gewirkt. Die jüngere und kleinere Schwester hat dies in dem Maße noch nicht gethan. Sie soll und wird es thun, wenn die Pflicht ruft, mit der Armee vereint, dafür bürgen wir. Armee und Marine sind berufen, wenn schwere Stunden kommen, dafür zu sorgen, daß Deutschland Hammer ist und nicht Amboß.

15. Februar. Zu Freiburg i. Br. stirbt die 76jährige Fürstin-Witwe Katharina von Hohenzollern, geb. Prinzessin von Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst, 1848 in zweiter Ehe vermählt mit dem 1853 verstorbenen Fürsten Karl von Hohenzollern, während sie in erster Ehe mit dem Grafen Franz Erwin von Ingelheim vermählt war.

16. Februar. In Gemeinschaft mit dem Prinzen Heinrich ist der Kaiser anwesend bei der Vereidigung von Marinerekruten in Wilhelmshaven. Er ergreift hier, nach der „Kreuzzeitung,“ das Wort, weist mit eindringlichen Worten auf die in dieser Stunde übernommenen Pflichten hin und knüpft hieran die Erwartung, daß die Rekruten jederzeit ihrer Verpflichtungen eingedenk und, wenn dereinst der Ruf an sie erginge, mit Freuden bereit sein würden, den letzten Blutstropfen für das Vaterland zu opfern, nach dem alten Spruch: „Ein Wort, ein Mann!“

17. Februar. Der Kaiser mit seinem Bruder auf Helgoland.

18. Februar. Er besucht in Oldenburg die großherzogliche Familie, läßt die dortige Garnison alarmiren und trifft abends wieder in Berlin ein.

19. Februar. Der Kaiser läßt dem Papst Leo durch den General v. Loë zum 50jährigen Bischofsjubiläum gratuliren. Der

General, der zugleich das Geschenk des Kaisers, einen kostbaren Ring, überreicht, hält an den Papst folgende Ansprache:

Se. Majestät der Kaiser und König haben mich beauftragt, in die Hände Eurer Heiligkeit dieses Schreiben zu legen, das die aufrichtigsten Glückwünsche Seiner Majestät anläßlich des denkwürdigen Jahrestages enthält, der die Vertreter aller Nationen um den heiligen Stuhl versammelt. Se. Majestät der Kaiser bittet Eure Heiligkeit, dieses Andenken an den 19. Februar in Geneigtheit annehmen zu wollen als ein Symbol der bischöflichen Würde, zu der die Vorsehung Eure Heiligkeit an demselben Tage vor 50 Jahren erhoben hat. Se. Majestät nimmt von Herzen gern diesen feierlichen Anlaß wahr, um Eurer Heiligkeit den warmen Ausdruck freundschaftlicher Gesinnung zu wiederholen und sich mit den Wünschen Seiner katholischen Unterthanen zu vereinigen. Für meine Person zur großen katholischen Gemeinschaft Deutschlands gehörig, bin ich stolz darauf und glücklich, von meinem Erlauchten Souverän als Dolmetsch seiner Gefühle bei der verehrungswürdigen Person Eurer Heiligkeit ausersehen worden zu sein.

Der Papst erwidert:

Wir sind von den Glückwünschen, die der deutsche Kaiser durch Ihre Vermittelung uns hat darbringen lassen, tief gerührt, wir zweifeln nicht daran, daß dieser neue Beweis der Hochachtung, den Ihr erlauchter Souverän dem Oberhaupte der Kirche gegeben hat, von den Katholiken des deutschen Reiches nach Gebühr gewürdigt wird. Er wird im hohen Grade dazu beitragen, in den deutschen Katholiken die Ehrfurcht und die Treue zu vermehren, die die Unterthanen zum Heile der Nationen den Vertretern und Inhabern der Macht gegenüber bewahren müssen. Wir sagen absichtlich „diesen neuen Beweis“ und erinnern uns gerne der verschiedenen Umstände, wo bereits nach dem Beispiele seines erlauchten Großvaters, des Kaisers Wilhelm I., und erfüllt von den heiligsten Interessen seines Volkes Se. Majestät sich geneigt gezeigt, unsre Bemühungen um die Herstellung des religiösen Friedens zu unterstützen. Was uns betrifft, so werden wir nichts verabsäumen, um jenes Ziel zu erreichen, von dem der kostbarste Gewinn ausgehen wird, nämlich die Verwirklichung der gesetzlich berechtigten Wünsche, der Gewissensfriede und das Wachstum des christlichen Gefühles in der edlen deutschen Nation. Dieselben Gesinnungen werden wir in unserm Antwortschreiben auf den Brief zum Ausdruck bringen, den Sie uns soeben übergeben haben, in dem Antwortschreiben, das Sie die Gewogenheit haben werden, in die Hände Seiner Majestät zu legen, sobald Sie ihm Bericht erstatten über diese ehrenvolle Mission, die Ihnen mit so großem Rechte anvertraut ward, und die Sie in so würdiger Weise erfüllt haben. Ich bitte Sie, bei derselben Gelegenheit Se. Majestät des sehr lebhaften Interesses zu versichern, das wir für seine erhabene Person haben, sowie der Wünsche, die wir für ihn und die ganze Kaiserliche Familie hegen.

22. Februar. Nach Angabe des „Reichsanzeigers“ empfängt der Kaiser in Gegenwart des Ministerpräsidenten und des Ministers für Landwirtschaft eine Abordnung der landwirtschaftlichen Zentralvereine der östlichen Provinzen, die beauftragt ist, mittels einer Denkschrift die Wünsche der Landwirtschaft zur Kenntnis des Kaisers zu bringen und um deren Förderung zu bitten. Rittergutsbesitzer von Below-Saleske überreicht die Bittschrift mit folgender Ansprache:

Eurer Majestät danken wir allerunterthänigst, daß es uns vergönnt ist, uns dieser Stelle nahen zu dürfen. Wir kommen in schwerer Sorge wegen des Niedergangs wie wegen der Zukunft unsers landwirtschaftlichen Gewerbes, um uns ehrfurchtsvoll an Eurer Majestät landesväterliches Herz unmittelbar zu wenden. Unsre allerunterthänigste Bitte geht dahin, die von uns in einer Denkschrift näher bezeichnete Sachlage huldvollst zu prüfen und unsrer Wünsche mit einem machtvollen Königsworte sich allergnädigst annehmen zu wollen, wie dieses von Eurer Majestät durchlauchtigsten Vorfahren glorreichen Angedenkens zum Segen des Landes wiederholt geschehen ist.

Hierauf erteilt der Kaiser folgende Antwort:

Ich danke Ihnen, meine Herren, daß Sie zu Mir gekommen sind und sich unmittelbar an Ihren Landesvater wenden. Wie Mein unablässiges Streben auf das Wohl Meines Landes gerichtet ist, so ist es auch Mein Wunsch und Wille, den Schwierigkeiten und Sorgen abzuhelfen, mit denen die Landwirtschaft, zumal in den östlichen Provinzen, zu kämpfen hat. Die Mittel und Wege, die hierzu einzuschlagen, sind mannigfacher Art und schwieriger Natur. Nur einer längern Zeit wird es, auch bei voller Hingabe Meiner Regierung an die gestellte Aufgabe, gelingen, dem angestrebten Ziele näher zu kommen. Dazu bedarf es vor allem des Friedens, zu dessen Erhaltung auch Sie beitragen können, indem Sie für die Stärkung unsrer Wehrkraft eintreten. Die Wünsche, die Sie mir vortragen, werden von Meiner Regierung eingehend geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Je mehr dies geschehen und das Gedeihen der Landwirtschaft gefördert werden kann, desto größer wird Meine Befriedigung sein, da die Landwirtschaft und die ackerbautreibende Bevölkerung Mir besonders am Herzen liegen. Ich erblicke gleich meinen Vorfahren in ihr, wie Ich vor drei Jahren in Königsberg auf dem Feste der Provinz ausgesprochen habe, eine Säule des Königtums, die zu erhalten und zu festigen Mir Pflicht und Freude ist, und Ich vertraue zuversichtlich, daß sie sich als solche in alter Treue allezeit bewähren wird.

An demselben Tage treffen der Kaiser und die Kaiserin in Neu-Strelitz ein, wo sie von der großherzoglichen Familie und der Bevölkerung aufs freudigste empfangen werden. Ueber das Festmahl berichtet die „Post“ vom 24. Februar:

Während der Tafel erhob sich der 74jährige Großherzog Friedrich Wilhelm zu einem Trinkspruch auf seine Gäste. Er dankte zunächst dem Kaiser für den Besuch im eignen Namen, im Namen der Seinen und in dem des Landes. Schon vor Jahresfrist habe er, der Redner, bei der Hochzeit in Remplin seiner Freude über die Anwesenheit Seiner Majestät auf mecklenburgischem Boden Ausdruck geben können; noch größer aber sei die Freude heute, das Kaiserpaar in dieser Stadt und in diesem Schlosse begrüßen, empfangen und bewirten zu können. Damals habe noch die jüngste Tochter der Schwester seines Vaters, die Frau Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin, gelebt. Der Großherzog erinnerte daran, daß der Kaiser auch mütterlicherseits mit der Frau Großherzogin verwandt sei, die als geborene Prinzessin von Großbritannien-Irland eine Cousine der Königin Viktoria sei. Lange sei es her, daß die Königin Louise in Hohenzieritz aus dem Leben abberufen sei; in diesem Jahre seien hundert Jahre verflossen, daß sie einst in Berlin um die Weihnachtszeit ihrem Gemahle die Hand fürs Leben gereicht habe. Ein Jahrhundert sei eine lange Zeit, aber noch heute lebe in diesem Hause und in dem Lande ihr Andenken fort. Möge der Geist der Königin noch lange walten; möge auch die Vorsehung dem Kaiser Glück und Segen spenden. Möge er ihm die Kraft verleihen, das Recht zu wahren und wieder-

herzustellen, das Vaterland zu verteidigen und zu schützen. Möge es dem Kaiser nie an Männern fehlen wie Blücher und Moltke, die geborene Mecklenburger waren. Auch das Mecklenburger Land und dessen Fürsten stehen treu zu Kaiser und Reich und werden nicht ermangeln, stets ihre Pflichten zu erfüllen. Ich trinke auf das Wohlergehen Eurer Majestät, schloß der Großherzog, auf das Wohl Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin, auf das Wohl Ihrer blühenden Kinderschar, und zwar nicht nur der Prinzen, sondern insbesondre auch der jungen Prinzessin, die ich im letzten Herbste mit der Großherzogin aus der Taufe gehoben habe. — Der Kaiser gab seiner Rede einen familiären Anstrich, indem er Onkel und Tante mit Euch anredete. Auch er gedachte zunächst der Vergangenheit; er gestand, daß er mit tiefer Wehmut heute durch die Fluren gefahren sei, auf denen der Blick der unvergeßlichen Frau so oft geweilt habe. Er erinnerte daran, daß sein kaiserlicher Großvater, wenn er auf die Königin Louise zu sprechen kam, ihrer in wärmster Liebe und Verehrung gedachte. Ihr Geist und der Geist aufrichtiger Wahrheitsliebe wird in diesem Hause fortleben. Der Kaiser hoffte, Blücher und Moltke gedenkend, daß auch fernerhin ihm Mecklenburg bedeutende Leute und einen tüchtigen Nachwuchs stellen werde, mit dem er in Krieg und Frieden auf den Bahnen vorwärts strebe, die er überkommen habe. Der Kaiser trank alsdann auf das Wohl des Großherzogs, der Großherzogin und der großherzoglichen Familie.

24. Februar. Nach Berlin zurückgekehrt, besucht der Kaiser den Reichskanzler Grafen v. Caprivi, um ihm seine Glückwünsche zur Vollendung des 62. Lebensjahres darzubringen und ihm einen Ehrensäbel zu verehren, der, nach der „Nationalzeitung," die Inschrift trägt: „Alle Zeit bereit für des Reiches Herrlichkeit."

25. Februar. Der Kaiser beim Staatssekretär v. Boetticher zum Diner, bei dem er, nach Mitteilung der „Kreuzzeitung," einen Toast auf das Wohl des Reichskanzlers ausbringt.

1. März. Der Kaiser nimmt teil an einem vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, v. Achenbach, im „Englischen Hofe" zu Berlin veranstalteten Festmahle, dem im übrigen die Mitglieder des brandenburgischen Landtags beiwohnen. Auf die Begrüßungsrede des Oberpräsidenten erwidert der Kaiser folgendes:

Mein lieber Herr Oberpräsident und Sie, Meine verehrten brandenburgischen Landsleute, empfangen Sie zunächst Meinen Dank für Ihren Wunsch, Mich in Ihrer Mitte zu sehen. Die Gesinnungen treuer Anhänglichkeit, die in Ihrem Namen Euer Exzellenz Mir soeben ausgesprochen haben, finden in Meinem Herzen freudigen Wiederhall. Es spricht aus diesen Gesinnungen das feste Vertrauen zu Ihrem Landesvater und seinem Streben; der schönste Lohn, der Mir und mit Mir Meinen bewährten Räten in unsrer schweren Arbeit werden kann. Es liebt die Jetztzeit auf die Vergangenheit viel zurückzublicken, dieselbe mit dem augenblicklich Bestehenden zu vergleichen, zumeist zum Nachteil des letzteren. Wer auf eine so herrliche Vergangenheit zurückblicken kann, wie wir es — Gott sei Dank — können, der thut sehr wohl daran, um daraus zu lernen. Das nennt man in einem monarchischen Staat die Tradition. Doch nicht dazu soll sie dienen, um sich in nutzlosen Klagen zu ergehen über Menschen und Dinge, die nicht mehr sind, sondern vielmehr müssen wir uns in der Erinnerung wie in einem Quell erfrischen und, neugestählt aus ihm emporsteigend, zu lebensfrohem Thun und schaffens-

freudiger Arbeit uns hinwenden. Denn würdig vor allem müssen wir uns unsrer Ahnen und ihrer Leistungen erweisen. Das können wir nur, wenn wir unbeirrt auf den Bahnen weiterwandeln, die sie uns vorgezeichnet. Die hehre Gestalt unsers großen dahingegangenen Kaisers Wilhelm ist stets uns gegenwärtig mit ihren gewaltigen Erfolgen. Woher kamen dieselben? Weil Mein Großvater den unerschütterlichsten Glauben an seinen ihm von Gott verliehenen Beruf hatte, den er mit unermüdlichem Pflichteifer verband. Zu ihm stand die Mark, stand das ganze deutsche Vaterland. In diesen Traditionen, Meine Herren, bin Ich aufgewachsen und von ihm erzogen; denselben Glauben habe auch Ich. Mein höchster Lohn ist daher, Tag und Nacht für Mein Volk und sein Wohl zu arbeiten. Aber Ich verhehle Mir nicht, daß es Mir niemals gelingen kann, alle Glieder Meines Volkes gleichmäßig glücklich und zufrieden zu machen. Wohl aber hoffe Ich es dahin zu bringen, daß es Mir gelinge, einen Zustand zu schaffen, mit dem alle die zufrieden sein können, die zufrieden sein wollen. Daß dieser Wille in Meinem Volke sich täglich kräftige, ist Mein sehnlichster Wunsch; daß alle braven deutschen Männer und vor allem auch Meine Märker Mir dabei behilflich sein mögen, das ist Meine Bitte; daß unser gesamtes deutsches Vaterland an Festigkeit nach innen und an Achtung und Respekt nach außen dadurch gewinnen möge, das ist meine Hoffnung. Dann darf Ich getrost aussprechen: „Wir Deutschen fürchten Gott und nichts sonst in der Welt." Daraufhin leere Ich Mein Glas auf das Wohl Brandenburgs und unsrer wackeren Märker!

3. März. Besuch des Kaisers im Orientalischen Seminar in Berlin. — Zum Besuche des kaiserlichen Hofes trifft der frühere Großherzog Ferdinand IV. von Toskana, Erzherzog von Oesterreich, in Berlin ein.

10. März. In Gegenwart des Kaisers, der Kaiserin, des Prinzen Heinrich sowie des Fürsten und der Fürstin von Schwarzburg-Rudolstadt findet die feierliche Weihe der Nazarethkirche in Berlin statt.

12. März. Der Kaiser empfängt den Bankier Kaulla, der seinen Dank ausspricht für die thatkräftige Unterstützung, die ihm der kaiserliche Botschafter Fürst Radolin bei der Konzessionserteilung für die Anatolischen Bahnen gewährt habe. Der Kaiser entgegnet, nach der „Kölnischen Zeitung," daß ihn die Konzessionserteilung sehr gefreut habe, weil sie fruchtbare türkische Provinzen dem Verkehr erschließen, der deutschen Industrie zu gute kommen und deutschen Werken und Arbeitern Arbeit und Verdienst verschaffen werde. Der Kaiser fügt hinzu, daß die Konzessionserteilung der Weisheit des Sultans zu verdanken sei, der durch die Bevorzugung eines deutschen Unternehmens die Konzession jedes politischen Charakters entkleidet habe. Für Deutschland handle es sich nur um eine industrielle und finanzielle Unternehmung, während die Uebertragung an Angehörige einer andern Nation unter Umständen eine politische Bedeutung hätte erlangen können.

22. März. Empfang des Fürsterzbischofs Kopp von Breslau beim Kaiser. Kopp ist aus Rom zurückgekehrt, wo er in das Kardinals-

kollegium aufgenommen wurde. Zu Ehren des kommandirenden Generals Freiherrn v. Meerscheidt-Hülleſſem findet in Berlin ein Feſtmahl ſtatt, dem der Kaiſer beiwohnt.

26. März. Empfang des neuen Kardinalerzbiſchofs Krementz von Köln beim Kaiſer.

7. April. Geburt eines zweiten Sohnes des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen in Schloß Glienicke bei Potsdam.

15. April. Der Kaiſer trifft von Berlin über Swinemünde auf der neuen Jacht „Hohenzollern" in Kiel ein. — Kaiſerin Friedrich trifft aus England in Schloß Philippsruh bei Hanau zum Beſuch ihrer Tochter, der Prinzeſſin Margarethe von Heſſen ein.

17. April. Das Kaiſerpaar tritt mit hohem Gefolge und in Begleitung des Staatsſekretärs des Aeußern eine Reiſe nach Rom an, um an der Feier der ſilbernen Hochzeit des italieniſchen Königspaares teilzunehmen.

18. April. Der öſtliche Flügel des Schloſſes des Fürſten von Hohenzollern in Sigmaringen wird mit vielen Koſtbarkeiten durch Feuer zerſtört.

20. April. Ankunft des deutſchen Kaiſerpaares in Rom, wo es von der italieniſchen Fürſtenfamilie und großen Volksmaſſen begrüßt wird. Der Kaiſer läßt vom Bahnhof aus dem Papſt ſeine Ankunft anzeigen. Die Kaiſerin legt im Pantheon einen Kranz für Viktor Emanuel nieder. Der Kaiſer verleiht dem Herzog von Genua das Großkomturkreuz des Hausordens von Hohenzollern, dem Herzog von Aoſta den Schwarzen Adlerorden, dem Grafen von Turin das Großkreuz des Roten Adlerordens und dem Herzog der Abruzzen den Roten Adlerorden erſter Klaſſe.

21. April. Der Kaiſer und Gemahlin wohnen dem Derbyreale bei der Campanella und abends im Argentinatheater einer Vorſtellung bei. Der Kaiſer läßt dem Bürgermeiſter von Rom ſeine Glückwünſche zum Jahrestage der Gründung Roms überbringen und einen Kranz auf das Denkmal der bei Dogali gefallenen Soldaten niederlegen. Die Kaiſerin beſucht die römiſchen Altertümer.

22. April. Der Kaiſer und König Humbert nehmen vom Balkon des Quirinals aus den feſtlichen Vorbeizug der römiſchen Vereine entgegen. Bei der Hoftafel bringt König Humbert folgenden Trinkſpruch in franzöſiſcher Sprache aus:

Das Herz erfüllt vor Freude, danke ich, zugleich im Namen der Königin, Meinem teuren Bruder, dem Kaiſer Wilhelm und ſeiner erhabenen Gemahlin, der Kaiſerin Auguſta Viktoria, ſowie allen verwandten, befreundeten und verbündeten Prinzen und Prinzeſſinnen, die hierher gekommen ſind, um die Freuden dieſer Tage mit uns zu teilen. Ihre Anweſenheit iſt Mir, Meinem Hauſe und Meinem Volke ein Unterpfand des Glücks! Ich trinke auch im Namen der Königin auf S. M. den deutſchen Kaiſer, J. M. die Kaiſerin,

auf alle fürstlichen Gäste, die an diesem Tische sitzen, sowie auf die Souveräne und Staatsoberhäupter, die heute durch ihre Verwandten oder durch Repräsentanten hier vertreten sind.

Hierauf erwidert Kaiser Wilhelm:

Eure Majestäten wollen Mir gestatten, zunächst in Unsrer beider Namen gerührten Dank zu sagen für den herzlichen Empfang, den Eure Majestäten und die Einwohner Roms und ganz Italiens Uns bereitet haben. Ich erblicke in dieser Thatsache den erneuten Beweis Eurer Majestät persönlicher Freundschaft, die Sie von Meinem Großvater und Meinem Vater auf Mich übertragen haben. In beider Sinne habe Ich gehandelt, als Ich hierher eilte, Meine Glückwünsche zum heutigen Feste darzubringen. Hand in Hand mit Unsrer persönlichen Freundschaft geht die warme Sympathie, die die Völker Deutschlands und Italiens verbindet, und die in diesen Tagen mit neuer Kraft zum Ausdruck gelangt. Zugleich spreche Ich im Namen der hier vereinigten hohen Gäste den innigsten Dank aus für Eurer Majestäten warme Begrüßung. Aus den begeisterten Huldigungen, die Euren Majestäten in diesen Tagen dargebracht werden, klingt uns der schöne Ton aus der goldnen Saite der Liebe zum Herrscherpaar entgegen. Wir sehen gerührten Herzens ein ganzes Volk das schöne Fest seiner Königsfamilie mitfeiern: ein Wahrzeichen der innigen Wechselbeziehungen zwischen dem Königshaus von Savoyen und dem italienischen Volk. Wir alle vereinigen uns in dem Wunsche, daß des Himmels Schutz und Segen auch ferner walten mögen über Euren Majestäten und dem gesamten Königshaus zum Heil Italiens und Europas. (Zum Schluß in italienischer Sprache:) Ich trinke auf das Wohl Ihrer Majestäten des Königs und der Königin von Italien!

Nach der Hoftafel erfreut die Königin ihre fürstlichen Gäste durch ein Konzert ihres Meisterquintetts. Die Zuhörerschaft besteht aus der Königin, der Kaiserin, der Königin-Witwe von Portugal, der Herzogin von Genua, der Prinzessin Lätitia, dem Kaiser, dem italienischen Kronprinzen, dem Erzherzog Rainer, dem Kronprinzen von Griechenland und dem Herzog von York. Das Programm ist ausschließlich Beethoven entlehnt. Auf des Kaisers Wunsch werden ihm und der Kaiserin die ausführenden Künstler vorgestellt. Der Kaiser bemerkt, er finde eine derartige Vorführung Beethovenscher Werke nur in Italien möglich; die italienischen Künstler besäßen die tadelloseste Genauigkeit, vereint mit einem Schwung, um den wir sie beneiden könnten.

23. April. Das Kaiserpaar wohnt dem Gottesdienste in der Kapelle der deutschen Botschaft in Rom bei; der Kaiser nimmt sodann an einem Frühstück beim preußischen Gesandten v. Bülow teil, wo er eine Unterredung mit dem Kardinal Ledochowski hat, und begiebt sich sodann mit der Kaiserin, die ihn hier abholt, in glänzender Auffahrt zum Vatikan, wo sie dem Papste einen Besuch abstatten. Die Unterredung des Kaisers mit dem Papst dauert, nach dem „Reichsanzeiger," eine Stunde.

24. April. Das Kaiserpaar ist bei einer großen Truppenschau auf der Piazza d'Armi bei Rom; später besucht es die Villen bei Tivoli.

25. April. In der deutschen Botschaft zu Rom nimmt das Kaiserpaar ein Frühstück ein und empfängt hier den Vorstand der deutschen Kolonie Roms. Sodann wohnt es einem Reiterfeste in der Villa Borgheſe und abends einem Balle beim Herzog von Sermoneta bei.

26. April. Ausflug des Kaisers nach Albano, Genzano und Frascati. Sodann nimmt er mit der Kaiserin an einem Gartenfeste im Quirinal teil und erscheint abends auf einem Balle beim Fürsten Doria. — Audienz des Staatssekretärs v. Marschall beim Papste.

27. April. Bei ihrer Ankunft in Neapel werden der Kaiser, die Kaiserin und die italienische Königsfamilie von der Bevölkerung aufs wärmste begrüßt.

28. April. Rundfahrt dieser Fürstlichkeiten an Bord des Panzerschiffs „Lepanto“ im Meerbusen von Neapel. Abends erscheinen sie im Theater San Carlo.

29. April. Die Fürstlichkeiten besuchen Pompeji.

30. April. Das Kaiserpaar besichtigt die zoologische Station und das Museum in Neapel. Abends schifft es sich mit dem italienischen Königspaare nach Spezia ein.

1. Mai. Mit König Humbert besichtigt der Kaiser das Arsenal in Spezia, wohnt hier mit der Kaiserin einem Gartenfeste bei und tritt abends die Heimreise an.

2. Mai. Ueber den Gotthard trifft das Kaiserpaar in Flüelen ein, wo es festlich begrüßt wird. Dann setzt es auf einem Dampfschiffe seine Fahrt über den Vierwaldstätter See nach Luzern fort, hier vom Bundespräsidenten Schenk namens der Schweiz begrüßt. Schenk hält beim Festmahle in Luzern folgende Ansprache:

Eure Kaiserliche Majestäten haben der Schweiz die hohe Ehre erwiesen, sie zu besuchen, und dem schweizerischen Bundesrate damit die willkommene Gelegenheit gegeben, Eure Majestäten persönlich zu begrüßen und Ihnen die Gefühle ehrfurchtsvoller Hochachtung und Verehrung auszusprechen, von denen er durchdrungen ist. Die Schweiz freut sich einmütig dieses für sie bedeutungsvollen Tages und erblickt in dieser freundlichst gebotenen persönlichen Begegnung gern eine besondre Bekräftigung der guten Beziehungen, die zwischen dem mächtigen Deutschen Reiche und der schweizerischen Eidgenossenschaft bestehen. Das Schweizervolk und seine Behörden, wiewohl entschlossen, unter allen Umständen und mit allen Kräften die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen, nehmen lebhaften Anteil an allen Bestrebungen und Thaten, die darauf zielen, den Völkern die unschätzbaren Wohlthaten des Friedens zu erhalten, und schauen deshalb auch mit freudigem Vertrauen auf die Hand Eurer Majestät, in der sie einen Hort und Schützer des Friedens verehren. Ich trinke auf die Gesundheit und das Wohl Seiner Majestät des deutschen Kaisers und Ihrer Majestät der Kaiserin.

Erwiderung des Kaisers:

Herr Präsident! Ihre freundliche Einladung an die Kaiserin und Mich, auf der Heimreise einige Stunden in der Schweiz zu verweilen, hat Uns

beiden zur aufrichtigen Freude gereicht. Mit herzlichem Danke, zugleich im Namen des gesamten deutschen Volkes, erwidre Ich Ihre liebenswürdige Begrüßung und den traulichen Empfang der Schweizer. Die herrliche Gegend, die Sie Uns soeben gezeigt, ist Mir nicht unbekannt, denn in jungen Jahren war es mir vergönnt, schon einmal Mich am Anblick Ihrer Berge und Seen zu erfreuen, die jährlich Tausenden Meiner Landsleute Erfrischung und Kräftigung bei gastlicher Aufnahme gewähren. Mit Befriedigung konstatire Ich, daß unsre guten und freundnachbarlichen Beziehungen, die von alters her bestehen, unverändert fortdauern, und Ich hoffe, daß der vertragsmäßig gesicherte Verkehr zwischen der Schweiz und Deutschland sich weiterhin gedeihlich entwickeln und dazu beitragen wird, die Freundschaft zwischen beiden Völkern zu erhalten und zu befestigen. Ich trinke auf das Wohl der Schweiz, der Schweizer und des Herrn Präsidenten der Eidgenossenschaft!

Abends trifft das Kaiserpaar in Karlsruhe ein. Auf der Fahrt nach dem Schloß begrüßt der Oberbürgermeister das Kaiserpaar vor dem Rathause und spricht seine Freude darüber aus, die Majestäten in einem Augenblicke begrüßen zu können, wo der Kaiser ohne Sorge für die Wehrhaftigkeit des Reichs zurückkehren könne, da dieselbe ohne innere Kämpfe gesichert erscheine. Der Kaiser dankt mit dem Hinzufügen, er teile diese Hoffnung und freue sich, dies in der Hauptstadt des Fürsten, der stets den nationalen Gedanken gepflegt, aussprechen zu können.

4. Mai. Der „Deutsche Reichsanzeiger" schreibt:

Der Eindruck, den die Majestäten von ihrem Aufenthalt in der Schweiz und Luzern gewonnen haben, dürfte sich vollkommen dem Eindruck der schönen Tage anschließen, die die Majestäten in Italien verlebt haben; mit freudiger Genugthuung werden sie in die Heimat zurückkehren, nachdem sie gesehen, welche Gefühle der Achtung und Freundschaft Italien und die Schweiz für Deutschland empfinden.

9. Mai. Nach dem Vorbeimarsch der Bataillone auf dem Tempelhofer Felde bei Berlin ruft der Kaiser die Generale und Stabsoffiziere zu sich, spricht sein Lob über die sehr gelungene Vorstellung der Bataillone aus und sagt dann zu ihnen, nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung":

Seitdem wir uns nicht gesehen, sind eigne Wandlungen mit der Militärvorlage vor sich gegangen. Ich habe nicht deren Ablehnung erwarten können und hoffte von dem patriotischen Sinne des Reichstages eine unbedingte Annahme. Ich habe Mich darin leider getäuscht. Eine Minorität patriotisch gesinnter Männer hat gegen die Majorität nichts zu erreichen vermocht, dabei sind leidenschaftliche Worte gefallen, die unter gebildeten Männern ungern gehört werden. Ich mußte zur Auflösung schreiten und hoffe von einem neuen Reichstage die Zustimmung zur Militärvorlage. Sollte aber auch diese Hoffnung täuschen, so bin Ich gewillt, alles, was Ich vermag, an die Erreichung derselben zu setzen, denn Ich bin zu sehr von der Notwendigkeit der Militärvorlage, um den allgemeinen Frieden erhalten zu können, überzeugt. Man hat von Aufregung der Massen gesprochen; Ich glaube nicht, daß sich das deutsche Volk von Unberufenen erregen lassen wird. Im Gegenteil, Ich weiß mich eins in dieser Militärvorlage mit den Bundesfürsten, mit dem Volk und mit der Armee. Ich danke, meine Herren, Ich habe Mich

Ihnen gegenüber nur aussprechen wollen, wie Ich es beim Entstehen der Vorlage gethan.

14. Mai. Prinz Friedrich Leopold eröffnet die „Große Berliner Kunstausstellung."

20. Mai. Der am 6. April geborene zweite Sohn des Prinzen Friedrich Leopold wird auf die Namen Thassilo, Wilhelm, Humbert, Leopold, Friedrich, Karl getauft. Prinz Friedrich Leopold wird zum Kommandeur des Regiments der Garde du Corps ernannt.

31. Mai. Nachdem sich der Kaiser seit dem 23. Mai in Pröckelwitz aufgehalten hat, nimmt er in Danzig teil an der Festlichkeit zum Stapellauf der Korvette „Gefion." Dann nimmt er teil am Diner des Offizierkorps des 1. Leibhusarenregiments, wo er eine Ansprache hält. Er betont, daß sich heute ein neues Band der Freundschaft und Kameradschaft um seine Marine und seine Armee geschlungen habe, und spricht die Hoffnung aus, daß, wenn die Armee und die Marine eine gleichmäßige Würdigkeit unter einander fänden, er keine Besorgnis für die Zukunft hätte. Die Grundpfeiler des Staates seien die Armee und die Marine. Der Kaiser gedenkt des Wahlspruches des verstorbenen Prinzen Friedich Karl „Durch!" Dieser Prinz sei das Vorbild eines Reiteroffiziers gewesen, und an dessen Wahlspruch halte er auch fest. Die beste Parade sei der Hieb! Die ersten Tugenden des Soldaten seien Treue und Gehorsam, an weiter nichts solle er sich kehren.

2. Juni. Unter den Gästen des Kaisers und den Teilnehmern an der großen Frühjahrsparade bei Berlin befindet sich Prinz Viktor von Italien, Herzog von Turin.

4. Juni. Das Kaiserpaar bei Einweihung der Himmelfahrtskirche in Berlin.

5. Juni. Kaiserin Friedrich tritt von Cronberg aus eine Reise nach Athen an. Der Kaiser empfängt den an Stelle Phelps' neu ernannten nordamerikanischen Gesandten General Runyon.

9. Juni. Ankunft der Kaiserin Friedrich in Athen.

13. Juni. Ankunft des Kaisers in Posen, wo er die Garnison alarmiren läßt.

19. Juni. Ankunft des Kaisers in Kiel, von wo er mit dem Prinzen Heinrich eine kurze Seefahrt unternimmt.

22. Juni. Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Prinzen Emanuel von Italien, Herzog von Aosta.

23. Juni. Wegen Untergangs des englischen Kriegsschiffs „Victoria" im Mittelländischen Meere richtet der Kaiser an den ersten Lord der Admiralität in London folgendes Telegramm:

Soeben ist Mir die Nachricht von dem Untergange J. M. Schiffs „Victoria“ mit dem Admiral Sir George Tryon und 400 tapfern Seeleuten zugegangen. Worte können Meinen Kummer über den Verlust eines so edeln Mannes und eines so schönen Schiffs nicht ausdrücken. Als Admiral der Flotte bedaure Ich von tiefstem Herzen den Schlag, der die britische Marine betroffen hat. Es ist ein nationales Unglück. Meine Offiziere und Meine Seeleute lassen durch Mich ihren Kameraden in der britischen Flotte ihr wärmstes Beileid ausdrücken. Zum Zeichen der Trauer habe Ich Befehl gegeben, auf Meinen Schiffen die britische Flagge nebst der unsrigen auf Halbmast wehen zu lassen.

25. Juni. Das Kaiserpaar unternimmt mit dem Kronprinzen von Kiel aus eine Seefahrt nach Gravenstein zum Besuch der Mutter und der Schwester der Kaiserin.

27. Juni. Der Kaiser nimmt auf dem „Meteor“ teil an einer Wettfahrt im Kieler Busen. — Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Kardinal-Staatssekretär Mariano Rampolla del Tindaro.

30. Juni. Das Kaiserpaar verläßt Kiel.

Sechster Abschnitt.

Amtliche Personalien.

30. April. Tod des am 2. April 1892 zum Staatssekretär des Reichsjustizamts ernannten Geheimen Rats Ed. Hanauer aus Bayreuth.

Siebenter Abschnitt.

Verfügungen.

I.

Zum Schutz der deutschen Nationalität und des evangelischen Glaubens.

14. Januar. Der Justizminister erläßt folgende Verfügung:

Es ist zur Sprache gekommen, daß in den Landesteilen mit überwiegend polnischer Bevölkerung deutsch-evangelische Kinder nach dem Tode ihrer Eltern häufig bei polnisch-katholischen Familien in Pflege gegeben und

hier durch den Einfluß ihrer Umgebung nur allzu oft der deutschen Nationalität und dem evangelischen Glauben entfremdet werden. Solche Vorkommnisse hätten voraussichtlich vermieden werden können, wenn bei der Auswahl der Vormünder in den betreffenden Fällen die Vorschrift des § 19 a 2 der Vormundschaftsordnung zur Anwendung gebracht worden wäre. Euer Hochwohlgeboren ersuche ich, diesem Gegenstande Ihre besondre Aufmerksamkeit zuzuwenden und in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß die zitirte Gesetzesvorschrift überall befolgt, auch etwaigen Neigungen der Vormünder, ihre evangelischen Mündel bei katholischen Pflegeeltern unterzubringen, seitens der Vormundschaftsgerichte mit Nachdruck entgegentreten werde.

II.

Sperrmaßregeln gegen Auswandrer.

Ende Februar. Der Reichskanzler ersucht die Senate von Hamburg und Bremen dahin zu wirken, daß die dortigen Schiffahrtsgesellschaften Auswanderer aus Rußland und Oesterreich-Ungarn nicht kommen lassen, solange im Reichsgesundheitsamte die Anschauung obwaltet, daß die Fernhaltung jener Auswandererzüge aus sanitären Gründen geboten erscheint. Zur Verschärfung dieser Maßregel läßt das preußische Ministerium des Innern die Polizeiorgane an der russischen und österreichischen Grenze anweisen, den Auswanderern den Uebertritt auf deutsches Gebiet zu versagen, und man geht dann noch weiter, indem man auf den in Betracht kommenden preußischen Eisenbahnstationen den Verkauf von Fahrkarten an Auswanderer untersagt hat.

Achter Abschnitt.

Evangelische Kirche.

Positive Anion.

6. April. Die „Freunde der positiven Union" halten in Berlin ihre landeskirchliche Jahresversammlung. Den ersten Vortrag hält Konsistorialrat Professor Cremer über das Thema: „Warum können wir das Apostolische Glaubensbekenntnis nicht aufgeben? Im Anschluß hieran wird folgende Erklärung beschlossen:

Die landeskirchliche Versammlung der Freunde der positiven Union bekennt sich einmütig zu der am 12. Oktober v. J. eingenommenen und kund-

gegebenen Stellnng ihres Vorstands zu den Harnackschen Wirren. Sie widerspricht auch ihrerseits jedem Versuch der theologischen Wissenschaft, die Wahrheit und Geltung der Bekenntnisse in der evangelischen Kirche zu untergraben. Sie kann einer Richtung der evangelischen Theologie, die einen rein subjektiven, von der Schriftautorität wie von den Bekenntnissen absehenden Glauben der Geistlichen als den allein berechtigten Standpunkt innerhalb der Reformationskirche behauptet, eine Berechtigung überhaupt nicht zugestehen und muß es den Trägern derselben anheimgeben, den Neubau einer Kirche nach ihren eignen Grundsätzeu zu unternehmen. Auf die theologische Jugend aber setzen wir in der Liebe, die alles hofft, die lebendige Zuversicht, daß sie die hohen Artikel göttlicher Majestät, für die unsre Väter gelitten und gestritten, Gut und Blut geopfert haben, als die Grundlagen ihres Glaubens festhalten und auf denselben in Gewissenhaftigkeit und Treue zum Segen des deutschen Volks dereinst ihr Amt führen werden. Und wir erwarten von dem Kirchenregiment, daß es energisch für die Berufung solcher akademischen Lehrer eintreten werde, die nicht darauf ausgehen, die zukünftigen Geistlichen in dem schrift- und bekenntnismäßigen Glauben irre zu machen.

Neunter Abschnitt.

Katholische Kirche.

9.—20. Februar. In Posen, Breslau, Königsberg, Köln, Bonn finden Festlichkeiten zu Ehren des 50jährigen Bischofsjubiläums des Papstes statt.

22. April. Graf Paul Hoensbroech veröffentlicht in den „Preußischen Jahrbüchern“ eine Denkschrift zur Begründung seines Austritts aus dem Jesuitenorden. Die Einleitung der Denkschrift lautet:

Durch Veröffentlichung dieser Schrift bereite ich vielen, denen ich in meiner Vergangenheit sehr nahe gestanden habe, denen ich durch die innigsten Bande der Natur und der Freundschaft verbunden gewesen bin, die mich aufrichtig geliebt haben und die ich noch liebe, einen großen Schmerz. Vielen andern wird die Schrift als ein öffentliches Aergernis erscheinen, sie werden in ihr eine Schädigung der heiligsten Interessen erblicken. Noch andre werden diese Zeilen vielleicht mit höhnischem Jubel begrüßen; ein Streit innerhalb der katholischen Kirche; was kann es Erfreulicheres für manche Geister geben! Alles dessen bin ich mir bewußt, und das Bewußtsein dieses Schmerzes, den ich verursache, dieses Aergernisses, das ich gebe, dieser hämischen, feindseligen Freude, die ich hervorrufe, dies Bewußtsein drückt schwer auf mich und macht die Aufgabe, die ich in dieser Schrift mir gesetzt habe, zur peinlichsten meines Lebens. Aber warum schreibe ich denn? Warum lasse ich die Feder nicht unberührt? Zwingt mir sie jemand in die Hand? Ja. Ich glaube mir selbst und meiner Ehre, meiner eignen Persönlichkeit diese Schrift schuldig zu sein. Jahrelang habe ich dem Jesuitenorden angehört, vielfach ist mein Name in den litterarischen Kämpfen für und gegen diesen Orden genannt worden;

ohne eine authentische Erklärung meinerseits bliebe mein Austritt nicht nur ein Rätsel, sondern die verschiedensten und falschesten Deutungsversuche würden gemacht und Vermutungen aufgestellt werden, die in gleicher Weise für den Orden und für mich kränkend und verleumderisch wären. Das kann und will ich nicht dulden. Der Jesuitenorden und ich haben ein Recht auf Wahrheit.

Es folgt eine Charakteristik des Jesuitismus; die Richtung der Ausführungen kennzeichnen die Ueberschriften einzelner Abschnitte der Schrift, z. B.: „Der Jesuitismus unterdrückt, ja bis zu einem gewissen Grade vernichtet die Selbständigkeit, den Charakter, die Individualität des Einzelnen," und: „Der Jesuitismus unterdrückt, ja bis zu einem gewissen Grade vernichtet das berechtigte Nationalitätsgefühl, den berechtigten Patriotismus."

Zehnter Abschnitt.

Soziale Bestrebungen.

I.

Evangelisch-sozialer Kongreß.

1. Juni. Der vierte Kongreß tritt in Berlin zusammen, Professor Kaftan aus Berlin hält einen Vortrag über Christentum und Wirtschaftsordnung. Er stellt folgende Sätze auf, denen der Kongreß zustimmt:

I. 1. Christliche Religion und wirtschaftliches Leben sind an und für sich getrennte Gebiete. Mit jener ist es auf das ewige Leben in Gott, mit diesem auf die zweckmäßige Befriedigung zeitlicher Bedürfnisse abgesehen. 2. Das Christentum ist unabhängig von der Wirtschaftsordnung und mit jeder Form des wirtschaftlichen Lebens verträglich. Wiederum trägt dieses seine eignen Gesetze in sich, durch die es dem Christentum selbständig gegenübersteht. II. 1. Christliche Religion und wirtschaftliche Arbeit treten auf dem Boden des sittlichen Lebens notwendig in innere Berührung und Wechselwirkung mit einander. Nach christlichem Verständnis giebt es kein ewiges Leben in Gott ohne sittliche Erziehung und sittliche Bethätigung, während die Ordnungen des wirtschaftlichen Lebens ihrerseits das sittliche Handeln sowohl bedingen als dadurch bedingt werden. 2. Es ist Christenpflicht, die Wirtschaftsordnung so zu gestalten, daß sie eine Grundlage für die Pflege der sittlichen Ideale des Christentums bietet. 3. Gegenüber der heute bestehenden Wirtschaftsordnung führt diese Pflicht sowohl zur Verteidigung ihrer wesentlichen Grundgedanken gegen Umsturzgelüste als zu einschneidenden Forderungen mit Bezug auf ihre Umgestaltung.

2. Juni. Nach einem Vortrage des Pastors Cronemeyer aus Bremerhaven über Heimatkolonien beschließt der Kongreß eine Erklärung, wonach er im Gedeihen der Heimatkolonien eine wertvolle Ergänzung der Arbeiterkolonien erblicken würde. Hofprediger Braun aus Stuttgart hält einen Vortrag über „Die Annäherung der Stände in der Gegenwart," worauf der Kongreß folgenden Sätzen Brauns im allgemeinen zustimmt:

1. Thatsächlich vollzieht sich in der Gegenwart — im Anschluß an die rechtliche Gleichstellung und vermehrte persönliche Berührung eine Annäherung der verschiedenen Stände auf den Gebieten der allgemeinen Geistesbildung und der äußern Lebenshaltung. 2. Aber diese Annäherung bleibt, wenn sie nicht auf festere und tiefere Grundlagen gestellt wird, eine ungenügende und widerspruchsvolle und hindert nicht die innere Entfremdung zwischen den Ständen und die Schärfung des Klassenbewußtseins. 3. Eine wirklich wertvolle und fruchtbare Annäherung der verschiedenen Stände hat zu notwendigen Voraussetzungen a) eine derartige Gestaltung der materiellen Lage für die Glieder aller Stände, daß jedem ein Gefühl der Sicherheit und Befriedigung ermöglicht, und dem Neid wie dem Uebermut der Boden entzogen wird, b) den innerlich verbindenden Besitz idealer, insbesondre religiöser Güter und Interessen, c) Achtung und Vertrauen als Grundton aller persönlichen Beziehungen. 4. Hiernach wird der Annäherung der Stände, wenn auch nur mittelbar, so doch um so gründlicher gedient a) durch energische Thaten der sozialen Reform, b) durch Pflege der idealen Faktoren in allen Ständen, insbesondre kraftvolle Bethätigung der christlichen Kirche und Seelsorge, c) durch reichliche Anknüpfung und warme unermüdliche Pflege persönlicher Beziehungen, wie sie sich ungezwungen im täglichen Leben ergeben. 5. In zweiter Linie haben auch besondre Veranstaltungen, die unmittelbar eine Annäherung größerer, den verschiedenen Ständen angehöriger Kreise herbeiführen und zunächst auf geselligem Boden (durch Zusammenkünfte, Vereine, Feste) verwirklichen wollen, ihren Wert — insbesondre als Gegengewicht gegen Vereinsbildungen auf einseitiger Staatsgrundlage —, aber nur wenn ihre Haltung von den in These 3 und 4 gezeichneten Gesichtspunkten bestimmt ist, und wenn alles Erkünstelte und innerlich Unwahre und alle übermäßige Betonung ihrer sozialen Bedeutung vermieden wird. 6. In Bezug auf die Annäherung der Stände wie alle sozialen Aufgaben der Gegenwart haben wir ohne Rücksicht auf den Erfolg unentwegt zu arbeiten in Pflichtgefühl und brüderlicher Liebe.

Hofprediger a. D. Stöcker hält einen Vortrag über „Das Sonntagsgesetz und seine Konflikte im Volksleben," worauf der Kongreß folgenden Leitsätzen beitritt:

1. Die Sonntagsruhe in ihrer neuesten gesetzlichen Gestalt bedeutet einen Fortschritt gegen früher, aber noch nicht den normalen Zustand, der erst mit der Befreiung des Feiertags von aller nicht unumgänglich notwendigen Arbeit vorhanden ist. 2. Die aus dem gegenwärtigen Zustande im Handelsgewerbe entstandenen Schwierigkeiten haben ihren Grund zum Teil nicht in der zu großen Schärfe, sondern in der Milde der geltenden Bestimmungen und werden mit der Gewöhnung des Volkes allmählich aufhören. Eine Abänderung ist nur dann erwünscht, wenn sie die Geschäfts- und Arbeitszeit beschränkt. Die gesetzlich erlaubten Ausnahmen sind knapp zu bemessen. 3. Die landesgesetzlichen Verordnungen für die Sonntagsruhe in Industrie und Handwerk sind möglichst bald zu erlassen und bei den dazu erforderlichen

Ermittelungen von den Staatsbehörden ebenso die Arbeiter wie die Unternehmer heranzuziehen. 4. Die Verordnungen in Betreff der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe entsprechen nur dann dem Geist der Gesetzgebung, wenn sie dem Handlungsgehilfen den Sonntagnachmittag freilassen und am Morgen die Arbeitszeit mindestens eine halbe Stunde vor Beginn des Gottesdienstes schließen. 5. Die Ortsstatute in Stadt und Land sollen die Sonntagsruhe des Nachmittags nicht beeinträchtigen. Die Großstädte, Berlin voran, verkennen ihre soziale Aufgabe, wenn sie im Handelsgewerbe die gesetzlich gestattete Arbeitszeit von fünf Stunden bestehen lassen. Sie vor allen haben die Initiative zu ergreifen und Statute zu erlassen, die die gesamte Arbeitszeit möglichst vor Beginn des Gottesdienstes verlegen. 6. Die Staatsbetriebe haben, wie überhaupt, so auch in der Sonntagsruhe eine vorbildliche Aufgabe zu erfüllen. Insbesondre ist dem Fahren der Gepäckwagen im Postbetrieb während der gottesdienstlichen Zeit und darüber hinaus eine Ende zu machen, weil dadurch öffentlich der Sonntagsfriede gestört wird. 7. Das Verkehrs- und Schankgewerbe kann nicht dauernd ohne gesetzliche Regelung der Sonntagsruhe bleiben. Den darin Angestellten muß mindestens der dritte Sonntag völlig frei sein.

II.

Aufruf bezüglich einer Nachweisstelle für akademische Berufsarbeit im Auslande.

14. Juli. Professor v. Gneist in Berlin und zahlreiche Professoren an vielen deutschen Universitäten richten an die Deutschen im Auslande folgenden Aufruf:

Ein Ruf aus der Heimat ergeht an euch zur Mitarbeit an einer Aufgabe, die, in eurem wie im unserm Interesse gelegen, nur gelöst werden kann, wenn die Deutschen des In- und Auslandes Hand in Hand gehen. Viele in Deutschland sehen sich zu demselben Streben gedrängt, das euch aus der Heimat in die Ferne getrieben: einen Boden zur Bethätigung von Kräften zu suchen, die im Vaterlande schon überreich wirksam und deshalb unverwendbar sind. Insbesondre auch in den gelehrten Berufszweigen greift eine Ueberfüllung um sich, die es vielen tüchtigen Kräften wünschenswert erscheinen läßt, sich im Auslande Raum für auskömmliche Berufsthätigkeit zu verschaffen. Geistliche hat von je der Missionsdrang hinausgetrieben, aber auch Aerzte, Apotheker, Chemiker, Ingenieure, Juristen u. a., namentlich Lehrer möchten heute in höherm Maße ihr Augenmerk auf das Ausland richten, wenn jemand wäre, der sie ruft, der wenigstens Auskunft giebt, wo man ihre Thätigkeiten am reichlichsten gebrauchen könnte. Sollen diese überschüssigen Kräfte nicht hilflos und nutzlos in der Heimat bleiben oder allein auf Geratewohl hinausgezogen, in der Fremde an unrechtem Orte hilflos und nutzlos sich vergeuden, so bedarf es einer Nachweisstelle für akademische Berufsarbeit im Auslande. Nur von einer solchen Zentralstelle aus läßt sich die Auswanderung von Angehörigen unsrer gelehrten Berufszweige planmäßig regeln, Erkundigung einziehen, Auskunft erteilen, Angebot und Nachfrage vermitteln. Vor Eröffnung einer solchen Nachweisstelle bedarf es der Uebersicht, in welchem Umfange das Bedürfnis nach akademisch gebildeten Deutschen im Auslande vorhanden ist. Wir richten deshalb namentlich an alle Deutschen im

Auslande die dringende Bitte um Auskunft, ob sich an ihrem Wohnorte lohnende Thätigkeit für deutsche Lehrer, Aerzte, Apotheker, Chemiker, Ingenieure, Juristen, Geistliche oder dergleichen bietet, sei es einzeln oder in größerer Zahl. Gleichzeitige Darlegung der einschlägigen Verhältnisse ist erwünscht. Nur durch allseitige Bereitwilligkeit, uns auf diese Weise zu beraten, wird sich die Errichtung einer Nachweisstelle ermöglichen lassen. Wir hoffen umsomehr auf die Bruderhilfe der Deutschen im Ausland, als eine Stärkung des deutschen Elements an ihrem Wohnort in ihrem eignen idealen und realen Interesse liegen dürfte.

Elfter Abschnitt.

Auswärtige Beziehungen.

I.

Verhältnis zu Rußland.

Anfang Februar. Der Besuch des Großfürsten-Thronfolgers von Rußland beim deutschen Kaiser und dessen Toast auf erstern werden in der Presse vielfach als Zeichen besserer Beziehungen Rußlands zu Deutschland aufgefaßt und besprochen.

Die „Hamburger Nachrichten" schreiben: Der Toast, den der Kaiser zu Ehren des Zarewitsch auf den Kaiser von Rußland ausgebracht hat, ist ohne Zweifel das wichtigste politische Ereignis der jüngsten Vergangenheit. Die Thatsache, daß der Thronfolger überhaupt nach Berlin gekommen ist, und noch mehr die, daß der Kaiser ihn so freundlich und in Erinnerung an die alten Verhältnisse begrüßt hat, ist für uns im höchsten Maße erfreulich. Wenn die zerrissenen Drähte, die Berlin und Petersburg verbanden, jetzt wieder angeknüpft werden, so wollen wir uns im Interesse ihrer neuen Befestigung für alle Zukunft gern jeder Kritik der Vorgänge enthalten, die die Ursache ihres Abreißens gewesen sind.

3. Februar. Der „Kölnischen Zeitung" wird über die Wiederherstellung besserer Beziehungen zu Rußland aus Berlin geschrieben:

In unsern politischen Kreisen unterhält man sich noch vielfach über den Besuch des Großfürsten-Thronfolgers, von dem man sich eine günstige Wirkung auf das deutsch-russische Verhältnis verspricht, die zu einer wesentlichen Beruhigung der internationalen Lage führen würde. Der Besuch hat eine um so größere Bedeutung, als er ausschließlich der Initiative des Zaren entsprang. Die Ernennung Werders und die Sendung des Thronfolgers sind maßgebende Anzeichen für des Zaren persönliche Willensrichtung, die durch die Eindrücke, die der Thronfolger in Berlin empfangen hat, noch gefestigt worden ist.

6. Februar. Der Berliner „Post" wird berichtet: „In diplomatischen Kreisen wird die Nachricht, der Großfürst-Thronfolger

habe die Mitteilung hierher gebracht, es existire kein französisch-russisches Bündnis, als apokryph bezeichnet. Im übrigen würde durch die Thatsache allein, daß ein solches Bündnis nicht förmlich abgeschlossen worden, an der Lage der Dinge im großen und ganzen sich wenig ändern."

7. Februar. Dieser Ableugnung gegenüber hält die Münchner „Allgemeine Zeitung" jene auch von der „Kreuzzeitung" als richtig bezeichnete Nachricht vollständig aufrecht. „Nehmen die „diplomatischen Kreise" der „Post" etwa an dem Worte „Mitteilung" Anstoß, so geben wir ihnen dieses Wort gern preis."

8. Februar. Ein Wiener Bericht der Londoner „Times" besagt, aus Petersburg eingegangene amtliche und private Mitteilungen stellen außer Zweifel, daß sich eine wesentliche Besserung in der allgemeinen politischen Lage vollzogen habe. „Der Besuch des Zarewitsch in Wien und Berlin war nur die äußerliche und sichtbare Bestätigung der zwischen den drei Kaisermächten bewerkstelligten Annäherung; die Kriegsgefahr ist mithin auf ein Minimum reduzirt. Thatsächlich mag zuversichtlich gesagt werden, daß während der letzten zehn Jahre niemals weniger Aussicht auf einen Konflikt zwischen den Großmächten vorhanden gewesen sei, als jetzt. In hiesigen politischen Kreisen wird betreffs der Zukunft die größte Zuversicht bekundet. Der Fall, der bislang die friedliebenden Mächte beunruhigte, war die Aussicht auf ein vollkommenes Einvernehmen zwischen Rußland und Frankreich. Den bestunterrichteten Persönlichkeiten zufolge besteht ein solches Einvernehmen überhaupt nicht. Dieser befriedigende Wechsel der Lage wird Oesterreich wie Italien gestatten, eine Vermehrung ihrer Militärausgaben zu unterlassen. Hier und da befinden sich beunruhigende Winke in der offiziösen Presse; aber es braucht denselben keine Bedeutung beigelegt zu werden."

27. Mai. Es wird gemeldet, daß deutscherseits die von Rußland in den Handelsvertragsverhandlungen angebotenen Konzessionen als ungenügend bezeichnet seien. Die Meinung überwiegt, daß der geplante Handelsvertrag „gescheitert" und ein „Zollkrieg" bevorstehend sei.

II.

Verhältnis zu Frankreich.

9. April. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:

Vor kurzem ist ein Deutscher, Kurtz, Roßarzt der Reserve, in Rouen unter dem angeblichen Verdacht der Spionage verhaftet und, nachdem dieser

Verdacht sich als völlig unbegründet erwiesen hatte, ausgewiesen worden. Unmittelbar nach seiner Verhaftung hatte Kurtz der französischen Behörde einen Brief an den deutschen Botschafter in Paris zur Beförderung übergeben. Dieser Brief ist erst, nachdem Kurtz nach mehrtägiger Haft wieder freigelassen und demnächst ausgewiesen worden war, an seine Bestimmung gelangt. Gegen die Ausweisung an sich, obwohl sie unter den obwaltenden Umständen als ein willkürlicher Akt erscheinen mußte, ist seitens der deutschen Vertretung bestehenden Grundsätzen gemäß Einspruch nicht erhoben worden. Dagegen wurde sofort nach Bekanntwerden des vorstehenden Falles der kaiserliche Botschafter beauftragt, ernstliche Beschwerde darüber zu führen, daß dem Kurtz nach seiner Verhaftung durch Zurückhaltung jener Briefe die Möglichkeit entzogen worden war, die Hilfe seiner vaterländischen Vertretung zum Zwecke des Nachweises seiner Unschuld anzurufen. Der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat nunmehr dem Grafen Münster mitgeteilt, die eingeleitete Untersuchung habe ergeben, daß sich die beteiligten Behörden einen sehr bedauerlichen Mißgriff haben zu Schulden kommen lassen. Der Verdacht der Spionage habe auf kleinlichen Angaben beruht. Nachdem dieser Verdacht als unbegründet erwiesen, sei die Ausweisung des Kurtz nicht gerechtfertigt, auch das Aufhalten der Briefe durchaus ungehörig gewesen. Der Minister hat dem kaiserlichen Botschafter zugesagt, daß der Wiederkehr solcher Vorgänge werde vorgebeugt werden, und überdies den Grafen Münster ermächtigt, den Kurtz wissen zu lassen, daß es ihm freistehe, ungehindert nach Frankreich zurückzukehren. Wie wir hören, ist Kurtz von seiten des Auswärtigen Amts hiervon verständigt worden.

III.

Verhältnis zu Italien.

19. April. Der „Deutsche Reichsanzeiger" schreibt anläßlich der Reise des Kaiserpaares: „Die innigen Freundschaftsbeziehungen, die zwischen beiden Monarchen und den Häusern Savoyen und Hohenzollern bestehen und eine kräftige Stütze für die gemeinsamen politischen Interessen beider verbündeten Staaten bilden, kommen, wie schon so oft und noch zuletzt im vorigen Jahre anläßlich des Potsdamer Besuchs der italienischen Majestäten, auch jetzt in der Teilnahme an dem Familienjubelfest des italienischen Königpaares zum überzeugenden Ausdruck. Auch das deutsche Volk nimmt herzlichen Anteil an dem italienischen Familienfest und sieht in dem Kaiser den erhabnen Dolmetscher für die Gefühle der Verehrung, die es für den Freund Deutschlands, den König Humbert und Allerhöchst seine Gemahlin empfindet, und die es in dem Wunsche zusammenfaßt, das hohe Paar möge noch lange sich des Glückes erfreuen, das ihm bisher beschieden ist, König Humbert möge noch lange zum Segen seines Volkes an der Seite seiner Gemahlin das schöne Land regieren, die Vorsehung möge die hohen Ziele der Verwirklichung entgegenführen, die König Humbert für das Glück seines

Volkes und die Erhaltung des Friedens sich gesteckt hat. Das deutsche Volk begleitet die Majestäten auf der Fahrt nach Rom mit um so dankbareren Gefühlen, als es darin den erneuten Beweis für die Festigkeit des Bandes erblickt, das beide Staaten unter einander und zugleich mit Oesterreich-Ungarn verbindet."

IV.

Verhältnis zum Papste.

2. Mai. Die Wiener „Politische Korrespondenz" äußert über den Besuch des Kaisers und den Empfang des Staatssekretärs Frhrn. Marschall v. Bieberstein beim Papst Folgendes:

Die Aeußerungen, die man im Vatikan nachträglich über den Besuch des Kaisers Wilhelm II. beim Papste vernimmt, bestätigen aufs neue, daß dieser Besuch einen sehr günstigen Eindruck hinterlassen hat. Der Papst hat seiner Befriedigung über die Zusammenkunft mit dem deutschen Kaiser wiederholt Ausdruck gegeben. Ebenso äußern sich die Kardinäle und Prälaten, die mit Wilhelm II. in Berührung kamen, über diesen mit sympathischen Worten. Es kann nicht bestritten werden, daß der deutsche Einfluß in den vatikanischen Kreisen, dank dem Besuche des Kaisers beim Papste, gestiegen ist; eine wesentliche Aenderung in der päpstlichen Politik darf man jedoch, wie schon einmal an dieser Stelle betont, als Folge dieses Besuches nicht erwarten. Der Audienz des deutschen Staatssekretärs des Aeußern beim Papste, die die ungewöhnliche Dauer von zwei Stunden hatte, wird große Bedeutung beigelegt. Man vermutet, daß in dieser Unterredung verschiedene in Deutschland schwebende Fragen, speziell diejenige betreffend die Wiederzulassung der Jesuiten in ihren Einzelheiten besprochen wurden, ohne daß jedoch, da ja die Regelung dieser Angelegenheiten weder vom Kaiser noch vom Papste allein abhängt, bestimmte Vereinbarungen getroffen worden wären. Die Frage einer etwaigen Intervention des Papstes, betreffs der Abstimmung über die Militärvorlage im deutschen Reichstage, soll, wie versichert wird, in der Unterredung des Papstes mit dem Freiherrn von Marschall ebensowenig berührt worden sein, wie in derjenigen mit dem Kaiser.

5. Mai. Der „Kölnischen Zeitung" wird aus Rom berichtet:

Einen bestimmten politischen Zweck hatte der Kaiser bei seinem Besuch überhaupt nicht, wie schon aus der Thatsache hervorgeht, daß der Kaiser sich in der Unterredung mit dem Papst darauf beschränkte, die üblichen Begrüßungen, Fragen u. s. w. freundschaftlicher Höflichkeit auszusprechen, und erst durch die eigenste Anregung des Papstes auf Gegenstände politischer Art geführt wurde. Es wird hier gar kein Hehl daraus gemacht, daß der Papst es war, der die Rede auf die soziale Frage brachte, indem er seine Befriedigung darüber aussprach, daß seine Encyklica über diesen Gegenstand gerade bei den preußischen Bischöfen soviel Verständnis gefunden habe, und sich nicht minder freudig darüber äußerte, daß auch Kaiser Wilhelm in ähnlichem Sinne für die Besserung des Loses der untern Klassen zu wirken bestrebt ist.

Zwölfter Abschnitt.

Festlichkeiten.

6. Mai. Die Städte Danzig und Thorn begehen die Feier ihrer hundertjährigen Vereinigung mit Preußen.

7. Mai. Enthüllung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm I. in Ems.

15. Mai. Enthüllung eines Denkmals für denselben in Trier.

30. Mai. Grundsteinlegung zu einem Kaiser-Wilhelm-Denkmal auf Hohensyburg.

5. Juni. In Nordhausen wird der 400jährige Geburtstag des Justus Jonas, Freundes und Mitarbeiters Martin Luthers, gefeiert.

28. Juni. Grundsteinlegung zum Kaiser-Friedrich-Denkmal und 600jähriges Jubiläum der Stadt Wittenberg.

Dreizehnter Abschnitt.

Die deutschen Schutzgebiete.

I.

Südwestafrika.

16. März. In der Walfischbai trifft eine aus 216 Mann bestehende Verstärkung der Schutztruppe ein.

2. April. Kaiserliche Verordnung über das Aufgebot von Landansprüchen.

12. April. Hauptmann v. François erstürmt mit der Schutztruppe Hornkranz, die Feste des Häuptlings der Namahottentotten, Hendrik Witboois, dessen Beunruhigungen des Schutzgebietes damit ein Ende gesetzt ist.

II.

Kamerun.

14. April. Es kommt ein deutsch-englischer Vertrag zustande wonach im Interesse der Zollverwaltung das obere Ende des Rio del Rey und die Grenze am unteren Ende dieses Wasserlaufs bis zum Meere festgestellt und die beiderseitigen Verwaltungen in die

Lage versetzt werden, dem im Gebiete jenes Flusses betriebenen schwunghaften Schmuggel Einhalt zu thun.

III.

Ostafrika.

13. Januar. Die deutsche Schutztruppe in Ostafrika erobert die Festung des Häuptlings Sikki von Unyamjembe, der seit Jahren die Gegenden zwischen Tabora und dem Tanganyikasee unsicher machte, den Karawanenverkehr verhinderte und die Schutztruppe öfter angegriffen hatte. Sikki fällt im Kampfe.

17. Januar. Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika verbietet die Einfuhr und den Umlauf fremder Kupfermünzen.

Im Januar. Der stellvertretende Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Oberstleutnant Freiherr v. Schele, unternimmt eine Reise durch das Schutzgebiet.

26. Februar. An diesem Tage, so wird nach verschiedenen Nachrichten allgemein und mit Bestimmtheit angenommen, ist Emin Pascha am Flusse Lualaba, auf dem Marsche in der Richtung nach den Stanleyfällen des Kongostromes, von Arabern aus Rache über die nach seinem Befehle am Viktoria-Nyanza erfolgte Tötung arabischer Sklavenhändler getötet.

8. März. Eine Abteilung der deutschen Schutztruppe in Ostafrika besteht auf dem Wege von Tabora, wo sie die Besatzung verstärken soll, nach Vereinigung mit der Besatzung der Station Uniangwira ein siegreiches Gefecht mit dem Häuptling Masenta, dessen Befestigung erstürmt wird.

Im März. Die Geschäftsleitung des deutschen „Antisklavereikomitees" veröffentlicht aus Koblenz einen Rechenschaftsbericht:

Hiernach hatte das Komitee aus der in ganz Deutschland stattgehabten Lotterie, aus der von ihm übernommenen Petersstiftung und aus sonstigen Zuwendungen über die Summe von 2061857 Mk. zu verfügen. So wie die Stationen am Nyassa einen Hauptstützpunkt der Antisklavereiunternehmungen daselbst und zum Vordringen nach dem Tanganyika von Süden her zu bilden geeignet sind, so werden alsdann die mit annähernd großer Macht ausgerüsteten Stationen am Viktoriasee und zwar vielleicht in noch höherm Maße dazu geeignet sein, der Hauptstützpunkt für das Vordringen des zivilisatorischen Gedankens und seiner Macht vom Norden her nach dem Tanganyikasee zu werden. Wenn auch, wie erwähnt, in diesem Augenblicke von den Sklavenjagden- und Transporten am Viktoriasee nicht mehr die Rede ist und die Macht der Sklavenhandel treibenden Araber in Uganda sowie an den deutschen Küsten des Sees gebrochen ist, so ist andrerseits diese Macht in den benachbarten Gebieten des Kongostaates und besonders nach der siegreichen Ueberwältigung mehrerer belgischen Expeditionen am Tanganyika und in seiner Umgebung ganz bedeutend im Wachsen, zumal nachdem es den Arabern

möglich geworden ist, sich, wie es scheint, vieler tausend Hinterlader teils bei ihren Kämpfen zu bemächtigen, teils durch das portugiesische und das südliche deutsche Gebiet käuflich zu erwerben. Die Sicherung des deutschen Teiles des Viktoria und des Nyassa, die Umschließung der deutschen Gebiete des Tanganyika — für das deutsche Ostafrika der eigentliche Herd des Sklavenraubes und des Sklavenhandels und das noch unbestrittene Herrschaftsgebiet eines mächtigen und starken deutsch- und europafeindlichen Arabertums — von Norden und Süden, sodaß nunmehr ein gleichzeitiges kraftvolles Vordringen von Norden, Osten und Süden möglich ist, ist der bisherige äußere Erfolg der Expeditionen des Antisklavereikomitees, ein Erfolg, der dadurch zunächst sicher gestellt ist, daß sowohl die Stationen am Nyassa- als auch am Viktoriasee mit Waffen und Munition, Tauschwaren und Vorräten aller Art für die Dauer von anderthalb Jahren reichlich versehen und auf einen Nachschub von der Küste her nicht angewiesen sind. Neben der eigentlichen Antisklavereiunternehmung hat die Ausführungskommission noch die wissenschaftliche Expedition des Dr. Baumann mit ihren Mitteln möglich gemacht. Diese Expedition hatte die Aufgabe, von Tanga nach dem Viktoriasee durch das Kilimandscharogebiet und durch die Massaisteppe auf dem kürzesten Wege vorzudringen, denselben auf seine Brauchbarkeit als kürzere Karawanenstraße, eventuell auf die künftige Anlegung einer Eisenbahn zu untersuchen und dann vom See über Tabora auf einem südlicheren Wege nach Tanga zurückzukehren. Die Erfolge dieser Expedition, die am 25. Februar dieses Jahres wieder glücklich in Pangani an der Küste angekommen ist, dürfen nach den Berichten des ausgezeichneten Führers als ganz hervorragende bezeichnet werden. Er hat nicht nur den ihm gewordenen Auftrag voll ausgeführt, sondern ist auch der erste gewesen, der die deutsche Flagge vom westlichen Ufer des Viktoriasees über das bisher sagenhafte Mondgebirge und die von ihm aufgefundenen eigentlichen Quellen des Nils nach dem Nordende des Tanganyikasees geführt hat, nachdem er vorher das deutsche Ostufer des Sees und das dahinter liegende Gebiet, in dem er den großen Salzsee, den Eiassi, entdeckt hat, durchzogen und gründlich untersucht hatte. Seine Berichte über die Verhältnisse und über die Kolonisationsfähigkeit eines großen Teiles dieser Ländergebiete sind so günstige, daß die Aussichten für den nördlichen Teil des deutschen Kolonialgebietes in jeder Beziehung als gute bezeichnet werden können.

IV.

Deutsche Kolonialgesellschaft.

26. Mai. In Frankfurt a. M. findet die Generalversammlung der deutschen Kolonialgesellschaft unter Vorsitz des Fürsten Hohenlohe-Langenburg statt.

Die Mitgliederzahl für 1892 beträgt 18250. Die Einnahmen der Gesellschaft für 1893 belaufen sich auf 115000 Mk., von denen 37050 Mk. zur Verwendung für koloniale Zwecke übrig bleiben. Die größte Unterstützung ließ die Gesellschaft dem südwestafrikanischen Syndikat zukommen, doch wurden auch andre koloniale Unternehmungen entsprechend unterstützt. Die Thesen beginnen damit, daß es für die kulturelle und wirtschaftliche Erschließung der afrikanischen Schutzgebiete erforderlich sei, daß die Kenntnis über Land und Leute einschließlich der Rechtsverhältnisse der Eingebornen durch methodische Forschung planmäßig und umfassend vermehrt werde. Die wissenschaftliche

Forschung muß in unmittelbaren Zusammenhang mit der Praxis gebracht werden; sie muß den Absichten und Zwecken der Landesverwaltung entsprechen, um diese möglichst vor Mißverständnissen und Irrtümern zu schützen, und ihre Untersuchungen darauf richten, weitere Gebietsteile für wirtschaftliche Unternehmungen zu erschließen. Es empfiehlt sich, für die einzelnen Schutzgebiete ein Programm festzustellen, nach welchem planmäßig und einheitlich die Anlage von wissenschaftlichen Stationen durchgeführt wird, deren Besetzung mit Kräften geschieht, die für die vorliegenden Aufgaben genügend vorgebildet sind. Zur Einrichtung und Unterhaltung von wissenschaftlich-wirtschaftlichen Stationen sind künftig in den Etat der Schutzgebiete ausreichende Mittel einzustellen.

Oesterreichisch-ungarische Monarchie.

A.

Oesterreich.

I.

Die kaiserliche Familie.

2. Januar. Der Kaiser empfängt eine muhammedanische Abordnung aus Serajewo, die ihm eine Dankadresse überreicht. Er spricht ihr seine Freude über die gedeihlichen Fortschritte Bosniens aus.

6. Januar. Ankunft der Kaiserin Elisabeth in Granada.

13. Januar. Dieselbe weilt in Sevilla.

21. Februar. Zu Wels in Oberösterreich findet die Taufe des am 17. Februar geborenen Sohnes des Erzherzogs Franz Salvator und der Erzherzogin Valerie, Tochter des Kaisers, auf die Namen Franz Karl Salvator Maria Joseph Ignaz statt.

2. März. Der Kaiser und die Kaiserin besuchen Schloß Chillon im Genfer See.

13. März. Der Kaiser besucht die Stadt Genf.

29. April. In Triest findet der Stapellauf des Rammkreuzers „Maria Theresia" in Anwesenheit der Erzherzöge Karl Ludwig und Ludwig Viktor statt.

15. Mai. Es wird amtlich bekannt gemacht, daß der Erz-

herzog Joseph Augustin sich mit der Prinzessin Augusta, zweiten Tochter des Prinzen Leopold von Bayern, verlobt habe.

II.

Parteiwesen.

4. Januar. Der Ministerpräsident Graf Taaffe läßt von der Regierung verfaßte und vom Kaiser im Prinzip genehmigte Grundzüge für die Bildung einer Majorität im Abgeordnetenhause den drei Obmännern der drei großen Klubs des Abgeordnetenhauses mit dem Ersuchen übermitteln, ihn zu besuchen, um die Form der weiteren Behandlung zu besprechen.

Dieses Programm knüpft an den Appell an, der in der Thronrede vom Jahre 1891 an alle diejenigen gerichtet wird, deren Ueberzeugung es sei, daß die Sorge für die höchsten Interessen der Gesamtheit durch Parteibestrebungen niemals beirrt werden dürfe. Dazu sei erforderlich, daß die zur Folgeleistung entschlossenen Parteien zur Sicherung der parlamentarischen Thätigkeit in Koalition treten. Damit die nach Auffassung der Regierung in Betracht kommenden Faktoren sich über ihren Beitritt unter voller Kenntnis der Absichten der Regierung entscheiden, wolle die Regierung unter Hinweis auf die Erklärung in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 2. Dezember 1892 die leitenden Grundsätze klar aussprechen. So wie die Regierung jederzeit bereit sei, im Sinne der von den Delegationen gebilligten auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns die Machtstellung des Reiches mit allen Mitteln zu wahren und zu kräftigen, somit auch für die Entwicklung der Wehrkraft voll einzustehen, so halte sie auch rückhaltlos fest an dem gegenwärtigen Verhältnisse zu Ungarn, wodurch die Organisation der Monarchie einen dauernden Abschluß gefunden habe. Die Regierung stehe unverrückbar auf dem Boden der bestehenden Verfassung und werde Aenderungen ihrer Grundprinzipien nicht zustimmen. Es heißt sodann in dem Programm weiter: Auf dieser Basis erheischt der Einklang mit dem österreichischen Staatsgedanken die Wahrung der gesetzlichen Autonomie der Königreiche und Länder sowie des nationalen Besitzstandes der einzelnen Volksstämme und die Verhinderung jedes Uebergreifens. Als geeignetes Mittel zur Förderung des nationalen Friedens anerkennt die Regierung die der gesetzlichen Regelung des öffentlichen Sprachgebrauchs unter voller Berücksichtigung der deutschen Sprache als allgemeinem Verständigungsmittel auch für Verwaltungszwecke zukommende Bedeutung. Die Regierung wird in dieser Beziehung ein Einvernehmen mit den beteiligten Parteien anstreben, eine darauf begründete legislative Aktion unterstützen und unter dem ausdrücklichen Vorbehalte ihrer Kompetenz Veränderungen des nationalen Besitzstandes innerhalb ihres administrativen Wirkungskreises thunlichst hintanhalten. Da das Staatsleben auch ein friedliches Verhältnis der verschiedenen Konfessionen und Gesellschaftsklassen der Staatsbürger erheischt, wird die Regierung, die religiösen Ueberzeugungen achtend und schützend, Verhetzungen jeder Art entgegentreten. Die Regierung erachtet die Zurückstellung der kirchenpolitischen Fragen sowie grundsätzlicher Aenderungen des Reichsvolksschulgesetzes im Interesse eines ruhigen Zusammenwirkens für erforderlich und wird bei Anwendung des Schulgesetzes

den religiösen Gefühlen der Bevölkerung innerhalb der Gesetze Rechnung tragen. Hinsichtlich des religiösen Gefühls erkennt die Regierung an, daß lediglich die Gutachten der betreffenden Kirchenbehörden maßgebend sind, und wird deren Wünschen thunlichst entgegenkommen. Das Programm gedenkt weiter des Nachdruckes, den die Thronrede auf die Aufgaben des wirtschaftlichen Lebens legte, stellt hierzu Gesetzesvorlagen in Aussicht und betont die verantwortungsvolle Sorge für die Festigung des Gleichgewichts im Staatshaushalt, die Durchführung der Regelung des Geldwesens, eine gerechte Steuerverteilung, eine angemessene Förderung der Produktion und des Verkehrs, für die Erhaltung und den Schutz der wirtschaftlichen Mittelklassen den Ausgleich der sozialen Gegensätze, die Hebung der schwächeren Gesellschaftsklassen, die Bekämpfung der Ausschreitungen des Eigennutzes, endlich die Sorge für die Fortbildung des Zivilrechts und des Strafrechts. Da keine der vorhandenen Parteien allein die erforderliche Unterstützung zur Durchführung des Programms gewähren kann, erwartet die Regierung, daß die staatserhaltenden gemäßigten Parteien und Abgeordneten in eine diesen Anschauungen beipflichtende Koalition treten, die ein Organ aus ihrer Mitte mit der Aufgabe zu betrauen hat, die Verbindung mit der Regierung ständig aufrecht zu erhalten nnd die gemeinsamen parlamentarischen und politischen Angelegenheiten zu ordnen.

31. Januar. Es findet eine Besprechung des Ministerpräsidenten mit dem Abgeordneten v. Plener und der Minister Graf Schönborn und Falkenhayn mit dem Abgeordneten Grafen Hohenwart über das Programm statt.

4. Februar. Die vereinigte deutsche Linke nimmt das Regierungsprogramm entgegen und beschließt eine Resolution, die besagt:

Die Partei erachte zwar noch immer die Koalition staatserhaltender, nicht durch große innere Gegensätze geschiedener Parteien als im Interesse der gedeihlichen Entwicklung des staatlichen Lebens, könne jedoch mit solchen Parteigruppen und Abgeordneten, die gegenüber den Grundanschauungen der Partei bisher eine gegensätzliche Stellung eingenommen hätten, keine Koalition ohne Preisgebung ihrer eignen Ueberzeugungen eingehen. Die Partei acceptire jene Sätze des Regierungsprogramms, betreffend die auswärtige Politik, den Dualismus, die Aufrechthaltung der Verfassung, die Erhaltung des nationalen Besitzstandes der Deutschen, die reichsgesetzliche Regelung der Sprachenfrage mit Anerkennung der der deutschen Sprache zukommenden besondern Stellung, die Aufrechthaltung der Grundsätze des Reichsvolksschulgesetzes, die Erhaltung des sozialen und konfessionellen Friedens; dagegen riefen die im Programm enthaltenen weitgehenden Vorbehalte bezüglich der Rechte der Exekutive und administrativen Praxis ernste Bedenken wach. „Gilt dies schon von der Sprachenfrage, so halten wir uns überdies insbesondre bezüglich der Schulverwaltung für verpflichtet, ausdrücklich zu erklären, daß die religiösen Gefühle der Bevölkerung, die wir hochhalten und geschützt wissen wollen, durch die bestehende Gesetzgebung über die Schule keinerlei Beeinträchtignng erfahren, daß wir daher eine administrative Praxis, die dem Geiste und lebendigen Inhalte des Reichsvolksschulgesetzes widersprechen würde, unmöglich gutheißen könnten. Die Partei erklärt sodann ihr Festhalten an dem böhmischen Ausgleich und betont, das Verhalten gegenüber der Regierung werde wesentlich von der Art der Handhabung des Programms, sowie von dem allgemeinen Geiste der Verwaltung abhängen."

7. Februar. In einer Versammlung des „Deutschen Vereins"

zu Wien hält der Abgeordnete Steinwender eine Rede gegen das neue Regierungsprogramm.

III.

Angelegenheiten Böhmens.

Anfang April. Die jungtschechische Partei zeigt sich erregt über den Beschluß des böhmischen Landtags, die Vorlage der Regierung, betreffend die Abgrenzung eines deutschen und eines tschechischen Gerichtsgebiets, der Gemeindekommission zuzuweisen.

13. April. In Kolin finden tschechische Ruhestörungen statt.

20. April. Im Landtag antwortet der Statthalter Graf Thun auf eine Anfrage bezüglich der Schulverhältnisse in Prag mit einer Aufforderung an die Prager Stadtvertretung, das Schulwesen unter Hintansetzung aller politischen und nationalen Zwistigkeiten zu fördern.

21. April. Die Prager Stadtverordneten weisen in öffentlicher Erklärung den Vorwurf des Statthalters, daß sie dem deutschen Schulwesen übelwollend entgegenstehen, zurück.

24. April. Eine Konferenz der drei staatsrechtlichen Parteien über ein gemeinsames Vorgehen scheitert, nachdem namentlich Prinz K. Schwarzenberg die grundsätzlichen Gegensätze hervorgehoben hat, die die feudalen Grundbesitzer von den Jungtschechen trennen.

5. Mai. Der Landtag weist einen Antrag des Jungtschechen Gregr auf Ueberreichung einer Adresse an den Kaiser zur Vorberatung an einen Ausschuß.

6. Mai. Im Landtage weist der Statthalter einige auf die künftige Haltung der Jungtschechen bezügliche Drohungen des Jungtschechen Janda zurück. Die ganze böhmische Geschichte beweise, daß die Bevölkerung Böhmens treu und loyal an der Monarchie hänge und dem Monarchen ergeben sei. Der Weg, den die Jungtschechen betreten, führe das Volk in große Konflikte, von deren Umfange sie selbst keine Ahnung hätten. Das Volk werde ihnen auf diesem Wege nicht folgen. Die Jungtschechen kämpften gegen alle Parteien und bekämpften die einer andern Nation angehörenden Brüder unter Berufung darauf, daß sie die primäre Bevölkerung Böhmens wären. Sie wollten daraus einen Vorrang ihrer Ansprüche in Böhmen herleiten, doch handle es sich nicht darum, wer früher hier war, sondern darum, daß beide Völker hier im Lande seien

und neben und mit einander leben sollen. Die Jungtschechen seien überall isolirt.

15. Mai. In der Adreßkommission des Landtages begründet Gregr seinen Adreßentwurf. Graf Schönborn erklärt, der Großgrundbesitz entsage dem staatsrechtlichen Gedanken nicht, doch sei eine Verwirklichung des Staatsrechts nur möglich, wenn sich in Böhmen eine neue Volkspartei bilden werde. Mattusch erklärt sich gegen die Adresse, so lange die deutschen Abgeordneten an ihrem Widerspruch gegen dieselbe festhielten. So lange die Deutschen gegen das Staatsrecht seien, sei eine Verwirklichung desselben unmöglich. Er bedaure die Entfernung der deutschen Abgeordneten aus der Adreßkommission, da hierdurch eine Aufklärung der Deutschen über das Staatsrecht unmöglich gemacht sei. Der Schluß der Sitzung gestaltet sich äußerst stürmisch infolge der Mitteilung des Oberst-Landmarschalls Fürsten Lobkowitz, daß mit Unterbrechung der Budgetdebatte der Kommissionsbericht, betreffend die Errichtung eines Kreisgerichts in Trautenau, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung werde gestellt werden. Die Jungtschechen geraten in große Erregung und suchen den Oberstlandmarschall am Weitersprechen zu verhindern. Dieser erklärt hierauf, eine Deputation der Jungtschechen habe bei ihm den Wunsch nach Vertagung der Angelegenheit, betreffend Trautenau, vorgebracht, alle andern Parteien des Hauses hätten aber erklärt, daß sie auf eine baldige Verhandlung Wert legten.

17. Mai. Im Landtag verlangen die Jungtschechen die Absetzung der Vorlage, betreffend die Errichtung eines Kreisgerichtes in Trautenau, von der Tagesordnung, weil das tschechische Volk in dieser Vorlage ein Hinarbeiten zur Teilung des Landes erblicke. Die Weigerung des Oberstlandmarschalls, der erklärt, die Majorität des Landtages vertrete gesetzlich das ganze Land, ruft eine längere, stürmische Bewegung hervor. Die Jungtschechen entreißen den Stenographen die Stenogramme und bringen auf den Referenten Funke ein, der mit der Verlesung des Kommissionsberichts beginnt. Die Deutschen eilen zu seinem Schutze herbei und scharen sich um die Tribünen. Von allen Seiten erschallen heftige Rufe und Gegenrufe. Der Oberstlandmarschall verläßt seinen Platz und sodann den Saal, in dem der Tumult fortdauert. Der Oberstlandmarschall kehrt zurück und erklärt die Sitzung für geschlossen. Die Deutschen, die Alttschechen und die Vertreter des Großgrundbesitzes verlassen den Saal, in dem die Jungtschechen in heftigster Erregung zurückbleiben. — Schluß des Landtags.

18. Mai. Der deutsche Landtagsklub veröffentlicht eine Kundgebung an das deutschböhmische Volk, die den mit gekünstelter

Aufregung veranstalteten rohen Tumult der Jungtschechen im Landtage als unberechtigt bezeichnet, da die Bildung des Trautenauer Kreisgerichts eine gerechte Forderung der Deutschen sei. Die Zustände in Böhmen seien dahin gekommen, daß ebensowohl die Autorität der öffentlichen Gewalten als der einfachste nationale Schutz der Deutschen bedroht erscheinen. Die Deutschen bewiesen dagegen eine solche Summe von Geduld und solch Entgegenkommen, wie es nur das Bestreben nach Frieden mit sich bringt. Das Vorgehen der Gegner sei eine eindringliche Lehre, alle Kräfte zusammenzufassen zur Wahrung der nationalen Interessen der Deutschen. Die gegenwärtige Zeit wäre am allerwenigsten geeignet zu Spaltungen und Neubildungen im eignen Lager. Die Kundgebung schließt mit der Erwartung, daß die Deutschböhmen unerschütterlich auf ihrem Rechte bestehen und sich kampfbereit halten würden.

26. Mai. In Prag finden Ausschreitungen der jungtschechischen Bevölkerung auf den Straßen statt.

IV.

Reichsrat.

28. Januar. Bei Beratung des Budgets für das Unterrichtsministerium betont der Unterrichtsminister v. Gautsch, die Teilung der Schulkinder nach Konfessionen widerspreche dem Gesetze und dem Standpunkte der Toleranz. Er halte an dem Unterricht in den klassischen Sprachen unbedingt fest.

4. Februar. Bei der Budgetberatung tritt der Unterrichtsminister für Beibehaltung des Griechischen in den Gymnasien ein. Der Wegfall des Griechischen würde den Eckpfeiler der Kultur, die uns mit den westlichen Völkern verbindet, zertrümmern und anfangs einen weniger bemerkbaren, später aber einen empfindlichen und überaus nachteiligen Riß zwischen dem Geistesleben Oesterreichs einerseits und Deutschlands, Frankreichs und Englands andrerseits herbeiführen; er sei deshalb für Beibehaltung der Gymnasien und Realschulen.

9. Februar. Bei der fortgesetzten Budgetberatung beklagt Salvadori die angebliche Germanisirung Südtirols. Der Unterrichtsminister erklärt, es sei das Uebertreibung, da in Südtirol 700 italienische Volksschulen und nur 16 deutsche beständen.

16. Februar. Bei der fortgesetzten Beratung des Justizbudgets wendet sich Vasaty gegen einen Erlaß des Präsidenten des obersten Gerichtshofes, in welchem von den nichtdeutschen Sprachen als von fremden Sprachen die Rede sei. Darüber entsteht große Unruhe und Zwischenrufe der Jungtschechen: „Wir sind also Fremde in Oesterreich, wo wir Geld und Blutsteuer zahlen! Unser Geld ist immer gut! Skandal!" Graf Kaunitz ruft: „Unverschämte Beamtenbagage!" Justizminister Graf Schönborn ruft nunmehr: „Unerhört. Unter solchen Umständen kann man hier nicht bleiben" und verläßt den Saal.

17. Februar. Graf Kaunitz giebt die Erklärung ab, daß er die Beamtenschaft nicht beleidigen wollte und die ihm entschlüpfte Aeußerung in formaler Hinsicht als unparlamentarisch anerkenne, schwächt aber das Eingeständnis seines parlamentarischen Verstoßes durch den Zusatz ab, daß der betreffende Zwischenruf „nicht ganz zutreffend" und seine Erregung über die von Vasaty verlesenen Verfügungen v. Stremayrs „begreiflich" gewesen sei. Darauf weist der Justizminister die Angriffe auf den Beamtenstand auf das entschiedenste zurück und erklärt, er wolle die gestrigen Zwischenrufe nicht erörtern, da sie durch die abgegebene Erklärung beseitigt seien. An die Jungtschechen, die einen nur auf Zerstörung hinführenden Weg betreten hätten, richtet der Minister die Aufforderung, Vorschläge zu machen, wie sie sich ein friedliches Zusammenleben mit den Deutschen dächten. Heinemann und Wrabetz von der deutschen Linken sprechen ihr Bedauern darüber aus, daß der Minister nicht sofort die Verunglimpfung des Beamtenstandes zurückgewiesen habe. Hierauf verliest der Justizminister eine Zuschrift des Präsidenten des obersten Gerichtshofes, in der die Verfügung bezüglich der deutschen Uebersetzung nichtdeutscher Urteile der ersten Instanz auf Zweckmäßigkeitsgründe zurückgeführt wird. Es sei damit keine Verletzung der einzelnen Nationalitäten beabsichtigt.

21. Februar. Bei Beratung des Etats des Finanzministeriums führt der Finanzminister Steinbach aus:

Es werde viel vom Steuerdruck gesprochen, und es sei in der That nicht zu leugnen, daß das Steuerzahlen nicht angenehm sei. Jeder fühle darin gewissermaßen einen Eingriff in seine persönliche Sphäre und würde lieber behalten, was er bezahlen soll. Doch sei auf der andern Seite die Meinung über die Produktivität der Steuern vielfach eine andre geworden. Der Staat behält ja nichts für sich, und er führt seine Einnahmen mit wenigen Ausnahmen eigentlich produktiven Zwecken zu. Die Ansicht von der Unproduktivität der Militärvorlagen teile er nicht. Auch eine hohe Steuer könne sehr produktiv wirken, wenn sie nur den richtigen Zwecken zugeführt werde. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Steuer nirgends den Fortschritt der Einzelwirtschaft stört. Nach den bisherigen Ergebnissen der Börsensteuer sei die Furcht wegen der Ueberwälzung dieser Steuer auf die kleinen Leute un-

gerechtfertigt. Großes Aufsehen erregt es, als der Finanzminister, in Erwiderung auf die Steuerklagen der Polen, das Wachsen der Steuerrückstände bei den Polen trotz des wirtschaftlichen Aufschwunges Galiziens schildert. Der Steuerrückstand betrage in Oesterreich 12 Prozent, in Galizien 36 und in Lemberg gar 60. Der Minister verliest einen Bericht des galizischen Finanzdirektors, nach welchem die Steuerhinterziehung dort allgemein sei, auch bei den höheren Klassen.

24. Februar. Bei der Budgetberatung behandeln jungtschechische Abgeordnete die böhmische Frage.

Gregr verspottet die Bemühungen des Grafen Taaffe, eine in allen staatsrechtlichen, nationalen und politischen Fragen schweigsame Geschäftsmajorität zustande zu bringen, und prophezeit den endlichen Sieg des föderalistischen Gedankens, da doch das böhmische Staatsrecht ebenso gut sei, wie das ungarische. Nur hätten den Tschechen bisher die Deaks und Andrassys gefehlt. v. Plener beklagt den Ansturm der Nationalitäten gegen die freiheitliche Verfassung schon deshalb, weil es infolgedessen jeder nichtliberalen Regierung möglich sei, nach eignem Belieben zu regieren. Er betont, daß seine Partei keine Zwangsmaßregeln oder Gewalt gegen die Tschechen wolle und trotz der Erregung, die gegenwärtig das tschechische Volk beherrsche, auf die endliche Erzielung eines modus vivendi zwischen Deutschen und Tschechen Böhmens hoffe, wenn auch dieses Ziel nur schrittweise erreicht werden könne.

2. März. Der Abgeordnete Kaiser bringt die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen zur Sprache.

Das, was schon bei Abschluß des Handelsvertrags mit Deutschland befürchtet sei, trete jetzt in die Erscheinung, nämlich „daß das deutsche Reich sich gegenüber Rußland sehr entgegenkommend zeigt, und daß es leider vielleicht in kurzer Zeit dahinkommen wird, daß für den Grenzverkehr gegen Rußland derartige Erleichterungen gegeben werden, die den Absatz unsrer landwirtschaftlichen Produkte im deutschen Reiche sehr erschweren, wenn nicht ganz unmöglich machen. Ich möchte den Handelsminister fragen, ob es nicht möglich wäre, darauf hinzuwirken, daß das deutsche Reich nicht eine so illoyale Weiterführung der Handelspolitik uns gegenüber weiterspinne. Nachdem wir ja viele Zugeständnisse dem deutschen Reiche gemacht haben, wäre es doch richtig, wenn der ganze Einfluß unsrer Regierung gegenüber diesem uns befreundeten und verbündeten Reiche geltend gemacht würde, damit der Absatz unsrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse eben gesichert bleibe."

Der Handelsminister spricht seine Mißbilligung des gegen die befreundete deutsche Regierung erhobenen Vorwurfs aus.

17. März. Präsident Smolka legt sein Mandat nieder, worauf das Abgeordnetenhaus eine sehr ehrende Anerkennung seiner Präsidentschaft ausspricht und ihm eine Ehrendotation aussetzt.

19. März. Bei Fortsetzung der Beratung über das Finanzgesetz erklärt der Finanzminister Steinbach betreffs der Valutaregelung, die Währung Oesterreichs sei dadurch viel selbständiger geworden, die Schwankungen hätten aufgehört. Die ungünstige Handelsbilanz von 1892 sei eine notwendige Folge des Uebergangsstadiums.

20. März. Die Neuwahl eines Präsidenten fällt auf den Ritter v. Chlumecky. Im weitern Verlauf der Verhandlung über das Finanzgesetz verteidigt Masaryk die freiheitlichen Bestrebungen der Jungtschechen, weist auf einen betreffs des allgemeinen Stimmrechts eingebrachten Antrag hin und betont, daß der Friede in Böhmen ohne von Mähren und Schlesien nicht herstellbar sei, einer Mitwirkung der Regierung bedürfe es aber dazu nicht. v. Plener erklärt dagegen, daß er an der Hoffnung auf Herbeiführung des Friedens in Böhmen festhalte; das Verlangen nach der Einführung des böhmischen Staatsrechts sei für die Deutschen unannehmbar; über diesen Punkt seien selbst die böhmischen Politiker noch nicht einig. Dem Wunsche nach Minoritätsvertretung stimme er bei, bevor jedoch der nationale Kampf in Oesterreich nicht beendet sei, erscheine Oesterreich für das allgemeine Stimmrecht nicht geeignet.

22. März. Es werden drei Gesetzentwürfe vorgelegt, deren Zweck eine Reform des Zivilprozesses ist: ein Gesetz über das gerichtliche Verfahren, eins über das Exekutions- und Sicherungsverfahren und eins über die Zuständigkeit der Gerichte.

24. März. Der Reichsrat wird vertagt.

B.

Ungarn.

I.

Neujahrsansprache des Ministerpräsidenten.

1. Januar. Anläßlich des Jahreswechsels beglückwünscht die liberale Partei den Ministerpräsidenten Wekerle. In seiner Anrede hebt der Sprecher Jokai das unverbrüchliche Vertrauen zu dem Kabinetchef und das Festhalten an dem Dreibund hervor. Wekerle verweist in seiner Antwort auf die Entschiedenheit des Regierungsprogramms und sagt:

Die Regierung wolle die kirchenpolitischen Fragen ohne Berührung der Dogmen lösen. Sie werde den nationalen Charakter des ungarischen Staates unter allen Umständen wahren und hierfür mit aller Strenge die legalen Mittel anwenden. Wenn Ausschreitungen zu befürchten sein sollten, würde sie selbst außerordentliche gesetzliche Mittel in Anwendung bringen. „Die guten Beziehungen der Monarchie zu den auswärtigen Mächten, die wir, insofern dies unter Wahrung unsrer Interessen möglich ist, auch durch neue Handelsverträge zu befestigen bestrebt sind, und die friedlichen Verhältnisse, die als gesichert betrachtet werden können, berechtigen zu der Hoffnung,

daß es gelingen wird, nicht nur unsre materielle Lage auch ferner zu befestigen und unsre wirtschaftlichen, Finanz- und Kreditverhältnisse zu regeln, sondern daß wir auch in der Lage sein werden, an der systematischen Weiterentwicklung unsrer Industrie, an dem kulturellen Fortschritt, an der Lösung unsrer innerpolitischen Fragen und besonders in der wichtigsten von diesen, der Reform der innern Verwaltung, mit Erfolg zu arbeiten."

II.

Kirchenpolitik.

Anfang Januar. Wie andre Bischöfe im vorigen Jahre, so tritt nun auch der Bischof Schopper von Rosenau gegen das vom Ministerpräsidenten Wekerle am 21. November 1892, bald nach seinem Amtsantritt verkündigte kirchenpolitische Programm (1892, II. S. 254) der Regierung auf. Er ruft in scharfen Worten die Geistlichkeit zum heftigsten Widerstande gegen das Regierungsprogramm und die dasselbe unterstützenden Liberalen auf. Er fordert, daß in jedem Bezirk eine von sämtlichen Wählern unterschriebene Mahnung an ihre Abgeordneten gerichtet werde, sie möchten, ihrem Versprechen gemäß, die Kirche verteidigen, weil man die Zivilehe nicht brauche, und nennt zum Schlusse die Liberalen charakterlose Söldlinge, die nur ihre eignen, nicht die öffentlichen Interessen vertreten. Aehnlich äußert sich Bischof Zalka von Raab gegenüber einer Deputation, daß die Zivilehe in keiner Form zu acceptiren sei und im Falle der Einführung nur als eine einfache bürgerliche Eintragung angesehen werden dürfe, da die Ehe für die Katholiken ein Sakrament sei.

Ende Januar. Bischof Steiner von Stuhlweißenburg erläßt einen Hirtenbrief ähnlichen Inhalts.

28. Februar. Unter dem Vorsitze des Fürstprimas Vaszary beginnt in Pest eine Bischofskonferenz, zu der alle ungarischen Bischöfe bis auf vier erscheinen.

1. März. Der Primas Vaszary, der sein Amt unter der Devise „Pax" angetreten hatte, legt der Bischofskonferenz ein Schriftstück vor, das an den Kaiser und das Ministerium gerichtet werden soll und in den maßlosesten Ausdrücken gegen die liberale Kirchenpolitik loszieht. Er vergleicht den Staat mit einem undankbaren, mißratenen Sohn, der seine Mutter, die Kirche, zuerst ihres Vermögens beraubt habe, dann ihr die Ehrfurcht verweigert hat. Zuerst komme aber Gott, dann das Volk, zuerst die Gesetze der Religion, dann jene des Staates. Die Verlesung des Aktenstückes erregt bei den Bischöfen fast einhelligen Widerspruch. Bischof Meszl-

lenyi beantragt die Weglassung jener Stelle, die die Religion über den Staat stelle und den Staat einen mißratenen Sohn nenne. Bischof Dessewfy protestirt energisch gegen Inhalt und Form dieser Kundgebung, er wolle und werde nie vergessen, daß er ein ungarischer Bischof sei. Zwischen Vaterland und Religion Unterschiede aufstellen, sei die Methode eines kosmopolitischen Geistlichen, er werde nie ein Kosmopolit sein, Ehre, Friede und Gesetz des Vaterlandes gehen ihm über alles. Primas Vaszary sucht nunmehr seine Worte zu mildern. Er sei auch kein Kosmopolit, aber die Pflicht gegen die Kirche gebiete die höchste Rücksichtslosigkeit im Kampfe.

3. März. Die Bischofskonferenz beschließt Denkschriften an den Papst, den König und die Regierung. In der an den König wird gesagt:

Der ungarische Episkopat ist gewohnt, in jedem kritischen Augenblick in tiefster homagialer Ehrfurcht und mit kindlichem Vertrauen an den Stufen des a. h. Thrones zu erscheinen, sich an diese starke Stütze und an diesen Wächter des Rechts und der Gerechtigkeit, der Religion und der Moral zu wenden, um seinen Besorgnissen aufrichtigen Ausdruck zu geben und den a. h. Schutz der gefährdeten allerheiligsten staatserhaltenden Interessen zu erflehen. In einer solchen Lage befindet sich der in tiefster Ehrfurcht unterfertigte ungarische Episkopat auch gegenwärtig, indem die hohe Regierung mit einem derartigen kirchenpolitischen Programm vor das Land getreten ist, das, wenn es verwirklicht würde, die Jahrhunderte alten Einrichtungen unsers Vaterlandes umstürzen und Millionen treuer Unterthanen Eurer Majestät Gefahren und unabsehbaren Wirren aussetzen und eine staatserhaltende Säule, die katholische Kirche, in ihren Grundfesten erschüttern würde. Die in dem kirchenpolitischen Programm der Regierung sich bergenden Gefahren haben unsre für das Schicksal unsers Vaterlandes und unsre Kirche gleich warm empfindenden Herzen mit tiefer patriotischer Besorgnis und mit Schmerz erfüllt, und die im Kreise unsrer Gläubigen sich zeigende Unruhe, die schon durch die einfache Mitteilung dieses Programms herbeigeführt wurde, ist eine Kundgebung des verletzten katholischen Selbstbewußtseins und der Ausdruck der Besorgnis, die in der Verwirklichung dieses Programms einen Angriff auf die Lebensinteressen unsrer Kirche erblickt. . . . Es würden die von der Regierung verkündeten kirchenpolitischen Grundsätze der religiösen Ueberzeugung der unsrer Obhut anvertrauten katholischen Bevölkerung, die die größere Hälfte der Bewohnerschaft Ungarns bildet, solche Wunden schlagen, ihr moralisches Empfinden so sehr erschüttern, daß sie nicht imstande wäre, der verheerenden Strömung sich zu widersetzen, die sie der Kirche entfremden würde, womit sie zugleich die stärkste Grundlage und Stütze, die Treue zum allerhöchsten Throne, die Liebe zum Vaterlande untergraben würde.

10. April. Mordanfall des Kellermeisters Csolics auf den Fürstprimas.

23. April. Der in Komorn versammelte zweite ungarische Katholikentag erklärt:

Daß wir Katholiken den Frieden zwischen Kirche und Staat wünschen auf Grund gegenseitiger Billigkeit. „Als Gläubige geben wir Gott, was

Gottes, als Bürger dem Staate, was des Staates ist, weil wir davon überzeugt sind, daß, wenn der Staat seinen Rechtskreis nicht überschreitet, die bürgerlichen und religiösen Pflichten niemals miteinander in Konflikt kommen können."

III.

Reichstag.

10. Januar. Im Abgeordnetenhause bringt Ugron den Antrag ein, zu beschließen, die Regierung anzuweisen, einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Befähigung der Anwärter auf den ungarischen Königsthron, die in der Thronfolge gültige Ordnung der Erstgeburt, das Organ und die Art der durch eine ungarische staatliche Behörde zu bewerkstelligenden Evidenthaltung der Anwärter auf den ungarischen Königsthron genau bestimmt. Der Ministerpräsident erklärt hierauf, betreffs der Erbfolge sei kein Zweifel vorhanden, die Erbfolgeordnung für Ungarn sei vollständig ins Reine gebracht. Die Evidenthaltung der Erbfolgeordnung auf den ungarischen Thron durch den Minister des Aeußern, als Minister des kaiserlichen Hauses, stehe allerdings nicht unter der konstitutionellen Kontrolle, weil der Minister des kaiserlichen Hauses nicht als gemeinsamer Minister betrachtet werden könne. Die bezügliche Lösung könne jedoch gehörig vorbereitet werden, da gottlob die Vorsorge in dieser Hinsicht für unabsehbare Zeiten unnötig sei. Der Antrag wird sodann zurückgezogen.

18. Januar. Bartok fordert im Abgeordnetenhause Maßnahmen gegen die Einwanderung russischer Juden. Diese seien eine auf der tiefsten Stufe der Bildung stehende Menge, die ein Fluch und eine Last für sich selbst sowie für das Land seien, in das sie kommen. Das Parlament bekunde gewiß keine Antipathien wegen der Religion und Geburt, allein das Hereinströmen dieser Elemente müsse überwacht und geregelt werden.

19. Januar. Hierauf erwidert der Minister des Innern, es genüge die Handhabung der Gemeindeordnung.

6. Februar. Genehmigung eines Gesetzentwurfs betreffend die Veranstaltung einer Landesausstellung anläßlich der Millenniumsfeier im Jahre 1896.

25. Februar. Der Ackerbauminister eröffnet dem Abgeordnetenhause, es sei ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, durch welchen einigen hundert weniger vermögenden Leuten durch Pachtung kleinerer Staatsgüter ein Lebenserwerb gesichert und auf diese Weise eine

Ackerbau treibende Mittelklasse geschaffen werde. Hierzu würde insbesondere auch der Grundbesitz der hohen Geistlichkeit verwendet werden, die dem Gesetzentwurf prinzipiell zugestimmt habe. Eine große sozialpolitische Frage werde damit für Ungarn gelöst. Die Regierung werde außerdem ein Kolonisationsgesetz einbringen, durch welches sie ermächtigt wird, kleinere Güter anzukaufen und dieselben gegen Ratenzahlungen an Ansiedler zu überlassen.

3. März. Das Abgeordnetenhaus beschließt, daß jeder Abgeordnete in Zukunft statt der bisherigen Tagegelder von 5 fl. 25 kr. pro Sitzung, alljährlich 2400 fl. „Abgeordnetenhonorar" und 800 fl. Wohnungszulage erhalten solle.

6. März. Ministerpräsident Wekerle verteidigt sich im Abgeordnetenhause bei Beratung des Kultusetats gegen den Vorwurf der Saumseligkeit bei Lösung der kirchenpolitischen Frage und beklagt, daß außerhalb des Reichstags stehende Kreise gegen das kirchenpolitische Programm mit den unedelsten Waffen kämpften. Kultusminister Graf Csaky sucht aus den Akten nachzuweisen, daß die Pflicht der katholischen Geistlichen, bei Mischehen die Anzeige an die protestantischen Seelsorger zu erstatten, die längste Zeit über bestand, ohne daß daran Anstand genommen wurde. Der Minister verliest an ihn gerichtete Kundgebungen von Erzbischöfen, Bischöfen und Domkapiteln, worin diese die Anzeigepflicht als etwas Selbstverständliches auffassen und dagegen nicht die leiseste Einwendung erheben. Erst als die Kurie anderweite Gründe zu haben glaubte, mit der ungarischen Regierung unzufrieden zu sein, habe sie entdeckt, daß die Anzeigepflicht unstattlich sei und gegen das katholische Dogma verstoße. Unter jenen Prälaten, die 1893 die Anzeigepflicht als gegen das Dogma verstoßend bezeichnen, sind einige, die früher solche Berichte schrieben, wie der Minister sie verliest. Der Minister sucht nachzuweisen, daß die Regierung von Schritt zu Schritt durch die Klerikalen gedrängt wurde, sodaß sie schließlich auf ihrem heutigen Standpunkt habe anlangen müssen.

8. März. In Fortsetzung dieser Beratung kennzeichnet ein Redner der Regierungspartei, der sich als gläubiger Katholik bekennt, Latkoczy, eingehend die Haltung des Vatikans gegenüber Ungarn. Es sei merkwürdig, daß der Vatikan Frankreich gegenüber eine so freundliche Haltnng bewahre, obgleich dort die Zivilehe schon längst eingeführt sei und die Geistlichkeit selbst im Laufe der letzten Jahre vielfache Unbill erfahren habe; nur in Ungarn finde der Vatikan die Zivilehe gegen das Dogma verstoßend. Redner ist überzeugt, wenn die Monarchie aus dem Dreibunde austräte und Italien sich selbst überließe, würde der Papst die ganze

ungarische Kirchenpolitik plötzlich annehmbar finden und nicht weiter behaupten, sie verstoße gegen die Dogmen. Das werde jedoch niemals geschehen; Ungarn werde niemals eine römische, sondern immer seine eigne ungarische nationale Politik verfolgen. Graf Theodor Andrassy wendet sich an die Geistlichkeit, sie möge Aufreizung und Zorn beiseite lassen, denn wenn man sie in solcher Verfassung sehe, müßten Zweifel entstehen, ob man es wirklich mit christlichen Priestern zu thun habe. Die Waffe des Katholizismus sei nicht die Polizei, sondern Lehre und Ueberzeugung. Dieser Einfluß der Geistlichkeit werde um so größer sein, je mehr sie ihre Aufgabe so auffasse, während sie mit Zank und Streit vielleicht die Zahl der Gläubigen vermehren, aber deren Sitten sicherlich nicht veredeln werde. Es dürfe nicht geschehen, daß die Religion mit den Mitteln der weltlichen Gewalt arbeite, das wäre nicht nur zwecklos, es wäre geradezu verhängnisvoll.

9. März. Gegenüber dem Abgeordneten Asboth, der Zurückziehung des kirchenpolitischen Programms verlangte, erklärt der Kultusminister, daß er von jeher Anhänger der allgemeinen obligatorischen Zivilehe gewesen sei und niemals einem auf andrer Basis gefaßten Beschlusse seine Zustimmung erteilt haben würde. Was die Verlesung der bischöflichen Briefe anbelange, so habe er die Betreffenden loyal verständigt und werde sich auf die darin dargelegten Anschauungen berufen, weil er dies der öffentlichen Meinung und der Gesetzgebung schuldig sei.

10. März. Der frühere Ministerpräsident Tisza erklärt die Behauptung Asboths, wonach er in seiner Stellung als Ministerpräsident seinerzeit die römische Kurie um ihre Vermittlung im Interesse innerer politischer Angelegenheiten angegangen habe, für vollkommen unwahr.

11. März. Asboth bleibt bei seiner Behauptung und fügt hinzu, er selbst sei damals mit der betreffenden Note nach Rom betraut gewesen. Tisza stellt die Sache abermals in Abrede. Horvath fordert nunmehr den Ministerpräsidenten zur Klarstellung auf.

16. März. Dieser antwortet, am 24. März 1884 sei ein Privatschreiben ohne amtliche Signatur und Nummer an den Botschafter beim päpstlichen Stuhle Grafen Paar abgegangen, das nicht bezweckt habe, eine Unterstützung zu erbitten, sondern einen informativen Charakter gehabt und besagt habe, der päpstliche Stuhl möge auf die leidenschaftliche Haltung des Klerus mäßigend einwirken. Das Schreiben sei auf ein mündliches Ersuchen des damaligen Unterrichtsministers Trefort abgegangen. Ein Verkehr mit dem heiligen Stuhle in Angelegenheiten, die die religiösen Gefühle der Katholiken betreffen, könne nicht beanstandet werden, es bedeute ein solcher nicht die Gestattung einer Einmischung in innere Angelegenheiten des

Reichs. Auch andre Staaten hätten diese Einmischung in größern Fragen angerufen, ohne daß die betreffenden Staatsmänner deshalb der Preisgebung des Landes bezichtigt worden wären.

17. März. In der fortgesetzten Beratung des Kultusbudgets erklärt der Kultusminister, die stärkste Rechtfertigung des kirchenpolitischen Programms der Regierung liege in der jüngst veröffentlichten Denkschrift der Bischöfe.

20. März. Graf Gabriel Karolyi fordert im Abgeordnetenhause den Unterrichtsminister auf, er möge nicht nur den Unterricht, sondern auch die Sitten der Jugend überwachen, damit künftig keine Personen wie Tisza vorkommen. Tisza möge auf sein Landgut gehen oder nach Rom, dann werde niemand mehr seinen Namen nennen. Im Hause sei kein Platz für ihn. Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung.

18. April. Das Abgeordnetenhaus beendigt die Budgetberatung. Dem Ministerpräsidenten Wekerle wird aus diesem Anlaß eine stürmische Ovation dargebracht. Wekerle legt sodann das nun festgestellte Budgetgesetz für 1893 vor, das mit 486 183 521 Gulden in den Ausgaben und mit 486 653 643 Gulden in den Einnahmen abschließt. Der Ueberschuß beträgt sonach 470 122 Gulden.

26. April. Die Regierung bringt im Abgeordnetenhause die ersten zwei kirchenpolitischen Vorlagen ein.

Das Gesetz über die Zivilstandsregister verfügt die Einrichtung staatlicher Geburts-, Ehe- und Todesregister bis zum Ablauf des Jahres 1894. Die Register werden geführt zumeist von Angestellten des Staats oder der Gemeinde, die dies als Nebenamt besorgen und, wo solche nicht vorhanden sind, von sonstigen verläßlichen Personen, die aber keine Geistlichen sein dürfen. Die Besoldung trägt der Staat, die sonstigen Kosten die Gemeinde. Die Anmeldungen sind gebührenfrei. Die Anmeldepflicht trifft alle bei dem anzumeldenden Falle anwesenden Personen. Bei Ehefällen muß bis zur Einführung der Zivilehe der kirchliche Matrikelauszug beigebracht werden. Weigert sich der Geistliche, diesen Auszug unentgeltlich auszufolgen, so nimmt die Behörde den Auszug, eventuell mit Anwendung von Gewalt. Die Religion der aus Mischehen entstammenden Kinder wird nach dem Gesetze vom Jahre 1868 eingetragen. Für die Vergangenheit behalten die kirchlichen Matrikel gesetzliche Kraft. Die Geistlichen sind gehalten, Auszüge zu geben. In dem Motivenbericht werden die dem Staate entstehenden Kosten mit 850 000 Gulden jährlich berechnet. Die Unterlassung von Anmeldungen oder die Widersetzlichkeit von Geistlichen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes werden mit Gefängnis und Geldstrafen bedroht.

Das andre Gesetz betrifft die Rezeption der Juden: Die israelitische Religion wird für gesetzlich rezipirt erklärt. Der Uebertritt von der christlichen zu der jüdischen Religion sowie umgekehrt ist gestattet.

9. Mai. Im Oberhause stellt der Oberst-Hofmeister Graf Szapary namens der konservativen Magnaten den Antrag,

das Haus billige das kirchenpolitische Programm der Regierung nicht und verweigere demselben seine Zustimmung, votire aber das Budget, um den Fortgang des Staatshaushalts zu ermöglichen. Bischof Schlauch entwickelt die Geschichte des Kirchenprogramms der Regierung und bekämpft es lebhaft. Kultusminister Csaky führt Amtsdokumente an, nach welchen der frühere Fürstprimas ganz freiwillig die Ausfolgung der Matrikelauszüge weggetaufter Kinder angeordnet hat. Der Minister erklärt, er habe dreimal seine Entlassung eingereicht, und jedesmal hätten sich die kompetentesten Faktoren geweigert, sie anzunehmen. Er halte es daher als seine Ehrenpflicht, auszuharren und seine Ueberzeugung geltend zu machen. Der Staat könne sich vor einer Konfession nicht beugen. Eine Lösung sei nur dann für den konfessionellen Frieden günstig, wenn der Kirche die Freiheit in eignem Wirkungskreise gelassen werde, dasselbe aber auch dem Staate für seine Agenden gewährleistet werde.

10. Mai. Das Oberhaus erteilt mit 81 gegen 56 Stimmen dem Ministerium Wekerle das von Szapary beantragte Mißtrauensvotum.

16. Mai. Im Abgeordnetenhause stellt Apponyi an den Landesverteidigungsminister Fejervary die Frage, ob er das Verbot der Teilnahme der ungarischen Landwehr an der Feier der Enthüllung des Honveddenkmals am 21. Mai aufrecht erhalte. Die Honvedschaft als nationale Wehrkraft könne von einer Gefühlskundgebung der gesamten Nation nicht ausgeschlossen werden. Darauf weist Fejervary auf den Grundsatz hin, die Armee von der Politik fern zu halten. Das Offizierkorps der gemeinsamen Armee und dasjenige der ungarischen Landwehr müsse derselbe Geist durchdringen. Er könne den Erlaß nicht zurückziehen. Ministerpräsident Wekerle erwähnt die seinerzeit gemachten Versuche, auch das offizielle Ungarn, die gemeinsame Armee und die Landwehr an der Nationalfeier teilnehmen zu lassen, und führt an, daß die Honveds später selbst zustimmten, daß die Feier ohne die Mitwirkung dieser Faktoren vor sich gehe. Die Regierung müsse nicht nur mit der Stimmung des Hauses rechnen, sie sei auch die Regierung des Königs. Das Haus erklärt mit 131 gegen 71 Stimmen, die Antwort Fejavarys zur Kenntnis zu nehmen.

17. Mai. Im Abgeordnetenhause bringt der Unterrichtsminister Csaky einen Gesetzentwurf über die freie Religionsübung ein.

Darin wird ausgesprochen, daß sich jedermann frei zu welchem Glauben oder zu welcher Religion immer bekennen, dieselbe befolgen und innerhalb der Schranken der Landesgesetze sowie der Anforderungen der öffentlichen Moral auch äußerlich zum Ausdrucke bringen und ausüben kann. Niemand darf in der Ausübung welcher religiösen Zeremonien immer, die nicht gegen das Gesetz oder die öffentliche Moral verstoßen, gehindert oder zur Erfüllung einer mit seinem Glauben nicht übereinstimmenden Handlung verpflichtet werden. Die Befähigung zur Ausübung der bürgerlichen und politischen Rechte ist vom Glaubensbekenntnisse vollkommen unabhängig. Niemand kann durch seinen religiösen Glauben oder durch kirchliche Vorschriften von der Erfüllung der auf dem Gesetze beruhenden Verpflichtungen immer befreit werden. Eine kirchliche Strafe kann gegen niemand aus dem Grunde angewendet werden, weil

er irgendwie in den betreffenden Gesetzen angeordnete bürgerliche Pflicht erfüllt hat oder eine in den Gesetzen verbotene Handlung nicht vollzieht, oder weil er seine ihm im Gesetze eingeräumten bürgerlichen Rechte frei ausgeübt hat. Jedermann darf unter dem im Gesetze festgestellten Bedingungen aus einer Konfession austreten und zu einer andern Konfession übertreten.

30. Mai. Der Reichstag wird bis zum 25. September vertagt.

C.

Gemeinsame Angelegenheiten.

25. Mai. Die Delegationen treten zusammen. Es wird ihnen der Voranschlag für 1894 vorgelegt.

Dieser beläuft sich, nach Abzug des Zollüberschusses in Höhe von 44370180 Gulden, auf 100878320 Gulden oder 4104106 Gulden mehr als im Vorjahre. Das ordentliche Heereserfordernis ist um 5276800 Gulden größer, das außerordentliche um 1274800 Gulden geringer als 1893, sodaß das thatsächliche Mehr des Heereserfordernisses 4002000 Gulden beträgt.

In der österreichischen Delegation beschweren sich die Jungtschechen aufs heftigste darüber, daß kein Vertreter des böhmischen Volkes in den Budgetausschuß gewählt worden sei, und erklären, sie erblickten darin eine Brüskirung und Ausschließung der ganzen böhmischen Nation. v. Plener erklärt hierauf, es habe die bestimmte Absicht aller Parteien vorgelegen, mit der jungtschechischen Partei, die sich durch ihr Benehmen außerhalb der Grenzen des parlamentarischen Anstandes gestellt habe, nicht weiter zu verkehren. Es handle sich nicht um die Ausschließung des böhmischen Volkes; es müsse zwischen den Führern der Jungtschechen und den guten patriotischen ordnungsliebenden Elementen des böhmischen Volkes ein Unterschied gemacht werden. Diese Delegation wählt den Fürsten Windischgrätz, die ungarische den Grafen Aladar Andrassy zum Präsidenten.

27. Mai. Der Kaiser empfängt die Delegationen und antwortet auf die Ansprachen ihrer Präsidenten:

Mit aufrichtiger Befriedigung nehme Ich Ihre Versicherung treuer Ergebenheit entgegen und sage Ihnen Meinen herzlichsten Dank. Nur wenige Monate sind verflossen, seit Sie das letzte mal zu den Delegationsverhandlungen versammelt waren. Die politische Lage hat seither keinerlei Aenderung erfahren. Unsre sehr freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten bestehen unverändert fort, ebenso wie erfreulicherweise die sonstigen der weitern Erhaltung des Friedens günstigen Umstände ungeschwächt andauern. Andrerseits hat sich die Lage aber auch darin nicht geändert, daß es Meine Regierung im Interesse der Sicherheit und der vollen Wehrfähigkeit der Monarchie unentwegt für ihre Pflicht hält, die systematische Weiterentwicklung der Organisation und Schlagfertigkeit des Heeres und der Kriegsmarine zur Durchführung zu

bringen. In den Ihnen diesbezüglich zugehenden Vorlagen war die Kriegsverwaltung bestissen, ihre Anforderungen für Heer und Kriegsmarine in jenen Grenzen zu halten, die unsre finanzielle Lage zuläßt. Diese Anforderungen bezwecken die schon seit Jahren als unbedingt notwendig anerkannte, in allen Zweigen gleichmäßig erfolgende Entwicklung und Stärkung der Wehrmacht, wobei mit Rücksicht auf die ungestörte Wahrung des Gleichgewichts im Staatshaushalte die entsprechende Verteilung der Lasten auf die nachfolgenden Jahre in Aussicht genommen wurde. Die in dem Voranschlage für 1894 enthaltene Begründung legt Ihnen den in dieser Beziehung geplanten Vorgang dar. Die Auslagen für die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina werden auch in diesem Jahre in den Einnahmen dieser Länder volle Deckung finden. Ueberzeugt, daß Sie an die Prüfung der Ihnen zugehenden Vorlagen mit bewährter Einsicht und patriotischem Eifer herantreten werden, wünsche Ich Ihren Arbeiten gedeihlichen Erfolg und heiße Sie herzlich willkommen.

3. Juni. Im auswärtigen Ausschusse der ungarischen Delegation spricht sich der Minister Graf Kalnoky über die auswärtige Lage aus.

Er erinnert an die in der letzten Session abgegebenen Erklärungen über die auswärtige Politik, insbesondre über die Bündnisse Oesterreich-Ungarns. Die Erklärung des Kaisers, daß seither in der politischen Lage der Monarchie keinerlei Aenderung eingetreten sei, beziehe sich selbstverständlich auch auf das Verhältnis Oesterreich-Ungarns zu den verschiednen Mächten. Endlich sei wohl die Zeit gekommen, um nicht alljährlich die Festigkeit und Dauerhaftigkeit des Dreibundes betonen zu müssen. Es sei erstaunlich, daß das Wegbleiben dieser ausdrücklichen Betonung Deutungen im entgegengesetzten Sinne erfahren konnte. Er könne auf das bestimmteste bestätigen, daß an den Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Deutschland und Italien sich in keiner Beziehung etwas geändert habe; dieselben seien so intim und fest wie jemals und würden dies auch bleiben. Dem Ausspruch des Kaisers, daß die Beziehungen zu allen Mächten sehr freundschaftlich seien, lägen keine besondern Ereignisse zu Grunde. Das Gefühl der Sicherheit und die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens stärkten sich; es sei in dieser Beziehung seit einiger Zeit eine gewisse sehr erfreuliche Progression bemerkbar. Der Minister macht darauf aufmerksam, daß die Ansprache des Kaisers einen zweiten Teil gehabt habe, in dem festgestellt werde, die Regierung erachte nach wie vor die Sorge für die stete Entwicklung der Wehrfähigkeit und der Schlagfertigkeit des Heeres für ihre Pflicht. Nicht in den politischen Absichten der einzelnen Mächte, wohl aber in der ganzen militärischen Situation liege eine gewisse Gefahr, die jedoch, wie dies schon jetzt erfreulicherweise der Fall sei, durch die guten Beziehungen zwischen den Monarchen und den Regierungen sich allmählich vermindre und schließlich wohl ganz beseitigt werden solle. Der Minister erinnert sodann daran, daß auch in früheren Ansprachen der Balkanstaaten nur ausnahmsweise Erwähnung geschehen sei, als die Dinge in Bulgarien eine bedrohliche Wendung nahmen und in Oesterreich-Ungarn sich vielfache Besorgnisse kundgaben. Jetzt sei die Lage auch in dieser Richtung geklärt, und es sei daher zu einer besondern Erwähnung kein Anlaß gegeben. — In Bezug auf Italien stimme er den Ansichten des Referenten vollkommen zu; es gebe überall Minoritäten mit besondern Wünschen. Die Hauptsache sei, daß die weitaus überwiegende Mehrheit der italienischen Nation sich bei jeder Gelegenheit für die Friedenspolitik ausspreche. Die jüngsten Ereignisse in Serbien seien so ruhig verlaufen und vom Lande so rückhaltlos acceptirt worden, daß von einer Revolution eigentlich nicht die Rede sein könne; die Großjährigkeit des

Königs sei einfach um kurze Zeit vorgerückt worden. Graf Kalnoky erklärt sodann, er hoffe auf eine weitere ruhige Fortentwicklung der Dinge in Serbien und auf eine glückliche Regierung des jungen Königs. Oesterreich-Ungarn mache in Serbien keine Politik und wünsche hauptsächlich entgegenkommende freundschaftliche Beziehungen der serbischen Regierungsorgane zu Oesterreich-Ungarn und einen freundnachbarlichen Verkehr der beiderseitigen Bevölkerung. In dieser Beziehung hätten sich die Dinge unter der letzten Regierung viel gebessert, und auch von der gegenwärtigen Regierung seien die besten Versicherungen gegeben. Da sich in der allgemeinen Lage in den letzten Monaten nichts geändert habe, so erachte er es nicht für erforderlich, die einzelnen Mächte besonders zu erwähnen. Da jedoch ein Delegirter speziell Rußlands gedacht habe, so glaube er versichern zu können, daß sowohl bei dem Kaiser Alexander III. wie bei dessen Regierung nur günstige Dispositionen gegenüber Oesterreich-Ungarn vorherrschten, und es könne nur erfreulich sein, wenn die schon früher guten Beziehungen zu Rußland sich noch weiter verbessern. Dies werde allmählich eines der gewichtigsten Motive dafür werden, daß die militärische Spannung in Europa aufhöre, die Anspannung der Wehrmacht aller Staaten ein Ende erreiche und normale Zustände eintreten, die Oesterreich-Ungarn, das nur eine Politik des Friedens verfolge, als sein Ziel betrachte. Bis dahin gehe Oesterreich-Ungarn mit pflichtgemäßer Vorsicht für seine Wehrfähigkeit, aber zugleich auch mit Rücksicht auf seine Finanzen vor; namentlich sei das Kriegsministerium bestrebt, für die bewilligten Summen etwas Bleibendes zu schaffen, was sich unter allen Umständen für die Armee nützlich erweisen werde.

Darauf spricht die Delegation dem Minister ihr Vertrauen aus.

4. Juni. Im Heeresausschusse der ungarischen Delegation erklärt der Kriegsminister, man müsse mit der Steigerung der Wehrkraft andrer Staaten Schritt halten, betont alsdann die schon im Frieden notwendige Ausgestaltung der Kadres, wofür die geforderten Offiziere bestimmt seien, und rechtfertigt die Vermehrung der Stabsoffiziere und Generale mit dem plötzlich eintretenden Mehrbedarf im Kriegsfalle. Die Bildung neuer Divisionen oder Korps aus den Ersatzkörpern sei nicht beabsichtigt. Bei der Eigenart der Kriegsverhältnisse jedoch könne man keine Bürgschaft dafür geben, daß die Ersatztruppe vor dem Uebergang in Feldtruppen nicht in Gefechtsaktion komme. Die allseits gewünschte Verbesserung der Stellung der Militärärzte sei notwendig, die Errichtung der sechzehnten Batterie bei jedem Korps bedeute keine Neuorganisation, sondern lediglich eine zweckmäßige Neugliederung der Feldartillerie.

5. Juni. Der Budgetausschuß der österreichischen Delegation berät den Etat des Ministeriums des Aeußern. Hierbei ergreift der Minister Graf Kalnoky das Wort zur auswärtigen Politik:

Er möchte wiederholen, daß die günstigen Faktoren, die er seit einigen Jahren habe hervorheben können, sich erhielten, und daß das Vertrauen in die Fortdauer der friedlichen Lage in Zunahme begriffen sei. Er wolle damit keine sensationelle Erklärungen abgeben, sondern einfach eine Stimmung bekunden, die nicht auf bestimmten Ereignissen, sondern auf einem nicht leicht definirbaren Gefühle der Friedenszuversicht beruhe, das sich in ganz

Europa erfreulicherweise festige. Die Kriegsgefahr sei ja nie als eine drohende hingestellt worden, allein die scharfen Gegensätze und eine gewisse Erregtheit prägten der politischen Lage einen Charakter auf, der alle Mächte gezwungen habe, den Frieden durch Stärkung der Wehrkraft und Rüstungen zu sichern und für alle Fälle bereit zu sein. Dadurch sei die Entwicklung der militärischen Organisation in allen Staaten Europas eine der wichtigsten Fragen geworden, ohne daß vielleicht irgend jemand ausgesprochen aggressive Ziele verfolgt hätte, Oesterreich-Ungarn gewiß nicht. Der zweite Teil der kaiserlichen Ansprache spreche klar aus, daß ungeachtet der im ganzen günstigern politischen Lage auch in dieser Richtung eine Veränderung noch nicht eintreten könne, und daß auch Oesterreich-Ungarn gezwungen sei, nicht nur für dieses Jahr, sondern auch für die weitere Folge für militärische Zwecke höhere Kredite zu beanspruchen, weil noch immer der Zustand andauere, bei dem die eigne Kraft und die militärische Stärke zur Sicherheit des Reiches und des Friedens notwendig werden könne. Somit habe die Anregung des Delegirten Lupul keine Aussicht auf Verwirklichung in der nächsten Zeit. Das jeder Politik in der zivilisirten Welt vorschwebende Ziel könne allerdings nur die Sicherung des Friedens sein. So könne auch Oesterreich-Ungarn nur die Festigung eines solchen Zustandes anstreben, der die Entwicklung der innern Verhältnisse und des nationalen Reichtums sowie Prosperität und die Kultur der Bevölkerung fördere. Doch wäre es eine Illusion, zu glauben, daß die sogenannte allgemeine Abrüstung nahe bevorstehe oder unter den jetzigen Verhältnissen überhaupt ausführbar wäre. Er glaube, ein großer Fortschritt wäre schon erreicht, wenn allmählich ein Stillstand bewirkt werden könnte. Eine allgemeine Abrüstung sei bei der gegenwärtig in fast allen Staaten auf allgemeiner Wehrpflicht und allgemeiner Mobilisirung beruhenden militärischen Organisation überhaupt nicht mehr so denkbar als in frühern Zeiten. „So lange die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß wir vor Gefahren zu stehen kommen können, die die Existenzbedingungen des Staates zu erschüttern vermögen, ist es Pflicht der Regierungen, die organisatorischen Verbesserungen und militärischen Vorkehrungen mit aller Energie weiter zu entwickeln, damit uns das Gefühl der Sicherheit für alle Fälle erhalten bleibt. Solange andre Mächte in ihren militärischen Vorbereitungen fortfahren, müssen auch wir und unsre Verbündeten dieser Notwendigkeit Rechnung tragen. Wenn ich auf das zunehmende Gefühl der friedlichen Zuversicht zurückkomme, so thue ich es, um daran die Hoffnung zu knüpfen, daß jene günstigen Umstände, die in den freundschaftlichen Beziehungen der Monarchen und Regierungen, sowie in der Friedensliebe der Völker liegen, uns in einen normalen Zustand hinüberführen und uns schließlich ermöglichen, uns jenem schon erwähnten Ziele jeder Friedenspolitik zu nähern.“ Graf Kalnoky stellt alsdann die in jeder Hinsicht unverändert gebliebnen Beziehungen zu den Mächten fest. Selbstverständlich unterliege die politische Gruppirung, worauf Oesterreich-Ungarns Politik beruhe, nämlich Oesterreich-Ungarns Bündnisse, keiner Veränderung. Mit den übrigen Staaten pflege Oesterreich-Ungarn möglichst freundschaftliche Beziehungen und finde hierin ein allseitiges Entgegenkommen. Obwohl auch bezüglich Rußlands nichts vorliege, was in dieser Richtung einen Zweifel zuließe, so könne er bei der Wichtigkeit dieses Nachbarreiches nur wiederholen, daß das Verhältnis zu Rußland, zu seinem Monarchen und seiner Regierung, ein sehr freundliches sei, von dem er hoffe, daß es sich auch erhalten werde. Das Vertrauen, daß die allein maßgebenden Faktoren Rußlands den Frieden wollen, habe sich allgemein gefestigt. Auf die oft leidenschaftliche Sprache der russischen Presse möchte er nicht zu viel hören; so bedauerlich auch ein solch gereizter Ton in Betreff der Beeinflussung der öffentlichen Meinung sei, so sei doch die Haltung der Presse in Rußland nicht entscheidend. In den Orient-

fragen sei eine gewisse Beruhigung eingetreten. Der Minister kann kein Ereignis anführen, das die Stellung in Serbien beeinflußt hätte. Die eingetretene Veränderung sei von Oesterreich-Ungarn von vornherein günstig beurteilt worden, weil sie die Gefahren vermindere, die bei der großen Parteileidenschaft zwischen Radikalen und Liberalen sich leicht einstellen konnten. Oesterreich-Ungarn hätte als nächster Nachbar immerhin in Mitleidenschaft gezogen werden können, wenn es zu blutigen Wirren gekommen wäre. Die Regierungsübernahme des Königs Alexander vor erlangter Großjährigkeit sei im ganzen Lande mit Befriedigung aufgenommen worden und habe eine wesentliche Klärung und Beruhigung bewirkt.

6. Juni. Der Ausschuß der ungarischen Delegation genehmigt den Bericht des Referenten Falk. Darin wird betont, die Dreibundspolitik sei die einzige, die auf die unbedingte Unterstützung des ungarischen Volkes ohne Parteiunterschied rechnen könne. Die begeisterte Aufnahme, die das italienische Volk dem deutschen Kaiserpaare sowie dem Erzherzog Rainer bereitet habe, beweise, daß der Dreibund nicht nur eine Allianz der Herrscher, sondern zugleich ein Bündnis der Völker sei.

9. Juni. Minister Graf Kalnoky ergreift im Budgetausschuß der österreichischen Delegation das Wort, um Mißverständnisse aufzuklären, die seine neulichen Auslassungen in deutschen Zeitungen erfahren hätten. Er sagt:

Ich sprach deutlich aus, daß unsre Bündnisse fest und unverändert fortbestehen, daß auch in der Fortdauer der innigen Beziehungen keine Aenderung eingetreten ist. Es liegt kein Grund vor, hieran zu zweifeln. Die aus meinen Worten herausinterpretirten Zweifel wollte man darauf basiren, daß man in meiner ausgesprochnen Ueberzeugung bezüglich der befestigten Friedenshoffnungen und in den Aeußerungen bezüglich unsrer freundlichen Beziehungen zu Rußland einen Gegensatz zu dem von dem Berliner Kabinett eingenommnen Standpunkt erblicken will, eine Auffassung, die unbegründet ist. Was die wachsende Zuversicht auf die Erhaltung des Friedens betrifft, so ist dieselbe, wie ich schon sagte, nicht auf besondre Ereignisse oder eine politische Schwenkung zurückzuführen, sondern auf das allgemeine Gefühl, das nach und nach sich überall beobachten läßt. Ich habe hieraus nicht die Folgerung gezogen, daß die Fortbildung und Kräftigung der Wehrmacht nun eingestellt werden könne, sondern ich habe im Gegenteil unter Abweisung jedes Abrüstungsgedankens die energische Fortsetzung der für die Sicherung der Machtstellung notwendigen Maßregeln befürwortet. Wenn wir die Sicherung des europäischen Friedens wünschen, so ist es selbstverständlich, daß dies nur dann erreichbar ist, wenn dieses Gefühl der eignen Sicherheit in den verbündeten Staaten selbst Platz greift. Wenn von den höchsten militärischen Autoritäten und der Regierung Deutschlands erklärt wird, daß gewisse Maßregeln im deutschen Heere durchgeführt werden müssen, um das Gefühl der eignen Sicherheit zu behalten, so halte ich dafür und glaube es auch aussprechen zu dürfen, daß ich in der Durchführung dieser Maßregeln eine entschiedne Garantie des Friedens erblicke. Erst dann kann jenes allgemeine Gefühl der Beruhigung sich festigen, wenn die Ueberzeugung der eignen Sicherheit vor den noch nicht geschwundnen Gefahren über jeden Zweifel erhaben ist. Die andern Hinweise, die in deutschen Blättern, betreffend meine Aeußerungen über unser Verhältnis zu Rußland, gemacht wurden,

beruhen ebenfalls auf Mißdeutung meiner Worte, in denen man eine Ankündigung einer politischen Schwenkung sehen wollte. Es wurde von den alliirten Regierungen stets daran festgehalten, daß das Bündnis mit dem deutschen Reiche und Italien gute Beziehungen zu den andern Mächten durchaus nicht ausschließe. Fürst Bismarck selbst, der doch den Grundstein zu der Bündnispolitik gelegt, hat stets ausgesprochen, daß möglichst freundschaftliche Beziehungen zu Rußland die beste Gewähr für die Erhaltung des Friedens seien. Alles, was von Berlin aus in dieser Richtung geschah, wurde von uns stets mit vollem Vertrauen und den besten Wünschen begleitet. Es ist also widersinnig, daß, wenn wir konstatiren, daß unsre Beziehungen zu Rußland freundliche sind, deutsche Blätter darin etwas erblicken, was eine Entfernung von unserm Bündnisverhältnisse bedeute. Ich kann nur nochmals konstatiren, daß wir bezüglich unsers Bündnisses unverändert auf demselben Boden stehen, es mit derselben Aufrichtigkeit und Loyalität festhalten wie bisher, daß dieses Bündnis, ein rein defensives, zur Erhaltung und Sicherung des Friedens bestimmt ist, daß also meine in dieser Richtung gemachten Aeußerungen unmöglich in Gegensatz zu den Auffassungen, die man hierüber im deutschen Reiche hat, gestellt werden können, daß endlich, was Rußland betrifft, freundliche Beziehungen zu demselben nicht in Widerspruch zu unsern Bündnissen und zu jener Politik, die wir bisher mit aller Klarheit und Konsequenz verfolgt haben, stehen und auch keinerlei Schwenkung bedeuten können. Ich glaubte, diese Aufklärungen geben zu sollen, weil ich großen Wert darauf legen muß, daß gewisse falsche Interpellationen nicht weitere Kreise im deutschen Reiche ergreifen, an das uns die freundschaftlichsten Gefühle und große Interessen knüpfen. — Auf die Bemerkungen eines Delegirten, betreffend die in einzelnen deutschen Blättern wiederholt auftauchenden Vorwürfe, als ob Oesterreich-Ungarn in der Entfaltung und Ausbildung seiner Wehrkraft nicht im gleichen Maße wie Deutschland fortschreiten und den diesbezüglichen Bundesverpflichtungen nicht genügend nachkommen würde, erwidert Graf Kalnoky: Ich glaube, daß diese Behauptung eine ganz willkürliche und ungerechte ist. Es ist uns nicht bekannt, daß von den kompetentesten Autoritäten in Berlin uns ein ähnlicher Einwurf, wie in jenen Blättern zu finden ist, gemacht worden wäre. Es ist bei der gegenseitigen Loyalität der Verbündeten selbstverständlich, daß es jeder derselben für seine Pflicht hält, in seinen militärischen Maßregeln so weit zu gehen, als seine Kräfte eben zulassen, um in der Stärkung der Wehrmacht, deren Entwicklung und Schlagfertigkeit sein Möglichstes zu thun. Mehr wird von niemandem verlangt werden können. Ich kann nur wiederholen, daß diese Behauptung keine sachliche Basis hat, und daß bei uns zwar nicht immer alles geschehen konnte, was die Kriegsverwaltung wünschen mochte, daß wir aber mit großer Anspannung unsrer Kräfte unsern Teil an der Machtentwicklung ehrlich und voll durchführen. Es ist natürlich, daß wir das höchste Interesse daran haben, uns auf unsre eigne Kraft stützen zu können, und daß jeder Verbündete auf die eigne Kraft das Hauptgewicht legen muß.

14. Juni. In der österreichischen Delegation wird das Budget des Aeußern beraten.

Der Jungtscheche Masaryk sagt, die Tschechen hätten keine Sympathien für den Dreibund. Von Berlin aus werde auch nichts gethan, um das Bündnis sympathisch zu machen. Die Auflösung des Reichstags sei ein Mißtrauensvotum gegen den Dreibund. Er empfiehlt ein freundschaftliches Verhältnis zu Rußland und versichert, keinen Haß gegen die Deutschen und gegen Deutschland zu haben. Der Jungtscheche Herold bestreitet, daß der Dreibund die Grundbedingung der Erhaltung Oesterreichs sei. Er sei auch kein Friedens-

bund, weil die Vereinbarung mit Deutschland einen offensiven Charakter habe. Deutschland habe Frankreich gegenüber aggressive Tendenzen; allerdings hoffe Frankreich, daß es die geraubten Provinzen zurückerobern werde. Wäre der Dreibund ein Friedensbund, so hätte Caprivi den Reichstag wegen der Militärvorlage nicht aufgelöst. Der Friede würde erhalten durch die Selbstüberwindung Rußlands. Wozu also diene der Dreibund, der die Deutsch-Oesterreicher mit Selbstüberhebung erfülle? Die böhmische Frage sei eine internationale Frage. Die Unzufriedenheit des böhmischen Volks bedeute mehr als Millionen Soldaten. Redner wünscht Umkehr der äußern und der innern Politik. Der Jungtscheche Pacak spricht für die Lösung der böhmischen Frage. Wenn Oesterreich seine Slawen befriedige, sei das Phantom des Panslawismus verschwunden. Redner wünscht den Austritt Oesterreichs aus dem unseligen Dreibunde. Graf Kalnoky erwidert: Gegen eine etwaige Umkehr der österreichisch-ungarischen Politik im Sinne des einseitigen jungtschechischen Standpunktes würde zweifellos die Mehrheit der Völker der Monarchie Stellung nehmen. Wären die Tendenzen des seit 1879 bestehenden Bündnisses mit Deutschland aggressive, so müßte dies in irgend einem Moment des fünfzehnjährigen Bestandes hervorgetreten sein. Jedoch weder in Wien noch in Berlin noch in Rom sei irgend wem eine Verletzung des Friedens oder ein Kriegsgedanke eingefallen.

Todesfälle.

9. Februar. Der Senior der jungtschechischen Abgeordneten Dr. Trojan † in Prag.

22. März. Zu Emersdorf in Kärnten † Schriftsteller Dr. A. Fischhof, der am 13. März 1848 durch seine Rede vor dem Landhause in Wien den ersten Anstoß zur Revolution gab.

2. Mai. Der frühere Statthalter von Mähren, Baron Poche, † in Wien durch selbstmörderischen Sturz aus dem Fenster.

23. Mai. Der frühere Minister Ritter Anton von Schmerling † in Wien.

Rußland.

I.

Die kaiserliche Familie.

13. Januar. Am kaiserlichen Hofe trifft der Emir von Buchara, Achad Chan, mit seinem Sohne ein.

17. Januar. Der Zar verleiht ihm die Brillantabzeichen zum Alex. Newski-Orden und gedenkt in einem Schreiben an ihn seiner Verdienste um die Erhaltung guter Beziehungen seines Landes zu Rußland. Der „Regierungsbote" veröffentlicht die Antwort des Kaisers auf die Neujahrsglückwünsche der Stadt Moskau. Darin

heißt es: „Möge Gott unser Gebet erhören, daß dieses Jahr ein Jahr des Friedens und des Wohlergehens Rußlands werde."

10. Februar. Der Erbprinz Danilo von Montenegro trifft zum Besuch des kaiserlichen Hofes ein.

31. März. Ankunft der kaiserlichen Familie in Jalta.

21. Mai. Der Zar hält bei Sebastopol eine Flottenschau ab.

26. Mai. Die kaiserliche Familie wohnt auf der Heimkehr aus der Krim in Moskau der Legung des Grundsteins zu einem Denkmal für Kaiser Alexander II. bei.

II.

Gesetzgebung und Verwaltung.

13. Januar. Im Reichsbudget für 1893 sind die Einnahmen und Ausgaben mit 1040 458 385 Rubel angesetzt.

14. Februar. Das „Gesetzblatt" veröffentlicht einen kaiserlichen Befehl zur Uebergabe sämtlicher katholischer Kirchenschulen im Reiche an das Ministerium der Volksaufklärung, wobei der katholischen Geistlichkeit die Berechtigung gelassen wird, den Religionsunterricht in den genannten Schulen zu beaufsichtigen.

12. Juni. Der Reichsrat genehmigt Gesetzentwürfe, betreffend die Einführung des Branntweinverkaufsmonopols in den Gouvernements Perm, Ufa, Orenburg und Ssamara und betreffend die Bekämpfung der Börsenspekulation, wonach hauptsächlich Differenzgeschäfte in russischen Goldfonds und Goldwechseln verboten werden und die Börse einer verstärkten Kontrolle seitens des Finanzministeriums unterworfen wird.

III.

Polen.

Anfang Januar. Auf Antrieb der Petersburger „Gesellschaft zur Förderung russischer Industrie," in der unter Graf Ignatiews Vorsitz ein Vortrag über die Deutschen in den Fabrikstädten des Weichselgebiets gehalten und heftige Anklagen gegen die Deutschen erhoben waren, werden deutsche Fabrikbeamte aus Polen, namentlich aus Lodz ausgewiesen.

Ende April. Der Generalgouverneur Gurko verfügt, daß an Fabriken und industriellen Anstalten als Meister und Untermeister russische oder ausländische Unterthanen nur in dem Falle angestellt werden dürfen, wenn sie der russischen oder polnischen Sprache mächtig sind. Vom Auslande sollen fortan Meister und Techniker

nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Generalgouverneurs und zwar höchstens auf zwei Jahre verschrieben werden können, wenn solches zur Belehrung der hiesigen Arbeiter notwendig erscheint.

Ende Juli. Der Gouverneur von Wilna, Kowno und Grodno, General v. Orschewsky, erläßt eine Bekanntmachung, in der er die infolge des letzten polnischen Aufstandes erlassene Verfügung gegen das im Gebrauch der polnischen Sprache bestehende „Verbrechen politischen Charakters" einschärft.

IV.

Die Ostseeprovinzen.

26. Januar. Auf besondre Anregung des Zaren wird die Umnennung der Stadt Dorpat in Jurjew und der Stadt Dünaburg in Dwinsk verfügt.

Im April. Der auf den 1. August festgesetzte Zeitpunkt, bis zu dem die in deutscher Sprache lehrenden Professoren an der Universität Dorpat sich darüber erklären sollen, ob sie bereit seien, in russischer Sprache vorzutragen, wird um zwei Jahre hinausgeschoben.

27. Juli. Nach Anordnung des Verkehrsministers werden auf allen Eisenbahnstationen in den baltischen Provinzen die deutschen Tafeln und Aufschriften durch russische ersetzt.

V.

Zollpolitik.

26. Juni. Nachdem Verhandlungen mit dem deutschen Reiche wegen Abschluß eines Handelsvertrags abgebrochon sind, wird, um angesichts der Zunahme der schutzzöllnerischen Elemente im neuen deutschen Reichstage sich durch Hinaufschrauben der eignen Zölle in die Lage zu versetzen, einen verstärkten Druck auf Deutschland auszuüben, eine kaiserliche Verfügung erlassen, wonach der bestehende russische Zolltarif mit einigen Abänderungen als Minimaltarif angesehen und den Ländern zugestanden wird, die die russischen Erzeugnisse unter den günstigsten Bedingungen zur Einfuhr und Durchfuhr durchlassen. Diejenigen Länder, die Rußland nicht die Behandlung der meistbegünstigten Nationen zugestehen, werden einem Maximaltarif unterworfen werden. In diesem Tarif werden auf

eine Reihe von Waren Prozentaufschläge erfolgen, teils 30, teils 20, teils 15 Prozent.

VI.

Verhältnis zum Orient.

6. März. Der Petersburger „Regierungsbote" enthält eine amtliche Mitteilung, die also lautet:

Die kaiserliche Regierung ist wiederholt in die Lage gekommen, ihre Ansichten über die im Fürstentum Bulgarien zustande gekommenen Umwälzungen und über die Grundsätze zu äußern, von denen die Sofiaschen Administratoren sich seit der Zeit, wo der Prinz von Koburg sich der fürstlichen Gewalt bemächtigt, in ihrer politischen Thätigkeit leiten lassen. Gegenwärtig, nach der Rückkehr des Prinzen Ferdinand von seiner ausländischen Reise, beabsichtigen die oben erwähnten Administratoren, zur Einberufung der großen Narodnoje Sobranje zu schreiten zwecks Abänderung des Art. 38 der Konstitution von Tyrnowo, der die Zugehörigkeit des Fürsten von Bulgarien und seiner Nachkommen zur orthodoxen Kirche, mit alleiniger Ausnahme des ersten, durch Wahl hervorgegangnen Fürsten, gewährleistet. Solchergestalt wird ein Attentat auf eins der Grundfesten des gegenwärtigen bulgarischen Nationallebens — ein Attentat gegen den nationalen Glauben, dem die Bulgaren in ihrer Vergangenheit so viel verdanken, vorbereitet. Die kaiserliche Regierung, fest an der Regel haltend, sich nicht in die Angelegenheiten der innern Verwaltung des Fürstentums zu mischen, läßt sich in keine Prüfung der offenbar parteiischen Motive ein, die den Prinzen von Koburg und die Machthaber in Sofia zu ihrem für Bulgarien selbst betrübenden Entschluß veranlaßt haben. Angesichts der moralischen Bande, die Rußland mit dem glaubens- und stammverwandten bulgarischen Volke verbinden, kann sie indessen nicht stillschweigender Zuschauer eines Versuchs bleiben, der darauf gerichtet ist, die im Fürstentum herrschende Religion zu erschüttern. Unter der Bevölkerung Bulgariens selbst ruft dieser Versuch energische Proteste hervor. Der bulgarische Exarch hat sich mit Vorstellungen nach Sofia gewandt und sich bemüht, auf die Sofiasche Regierung einzuwirken, von der von ihr projektirten Neuerung abzustehen. Gleichzeitig hiermit machte der Exarch Josef den Vorschlag, in dieser Angelegenheit die Heilige Synode einzuberufen. Doch die Genossen des Prinzen von Koburg, das versteht sich von selbst, waren umso weniger einverstanden, eine so wichtige Frage der Kirche zur Prüfung zu übergeben, und lehnten den Vorschlag ab. Ungeachtet der Zwangsmaßregeln jedoch, die bezüglich jeglicher Aeußerung von Abneigung gegen die antinationalen Bestrebungen der gegenwärtigen bulgarischen Autoritäten ergriffen sind, fand der Protest des Exarchen eine sympathische Aufnahme in allen Schichten des Volks. Fast alle Metropoliten Bulgariens billigten die Handlungsweise des Oberhauptes der bulgarischen Kirche und wünschten dem Exarchen Josef Erfolg in dem gerechten Kampfe für den nationalen Glauben. Abgesehen von der Geistlichkeit äußerten sich auch einige Staatsmänner, sowie Organe der bulgarischen Presse und viele Bürger gegen das geplante Projekt und rieten, nicht auf dem gefährlichen Vorhaben zu beharren. Angesichts des Obenerwähnten äußert die kaiserliche Regierung den aufrichtigen Wunsch, daß die von der bulgarischen Geistlichkeit und den wohlgesinnten Bürgern erhobenen Stimmen als eine Warnung für alle Bulgaren ohne Unterschied der Partei dienen mögen und die Gefahr beseitigen, die jedem Volke droht, das bereit

ist, den Weg der Verzichtleistung auf seine Jahrhunderte alten und allerheiligsten Traditionen zu beschreiten. Die kaiserliche Regierung ist überzeugt, daß die geplante Umwälzung in dem geistigen und politischen Leben des Fürstentums keine günstigen Resultate zeitigen kann und nur zu trübseligen Folgen in der Zukunft, zu innerer Zwietracht und tiefen moralischen Mißverständnissen führen kann.

Frankreich.

I.

Neujahrsrede des Präsidenten Carnot.

1. Januar. Der Präsident der Republik empfängt das diplomatische Korps und erwidert auf die Ansprache seines Sprechers, des päpstlichen Gesandten, folgendes:

Mit lebhafter und inniger Befriedigung habe ich die Worte des hervorragenden Wortführers des diplomatischen Korps vernommen, der mir wiederum im Namen der Herrscher und Staatsoberhäupter, deren bevollmächtigte Vertreter Sie sind, die Wünsche dargebracht hat, die Sie für den Frieden und die Eintracht, dieses wichtigste Band aller Völker, hegen. Sie erwidern die Gefühle der Regierung der Republik, und von ganzem Herzen schließe ich mich dieser neuen Bethätigung der Brüderlichkeit an. Ich danke Ihnen gleichzeitig für die Glückwünsche, die Sie für Frankreich ausgesprochen haben. Sie, die Sie mitten unter uns leben, kennen besser als alle andern Beobachter die soliden und unzerstörbaren Eigenschaften, die unserm Volke zu eigen sind. Sie sind in der Lage, die Rolle richtig zu schätzen, die die Geschichte Frankreich in dem europäischen Staatenkonzert zugeteilt hat, und die Dienste, die es berufen ist, der edeln Sache des Fortschritts und der Humanität zu leisten. Ihr Zeugnis ist für uns außerordentlich wertvoll, und gehoben durch solche Sympathien, vertrauend der Einsicht eines Volks, das Ehre, Recht und Wahrheit heilig hält, blickt die Regierung der Republik an der Schwelle des beginnenden Jahres mit Ruhe in die Zukunft.

II.

Aenderung des Ministeriums Ribot.

10. Januar. Da durch die Aussagen des frühern Arbeitsministers Baïhaut in der Voruntersuchung zum sogenannten Panamaprozeß der Kriegsminister Freycinet belastet erscheint, reicht, nach lebhaften Erörterungen im Ministerrate, das gesamte Ministerium Ribot das Entlassungsgesuch ein.

12. Januar. Der vom Präsidenten Carnot mit der Neubildung eines Ministeriums beauftragte bisherige Ministerpräsident

Ribot bildet ein neues Ministerium, dem die Mitglieder des bisherigen angehören mit Ausnahme des Kriegsministers Freycinet, des Ministers des Innern Loubet und des Marineministers Burdeau. Zum Kriegsminister wird General Loizillon ernannt. Ribot übernimmt neben dem Vorsitz das Ministerium des Innern; das bisher von ihm verwaltete Ministerium des Aeußern übernimmt Develle. An dessen Stelle erhält Viger das Ministerium für Ackerbau. Zum Vorstand des Marineministeriums wird Admiral Rieunier ernannt, der Befehlshaber der Flotte, die 1892 den Besuch in Genua abstattete.

III.

Panamaangelegenheit.*)

10. Januar. Vor der ersten Kammer des Pariser Appellhofs beginnt der Prozeß gegen Lesseps Vater und Sohn, den Unternehmer Eiffel, die Verwalter Fontane und Cottu.

Vernehmung der Angeklagten. Lesseps Sohn berichtet über die Bildung der ersten Panamagesellschaft im Jahre 1877 und geht sodann zur Schilderung der Vorgänge bei der ersten Anleihe über. Der Vorsitzende fragt Lesseps, wie er sich zu der Beschuldigung verhalte, daß er zu verschiedenen Malen das Publikum getäuscht habe, indem er versprochen, daß der Kanal im Jahre 1889 beendet sein solle, während er durch Sachverständige wußte, daß das Unternehmen noch eine Milliarde kosten werde und nicht vor sechs oder sieben Jahren fertig sein konnte; wie er sich ferner erkläre, daß er alle kleinen Unternehmer fern gehalten, alle Aufträge an Eiffel gegeben habe. Auf diesen Punkt antwortet Lesseps, die großen Unternehmer hätten größere Bürgschaft geboten als die kleinen. Im Verlaufe des Verhörs sagt Lesseps ferner: Oberndörffer hat $3\frac{1}{2}$ Millionen bezogen, erstens weil er die Bildung der Zivilgesellschaft erleichterte, zweitens weil er ein großer Spekulant war, der die Emission vernichten konnte. Er, Lesseps, habe in diesen Fällen sowie bei Reinach solche Mittel anwenden müssen, um nicht noch mehr zu geben. Man mußte den Kanal vollenden. Der Bruch mit Reinach hätte den Ruin des Unternehmens bedeutet. Betreffs der Bons, die an die Presse gegeben wurden, erklärt er, sie seien Publikationsspesen, die hinter denen des Credit Foncier zurückgeblieben seien. Fontane habe zu wenig verteilt. Er sei deshalb unpopulär geworden. 600000 Franks hätte Cornelius Herz erhalten. Minister Baïhaut habe eine Million verlangt, wenn das Gesetz der Losemission eingebracht werden solle, aber nur 350000 erhalten. „Ich gab die Summe nur, weil mir das Messer an der Kehle saß, so wie man im Walde einem Räuber die Uhr ausliefert." Lesseps versichert ferner, der Verwaltungsrat habe alle Geldverteilungen gekannt. Bezüglich der an Reinach gegebenen Millionen erklärt er: Als wir Reinach Geld gaben, stellten wir demselben anheim, damit für den Erfolg der Emission zu sorgen und gleichzeitig sich daraus eine beliebige Vergütung zurückzubehalten.

*) Fortsetzung aus 1892, II. S. 287.

12. Januar. Am zweiten Verhandlungstage im Panamaprozesse berichtet der Angeklagte Eiffel über den Anfang seiner Beziehungen zu Ferdinand von Lesseps, dem er vergebens die Anlegung eines Schleußenkanals geraten hatte, und der ihm dann, als keine andre Lösung mehr möglich war, die Arbeiten übertrug. Ueber seine Beziehungen zu Reinach befragt, antwortet Eiffel, dieser habe ihm die Bons der Panamagesellschaft eskomptirt und ihm anderweitige Dienste erwiesen. Rousseau erklärt, Ferdinand von Lesseps habe vom technischen Standpunkte aus einen tiefgehenden Einfluß auf die Leitung der Arbeiten ausgeübt. Er habe einen blinden Glauben an seinen Stern besessen, aber sein Zutrauen allein habe nicht für den Erfolg des Unternehmens hingereicht. Das Pariser Blatt „Figaro" veröffentlicht einen Artikel betitelt La verité sur la science d. Cornelius Herz, in welchem es den angeblichen „großen Erfinder" Herz vorführt und zeigt, daß derselbe im Grunde nichts als ein „Humbug" und tripoteur d'affaires war. Die Spitze ist gegen Freycinet gerichtet, der vor einigen Wochen in der Kammer auf Anfrage erklärt hatte, Herz habe das Großkreuz der Ehrenlegion nicht für politische Dienste, sondern als genialer Erfinder und Gelehrter erhalten. — Mehrere Pariser Blätter erheben aus Anlaß der Panamaangelegenheit heftige Beschuldigungen gegen den Präsidenten der Republik aus der Zeit seiner Amtsführung als Finanzminister.

13. Januar. Einige Pariser Blätter behaupten, diese Angriffe seien zum Teil durch Carnot selbst verschuldet, da er durch eine persönliche Politik sowie durch aktive Teilnahme an der Beseitigung gewisser Minister und an der Neubildung der Kabinette sich der durch die Verfassung ihm gebotenen Deckung entäußert habe. Die „Lanterne" fordert den Rücktritt Carnots. Dieser sei zwar gewiß nicht der Bestechung verdächtig, aber seine Unterschrift stehe auf einem von seinem ehemaligen Kollegen erkauften Gesetzentwurfe. — Trotz der offiziösen Versicherung, daß die angebliche Aussage Baïhauts, wonach Carnot als Finanzminister demselben die Verheimlichung des Berichtes Rousseaus angeraten haben soll, eine Erfindung sei, behauptet der „Gaulois", die bezügliche Nachricht der „Cocarde" sei diesem Journale durch Madame Baïhaut überbracht worden. — Die Zeitung „Le Journal" macht folgende Mitteilung: „Der geheimnisvolle Check von 500000 Frcs., von dem Andrieux der Panamauntersuchungskommission erzählt hat, daß er in russische Hände gekommen sei, ist in Wirklichkeit von einem Gelehrten einkassirt worden, welcher Ausländer aber Pariser ist, ein Physiologe, der seinem Namen das adelige de hinzugefügt hat. Der eigentliche Stipendiat ist aber in Paris der Botschafter einer sehr großen Macht, einer Freundin Frankreichs, sehr feiner Weltmann, dessen finanzielle Bedrängnisse, ehemals

in Berlin sehr bekannt, seitdem kein Ende genommen haben." In diesem Gelehrten glaubte sich der bekannte frühere russische Preß- und Finanzagent de Cyon zu erkennen, der hierauf gegen das „Journal" einen Verleumdungsprozeß erhebt. — Die „Newyorker World" behauptet, 13 Millionen Fr. Panamagelder seien dereinst als Bestechungsgelder nach Washington und Newyork gekommen, und zwar an die Mitglieder des „amerikanischen Ausschusses," den Lesseps zur Wahrnehmung der Interessen des Panamakanals in allen die Neutralität desselben betreffenden Fragen am 7. Juli 1880 in Newyork gebildet habe.

15. Januar. Zur Verteidigung des Präsidenten Carnot veröffentlicht „Figaro" eine Zuschrift, in welcher glaubhaft festgestellt wird, daß Carnot 1886 in der Kommission der Deputirtenkammer die Erklärung abgegeben habe, daß er in der Kammer den Gesetzentwurf über die Ausgabe von Panamalosen nicht verteidigen werde, weil das der Angelegenheit eine Garantie geben hieße, die ihr nicht gegeben werden dürfe. Die Unterschrift Carnots unter dem Gesetzentwurf habe nur bedeutet, daß er vom finanziellen Gesichtspunkt aus keinen Einwand zu erheben habe. Ministerpräsident Ribot besucht den russischen Botschafter v. Mohrenheim, der tags zuvor dem Präsidenten Carnot hatte wissen lassen, daß er wegen der obigen, öffentlich wider ihn erhobenen Verleumdungen den Zaren um Abberufung ersuchen wrde. Ribot spricht dem Botschafter sein tiefes Bedauern wegen dieser Verleumdungen in „Hetzblättern" aus. Ebenso dem italienischen Botschafter Reßmann wegen der von diesen Blättern gegen den früheren italienischen Botschafter in Paris, General Menabrea, erhobenen Beschuldigungen. Der Pariser Berichterstatter des „Budapesti Hirlap," das zuerst den Baron von Mohrenheim als Checkempfänger genannt, Szekelyi, wird verhaftet und dann ausgewiesen. Es wird ihm auch vorgeworfen, er habe die seitdem als erlogen bezeichnete Nachricht von einer Ueberfehung des französischen Botschafters Decrais in Wien durch Kaiser Franz Josef verbreitet. Pariser Blätter nennen Szekely einen Agenten des Dreibundes.

16. Januar. Der Feldzug in der Presse gegen den Präsidenten Carnot nimmt größern Umfang an. Außer „Siècle" und „Lanterne" verlangen jetzt auch „Figaro" und „Justice," das Blatt des Abgeordneten Clemenceau, den Rücktritt Carnots, als dessen Nachfolger bereits General Saussier genannt wird. Das Pariser Blatt „Matin" veröffentlicht Schriftstücke, die dazu dienen sollen, die Angabe zu bestätigen, daß der frühere italienische Botschafter Menabrea die Persönlichkeit sei, die Andrieux vor der Untersuchungskommission bezeichnet hat. Es sind vertrauliche Briefe der geschiedenen Frau des Grafen

Menabrea, Sohnes des ehemaligen Botschafters, worin sie von ihrem früheren Gatten erzählt, daß derselbe ohne entsprechende Gegenleistung von Herz ein Jahresgehalt von 12000 Franken bezogen habe, und sodann andeutet, daß auch ihr Schwiegervater „bezahlt" worden sei.

17. Januar. Fortsetzung des Panamaprozesses. Der Generalstaatsanwalt erhebt gegen Ferdinand von Lesseps den Vorwurf, daß er seit Beginn des Panamaunternehmens mit dem Gelde der Gesellschaft verschwenderisch umgegangen sei, und daß er betrügerische Machenhaften angewandt habe, um zur Zeichnung von Obligationen zu verlocken. Ferner weist er darauf hin, daß aus dem Gesellschaftsfonds 600 Millionen Franks vergeudet worden seien, und hebt hervor, daß für die Verwaltung der Panamagesellschaft bedeutende Summen aufgewendet worden, sowie daß die Unternehmer und namentlich Eiffel enorme Vorteile aus den Geschäften gezogen hätten. Die Abmachungen Eiffels mit der Gesellschaft hätten allgemeine Ueberraschung hervorgerufen. — Der Chefredakteur des „Budapesti Hirlap," Kaosi, richtet an Carnot, Ribot und Perier ein Telegramm, in dem es heißt:

Die gesamte öffentliche Meinung Ungarns, das niemals aufgehört, französische Sympathien zu pflegen, habe die Nachricht von der Verhaftung und Ausweisung Szekelyis mit Erstaunen aufgenommen. Die Angelegenheit erscheine als eine politische Maßregel und nicht im Lichte der Gerechtigkeitspflege, obgleich sie in einer Affaire geschehen sei, welche Gegenstand des gerichtlichen Verfahrens bilde. In der Person Szekelyis sei ein Mann ausgewiesen, der, wie ganz Ungarn bezeugen könne, in der ungarischen Presse die Angelegenheiten Frankreichs und der Republik in sympathischster Weise behandelte.

18. Januar. Der Berichterstatter Szekelyi wird über Belfort über die schweizer Grenze geschafft. — Die Panamauntersuchungskommission der Deputirtenkammer vernimmt einen Angestellten des Pariser Bankhauses Propper, Stephan, der behauptet, nach dem Diktat Reinachs (der sich im vorigen Jahre tötete) eine Liste derjenigen Personen geschrieben zu haben, die Panamagelder erhielten. Reinach habe ihn auch eine Mitteilung zum Abgeordneten Clémenceau tragen lassen, und es sei dies dieselbe Mitteilung, die Andrieux der Kommission übergeben habe. Clemenceau, diesem frühern Sekretär Reinachs gegenübergestellt, leugnet den Empfang der Liste der Bestochnen, der Sekretär beharrt jedoch bei seiner Aussage. Der Abgeordnete Cassagnac leugnet, daß er Panamageld bekommen habe; 61000 Frcs. habe nicht er, sondern sein Blatt „Autorité" erhalten. Nach seiner Vernehmung fordert er den Abgeordneten Dupuy Dutemps, der die Geschichte mit den 61000 Frcs. in die Oeffentlichkeit gebracht hatte. Da Dupuy Dutemps den Zweikampf ablehnt, nennt Cassagnac ihn in einem Briefe an seine Zeugen einen „dickwanstigen Feigling." — In der Pariser Presse werden Versuche angestellt, die politischen

Leidenschaften von der eigentlichen Panamaspur auf „das Ausland" abzulenken, dessen Ränke angeblich in die schlimme Skandalgeschichte hineinspielen. — Der Pariser „Matin" behauptet, daß die „Agentur Dalziel" die Berichterstatter des „Budapesti Hirlap" und der „Pall Mall Gazette" gleichzeitig mit der Nachricht betreffs Mohrenheims versehen habe, und deutet an, daß diese englische Agentur ihre Eingebungen von keinem andern als einem Dreibundbotschafter habe erhalten können.

19. Januar. Die „Libre Parole" wirft dem Präsidenten Carnot vor, daß sein Schwiegersohn Cuniſſet bei den Beförderungen zu Neujahr das Offizierkreuz der Ehrenlegion erhalten hat. — Der in die Panamaangelegenheit verwickelte Cornelius Herz wird, infolge eines von der französischen Regierung gestellten Auslieferungsgesuchs, zu Bournemouth in England unter der Anklage verhaftet, sich in der Panamasache des Betrugs schuldig gemacht zu haben. Die Pariser Presse nennt ihn, seines Namens wegen, einen Deutschen, während er selbst sich in einer vom „Figaro" mitgeteilten Unterredung als gebürtig aus Besançon bezeichnet. — Mehrere Pariser Blätter reden von einer Verschwörung des Dreibunds, um das russisch-französische Bündnis durch die Verwicklung des russischen Botschafters v. Mohrenheim in die Panamasache zu beeinträchtigen.

21. Januar. Der frühere Pariser Polizeipräfekt Andrieux kündigt öffentlich an, er werde durch Veröffentlichung der von Herz erhaltenen Schriftstücke neuen Skandal enthüllen. — Vor der parlamentarischen Untersuchungskommission sagt der Abgeordnete Delahaye, der zuerst in der Deputirtenkammer im Dezember 1892 die Panamaangelegenheit zur Sprache gebracht hat, aus, er habe die Liste von 172 Namen von Deputirten, Senatoren und Funktionären gesehen, die ihm vor seiner Rede gezeigt wurde, um ihm eine gewisse moralische Sicherheit zu geben; die Liste sei nach London zurückgeschickt worden. Wenn sie eines Tages veröffentlicht würde, so sei dies nicht seine Schuld. Die Liste sei nicht von Beweisen begleitet gewesen, verdiene aber in seinen Augen volles Vertrauen; Sache der Justiz sei es, die Beweise zu schaffen; er besitze sie nicht, sondern habe nur eine Photographie der Liste gesehen, auf der 172 Namen mit Ziffern verzeichnet gewesen, habe aber sein Ehrenwort gegeben, niemals den Namen dessen zu nennen, der ihm die Liste gezeigt hat.

24. Januar. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Paris, Graf Hoyos, besucht den Minister des Auswärtigen Develle und macht ihm Mitteilungen über den Eindruck, den die gelegentlich der Ausweisung Szekelys gegen ihn gerichteten Verleumdungen bei seiner Regierung hervorgerufen hätten. Develle erwidert, die fran-

zösische Regierung habe mit Bedauern gesehen, daß Hoyos ungerechterweise in die Zeitungspolemik mit hereingezogen sei, die durch die Ausweisungsmaßregeln entstand.

25. Januar. Das Wiener „Fremdenblatt" sagt, diese Rücksprache scheine den Zweck zu haben, eine klarere Präzisirung der Stellung der französischen Regierung hervorzurufen gegenüber den Unterstellungen der französischen Presse, als ob Ränke des Dreibunds gegen das französische Regime im Werke wären, die die Panamasache als ein Mittel für ihre Zwecke zu benutzen versuchten. — Im Panamaprozesse behauptet der Verteidiger Barboux, daß beide Lesseps sich eines Vertrauensmißbrauchs nicht schuldig gemacht hätten; die Panamagelder seien vielleicht schlecht verwendet worden, aber nicht im Interesse dieser beiden Angeklagten. Dann wendet er sich gegen die Erpressungen und Bestechungen, die auf der Tagesordnung seien, und drückt sein Erstaunen darüber aus, daß ein ehemaliger Minister, der zugegeben habe, die Verteilung der Gelder namens der Panamagesellschaft an die Presse geleitet zu haben, nicht auf die Anklagebank gebracht worden sei. Schließlich erinnert Barboux daran, daß F. v. Lesseps im Auslande als der Vertreter des französischen Genies gegolten habe.

26. Januar. In der Deputirtenkammer stellt Millevoye bei Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern eine Anfrage wegen der Beleidigung des Botschafters einer befreundeten Macht.

Zur Begründung weist Millevoye auf die nationale Gefahr hin, die aus der Organisation und Thätigkeit gewisser Nachrichtenagenturen in Frankreich erwüchsen. Man habe in die Panamaskandalsache den Namen eines Botschafters hineingezogen, der sich der höchsten Achtung und des größten Vertrauens erfreue, und die Person eines fremden Herrschers damit in Verbindung gebracht, dessen Mäßigung und Billigkeitsgefühl bekannt seien, eine Handlungsweise, die einem Vertreter Frankreichs gegenüber eine Beschimpfung bedeutet haben würde. Man stelle Frankreich als ein Hindernis für den Weltfrieden hin. Die Regierung habe bereits einen Beweis von ihrem scharfen Vorgehen gegen gewisse Zeitungsagenturen geliefert, die zu gleicher Zeit politische Agenturen seien. Es sei nötig, diese energische Haltung auch ferner zu bewahren. Es bestehe noch eine förmliche, dem Lande feindliche Organisation; man wisse, wer dem „Figaro" die Depesche zugestellt habe, wonach der Kaiser von Oesterreich den französischen Botschafter beleidigt habe. Es sei eine englische Agentur, von der das Zweigbureau in Paris abhängig sei, indem es durch einen Kontrakt gebunden sei, der seine ganze Freiheit der Bewegung nach verschiednen Richtungen hin aufhebe. Ein solches System sei gefährlich. Alle Regierungen wären darauf bedacht gewesen, den Agenturen ihres Landes einen nationalen Charakter zu geben. Die methodische Verbreitung einer falschen Nachricht könne Unheil anrichten, das nie wieder gut zu machen sei. Die Urheber der kürzlich verbreiteten falschen Gerüchte hätten bei ihrem Treiben auf den leicht erregbaren Charakter des französischen Volkes gerechnet. Wenn Ausländer nach Frankreich kämen, um

Verleumdungen auszustreuen, dann müsse man ihnen klar machen, daß, wenn Frankreich das klassische Land der Freiheit sei, es durchaus nicht gewillt sei, der Schmähsucht einen Unterschlupf zu gewähren.

Ministerpräsident Ribot erwidert: Die Regierung könne nicht dulden, daß man lügnerische Gerüchte über die Haltung eines auswärtigen Souveräns verbreite. Der Mann, der die gedachten Verleumdungen verbreitet habe, sei ausgewiesen, die gleichen Maßregeln seien auch gegen zwei andre auswärtige Korrespondenten getroffen worden. „Wir haben, wie es unsre Pflicht war, ohne Säumen und mit Festigkeit den Botschafter einer befreundeten Macht geschützt, wir werden desgleichen alle Botschafter schützen, welcher Nation sie angehören; wir verlangen, daß man ihre Namen in keine Polemik mengt, es ist unsre Pflicht, sie alle zu achten und ihnen alle Achtung zu verschaffen." Es sei richtig, daß es ein Land gebe, wohin die Nachrichten aus Frankreich nur durch auswärtige Agenturen, und von wo aus ebenso auch Nachrichten nach Frankreich gelangten. Die Regierung werde auch nach dieser Seite hin wachsam sein und die ganze ihr zustehende Macht in ähnlichen Fällen den auswärtigen Korrespondenten gegenüber zur Geltung bringen. Der frühere Minister des Aeußern, Flourens, hebt hervor, die öffentliche Meinung in Frankreich sei lebhaft erregt worden durch die jüngsten gegen mehrere in Paris beglaubigte Botschafter gerichteten Verleumdungen, insbesondre durch Verleumdungen des Vertreters einer befreundeten Macht, die ununterbrochen an der Festigung der Union zwischen dieser Nation und Frankreich gearbeitet habe. Es sei dies die Taktik, die im Jahre 1870 zu ihrem Ziele gelangt sei. Der Schlag sei von einer bei weitem niedrigern Stelle geführt worden, sei aber nicht weniger hinterlistig und verbrecherisch. Flourens weist ferner darauf hin, in welcher Weise die in Rede stehende Nachricht des „Budapesti Hirlap" dem „Figaro" zugetragen und sofort in allen Blättern der dem Dreibund angehörigen Nationen wiedergegeben worden, nämlich auf Grund einer Uebereinkunft. Es sei stets das gleiche Vorgehen und dessen Ziel klar und leicht greifbar. Man wolle eben die zwischen Frankreich und Rußland bestehenden Beziehungen brechen. Die Kammer und die Regierung hätten kein Recht, solche Bestrebungen unbeachtet zu lassen. Einzelne Persönlichkeiten seien getroffen worden; allein das sei nicht ausreichend. Frankreich müsse der Wiederkehr solcher Vorfälle vorbeugen, es müsse sich gegen die Gefahren wehren, die aus der Thätigkeit der ausländischen Nachrichtenagenturen erwüchsen. Damit wird diese Sache verlassen; aber in Fortsetzung der Beratung dieses Budgets kommt die Kammer zum Kapitel der geheimen Fonds abermals auf die Panamasache. Nachdem der

Boulangist Chiché die Streichung dieses Fonds beantragt hat, weist Ministerpräsident Ribot auf die Notwendigkeit desselben hin. Darauf fordert Deschamel den Abgeordneten Delahaye auf, die 150 Deputirten namhaft zu machen, die nach seiner Behauptung in die Panamasache verwickelt seien. Es sei Sache des Justizministers, die Namen aufzudecken. Justizminister Bourgeois erklärt, es sei bedauerlich, daß es kein Gesetz gebe, um die vagen und beweislosen Beschuldigungen, deren sich Abgeordnete schuldig machen, zu bestrafen. Ramel sagt man, suche die Einstellung des gerichtlichen Verfahrens in der Panamaangelegenheit vorzubereiten. Minister Bourgeois protestirt gegen diese Behauptung und erklärt, daß die Justiz durchaus unabhängig sei. Ihre Entscheidungen müsse man hochachten. Ribot betont, es sei nicht statthaft, wenn man 104 Kollegen anklage, ihre Namen zu verschweigen. Neben dem eingeschlagenen gerichtlichen Verfahren gingen Machenschaften einher, die zu überwachen die Regierung das Recht habe. Ribot stellt sodann die Vertrauensfrage, worauf die Forderung für den Geheimfonds bewilligt wird. — Justizminister Bourgeois sendet dem Abgeordneten Cassagnac seine Zeugen wegen eines Artikels der „Autorité," in welchem Bourgeois als Mitschuldiger von gewissen in die Panamaaffaire verwickelten Personen genannt wird. — Die Wiener „Neue Freie Presse" sagt, es sei die allgemeine Ansicht in Europa, daß die seitens des französischen Ministers Develle dem Botschafter Hoyos gegebenen Erklärungen der österreichischen Regierung nicht genügen könnten, daß vielmehr Frankreich dem österreichischen Botschafter eine Genugthuung schuldig sei, und diese Anschauung werde auch in Wien geteilt.

6. **Februar.** In der Deputirtenkammer richtet Millevoye eine Anfrage an die Regierung, in der er daran erinnert, Rochefort habe öffentlich mitgeteilt, daß Herz an Clémenceau 3500000 Franks gezahlt habe. Er verlange deshalb, daß man Herz in London in dieser Angelegenheit vernehmen lasse. Justizminister Bourgeois erwidert, da der Untersuchungsrichter einzig und allein verantwortlich und durchaus unabhängig sei, so müsse er wissen, ob er diese oder jene Zeugenaussagen erheben müsse. Eine gerichtliche Untersuchung könne nicht der Gegenstand einer parlamentarischen Beratung bilden. Clémenceau erklärt, die Bücher seines Journals „Justice" ständen der Untersuchungskommission zur Verfügung.

7. **Februar.** Bei der fortgesetzten Beratung des Budgets in der Deputirtenkammer befragt Argeliès die Regierung über den Ablauf des Vertrages zwischen der Panamagesellschaft und der Republik Kolumbien und fordert die Regierung auf, mit Kolumbien wegen Verlängerung des Vertrages in Unterhandlungen zu treten.

Ministerpräsident Ribot erwidert, er könne nicht an die Stelle des Liquidators der Panamageſellſchaft treten, werde aber den Liquidator bei ſeinen Bemühungen um die Verlängerung der Baukonzeſſion nach Möglichkeit unterſtützen. Gauthier de Clagny erklärt, die Regierung habe in der Angelegenheit eine gewiſſe Verantwortlichkeit und dürfe das Werk des Panamakanals nicht untergehen laſſen. Ribot proteſtirt dagegen, daß die Regierung eine gewiſſe Verantwortlichkeit habe; man wolle, daß die Regierung dieſelbe ſich aufbürde, damit man, falls die Panamaangelegenheit nicht wieder geordnet werde, ſagen könne, die Schuld liege an der Regierung. Finanzminiſter Tirard erwidert auf eine Frage, er werde niemals geſtatten, daß ein von dem Staate abhängiges Finanzinſtitut ſich mit der Panamaangelegenheit befaſſe. — Die Anklagekammer beſchließt die Einſtellung des gerichtlichen Verfahrens gegen den Abgeordneten Rouvier und die Senatoren Devès, Grevy, Renault.

8. Februar. In der Deputirtenkammer ſtellt der boulangiſtiſche Abgeordnete Gouſſot an die Regierung eine Anfrage bezüglich derjenigen Mitglieder der Kammern, gegen die das gerichtliche Verfahren eingeſtellt worden iſt.

Gouſſot ſagt: Da Rouvier einräumt, Panamagelder empfangen zu haben, ſolle die Regierung ſich darüber ausſprechen, ob ſie auf ihn den Artikel der Verfaſſung anwenden werde, der die Verantwortlichkeit der Miniſter zum Gegenſtand habe. Juſtizminiſter Bourgeois erwidert, man beſchimpfe die Regierung, wenn man ſie beſchuldige, Drohungen nachgegeben zu haben, als ſie die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung gegen Deputirte beantragt habe. Die Juſtiz handle in voller und unbedingter Unabhängigkeit. Seit länger als einem Monat verbreite man verleumderiſche Gerüchte; es ſei Zeit, laut zu verkünden, daß alle Bürger ſich vor den Entſcheidungen der Juſtiz zu beugen hätten. Die Regierung habe alles gethan, was ſie thun mußte, ſie ſehe in den geſtellten Fragen offenbare Manöver, ſie werde es ablehnen, den Gegnern der Republik Waffen in die Hand zu geben. Cavaignac ſagt, in der Panamaangelegenheit ſeien Dinge vorgekommen, die ſich wiederholen könnten; er frage, was man gethan habe, um Mißbräuche wie die Beſtechung von Parlamentsmitgliedern abzuſtellen? Die Lage ſei nicht geklärt, die bisher erreichten Ergebniſſe der Unterſuchung ſeien nicht genügend, um die öffentliche Meinung zu befriedigen. Man habe erklärt, gewiſſe Praktiken ſeien für die Exiſtenz der Regierung notwendig; dies ſei ein Fehler, die Regierung bedürfe keiner Almoſen oder Geſchenke von den Finanzleuten, es ſei nicht notwendig, daß die Regierung die Verteilung gewiſſer Summen überwache. Cavaignac beantragt zu erklären: Die Kammer, bereit, die Regierung in der Unterdrückung aller Beſtechungshandlungen zu unterſtützen, iſt entſchloſſen, die Wiederkehr regierungsſeitiger Machenſchaften zu verhindern, welche ſie mißbilligt, und geht zur Tagesordnung über. Miniſterpräſident Ribot erklärt hierauf, die Regierung habe ihre Pflicht gethan, ſo peinlich ihr dieſelbe auch geweſen. Die Gerechtigkeit habe ſich in ihrer Souveränetät ausgeſprochen. Die Regierung wünſche, wie Cavaignac, volles Licht, um die durch die Gegner der Republik verbreiteten Legenden zu zerſtören; ſie habe nichts verabſäumt, um Gerechtigkeit zu üben und Licht zu ſchaffen. Wären die ausgeſprengten Gerüchte nicht lediglich Manöver, ſo würde man eine förmliche Anklage von

der Tribüne der Kammer aus erhoben haben. Wie Cavaignac, halte auch er für notwendig, die finanzielle Macht bei allen Staatshandlungen abzuschwächen. Die Regierung sei gern bereit, zu prüfen, welche Maßregeln zu ergreifen seien. Gegenwärtig handle es sich jedoch nur darum, die bestehenden Gesetze in Anwendung zu bringen und das unabhängige und souveräne Walten der Gerechtigkeit zu sichern. — Der Antrag Cavaignacs wird mit 446 gegen 3 Stimmen angenommen, und auf Deroulèdes Antrag wird beschlossen, Cavaignacs Rede öffentlich anschlagen zu lassen.

Der Pariser Appellhof fällt das Urteil im Panamaprozesse: beide Lesseps werden zu fünf Jahren, Fontane und Cottu, die Verwalter der Panamagesellschaft, sowie der Unternehmer Eiffel werden zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. — Auf Anregung des Finanzministers Tirard beschließt der Liquidator der Panamagesellschaft, Monchicourt, im Einvernehmen mit dem Vertreter der Obligationsinhaber, daß die Arbeiten zum Bau des Panamakanals sofort wieder aufgenommen werden sollen, ohne daß die Republik Kolumbia um die Verlängerung der Baukonzession ersucht wird.

14. Februar. Der britische Botschafter in Paris, Lord Dufferin, weist beim Bankett der Pariser englischen Handelskammer die anläßlich der Panamasache auch gegen ihn gerichteten Verdächtigungen zurück.

1. März. Es werden vom „Figaro" die von Lesseps, Clémenceau, Floquet und Freycinet vor dem Untersuchungsrichter gemachten Aussagen veröffentlicht.

Lesseps erklärt, Reinach hätte, wiewohl er seit 1884 an 10 Millionen von der Panamagesellschft erhalten hätte, weitere 10 bis 12 Millionen verlangt, angeblich um Herz zufrieden zu stellen, der Schwierigkeiten gemacht habe. Auf seine Weigerung hätte Reinach bemerkt, dann sei alles verloren. Aus den weitern Aussagen von Lesseps, sowie von Clémenceau, Floquet und Freycinet geht hervor, daß sie in diese Angelegenheit sich einmischten, wenngleich sie lediglich verhindern wollten, daß die schwierige politische Lage durch einen Finanzkrach noch verwickelter würde. „Figaro" zieht aus den angeführten Aussagen den Schluß, daß insbesondre Floquet und Clémenceau von der Panamagesellschäft trotz des Widerstrebens Lesseps' für ihre Schützlinge Gelder erlangten.

3. März. Letellier richtet in der Deputirtenkammer an den Justizminister die Frage, wie diese Veröffentlichung aus den Akten des Untersuchungsrichters habe erfolgen können; sie sei eine Verletzung der Rechte der Verteidigung und widerspreche dem Gesetze. Justizminister Bourgeois erklärt, die Regierung sei über die Veröffentlichung nicht erregt, aber deren Urheber würden verfolgt, weil das Gesetz dies erfordere. Sie habe diese Urkunden der parlamentarischen Untersuchungskommission mitgeteilt.

8. März. Vor den Geschwornen in Paris beginnt ein zweiter Panamaprozeß.

Es sind angeklagt: Charles de Lesseps und Fontane, 1886 zu Paris durch Versprechungen oder Anerbietungen, durch Geschenke oder Schenkungen

Herrn Baïhaut, Minister der öffentlichen Bauten, bestochen zu haben, um von ihm sei es eine günstige Ansicht oder irgend eine andre ihnen günstige Amtshandlung zu erlangen; Baïhaut, zur Zeit, als er Minister der öffentlichen Bauten war, Anerbietungen oder Versprechungen angenommen und Geschenke oder Schenkungen empfangen zu haben, um eine an sich nicht strafbare, aber keiner Bezahlung unterliegende Amtshandlung zu vollziehen; Blondin, sich mit Kenntnis des Sachverhalts zum Mitschuldigen des von Baïhaut begangnen Verbrechens gemacht zu haben; Aaron, genannt Arton, im März oder im April 1888 durch Versprechungen, Anerbietungen, Schenkungen oder Geschenke den Deputirten Sans, genannt Sans-Leroy, bestochen zu haben, um von ihm eine günstige Ansicht oder irgend eine andre Amtshandlung zu erlangen; Sans, genannt Sans-Leroy, Geschenke oder Schenkungen angenommen zu haben, um eine Berufshandlung zu vollziehen; Charles de Lesseps und Fontane, sich zu Mitschuldigen des Verbrechens Artons gemacht zu haben, indem sie die Weisungen gaben, um es zu begehen, und die Gelder dafür lieferten; ferner Charles de Lesseps und Fontane, im Juli 1888 durch Versprechungen, Geschenke oder Schenkungen sich zu Mitschuldigen des Verbrechens der Bestechung von Beamten gemacht zu haben, das der inzwischen verstorbne Baron de Reinach gegenüber Béral, Dugué de la Fauconnerie, Gobron und Proust beging dadurch, daß sie dem Baron Reinach Weisungen zum Begehen des Verbrechens erteilten und ihm das Geld dazu lieferten; Béral, Dugué de la Fauconnerie, Gobron und Proust als Deputirte und Senatoren, also als Staatsbeamte, Anerbietungen, Geschenke oder Schenkungen angenommen zu haben, um eine an sich nicht strafbare, aber keiner Bezahlung unterworfene Amtshandlung zu vollziehen.

Im Verhör sagt Lesseps aus, daß, als er 1885 bei der Regierung die Einbringung des Gesetzentwurfs über die Losobligationen beantragt habe, Herz für die Unterstützung seines Antrags bei der Regierung von ihm Geld verlangt habe. Herz habe ihn dann, um ihm seinen Einfluß zu beweisen, zu einem achttägigen Besuch bei Grevy mit sich genommen. Er habe das Geld an Herz zahlen müssen, um sich diesen Kommanditär des Blattes Clémenceaus nicht zum Feinde zu machen. Der Präsident macht Herrn Lesseps bemerklich, daß er Herz Geld gegeben habe, das den Unterzeichnern der Anleihe gehört habe. Lesseps erwidert, er sei, um der Emission zu einem Erfolge zu verhelfen, genötigt gewesen, den Forderungen gewisser Bankiers und gewisser Journale Genüge zu thun, und fügt hinzu, die Regierung selber hätte zu solchen Dingen ermutigt. Der Präsident fordert hierauf Lesseps auf, die Regierung in Ruhe zu lassen. Lesseps erzählt darauf, wie Blondin ihm zu verstehen gab, daß Baïhaut einen Gesetzentwurf über die Losobligationen einbringen würde, wenn er eine Million erhielte. Er, Lesseps, habe die Ueberzeugung gewonnen, daß der betreffende Gesetzentwurf ohne ein solches Opfer nicht eingebracht werden würde, und habe deshalb an Baïhaut 375000 Francs gezahlt. Der Präsident befragt Lesseps über die an Reinach gezahlten Summen. Lesseps sagt aus, Reinach habe von ihm zehn bis zwölf Millionen verlangt, um von den Forderungen des Herz loszukommen. Er, Lesseps, habe sich geweigert, aber Freycinet habe ihn zu sich rufen lassen und ihn aufgefordert, einen unangenehmen Prozeß zu vermeiden. Er habe darauf fünf Millionen an Reinach gezahlt. Uebrigens hätten Clémenceau und Floquet ihm gegenüber dieselbe Sprache wie Freycinet geführt. Lesseps fügt hinzu, er habe durch Vermittelung Artons 300000 Francs gezahlt, die Floquet für Wahlkosten und für Zeitungen von ihm verlangt habe. Die Zahlung sei vor der Abstimmung über den Gesetzentwurf bezüglich der Losobligationen geleistet worden.

9. März. Fortsetzung des Verhörs. Fontane äußert sich auf Befragen

des Präsidenten über die Stellung, die er bei der Panamagesellschaft eingenommen hatte, und erzählt sodann von den Schritten, die Blondin unternahm, um das von Baïhaut für die Einbringung der Panamavorlage verlangte Geld zu erhalten. Baïhaut hätte ihm erklärt, das Geld sei für die Interessen des Landes bestimmt. Die Bons seien bestimmt gewesen, die Kosten für die Veröffentlichungen zu decken. Andre hätten zur Bezahlung von Banditen gedient, die der Gesellschaft wie in einem Winkel des Waldes auflauerten. Der Präsident befragt sodann Baïhaut, der mit tief bewegter Stimme antwortet: Ich bin schuldig! Kein Wort kann meine Reue ausdrücken; ich verstehe selbst noch nicht, wie ich mich habe so vergehen können. Ich bitte mein Land um Verzeihung, dessen guten Ruf ich vielleicht kompromittirt habe! Baïhaut führt sodann aus, er habe auf Antrieb von Blondin gehandelt, der 75000 Francs zurückerhalten habe. Er habe den Betrag zurückstellen wollen, aber gefürchtet, sich zu verraten. Baïhaut schließt mit Ausdrücken des Bedauerns und der Verzweiflung. Blondin bestreitet, die 75000 Francs erhalten zu haben; er habe nur im Interesse der Panamagesellschaft gehandelt. Die Aussagen Baïhauts bezeichnet er als einen Aufbau von Lügen. Sans-Leroy behauptet, niemals Geld von der Panamagesellschaft erhalten zu haben. Béral behauptet, von Reinach 40000 Francs als Honorar erhalten zu haben, ohne zu wissen, daß das Geld von der Panamagesellschaft herstamme. Dugué de la Fauconnerie betont, daß er 25000 Francs nicht für seine Stimmabgabe, sondern für seine Beteiligung an dem Panamasyndikat erhalten habe. Gobron sagt aus, daß durch den von ihm erhobnen Check eine Schuld Reinachs ausgeglichen worden sei. Proust behauptet, daß er lediglich für seine Beteiligung am Panamasyndikat einen Check erhoben habe.

10. März. Fortsetzung des Prozesses. Beim Verhör der Belastungszeugen wird zuerst der Sachverständige Flory vernommen. Er schätzt die verausgabten Summen für die Publizität und den Preis, der für die Mitwirkung gewisser Personen gezahlt wurde, auf 105 Millionen. Die gegenwärtigen Aktiva der Gesellschaft beliefen sich auf 200 Millionen, von 1200 Millionen seien nur 558 Millionen für die Kanalarbeiten verausgabt worden. Beim Verhör der Zeugen setzt Floquet den Behauptungen Lesseps' entschiednen Widerspruch entgegen und protestirt gegen die Aeußerungen, die Lesseps ihm zuschrieb. Lesseps erklärt hierauf, seine Aussage aufrecht zu halten, worauf Floquet erwidert, auch er bleibe bei seiner Aussage, die er mit seinem Eide bekräftigt. Lesseps versichert, Floquet habe ihn aufgefordert zu zahlen, damit ein Prozeß zwischen Reinach und Herz vermieden werde. Floquet giebt hierauf zu, daß er die beiden Lesseps zu sich habe rufen lassen, lediglich zu dem Zwecke, um ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Panamagesellschaft von großen Geldforderungen bedroht sei; er habe dies zur Zeit der boulangistischen Kampagne für seine Pflicht gehalten. Zu Reinach, Herz und Arton habe er nie in Beziehung gestanden. Hierauf wird Clémenceau vernommen; auch diesem gegenüber erklärt Lesseps, von ihm zur Beseitigung der Schwierigkeiten zwischen Reinach und der Panamagesellschaft aufgefordert worden zu sein. Clémenceau setzt hierauf weitläufig auseinander, daß er mit Ranc Freycinet besucht habe, um mit diesem von dem Prozeß zu sprechen, den Reinach gegen die Panamagesellschaft beabsichtigt habe. Er habe dies gethan, weil der Ruin der Panamagesellschaft im Augenblick der Wahlen gegen die Republik hätte ausgebeutet werden können. Clémenceau stellt in Abrede, die von dem Bankbeamten Stephane angefertigte Liste erhalten zu haben. Freycinet erzählt über den erwähnten Besuch Clémenceaus und Rancs. Sie hätten ihm von der ungewissen politischen Lage gesprochen und darauf hingewiesen, wie ein Prozeß Reinachs gegen die Panamagesellschaft einen nachteiligen Wiederhall im Lande finden müsse. Hierauf habe er, Freycinet, Lesseps zu sich rufen lassen

und ihn aufgefordert, diesen Prozeß im öffentlichen Interesse zu vermeiden, er habe sich jedoch frühzeitig geweigert, irgend welche Einzelheiten dieser Angelegenheit anzuhören, und es sei sicherlich nicht infolge dieses Besuches bei ihm geschehen, daß Lesseps die fünf Millionen an Reinach zahlte.

11. März. Fortsetzung der Zeugenvernehmung. Ranc sagt aus, er habe sich mit Clémenceau zu Freycinet begeben, um zur Zeit der boulangistischen Kampagne einen den Interessen der Republik schädlichen Prozeß zu vermeiden. Es habe sich keineswegs darum gehandelt, einen Druck auszuüben. Der Deputirte Borie sagt aus, eine Persönlichkeit habe ihm 25000 Francs geboten für jeden Deputirten, der für die Panamavorlage stimmen würde. Lesseps erhebt hiergegen Widerspruch. Andrieux erklärt, Herz habe ihm ein Verzeichnis der Checks übermittelt, die er der Untersuchungskommission mitgeteilt habe. Arton habe sich geweigert, ihm die Liste der 104 Deputirten mitzuteilen, weil seine Sicherheit kompromittirt werden würde, wenn er das thäte. Er, Andrieux, glaubt an die Echtheit der Liste Reinachs und daran, daß mehrere Deputirte zur Zeit der Abstimmung über die Panamavorlage bestochen worden seien. Frau Cottu sagt aus, wenige Tage nach der Verhaftung ihres Gatten sei ihr ein angeblich von dem Justizminister Bourgeois ausgehender Vorschlag gemacht worden, den Verhafteten zum Schweigen zu bewegen; demselben würde dafür die Freiheit gewährt werden. Der Direktor der allgemeinen Sicherheit Soinoury, der sie zu dem Minister Bourgeois führen sollte, habe ihr erklärt, die Freilassung aller Verhafteten sei infolge des Geständnisses Lesseps unmöglich, doch verspreche er die Freilassung ihres Gatten, wenn sie irgend einen konservativen Deputirten kompromittirende Schriftstücke ausliefere. Frau Cottu behauptet, dies abgelehnt zu haben. Der ehemalige Minister Allain Targé bekundet, Lesseps habe ihm mit Angriffen in der Presse gedroht, wenn er der Panamasache nicht zu Hilfe käme. Lesseps stellt dies in Abrede. Soinoury bestreitet, Frau Cottu um einen Besuch gebeten zu haben; sie selbst sei mit dem Ersuchen zu ihm gekommen, ihren Gemahl sehen zu können. Er habe zu ihr von der Panamaangelegenheit gesprochen, bestreite aber, irgendwelchen Schritt bei Frau Cottu versucht zu haben; auf seinen Eid könne er versichern, daß er keinerlei Drohung ihr gegenüber gebraucht habe. Frau Cottu behauptet dagegen aufs neue entschieden, daß Soinoury sie gefragt habe, ob sie nicht ein für die Deputirten der Rechten kompromittirendes Schriftstück besitze. Soinoury giebt zu, er habe in Form einer einfachen Erkundigung gefragt, ob Cottu im Besitz irgendeiner die Rechte angehenden Sache wäre.

12. März. Der Justizminister Bourgeois bittet um Entlassung. In seinem Schreiben an den Ministerpräsidenten Ribot sagt er, die Aussage Soinourys im Panamabestechungsprozesse entlaste ihn nicht in der Weise, wie er es für einen Justizminister erforderlich erachte; auch habe Soinoury nicht der Wahrheit gemäß festgestellt, daß er, Bourgeois, niemals seine Ermächtigung erteilt habe, bezüglich des Panamaprozesses Schritte bei Frau Cottu zu thun. Er halte es deshalb für unumgänglich notwendig, seine Freiheit wiederzuerlangen, um jeden Verdacht zu beseitigen.

13. März. Der bisherige Justizminister Bourgeois erscheint im Panamabestechungsprozesse vor Gericht und legt auf das entschiedenste Verwahrung ein gegen alle Unterstellungen, die bezüglich seiner Person aus den Aussagen der Frau Cottu gezogen worden seien. Er habe niemand ermächtigt, in seinem Namen in der in Rede stehenden Angelegenheit irgend welche Schritte zu unternehmen. Er habe lediglich gestattet, daß Frau Cottu ihren Gatten be-

suchte, es handelte sich hierbei um einen Akt reiner Menschlichkeit. Im übrigen habe er niemals von einer zwischen Frau Cottu und Soinoury stattgehabten Begegnung gehört. Er müsse daher die in dieser Beziehung an seine Person geknüpften Unterstellungen zurückweisen. Frau Cottu erklärt, Goyard habe ihr gesagt, daß sie Bourgeois sprechen würde. Goyard sagt aus, daß dies richtig, daß er aber dazu von niemandem ermächtigt sei. Bourgeois fordert hierauf jedermann, der von ihm eine ehrenrührige Handlung wisse, auf, sich zu erheben und gegen ihn Zeugnis abzulegen. Soinoury erklärt, Bourgeois habe ihm keinerlei Auftrag gegeben. Er habe gegenüber Frau Cottu gänzlich aus eigner Machtvollkommenheit gehandelt, es sei sein Recht und seine Pflicht gewesen, Frau Cottu auszuforschen, ob ihr bekannt wäre, daß ein Mitglied der Rechten kompromittirt sei. Er habe aber der Frau Cottu gegenüber weder von Versprechungen noch von Drohungen Gebrauch gemacht.

In der Deputirtenkammer werden Anfragen bezüglich der von Frau Cottu im Panamaprozesse gemachten Aussagen gestellt.

Nachdem Desprès und Cavaignac die Anfragen begründet haben, tritt der bisherige Justizminister Bourgeois als Abgeordneter der Behauptung Cavaignacs entgegen, man habe Frau Cottu die Freilassung der Angeklagten als Belohnung ihres Schweigens angeboten. Solches könne niemals gesagt worden sein. „Niemals habe ich ähnliche Weisungen erteilt, und nur ich, der Siegelbewahrer, hätte solche Verheißungen machen können.“ Cavaignac ist mit dieser Antwort zufrieden und kommt auf die Depeschen des Herz an verschiedne politische Persönlichkeiten zurück, die von der Regierung noch immer nicht mitgeteilt worden sind, und zeiht sie des bösen Willen, des absichtlichen Mangels an Klarheit und Wahrhaftigkeit. Bourgeois: Mein Rücktritt hängt so eng mit den Tagesereignissen zusammen, daß man mir billigerweise gestatten muß, darüber zu sagen, was ich weiß. Darüber soll nicht der geringste Zweifel herrschen. Ich spreche nicht von den Republikanern, die mich kennen, sondern von den unversöhnlichen Feinden der Republik, die aus dem Falle Kapital schlagen möchten. Wenn er sein Portefeuille behalten hätte, so wäre der Präsident des Schwurgerichts in sein Kabinett gekommen, um ihn zwischen den vier Wänden zu vernehmen, und das habe er nicht gewollt. Ich will, fährt Bourgeois fort, es laut vor dem Hause und dem Lande sagen: Wenn der Justizminister irgend jemand das Recht verliehen hätte, sich seines Namens zu bedienen und ein Eingreifen in richterliche Beschlüsse zu verheißen, so wäre das eine Niederträchtigkeit. Um offen und vor aller Welt so sprechen zu dürfen, habe ich meine Entlassung genommen, nicht auf Grund irgend welcher Meinungsverschiedenheit mit meinen Kollegen; noch durch eine andre Erwägung ließ ich mich bestimmen. Ministerpräsident Ribot äußert unter vielen störenden Zwischenrufen: Loubet, der anfangs Januar noch Minister des Innern war, hat mir auf mein Befragen folgendes gesagt: Am 5. Januar ließ mir der Direktor der Staatspolizei durch eine Mittelsperson sagen, Frau Cottu sei um eine Audienz eingekommen. Soinoury war bisher ein guter Beamter. Er hat als Präfekt anerkennenswerte Dienste geleistet, und um dieser willen muß sein Fall mit Schonung untersucht werden. Er blieb bisher dabei, Frau Cottu habe durch eine Mittelsperson eine Audienz nachgesucht und erlangt; sollte es sich herausstellen, daß er lügnerische Erklärungen abgegeben hat, so würde ich erbarmungslos meine Pflicht thun. Das liegt jetzt schon auf der Hand, daß er sich eine Blöße gab, als er dem Wunsche der Frau Cottu entsprach und sie nach dem Ministerium abholen ließ. Dieser Umstand allein hätte ihn warnen sollen. Der Bonapartist Le Provost de Launay und Cavaignac tadeln die Rede des Ministers mit Heftigkeit, aber in verschiedner Absicht. Der eine möchte ganz zerstören, der andre nur im Sinne des linken

Zentrums umgestalten. Cavaignac wirft der Regierung Haltlosigkeit und Würdelosigkeit vor und prophezeit ihr Unheil, weil sie nicht unerbittlich gegen Soinoury vorgeht.

Schließlich wird folgende Tagesordnung angenommen: Die Kammer ist entschlossen, den Gerichten ihren Lauf zu lassen, damit sie volles Licht verbreiten, und heißt die Erklärungen der Regierung gut.

14. März. Dieselbe Frage wird im Senat verhandelt.

Der frühere Minister des Innern Loubet erklärt, Frau Cottu habe im Januar durch den Sekretär ihres Gatten um eine Audienz bei Soinoury nachsuchen lassen. Er sei hiervon benachrichtigt worden, ebenso wie Ribot und Bourgeois, die in diesem Gesuch nichts Ungehöriges erblickt hätten. Er habe keineswegs den Schritt, von dem man gesprochen habe, angeordnet. Soinoury habe übrigens vorgezogen, sein Amt niederzulegen. Er bestreite, jemals eine Liste der in die Panamasache verwickelten Parlamentsmitglieder besessen zu haben, und wenn er eine solche besessen hätte, so würde er sie den Gerichten übergeben haben. Constans erklärt, er habe niemals dem Präsidenten Carnot die Liste der 104 Abgeordneten übergeben, weil er sie nie besessen habe; er glaube, die Liste habe niemals anders als in der Einbildung gewisser Personen bestanden. Niemand könne bei dieser Art von Skandal gewinnen. Das Land wolle vor allem Ruhe und Arbeit. Man möge die Gerichte ihre Pflicht thun lassen, und die Legenden würden bald in sich zusammenfallen. Ministerpräsident Ribot: es sei nunmehr als unbestreitbar anerkannt, daß Frau Cottu die Zusammenkunft mit Soinoury nachgesucht habe; dieser sei unklug gewesen, aber nichts andres. Es sei eine Infamie, zu behaupten, daß Carnot eine Liste bestochner Abgeordneten besessen habe.

Der Senat spricht hierauf sein fortgesetztes Vertrauen zur Regierung aus. — Auch im Panamaprozesse sagt der frühere Minister Constans als Zeuge aus, er habe niemals dem Präsidenten Carnot eine Liste der in die Panamaangelegenheit verwickelten Deputirten übermittelt und niemals eine solche besessen.

21. März. Die Geschwornen bejahen die Schuldfrage in Bezug auf Lesseps, Baïhaut und Blondin, verneinen sie jedoch in Bezug auf Fontane, Sansleroy, Béral, Dugué de la Fauconnerie, Gobron und Proust. Hierauf wird Lesseps zu einem Jahre, Blondin zu zwei Jahren, Baïhaut zu fünf Jahren Gefängnis, dieser auch zum Verlust der Ehrenrechte und zu 750000 Frcs. verurteilt.

23. März. In der Deputirtenkammer stellt Millevoye eine Anfrage bezüglich der Panamaangelegenheit.

Er macht dem frühern Finanzminister Rouvier zum Vorwurf, von Blasto Geld für die Geheimfonds gefordert zu haben, und verlangt Aufklärungen bezüglich Herz', der der Agent eines auswärtigen Staates gewesen sei, sowie bezüglich der von Clémenceau, Floquet und Freycinet in der Panamaangelegenheit unternommenen Schritte. Schließlich wirft er die Frage auf, aus welchem Grunde man nicht alle Schuldigen verfolgt habe. Bourgeois erklärt, er habe eine traurige Pflicht erfüllt, als er die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung mehrerer Mitglieder des Parlaments nachgesucht habe, und begrüße deren Rückkehr in die Kammer mit lebhafter Freude. Was Arton betreffe, so seien alle erforderlichen Maßnahmen zu dessen Verhaftung getroffen worden. Die Auslieferung von Herz werde dadurch verzögert, daß sein Gesundheits-

zustand es nicht zulasse, ihn vor das zuständige englische Gericht zu stellen. Bourgeois konstatirt, die gegen eine Anzahl politischer Persönlichkeiten gerichteten Anschuldigungen seien in keiner Weise bewiesen worden. Die Gegner der Republik beabsichtigten, die herrschende Erregung bis zu den Wahlen zu erhalten. Die Republikaner aber würden diese Manöver zu hintertreiben wissen. — Die Kammer geht hierauf einfach zur Tagesordnung über. — Nach dieser Abstimmung schreitet der frühere Minister Roche erregt auf die Ministerbank zu, ruft Ribot und Bourgeois mit der Faust drohend ein Schimpfwort entgegen und verläßt sodann unter dem Beifall der Rechten und des Zentrums den Saal. Ein ähnlicher Auftritt spielt sich zwischen Rouvier und den Ministern ab. — Cazenove de Pradine (Rechte) verliest den Entwurf einer Resolution, in der die Auflösung der Kammer verlangt wird, und beantragt die Dringlichkeit. Ribot erklärt, die Republikaner fürchteten nicht, vor das Land zu treten. Die Rechte werde durch das Abwarten nichts verlieren, da das Land beginne einzusehen, zu welchem Zwecke die Panamakampagne unternommen worden sei. — Der Antrag wird abgelehnt.

22. Juni. In der Kammer stellt Millevoye eine Anfrage über den Stand der Unterhandlungen zwischen Frankreich und England bezüglich der Auslieferung des Cornelius Herz.

Ministerpräsident Dupuy erklärt, die Regierung beschäftige sich noch damit, Herz sei aber augenblicklich nicht reisefähig. Millevoye erwidert, England bediene sich der im Besitz von Herz befindlichen Geheimnisse, aber es sei eine noch schwerer wiegende Angelegenheit ins Auge zu fassen. Es gäbe einen Deputirten, der die Preisgebung von Korsika verlangt und dazu beigetragen habe, daß Frankreich auf seine Rechte in Aegypten verzichtete. Pourquéry de Boisserin wünscht über die Angelegenheit Herz und Arton zu befragen, sowie über die auf der englischen Botschaft gestohlenen Papiere. Ministerpräsident Dupuy erwidert, die Regierung habe alles Mögliche gethan, die Festnahme von Herz zu erwirken, und werde es weiter thun, um die Auslieferung herbeizuführen. Was die angeblich gestohlenen Dokumente angehe, so habe sich hiermit nur die Gerichtsbehörde zu befassen, die Untersuchung in dieser Angelegenheit sei eingeleitet. Clémenceau verlangt von Millevoye und Déroulède Beweise für ihre Behauptungen, daß er Frankreich für Geld verraten habe. Millevoye erklärt, eine von den Mauritiusinseln gebürtige Person habe in der englischen Botschaft täglich Briefe abgeschrieben, und verliest eine Stelle aus einem Herz betreffenden Schreiben. Er verbreitet sich sodann über die Beringaffaire, über Verhandlungen bezüglich einer Allianz zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland, über die Lage Belgiens und ruft durch seine Ausführungen Hohngelächter hervor. Die Kammer geht schließlich, auf Clémenceaus Antrag, über die Angriffe zur Tagesordnung über. Déroulède legt das Mandat nieder.

IV.

Erster Teil der Session der Kammern.*)

10. Januar. In der Deputirtenkammer bringt der erste Wahlgang kein Ergebnis bezüglich der Präsidentenwahl. Infolgedessen

*) Insoweit die Verhandlungen die Panamaangelegenheit betreffen, sind sie im vorigen Abschnitte enthalten.

zieht der bisherige Präsident Floquet seine Präsidentschaftskandidatur zurück, worauf Casimir Perier mit 254 von 408 Stimmen zum Präsidenten gewählt wird. — Der Senat wählt Le Royer zum Präsidenten.

12. Januar. In der Deputirtenkammer begründet Hubbard eine Anfrage an die Regierung, ob sie nicht willens sei, den Termin zur Vornahme der allgemeinen Wahlen auf einen frühern Zeitpunkt zu verlegen, und beleuchtet die gegenwärtige Lage; dieselbe sei verwickelt genug, um die Festsetzung eines frühern Termins für die allgemeinen Wahlen notwendig zu machen. Clichó fordert die Auflösung des Parlaments und die Einberufung einer Konstituante. Ministerpräsident Ribot erwidert, man müsse der Justiz ihre völlige Unabhängigkeit und alle Mittel zur Ausübung ihrer Thätigkeit lassen, damit sie das begonnene Werk zu Ende führen könne. Die Justiz werde vor keiner Rücksicht auf Personen Halt machen. Für den Fall, daß die Frage des Staatsgerichtshofes aufgeworfen werden sollte, sei das Recht der Kammer gewahrt. Wenn die Kammer die Panamaangelegenheit ihren freien Lauf nehmen lasse, werde dieselbe seitens der Justiz ihre regelrechte Erledigung finden. Die Kammer müsse ihre gewohnten Arbeiten wieder aufnehmen und die Justiz ihr Werk ausführen lassen. Wenn die Republikaner vor das Land treten würden, könnten sie es vertrauensvoll thun, indes es sei unmöglich, jetzt den Tag dafür festzusetzen. Die von der Regierung angenommene einfache Tagesordnung wird mit 329 gegen 206 Stimmen genehmigt.

17. Januar. Die Kammer genehmigt einen Gesetzentwurf, nach dem der Betrag, bis zu dem die Bank von Frankreich berechtigt sein soll, Noten auszugeben, auf vier Milliarden erhöht werden soll. — Sodann genehmigt die Kammer einen Gesetzentwurf, in dem (aus Anlaß der in der Panamasache erfolgten Angriffe auf die Sparkassen) Angriffe gegen die staatlichen Sparkassen mit einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten bis zu 2 Jahren und mit Geldstrafe geahndet werden sollen.

18. Januar. Minister Develle beantwortet in der Kammer eine Anfrage dahin, er habe den Botschafter in London beauftragt, wegen des auf den Khedive ausgeübten Druckes Auskunft zu erbitten. Die französische Regierung werde mit der größten Ruhe darüber wachen, daß keinerlei Angriffe auf die Selbständigkeit der ägyptischen Regierung gemacht werden.

25. Januar. Bei Beratung der Kammer über das Budget für den Orden der Ehrenlegion beklagt sich Le Provost de Launay über den Mißbrauch, der Ausländern gegenüber mit Verleihung dieses Ordens getrieben werde, und weist als Beispiel auf

die Ernennung von Herz zum Großoffizier hin, die auf Verwendung eines auswärtigen Botschafters erfolgt sei. Redner verlangt die Veröffentlichung der Verleihung dieser Ordensauszeichnung im „Journal officiel," wie solche das Gesetz vorschreibe. Ministerpräsident Ribot erwidert, das fragliche Gesetz sei auf in Frankreich nicht ansässige Ausländer nicht anwendbar. Im Uebrigen sei die Zahl der für Ausländer bewilligten Ordensauszeichnungen beträchtlich verringert worden.

28. Januar. Bei Beratung der Kammer über das Marinebudget erklärt der Berichterstatter Thompson, die Bewaffnung der Marine werde im Jahre 1893 eine bessere sein, als es 1892 der Fall gewesen; das Mittelmeergeschwader sei der italienischen Flotte überlegen, und das Nordgeschwader befinde sich in unbestreitbarem Fortschritte, es sei der Zahl nach fast der gesamten deutschen Flotte gleich. Die Angriffsstärke der Flotte werde von Jahr zu Jahr zunehmen. Die Gesamtheit der Schlachteinheiten betrage gegenwärtig 422 und werde sich im Jahre 1897 auf 515 belaufen.

1. Februar. Die Kammer genehmigt einen Gesetzentwurf wegen Bestrafung der Manöver gegen den Staatskredit.

2. Februar. Delafosse richtet in der Kammer eine Anfrage an die Regierung bezüglich Aegyptens und führt aus, Frankreich habe das Recht, von England zu verlangen, daß es in Aegypten eine Politik treibe, die die Räumung des Landes vorbereite. Er betont, daß die bezüglichen Uebereinkommen kein Datum für die Räumung des Landes festgesetzt hätten; das läge an der Ungeschicklichkeit der französischen Diplomaten, England scheine in Aegypten eine endgiltige Schutzherrschaft ausüben zu wollen. Redner läßt durchblicken, daß der Botschafter Waddington sich vielleicht nicht genügend Rechenschaft gebe über die Art, wie die französischen Interessen zu vertreten seien; die ägyptische Frage sei eine europäische, niemand denke daran, sich in Aegypten an die Stelle von England zu setzen, aber die Aegypter könnten sich selbst regieren. Minister Develle erwidert, die Prüfung der diplomatischen Schriftstücke werde der Kammer die Möglichkeit gewähren, sich zu überzeugen, daß Waddington stets einen klaren Blick gezeigt habe. Die Vermehrung der ägyptischen Garnison von Seiten Englands bedeute weder eine Aenderung in seiner Politik noch eine Aenderung der gegebenen Versicherungen und der übernommenen Verpflichtungen. Frankreich habe das Recht, von diesen feierlichen Erklärungen von Seiten Englands Kenntnis zu nehmen, und könne unmöglich den Vorgängen in Aegypten teilnahmlos zusehen. Der Sultan und ganz Europa hätten ein Interesse daran, daß der Suezkanal unter der

Herrschaft des Khedive bliebe. Aus Gladstones Erklärungen gehe hervor, daß die Frage der Räumung Aegyptens vielleicht einer neuen Prüfung unterzogen werden würde. Frankreich werde sich dieser Aufgabe mit England in freundschaftlichem Geiste widmen. England müsse ohne Zweifel im Auge behalten, daß, falls der vorübergehende Zustand der Dinge in Aegypten dahin neigen sollte, ein endgiltiger zu werden, für Europa eine Quelle von Streitigkeiten entstehen dürfte.

4. Februar. Bei Beratung des Budgets für die Kolonien erklärt Delcassé in Beantwortung von Anfragen, die Lage in Tonkin sei eine günstige, die militärischen Streitkräfte dürften nicht vermindert werden, obwohl die Beruhigung des Landes vollständig sei. Von dem Gebiete am Mekong sprechend, betont Delcassé, die Rechte Frankreichs auf dieses Gebiet seien zu unantastbar, um Eingriffe seitens der Siamesen zu gestatten. Was Dahomeh angehe, so sei die Kriegsperiode beendet. Ohne behaupten zu wollen, daß das Kolonialgebiet Frankreichs nicht noch ausgedehnt werden könnte, halte er doch den Augenblick für gekommen, wo das Schwert den friedlichen Bemühungen den Platz räumen müsse.

11. Februar. Hubbard stellt bei der Budgetberatung die Frage, welche politische Bedeutung die Entsendung eines besondern Gesandten nach Rom anläßlich des päpstlichen Jubiläums habe. Minister Develle erwidert, daß alle Souveräne, den deutschen Kaiser und selbst den Sultan einbegriffen, außerordentliche Botschafter nach Rom sendeten, um Leo XIII. anläßlich seines Bischofsjubiläums zu beglückwünschen, während die Regierung der Republik sich darauf beschränkt habe, den Botschafter beim Vatikan damit zu betrauen. Es sei das eine Maßregel, die keiner Rechtfertigung bedürfe. Hubbard erwidert, diese Antwort überrasche ihn nicht seitens eines Ministers, der sich zu der Einmischung des Papstes in die innern Angelegenheiten Frankreichs beglückwünscht habe; er werde es auch natürlich finden, daß die Partei der neuen Verbündeten, d. h. der „päpstlichen Republikaner," derselben Beifall spende. Er sehe in der Antwort einen weitern Beweis für die neue Aufgabe, die man der republikanischen Politik geben wolle, und die bei den nächsten Wahlen zur Geltung kommen solle. Hierauf wird die Besprechung der Anfrage auf unbestimmte Zeit verschoben.

15. Februar. Die Kammer genehmigt bei der Budgetberatung einen Antrag auf Einführung einer Jahressteuer von 10 Franks auf Pianos.

16. Februar. Der Radikale Leydet richtet an die Regierung eine Anfrage über ihre allgemeine Politik.

Er führt aus, daß zwischen dem linken Zentrum und den vereinigten Konservativen eine Liga bestehe, die den Zweck habe, die Staatsgewalt in die

Hand zu bekommen und die bestehenden Gesetze bezüglich des Heerwesens, des Schulwesens und der Finanzen abzuändern. Millerand (radikal) wirft der Regierung vor, daß sie in der Panamaangelegenheit dem Lande keine Genugthuung gewährt habe. Das Land bedürfe einer Revision der Verfassung im demokratischen Sinne, der Trennung des Staates von der Kirche, der sozialen Reformen sowie der Abschaffung aller Monopole und aller Privilegien der haute banque. Cavaignac verwahrt sich gegen die Behauptung, daß die von ihm kürzlich gehaltene Rede mit den Ralliirten vereinbart gewesen sei. Ministerpräsident Ribot weist darauf hin, daß er bei Uebernahme der Staatsgewalt alle Anhänger der Republik um ihre Unterstützung gebeten habe. Dank der Vereinigung der Republikaner sei der Uebermut derjenigen, die gegen die Regierung und ihre Diener den Kampf unternommen, gedämpft. Das Land sehe vertrauensvoll dem Ende der Angelegenheit entgegen, die den Vorwand zum Kampfe gegeben habe, und warte ruhig den Wiederherstellungsprozeß ab. Der weitere Verlauf der Angelegenheit und der Gesundungsprozeß würden die notwendige Ergänzung der ersten Urteilssprüche des Gerichts bilden. Jetzt verlange man von der Regierung, daß sie diese Vereinigung der Republikaner breche. Die von Millerand vorgeschlagene Annäherung an die Sozialisten und die Boulangisten müsse er zurückweisen. Ebensowenig könne er auf die sogenannte Vereinigung der Zentren eingehen. Das Kabinett regiere namens der Gesamtheit der republikanischen Partei; es wolle nicht der Gefangene irgend einer Partei sein. Er müsse ferner gegen die Behauptung, daß das Kabinett unter dem Einfluß Clémenceaus oder der äußersten Linken stehe, entschieden Verwahrung einlegen. Ribot schließt mit dem Hinweis auf das seit fünfzehn Jahren vollbrachte Werk, das das Land zu schätzen wisse, trotz der jüngst heraufgezogenen Wolken, die sich übrigens zu zerstreuen beginnen.

Die Kammer nimmt schließlich mit 315 gegen 190 Stimmen einen von Ribot gebilligten Tagesordnungsantrag an, durch den sie der Regierung Vertrauen ausdrückt und die Erwartung ausspricht, daß die demokratischen Gesetze aufrecht erhalten bleiben und daß eine rein republikanische Politik befolgt werde.

21. Februar. Der 77jährige Le Royer tritt aus Gesundheitsgründen vom Vorsitze des Senats zurück.

22. Februar. Ein dem Budget einverleibter Gesetzentwurf wegen Reform der Gewerbesteuer, in dem es sich besonders um Erhöhung der Besteuerung der großen Magazine handelt, wird von der Kammer genehmigt.

23. Februar. Ein Gesetzentwurf über Besteuerung der Börsengeschäfte wird von der Kammer angenommen.

24. Februar. Der Senat wählt an Stelle Le Royers, mit 148 von 249 abgegebenen Stimmen, den am 30. März 1885 anläßlich der Tonkinfrage als Minister zurückgetretenen und seitdem vielfach angefeindeten Jules Ferry zum Präsidenten.

25. Februar. Die Kammer beschließt bei der Budgetberatung die Einführung einer Jahressteuer von 20 Franks für jeden livreetragenden Diener.

27. Februar. Ferry übernimmt den Vorsitz des Senats mit folgender Ansprache:

Vergeblich würde ich die Gefühle, von denen mir heute die Seele erfüllt ist, zu unterdrücken suchen. Es sind Gefühle des Stolzes, die Sie berechtigt finden werden, weil Sie selbst ihn mir eingeflößt haben, und Gefühle unendlicher Dankbarkeit, denn die Ehre, die Sie einem Manne erweisen, wenn Sie ihn an Ihre Spitze berufen, ist eine der höchsten, die es auf der Welt giebt. Ich prahle nicht, daß ich sie verdient hätte. Als mich der Senat unter so vielen Männern, die würdig sind, dieses Amt zu bekleiden, auswählte, wollte er vielmehr vor allem eine That hohen und väterlichen Wohlwollens thun. Er machte der langen Prüfung ein Ende, er entschied dahin, daß für den Ostrazismus, dieses Kind des Zornes im Gemeinwesen des Altertums, in unsrer liberalen und duldsamen Demokratie kein Raum ist. Die Aufgabe, die Ihr Vertrauen mir auferlegt, erscheint mir noch erhabener, wenn ich aller derer gedenke, deren Geist, Beredsamkeit und Charakter an dieser Stelle geglänzt haben, und unter ihnen will ich im Namen des Senats den Weisen begrüßen, der lange Jahre hindurch die Arbeiten des Senats geleitet und dann freiwillig zurückgetreten ist. Der heute sein ehrenvolles, aber schweres Erbe antritt, hat auch an manchem harten Kampf der Politik lebhaft teilgenommen, sein öffentliches Leben ist ein langer Kampf gewesen. Trotzdem haben Sie ihn nicht für unfähig gehalten zu diesem hohen Schiedsrichteramt, das so wenig für ihn geeignet scheint. Sie haben gedacht, daß das Mißgeschick nicht in allen Seelen dieselben Früchte zeitigt, daß, wenn die einen verbittert und empört daraus hervorgehen, die andern in den Tagen der Prüfung ihre Kraft stählen und ihren Blick schärfen. Die Erfahrung, die uns Menschen und Dinge erkennen läßt, ist die große Schule, in der man Billigkeit lernt. Das parlamentarische Leben wäre abscheulich, wenn man darin nicht lernte, sich gegenseitig zu achten und zu schätzen. Nach einigen Lobsprüchen auf den Senat und nachdem der Redner daran erinnert, daß es jetzt achtzehn Jahre seien, seit man in dem nach Ruhe sich sehnenden Lande die parlamentarische Republik gegründet, daß das für eine Demokratie eine große Versuchung sei und ohne Vorbild in der Welt dastehe, fährt er fort: Die Erfahrung ist seitdem gemacht und wird noch fortwährend gemacht, und wenn man sich auch den Schwierigkeiten nicht verschließt, die sie auf ihrem Wege gefunden, wer wollte behaupten, daß der Versuch nicht gelungen sei! Hat sich die parlamentarische Republik den großen Regierungsaufgaben nicht gewachsen gezeigt? Sie hat die Ordnung ohne Störung aufrecht erhalten, die Finanzen wieder hergestellt, die Armee gekräftigt und gefestigt, die Republik hat sich dank ihrer Weisheit mächtige und werte Freunde erworben. Bedarf es sichrer Zeichen, um zu erkennen, daß eine Republik lebenskräftig und dauerhaft sei? Noch vor einigen Jahren wurde von den drei Gewalten der parlamentarischen Republik der Senat am heftigsten angegriffen. Die Ereignisse selbst haben seine Verteidigung geführt und ihn gerechtfertigt. Es kam ein Tag der größten Gefahr, wo gerade diese Staatseinrichtung, die man vielfach als ein großes Hindernis bezeichnet hatte, der Rettungsanker wurde. Die Thätigkeit des Senats war schnell, entschlossen, wirksam; die Diktatur war besiegt. Ich wage zu behaupten, daß im ganzen republikanischen Lande diese Lehre verstanden worden ist. Aber diese in die Augen springenden Verdienste erschöpfen nicht die Rolle, zu der diese Versammlung berufen ist. Sie ist auch der Hüter der Verfassung, und das beste Mittel, die Verfassung, wenn sie angegriffen wird, zu verteidigen, ist immer noch, sie anzuwenden. Die wahre Formel der parlamentarischen Regierung ist weder der Streit der einzelnen Gewalten untereinander noch ihr Gleichgewicht, das nur

zu sehr der Ohnmacht gleicht, sondern die Harmonie, die jeder ihre Rolle, aber ganz und gar ihre Rolle läßt. Diese Harmonie hört auf, sobald die Tilgung einer der drei Gewalten beginnt, oder sobald eine die beiden andern in sich aufnehmen möchte. Dann wäre das parlamentarische Regiment zu Ende. Gegenwärtig ist dergleichen nicht zu befürchten, denn zwischen den Staatsgewalten herrschen die Beziehungen eines wohlwollenden Zusammenarbeitens. Der Staat darf nie der Zwietracht und nie dem Rückschritt als Werkzeug dienen, er darf auch nicht der Feind edler Neuerungen und kühner Entschlüsse sein. Unsre Republik steht allen offen und ist nicht das Besitztum irgend einer Sekte oder irgendeiner Gruppe, sondern der Männer, die sie gründeten. Sie nimmt alle Männer guten Willens und redlicher Absicht auf. Aber um ihnen eine Stelle in der Republik zu schaffen, ist es nicht nötig, daß die einen den andern den Krieg erklären; das hieße die große Bewegung der Wiedervereinigung schlecht verstehen, die sich in den großen Massen vollzieht und trotz schlimmer Zufälle unerschütterlich ihren Weg verfolgt, da sie durch die Macht der Dinge und mehr noch durch hohe Interessen des Vaterlandes geleitet wird.

28. **Februar.** Ein Gesetzentwurf über das Kolonialheer wird von der Kammer genehmigt. Hiernach soll dieses Heer durch Anwerbung von Freiwilligen ergänzt werden, damit die in den Kolonien stehenden 24 Jägerbataillone und 2 Kavallerieregimenter im Mutterlande selbst verwendet werden können.

6. **März.** Die Kammer genehmigt einen Gesetzentwurf, in welchem die Aufreizung zum Diebstahl, zu Mord, Raub und Brandstiftung durch die Presse unter Strafe gestellt wird, und einen am 17. Januar vorgelegten Gesetzentwurf, nach welchem die durch die Presse begangenen Beleidigungen fremder Monarchen und Botschafter den Zuchtpolizeirichtern zur Aburteilung überwiesen werden sollen. Bezüglich dieses Gesetzentwurfs hatten die Minister die Kabinettsfrage gestellt.

28. **März.** Der Senat wählt, da sein Präsident Ferry am 17. März gestorben ist, Challemel-Lacour zum Vorsitzenden, der 1879 Botschafter in Bern, 1880 in London und 1883 einige Monate Minister des Aeußern im Ministerium Ferry war. In seiner Ansprache bei Uebernahme des Vorsitzes sagt er:

Seiner Ansicht nach habe Ferry nur einen Gedanken gehabt, nämlich den, in Frankreich wieder eine freie Regierung aufzurichten, die, dem neuen Stande der Gesellschaft angemessen und der geschichtlichen Größe Frankreichs würdig, ihm seinen Platz unter den zivilisirten Nationen gewahrt haben und unter Bedingungen, die mit der Ruhe und Ordnung verträglich seien, die Zügel geführt haben würde. Der Senat habe das Vorurteil gegen Ferry zerstreut und ihm mit seiner Wiedererhebung die größte Freude seines Lebens bereitet. Ferry habe dem Senat ein großes Werk zugedacht gehabt, das einfach darin bestehe, daß diese Körperschaft ihre Aufgabe in dem von der Verfassung gegebenen Rahmen ganz erfülle. Er habe davon eine kurze Skizze gegeben, der kaum etwas hinzuzufügen sei. Jetzt erkenne jeder an, daß der Senat von dem Vertrauen der öffentlichen Meinung gestützt werde, und trotz der Ereignisse der letzten Jahre und der Verbreitung trügerischer Lehren sei das Ansehen des Senats stetig gewachsen. Von Tag zu Tag erfasse die

öffentliche Meinung klarer die Rolle des Senats und erwarte von ihm, daß er mit Festigkeit die Rechte aufrecht halte, die auch die ihrigen oder vielmehr die der Republik seien. Diese Rechte aber erhalte man nur dadurch, daß man sie anwende. Die Angriffe gegen die Republik ließen mehr und mehr nach, die Umtriebe der Unversöhnlichen würden mit der Zeit schwächer, aber in dem Maße, wie die republikanischen Anschauungen in Frankreich sich ausbreiteten, träten auch neue Fragen auf und wüchse die Aufgabe der öffentlichen Gewalten. Im Senat sehe die Nation den sichersten Schutz vor den Treibereien, die sich von Zeit zu Zeit wieder erhöben, die Rettung vor kühnen Versuchen und schlecht durchdachten Neuerungen, aber sie erwarte mehr von ihm, sie hoffe, daß der Senat seine reiche Erfahrung der Regierung zur Verfügung stelle, um die drängendsten sozialen Fragen zu lösen.

Bei Beratung des Budgets lehnt der Senat die Klavier- und die Livreesteuer ab und setzt die Steuer auf Fahrräder von 10 auf 5 Frcs. herab.

30. März. Die Deputirtenkammer lehnt alle vom Senat am Budget vorgenommenen Aenderungen ab und weist es in der von ihr angenommenen Fassung an den Senat zurück. Infolge dieses Beschlusses bittet das Ministerium Ribot um Entlassung.

31. März. Finanzminister Tirard verlangt von der Deputirtenkammer die Bewilligung von zwei weiteren provisorischen Budgetzwölfteln für April und Mai. Die Kammer genehmigt hierauf ein Zwölftel. Der Senat stimmt bei.

V.

Tod Ferrys.

17. März. Der am 24. Februar zum Präsidenten des Senats gewählte Jules Ferry stirbt in Paris an Herzlähmung.

1832 geboren, war er seit 1879 Unterrichtsminister im Ministerium Waddington und führte als solcher 1880 die antiklerikalen Unterrichtsgesetze durch. Am 24. September 1880 wurde er Ministerpräsident, verzichtete aber im November 1881 zu Gunsten Gambettas, übernahm dann am 30. Juni 1882 wieder das Unterrichtsministerium im Kabinett Freycinet und bildete im Januar 1883 ein Ministerium, in dem er Unterricht und Aeußeres übernahm. Am 31. März 1885 war er zurückgetreten wegen eines harten Mißtrauensvotums der Kammer infolge der Niederlage der Truppen in Tongking.

Im Senat hält Vizepräsident Merlin eine Gedächtnisrede. Er führt aus, der Tod Ferrys sei ein großer Verlust für den Senat und ganz Frankreich. Der Verstorbene habe sein ganzes Leben der Verteidigung der staatsbürgerlichen Freiheiten, der Größe und Ausdehnung Frankreichs, der Entwicklung und Befreiung der menschlichen Vernunft gewidmet. Ferry habe den Namen eines wahren Staatsmannes verdient und hätte Frankreich noch größere Dienste

leisten können. Der Senat bewilligt die Kosten für das Leichenbegängnis Ferrys mit 233 gegen 30 Stimmen. Die Kammer bewilligt hierfür 20000 Frcs.

22. März. Das Leichenbegängnis findet in Paris unter großen Feierlichkeiten statt. Die Beisetzung findet am 23. in Ferrys Geburtsort St. Dié im Departement der Vogesen statt.

VI.

Ministerium Dupuy.

4. April. An Stelle des infolge des Kammerbeschlusses vom 30. März zurücktretenden Ministeriums Ribot wird ein vom bisherigen Unterrichtsminister Dupuy gebildetes Ministerium, das 30. seit Thiers Sturz im Jahre 1873, gebildet und ist folgendermaßen zusammengesetzt: Präsidium und Inneres Dupuy, Aeußeres Develle, Finanzen Peytral, Justiz Guérin, Unterricht Poincaré, Handel Terrier, Krieg Loizillon, Marine Rieunier, Arbeiten Viette und Ackerbau Viger. Das sind 6 Mitglieder des bisherigen Ministeriums und 4 neue. Von diesen war Peytral schon 1888 im Ministerium Floquet Finanzminister.

VII.

Der Fall Turpin.

Anfang April. Turpin, der Erfinder des Melinitsprengstoffs, war infolge einer von ihm im Mai 1891 veröffentlichten Broschüre „Wie man das Melinit verkauft hat" vor Gericht gestellt und zu langer Gefängnisstrafe verurteilt. Er wollte dem Kriegsminister seine Erfindung gegen250 000 Frcs. nur zu einer zehnmonatlichen Versuchsperiode überlassen haben, während Freycinet behauptete, für immer. Turpins Sprengstoff wurde verändert, verbessert, „gestohlen," wie sich der Erfinder ausdrückte, gelangte auch an einen fremden Staat, und da Turpin dagegen im Kriegsministerium vergeblich Einspruch erhob, so veröffentlichte er die genannte Broschüre, in welcher er unvorsichtigerweise einige militärische Geheimnisse zur Erläuterung seiner Ausführungen veröffentlichte, was den Anlaß bot, ihm den Prozeß zu machen. Turpin, zu dessen Gunsten wiederholt Stimmen laut wurden, ward von der Außenwelt abgeschlossen. Es gelang dies indessen nicht völlig, manches wurde ruchbar, und

Freycinet beantragte nun Turpins Begnadigung, aber unter der Bedingung, daß derselbe seine Anklagen nicht erneuere. Der Vertrauensmann und Unterhändler aber, den Freycinet am 2. Dezember v. J. zu Turpin schickte, ist der Verfasser des „Figaro"-Artikels, Cardane.

10. April. Turpin wird vom Präsidenten der Republik begnadigt.

VIII.

Zweiter Teil der Session der Kammern.

25. April. In der Deputirtenkammer wird der Fall Turpin zur Sprache gebracht. Darauf sagt Freycinet:

Das Kriegsministerium habe das Recht, die Erfindung Turpins auszunützen, auf 6 Monate für 250 000 Frcs. erworben. Turpin habe daraufhin verlangt, daß die Regierung seine Patente als Monopol ankaufen möge. Die Unterhandlungen hätten zu keinem Resultat geführt, weil Turpin 5 Millionen dafür gefordert habe. Turpin habe sich dann an Deutschland gewandt, welches sein Angebot ebenfalls abgelehnt hätte. Turpin hätte Unrecht daran gethan, zu behaupten, Pikrinsäure wäre mit dem Melinit identisch, und den zweiten Fehler habe er dadurch begangen, daß er sich Maschinen und Pläne zu Nutzen gemacht habe, welche dem Kriegsministerium gestohlen worden seien. Turpin sei einzig und allein wegen seines Buches über das Melinit verurteilt worden, er habe der Wissenschaft Dienste geleistet und könne ihr auch ferner solche leisten. Dies rechtfertige seine Begnadigung, aber das unkluge Verhalten seiner Freunde ließe bedauern, daß man ihn begnadigt habe. Generale seien beschuldigt worden, welche gerade eine sehr lobenswerte Wachsamkeit gezeigt hätten. So bedauerlich derartige Vorkommnisse seien, so hätten sie doch keine nachteiligen Folgen für die nationale Wehrkraft gehabt. Man müsse die Fabel zerstören, welche aus Turpin einen aus Staatsgründen verurteilten Mann mache.

28. April. Die Kammer genehmigt den Gesetzentwurf wegen der Börsensteuer und beschließt, den Gesetzentwurf über die Reform der Getränkesteuer vom Budget zu trennen. Damit ist der Budgetstreit unter den Kammern beendet.

2. Mai. Der Sozialist Dumay richtet an die Regierung eine Anfrage wegen Unruhen, die am 1. Mai in Paris stattgefunden haben, und spricht sich mißbilligend über die Herausforderung der Polizei, die Schließung der Arbeitsbörse und über seine sowie die Verhaftung des Abgeordneten Baudin aus. Der Minister des Innern Dupuy rechtfertigt die Maßnahmen und führt aus, Baudin sei verhaftet worden, weil er die Menge aufgefordert habe, auf die Polizeiagenten loszuschlagen. Der Minister fügt hinzu, wir wünschen, daß jedermann das Gesetz respektire, und werden auch verstehen, dasselbe respektiren zu lassen. Jeder Deputirte, welcher die Ruhe auf der Straße störe, werde verhaftet werden.

6. **Mai.** Die Kammer genehmigt einen Gesetzentwurf, nach welchem die sich in Frankreich aufhaltenden Ausländer verpflichtet sein sollen, sich bei Geldstrafen einschreiben zu lassen.

9. **Juni.** Der Senat genehmigt den Gesetzentwurf, wonach die Kolonialtruppen aus Freiwilligen rekrutirt werden sollen, in der von der Kammer beschlossenen Fassung.

15. **Juni.** Die Kammer beschließt, daß die Errichtung eines besondern Kolonialministeriums einfach durch Dekret des Präsidenten der Republik solle erfolgen können.

19. **Juni.** Die Kammer lehnt einen Antrag betreffs ihrer teilweisen Erneuerung ab.

30. **Juni.** Die Kammer beginnt die Beratung des Budgets für 1894, wonach sich u. a. die Gesamtausgaben für das Heer auf 636 701 630 Frcs. belaufen sollen.

IX.

Kirchliche Angelegenheiten.

13. **Januar.** Es wird ein Schreiben des Papstes an den Grafen de Mun, Abgeordneten für Morbihan (Bretagne), veröffentlicht.

Darin weist der Papst nach, daß Frankreich groß und geehrt war im Rate der Völker, solange es sich des Titels der „ältesten Tochter der Kirche" würdig zeigte, und daß es tief und immer tiefer herabsank, als es sich von Parteikämpfen und Sektenkrieg zerreißen ließ. Dennoch bleibt der heilige Stuhl der französischen Nation gewogen und rät er ihr dringender als je zuvor, sich an ihre jetzigen Staatseinrichtungen zu klammern.

2. **Februar.** Präsident Carnot überreicht den Erzbischöfen Thomas von Rouen und Meignan von Tours die Abzeichen der vom Papst ihnen verliehenen Kardinalswürde und sagt in seiner Ansprache, der Papst habe nicht nur den edeln Charakter und die Wirksamkeit der beiden Erzbischöfe belohnen wollen, indem er ihnen den römischen Purpur verlieh, sondern auch den Gehorsam, mit dem sie, seinen Weisungen treu, die Gläubigen der Republik zuführen.

23. **April.** Nachdem der französische Katholikentag, auf dem das Aktionsprogramm festgestellt zu werden pflegt, für dieses Jahr nicht hat abgehalten werden können, weil die vom Papste den Katholiken empfohlene Politik des Anschlusses an die Republik noch nicht überall festen Boden gefunden hat, findet ein Katholikentag für Südfrankreich in Toulouse statt. Hier hält der anerkannte Führer der französischen Ultramontanen, Graf de Mun, eine längere Rede:

Er führt aus, daß die Katholiken verpflichtet seien, den Weisungen des Papstes zu gehorchen, und daß dieser die Anerkennung der republikanischen Regierungsform fordere. Er empfiehlt dann, die innigste Berührung mit den untersten Volksschichten zu suchen. Der Katholizismus dürfe nicht „eine Angelegenheit bleiben, über die wohlhabende Leute in ihren Salons unter sich plaudern," sondern er müsse „demokratisch werden." „Gehen wir zum Volke, zeigen wir, daß sein Wohl uns beschäftigt, und es wird begreifen, daß wir den Glauben um des Glaubens und um des Volkes willen lieben." Aber die Katholiken müssen nicht nur Demokraten, sie müssen auch Sozialisten werden. „Die große Sorge des Augenblicks ist der Sozialismus. Es giebt zwei Arten, den Kampf der Gesellschaft aufzufassen. Man kann sich auf die Seite der Kapitalisten und man kann sich auf die des Volkes schlagen. Nun denn: ich bin dafür, daß wir uns zum Volke schlagen. Mit der Judenschaft und Hochbank zu gehen heißt den Sieg eines Sozialismus vorbereiten, an dessen Ausschreitungen ich nicht denken will. Auf die Gefahr hin, ein Einsamer und ein Ueberspannter zu scheinen, sage ich: nicht das Kapital haben wir zu schützen, sondern die Arbeit. Man soll nicht glauben lassen, daß die Kirche ein Gendarm in der Kutte ist, der sich vor das Kapital einzig zu dessen Schutze stellt und dem Volke entgegenwirkt. Im Gegenteil. Man soll wissen, daß die Kirche für das Wohl und zur Verteidigung der Schwachen wirkt. Wenn das Volk das wissen wird, wenn es erst recht überzeugt ist, daß die Kirche nicht für den Reichtum gemacht ist, dann werden unsre Anstrengungen dem Erfolge nahe und der Gedanke des heiligen Vaters wird verwirklicht sein."

14. Mai. In Paris findet ein katholischer Verein der französischen Jugend statt, der unter Leitung des Grafen de Mun beschließt, sich unter das Patronat der Jungfrau von Orleans zu stellen und alljährlich zu Ehren derselben einen Festtag zu feiern.

X.

Königliche Partei.

6. Januar. Unter dem Vorsitz des Grafen von Paris findet in Madrid eine Versammlung orleanistischer Vertrauensmänner aus Frankreich statt. Mehrere Senatoren und Abgeordnete wohnen der Versammlung bei, die die sofortige Einleitung einer entschiedenen Wahlthätigkeit beschließt. Graf d'Haussonville spricht die Hoffnung aus, der Panamaskandal werde der Republik bei den nächsten Wahlen ein Ende machen.

19. Januar. Graf d'Haussonville weist in einem Schreiben an den „Soleil" die Anschuldigung betreffend monarchistische Konspirationen zurück.

Er fragt, wozu Verschwörungen dienen sollen, da doch die Ereignisse sich selbst zu Gunsten seiner Partei zuspitzten und die besten Helfer seien. Auch noch eine andre Empfindung trete in Frankreich zu Tage, nämlich die durch die Ereignisse von Carmaux hervorgerufene wirtschaftliche Beunruhigung. Jeder, der an irgend einem industriellen Unternehmen mehr oder weniger beteiligt war, würde jene Zeit des Interregnums nicht vergessen, während der die Regierung den Ausständigen nachgab. Die Panamaenthüllungen würden den Sozialisteen und Radikalen neue Waffen in dem furchtbaren Kampf gegen

das Kapital liefern. Die Regierung sehe diesen Vorgängen unthätig zu und dulde sogar unverhüllte Aufreizungen zum Bürgerkrieg, zum Plündern und Morden, während sie gegen die geringste Uebertretung, die sich ein armer Dorfpfarrer auf der Kanzel schuldig mache, mit äußerster Strenge vorgehe. Die Kapitalbesitzer hätten vor der drohenden Gefahr eine unbestimmte Furcht, die immer mehr in dem Verlangen nach sozialer Verteidigung ihren Ausdruck finde. Die Monarchisten müßten die Leitung der öffentlichen Meinung übernehmen und sich an die Spitze derselben stellen. Man müsse eine Liga der öffentlichen Ehrlichkeit und der Verteidigung der gesellschaftlichen Ordnung bilden, da die Regierung durch die Sorge um die Verteidigung der Republik absorbirt sei. Die Organisation der monarchistischen Propaganda sei vollständig bereit. Man müsse alle Allianzen suchen, Konservative und Liberale ohne Unterschied. Er, d'Haussonville, werde bei dem Eintritt der Wahlen bestimmte Anweisungen bekannt machen. Da gegenwärtig die Konservativen nicht einig seien, solle die Frage der Regierungsform vor den Wählern nicht aufgeworfen werden. Inzwischen müsse man sich auf den Wahlkampf und auf einen etwaigen unvorhergesehenen Fall vorbereiten, da eine schwere Krisis unvermeidlich sei. Wenn das Land der Republik überdrüssig und nach etwas anderm verlangen würde, so würde die monarchistische Partei gewaffnet sein, die Sache der öffentlichen Ordnung zu verteidigen.

27. März. Der Graf von Paris richtet an die Präsidenten der monarchistischen Komitees in den Departements ein Schreiben, in dem es heißt:

Angesichts der gegenwärtigen Lage empfänden die Männer von ehrenhafter Gesinnung das Bedürfnis, sich zur höchsten Kraftanstrengung zu vereinigen. Die Monarchisten müßten ihnen mit gutem Beispiel vorangehen, jede nützliche Allianz annehmen und Frankreich begreiflich machen, daß die Monarchie allein eine starke, dauernde und geachtete Regierung gewähre. Der Graf fügt hinzu, er werde, von seinem Sohn unterstützt, vor keiner Anstrengung zurückscheuen, um das Vaterland wieder zu erheben.

1. Mai. Der goldenen Hochzeit des Prinzen und der Prinzessin von Joinville wohnen in Chantilly der Herzog von Nemours und die Prinzessin Klementine von Sachsen-Koburg-Gotha, Bruder und Schwester des Jubilars, die Kinder und Enkel des Paares, Neffen und Nichten, im ganzen neunzehn direkte Nachkommen des Königs Ludwig Philipp bei.

7. Mai. Die royalistische Jugend feiert in Paris den Namenstag des „Königs" Philipp durch einen Punschabend, an dem sich unter dem Vorsitze des Generals de Charette etwa vierhundert Personen beteiligen. Der Präsident der royalistischen Jugend von Paris, Roger Lambelin, verliest eine Depesche des jungen Herzogs von Orleans in Brüssel, in der er sagt:

Die royalistische Jugend feiert heute das Namensfest des heiligen Philipp. Sie bethätigt auf diese Weise ihren Glauben an das monarchische Prinzip und die Geschicke Frankreichs. Ich drücke die Gefühle meines Vaters aus, bis er dies selbst wird thun können, indem ich Ihnen in seinem Namen wie in dem meinigen danke.

18. Januar. Graf d'Haussonville hält auf dem Bankett der Vertreter der monarchistischen Provinzpresse eine Rede, in der

er als Programm für die Wahlen aufstellt: „Die Rettung der öffentlichen Rechtschaffenheit, den sozialen Schutz und die religiöse Freiheit.“ Die Monarchisten dürften denen, die diese drei Punkte voranstellen, ihre Stimmen geben.

„Wenn wir aber,“ so schließt Redner, „dem Bedürfnis nach Eintracht zwischen den konservativ und christlich gesinnten Franzosen gewisse Opfer bringen können, so giebt es eins, zu dem wir uns niemals verstehen werden: niemals werden wir auf das Recht verzichten, nach wie vor den Wahlen für die Monarchie zu wirken. Welches auch das Resultat unsrer Anstrengungen sein möge, so bleiben die Wahlen für uns nur eine Phase, und wir gehören nicht zu denen, die am Ufer sitzend melancholisch zusehen werden, wie der Strom das Vaterland zum Abgrunde fortreißt. Wir sind die Verwahrer und Diener einer großen Idee. Nicht länger für sie kämpfen wollen, hieße uns selbst und Frankreich untreu werden, das der Monarchie bedarf, es hieße auch, Ihnen, junge Franzosen, untreu werden, die wir zu Hilfe gerufen haben, und die Sie so großherzig unserm Rufe Folge leisteten. In Frankreich glaubt niemand, auch nicht unter den Republikanern, nicht einmal unter den Kalliirten oder Resignirten, an die Fortdauer des Bestehenden. Die einen träumen von einer sozialistischen Republik, die andern von einer katholischen, die dritten von einer cäsarischen; was aber die parlamentarische Republik betrifft, so hat sie den Todesstoß empfangen von der Hand derer, die sie seit fünfzehn Jahren ausbeuten. Es ist alle Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden, daß wir einem erbitterten Kampfe zwischen diesen verschiednen Republiken beiwohnen werden. In diesen Kämpfen werden die Monarchisten immer eine große Rolle zu spielen haben, sie werden sich jederzeit auf die Seite der Ordnung und der Regierungsprinzipien stellen müssen. Die Republik ist außer stande, selbst das Uebel, das sie stiftete, wieder gut zu machen Dann wird aus der Verwirrung die große Idee, von der ich eben sprach, mit unwiderstehlicher Gewalt auftauchen. Es ist zugleich eine gerechte und einfache Idee, die nämlich, daß ein durch seine Geschichte, durch seine Verwaltung, durch sein Temperament und sein ganzes Wesen monarchisches Land zur Monarchie zurückkehren muß, wenn es nicht in der Anarchie untergehen und im monarchischen Europa für alle Zeiten seinen Rang einbüßen will.“

XI.

Reden von Staatsmännern.

1.

Rede Casimir Periers.

9. April. Der Kammerpräsident Casimir Perier hält bei einem ihm zu Ehren in Troyes von seinen Wählern veranstalteten Festmahle eine Rede, in der er sagt:

Er wolle seine Freunde auffordern, im Kampfe auszuharren, in dem die Waffen der Ueberzeugung die allein empfehlenswerten sind. Wenn sie sich an dem Kampfe beteiligten, so könnten manche Gegner der Republik zugeführt

werden. Soldaten eines geschlagenen Heeres, die nur verständigen Entgegenkommens bedürften, fühlen sie wohl, daß die Republik feste Wurzeln habe, und daß der Boden der Monarchie, auf dem sie noch stehen, unter ihren Füßen wanke. „Solchen wehmütig gestimmten Nachzüglern muß man Zeit gönnen, das republikanische Heer einzuholen, ihnen die Reihen öffnen, sie an Manneszucht gewöhnen. Von ihren ehrlichen Absichten darf man das beste erwarten; es gilt nur, diesen wackern Leuten, die um einen Thron trauern, aber darauf verzichten, einen König zu finden, Vertrauen einzuflößen. Die Republik ist kein leeres Wort; sie ist nicht bloß das Geständnis der monarchischen Ohnmacht, etwas wie eine Thronerledigung. Sie ist ein aus Ideen und Lehren zusammengesetztes Ganze. Dieser bedürfen wir, um leben zu können, wie die Luft, die wir atmen: es ist der Glaube an die französische Demokratie, der Glaube an die soziale Evolution; es ist die Anwendung und die Entwicklung der Prinzipien von 1789, die vor hundert Jahren verwegen klangen, die damals von der Leidenschaft als Kriegswaffen benutzt, seitdem aber dank dem Fortschritte der Geister und der Sitten in Werkzeuge der Ordnung, der Erhaltung und des Friedens umgewandelt wurden. Es genügt nicht, festzustellen, daß die Monarchie nicht mehr ist: Republikaner sein, heißt wollen, daß ihre Wiederkehr unmöglich gemacht wird." Ueber die soziale Neugestaltung äußert sich Perier folgendermaßen: „Wir stehen an einer Wende, wo alles, was war, nicht mehr ist, und wo man noch nicht alles sieht, was sein wird. Vielleicht ist man versucht, als Unordnung zu beurteilen, was die neue Ordnung der Gesellschaft sein wird, und als Krisis den Beginn dauerhafter Zustände. Es ist daher notwendig, daß man die Furchtsamen beruhige und die Ungeduldigen beschwichtige. Damit das Werk zu Ende geführt werden könne, bedarf es nicht, wie 1789, wie 1830 oder 1848, der Bekämpfung der Allmacht eines Gebieters und der Schleifung alter Zwingburgen. Es genügt, daß das parlamentarische Regime gewissenhaft durchgeführt und gegen seine eignen Ausschreitungen geschützt werde. Die Exekutivgewalt muß sich ihrer Rechte zu bedienen wissen, nicht zum Nutzen einer Partei, sondern für die Größe und die Wohlfahrt des Vaterlandes, und die Staatsbeamten müssen zu dem vollen Bewußtsein gelangen, daß sie nur ihrem Vorgesetzten zu gehorchen haben, nur die Diener der Nation sind." Diesen Wink kleidet der Redner noch in deutlichere Worte, indem er auf den Druck anspielt, den die Landesvertreter als kleine Tyrannen gern auf die Verwaltung üben, und den neuen Abgeordneten die Pflicht vorschreibt, es damit in Zukunft anders zu halten, ihren Einfluß und ihre Erfolge auf einem des Ehrgeizes würdigern Boden zu suchen.

2.

Rede Dupuys in Toulouse.

21. Mai. Beim Festmahle, das die Stadt Toulouse zu Ehren des Ministerpräsidenten Dupuy veranstaltet, bringt der Maire einen Toast auf Dupuy aus. Dupuy antwortet in längerer Rede, in der er für die Einigkeit als Grundlage einer patriotischen Politik eintritt. Auf dem Felde des Wahlkampfes werde die Republik unterscheiden zwischen denjenigen, die ihr jederzeit gedient hätten. Jeder Franzose wolle heute Republikaner sein, das sei, wie von mancher

Seite versichert werde, auf die Ratschläge des Papstes zurückzuführen. Diese Ratschläge, die in Rom aus dem erhabnen Gedanken der Herbeiführung eines friedlichen und versöhnlichen Zusammenlebens entsprungen seien, hätten eine überzeugende Gewalt, die niemand verkenne. Aber das komme hier nicht in Frage. Die Monarchisten müßten sich ohne Vorbehalt der Republik anschließen. Sein Programm sei eine Arbeitergesetzgebung, die die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit regeln solle, Steuerreformen, die eine Verteilung der Steuerlasten nach der Leistungsfähigkeit bezweckten, und endlich ein Gesetz, das die Beziehungen zwischen bürgerlichen und kirchlichen Gesellschaften regele.

3.

Rede Goblets in Bordeaux.

21. Mai. Bei einem ihm zu Ehren veranstalteten Wahlbankett hält Goblet eine längere Rede, in der er ausführt, die wiederhergestellte militärische Macht Frankreichs schütze dasselbe vor auswärtigen Angriffen. Seit 1889 hätte sich zwischen Frankreich und Rußland eine Annäherung vollzogen, die Frankreich in der Welt die ihm gebührende Stellung wiedergebe. Es scheine indessen, wenn man nach bekannt gewordnen Thatsachen urteilen könne, daß Frankreich sich immer noch auf demselben Punkte befinde, indem es dem Dreibunde nichts entgegenzusetzen habe, als einen Austausch von Sympathiekundgebungen mit Rußland, aus denen man nur ein relatives Vertrauen schöpfen könne. Es sei nur zu gewiß, daß Frankreich auf allen Punkten der Erde, in Asien wie in Afrika von seiten der andern Staaten mehr oder minder versteckten Feindseligkeiten begegne, die nur zu häufig die Aktionskraft Frankreichs lähmten. Diese Erscheinung sei eine Folge des Umstandes, daß Frankreich gegenwärtig ebensowenig eine auswärtige wie eine innere Politik habe. Goblet richtet darauf scharfe Angriffe gegen die opportunistische Politik, tadelt den neuen Zolltarif und tritt für die Politik einer radikalen Verfassungsrevision entschieden ein.

4.

Rede des Senators Say in Paris.

31. Mai. Léon Say hält gelegentlich eines Banketts, das vom „Journal des Débats“ veranstaltet wird, eine Rede, in der er

hervorhebt, daß die Republik die ihr naheſtehenden Elemente in ſich aufnehmen müſſe. Er billige das Militär- und Schulgeſetz, ſie dürften aber nicht tyranniſch durchgeführt werden. Den Sozialismus tadelt der Redner; er verlange Einſchränkungen in den Ausgaben und ſchließt: das Programm der Liberalen ſei und werde immer ſein, die Freiheit der Bürger zu verteidigen.

5.

Rede Conſtans in Toulouſe.

4. Juni. Der frühere Miniſter Conſtans führt in einer Rede zu Toulouſe Folgendes aus:

Die nächſten Wahlen würden faſt alle republikaniſch ausfallen; aber die bloße Majorität genüge nicht, ſie müſſe auch einig und regierungsfähig ſein. Nachdem die Republik nicht mehr in Frage geſtellt werde, da ja ihre Gegner die Waffen niedergelegt hätten, müſſe ſie jetzt in eine Periode der Organiſation eintreten, ſie müſſe tolerant, aber feſt ſein, ſie müſſe die zu ihr Bekehrten annehmen, ohne ihnen die Regierung anzuvertrauen, die Republik wolle den religiöſen Frieden, aber ohne Rückſchritte zu machen. Die Arbeiter müßten das Eigentum mehren, nicht dasſelbe zerſtören. Es ſei nötig, auf den Sparſinn der Arbeiter zu wirken, um die Bildung von Arbeiterpenſionskaſſen zu fördern. „Nach 1870 richtete die Republik Frankreich wieder auf. Frankreich will ſich ſeiner Kraft nur bedienen, um im Innern allen die Wohlfahrt und nach außen hin den Frieden zu ſichern unter völliger Wahrung ſeiner Rechte, denen es bei allen und überall Achtung zu verſchaffen entſchloſſen iſt.“

XII.

Verhältnis zu Siam.

Anfang Mai. Nachdem infolge ſteten Vorrückens der franzöſiſchen Poſten in Cochinchina gegen das Königreich Siam die Verhältniſſe desſelben zu Frankreich geſpannt geweſen ſind, beſetzen die franzöſiſchen Kolonialtruppen ein zwiſchen beiden Teilen ſtrittiges Grenzgebiet.

3. Mai. Zuſammenſtoß franzöſiſch-annamitiſcher Truppen mit den Siameſen bei der Inſel Chong im Mekongfluſſe. Dabei wird ein franzöſiſcher Offizier gefangen, ein andrer getötet.

19. Mai. Die ſiameſiſche Regierung ſpricht ihr Bedauern aus und bittet um Entſchuldigung.

XIII.

Denkmäler.

Anfang April. Die Stadt Havre feiert den hundertsten Geburtstag Casimir Delavignes, des Verfassers von „Paul und Virginie," durch Weihe einer Büste desselben im Theater.

19. Juni. In Dôle findet die Einweihung eines Denkmals für den frühern Präsidenten der Republik, Jules Grevy statt.

Großbritannien und Irland.

I.

Parlament.

1.

Eröffnung.

31. Januar. Das Parlament wird mit folgender Thronrede eröffnet:

Mylords und Gentlemen! Die Beziehungen meiner Regierung zu den auswärtigen Mächten sind andauernd freundlich und harmonisch, ihre Erklärungen sind nach allen Richtungen der Erhaltung des europäischen Friedens günstig. Anläßlich der herannahenden Räumung Ugandas durch die Ostafrikagesellschaft hielt ich es für zweckentsprechend, einen erfahrenen und fähigen Kommissar damit zu betrauen, an Ort und Stelle die beste Art des Verfahrens zu untersuchen und meiner Regierung darüber zu berichten. Angesichts der jüngsten Vorfälle in Aegypten beschloß ich eine Vermehrung der dort stehenden britischen Truppen. Diese Maßregel aber bedeutet weder einen Wechsel der Politik, noch eine Abänderung der Zusicherungen, die meine Regierung von Zeit zu Zeit wegen der Besetzung des Landes gegeben hat. Der Khedive hat mir in befriedigenden Ausdrücken die Absicht ausgesprochen, daß er zukünftig der übernommenen Gepflogenheit gemäß die vorherige Beratung in politischen Dingen mit meiner Regierung befolgen werde, und wünsche, in herzlicher Mitwirkung mit ihr zu handeln. Sowohl über Aegypten, wie über Uganda werden Ihnen die Fortsetzungen der frühern Schriftstücke vorgelegt werden. Gentlemen vom Unterhause! Die Voranschläge für den Verwaltungsdienst im künftigen Jahre werden Ihnen frühzeitig vorgelegt werden. Lords und Gentlemen! Mit Betrübnis habe ich wahrgenommen, daß Ackerbaunot in vielen Landesteilen herrscht. Hoffentlich sind unter den Ursachen der gegenwärtigen Gedrücktheit viele vorübergehender Natur, indessen zweifle ich nicht, daß Sie diese wichtige Angelegenheit in Erwägung ziehen und zum Gegenstande sorgfältiger Untersuchung machen werden. Die früher in Kraft bestehende Proklamation, die Irland unter ein Ausnahmegesetz stellte, ist

widerrufen worden, und ich habe die Befriedigung, Ihnen mitzuteilen, daß die Lage des Landes sich, was die Agrarverbrechen angeht, beständig bessert. Bei frühester Gelegenheit wird Ihnen ein Gesetzentwurf über die Verbesserung des Verwaltungssystems Irlands vorgelegt worden. Bei der Abfassung der Vorlage wurde der Wunsch verfolgt, das irische Volk zufrieden zu stellen, dem Parlament eine wichtige Erleichterung zu verschaffen und der Stärke und der Einheit des Reichs neue Sicherheit zu gewähren. Gesetzentwürfe zur Berichtigung des Wählereintragungssystems, zur Verkürzung der Parlamentsdauer und zur Ausgleichung des Wahlrechts durch die Beschränkung jedes Wählers auf eine einzige Wahlstimme werden Ihnen vorgelegt werden, ferner verschiedne Gesetzentwürfe über Arbeiterfragen, darunter Maßregeln über die Haftpflicht der Arbeitgeber, über die Arbeitsstunden für Eisenbahnbeamte und eine Vorlage über die Ausbesserung des Verschwörungsgesetzes. Gleichfalls wird Ihre Aufmerksamkeit beansprucht werden für Maßregeln einer weitern Ausbildung der Lokalverwaltung, einschließlich der Schaffung der Pfarreiräte, ferner betreffs der Erweiterung der Vollmachten der Londoner Grafschaftsräte, betreffs der Verhütung der Schaffung neuer verbriefter Interessen der Staatskirchen in Schottland und Wales, betreffs des direkten lokalen Verfügungsrechts über den Ausschank, sowie andre Maßregeln von öffentlichem Nutzen. Demütig empfehle ich Ihre Bemühungen in diesen und allen andern Richtungen der Führung des allmächtigen Gottes!

2.

Adreßberatung.

31. Januar. Das Unterhaus beginnt die Beratung über eine Adresse an die Königin zur Beantwortung der Thronrede.

Der Ministerpräsident Gladstone betont bezüglich Aegyptens, daß der neueste Schritt des Khedive gegen den Brauch verstoße, daß jedoch seine später abgegebnen Erklärungen befriedigt hätten. Was die Besetzung Aegyptens betreffe, so müßten die ernsten politischen Rücksichten, die man dabei zu beobachten habe, einer sorgfältigen, leidenschaftslosen Erwägung vorbehalten werden. Im vergangnen Herbste habe die französische Regierung an England die Mitteilung gelangen lassen, sie wünsche der englischen Regierung freundschaftliche Eröffnungen über die Besetzung Aegyptens zu machen. Die englische Regierung habe geantwortet, sie würde solche freundschaftliche Eröffnungen in demselben Geiste aufnehmen. Die Unterhandlungen hätten noch zu keinem Ergebnisse geführt.

Im Oberhause sagt der Lordpräsident des Geheimen Rats und Staatssekretär für Indien, Earl of Kimberley, was Aegypten betreffe, so könne keine englische Regierung einen Augenblick zögern, Englands Macht daselbst in Sicherheit, Friede und Ordnung zu behaupten. Die Regierung könne nur hoffen, daß der Khedive, der jung an Erfahrung und durch unkluge Ratgeber irregeleitet sein könne, sich die Vorgänge zu Herzen nehme, und daß die bei ihm vermuteten Absichten nicht durch irgend ein Verhalten gefördert würden, das Unruhen in Aegypten hervorrufe oder Zweifel bei den europäischen Mächten darüber aufkommen lasse, ob die ägyptische

Regierung viel Fortschritte gemacht habe. Durch Verstärkung der englischen Truppe in Aegypten habe die Regierung in keiner Weise ihre Haltung in der ägyptischen Frage geändert. Sie werde, so lange die Besetzung des Landes fortdauere, ihre Pflichten mit Festigkeit und unter gebührender Berücksichtigung der Landesinteressen erfüllen.

2. Februar. Im Oberhause tritt der Marquis von Londonderry gegen das Ministerium auf. Er nennt die Art, wie bisher die Homerulebill geheim gehalten und eine der eingreifendsten Maßnahmen der notwendigen öffentlichen Besprechung vorenthalten worden, beispiellos in der englischen Geschichte, und giebt namens des protestantischen Ulster die Erklärung ab, dieses würde es im Widerstande gegen die beabsichtigte Einführung der Selbstregierung bis zum Blutvergießen kommen lassen. — Im Unterhause richtet sich Saunderson gegen die Priesterherrschaft, die Gladstone in Irland zu errichten wünsche. Chamberlain bittet um Auskunft bezüglich Irlands, ob die Oberherrlichkeit des Parlaments gewahrt bleiben werde. Darauf führt der Staatssekretär für Irland, Morley, zur Rechtfertigung der irischen Politik der Regierung die Thatsachen an, daß die Renten williger eingezahlt würden, daß die Beziehungen zwischen Polizei und Volk sich gebessert hätten, daß die Verbrecherstatistik eine Abnahme aufweise und somit die Aufhebung der Verbrecherakte keine übeln Folgen gehabt habe.

3. Februar. Im Unterhause bringt Labouchère einen Satz zur Adresse, in dem die Hoffnung ausgesprochen wird, daß der Regierungsbevollmächtigte Portal die Räumung Ugandas durch die Britisch-Ostafrikanische Gesellschaft erwirken werde, ohne die Verantwortlichkeit Englands zu vermehren. Ferner schlägt Labouchère bezüglich des Dreibundes eine Erklärung vor, die besagt, daß, falls Lord Salisbury Italien seinen Beistand beim Ausbruche eines Krieges mit Frankreich versprochen habe, die jetzige Regierung für jene Versicherungen nicht verantwortlich sei. Premierminister Gladstone erwidert, daß bezüglich des Dreibundes seit seinem Regierungsantritt sich nichts ereignet habe, was eine Beunruhigung verursachen könne. In Egypten sei die Regierung unausgesetzt bestrebt, ihre Pflicht zu erfüllen, nämlich die äußre Sicherheit und den innern Frieden des Landes zu bewahren, so lange die britische Besatzung dauere; gleichzeitig bemühe die Regierung sich, die Harmonie und Eintracht zwischen der egyptischen Regierung und der besetzenden Macht herzustellen. Gladstone erkennt die freundliche und gemäßigte Sprache des französischen Ministers des Auswärtigen in der Kammer über den Gegenstand an. Bezüglich Ugandas sei die Erörterung verfrüht. Frankreich sei geneigt, Ansprüche auf eine Entschädigung

für die Missionare in Uganda zu erheben. Die englische Regierung habe zu untersuchen, ob sie für die Leiden der katholischen Missionare wirklich verantwortlich sei, ehe sie diese Verantwortlichkeit zugestehe. Auf Anfrage Balfours erwidert der Kanzler der Schatzkammer, Harcourt, die Regierung habe erfahren, daß die Räumung Ugandas ohne Vorsichtsmaßregeln eine Gefahr für die Bevölkerung bedeute; die Regierung habe daher die Britisch-Ostafrikanische Gesellschaft aufgefordert, in Uganda zu verbleiben, bis die Räumung des Landes unbeschadet dessen Sicherheit erfolgen könne.

6. Februar. Labouchère zieht seinen Antrag zurück. Gladstone teilt mit, Portal sei angewiesen, in Uganda zu handeln, wie es ihm die Vorsicht und Klugheit gebiete. Der Parlamentssekretär des Kolonialamtes, Buxton, erklärt, es liege nicht in der Absicht der Regierung, den 1890 mit Transvaal betreffend Swaziland abgeschlossenen Vertrag zu kündigen, aber sie habe dem Präsidenten der Republik Transvaal bedeuten lassen, daß, falls Transvaal in eine Konferenz mit England eintreten wolle, um die getroffene Abmachung von neuem zu erwägen, die englische Regierung dazu bereit sei.

11. Februar. Bei der im Unterhause fortgesetzten Adreßberatung bringt Lowther einen Antrag ein, in dem die Regierung ersucht wird, ein Gesetz zur Beschränkung der Einwanderung mittelloser Ausländer vorzulegen. Die Frage sei von höchster Dringlichkeit. Das Uebel, das bekämpft werden müsse, sei ein seit Jahren steigendes und schädige die englischen Arbeiter. Wenn Amerika mittellose Arbeiter zurückweise, so pflegten diese nicht nach Rußland oder wo sonst ihre Heimat sei, zurückzukehren, sondern in Liverpool zu landen. Es sei dies ein Mißbrauch der britischen Gastfreiheit, den niemand verteidigen könne. Die durch das Auftreten der Cholera gemachten Erfahrungen hätten überdies gezeigt, daß der Erlaß eines derartigen Gesetzes auch aus Gesundheitsrücksichten geboten sei. Gladstone bekämpft den Antrag, indem er bestreitet, daß die Einwanderung viele englische Arbeiter der Armenpflege zutreibe. Was die jüdischen Einwanderer betreffe, so solle man der israelitischen Nation die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß ihr Gesundheitszustand im ganzen ein sehr guter sei. In diesem Punkte und vielleicht in einigen andern dürften die Juden einen sehr günstigen Vergleich mit den Christen aushalten. Was im übrigen die Gesundheitsfrage betreffe, so habe der Präsident der Lokalverwaltung, Fowler, bereits alle für den Fall des Auftretens einer Epidemie nötigen Maßregeln getroffen. In Bezug auf die Anklage, daß jüdische Einwanderer in großem Maßstabe ein gewisses Scheingewerbe geschaffen hätten, das ohne diese Einwanderung nicht erstanden wäre, so könne man nicht sagen, daß der Mann mittellos ist, der durch Lohnarbeit sich ernährt und mit seinem Lohn zufrieden ist. Wenn Lowther als mittellos jeden bezeichne, der ohne einen Arbeitskontrakt oder ohne Kapital in England lande, so würde solche Doktrin eine Masse von Arbeitern treffen, die England jährlich nach andern Ländern ausführe; er sei gesonnen, im Geiste der bestehenden internationalen Abmachungen eine gleiche Behandlung allen Einwanderern angedeihen zu lassen. Darauf wird der Antrag abgelehnt und der Entwurf der Adresse angenommen.

3.

Homerule.

13. Februar. Premierminister Gladstone bringt im Unterhause die irische Homerulevorlage ein und bemerkt dabei Folgendes:

Ein ständiges Zwangsgesetz für Irland sei unmöglich. Bei Errichtung der Union seien Irland gleiche Gesetze wie England versprochen, dieses Versprechen sei jedoch niemals erfüllt worden. Fünf Sechstel der irischen Abgeordneten seien Nationalisten. Er wolle gegen England keinerlei Drohung richten, aber wenn dasselbe gegen die irischen Forderungen ewigen Widerstand leiste, werde es seine Kräfte erschöpfen. In der 1886 eingebrachten Vorlage seien Grundsätze aufgestellt worden, an denen festzuhalten die Regierung bestrebt sei. Der Zweck der jetzigen Vorlage sei die Errichtung einer gesetzgeberischen Körperschaft mit dem Sitze in Dublin für Irlands gesetzgeberische und Verwaltungsangelegenheiten. Die Regierung wünsche nichts zu thun, was mit der Reichseinheit unvereinbar sei; sie wünsche vielmehr, diese durch Ausdehnung der lokalen Selbstverwaltung zu stärken. Für die Oberstellung des Reichsparlaments werde in der Einleitung zur Homerulebill Sorge getragen, indem dort ausdrücklich gesagt sei, daß die Bill eingebracht werde, um ein irisches Parlament zu errichten, ohne die Oberherrschaft des Reichsparlaments zu beeinträchtigen oder zu beschränken. Die irische legislative Körperschaft werde aus dem legislativen Rat und der legislativen Versammlung bestehen. Der Vizekönig werde auf sechs Jahre ernannt werden, sei aber der Absetzung durch die Krone unterworfen. Auf die Befähigung zu diesem Amte soll das Glaubensbekenntnis ohne allen Einfluß sein. Dem Vizekönig würde volle Exekutivgewalt übertragen. Ferner werde ein Exekutivkomitee des Geheimen Rates von Irland ernannt werden. Das Komitee werde in Wirklichkeit den Rat für gewöhnliche Angelegenheiten oder das Kabinett des Vizekönigs bilden. Auf den Rat dieses Komitees werde der Vizekönig die Bills genehmigen, wobei er jedoch von der königlichen Anweisung bezüglich aller eingebrachten Vorlagen abhängig bleibe. Der legislative Rat werde der Minorität in Irland Gelegenheit zum Ausdruck ihrer Meinungen bieten und die volle Erwägung derselben sichern. Dieser Rat werde aus 48 gewählten Mitgliedern bestehen. Stimmberechtigt sei jeder, der ein Minimum von 20 Pfund als Jahresmiete entrichte. Jeder Wähler sei nur in einem Wahlbezirk stimmberechtigt. Die legislative Versammlung Irlands betreffend, sollten die Mitglieder des Oberhauses (des gesetzgebenden Rats) auf acht, die des Unterhauses auf fünf Jahre gewählt werden. Die Richter sollten unabsetzbar sein und von der Krone ernannt werden. Für den Zusammentritt der legislativen Körperschaft sei der bequemste Zeitpunkt der September. Der erste Dienstag im September sei dafür in Aussicht genommen. Die finanziellen Bills sollten aus der legislativen Versammlung hervorgehen, indes nur nach vorhergegangener Initiative seitens des Vizekönigs. Die polizeiliche Gewalt werde von der alten auf die neue Autorität übertragen werden. Die Ortsbehörden Irlands sollten allmählich eine neue Polizeimacht in den Ortsbezirken errichten, und die jetzigen Konstabler sollten hauptsächlich aus diesen Lokalbezirken nach und nach zurückgezogen werden. Irische Deputirte sollten im Reichsparlament sitzen, aber der Zahl der Bevölkerung gemäß solle ihre Zahl von 103 auf 80 vermindert werden. Selbstredend müßten für diese Deputirten Neuwahlen ausgeschrieben werden. Die Stimmfähigkeit der irischen Abgeordneten im Reichsparlament werde beschränkt werden. Dieselben seien ausgeschlossen von den Abstimmungen 1. über Anträge und Vorlagen, deren Inhalt ausdrücklich auf Großbritannien

beschränkt sei, 2. von Abstimmungen über Finanzbills, die nur Großbritannien betreffen, 3. von Abstimmungen über Kredite für andre als Reichszwecke. Irland werde einen billigen Anteil an den Reichsausgaben tragen. Die Zolleinnahmen Irlands sollten als angemessener Beitrag des Landes zu den Reichsausgaben betrachtet werden. Hierdurch werde die Notwendigkeit einer schwierigen Berechnung beseitigt. Natürlich müsse die Verwaltung der Zolleinkünfte Irlands eine britische Angelegenheit sein. Die Nettoeinkünfte Irlands betrügen im Jahre 2300000 Pfd. Sterling, die Reichsausgaben bezifferten sich auf 59 Millionen. Die Erhebung der von der Reichsbehörde festzusetzenden Acciseabgaben solle in den Händen der irischen Behörden sein. Falls die in der Bill enthaltenen Anträge genehmigt würden, werde das irische Parlament mit einem Ueberschuß von einer halben Million beginnen. Die Zahl der Personen, die durch die Vorlage das aktive Wahlrecht für das Oberhaus erhalten würden, werde auf ungefähr 170000 geschätzt. Um einer etwaigen Stockung der parlamentarischen Arbeit vorzubeugen, bestimmt die Vorlage, wenn ein Gesetzentwurf vom Unterhause im Widerspruch zum Oberhause mehr als einmal, nach einer Zwischenzeit von zwei Jahren, angenommen worden ist oder eine Parlamentsauflösung zwischen die beiden annehmenden Beschlüsse fällt, so sollen die beiden Häuser sich zu einem gemeinsamen Kongreß vereinigen, der, soweit das Parlament in Frage kommt, endgiltig zu entscheiden hätte. Kommt keine Entscheidung zustande, so muß zur Auflösung und zu Neuwahlen geschritten werden. Die Wirkungsdauer des parlamentarischen Vetos, welche nach der frühern Vorlage eine dreijährige sein sollte, soll also jetzt auf zwei Jahre beschränkt werden. Neu ist ferner, daß beide Häuser nur ausnahmsweise zum Kongreß zusammentreten sollen, während nach der frühern Vorlage ihre Beratungen stets gemeinsam sein sollten und nur die Abstimmungen getrennt stattfinden durften. Berufungen können nur von dem Vizekönig oder dem Staatssekretär erhoben werden, und zwar nicht an den Geheimen Rat und das Haus der Lords, sondern an den Richterausschuß des Geheimen Rates. Die Leitung der finanziellen und sonstigen Angelegenheiten, soweit sie das Reich betreffen, liegt bei 2 auf sechs Jahre von der Krone ernannten Richtern der Schatzkammer. Der Beitrag Irlands zu den Reichsausgaben wird durchschnittlich auf 4 bis 5 Prozent der Gesamtlast, d. h. auf 47400000 Mark (in deutschem Gelde ausgedrückt) veranschlagt.

14. **Februar.** Im Unterhause bekämpft **Balfour** diese Vorlage sehr entschieden. Er führt aus, im Jahre 1886 habe Gladstone die Homerule mit der Notwendigkeit begründet, daß nur durch sie die öffentliche Ruhe in Irland wiederhergestellt werden könne. Jetzt sei jedoch nach der Erklärung Morleys Irland bereits ruhig. Ueberhaupt habe Gladstone mit nichts die Notwendigkeit der Aenderung der jetzigen Verhältnisse dargethan. Der Führer der Parnelliten **Redmond** erklärt es für unmöglich, eine endgiltige Ansicht über die Vorlage abzugeben, ehe sie im Wortlaute vorliege; sie habe große Mängel, die vorher beseitigt werden müßten, ehe sie als Lösung der Frage angenommen werden könne. Mit dem Prinzip der Bill stimme er vollständig überein.

17. **Februar.** Chamberlain erklärt, die Bill sichere weder die Einheit des Reiches noch die Oberhoheit des Reichsparlaments, noch den Schutz der Minoritäten. Die Vorschläge betreffend die Beibehaltung der irischen Abgeordneten im britischen Unterhause seien

absurd; es gebe in der Geschichte kein Beispiel, daß eine Partei mit so leichtem Herzen wie die Gladstoneaner einen Schritt thue, der die Existenz des Reiches aufs Spiel setze. Goschen sagt, die Unionisten bekämpften die Vorlage, weil sie glaubten, daß dabei die Erhaltung des Reiches auf dem Spiele stehe. Peel habe vor 60 Jahren, als die Aufhebung der Union beantragt wurde, gesagt: Opposuit natura! Die Unionisten fügten heute hinzu: ihre Ehre verbiete ihnen die Zustimmung, sie könnten die Loyalisten von Ulster nicht opfern. Morley verteidigt die Vorlage, die auf der Errichtung eines freien Parlaments beruhe. Es sei das beste Mittel, die priesterliche Usurpation in Irland und anderwärts zu vereiteln, indem man sie einer starken repräsentativen politischen Autorität gegenüber stelle. — Die Bill passirt die erste Lesung, nachdem die Opposition auf besondre Abstimmung Verzicht geleistet hat. Der Entwurf wird nunmehr zum Druck gegeben.

8. März. Die konservativen Mitglieder des Parlaments halten eine Versammlung ab, um über die Haltung der Partei bei der bevorstehenden zweiten Lesung der Homerulevorlage schlüssig zu werden. Lord Salisbury empfiehlt sorgfältige Beobachtung der Parteidisziplin im Hause der Gemeinen. Die Homerulevorlage wäre ein Versuch, eine unlösbare Aufgabe zu lösen, keine Abändernng der Einzelheiten könnte sie annehmbar machen, sie müsse demnach in unnachgiebigster Weise bekämpft werden; nichts dürfe unversucht bleiben, um ihr den Garaus zu machen. Sollte die Regierung versuchen, die zweite Lesung durch Zwangsmittel zu beschleunigen, so müßte einer solchen Taktik ein kräftiger Widerstand geleistet werden. Auch außerhalb des Parlaments müßte ein entschiedener Feldzug gegen die Vorlage eingeleitet werden. Balfour spricht in ähnlichem Sinne: beharrliche, entschlossene Opposition gegen Gladstones Homeruleplan müsse die Politik der Torypartei bilden. Lord Churchill verspricht dem Führer der Opposition herzlichste Unterstützung im Kampfe gegen Homerule für Irland.

16. März. Die zuerst auf den 13., dann auf den 16. März angesetzte zweite Lesung der Homerulevorlage wird vom Unterhause nochmals verschoben infolge des Bestrebens der Opposition, die Beratung über die zuvor zu erledigenden Nachtragskredite in die Länge zu ziehen.

6. April. Premier Gladstone befürwortet die zweite Lesung der Homerulebill. Die Opposition müsse sich die Frage vorlegen, wo, wann und wie der Streit über die irische Frage endigen solle. Nach siebenjähriger Prüfung der Frage sei er überzeugt, daß Homerule die einzige Lösung sei. Drei Teile des Reiches hätten sich bereits früher dafür entschieden. England sei nunmehr auf dem

Wege, sein gegnerisches Urteil vom Jahre 1886 zu ändern, bedeutend vorgeschritten. Seit der Emanzipation der Katholiken und seit der Wahlreform herrsche unter der Masse des irischen Volkes eine stetige Bewegung zu Gunsten entweder einer Aufhebung oder einer Abänderung der Unionsakte. Jedenfalls sei das irische Volk fest entschlossen, nicht zu ruhen, bis die ersehnte Veränderung bewilligt sein werde. Zum Zweck einer starken Union sei eine Union der Herzen erforderlich; sie habe zwischen England und Irland während der Zeit von 1782 und 1795 bestanden, und es sei kein Grund vorhanden, weshalb sie nicht wieder bestehen solle. Was die Beibehaltung von irischen Deputirten im Reichsparlament betreffe, so seien die gehegten Besorgnisse nur dann gerechtfertigt, wenn sämtliche 80 Deputirte stets den Verhandlungen beiwohnen würden; selbst wenn ihnen gestattet sein würde, über alle Fragen abzustimmen, so würde doch daraus keine praktische Unbequemlichkeit entstehen, denn erfahrungsmäßig enthielten sich die irischen Deputirten der Teilnahme an den Fragen, welche Irland nicht beträfen. Keine Lösung der Finanzfrage könne ganz befriedigend und frei von Unbequemlichkeiten sein; falls die Reichslasten steigen, lasse sich eine höhere Accise auflegen, und im Falle eines Krieges könnten Accise und Einkommensteuer erhöht werden. Es handle sich um eine Frage zwischen einer starken und einer schwachen Nation. Nichts sei erniedrigender als der Druck seitens einer großen auf eine kleine Nation; dagegen nichts edler als das jetzt heraufdämmernde Schauspiel, wo eine Nation aus Ehrgefühl und Pflichtgefühl eine Ungerechtigkeit zu beseitigen entschlossen sei.

17. April. Zur zweiten Lesung tritt zuerst Goschen mit der Behauptung auf, die Haupteinwände gegen die Vorlage seien von ministerieller Seite noch nicht beantwortet worden. Er spöttelt über Gladstones Beteuerungen unbegrenzten Vertrauens zu dem Irenvolk und meint, dazu scheine er erst gelangt zu sein, nachdem es ihm mißlungen, eine hinreichende Mehrheit zur Bekämpfung der nationalistischen Forderungen zu erlangen. Er finde in der Vorlage nichts als die künftige Verwirrung der irischen Angelegenheiten, nichts, was wirklich eine Bürgschaft für eine bessere Verwaltung Irlands biete. Unter diesen Umständen werde die Opposition die Maßregel bis zum äußersten bekämpfen. Schließlich fragt er, ob, wenn das Land Homerule verwerfe, die liberale Partei das Verdikt annehmen und den Konservativen helfen werde, Irland zu regieren, und ob sie sich auf die Seite von Gesetz und Ordnung scharen werde. Sodann sprechen Forwood, Lubbock und andre Unionisten gegen, der Irländer Nolan und die Gladstonianer Rathbone, Young und Jones für die Vorlage. Dieser

protestirt jedoch gegen die Beibehaltung der irischen Abgeordneten in Westminster.

20. April. Sexton wendet sich wider die Einwände der Vorlage und betont, daß zwei der wichtigsten Punkte eine Abänderung erheischten. So lange die Bodenfrage und andre Fragen von wesentlichem Interesse für Irland dem Reichsparlament vorbehalten seien, sollte die Vertretung Irlands in Westminster unberührt bleiben; erst wenn die irische Volksvertretung im Vollbesitz ihrer Befugnisse sei, werde die Frage der irischen Vertretung in Westminster einer Lösung bedürfen. Die finanziellen Bestimmungen der Vorlage seien ebenfalls unbefriedigend, weil sie Irland einen Beitrag zu den Reichslasten auferlege, der den bisherigen um eine halbe Million Pfund übersteige und viel größer sei, als der in der Homerulevorlage von 1886 vorgeschlagene. Der Jahresbeitrag Irlands für Reichszwecke solle für sieben Jahre auf Grundlage des jährlichen Nutzens, den Großbritannien jetzt aus den Einkünften Irlands beziehe, nach gerechten Grundsätzen festgestellt werden. Der Opposition Ulsters sei keine große Bedeutung beizumessen, selbst die Unionisten von Belfast würden sich begierig der Vorteile bedienen, die ihnen aus der Selbstverwaltung Irlands erwachsen dürften. Die wirksamsten Bürgschaften würden die Dankbarkeit und Treue des irischen Volkes bilden. Werde die Vorlage verworfen, dann bleibe nichts andres übrig, als ein andauerndes strenges Zwangsregiment. Hierauf sprechen die irischen Unionisten Carson und Saunderson gegen die Vorlage. Saunderson erklärt, die Loyalisten Irlands, die nahezu ein Drittel der Bevölkerung bildeten, weigerten sich unbedingt, die Vorlage anzunehmen. So lange eine englische Mehrheit gegen Homerule vorhanden, werde die liberale Partei nicht imstande sein, das Oberhaus zur Nachgiebigkeit in der Homerulefrage zu zwingen.

22. April. In Fortsetzung dieser Beratung hebt James hervor, es gebe jetzt kein Unrecht, unter welchem Irland leide, und für welches ein demokratisches Parlament nicht Abhilfe schaffen könnte. Gladstone könne das Unrecht der Vergangenheit nicht durch die jetzige Bill der Ungerechtigkeit auslöschen. Wenn man von der Opposition verlange, Vertrauen in die Vertreter der Majorität zu setzen, so sei es ihre Pflicht, deren früheres Verhalten zu erwägen. Wenn die Bill angenommen werde, bedeute sie die Aufhebung der Union. Die Grabschrift der Oberherrschaft des Reichsparlaments sei in der Einleitung zur Bill enthalten. Wenn es sich bei der Bill um eine Friedensmaßregel handle, werde es ein bewaffneter Friede sein. Kein echter Liberaler könne ohne tiefes Bedauern die Zustände sehen, unter welchen die Exekutive in Irland ins Leben gerufen

werde, und über welche die einzige Kontrolle eine militärische Aktion sei. Das Volk in Irland würde ein Recht haben, seine Exekutive gegen die Truppen, welche gegen dasselbe gesandt seien, und die fremde Truppen sein würden, zu verteidigen. Die vorgeschlagene Verfassung sei daher ein Blendwerk, eine Schmach fürs Reichsparlament und eine Demütigung für England. Hätte das Land gewußt, daß 80 irische Abgeordnete an den britischen Angelegenheiten teilnehmen sollen, während die englischen, schottischen und wallisischen Deputirten keinen Anteil an den irischen Angelegenheiten haben sollen, so wäre das jetzige Kabinett nicht im Amte. Er frage diejenigen, welche darauf bestehen, diese Bill Leuten aufzuzwingen, welche gegen dieselbe sind, und die keine Verbrechen begangen haben, ob sie durch ihr Vorgehen nicht eine Auflehnung hervorrufen. Und wenn nach dieser Provokation ein Bürgerkrieg entstehe, würde jeder vergossene Blutstropfen die jetzige Regierung mehr beflecken als diejenigen, die das Blut vergossen haben. Die Gegner der Vorlage würden, falls sie geschlagen werden sollten, den Trost haben, zu wissen, daß sie nicht geschlagen worden wären, wenn man keinen Verrat an ihnen begangen hätte. Balfour: Was die im Laufe der Verhandlungen angedeutete Idee der Föderation betreffe, so habe bisher kein verantwortlicher Mann auszusprechen gewagt, daß er der Zeit entgegensehe, zu welcher innerhalb der engen Grenzen des Landes vier Legislaturen, vier Exekutivgewalten und über diesen noch eine andre erhabene Versammlung und noch eine Exekutivgewalt vorhanden sein werde. Das britische Volk werde niemals dafür sein. Als Haupteinwand habe man hingestellt, daß es sich um ein Zwangsgesetz handle, und daß die Union gescheitert sei. Er bestreite dies. Die agrarischen Verbrechen hätten seit der Union abgenommen, die Zustände sich seit der Union wesentlich gebessert. Obwohl noch viel für die kleinen Grundbesitzer zu thun übrig bleibe, so sei es doch Heuchelei, wenn nicht Unwissenheit, zu sagen, daß England allein für mehr als die Hälfte der Uebelstände in Irland verantwortlich sei. Gesetz und Zivilisation in Irland seien Englands Werk; durch die Gewährung eines irischen Parlaments werde kein altes Vorrecht wiederhergestellt, denn die Nation, die das Parlament verlange, habe nie ein Parlament besessen. Durch die Vorlage verliere England die finanzielle Freiheit. Weder hierauf noch auf einen der vorgebrachten militärischen oder geographischen Beweisgründe habe die Regierung geantwortet. Was die Oberherrschaft des Reichsparlaments angehe, so sei dieses gesetzlich allerdings in der höheren Stellung; wenn aber die Bill unverändert bleibe, so sei die obere Stellung eine Täuschung. Die Opposition müsse bei der Einzelberatung

Anträge einbringen, durch welche die Oberstellung erst zur Wirklichkeit werde. In Bezug auf die Beibehaltung der irischen Deputirten habe Gladstone gesagt, er glaube, dieselben würden nicht sehr oft anwesend sein; aber er und seine politischen Freunde wünschten einen beruhigenden Grund. Wenn der betreffende Paragraph unverändert bleibe, werde das System der parlamentarischen Regierung zerstört. Durch die Reden der Irländer selbst sei es erwiesen, daß die Homerulebill die Aufgabe nicht endgiltig löse. Die Irländer nähmen die Bill als Kompromiß an. Welche Aussicht sei aber vorhanden, daß das Kompromiß gehalten werde? Sexton habe das Haus vor den Folgen gewarnt, falls die Bill verworfen würde; meine er damit vielleicht eine Vermehrung der Verbrechen, die Verstümmelung des Viehs, das Erschießen noch einiger hilflosen Personen? In Betreff der Finanzen habe Gladstone erklärt, die Bill behandle Irland edelmütig; die Irländer behaupteten aber das Gegenteil. Es sei klar, daß die Schwierigkeit, diese Frage zu lösen, sehr groß sei; aber die irischen Steuerzahler seien nicht so verliebt in die Vorlage, um für das Privilegium, dieselbe zum Gesetz zu machen, einen hohen Preis zu zahlen. Hierauf verteidigt Balfour seine Belfaster Rede. Da den Männern von Ulster die Bill verhaßt sei, so sei es nicht seine Aufgabe, die Lehre des Nichtwiderstandes zu predigen. In der Vorlage vom Jahre 1886 habe Gladstone sich bemüht, die Grundbesitzer Irlands zu schützen; in der jetzigen Bill sei nichts zum Schutze einer Konfiszirung gethan. Er bekämpfe die Bill auch im Interesse der Majorität. Wenn die Bill zur Annahme gelange, werde das irische Volk im britischen Parlament einen fremden und geschlagenen Körper erblicken. Die Protestanten von Irland seien gegen die Union gewesen; aber jetzt, nach 90 Jahren, verteidigten sie dieselbe. Weshalb solle nicht ein anderer Teil Irlands in einer späteren Generation sich auch mit der Union aussöhnen? „Begeht Ihr aber," so schließt Balfour, „dieses große politische Verbrechen und macht Euch für dieses Nationalunheil verantwortlich, dann ist jede Hoffnung auf ein geeintes friedliches Irland auf ewig geschwunden!"

Der Premier Gladstone ergreift zum Schluß der Verhandlung nochmals das Wort: Die Opposition sei der Bill mit kühnen Behauptungen, starken Uebertreibungen, fortwährenden Mißdeutungen und vielen grundlosen Prophezeiungen entgegengetreten; er aber behaupte, die Bill werde zum erstenmale seit 90 Jahren eine Oberherrschaft des Parlaments einrichten, welche auf Recht begründet sei und auf Macht sich stütze. Die Regierung habe hinlängliche Vorkehrungen getroffen, um alle Zusagen und Verpflichtungen, die das Reichsparlament hinsichtlich der Landfrage eingegangen sei, ein-

zulösen. Werde die Bill verworfen, wie solle dann Irland regiert werden? Lasse es sich denn gegen den Willen einer großen Majorität seines Volkes regieren? Die Politik der vorigen Regierung sei nach sechs Jahren zusammengebrochen; die Politik der jetzigen Regierung werde von Irland angenommen. Er glaube, die Bill werde sich als einer der dauerndsten und segensreichsten Siege der liberalen Partei erweisen. Schließlich wird die Homerulebill in zweiter Lesung mit 347 gegen 304 Stimmen vom Unterhause angenommen.

8. Mai. Das Unterhaus beginnt die Beratung der einzelnen Bestimmungen der Vorlage.

Darling beantragt, daß die Bestimmungen des Paragraphen 1 gelten sollen „ohne die supreme Macht und die Autorität des Reichsparlaments in allen Sachen, sowohl in lokalen als in Sachen des Reiches, und über alle Personen in Großbritannien und Irland in irgend einer Weise zu beeinträchtigen, zu beschränken oder zu verändern." Der Premier Gladstone bekämpft den Antrag, indem er erklärt, es würde dadurch die Suprematie des Reichsparlaments beschränkt, während sie gerade unbeschränkt und auf das Gesamtreich ausgedehnt bleiben müsse. Der Antrag wird abgelehnt, ebenso ein Antrag Churchills auf Vertagung, sodann ein Antrag Balfours auf Vertagung.

10. Mai. Das Unterhaus lehnt einen Antrag Russels, betreffend den Wegfall der zweiten Kammer für Irland, ab.

12. Mai. Auf einen heftigen Angriff Chamberlains erwidert der Premier Gladstone, Chamberlain wisse, seine beste Waffe sei die Zeit. Die Regierung habe alle aufgeworfenen Punkte beantwortet. Die Beibehaltung der irischen Mitglieder sei nicht der ursprüngliche Plan der Regierung gewesen, die nur der Ansicht der Länder in dieser Hinsicht entsprochen habe.

13. Mai. § 1 der Bill, der den Grundsatz der Errichtung einer irischen Legislative in Dublin entscheidet, wird angenommen.

17. Mai. Das Unterhaus genehmigt den zweiten Paragraphen einschließlich des Zusatzes, wonach die oberste Gewalt des Reichsparlaments ungeschmälert bleiben soll.

30. Mai. Zu § 3 beantragt Wolmer einen Zusatz, welcher bezweckt, die irische Legislatur zu verhindern, Beschlüsse über Gegenstände zu fassen, über die sie keine Gesetze soll beschließen können. Der Antrag wird nach längerer Verhandlung mit 259 gegen 239 Stimmen abgelehnt und dieses Zurückgehen der Regierungsmehrheit auf 21 Stimmen von der Opposition mit begeisterten Zurufen begrüßt.

2. Juni. Der liberale Unionist Bryce beantragt einen Zusatz zu § 3, demzufolge der irischen Legislatur die Befugnis entzogen werden solle, Gesetze über das Waffentragen, bewaffnete Verbindungen und Waffenübungen zu geben. Morley bekämpt den Antrag namens der Regierung, macht aber die Zusage, die irische Legislatur und Regierung würden verhindert werden, Gesetze über das Tragen und Benutzen von Waffen für militärische Zwecke oder über Bildung von bewaffneten Verbindungen für militärische Zwecke zu geben. Sexton erinnert dann mit Hinweis auf die Stimmung in Ulster,

daß der irischen Legislatur die Verpflichtung auferlegt werden dürfte, Gesetz und Ordnung aufrecht zu erhalten. Gladstone bezeichnet Sextons Einwand gegen den Antrag als zutreffend; der irischen Legislatur könnte die notwendige Befugnis zur Aufrechthaltung der Ordnung im Lande nicht entzogen werden, aber die Regierung sei gewillt, ihre Befugnisse derartig einzuschränken, daß sie keine Gesetze für Bildung gewissermaßen militärischer Anstalten geben dürfe. Der Antrag Bryces wird verworfen.

6. Juni. Ein Antrag, wonach die irische Legislatur nicht berechtigt sein soll, Gesetze betreffend Verschwörung, Aufruhr, gesetzwidrige Versammlungen und Verbrechen gegen Personen zu erlassen, wird abgelehnt.

7. Juni. Auch ein Antrag auf Weglassung der Worte, die die irische Legislatur verhindern, Gesetze über den irischen Handel oder Quarantänen zu erlassen, wird abgelehnt.

9. Juni. Ein Antrag Whiteleys, wonach die irische Legislatur sich nicht auf Fabriken, Werkstätten und Bergwerke einschließlich der Regulirung der Arbeitsstunden in denselben erstrecken solle, wird verworfen.

13. Juni. Bei Beratung des § 4, durch welchen die Befugnisse der irischen Legislatur bezüglich des Erlasses von Gesetzen beschränkt werden, wird ein Antrag Forsters, daß sich diese Befugnis nicht auf die Bewilligung von Staatsgeldern für gewisse Zwecke erstrecken solle, von Gladstone bekämpft und abgelehnt. Ein Antrag, wonach die irische Legislatur befugt sein sollte, Gesetze über die Dotirung von Konfessionen zu erlassen, wird gleichfalls abgelehnt. Ebenso ein Antrag, wonach die Befugnisse der irischen Legislatur sich nicht auf die Verfügung über das Eigentum für wohlthätige, fromme oder religiöse Zwecke erstrecken sollten.

14. Juni. Mehrere Anträge zum § 4 werden mit Majoritäten, welche zwischen 36 und 38 Stimmen schwanken, abgelehnt. Morley beantragt einen Satz, welcher verhindern soll, daß die irische Legislatur das Eigentum religiöser Körperschaften zu andern Zwecken verwende. Der Antrag wird angenommen.

16. Juni. Es wird ein fernerer Satz des § 4 beraten, welcher dahin geht, daß die Befugnis der irischen Legislatur sich nicht auf den Erlaß von Gesetzen erstrecke, durch die jemand des Lebens, der Freiheit und des Eigentums ohne den gehörigen Rechtsweg beraubt werde, oder durch die ihm ein für alle gleichmäßiger Rechtsschutz vorenthalten oder Privateigentum ohne gerechte Entschädigung weggenommen werden könne. Balfour beantragt, nach den Worten „gehörigen Rechtsweg" folgende Worte einzuschalten: „in Gemäßheit der festgestellten Grundsätze und der Präzedenz gerichtlicher Verhandlungen, die nur durch ein Gesetz des Reichsparlaments abgeändert werden könne." Russell bekundet die Zustimmung der Regierung, wenn der Zusatz unter Berücksichtigung der festgestellten Grundsätze geändert werde. Mit diesem Zugeständnis erklären sich Balfour und Chamberlain einverstanden. Clancy protestirt gegen jede weitere Konzession; die Vorlage bilde in der Fassung, in der sie eingebracht worden sei, das Minimum, daß die Irländer annehmen könnten. Crompton bedauert ebenfalls die Konzessionen; es sei nicht billig, zu erwarten, daß die Anhänger der Regierung solche Anträge unterstützen würden, die die Vorlage schwächen müßten. Sexton sagt, es sei Thorheit, Konzessionen an Leute zu machen, deren Absicht auf die Zerstörung der Vorlage gehe. Dies heiße nicht, das Mandat der Wähler gewissenhaft ausführen. Um eine Stunde Zeit zu gewinnen, setze sich die Regierung der Gefahr aus, sich dem irischen Volke zu entfremden. Im Falle weiterer Konzessionen würde die Vorlage, welche das Minimum darstelle, das Irland annehmen könne,

ihren Zweck verfehlen. M'Cartney glaubt, nach den soeben gehörten Worten müsse die Regierung erwägen, ob sie nicht die Vorlage zurückziehen sollte. Der Antrag wird dann im Sinne Russells angenommen.

29. Juni. Gladstone stellt im Unterhause einen Antrag, der bezweckt, die parlamentarische Redefreiheit zu Gunsten seiner Homerule-Vorlage zu beschränken.

30. Juni. Dieser Antrag wird mit 299 gegen 267 Stimmen angenommen. Dem entsprechend werden die fernern Abstimmungen nicht mehr durch „Hammelsprung," sondern durch Aufstehen und Sitzenbleiben vollzogen, und der Schluß der Verhandlung tritt immer ein, wenn unter Einwilligung des Sprechers 200 Mitglieder ihn verlangen; in Fällen, wo die Minderheit die Zahl von 40 Abgeordneten nicht erreicht, genügen schon 101 Mitglieder, um den Schluß der Debatte zu erzwingen.

4.

Angelegenheiten Irlands.

1. März. Das Unterhaus berät in zweiter Lesung eine Bill folgenden Inhalts:

Alle von den Kommissaren der nationalen Erziehung, von denen sechs Protestanten und sechs Katholiken sind, aufgestellten Vorschriften sollen nach ihr dem Lord-Statthalter unterbreitet werden, der sie genehmigen, verwerfen oder an die Kommission zurückverweisen kann. Diejenigen aber, gegen die von einem oder mehreren der Kommissare Berufung eingelegt wird, sollen vor das Forum des Parlaments gebracht werden, deren jedes sie annulliren kann. Auf diese Weise will die Bill den Vertretern der religiösen Minorität in der Unterrichtsbehörde die Möglichkeit geben, zu verhindern, daß eine den Interessen dieser Minorität feindliche Bestimmung durchgehe.

Die Bill wird mit einer Mehrheit von 81 Stimmen verworfen.

2. März. Im Unterhause beantragt der liberale Unionist Russel die Vertagung des Hauses, um die Aufmerksamkeit auf die gesetzlosen Zustände in der irischen Grafschaft Clare zu lenken. Er behauptet, Leben und Eigentum seien in Clare nicht sichergestellt, es gezieme der Regierung, die Gesetze durch außerordentliche Mittel zur Geltung zu bringen, wenn die gewöhnlichen Mittel sich als unzureichend erweisen. Morley bezeichnet Russels Antrag als untergeschoben und heuchlerisch. Die Regierung werde getadelt, weil sie nicht in sechs Monaten ein Rätsel gelöst habe, das ihre Vorgängerin nicht in sechs Jahren zu lösen vermocht habe. Das Zwangsgesetz habe sich als gänzlich nutzlos erwiesen, die Regierung habe es folglich aufgehoben; aber sie sei sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt. Schließlich wird Russels Antrag verworfen.

23. März. Balfour kündigt im Unterhause folgendes Tadelsvotum gegen das Ministerium an: Das Vorgehen der Exekutive in Irland, die schwere Verbrechen verzeichne und es an der erforderlichen Unterstützung zur Durchführung der Gesetze ermangeln lasse, sei geeignet, das System des Terrorismus und der Einschüchterung, das in Irland geherrscht habe, wieder zu beleben und die Ausführung des Gesetzes verächtlich zu machen.

27. März. Nachdem Balfour den Antrag begründet hat, erklärt Morley, Chefsekretär des Lordleutnants von Irland, falls Balfour unter dem Konkordat mit den irischen Nationalisten das Bestreben der Regierung verstehe, zum erstenmale unterstützt von den Sympathien der Majorität des irischen Volks zu regieren, dann habe sich die Regierung allerdings des Konkordats schuldig gemacht. Die Anklage Balfours sei so schmach, daß die Regierung weder das Votum des Hauses noch das Urteil des Landes zu fürchten brauche. Der Premier Gladstone erklärt, zur Rechtfertigung des Tadelsvotums sei nichts vorgebracht worden; störende Elemente seien als Ergebnis eines 700jährigen Verwaltungssystems noch in Irland vorhanden; die Regierung versuche eben ein System, wonach Irland in demselben Sinne verwaltet werden soll, nach dem die Engländer und Schotten regiert würden. — Der Antrag wird mit 319 gegen 272 Stimmen abgelehnt.

5.

Legislatur für schottische Angelegenheiten.

23. Juni. Im Unterhause beantragt Clark die Errichtung einer schottischen Legislatur für ausschließlich schottische Angelegenheiten. Der Sekretär für Schottland, Trevelyan, erklärt, er halte den Antrag weder für verfrüht noch für unnötig, es sei hohe Zeit, daß die Unzufriedenheit der Schotten über den Zustand der schottischen Geschäfte beachtet werde. Die Regierung werde die nächste Gelegenheit ergreifen, um diesen Zustand zu verbessern. Es sei schwer, gegen „Homerule für Schottland" Argumente zu finden. Die Regierung behandle Clarks Antrag als offne Frage, aber er werde für den Antrag stimmen. Der Antrag wird hierauf mit 168 gegen 150 Stimmen abgelehnt.

6.

Finanzielle Angelegenheiten.

5. März. Im Unterhause beginnt die Beratung von Nachtragskredits bezüglich des Kriegs- und des auswärtigen Ministeriums.

10. März. Hierbei verteidigt der Staatssekretär des Krieges Campbell-Bannermann das Heeressystem Englands und hebt hervor, niemand in England würde daran denken, sich in einen Krieg mit dem Festlande einzulassen; England bedürfe eines Heeres für Indien, für die Kolonien, zur Verteidigung Englands und die kleinen Unternehmungen; er sei bereit, wo sich Mängel im Heere zeigen sollten, solche abzustellen. Hierauf wird ein Antrag, zu erklären, das gegenwärtige System der Militärverwaltung sichre weder die gehörige Sparsamkeit in Friedenszeiten, noch die Wirksamkeit der nationalen Verteidigung, verworfen.

11. März. Der Kriegsminister beantragt den Präsenzstand des Heeres für England und die Kolonien, ausgenommen Indien, mit 154442 Mann festzusetzen. Er habe keine großen Veränderungen vorzuschlagen, das seit zwanzig Jahren bestehende System werde fortgesetzt werden. Das System der Organisirung eines Armeekorps für den auswärtigen Dienst sei aufgegeben, dagegen werde eine Feldstreitmacht von 20 000 Mann stets für einen jener kleinen Kriege bereit gehalten, die England von Zeit zu Zeit zu führen genötigt sei.

20. März. Ein Antrag Labouchères auf Herabsetzung des Nachtragskredits für Spezialmissionen um die 5000 Pfd. Sterling, welche für die Mission Portals nach Uganda ausgesetzt sind, wird vom Unterhause abgelehnt.

24. April. Der Kanzler der Schatzkammer, Harcourt, legt dem Unterhause das Budget vor. Der Ueberschuß des verflossenen Jahres beträgt 20000 Lstr. Nach dem Voranschlag beziffern sich die Ausgaben des laufenden Jahres auf $91^1/_2$ Millionen, die Einnahmen auf $89^9/_{10}$ Millionen.

Zur Deckung des Defizits von $1^1/_2$ Million schlägt Harcourt vor, die Einkommensteuer um einen Penny aufs Pfund zu erhöhen; die Stempelsteuer auf die Uebertragung ausländischer und kolonialer, auf den Inhaber lautender Wertpapiere könne aufgehoben und statt dessen der Stempel auf Schlußnoten von sechs Pences auf einen Schilling erhöht werden. Für den Fall, daß der Vorschlag, die Stempelsteuer aufzuheben, beanstandet werden sollte, so bestehe er nicht darauf, daß das veranschlagte Defizit durch Erhöhung der Einkommensteuer in einen Ueberschuß von 176000 Lstr. verwandelt werde. Harcourt hebt in der Rede, mit der er das Budget einbringt, hervor, das anhaltende Wachsen der Einkommensteuer sei ein unzerstörbares Zeugnis für das starke Steigen des Einkommens und des Kapitals, sowie die schlagendste Antwort auf die Be-

hauptung, daß England durch ein schädliches Handelssystem ruinirt werde. Das Defizit sei nur in geringem Grade auf das ungeheure Anwachsen der Ausgaben zurückzuführen, die keiner Partei besonders zur Last fielen. Die Nation werde reich, und erhöhte Ausgaben würden der jeweiligen Regierung von dem Lande und dem Unterhause aufgezwungen. Obwohl zeitweilig auf den Handelsverhältnissen ein Druck laste, gäbe es keine permanente Abgabe, sondern ein anhaltendes Anwachsen des Wohlstandes und der Hilfsquellen des Landes.

1. Mai. Die Budgetbill wird vom Unterhause in zweiter Lesung angenommen.

7.

Reform der Gemeindeverfassung.

21. März. Die Regierung läßt durch Fowler, Präsidenten des Lokalverwaltungsamts, dem Unterhause einen Gesetzentwurf vorlegen, der bezweckt, die grundlegende Lokal-Governmentsbill durch Einsetzung von Gemeinde- und Kreisausschüssen zu vervollständigen.

Gegenwärtig ist der Ortsgeistliche als Vorsitzender des Kirchenvorstands die wichtigste Person in der Gemeinde. Er ist aber entweder direkt vom Gutsherrn abhängig, dem er in der Mehrzahl der Fälle seine Pfründe verdankt, oder er vertritt dessen politische und soziale Anschauungen. Nicht nur die kleinern Pächter und Arbeiter hängen in ihrem Lebenserwerb vom Großgrundbesitzer ab, sondern auch die Handwerker und Krämer in den Dörfern, da sie in Ermangelung frei verkäuflichen Grundes und Bodens zu dem Gutsherrn im Verhältnis von Mietern stehen. Unter solchen Verhältnissen blieb für die Entwicklung einer freien Selbstverwaltung innerhalb der Gemeinde wenig Raum, und es wird diese wirtschaftliche und politische Abhängigkeit vom Grundbesitzer und dem mit ihm verbündeten Ortspfarrer von den untern ländlichen Klassen mit Murren ertragen. Die Aenderungsvorschläge der Regierung gehen nun dahin: An die Stelle des Kirchenvorstands tritt die Gemeindeversammlung und der Gemeindeausschuß. Die Versammlung wird von allen Parlamentswählern sowie allen zu den Ortsabgaben herangezogenen männlichen oder weiblichen Grafschaftswählern der Gemeinde gebildet. Sie hat sich mindestens viermal jährlich in der Gemeindeschule zu versammeln, nicht, wie es der bisherige Kirchen- und Gemeindevorstand manchmal that, einmal gegen Ostern in der Pfarrstube. Diese Versammlung wählt alljährlich den je nach der Bevölkerungszahl aus fünf bis fünfzehn Mitgliedern bestehenden Gemeindeausschuß, der sich selbst seinen Vorsitzenden zu ernennen hat. Dieser Ausschuß leitet die Verwaltung der Gemeinde, darf bis zu einer gewissen Höhe Gemeindeabgaben erheben, überwacht die nicht kirchlichen milden Stiftungen und besitzt das Recht, den Verkauf von Land behufs Parzellenverteilung und Erwerbs von Kleingütern vom Gutsherrn zu erzwingen. Als Bindeglied zwischen den Gemeinden und den Grafschaftsräten sollen Distriktsräte geschaffen werden. Die Distrikte werden räumlich mit den gegenwärtigen Poor Law Unions (etwa Kreisarmenverbänden) zusammenfallen, aber die Councils, die von denselben Wählern wie die Gemeindeausschüsse, jedoch auf die Dauer von drei Jahren gewählt werden, sollen außer der Armenpflege unter andern Befugnissen auch die Ueberwachung der Wegebauten und der Gesundheitspolizei übertragen erhalten, welche Ob-

liegenheiten jetzt von wieder andern, aber nicht minder dem Willen der wohlhabenden Klassen unterthänigen Behörden besorgt werden. — Der Entwurf leitet eine große politische und soziale Umwälzung ein.

8.

Haftpflicht der Arbeitgeber.

20. Februar. Der Staatssekretär des Innern, **Asquith**, bringt im Unterhause einen Gesetzentwurf ein über die Haftpflicht der Arbeitgeber. Der Entwurf bezweckt: 1. Die Doktrin der „gemeinsamen Beschäftigung und Verantwortung" abzuschaffen, 2. den Arbeitgeber zu verhindern, durch gewisse Klauseln im Arbeitskontrakt seine Haftpflicht zu umgehen; 3. die Erzielung der Entschädigung zu vereinfachen.

Zur Begründung des ersten Punkts bemerkt Asquith: Nach dem gemeinen Recht ist der Arbeitgeber den von ihm Beschäftigten sowohl in England als in Schottland für Unfälle, die durch seine eigene Nachlässigkeit ihnen zugefügt worden, haftbar, und nach einer jüngsten Entscheidung des Oberhauses heißt Nachlässigkeit des Arbeitgebers hier nicht nur persönliche Sorglosigkeit im engern Sinne, sondern auch Sorglosigkeit in der Auswahl der Maschinen, der Arbeiter und Nichtanwendung der geeigneten Arbeitsordnung. Infolge des Wachstums und der Ausdehnung der Betriebe wurde es nun dem verunglückten Arbeiter schwer, die Haftpflicht seines Patrons zu beweisen, da es ihm nicht leicht möglich war, seinen Unfall aus der persönlichen Nachlässigkeit des Fabrikanten, auch im weitern Sinn gefaßt, herzuleiten. Daher riefen die Arbeiter zu ihrem Schutze ein andres Rechtsprinzip an: Der Fabrikant sei auch für das Verhalten seiner Stellvertreter und seiner Angestellten innerhalb ihres Berufskreises verantwortlich. Die Gerichtshöfe aber nehmen in Zweifelsfällen an, daß der Arbeiter stillschweigend einen Kontrakt eingehe, kraft dessen er die während seiner Thätigkeit vorkommenden Unfälle seiner Genossen mit diesen gemeinsam zu verantworten habe, d. h. der Fabrikant, Minenbesitzer u. s. w. war fast in jedem Falle von vornherein entschuldigt, während zur Entschädigung der gemeinste Arbeiter herbeigezogen wurde. Diese richterliche Entscheidung bestimmte von jetzt an diesen Punkt des Arbeitsverhältnisses. Demgegenüber setzt die neue Bill fest: Wo jemand auf seine Verantwortlichkeit hin Triebkräfte in Bewegung setzt, die für andre Lebensgefahr bedingen, da muß er für die möglichen Folgen einstehen. Dieser Satz erleidet aber die folgende Beschränkung: Es steht dem Arbeitgeber offen, den Einwurf zu erheben, daß der Arbeiter durch seine Nachlässigkeit teilweise Urheber des Unfalls sei, da es nicht anginge, den Fabrikanten haftpflichtig zu machen, wenn aus der Nachlässigkeit oder Unterlassung des Arbeiters der Schaden sich erklären läßt.

26. April. Die Bill wird in zweiter Lesung angenommen.

9.

Suspensorische Bill.

24. Februar. Das Unterhaus nimmt in erster Lesung die sogenannte Suspensorische Bill an, die als der erste Schritt zur Entstaatlichung der Kirche in Wales angesehen wird.

Die Bill bestimmt, daß mit Bezug auf alle Ernennungen durch die Krone oder irgend ein andres öffentliches Patronat für Aemter in der Kirche von Wales nach der Annahme der Bill die Festsetzung der Einkünfte dem Parlament zusteht, und verbietet die Neuschaffung neuer geistlicher Kirchenämter in Wales und Monmouthshire.

10.

Auswärtige Angelegenheiten.

9. März. Im Unterhause erklärt der Parlamentssekretär des Auswärtigen, Grey, es sei die Aufmerksamkeit der Regierung auf ein Dekret des Königs Leopold von Belgien gelenkt worden, der als Souverän des Kongostaates unterm 30. Oktober 1892, außer dem vom Staate betriebenen Handel, jeden Handel in Gummi elasticum mit Eingeborenen in gewissen Distrikten untersagt habe. Es sei zweifelhaft, ob und wie weit die Doktrin über Staatsdomänen in Afrika mit dem durch die Berliner Kongoakte in der Zone errichteten Freihandel zu vereinbaren sei, die Regierung habe daher gegen dieses Dekret nicht protestirt, jedoch hinsichtlich der bezüglichen Politik des Kongostaates Erkundigungen eingezogen, und es sei möglich, daß das Dekret demnächst geändert werde.

6. April. Der Parlamentssekretär Buxton erklärt auf eine Anfrage, daß das zwischen Deutschland, England und den Vereinigten Staaten in Berlin getroffne Abkommen über die Verwaltung von Samoa noch in Kraft bestehe.

18. April. Der Kriegsminister Campbell-Bannermann teilt im Unterhause mit, nach den neuesten Berichten befänden sich 5637 Mann englische Truppen in Aegypten. Ihm sei nichts davon bekannt, daß Feldverschanzungen oder befestigte Kasernen in Aegypten gebaut würden. Aber die verfallenen Verteidigungswerke würden ausgebessert, und an den Wällen von Kairo werde gearbeitet.

20. April. Der Parlamentssekretär Grey erklärt, der Erzbischof Khrimian werde in Jerusalem zurückgehalten, bis ein Abkommen hinsichtlich seiner Annahme der russischen Nationalität, welche die Pforte beanstande, getroffen sein würde. Die Angelegenheit

scheine nicht unter den Artikel 62 des Berliner Vertrages, welcher sich auf die religiösen Körperschaften innerhalb des ottomanischen Reiches beziehe, zu fallen. Die Regierung beabsichtige daher nicht, Vorstellungen bei der Pforte zu erheben.

1. Mai. Der Premier Gladstone giebt im Unterhause auf eine Anfrage Dilkes bezüglich der ägyptischen Politik folgende Erklärung ab:

Die Regierung weiche nicht ab von der Erklärung aller Parteien, daß die Besetzung von Aegypten eine Last und eine Schwierigkeit, unter gewissen Fällen ein Risiko für England sei, daß eine ständige Besetzung Aegyptens nicht die überlieferte Politik Englands bilde, daß dieselbe nicht Englands Zusagen an die Türkei entspreche und dem europäischen Rechte zuwiderlaufe. England wäre völlig im Rechte, eine Konferenz der europäischen Mächte mit der Türkei zu berufen, um ihr den Antrag auf ein neues Abkommen vorzulegen, wonach Aegypten, wenn nicht dauernd, so doch ohne Zeitbeschränkung unter Vormundschaft bleiben müsse, wenn es wirklich Englands Ansicht wäre, daß die veränderten Umstände und die großen Segnungen seiner Einmischung dies veranlassen. Dies könnte England unter Wahrung seiner vollkommenen Ehre thun. Was England aber nicht mit Ehren thun könne, das sei die Ableugnung von Verpflichtungen, welche die Idee einer unendlichen Besetzung Aegyptens ausschließen, oder die unendliche Besetzung so zu deuten und die Verpflichtungen durch Nebenrücksichten so zu verringern, daß England thatsächlich überhaupt davon befreit werde. Frankreich habe kein besonderes Recht, in diese Angelegenheit sich einzumischen; die Rechte desselben seien nicht verschieden von denen andrer Mächte. England müsse bedenken, daß es vielfachen Meinungsaustausch mit Frankreich zu pflegen habe. Ungestüm von jeder Anerkennung des besondern Anteils, welchen Frankreich an den ägyptischen Unterhandlungen genommen habe, zurückzutreten, würde nicht ganz mit Englands freundlichen Beziehungen zu Frankreich zu vereinbaren, auch an und für sich kein politischer Schritt sein. Die Regierung habe keine wichtigen Schritte gethan, die Möglichkeit einer entscheidenden Handlung näher zu rücken. Frankreich habe zwar Eröffnungen gemacht, auf welche die Regierung freundlich geantwortet habe, aber England könne auf diese Frage nicht eingehen, ohne die ägyptischen Ereignisse vom Monat Januar in Betracht zu ziehen. Ein gewisser mäßiger Zeitraum müsse gestattet werden, ehe man sagen könne, daß die normale Lage zurückgekehrt sei, in der England in Aegypten zum verstorbenen Khedive gestanden habe und, wie er zweifellos Grund habe zu glauben, auch mit dem jetzigen Khedive stehen werde. Der jetzige ägyptische Premier habe eine gesunde Ansicht über die Lage; die Regierung dürfe von ihm und dem Khedive solche Beziehungen erwarten, die die englische Regierung in den Stand setzen würden, ihre Pflicht zu erfüllen. Diese müsse aber vorsichtig sein und jedes Vorgehen und jede Sprache vermeiden, die die Lage verwickeln könnten.

2. Mai. Im Unterhause erklärt der Parlamentssekretär Grey: Bei den Unterhandlungen mit Rußland über die Pamirfrage werde England die berechtigten Interessen Chinas und Afghanistans berücksichtigen, aber gleichzeitig seine eignen schwerwiegenden Interessen wahren. Es fänden freundschaftliche Verhandlungen mit Rußland statt, das versichert habe, daß das russische Detachement im Pamirgebiete angewiesen sei, keine aktiven Operationen vorzunehmen, und

daß während der Unterhandlungen in diesem Jahre keine Expedition nach dem Pamirgebiete abgehen solle. Es sei jede Aussicht auf eine befriedigende Lösung der Pamirfrage vorhanden.

1. Juni. Im Unterhause erklärt Grey, es läge nicht im staatlichen Interesse, irgend eine Korrespondenz, die in früheren Jahren über den Dreibund gepflogen worden sei, zu veröffentlichen, und es sei keine dem Hause unbekannte Zusage hinsichtlich einer Verwendung britischer Streitkräfte gemacht worden. Auf eine weitere Anfrage giebt Grey die Erklärung ab, er halte es nicht für wünschenswert, von der französischen Regierung über ihr Vorgehen am Mekong Erklärungen zu verlangen, Frankreich habe auch solche bisher nicht angeboten. Bis jetzt hätten die Franzosen noch nicht klar angedeutet, welches Gebiet östlich vom Mekong sie beanspruchten. Im gegenwärtigen Stadium der Frage könne die Regierung nicht sagen, welche Wirkung Frankreichs Vorgehen auf Siams politische oder kommerzielle Unabhängigkeit haben könne.

6. Juni. Im Oberhause bringt der Staatssekretär des Auswärtigen, Earl of Roseberry, eine Bill ein, betreffend die Ausführung eines zeitweiligen Abkommens mit Rußland über den Robbenfang an der russischen Küste des Beringsmeeres. Die erste Lesung der Vorlage wird angenommen.

16. Juni. Im Unterhause bringt Cremer einen Antrag ein, der der Genugthuung darüber Ausdruck giebt, daß der Kongreß der Vereinigten Staaten zu dem Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages mit einem andern Staate, der dazu bereit ist, seine Ermächtigung erteilt habe, und die Hoffnung ausspricht, daß die Regierung von Großbritannien die erste Gelegenheit ergreifen werde, um über einen solchen Vertrag mit den Vereinigten Staaten in Verhandlung zu treten. Gladstone erklärt, der Militarismus sei ein fürchterlicher Fluch für die Zivilisation, und es sei eine noch ungelöste Frage, ob derselbe den Krieg verhindere oder fördere. Während sechzig Jahren habe England vierzehn Fragen einem Schiedsspruch unterworfen, und nur drei oder vier dieser Fragen seien zu Gunsten Englands entschieden worden. Er hoffe, daß in nicht ferner Zeit ein Schiedsgerichtsvertrag mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen werden könne. Die Schwierigkeit liege in dem verwickelten Zustande der Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten Europas. Der Antrag Cremers sei in der vorgeschlagenen Form unannehmbar. Er möchte an Stelle desselben folgenden Antrag setzen: Das Haus habe mit Genugthuung erfahren, daß der Kongreß der Vereinigten Staaten den Präsidenten ermächtigt habe, von Zeit zu Zeit bei sich bietender Gelegenheit andre Regierungen aufzufordern,

streitige Fragen einem Schiedsspruch zu unterbreiten. Das Unterhaus sei mit dem in Aussicht genommenen Zweck einverstanden und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die englische Regierung bereitwillig der Regierung der Vereinigten Staaten die Mitwirkung auf dieser Grundlage gewähren werde. Formelle Erklärungen zu Gunsten der Schiedsgerichte förderten den Frieden. England habe auch versucht, die Errichtung eines Zentralrates der Großmächte herbeizuführen, in dem sich die rivalisirenden Selbstinteressen der verschiedenen Mächte aufheben dürften. England sollte sein Möglichstes zur Einführung von Schiedsgerichten thun, aber der wahre Weg zur Förderung des Friedens sei eine gerechte, mäßige und rationelle Veranschlagung der englischen Ansprüche. Hierauf zieht Cremer seinen Antrag zu Gunsten des von Gladstone formulirten Antrages zurück.

27. Juni. Der Parlamentssekretär des Auswärtigen, Grey, sagt im Unterhause, es bestehe kein Uebereinkommen, das den deutschen Beamten in Südwestafrika gestatte, Waffen und Munition durch das Gebiet der Walfischbai nach dem Innern zu transportiren. Die deutschen Truppen, die mit der Aufrechterhaltung der Ordnung in dem Schutzgebiet betraut seien, müßten infolge des Charakters der Küste Waffen und Munition gewöhnlich in der Walfischbai an Land bringen. So oft sich eine solche Landung notwendig mache, suche die deutsche Regierung die Erlaubnis hierzu nach, und diese Erlaubnis würde als Sache internationaler Höflichkeit stets gewährt.

II.

Verhältnisse Irlands.

13. Februar. Nach Veröffentlichung von Gladstones Rede im Unterhause für Homerule entstehen zu Belfast in der meist von englischen Kolonisten bewohnten irischen Provinz Ulster Unruhen.

14. Februar. In einer liberal-unionistischen Versammlung in Belfast erklärt sich der Herzog von Devonshire gegen die Homerule-Bill. Sie beseitige keinen der Einwände gegen die Bill des Jahres 1886, weil weder die Aufrechterhaltung der Obergewalt des Reichsparlaments noch der Schutz für die loyale Minderheit in Ulster gesichert sei. Selbst wenn die Vorlage die dritte Lesung im Unterhause erleben sollte, würde sie vom jetzigen Parlament sicherlich nicht angenommen werden. Ein weiterer Appell an die Wähler würde er-

forderlich sein, ehe sie Gesetz werden könnte, aber wie im Jahre 1886 würde sich das Land dagegen erklären.

18. Februar. In einigen Kirchen zu Belfast wird von den Geistlichen in ihren Predigten auf die Homerule-Bill Bezug genommen und ein zu diesem Zwecke verfaßtes Gebet, in dem die Vorsehung angegangen wird, die Homerule-Bill von dem Volke abzuwenden, verlesen.

1. März. In der Gegend von Limerick kommt es zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und den bei der Entlassung von Pächtern sich widersetzenden Zuschauern. Die Pächter hatten die Pachtzahlung, obwohl mit reichlichen Mitteln versehen, verweigert.

2. März. In Belfast findet eine große Kundgebung statt, bei der Bilder Gladstones und Morleys verbrannt werden. Später wird eine große Versammlung abgehalten, die erklärt, daß die Loyalisten dem Parlament in Dublin keinen Gehorsam leisten und keine Steuern zahlen würden.

8. März. In einer Versammlung der konservativen Partei in London erklärt Lord Salisbury, der den Vorsitz führt, daß die dem Parlament angehörenden Konservativen absolut nichts verabsäumen dürften, um die Ablehnung der irischen Homerule-Bill zu sichern, ohne sich um den Vorwurf der Obstruktion zu kümmern, den ihnen die Regierung etwa machen könnte. Balfour und andre hervorragende Persönlichkeiten äußern sich ähnlich.

10. März. Salisbury, Balfour und Lord Churchill empfangen in London eine zahlreiche Abordnung von Vertretern der hervorragendsten Handelsinteressen Irlands, unter ihnen den Gouverneur und zwei Direktoren der Bank von Irland, die Direktoren der Eisenbahnen und der Handelskammern. Der Führer verliest eine Adresse, in der nachgewiesen wird, daß die Annahme der Homerule-Bill den wachsenden Wohlstand Irlands vernichten würde. Der Direktor der „Great Northern Railway“ in Irland hebt hervor, daß der Wert der Eisenbahnaktien während der letzten Wochen um eine halbe Million Pfund Sterling gesunken sei. Salisbury giebt in der Erwiderung seiner aufrichtigen Sympathie Ausdruck und rät, nur den Mut nicht sinken zu lassen; es lägen günstige Anzeichen vor, daß die öffentliche Bewegung gegen Homerule in England im Wachsen sei. Balfour fügt hinzu, Homerule würde für Irland den Bankerott im Gefolge haben.

16. März. Der Herzog von Abercorn, Lord Londonderry, Lord Erne, Oberst Saunderson, der Lordmayor von Belfast und

viele andre namhafte irische Loyalisten erlassen einen Aufruf zur Gründung eines Verteidigungsbundes gegen die Gladstoneschen Homeruleprojekte. Ihre Vorschläge gegen dahin, daß durch allgemeine Wahlen eine Versammlung von 600 Delegirten hergestellt werden soll, die einen Ausführungsausschuß von vierzig Mitgliedern zu wählen hätten. Dieser soll ständig versammelt bleiben, um jeden Augenblick die nötigen Maßregeln zur Abwehr der durch Gladstone drohenden Gefahr anordnen zu können.

28. März. Balfour erwidert einer Abordnung aus Belfast, er teile die Ansicht, daß die Durchführung von Homerule beklagenswerte wirtschaftliche und politische Folgen haben würde. Eine Regierung, die rücksichtslos den Frieden eines gedeihlichen Gemeinwesens gefährde, lade sich eine sehr schwere Verantwortlichkeit auf. Hoffentlich würde die unter der loyalen Bevölkerung Ulsters erweckte Entrüstung in gehörigen Schranken gehalten werden, denn der Tag sei noch sehr fern, an dem die ungeheuerliche Homerulevorlage die königliche Genehmigung erhalten dürfte. England habe sich gegen Homerule erklärt und werde Ulster nicht im Stich lassen. Keine Anstrengungen würden gescheut werden, um die Bande zwischen England und den Loyalisten Irlands fester zu knüpfen.

2. April. Balfour wird in Belfast mit ungeheuerm Jubel empfangen. 120 000 Mann ziehen in einem vier Stunden langen Zuge vor ihm vorbei. Die Homerule-Bill wird öffentlich verbrannt.

4.—6. April. Balfour hält in Belfast und Dublin Reden gegen Homerule. Aehnliche Reden halten gleichzeitig Goschen in Glasgow und New-Castle, der Herzog von Devonshire in Bristol, Lord Churchill in Liverpool und James in Bury.

15. April. Der Herzog von Devonshire sagt in einer Rede zu Dalkeith, Ulster habe Recht, der Auferlegung von Homerule gewaltsamen Widerstand zu leisten, wenn es sich stark genug dazu fühle. Selbst auf Kosten eines Bürgerkriegs sollte die Herstellung einer irischen Sonderverwaltung abgewendet werden.

22. April. Eine Versammlung in London, an der 600 Männer aus Ulster und viele aus andern Teilen Irlands teilnehmen, beschließt unter Vorsitz des Lord Abercorn Erklärungen gegen die Homerulevorlage.

25. April. In Belfast finden wiederum Unruhen statt.

27. April. Ein englischer Arbeiter macht einen unschädlichen Mordanfall auf Gladstone. Man findet beim Mörder ein Taschenbuch mit Worten gegen die Homerule-Bill. Er beabsichtigte, Gladstone am Nachmittage der zweiten Lesung dieser Bill zu ermorden.

21. Mai. Im Londoner Hydepark findet eine große Kundgebung für Homerule statt. Es wird eine Erklärung beschlossen, die Gladstone Unterstützung verheißt in seinem Bestreben, die lange traurige Fehde zwischen den Völkern Englands und Irlands zu endigen, zugleich wird der Widerstand der Torypartei verdammt und mit Befriedigung der bevorstehende Streit zwischen dem Volke und der Pairskammer begrüßt.

23. Mai. Lord Salisbury trifft in Belfast ein, wo ihm von fast der ganzen Bevölkerung ein hoch begeisterter Empfang bereitet wird. In seiner Beantwortung einiger ihm überreichter Begrüßungsadressen betont er die Notwendigkeit entschlossenen Widerstandes seitens der Provinz Ulster gegen die vorgeschlagne Trennung Irlands vom übrigen Königreiche; er betrachte den ihm bereiteten Willkommen als Pfand, daß Ulster sein Aeußerstes thun werde, um solche Trennung zu verhindern. England würde niederträchtig handeln, wenn es Ulster, das einst für Englands Sache gekämpft, seinen Feinden überlieferte.

24. Mai. Lord Salisbury erklärt zu Belfast in seiner Erwiderung auf eine Bewillkommnungsansprache, daß die im Parlament vorgebrachten Aenderungsanträge zur Homerule-Bill, die die Oberstellung des Reichsparlaments in Irland und das Veto der Krone festsetzten, gar keinen Schutz gegen eine Regierung gewährten, die von den Parteigängern der Erzbischöfe Walsh und Healy geleitet würde. Er empfiehlt Mäßigung und ermahnt, sich jeder Gewaltthätigkeit zu enthalten. Sodann führt er aus, die Homerule-Bill sei das Werk Gladstones allein, nicht das Resultat der öffentlichen Meinung, die Stellung des Oberhauses sei uneinnehmbar; das Oberhaus, das die Meinung Englands und Ulsters darstelle, würde niemals vor Drohungen zurückweichen.

12. Juni. Bei einer in Süd-London abgehaltenen großen Kundgebung gegen Homerule hält Lord Salisbury eine Rede, in der er ausführt, die Gewährung der Selbstverwaltung an Irland würde nicht allein die innern Einrichtungen Englands, sondern auch dessen äußere diplomatische und militärische Größe gefährden. Die Neuerung würde die transatlantische Zufuhr von Brotstoffen erschweren und jeder Seemacht, mit der England Krieg führen würde, ungeheure Vorteile gewähren. Diese Gefahren würden unzweifelhaft heraufbeschworen werden, wenn die rosigen Anschauungen über den irischen Charakter zur Geltung gelangen sollten. Wenn die Irländer, wie behauptet werde, Engel wären, dann wäre allerdings nichts zu befürchten; aber wenn sie gewöhnliche Menschen seien, dann laufe man eine furchtbare Gefahr. Die Lebensfähigkeit des briti-

schen Reichs stehe auf dem Spiele, aber allem Anschein nach werde bei ungeschwächter Ausdauer der Unionisten über kurz oder lang der Ausgang der großen Schlacht entschieden und dieser hirnverbrannte, schimpfliche Homeruletraum vergessen sein.

III.

Katholische Angelegenheiten.

12. April. Der Lordmayor von London giebt ein Bankett zu Ehren des Kardinals Vaughan, dem die katholischen Bischöfe Englands, die Häupter des katholischen Klerus und zahlreiche hervorragende englische Katholiken, darunter der Herzog von Norfolk, insgesamt etwa dreihundert Personen, beiwohnen. Der Lordmayor bringt einen mit großem Beifall aufgenommenen Toast auf den Papst und dann erst auf die Königin aus.

14. April. Nach den Aeußerungen in einem großen Teil der Presse hat dieser Toast in vielen Kreisen sehr verdrossen. Der Lordmayor wird im City-Gemeinderate wegen dieses Toastes stark angegriffen.

9. Mai. Die Aldermankammer der City beschäftigt sich mit diesem Toast. Es liegen hierzu zwei Bittschriften mit zahlreichen Unterschriften vor, die gegen den Toast als einen Mangel an Loyalität gegenüber der Königin protestiren. Die Kammer nimmt die Petitionen zustimmend entgegen. Der Lordmayor verwahrt sich in seiner Erwiderung gegen die in den Petitionen gezogenen Folgerungen; er habe niemals die Idee gehabt, irgend jemanden, wer es auch sei, in Bezug auf weltliche Macht und zivile Gewalt höher stellen zu wollen als die Königin. Er bedauere es, wenn die irrtümliche Auslegung einiger seiner Ausdrücke seinen Kollegen peinlich gewesen sei.

20. Mai. Kardinal Vaughan und die ihm unterstellten vierzehn Bischöfe erlassen einen Hirtenbrief, in welchem sie die Katholiken Englands zu einer kirchlichen Feier einladen, bei der, im Anschluß an die Anrede Leos XIII. an seine „Getreuen von den Inseln des Nordmeers," ganz England der heiligen Jungfrau geweiht und das englische Volk wieder, wie im Mittelalter, unter die „Schutzherrlichkeit des heiligen Petrus" gestellt werden soll. In dem Hirtenbrief wird hervorgehoben, daß England vor den „Zeiten des Abfalls" sich den ehrenvollen Titel einer „Mitgift der Maria" erworben habe, und daß von den damaligen Eng-

ländern dem heiligen Petrus als „Hauptpatron“ des Königreichs ein besondrer Kultus gewidmet worden sei, wie dies schon aus den zahlreichen ihm geweihten Kathedralen in Westminster, Winchester, Exeter, Bath, Worcester hervorgehe.

29. Juni. Die Feierlichkeit in Brompton findet unter großem Pomp statt. In dem Huldigungseide, welchen der Kardinal an den heiligen Petrus richtet, heißt es:

O gebenedeiter Apostelfürst! Stellvertreter Christi! Hort der ganzen Herde, Fels, auf dem die Kirche gebaut ist! Wir danken dir, der du im Zeitalter des Glaubens unser Land mit dir und dem heiligen Stuhle in Rom verbandest. Wir wünschen, den Eifer, die Andacht und die Liebe der alten Tage wiederzuerwecken. Wir widmen dir inbrünstig und liebend unser Land, soweit wir dies können. Wir bieten dir unsre Huldigung. Wir erneuern unsre Ergebenheit gegenüber dem Papst, deinem Nachfolger, der den heiligen Stuhl einnimmt.

In seinem Gebete zur Jungfrau Maria sagt der Kardinal: „Demütig bieten wir dir unser Land an; es war einst dein, ehe es des Glaubens beraubt wurde; möge dein Gebet es zum alten Glauben zurückbringen!“

IV.

Ostindien.

26. Juni. Die indische Regierung unternimmt einen entscheidenden Schritt in der Währungsfrage, zu welchem sie auf Grund der Vorschläge des unter dem Vorsitz von Lord Herschell tagenden Ausschusses vor einigen Wochen von der englischen Regierung ermächtigt worden war; sie ordnet nämlich die Schließung der indischen Münzstätten für die freie Silberprägung an, weil zwingende Gründe vorlagen, den Haushalt der indischen Regierung unabhängig von den fortwährenden Schwankungen des Silberpreises zu machen.

Infolge dieser Maßregel kann die indische Bevölkerung ihre Vorräte an ungeprägten Silber nicht mehr zum vollen Werte (abzüglich der geringen Prägungskosten) in Rupien umsetzen, ferner wird die Ausfuhr Indiens nach den weiter östlich gelegenen Silberländern beeinträchtigt, und die Ausfuhr indischer Bodenerzeugnisse nach Goldländern wird nicht mehr in dem Maße angestachelt, wie dies in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren der Fall war.

V.

Die königliche Familie.

20. März bis 26. April. Die Königin Viktoria nimmt mit dem Prinzen und der Prinzessin Beatrice von Battenberg Aufenthalt in Florenz.

3. Mai. Die Verlobung des Herzogs Georg von York, Sohnes des Prinzen von Wales, mit der Prinzessin Mary von Teck, früheren Braut des verstorbenen Herzogs von Clarence, ältesten Sohnes des Prinzen von Wales, wird amtlich bekannt gemacht.

10. Mai. Die Königin eröffnet das „Imperial Institute" in London, in dem alle Naturerzeugnisse der angelsächsischen und der indischen Staaten vereinigt werden sollen.

14. Mai. Prinz Georg, Herzog von Cumberland, legt die von ihm seit 1856 bekleidete Stelle eines Oberbefehlshabers des britischen Heeres nieder.

30. Juni. Der König und die Königin von Dänemark treffen in London ein, um an den Festlichkeiten zur Vermählung des Herzogs von York teilzunehmen.

Italien.

I.

Das Parlament. Erster Teil der Session.

1.

Ueber die Zettelbanken.

25. Januar. Bei Wiedereröffnung der vertagt gewesenen Deputirtenkammer ergreift der Ministerpräsident Giolitti das Wort, um Aufschluß zu geben über die bei mehreren Zettelbanken vorgekommenen Unregelmäßigkeiten, über die das Publikum in große Aufregung geraten war, seitdem im Anfange Dezembers 1892 bei Beratung der Gesetzvorlage über die dreimonatige Verlängerung des Zettelbankprivilegs in der Deputirtenkammer eine Menge schwerer Beschuldigungen gegen die Geschäftsführung der „Banca Romana" von seiten der Abgeordneten Colajanni und Gavazzi vorgebracht war. Es liegen sieben Anfragen über diese Sache vor, auf die Giolitti unter großer Spannung folgendes antwortet:

Die Kammer weiß, daß ich am 10. Dezember bei Erörterung der Vorlage über die dreimonatliche Verlängerung des Zettelprivilegiums den Entschluß der Regierung, die Lage der Zettelbanken einer strengen, erschöpfenden Untersuchung zu unterziehen, verkündigte. Seither wurde ein Untersuchungsausschuß eingesetzt und mit allen Machtmitteln ausgestattet, die der Regierung zur Verfügung stehen. Die Aufgabe, die dem Ausschusse gestellt wurde, lautet aber einfach dahin, daß nichts als die Wahrheit an den Tag kommen möge. Ich fügte die Empfehlung hinzu, daß jeder Möglichkeit einer Ueberraschung oder gar eines Betrugs vorzubeugen sei und die Untersuchung bei allen Banken zur selben Stunde begonnen werde. Die Folge war, daß in der römischen Zweiganstalt der Banca di Napoli mit dem ersten Tage schon ein Kassenabgang von $2^1/_2$ Millionen festgestellt, in der Verwaltung der Banca Romana unglaublich schwere Unregelmäßigkeiten entdeckt wurden. Die gesetzliche Grenze des Zettelumlaufs war um 65 Millionen überschritten worden. Wir standen vor der Gefahr, das Vertrauen im Lande in dem wichtigsten Zweige der öffentlichen Wirtschaft mit einem Male schwinden zu sehen. Der Staat konnte sich zur Zahlung einer so hohen Summe nicht verpflichten; es blieb also der Regierung nichts übrig, als die übrigen Zettelbanken zur Uebernahme derselben derart aufzufordern, daß sie, zu einer einzigen Bank vereinigt, nebst dem ihrigen auch das Zettelprivilegium der Banca Romana auf eine längere Reihe von Jahren würden verwalten können. Vorerst muß jedoch die eingeleitete Untersuchung mit Gewissenhaftigkeit zu Ende geführt werden; was bisher geschehen, ist bekannt. Die zwei Hauptverwalter der Banca Romana wurden unter dem Verdachte des Betrugs, der Veruntreuung und Fälschung vor Gericht geladen und verhaftet. Wir haben unsre Pflicht gethan und werden sie auch thun, was immer geschehen möge.

Darauf ergreift der frühere Ministerpräsident Marchese di Rudini das Wort. Er beginnt mit Worten des Dankes für die Regierung, die die Untersuchung anzuordnen den Mut hatte. Doch das Land werde sich damit nicht begnügen, sondern es verlange zu wissen, wie sich alle frühern Ministerien zu der Frage verhielten, alle, das seine nicht ausgenommen. Was jetzt ans Licht komme, sei die Frucht langjähriger Sünden eines Systems, das vernichtet werden müsse. Er bitte darum die Regierung, die parlamentarische Untersuchung nicht abzulehnen. Sie dränge sich von selber auf und werde von keiner menschlichen Macht hintangehalten werden können. Die giftigsten Verleumdungen schwirrten umher. Niemand, auch nicht die makellosesten Männer, seien vor ihnen sicher. Die Gerichte stellten nur die materielle Verantwortung der Angeklagten fest, hier aber handle es sich um etwas mehr, als um die grobe Schuld eines Betrügers oder Diebes. Er handle sich um die sittliche Reinheit von Männern, die im politischen Leben stehen, und um das Volk selbst, dessen Autoritätsglauben nicht ungestraft erschüttert werden könne, um die Wiederaufrichtung der politischen Tugend und Sittlichkeit. Giolitti: Ich bitte, sich nicht von gewissen verderblichen Strömungen fortreißen zu lassen. Wüßte Vorredner, welches Ziel der gerichtlichen Aktion gesteckt wurde, er würde auf seinen Antrag gewiß verzichten. De Bernardis, Barzilai und Odescalchi schließen

sich dem Antrage auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchung an. Odescalchi fragt, ob es wahr sei, daß der Abgeordnete Narducci bei einem Vermögen von 200000 Francs bei der Banca Romana einen Kredit von $5^1/_2$ Millionen genossen habe. Hierauf begründet Bovio seine Anfrage über die Bankpolitik. Die Regierungsluft sei mit Verdächtigungen geschwängert und das Parlament den schwersten Anklagen ausgesetzt. „Das Wort Parlamentarismus hat in der öffentlichen Meinung die Bedeutung einer Schmähung angenommen. Eine Untersuchung thut also not. Es heißt, daß die Bank der Regierung Mittel zu Wahlzwecken zur Verfügung stellte und die Regierung dafür Herrn Tanlongo, dem Gouverneur der »Banca Romana,« die Pforten des Senats erschließen wollte; es heißt, daß gewisse Abgeordnete und deren Hintermänner Wechsel eskomptiren konnten, die natürlich nicht bezahlt und notleidend wurden. Bei den letzten Wahlen wurden jedenfalls große Geldsummen verschleudert; aus welcher Quelle flossen sie? In dreißig Jahren der Freiheit haben wir Sünden auf Sünden gehäuft. Denken wir an die Abrechnung! Das Volk ist großmütig und verzeiht gerne. Sieht es aber, daß diejenigen, denen es vertraut hat, ihren politischen Beruf zu eigennützigen Zwecken mißbrauchen, dann wehe den Schuldigen.“ Costa von der Rechten spricht für parlamentarische Untersuchung. Colajanni sagt, er werde die ihm bekannten Thatsachen und Gebrechen enthüllen, wenn nicht eine Untersuchung die Sache vollständig aufhelle. Diejenigen Personen, die unwürdig wären, dem Parlament anzugehören, seien wenig zahlreich. Es sei daher nicht unmöglich, ein über jeden Verdacht erhabnes Untersuchungskomitee zu bilden. Er glaube an das Gerücht, daß die Regierung für die Wahlen von den Banken Geld erhalten habe. Der ehemalige Minister Chimirri verteidigt sein früheres Vorgehen in Sachen der Banken und verlangt gleichfalls eine parlamentarische Untersuchung. Sodann erklärt der Ministerpräsident Giolitti, er lehne eine parlamentarische Untersuchung unbedingt ab, da er den Kredit des Landes nicht gefährden wolle. Er halte es für edelmütiger, zu diesem Ende der Unpopularität Trotz zu bieten, als leichten Sinnes nachzugeben, und beantrage daher, indem er die Vertrauensfrage stelle, daß alle auf die parlamentarische Untersuchung und die Bankenfrage bezüglichen Anträge auf drei Monate hinausgeschoben würden. Crispi sagt, daß er stets für die Freiheit des Wortes eingestanden sei. Da man nun aber die Debatte erdrosseln wolle, werde er gegen die Regierung stimmen. Eine gleiche Erklärung giebt Graf Antonelli ab. Fortis findet, daß die Frage zwar schlecht gestellt sei, fügt aber hinzu, daß er darum die Regierung nicht verlassen werde. Die parlamentarische Untersuchung sei heute weder zweckmäßig noch nützlich. Man wolle

aus der Sache politisches Kapital schlagen, dazu gebe er sich nicht her. Darauf wird der Antrag Giolittis mit 274 gegen 154 Stimmen angenommen.

1. Februar. Der Justizminister stellt in der Deputirtenkammer den Antrag auf Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung des kalabrischen Abgeordneten Rocco de Zerbi wegen Mitschuld an den Unterschlagungen der „Banca Romana," wegen Verletzung amtlicher Pflichten infolge Bestechung und wegen Verheißung der Beeinflussung von Parlamentsmitgliedern zwecks Erreichung von Vermögensvorteilen. Aus der Begründung des Antrags geht zugleich hervor, daß der Prozeß gegen die „Banca Romana" eingeleitet wurde wegen mißbräuchlichen Notenumlaufs, wegen Verringerung des Metallschatzes und wegen der Eröffnung anscheinend faktiver Kontokorrents im Betrage von 28 Millionen in blanco kurz vor der Revision. De Zerbi habe von 1888 bis 1892 über 400000 Lire von der „Banca Romana" erhalten.

3. Februar. Die Kammer berät diesen Antrag. Crispi verwahrt sich dagegen, daß die von Tanlongo, dem Gouverneur der „Banca Romana," vor Gericht gethane Aussage, er habe mehreren Ministerpräsidenten große Summen zu außerordentlichen Bedürfnissen der Regierung gegeben, ihn betreffen könne. Ministerpräsident Giolitti bemerkt, eine parlamentarische Untersuchung würde zur Zeit im Lande den Eindruck hervorrufen, als wolle die Kammer den Lauf der Gerechtigkeit aufhalten. Der Justizminister versichert, die Kammer sowie das ganze Land könnten bestimmt auf die Unabhängigkeit des italienischen Richterstandes zählen. Der Finanzminister Grimaldi und der Minister Lavaca weisen die außerhalb der Kammer gegen sie umlaufenden Verdächtigungen entschieden zurück. Darauf wird die Ermächtigung zur Verfolgung de Zerbis erteilt.

4. Februar. Di Rudini stellt in der Kammer den Antrag, eine Untersuchung hinsichtlich der Erklärung Tanlongos, betreffend die angeblich an mehrere Ministerpräsidenten verteilten Summen, anzuordnen. Rudini erklärt, daß er niemals irgend welche Summe von der „Banca Romana" verlangt oder erhalten habe.

17. Februar. Im Senat verteidigt der Ministerpräsident Giolitti das Verhalten der Regierung in der Bankangelegenheit und rechtfertigt das von der Regierung bezüglich der Emissionsbanken getroffne Uebereinkommen, indem er auf die außerordentliche Lage, sowie darauf hinweist, daß die Entscheidung über diese Banken dem Parlament vorbehalten bleibe.

20. Februar. Der Abgeordnete de Zerbi stirbt an einer Herzkrankheit, an der er schon länger litt. In der Kammer widmet ihm der Vorsitzende

Zanardelli einige herzliche Worte des Beileids. Er erinnert an seine glänzende Laufbahn als Soldat Garibaldis sowie als Schriftsteller und Politiker. Das tragische Geschick, das ihn vor wenigen Wochen ereilte, sei durch den Tod in jäher, mitleidsvoller Weise gelöst worden. Die Gesetze schweigen, wo die Majestät des Todes walte. Ministerpräsident Giolitti schließt sich diesen Worten an. Tripepi und Chimirri rühmen den Wohlthätigkeitssinn und den Opfermut, den de Zerbi bei dem Erdbeben von Casamicciola und während der letzten Choleraepidemie in Neapel bethätigte. Casali sagt, de Zerbi gehöre zu jenen Männern, die dem Parlament zur Ehre gereichen. „Er ist arm gestorben, und sein Tod fällt auf diejenigen zurück, deren Gehässigkeit keine Grenzen kennt." Bovio: Keine Uebertreibungen! Lassen Sie uns nur den Wunsch aussprechen, daß die Gerechtigkeit ihren Weg fortsetze und das Licht der Wahrheit auch das düstere Grab des toten Kameraden milde bescheine.

20. März. Der Ministerpräsident Giolitti legt der Deputirtenkammer den vom Senator Finali als Präsidenten der zur Revision der Emissionsbanken bestellten Kommission erstatteten Bericht vor.

Darin werden bei der Bank von Sizilien Säumnisse im Rechnungswesen getadelt. Der Notenumlauf übersteige die gesetzliche Grenze um mehr als eine Million Lire. Das mit 33 Millionen bezifferte Portefeuille bestehe zum größten Teil aus Gefälligkeitspapieren, die notleidenden Effekten erreichten den Betrag von 12,6 Millionen, wovon nur 48 Prozent realisirbar seien. Der Bericht über die Nationalbank von Toskana konstatirt, daß die Gebahrung eine vollständig regelmäßige gewesen sei, und daß die Bank sich in guten Verhältnissen befinde; unbeweglich, jedoch sichergestellt seien bloß 6,7 Millionen Lire. Auch bei der Kreditbank von Toskana sei die Gebahrung eine vollständig regelmäßige gewesen, die Verhältnisse wären ausgezeichnete. Bei der Nationalbank sei in allen Dienstzweigen musterhafte Ordnung, die notleidenden Effekten erreichen den Betrag von 44,7 Millionen, wovon jedoch die Bank 23,7 Millionen aus dem Gewinn der verflossenen Jahre amortisirt habe; die unbeweglichen Gelder erreichten die Höhe von 142,6 Millionen. Der Verlust könne auf 8,1 Millionen geschätzt werden. Bei der „Banca Romana" betrage das Kassendefizit 28,6 Millionen; der ungesetzliche Notenumlauf sei mindestens schon auf das Jahr 1892 zurückzuführen und erreiche die Höhe von 64,5 Millionen; das Portefeuille, von dem mehr als $^4/_5$ unbeweglich seien, habe keinerlei solide Sicherstellung. Die Bank müsse ihre Thätigkeit einstellen, weil sie der Solidität entbehre und das Vertrauen des Publikums verwirkt habe. Bei der Bank von Neapel sei $^1/_2$ des Portefeuilles, d. i. 29,6 Millionen, nicht leicht realisirbar. Die Lage der Bank sei keine glückliche, aber doch auch keine entmutigende, man könne das Vertrauen haben, daß sie ihre frühere Leistungsfähigkeit wieder erreichen werde. — Daran schließen sich folgende Erklärungen: Da man oft im Parlament von einer politischen oder parlamentarischen Klientel der Emissionsbanken höre, so möge man wissen, daß die Kommission unter der sehr großen Zahl der Bankklienten in den Portefeuille-Effekten und Büchern sehr wenige Namen von Politikern vorgefunden habe, und daß es sich dabei nur um geringfügige, oft ganz kleine Beträge handle. Es seien seltene Ausnahmefälle, in denen die Eskomptirung größerer Posten an parlamentarische Persönlichkeiten vorkomme, von denen die meisten in ihrer gleichzeitigen Eigenschaft als Kaufleute oder Industrielle sich Kredit verschaffen zu müssen in die Lage gekommen wären.

21. März. Die Deputirtenkammer betraut ihren Präsidenten mit der Ernennung einer Kommission, die die vorgelegten Urkunden prüfen, andre

notwendige Nachforschungen zur Feststellung der politischen und moralischen Verantwortlichkeit anstellen, jedoch von jedem Eingreifen in alle in die Kompetenz des Gerichts fallenden Angelegenheiten sich enthalten soll.

14. Juni. In der Deputirtenkammer richtet Colajanni eine Anfrage an die Regierung über die Art, wie die Voruntersuchung in dem Prozeß gegen die „Banca Romana" geführt worden sei, und behauptet, die beim Kassirer beschlagnahmten Papiere seien mit dem Polizeisiegel gesiegelt worden, von den Papieren hätten indessen einige das Jahr 1892 betreffende gefehlt; der Polizeioffizier habe dem Untersuchungsrichter erklärt, man habe vor allem die unnötigen Papiere beseitigt. Die Kammer solle ein so bedeutsames Gesetz wie das Bankgesetz nicht beraten, ehe sie die Ergebnisse der Voruntersuchung und des Prozesses kenne. Der Unterstaatssekretär im Justizministerium erwidert, die Voruntersuchung gehe ihren regelmäßigen Gang. Der Ministerpräsident Giolitti fragt, was denn Colajanni von der geheim geführten Untersuchung wissen könne. Die Behauptungen desselben seien erfunden.

2.

Ueber den französischen Kriegshafen Biserta.

6. Februar. In der Deputirtenkammer richten Colajanni, Nasi und General Dal Verme an den Kriegs- und Marineminister Anfragen über die Verteidigung Siziliens im Hinblick auf die vom französischen Kriegshafen Biserta (an der Stelle des alten Karthago) drohende Gefahr. Dal Verme stellt fest, daß an der Bestimmung der Hafen- und Befestigungsanlagen zu Biserta, den Durchgang aus dem westlichen in das östliche Mittelmeerbecken zu beherrschen, der französischen Kriegsflotte als uneinnehmbarer Stützpunkt zu dienen und namentlich Sizilien und Unteritalien zu bedrohen, nicht zu zweifeln sei. Er fordert die Regierung auf, ihre Gegenmaßregeln zu treffen, und empfiehlt weniger Küstenbefestigungen als Sicherung der Verbindung zwischen Sizilien und dem Festlande durch Anlage einer befestigten Rhede bei Villa S. Giovanni und Ermöglichung der Zurückweisung von Landungsversuchen durch Erweiterung des Eisenbahn- und Straßennetzes der Insel, sowie durch Anlage von Kriegsmaterialniederlagen. Daneben möge die Diplomatie das ihrige thun, um die Gefahren, die das gegenseitige Mißtrauen und Rüsten vergrößere, herabzumindern. Nasi glaubt weniger an die Wirksamkeit der Diplomatie, wie an die Wahrscheinlichkeit, daß im Falle eines Krieges die Franzosen alle ihre Kräfte auf den Rhein vereinigen müssen und demnach schwerlich an eine Landung in Sizilien oder Unteritalien denken werden. Der Kriegsminister General Pellone verwahrt sich gegen die Unterstellung, daß die Regierung noch nicht an die Verteidigung Siziliens gedacht habe. Schon der allgemeine Landesverteidigungsplan von 1883

habe sie in ausgedehntem Maße ins Auge gefaßt und auch schon die Streitfrage: ob ausgedehnte Küstenbefestigung oder Zentralverteidigung, entschieden. Das befestigte Lager von Messina, für das einige Dutzend Millionen aufgewendet worden, genüge allen Anforderungen an Stärke der Erdwerke und der Bestückung. Auch die übrigen Anlagen und Vorkehrungen der Insel seien derart, daß die Insel selbst gegen eine Landung hinreichend gesichert sei. Die Regierung halte die Augen offen und werde sich nicht unvorbereitet finden lassen.

3.

Dreibundsfrage.

7. Februar. Auf eine Anfrage Cirmenis, ob die Regierung in der Lage sei, der Kammer Mitteilung von den Erklärungen des deutschen Reichskanzlers Grafen Caprivi im Schoße der Militärkommission des Reichstags über Italien zu machen, antwortet der Minister des Aeußern, Brin, die Sitzungen der deutschen Militärkommission seien geheim, es gebe deshalb kein amtliches Sitzungsprotokoll darüber, und er müßte daher die Beantwortung ablehnen, wenn Graf Caprivi nicht dem Botschafter Grafen Lanza den genauen Wortlaut dieser Erklärungen mitgeteilt hätte. Graf Caprivi habe erklärt, niemand habe mehr als er jederzeit die Wichtigkeit des Dreibundes anerkannt; er habe sich stets bemüht, eine Politik zu befolgen, die geeignet sei, ihn zu erhalten und zu verstärken. Die deutsche Militärvorlage sei keineswegs durch ein geringeres Vertrauen in den Dreibund und seinen militärischen Wert eingegeben, sie könne auch keinerlei Zweifel in Betreff seiner Dauer erwecken, ebensowenig aber auch in Betreff seiner Ueberzeugung, daß selbst mit dem Dreibunde Deutschland in der Lage sein müsse, über Streitkräfte zu verfügen, die über die gegenwärtig ihm zur Verfügung stehenden hinausreichten. Die Thatsache, daß die volle Entwicklung der deutschen Wehrkraft in Gemäßheit des neuen Gesetzes erst in zwanzig Jahren erreicht werden würde, sei der deutlichste Beweis, daß der Entwurf nicht der Ausfluß von Befürchtungen und politischen Bewegungen des Augenblicks sei. Dies seien die Worte des Reichskanzlers, dies sein Gedanke; es liege weder in jenen noch in diesem etwas, was der Wirklichkeit der Lage nicht entspräche.

4.

Die Finanzlage.

11. Februar. Der Schatzsekretär Grimaldi setzt in der Deputirtenkammer die Lage der Finanzen des Reichs auseinander.

Er führt aus, daß in den letzten sieben Jahren die Budgets von 1885/86 bis 1888/89 ein wachsendes und von 1889/90 bis 1891/92 ein abnehmendes Defizit aufweisen. Das gegenwärtige Defizit betrage 48 Millionen, doch sei ein Anfang der Besserung fast bei allen hauptsächlichen Einnahmen wahrzunehmen. Das Budget für 1892/93 werde einen Ueberschuß von 10 Millionen aufweisen. Die Kassenbestände seien gute. Das Budget für 1893/94 ergebe einen Ueberschuß von 14,10 Millionen. Der Schatzsekretär spricht von den bereits bei den allgemeinen Wahlen angekündigten Reformen und erklärt, daß die Reform des Pensionssystems hauptsächlich die Mittel darbieten werde, um das Gleichgewicht der Ausgaben und Einnahmen herzustellen. Der Minister untersucht einzelne Teile des Budgets, wie sie sich in den nächsten zehn Jahren gestalten würden, und kommt zu dem Schlusse, die Fehlbeträge seien nur sehr geringe, man müsse noch an andre Maßregeln denken, um die Elastizität des Budgets zu vergrößern. Grimaldi kündigt das Petroleummonopol an, wodurch eine neue Einnahme von 18 Millionen erzielt, und prüft die Möglichkeit der Monopolisirung des Alkohols, die gegen 12 Millionen einbringen würde.

25. Februar. Die Deputirtenkammer genehmigt die Verlängerung des provisorischen Budgets bis zum 31. März.

5.

Angriff Crispis auf Giolitti.

22. Februar. In der Deputirtenkammer werden Anfragen der Abgeordneten Colajanni, de Martino, Costa und Gavazzi über die veröffentlichte Unterredung des frühern Ministerpräsidenten Crispi mit dem Direktor des Blattes „Fanfulla" beraten.

Dieser Bericht des Abgeordneten Plebano ist folgenden Inhalts: Crispi erzählte, daß er 1890 zwischen dem Handelsminister Miceli, der guten Glaubens war, und dem Schatzminister Giolitti, zu wählen hatte, der immer wieder behauptete, daß in der „Banca Romana" Thatsachen vorgefallen seien, die vor den Strafrichter gebracht werden müßten. Um sich von der wahren Sachlage einen Begriff zu machen, las er den Bericht Alvisis, überzeugte sich, daß die Lage kritisch war, und sagte Herrn Tanlongo ohne Umschweife die Wahrheit. Die traurige Lage des italienischen Kredits sei mit dem Mechanismus und mit der Bewegung des politischen Lebens der Nation unzertrennlich verbunden. Eines sei sicher: alles, was nun geschehe, erfülle den Vatikan mit innigster Schadenfreude. Er, Crispi, sei des Größenwahns angeklagt worden, doch gebe es gewiß keinen Patrioten, der mit den Beziehungen Italiens zum Auslande zufrieden sein könne. Der deutsche Kaiser, der vor Jahren Rom als unantastbar anerkannte, entsende heute an den Papst einen besondern Gesandten. Worüber wundre man sich? Je geringer die Wohlfahrt, die Kraft und der Mut Italiens, desto geringer sei auch das Vertrauen,

das es andern Staaten einflöße. Das nur künstlich hergestellte Gleichgewicht und die nichts weniger als widerstandsfähige Heeresordnung vermindern Italiens Ansehen so sehr, daß seine politische Machtstellung darunter naturgemäß große Einbuße erleiden müsse. Seine Ansicht über das gegenwärtige Kabinett wolle er zurückhalten, doch glaube er, daß ein Staatsmann sich nicht aus dem Stegreif bilden lasse. Giolitti habe ihm gegenüber übrigens niemals einen weitschauenden staatsmännischen Blick verraten.

Die Antragsteller suchen diese Unterredung als in Widerspruch mit Giolittis Erklärungen bei Beratung der Bankfrage darzustellen. Es stellt sich aber in der Beratung heraus, daß auf Giolitti kein Schatten fallen kann.

6.

Ueber die Katholikenversammlung in Wien.

21. Februar. Die Abgeordneten Barzilai und Carmine stellen in der Deputirtenkammer eine Anfrage über die angeblich offiziellen Kundgebungen, die am 13. Februar bei einer klerikalen Katholikenversammlung in Wien anläßlich des Jubiläums des Papstes unter Teilnahme einer Erzherzogin sowie der Minister Falkenhayn und Schönborn stattfanden. Der Minister des Aeußern, Brin, erwidert, man übertreibe hier die Bedeutung einer Thatsache, die sich in der letzten Zeit mehrere male wiederholt habe.

7.

Ueber Beihilfe an Dampferlinien.

3. März. Die Kammer genehmigt einen Gesetzentwurf wegen staatlicher Beihilfe für die überseeischen Dampferlinien und Küstenfahrten.

8.

Avancementsgesetz.

3. März. Der Senat berät dieses schon vor einem Jahre von ihm genehmigte Gesetz, das jedoch damals wegen Auflösung der Deputirtenkammer nicht mehr von dieser beraten werden konnte und daher in der neuen Legislaturperiode den Kammern wieder vorgelegt wird. Der Senat lehnt den Paragraphen ab, der feste Altersgrenzen für alle Chargen ziehen will. Hierauf nimmt der Kriegsminister den Gesetzentwurf zurück.

9.

Trauungsgesetz.

7. März. Der Justizminister Bonacci legt der Deputirtenkammer einen Gesetzentwurf vor, durch den die von der katholischen Kirche begünstigten bloß kirchlichen Eheschließungen künftig verhindert werden sollen.

Da der italienische Staat nur die standesamtlichen Ehen als zu Recht bestehend anerkennt und alle andern als Konkubinate betrachtet, so hat er sich endlich, allem kirchlichen Widerspruche zum Trotz, von seiner Verpflichtung überzeugt, die zahlreich erfolgenden bloß kirchlichen Heiraten unmöglich zu machen. Das neue Gesetz verbietet jede kirchliche Trauung, wenn nicht zuvor die standesamtliche Eheschließung stattgefunden hat. Die zuwiderhandelnden Brautleute und Zeugen werden mit Geldbußen, die Geistlichen im ersten Uebertretungsfalle mit Geldbuße und zeitweiser Gehaltsentziehung, im Wiederholungsfalle mit Haft bis zu einem Jahre, Geldstrafe bis zu 10000 Lire und dauernder Entziehung der Einkünfte bedroht. Es liegt dem Gesetze nicht eine glaubens- oder kirchenfeindliche Absicht zu Grunde; es will lediglich die Entstehung von Familien verhindern, die ohne jede rechtliche Grundlage sind, in welchen der Frau und den Kindern jeder familienrechtliche Anspruch fehlt und der Makel der Unehelichkeit anhaftet. Nach wie vor bleibt es jedem unbenommen, seinen Ehebund durch den Geistlichen einsegnen zu lassen; nur soll jeder zuvor in gesetzlicher Form die Ehe eingegangen sein, was sich nach der kirchlichen Trauung viel weniger leicht würde erzwingen lassen.

10.

Pensionsgesetz.

22. März. Die Deputirtenkammer genehmigt dieses Gesetz, das eine jährliche Anleihe bedeutet, die der Staat bei der Depositen- und Leihkasse macht, um sie speziell zur Pensionszahlung zu verwenden. Die Anleihe vermindert sich von Jahr zu Jahr, während die Rückzahlungssumme von Jahr zu Jahr steigt, sodaß die Operation nach einer bestimmten Zahl von Jahren ihr Ende erreicht. Für den Staat werden die Pensionslasten vermindert, indem eine Spezialkasse geschaffen wird, zu der die Beamten selbst beisteuern.

11.

Ueber die öffentliche Sicherheit Roms.

23. März. In der Deputirtenkammer richten Torrigiani und Genossen an die Regierung die Frage, was sie angesichts des anomalen Zustandes der öffentlichen Sicherheit in Rom zu thun gedenke.

Ministerpräsident Giolitti antwortet: Es ist unrecht, von einer Verschlimmerung der öffentlichen Sicherheit in Rom zu sprechen. In den letzten zwei Jahren ist die Summe von Verbrechen in der Hauptstadt gegen früher um mehr als die Hälfte zurückgegangen, und die 24 Petarden, die in den letzten Tagen teils platzten, teils rechtzeitig gelöscht wurden, gehören eher in das Gebiet frecher Bübereien als in jenes wirklicher Verbrechen. Die Petarden bestehen aus Gips, Pulver, Eisenspänen und bedürfen zu ihrer nur wenige Pfennige erfordernden Herstellung durchaus nicht des Werkes mehrerer Teilnehmer. Wie unschädlich sie aber auch seien, so ist es doch geboten, diesem Unfuge um jeden Preis ein Ende zu machen. Das Fahnderkorps wurde um sechzig Mann vermehrt. Es wurden bisher 26 junge Männer verhaftet. Die Regierung wird die kräftigsten Maßregeln ergreifen, um die Ordnung zu schützen. Antonelli versichert, daß die Bombenwerfer vollständig organisirt seien, und erzählt, wie sie es anstellen, um ein Geschoß unbemerkt in irgend einen Winkel zu stellen.

12.

Heeresorganisation.

24. März. Der Heeresausschuß der Deputirtenkammer erstattet Bericht über die Heeresvorlage.

Diese hat den doppelten Zweck, die Mobilmachung zu verbessern und Ersparnisse zu erzielen, die dazu bestimmt sind, die Herstellung der neuen Waffen zu beschleunigen und einige zu stiefmütterlich dotirte Verwaltungszweige zu heben. Die wichtigste Neuerung betrifft die Landwehrbezirke, deren Wirksamkeit eine durchgreifende Veränderung erfahren soll. In jedem Bezirke sollen ein oder mehrere Aushebungsbüreaus errichtet werden, die für die Mobilmachung und Ausrüstung der Mannschaften zu sorgen haben, die zu Kriegs- oder Uebungszwecken einberufen werden. Die Führung der Stammrollen würde den Landwehrbezirken zugewiesen werden. Die Zahl dieser Büreaus soll mit der der Infanterieregimenter übereinstimmen. Durch diese Reform hofft man eine Ersparnis von 4 bis 5 Millionen zu erzielen, die gegenwärtig für die 8 bis 9000 Mann Bezirkspersonal ausgegeben werden. Die Offizierkadres werden keine Aenderungen erfahren, obwohl auch hier nicht unbedeutende Ersparnisse gemacht werden könnten, die zu Gunsten der Landwehr zu verwenden wären, der es an höhern Offizieren fehlt.

Der Ausschuß beantragt, den Betrag der Wehrsteuer für die vom Dienst Befreiten auf 200 Lire festzusetzen, die Zahlung jedoch denen zu erlassen, die den Beweis der Dürftigkeit erbringen. Die Einkünfte der Wehrsteuer sollen dazu dienen, einen Grundstock zu bilden für die Unterhaltung der Familien der im Mobilisirungsfall zur Fahne berufenen Urlauber.

13.

Ueber die Auflösung des Triester Gemeinderats.

12. April. In der Deputirtenkammer beantwortet der Minister des Auswärtigen **Brin** Anfragen bezüglich der Auflösung des Gemeinderats von Triest. Die Fragesteller hatten behauptet, die Auflösung sei erfolgt, weil man die Befürchtung gehegt habe, daß im Triester Gemeinderate ein Antrag auf Beteiligung an der Gründung eines Instituts in Rom zur Erinnerung an die silberne Hochzeit des italienischen Königspaares gestellt werden könne. Der Minister erklärt, der Triester Gemeinderat sei von der österreichischen Regierung auf Grund des Gemeindestatuts aufgelöst worden, nachdem sein Mandat abgelaufen gewesen. Es sei ungerechtfertigt und grundlos, der Maßregel irgend welche andre Erwägungen unterzuschieben, namentlich solche, die mit einer Italien betreffenden Thatsache zusammenhingen. Es handle sich zweifellos um einen Akt innerer österreichischer Politik, der sich der Prüfung seitens der italienischen Regierung vollständig entziehe, wie denn auch diese es nicht zulassen würde, sobald ein andrer Staat einen Akt der innern Politik Italiens erörtern oder beurteilen sollte. Die Regierung sei überzeugt, daß die österreichisch-italienischen Beziehungen den Interessen des Landes entsprächen; das Land habe wiederholt in dieser Beziehung seinen Willen laut kundgegeben, der der auswärtigen Politik der Regierung entspreche.

II.

Die königliche Familie.

Ende Februar. Der Herzog von **Aosta** weilt zum Besuche am englischen Hofe.

25. März. Als der **König** sich zu einer Festlichkeit nach der Villa Borghese in Rom begiebt, schleudert ein schlecht gekleideter Mann, der eine weiß-gelbe Kokarde auf der Brust trägt, eine mit Erde gefüllte Papierhülse gegen den Wagen des Königs und wird sofort verhaftet. Dabei leistet er Widerstand, indem er ruft, er habe nur Achtung vor Gott und der Regierung des Papstes. Auf der Zentralpolizeibehörde findet man bei ihm weiße und gelbe Bänder sowie Papiere und Aufzeichnungen, aus denen hervorgeht, daß er ein klerikaler Fanatiker und 1882 vom Schwurgericht wegen Meuchelmordes zu siebenjährigem Zuchthaus verurteilt worden ist.

13. April. König Humbert besucht die in Florenz weilende Königin von England.

22. April. Das Königspaar feiert das Fest der silbernen Hochzeit unter Teilnahme des deutschen Kaisers und seiner Gemahlin, des Erzherzogs Rainer (Bruders der Gemahlin König Viktor Emanuels), der Königinwitwe Maria Pia von Portugal (Schwester des Königs Humbert), des Herzogs von York, des Großfürsten Wladimir, des Prinzen Georg von Griechenland und des Erbprinzen Danilo von Montenegro. Auf dem Platze vor dem Quirinal finden großartige Kundgebungen der Bevölkerung statt. (Die übrigen Festlichkeiten sind bei Erwähnung des Aufenthalts des deutschen Kaiserpaars in Italien, S. 239 bis 241, berührt.)

2. Juni. Der Graf von Turin am preußischen Hofe. Von Berlin aus besucht er die Militär- und Marineanstalten in Hannover und Kiel.

III.

Das Parlament. Zweiter Teil der Session.

10. Mai. Bei der Beratung des Budgets des Marineministeriums erklärt der Ministerpräsident Giolitti: Das Ministerium habe den festen Vorsatz, die Ausgaben für militärische Zwecke zu konsolidiren, indem es bemüht sei, die Ausgaben für die Armee und die Marine so vorteilhaft wie möglich anzuwenden. Er halte es indessen nicht für erforderlich, zu diesem Zwecke die Zahl der Armeekorps zu verringern. Alle sachverständigen Persönlichkeiten seien überzeugt, daß es für Italien besser sei, zwölf Armeekorps zu haben, als zehn. Der Marineminister Racchia betont, man habe bei dem Budget für die Marine Abstriche vornehmen müssen, die zwar zu bedauern seien, aber den moralischen Wert der Stärke der Flotte nicht verringert hätten, die aus ausgezeichneten Elementen bestehe. Eine schnelle Mobilisirung werde leicht durchzuführen sein; die Beschaffenheit der Schiffsartillerie sei eine vorzügliche, die Schiffsbauten würden keine Verlangsamung erleiden, kurz, das Land könne sicher sein, daß die Marine stets auf der Höhe der an sie gestellten Anforderungen stehen werde.

19. Mai. Die Deputirtenkammer lehnt mit Stimmengleichheit (133 gegen 133) den Justizetat ab. (Der Beschluß gilt als Verdammungsurteil über angebliche Wahlmachenschaften der Regierung, die auch den Richterstand abhängig gemacht haben sollen.)

20. Mai. Bei Beratung des Etats des Auswärtigen erwidert der Minister des Auswärtigen Brin dem Abgeordneten Barzilai, die Meinung der Kammer und des Landes habe die Regierung zu wiederholten malen zum Festhalten an der Politik des Dreibundes

ermutigt; er glaube, Barzilai verfahre nicht patriotisch, indem er so heftig ein Bündnis bekämpfe, das Italien aus freien Stücken eingegangen sei, und dessen Abmachungen es in loyaler Weise beobachten müsse.

23. Mai. Bei der ferneren Beratung des auswärtigen Budgets erklärt der Minister Brin, die Sicherheit in der erythräischen Kolonie könne nicht größer sein, als sie gegenwärtig ist; auch die materielle Lage der Kolonie habe sich gebessert. Die Regierung habe ein Interesse, gute Beziehungen zu Menelik herzustellen. Menelik habe direkt mit andern Mächten verhandelt; allein die befreundeten Mächte hätten sich der italienischen Auslegung des Artikel 18 des Vertrages von Ucialli angeschlossen. Der Minister Brin drückt alsdann die Ueberzeugung aus, daß die Grenzverhandlungen mit England zu einem befriedigenden Ergebnis führen würden, die Unterhandlungen mit Frankreich seien noch nicht sehr weit vorgeschritten.

25. Mai. Der Ministerpräsident Giolitti teilt den Kammern mit, das Ministerium habe infolge des Kammerbeschlusses vom 19. Mai sein Entlassungsgesuch eingereicht, das aber vom Könige nicht angenommen sei; jedoch habe dieser den Senator Lorenzo Eula (geb. 1820 in Piemont) an Stelle Bonaccis zum Justizminister und den Senator Lazzaro Gagliardo (geb. 1840 in Genua) an Stelle Grimaldis zum Finanzminister ernannt. (Beide gehören der gemäßigten Linken an.) Giolitti fügt hinzu, daß das Programm des Kabinetts unverändert bleibe. Ein Teil desselben sei in den bereits eingebrachten Gesetzentwürfen entwickelt, ein andrer Teil werde in spätern Gesetzen durchgeführt werden. Aber keine gewissenhafte Regierung könne einwilligen, am Ruder zu bleiben, das Land in der gegenwärtigen Unordnung zu lassen und die Frage des Geldumlaufs nicht zu lösen, die den öffentlichen Kredit dem Unheil aussetzen müßte. Um seine Aufgaben erfüllen zu können, müsse jedoch das Kabinett wissen, ob es das Vertrauen der Kammer besitze oder nicht. Es verlange daher ein offenes und deutliches Urteil. Fortis beantragt eine Tagesordnung, die die Erklärungen der Regierung zur Kenntnis nimmt und zugleich die Bedeutung eines Vertrauensvotums hat.

26. Mai. Darauf beschließt die Kammer mit 227 gegen 72 Stimmen, von den Erklärungen des Ministeriums Akt zu nehmen und ihm ihr Vertrauen auszusprechen.

10. Juni. In der Deputirtenkammer stellt Pandolfi eine Anfrage betreffs der Erklärungen des Grafen Kalnoky im Budgetausschusse der österreichischen Delegation (S. 274—79) und gedenkt

der Erklärung des Ausschusses dieser Delegation zu Gunsten der Aufrechterhaltung des Friedens sowie der günstigen Erläuterungen der gesamten Wiener Presse zu seinen bisher ohne Antwort gebliebenen Forderungen bezüglich der Thätigkeit der internationalen Friedenskomitees. Minister Brin zollt der Thätigkeit der Friedenskomitees Beifall, ebenso dem Programm derselben, auf die öffentliche Meinung einzuwirken, um die Ursache von Zwistigkeiten zwischen den Völkern zu beseitigen. Pandolfi könne sicher sein, daß er stets die Unterstützung der Regierung bei diesem Werke finden werde, das dem tiefen Friedenswunsche Italiens entspreche. Das Ministerium halte eine solche Propaganda für sehr zweckentsprechend, da ein Eingreifen der Regierung den von Pandolfi beabsichtigten Zweck verfehlen könnte.

11. Juni. Im Senat benutzt der frühere Botschafter Baron Blanc die Beratung des Pensionsgesetzes zu einer Rede über die allgemeine Lage und den Dreibund.

Indem er bedauert, daß die verschiedenen italienischen Ministerien in den letzten Jahren aus dem Dreibund nicht diejenige Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Macht zu ziehen gewußt, die sie darin hätten finden können, beklagt er es, daß durch die 1882 erfolgte Neuschaffung zweier Armeekorps unter fast gleichzeitiger Aufhebung der Mahlsteuer Italien seine Finanzwirtschaft für lange Zeit erschüttert habe. Diese Vermehrung der italienischen Armeekorps von 10 auf 12 erklärt Blanc für höchst überflüssig und keineswegs durch den Dreibundsvertrag bedingt; vielmehr weiß er, daß die höchsten militärischen Autoritäten Europas (Moltke) die Streitmacht Italiens, wie sie vor 1882 war, für völlig ausreichend erachtet haben. Italien, das auch nach dem Dreibundsvertrag durchaus unabhängig in seinen militärischen Angelegenheiten war, hätte nach Blancs Ansicht einen bessern Beweis für seine im Dreibund festgelegte Friedenspolitik gegeben, wenn es seine Kadres nicht vermehrte. Schließlich erklärt Blanc, er sei imstande, den vollen Beweis dafür zu bringen, daß seine Auffassung richtig sei.

13. Juni. Barzilai kommt in der Deputirtenkammer auf die Erklärungen zurück, die der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern, Graf Kalnoky, in der österreichischen Delegation abgegeben hat. Darauf antwortet der Unterstaatssekretär Ferrari in Ergänzung der Antwort des Ministers Brin vom 10. Juni, es seien in jenen Erklärungen zwei Punkte hervorzuheben: der eine, durch den der Dreibund als ein mächtiger, seinem Wesen nach jedoch friedlicher Bund bezeichnet werde, der gegen niemand gerichtet sei, und der zweite Punkt, der sich als eine Folge des ersten darstelle und die Besserung der Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland betone. Daß dieses die den Erklärungen Kalnokys zu gebende Auslegung sei, beweise die sorgfältige Art, womit Kalnoky am 6. Juni im Budgetausschusse der österreichischen Delegation seinen Gedankengang näher ausgeführt habe. Diese Auslegung ent-

halte nichts, was nicht in Uebereinstimmung mit der italienischen Politik wäre, die gerade, weil sie auf die finanzielle und wirtschaftliche Wiederaufrichtung des Landes gerichtet sei, jedes friedliche Anzeichen nur mit Befriedigung als eine Wohlthat begrüßen könne. Nach dem Urteil der italienischen Regierung über die Erklärungen Kalnokys bilden sie ein sehr friedliches Anzeichen in der gegenwärtigen politischen Lage Europas.

24. Juni. Die Deputirtenkammer beginnt die Beratung eines Gesetzentwurfs über die Neuordnung des Zettelbankwesens. Die Hauptbestimmungen sind folgende:

1. Das Notenausgaberecht wird den bestehenden drei Anstalten auf 20 Jahre gewährt. 2. Der Notenumlauf darf das Vierfache des eingezahlten Kapitals nicht überschreiten. 3. Die Notenumlaufssteuer wird von 1,44 Prozent auf 1 Prozent herabgesetzt. 4. Die Verwendung eines Teiles des Reingewinns bleibt zur Tilgung schon früher erlittener Verluste bestimmt. 5. Die Herstellung der Banknoten übernimmt der Staat, der jeder der drei Ausgabebanken die ihr zustehende Menge aushändigt (die drei Banken sind: die Banca d'Italia, die Banca di Napoli und die Banca di Sicilia; die Banca Romana wird ausgeschlossen). 6. Das Maximum des Umlaufs ist auf 1080 Millionen festgesetzt.

Ein Antrag di Rudinis auf Vertagung der Beratung wird abgelehnt und dem Ministerium das Vertrauen der Kammer ausgesprochen.

30. Juni. Der Senat berät das Kriegsbudget für 1893 bis 1894. Minister Brin antwortet auf eine Anfrage, um die Anstrengungen Italiens für seine Wehrkraft zu beurteilen, dürfe man nicht vergessen, daß es auch für die Marine vorzusorgen habe. Er glaube nicht, daß eine Erhöhung der Militärauslagen angesichts der wirtschaftlichen und finanziellen Zustände Italiens möglich sei. Darauf genehmigt der Senat das Budget.

IV.

Die erythräische Kolonie.

Im März. Der Gouverneur der Kolonie am Roten Meere, General Baratieri, beordert Truppen in den Süden der Kolonie an die Grenze der Landschaft Agome in Tigre, wo Ras Sebat Statthalter ist; es geschieht dies zum Schutz der Kolonie infolge der zwischen den beiden andern Statthaltern in Tigre, Ras Alula und Ras Mangascha, ausgebrochenen Streitigkeiten.

Im April. Nachdem die beiden Gegner in Tigre sich versöhnt haben, richtet König Menelik von Abyssinien Briefe an die

europäischen Herrscher einschließlich des Königs von Italien, in welchen er die Aufhebung desjenigen Artikels des 1890 von ihm zu Ucelli mit Italien geschlossenen Vertrags verlangt, wodurch er den auswärtigen Mächten gegenüber unter italienische Vormundschaft gestellt war.

V.

Festlichkeiten.

9. April. In Rom wird ein Denkmal zur Erinnerung an den frühern Finanzminister Sella enthüllt.

28. Mai. In Palestro, dem unweit von Vercelli gelegenen Dorfe, wo am 31. Mai 1859 ein siegreiches Gefecht der verbündeten Franzosen und Piemontesen gegen die Oesterreicher, gewissermaßen das Vorspiel der Schlacht von Magenta, stattfand, wird das Beinhaus, das die sterblichen Ueberreste der Gefallenen birgt, eingeweiht. Die italienische Regierung hatte sowohl an die französische als auch an die österreichische Einladungen ergehen lassen, damit Vertreter der beiden Nationen an der Feier teilnehmen. Der Feierlichkeit wohnen der Herzog von Aosta als Vertreter des Königs bei, ferner der französische General Fabre, der österreichische Oberst Pott, Abordnungen des Parlaments, der Armee, der Marine und der Behörden, Arbeiter- und Militärvereine, sowie eine große Menschenmenge. Es reden hier Senator Cavallini, Oberst Faccio und der Abgeordnete Cavallini. Dieser bringt ein Hoch auf Oesterreich-Ungarn, Frankreich und Italien aus. Dann hält General Fabre eine Rede, worin er hervorhebt, die Feier sei ergreifend, weil sie beweise, daß man nicht bloß die tapfern Gefallenen ehre, sondern auch die Gefühle der Brüderlichkeit bewahre. Ebenso beweise die Feier, daß Italien dankbar zu sein wisse. Oberst Pott dankt für die Ehren, die den auf dem Schlachtfelde gefallenen Oesterreichern erwiesen worden seien. Dies beweise einen großen Fortschritt der Zivilisation.

4. Juni. In Civitavecchia findet eine Garibaldifeier von wesentlich irredentistischem Charakter statt. Der Magistrat und die Schützengilde legen Kränze am Garibaldidenkmal nieder. Alle radikalen Vereine begeben sich im Festzug dorthin und darauf zum Hause, das Garibaldi bewohnt hat. Der Abgeordnete Barzilai betont die Bedeutung dieser Kundgebung gegenüber den jüngsten Herausforderungen klerikaler und Triestiner Gewalthaber. Er verherrlicht Garibaldi als Vorkämpfer des Gedankens eines Nationalstaats und natürlicher Grenzen, preist die Triestiner für mutiges

Ringen um ihr Volkstum und spricht die Hoffnung auf ihre Vereinigung mit Italien aus.

VI.

Papst.

8. Januar. Papst Leo eröffnet die Reihe der Festlichkeiten zu Ehren seines bischöflichen Jubiläums mit dem Empfange von mehr als 500 Kindern aus dem Adel und der Bürgerschaft.

16. Januar. Im geheimen Konsistorium ernennt der Papst 14 Kardinäle, darunter die Erzbischöfe von Köln, Breslau, Rouen, Tours, Messina, Sevilla, den Primas von Ungarn, den Primas von England, den von Irland und den Nuntius Galimberti in Wien. Das Kardinalkollegium zählt infolge dessen 64 Mitglieder.

17. Januar. Der Papst richtet einen Brief an den französischen Abgeordneten Grafen de Mun, der Ende Dezember eine Rede gehalten hatte, um die französischen Katholiken zu ermahnen, sich mit der gegenwärtigen Staatsform Frankreichs auszusöhnen.

Der Papst setzt in dem Briefe auseinander, daß die französische Nation immer groß gewesen sei, wenn Papst und Laientum sich die Hand reichten, jedoch jedesmal die elende Beute kurzsichtiger und eigensüchtiger Sektirer wurde, wenn es einer falschen Politik gelang, diese wertvolle Harmonie zu zerstören. Angesichts dieser Sachlage fordert der Papst die Katholiken Frankreichs auf, wie er es wiederholt gethan habe, sich um die gegenwärtige Regierung ihres Landes zu scharen. Beseelt von dem Eifer für das Heil der Seelen, das der höchste Zweck unsers Amtes ist, getrieben von einem Gefühl väterlicher Liebe für die erstgeborne Tochter der Kirche, die sich bei so vielen Gelegenheiten um die Sache der Menschheit und des heiligen Stuhls verdient gemacht hat, haben wir zum öftern das Wort an die französische Nation gerichtet, um allen Verständigen und Willigen die Notwendigkeit nahe zu legen, die gegenwärtige Regierungsform anzuerkennen, da dies das einzige Mittel ist, durch Zusammenwirken aller Kräfte den religiösen Frieden und mit ihm und durch ihn die Eintracht unter den Bürgern, die Achtung vor der Obrigkeit, die Gerechtigkeit und Ehrlichkeit im öffentlichen Leben wieder herzustellen. Wir können uns nicht enthalten, heute, da wir Frankreich mehr als je der Hilfe und Unterstützung aller seiner Söhne bedürftig sehen, diese Ratschläge zu wiederholen und sie aufzufordern, alle Privatinteressen und politischen Zwistigkeiten beiseite zu lassen, um mit vereinten Kräften das Vaterland auf der abschüssigen Bahn aufzuhalten, die zum Ruin führt, indem sie in ihren öffentlichen Einrichtungen Freiheit, Gerechtigkeit, Ehrlichkeit und die Achtung walten lassen, die den kirchlichen Anschauungen der meisten Franzosen gebührt. Auf diesem Boden können sich alle verständigen Menschen zusammenfinden, die das allgemeine Beste nicht ihren Privatinteressen opfern und sich nicht von ihren Leidenschaften darüber täuschen lassen, daß die Verwirklichung selbstsüchtiger Pläne ihr Land an den Rand des Abgrunds führen würde. Es ist Pflicht aller, hauptsächlich aber der Katholiken, die vergangene Zwietracht zu vergessen, sich für das allge-

meine Wohl zu vereinigen und zu organisiren. Wer diesem Werke Lauheit, Gleichgiltigkeit oder gar Widerstand entgegenbrächte, würde große Schuld auf sich laden.

16. Februar. Der Papst empfängt in der Peterskirche etwa 8000 italienische Wallfahrer und mehr als 60 Bischöfe. Der Kardinalvikar verliest die Adresse der Wallfahrer. Der Papst dankt und läßt eine Antwort verlesen, die den unheilvollen Konflikt betont, der das offizielle Italien von dem päpstlichen Stuhle scheide. Die Ansprache schließt mit Wünschen für das Gedeihen Italiens und die Beendigung des bestehenden Zwistes.

19. Februar. Zur Feier seines Bischofsjubiläums hält der Papst eine Messe, der mehr als 60000 Personen beiwohnen. Er erhält Glückwunschtelegramme vom Zaren, vom Fürsten von Montenegro und vom schweizer Bundesrat. Abends sind die Peterskirche, alle übrigen Kirchen, alle Klöster und katholischen Niederlassungen sowie viele Privathäuser in Rom erleuchtet. Die Züge der gratulirenden Wallfahrer sind eingeteilt bis zum Mai.

23. Februar. Der Papst empfängt Wallfahrer aus Frankreich, Ungarn, Uruguay und Argentinien. Zuerst werden die 250 ungarischen Wallfahrer von dem Bischof von Stuhlweißenburg vorgestellt. Der Papst ermahnt sie, stets an dem Glauben Sankt Stephans festzuhalten und gleich diesem die Rechte der Kirche zu verteidigen.

26. Februar. Der Papst empfängt den Grafen Revertera-Salandra, der die Glückwünsche des Kaisers von Oesterreich überbringt, und antwortet auf dessen Ansprache u. a.:

Unser Herz freut sich dieser Kundgebung nicht sowohl wegen der Unsrer Person erwiesenen Ehre, als wegen der dem Kirchenoberhaupte dargebrachten Huldigung seitens eines Reiches, dessen schönster Ruhmestitel und hauptsächlichste Stütze stets die katholische Religion gewesen ist. Auch heute geht von dem erhabenen Oberhaupte dieses Reiches der Glanz einer besondern Frömmigkeit aus, die Uns die Gewißheit eines beharrlichen Schutzes der religiösen Interessen verleiht, der für die Kirche und zugleich für den Staat die Quelle so vieler Wohlthaten ist. Wenn das Reich davon bereits gedeihliche Beweise in frühern schwierigen Zeiten und Umständen gehabt hat, so darf es auch für die Zukunft darauf hoffen; wenn die Religion geehrt wird, so wird die Einigkeit der Unterthanen enger und die Gewähr der Treue gegen das Reich stärker werden.

27. Februar. Der außerordentliche Gesandte des deutschen Kaisers, General v. Los, wird vom Papste empfangen, zur Ueberbringung der Glückwünsche. (Die gewechselten Reden S. 235.)

2. März. Das Kardinalkollegium bringt dem Papste seine Glückwünsche zur Vollendung des 83. Lebensjahres dar. Auf die Ansprache des Kardinals Monaco La Valetta antwortet der Papst, indem er der glänzenden Festlichkeiten gedenkt, die aus Anlaß seines

Bischofsjubiläums, namentlich in Rom begangen worden seien. Dies lasse den Ruhm der Kirche hervortreten und erwecke glücklicherweise neue Hoffnungen. Inmitten sozialer Enttäuschungen dränge der Instinkt das Volk, sich zum gemeinsamen Heile im Schoße der Kirche eng aneinander zu schließen, wo es Rettung finde. Es dränge das Volk, an diesem Grundsteine festzuhalten, ohne welchen es weder eine Gerechtigkeit noch eine Grundlage der Ordnung gebe. — Die dem Vatikan nahestehenden Blätter veröffentlichen die Listen der Beiträge zum Peterspfennig, welche die verschiedenen Völker zum Papstjubiläum nach Rom gesandt haben; es sind zusammen $4^1/_2$ Millionen Franks.

14. April. Der Papst empfängt die Wallfahrer aus Oesterreich; er empfiehlt ihnen Gehorsam gegen die Bischöfe und das Fernhalten von allen gefährlichen, dem Katholizismus feindlichen Sekten und rät den Gläubigen, sich insbesondre mit den Schulen zu beschäftigen.

17. April. Der Papst empfängt eine Abordnung des deutschen katholischen Augustinusvereins, die sämtliche anläßlich des Jubiläums in Deutschland erschienene Festnummern überreicht. Der Chefredakteur der „Kölnischen Volkszeitung" übergiebt 30000 Franks für den Peterspfennig aus der Diözese Köln. In Beantwortung der Adresse erklärt der Papst die katholische Presse für wohlverdient um Kirche und Papsttum, lobt ihren Vorsatz, die Rechte derselben tapfer und folgsam zu verteidigen, und bezeichnet als ihr Hauptziel die Herstellung völligen Friedens und der Eintracht zwischen Staat und Kirche, die beide unter der Zwietracht schwer leiden müssen. Sodann erfolgt die Vorstellung der Teilnehmer an der Audienz, worüber der Berliner „Germania" berichtet wird:

Für jeden hatte er besondre freundliche Worte und gab seinem großen Interesse für die katholische Presse, deren Bedeutung Papst Leo so oft hervorgehoben hat, Ausdruck. Er erkundigte sich nach der Höhe der Auflage verschiedener Blätter, so der Germania, Kölnischen Volkszeitung, und wünschte allen eine möglichst große Verbreitung. Als Marcour, Redakteur der „Germania" in Berlin, ihm vorgestellt wurde, ergriff er lebhaft dessen Hand, drückte sie lange fest und sagte: „So, die Germania in Berlin, ich kenne sie, das ist ein Blatt für das ganze katholische Deutschland." Lebhaft auch interessirte sich der heilige Vater für die Leiden und Bedrängnisse, die die katholische Presse während des Kulturkampfes zu erdulden gehabt, tröstete aber gleichzeitig alle, die Gefängnis und andre Strafen haben erdulden müssen mit dem Hinweis auf sein eignes Schicksal, da er bereits seit sechzehn Jahren eine Gefangenschaft erdulden müsse, eine Gefangenschaft in Rom, der Hauptstadt der Christenheit, in Rom, das dem Papsttum gehöre. Mit bewegter Stimme betonte er die schlimme und unhaltbare Lage des heiligen Stuhles und forderte alle auf, nicht nachzulassen im Kampfe um die Wiedererlangung einer wahren und wirklichen Unabhängigkeit des heiligen Stuhles. Roma nostra est.

18. April. Mehr als 2000 französische Pilger werden vom Papste empfangen, der seine Anrede an sie mit einem feierlichen Segen schließt, den er auf alle Wohlgesinnten auszudehnen erklärt, die, die alten Parteiungen vergessend und den päpstlichen Weisungen folgend, sich der Wiederaufrichtung Frankreichs widmen.

21. April. 500 Pilger aus Belgien werden vom Papst empfangen, der auf eine Begrüßungsadresse erwidert, er habe zu seinem großen Bedauern von der jüngsten Störung des öffentlichen Friedens und von drohenden Vorgängen in Belgien gehört. Um eine Wiederkehr der Bewegung hintanzuhalten, sei es notwendig, daß die Arbeiter im Einverständnis mit den Arbeitgebern unter Leitung der geistlichen Hirten, wie es die Kirche lehre, vorgehen.

29. April. 250 Pilger aus Lothringen werden vom Papst empfangen. Auf eine vom Bischof von Metz verlesene französische Ansprache erwidert der Papst in französischer Sprache mit einer Erinnerung an den alten Ruhm der Metzer Katholiken, beglückwünscht den Bischof, daß er ihm die Vertreter der Katholiken Lothringens zugeführt habe, und spricht die Ueberzeugung aus, daß der Bischof und seine Gläubigen nach ihrer Rückkehr in die Heimat einen noch größeren Eifer zu Gunsten der katholischen Werke an den Tag legen würden. Sodann empfängt der Papst 500 Pilger aus dem Elsaß und erwidert auf eine vom Bischof von Straßburg verlesene lateinische Adresse, daß er mit dem größten Wohlwollen die Gefühle der Ergebenheit und Treue entgegennehme, die ihm im Namen der Prälaten, des Klerus und der Getreuen von Straßburg dargebracht würden. Diese Gefühle entsprächen vollständig den christlichen Denkmälern der Geschichte des Elsaß; denn seit der Zeit seines ersten Apostels, des heiligen Maternus, sei Elsaß fort und fort mit dem heiligen Stuhle durch unlösbare Bande vereint gewesen. Der Papst erinnert darauf an seinen Vorgänger Leo IX., der, früher Bischof in einer kleinen Stadt im Elsaß, jedes Jahr die Gläubigen seiner Diözese nach Rom führte, um dem Papste ihre Huldigungen darzubringen und den Segen des Papstes zu erflehen.

9. Mai. Etwa 500 deutsche Pilger werden vom Papste empfangen. Der Bischof von Eichstätt, v. Steinle, verliest eine Adresse in lateinischer Sprache und überreicht 48000 Mark. Der Papst erinnert in seiner lateinisch gehaltenen Erwiderung an die im April stattgehabte Audienz der Vertreter der katholischen Presse Deutschlands, deren neuerdings geleistete hervorragende Dienste für die katholische Sache er hervorhebt. Alsdann belobt er die Pilger, die aus allen Teilen der Welt zur Feier seines Bischofs-

jubiläums herbeigeeilt seien, und folgert daraus das Erwachen des Glaubens unter den Völkern trotz der gegenteiligen Anstrengungen der Verbreiter von Irrlehren. Hiernach ermahnt er die Pilger, sich mit der Arbeiterfrage zu beschäftigen, über die er in seinen Encykliken sich ausgelassen habe, und die Verehrung der heiligen Familie zu verbreiten, deren Vorbild besonders für die Arbeiter heilbringend sei, sowie die Jugend im christlichen Sinne zu erziehen.

15. Mai. Empfang von 120 polnischen Pilgern, deren lateinische Adresse, verlesen vom Erzbischof v. Stablewski, der Papst in lateinischer Sprache erwidert.

25. Mai. Der Papst empfängt 250 ungarische Pilger unter der Führung des Fürstprimas Vaszary, der eine Adresse in lateinischer Sprache verliest. In seiner Erwiderung bemerkt der Papst, er wünsche der ungarischen Nation dauerndes Gedeihen und bleibenden Ruhm. Die Auszüge aus den in den vatikanischen Archiven enthaltenen Urkunden lieferten den Beweis, daß die Päpste nie aufhörten, über Ungarn zu wachen, und Ungarn es nie unterließ, dem heiligen Stuhle die schuldigen Ehren zu erweisen. Der Papst erwähnt darauf die gegen die Interessen der katholischen Kirche und gegen die katholische Religion gerichteten Angriffe.

29. Mai. Empfang ruthenischer Pilger.

12. Juni. Im geheimen Konsistorium ernennt der Papst nach einer lateinischen Ansprache, die von der Schulfrage in Amerika in sehr maßvoller Weise handelt, fünf neue Kardinäle. Es sind der Erzbischof Sécot von Bordeaux, die Bischöfe Bousset von Rodez, Schlauch von Großwardein, Sarto von Mantua und der „Sekretär der Bischofs- und Klosterkongregation" Graviello, Titular-Erzbischof von Cäsarea.

30. Juni. Der Papst empfängt eine Abordnung von etwa 80 Bischöfen, Priestern und Seminaristen aus dem Orient und erwidert auf eine von dem Bischof von Sidon-Haggjat verlesene Adresse, er freue sich, die orientalische Geistlichkeit nach der glücklichen Beendigung der Beratungen in Jerusalem begrüßen zu können; er habe stets dem Orient seine volle Sorgfalt zugewendet. Er wünsche sehnlichst, den alten Glanz dieser Kirchen erneuert zu sehen, indem dieselben die zerstreuten und verlornen Söhne wiedergewinnen.

Spanien.

I.

Cortes.

5. Januar. Infolge der am 8. Dezember 1892 erfolgten Ersetzung des konservativen Ministeriums Canovas durch das liberale Ministerium Sagasta werden die Kammern aufgelöst.

5. März. Die Neuwahlen für die zweite Kammer fallen auf 60 Konservative, 296 Ministerielle, 16 Karlisten, 50 Republikaner und 9 Abgeordnete aus Cuba, die die Selbständigkeit der Insel erstreben. Die republikanische Partei erscheint in der Kammer in einer Stärke, wie sie dieselbe seit der Wiederherstellung des Königtums (1874) nicht besessen hat.

19. März. Die Wahlen zum Senat ergeben eine Mehrheit von 199 für das Ministerium.

5. April. Eröffnung der neugewählten Kammern. Die Thronrede der Königin hat folgenden Inhalt:

Zuerst wird erklärt, daß Spanien zu allen Mächten herzliche Beziehungen unterhalte. Dann wird angekündigt, daß die Regierung dies Handelsverträge vorlegen wird, die sie mit verschiednen Staaten zu schließen im Begriffe ist und mit andern wie Norwegen, Holland, Schweiz und Portugal bereits geschlossen hat. Dann wird eine Reform des Gerichtswesens und des Immobiliarkredits angekündigt. Armee, Marine und alle lebendigen Kräfte des Landes müßten zu den Opfern beitragen, die nötig seien, um die Finanzen zu heben, ohne daß darum die effektive Stärke der Land- und Seemacht herabgesetzt werde. Die Ausgaben würden auf die äußerst zulässige Grenze gebracht und die Einnahmen vermehrt, soweit es der Reichtum des Landes erlaube. Eine gerechte Verteilung der öffentlichen Lasten solle eintreten, damit die Gleichheit der Bürger vor der Steuer zur Wahrheit werde. Die Beziehungen der Bank von Spanien zum Handel würden begünstigt, aber es solle auch dafür gesorgt werden, daß das Vertrauen nicht gestört und keine Verlegenheit des Staatsschatzes geschaffen werde. Das Genossenschaftswesen soll gefördert, die öffentlichen Arbeiten vermehrt und die Transportkosten vermindert werden, was gleichzeitig den landwirtschaftlichen Produkten wie der Industrie zu gute komme.

6. April. Die zweite Kammer wählt den frühern Minister des Aeußern, Armijo, zum Präsidenten.

11. Mai. Der Finanzminister Gamazo legt den Cortes das Budget für 1893—94 vor.

Der Minister erklärt, daß er im Prinzip Ersparnisse von $32^1/_2$ Millionen Pesetas gemacht habe, daß sie jedoch auf $14^1/_2$ Millionen verringert würden, weil 18 Millionen zur Deckung der laufenden Schuld unter verschiedenen Formen nötig seien. Das Defizit von 1891—92 betrage ungefähr 76 Millionen, das von 1892—93 mindestens 47 Millionen; im nächsten Rechnungsjahre

würde das Defizit, trotz der oben genannten Ersparnisse von 14 Millionen, ungefähr 47 Millionen betragen, wenn nicht neue Steuern eingeführt wären. Die Ueberschüsse an Steuern sollen ebenfalls zur Deckung der laufenden Schuld verwendet werden. Die Königin-Regentin habe von den 9½ Millionen ihrer Zivilliste eine Million dem Finanzminister zur Deckung der Schulden angeboten. Neu ist eine Steuer auf Pulver und Explosivwaren, Chemikalien, Spielkarten und auf Luxuswaren; außerdem auf Staatswertpapiere, ebenso auf industrielle und kommerzielle Werte anstatt der Steuer auf die Börsenoperationen. Die Erbschaftssteuer wird erhöht werden. Nachdem der Minister die Umwandlung der tilgbaren Schuld von 750 Millionen zu 4 Prozent leicht berührt hat, verlangt er die Ermächtigung zu einer Anleihe von 760 Millionen zu 4 Prozent, die bestimmt sein soll, die laufende Schuld zu konsolidiren, die Vorschüsse der spanischen Bank und der Kompagnie der Tabakpflanzer zurückzuzahlen und das Defizit des laufenden Budgets zu decken.

Daran schließt sich die Beratung eines Gesetzvorschlags der Regierung, wonach die Gemeindewahlen, die, dem Gesetze zufolge, am 14. Mai im ganzen Lande stattzufinden haben, bis zum 1. Januar 1894 verschoben werden sollen. Der Grund liegt hauptsächlich in der Sorge vor einem umfassenden Erfolge der Republikaner. Deren Abgeordnete versuchen alle Mittel der Geschäftsordnung, um die Beratung des Entwurfs über den 14. Mai hinauszuschieben und solcherart das Gesetz unmöglich zu machen.

12. Mai. Mit Hilfe der Konservativen gelingt es den republikanischen Abgeordneten in 31stündiger Sitzung, den Beginn der Beratung des Gesetzentwurfs bis zur Nacht hinauszuschieben. Es wird nun vorausgesehen, daß es nicht möglich sein werde, den Widerstand der Republikaner zu brechen und sie zu verhindern, die Sitzung ohne Unterbrechung bis zum 14. Mai auszudehnen.

13. Mai. Mit Rücksicht auf diese Lage bringt der Abgeordnete Pacheco im Einverständnis mit dem Ministerium den Antrag ein, angesichts des offenkundigen Obstruktionismus der republikanischen Minderheit die Regierung zu ermächtigen, diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich seien, die bevorstehenden Gemeindewahlen zu vertagen, bis die von dem Senat bereits angenommene und von der Mehrheit des Kongresses zweifellos ebenfalls gebilligte Vorlage durch Abstimmung des Hauses Gesetzeskraft erlangt habe. Der republikanische Führer Pi y Margall erhebt energischen Einspruch gegen diese Vergewaltigung des Parlaments und des Rechts der Minderheit seiner Mitglieder. Die Mehrheit aber stimmt geschlossen für den Antrag. Damit erreicht die 56stündige Sitzung ihr Ende, und die Regierung veröffentlicht einen Erlaß wegen der Verschiebung der Gemeindewahlen.

14. Mai. Nunmehr berät die Kammer in aller Ruhe den Gesetzentwurf gleichen Inhalts. Pi y Margall erklärt im Namen der republikanischen Vereinigung, daß sie sich nach der ihr widerfahrenen

Unbill vorläufig aus den Cortes zurückziehe und erst wieder erscheinen werde, wenn es das Wohl des Vaterlandes unbedingt erfordere. Ministerpräsident Sagasta bemüht sich vergebens, den Republikanern vorzustellen, daß von einer Beeinträchtigung ihrer Rechte keine Rede sei. Pi y Margall erwidert, daß der von seiner Partei gefaßte Beschluß unwiderruflich sei, und so wird die Gesetzesvorlage mit den 236 Stimmen der Liberalen, Konservativen und Possibilisten gegen die sieben der Karlisten angenommen. Hierdurch wird eine Ministerkrisis vermieden, die das königliche Dekret heraufzubeschwören drohte, weil mehrere Minister damit keineswegs einverstanden waren und das ganze Vorgehen der Kongreßmehrheit mißbilligten.

4. Juni. Die konservativen Abgeordneten sagen dem Ministerium zu, von ihrem Widerstande gegen das rechtzeitige Zustandekommen des Budgets abzusehen.

10. Juni. Sie nehmen diese Zusage zurück, weil sie sich mit den vom Ministerium beabsichtigten Reformen, die auf das Budget von größtem Einfluß sind, doch nicht einverstanden erklären können. Der Ministerpräsident erklärt hierauf in der zweiten Kammer, daß er die Reformen aufrecht erhalte.

14. Juni. Der Justizminister spricht sich in der Deputirtenkammer mißbilligend über den Ausstand der Advokaten aus, durch welchen Protest gegen die Reformen des Ministers eingelegt werden sollte, und sagt, daß die Regierung energisch vorgehen werde. Die Kammer lehnt alsdann mit 97 gegen 30 Stimmen einen Gegenantrag der Konservativen zum Budget ab. Diese verharren in der Obstruktionspolitik.

II.

Republikanische Partei.

Mitte Januar. Nach jahrelangen vergeblichen Versuchen kommt eine Vereinigung der drei bedeutendsten republikanischen Gruppen, nämlich der Föderalen (Pi y Margall), der Zentralisten (Salmeron) und der Progressisten (Zorrilla) zu stande, und zwar auf folgender Grundlage: durch alle Mittel die Herbeiführung der Republik zu beschleunigen; alle Gelegenheiten, die sich bieten werden, wahrzunehmen; einen leitenden Ausschuß zu bilden und einen Aufruf an das Land zu veröffentlichen; schließlich die Bildung einer provisorischen Regierung von dem Augenblick ab, wo die Republik zur Wirklichkeit wird, und feierliche Verpflichtung der drei Gruppen, derjenigen Verfassung sich zu unterwerfen, die die ersten Cortes der Republik genehmigen werden.

11. Februar. In einer größern Zahl von Städten, am geräuschvollsten in Madrid, wird der zwanzigste Jahrestag der Ausrufung der spanischen Republik von seiten der republikanischen Partei gefeiert.

III.

Die evangelische Kirche in Madrid.

10. März. Auf diesen Tag war die Einweihung der von der anglikanischen Mission erbauten neuen evangelischen Kirche in Madrid angesetzt.

Die Eröffnung war am 1. Dezember v. J. verboten worden, angeblich, weil der Stadtbaumeister den Bau nicht abgenommen habe. Man verschwieg, daß er dies nur auf Befehl des Bürgermeisters thun durfte, und daß dieser den Befehl dazu nicht erteilen wollte. Eine Abordnung von Damen der ersten Gesellschaftskreise hatte den Ministerpräsidenten gebeten, die Eröffnung zu hindern, und Sagasta hatte wenigstens die Entfernung der „äußern Zeichen," eines Kreuzes über der Thür und der Inschrift: Christus, Redemptor aeternus, versprochen. Solche Nachgiebigkeit war um so auffallender, weil die Verfassung nur die öffentlichen Kundgebungen (Prozessionen u. s. w.) den Andersgläubigen verbietet, zudem in Sevilla, Jerez und andern Städten die evangelischen Kirchen durch ein Kreuz oder eine Bibel an der Stirnseite geschmückt sind. Auch wagte die Regierung in Madrid nicht, selbst diese Zeichen zu entfernen; allein der spanische Pastor, eingeschüchtert und voll Verlangen, endlich seine Kirche gebrauchen zu können, gab nach, nahm das Kreuz herab und entfernte die Inschrift. Darauf erhielt er von dem Bürgermeister die Bescheinigung, daß der Eröffnung jetzt nichts mehr im Wege stehe; er müsse nur nach dem Gesetze 48 Stunden zuvor von der Eröffnung Anzeige machen. Das geschah.

In Scharen strömen nunmehr die Mitglieder der fünf evangelischen Gemeinden zur Feier herbei. Da erscheint ein Vertreter der Regierung und verbietet die Eröffnung. Als Grund wird angegeben, daß das betreffende Aktenstück noch nicht fertiggestellt sei; der wahre Grund ist aber, daß der Bischof von Madrid noch in letzter Stunde vom Ministerpräsidenten den Aufschub erlangt hat.

17. März. Endlich findet die Einweihung der neuen evangelischen Kirche statt.

IV.

Anruhen.

13. März. In Barcelona wird durch republikanische Kundgebungen, in Burgos aus Unzufriedenheit über eine Verwaltungsmaßregel, in Oleso durch Dynamitanschläge die Ruhe gestört.

17. Mai. Anläßlich einer rein örtlichen Frage entstehen Unruhen in Barcelona.

27. Mai. Aus gleichen Gründen finden Unruhen in der Provinz Granada statt.

3. Juni. In Puente Reino und Pampelona brechen Unruhen aus. Man verlangt die Wiederherstellung der Vorrechte der Provinz Navarra.

9. Juni. In Valencia finden anarchistische Unruhen statt.

10. Juni. Aus Erregung über die in Aussicht genommene Verlegung des Generalkapitanats finden in Coruña erhebliche Unruhen statt; man verlangt ein unabhängiges Galicien.

V.

Die königliche Familie.

30. Januar. Tod der Herzogin Margarethe, 46jährigen Gemahlin des Don Carlos, Herzogs von Madrid, geb. Prinzessin von Parma, in Viareggio (Provinz Lucca, am Mittelmeer).

1. Februar. Der 6jährige König Alfons erkrankt an den Masern.

23. März. Die Königin-Regentin Maria Christine ernennt den Admiral Pasquin zum Marineminister.

VI.

Beginnende Spannung mit Marokko.

Anfang Januar. Auf der Insel Alhucemas, einer der „Presidios" an der marokkanischen Küste, wohin spanische Verbrecher gebracht zu werden pflegen, wird der spanische Hafenkapitän, ein Marineoffizier, von Marokkanern gefangen und entführt. Dies ist der Anfang zur kriegerischen Gestaltung des Verhältnisses Spaniens zu Marokko, wie es unter Hinzutritt mehrerer anderer und schlimmerer Fälle sich im zweiten Halbjahr gestaltet.

VII.

Aufstand auf Cuba.

24. April. Infolge der im März stattgehabten Corteswahlen und aus Unzufriedenheit über die drückenden Steuern bricht in der Provinz Santiago ein Aufstand aus unter Führung der Brüder Sartorius.

29. April. Der Generalkapitän General Rodriguez Arias verhängt über diese Provinz den Kriegszustand, schickt Truppen gegen die Aufständischen und Kriegsschiffe an die östliche Küste, um das Zuströmen von Verbannten und sonstigen Helfern aus San Domingo und Nordamerika zu verhindern.

Portugal.

3. Januar. Die Cortes werden durch eine Thronrede des Königs Karl eröffnet.

Darin werden zunächst die Beziehungen zu den Mächten als „unverändert herzliche" bezeichnet. Nachdem sodann des warmen und glänzenden Empfangs Erwähnung geschehen, der den Majestäten auf ihrer spanischen Reise von allen Seiten bereitet worden ist, werden folgende neue Gesetzesvorlagen angekündigt: Eine Reform des Wahlgesetzes, die einigen Uebelständen abhelfen soll, die sich im Laufe der jüngsten Wahlkampagne herausgestellt haben; eine Reorganisation des Gerichtswesens für das Königreich und die Kolonien, sowie eine Revision der für die Richter ausgeworfenen Gehälter und sonstigen Emolumente; eine Neuordnung der Militärgerichtsbarkeit, die einerseits eine Vervollkommnung, andrerseits eine Herabminderung der Kosten der Rechtsprechung anstrebt; endlich mehrere Vorschläge, die auf eine ökonomischere Einrichtung der Verwaltung der Kolonien, sowie auf Hebung der infolge einer schlechten Ernte darniederliegenden Landwirtschaft und der Industrie abzielen. Die die Finanzlage behandelnde Stelle der Rede hat folgenden Wortlaut: „Vor allen Dingen aber empfehle ich Ihrer Aufmerksamkeit eine Anzahl von Maßnahmen, durch die meine Regierung die schwierige Lage zu bessern bestrebt ist, in der sich zur Zeit der Staatsschatz befindet. Erhebliche Ersparnisse sind zwar durch die Minderung der Ausgaben in mehrern Zweigen der Verwaltung gemacht; die Herabsetzung der Zinsen der öffentlichen Schuld war ein weiterer tiefgreifender Schritt auf dem Wege zur Rekonstituirung unsrer Finanzen, neuerliche Unterhandlungen wegen einer beträchtlichen Herabminderung der Zinsen der schwebenden Schuld lassen gleichfalls hoffen, daß der Kredit des Landes insoweit sichergestellt werde, daß die Finanzgeschäfte ungefährdet (desassombradamente) bis zum Ende des nächsten Wirtschaftsjahres weitergeführt werden können; und von diesem Termin ab steht vollends — wenn anders mit der gleichen Sparsamkeit weiter gewirtschaftet wird — eine Besserung der Situation zu erwarten.

Immerhin aber reichen alle diese von meiner Regierung getroffenen Maßnahmen noch nicht aus, um den Finanzen des Landes eine gesunde Grundlage wiederzugeben.

Es wird Ihnen vielmehr obliegen, das durch das Dekret vom 30. Juni v. J. für die auswärtige Schuld geschaffene Provisorium definitiv zu regeln, sowie sich über die Ihnen zu unterbreitenden finanziellen Vorschläge schlüssig zu machen, die dazu dienen sollen, einmal die Einnahmen zu mehren und andrerseits den Staatsgläubigern die volle und pünktliche Innehaltung der Uebereinkommen vom 26. Februar und 13. Juni v. J. zu gewährleisten.

16. Januar. Der Ministerpräsident Dias Fereira legt der Deputirtenkammer das Budget für 1893/94 vor. Darin sind die

Einnahmen mit 41160, die Ausgaben mit 46222 Kontos Reis veranschlagt. Das Defizit in Höhe von 5062, das sich darnach ergiebt, soll durch eine Herabminderung der Ausgaben und durch neue Steuern gedeckt werden.

21. Januar. Die Deputirtenkammer beschließt mit 107 gegen 4 Stimmen, gemäß eines vom Ministerium ausgesprochenen Verlangens, die Erklärung, es sei unzeitgemäß, als Einleitung der Beratung über die Finanzverhältnisse die Frage des fortdauernden Vertrauens zum Ministerium zu stellen.

22. Januar. Der Ministerpräsident erklärt in der Budgetkommission, er werde dem Projekt, die Zinsen für die auswärtige Schuld unter 33 Prozent herabzusetzen, seine Zustimmung nicht geben. Der Präsident der Budgetkommission erwidert: Die Kommission wolle, bevor sie bezüglich der Zinsen der Staatsschuld einen Beschluß fasse, die Einnahmequellen des Staates prüfen, da Fereira auch im vergangnen Jahre trotz des Beschlusses der Kammer, die Staatsschuld mit 50 Prozent zu verzinsen, sich genötigt gesehen habe, die Zinsen auf 33 Prozent herabzusetzen.

1. Februar. Bei Beratung der Deputirtenkammer über die auf die Thronrede zu erlassende Antwort bringt der Abgeordnete für Oporto, Professor de Freitas, den Antrag ein, die Zivilliste des königlichen Hauses zu vermindern, anstatt neue Zölle und Abgaben auf Lebensmittel zu legen. Dieser Antrag wird von der Kammer mit Entrüstung zurückgewiesen, indem besonders der Abgeordnete de Arevedo Castello Branco hervorhebt, daß der Antrag nur den Zweck habe, republikanische Propaganda zu machen und auf Täuschung des Volks berechnet sei, indem er verschweige, daß fast der größte Teil der Zivilliste zur Unterstützung hilfsbedürftiger Familien, zu Wohlthätigkeitsanstalten, Hospitälern, Stipendien u. s. w., ja selbst zur Unterstützung politischer, von den Republikanern im Stich gelassener Flüchtlinge verwendet würde, und daß im vergangnen Jahre der König, als einer der ersten, den zwanzigprozentigen Steuerabzug von seiner Zivilliste gestattete. Die Verhandlung endet damit, daß der republikanische Abgeordnete sein Mandat niederlegt und mit zwei seiner Gesinnungsgenossen den Saal verläßt.

2. Februar. Die Finanzkommission der Deputirtenkammer beschließt zu der Vorlage, durch die das Dekret vom 13. Juli 1892, betreffend die Herabsetzung der Zinsen für die auswärtige Schuld, aufrecht erhalten wird, einen Zusatz, durch den die von Inhabern portugiesischer Werte bezüglich der Nichtzahlung von zwei Dritteilen der Zinsen gemachten Vorbehalte gänzlich zurückgewiesen werden.

4. Februar. Die Finanzkommission der Deputirtenkammer beantragt bei dieser, die Regierung unter Hinweis auf die traurige

wirtschaftliche Lage des Landes aufzufordern, von einer Erschwerung der Abgaben auf Lebensmittel, die zumeist die untern Bevölkerungsschichten treffen würden, abzustehen und den dadurch ausfallenden Ertrag auf anderm Wege zu decken.

6. Februar. Bei Beratung der Deputirtenkammer über die Vorlage, betreffend die Herabsetzung der Zinsen für die auswärtige Schuld, weist der ehemalige Finanzminister Oliveira Martins darauf hin, daß es notwendig sei, in dieser Hinsicht ein Abkommen mit den Inhabern der Titres der auswärtigen Schuld zu treffen.

7. Februar. In Fortsetzung dieser Beratung erinnert der Ministerpräsident daran, daß die englische Note vom Februar 1852, worin der Einspruch gegen die Herabsetzung der Zinsen der Staatsschuld auf 3 Prozent erhoben wurde, seitens des damaligen Ministeriums keine Beachtung fand, weil sie keine fremde Einmischung in die innern Angelegenheiten des Landes zulassen wollte. In gleicher Weise würde er in Bezug auf die Verordnung vom 14. Juni v. J., worin die Zinsen auf 1 Prozent herabgesetzt wurden, denselben Grundsatz aufrechterhalten.

16. Februar. Die Deputirtenkammer beschäftigt sich mit der Alkoholfrage.

Die Regierung vergab im vorigen Jahre die Alkoholproduktion an einen Verband von achtzehn Brennereien gegen eine Minimalabgabe von 400 Contos de Reis bei einer Produktion von 8 Millionen Litern; ferner hatte der Verband alle zum Brennen geeigneten süßen Kartoffeln der Acarischen Inseln, sowie die Zuckerrüben des Kontinents zu verarbeiten. Wie aus einer Eingabe der Weinproduzenten des Dourogebiets hervorgeht, hat der Verband die Alkoholpreise nicht nur um 50 Prozent erhöht, sondern auch die früher gewährten Zahlungskredite eingegangen und trotz diesem ein für die Weinproduktion vollständig unbrauchbares Destillat geliefert. Dies in Verbindung mit Unregelmäßigkeiten, die bei der Gründung des Brennerverbandes stattgefunden haben sollen, hat einen allgemeinen Sturm der Entrüstung gegen dieselben heraufbeschworen, und es hat sich infolge dessen die Regierung genötigt gesehen, den Kronanwalt zur schleunigsten Berichterstattung über die ihm in der Sache zugegangnen Urkunden aufzufordern. Der republikanische Abgeordnete de Abreu bringt einige dieser Urkunden zur allgemeinen Kenntnis. Darnach ist die Gründung des Verbands auf völlig ungesetzliche Weise geschehen, indem sich statt der gesetzlichen achtzehn Brennereien ($^2/_3$ der im Lande bestehenden) nur vierzehn Brennereien angemeldet hatten, von denen außerdem vier überhaupt nicht mehr existirten. Die Kosten der staatlichen Kontrolle waren auf 2000 Milreis pro Brennerei festgesetzt und hätten demgemäß 36000 Milreis für die achtzehn Fabriken zu betragen; statt dessen wurde das Reglement des Verbands dahin abgeändert, daß diese Kosten nur für die im Betrieb befindlichen Brennereien, deren Zahl auf sieben reduzirt wurde, zu entrichten seien. Der Staat wird dadurch um 22000 Milreis geschädigt. Ferner entzog sich der Verband der Verpflichtung des Ankaufs der Kartoffeln und der Zuckerrüben und beschränkte seine Käufe auf die Produktion der Inseln S. Miguel und Terceira, und nur eine einzige Brennerei verarbeitete Zuckerrüben. Weiter weist Redner nach, daß statt der Minimalsumme von 400 Zentnern der Staat bis jetzt kaum

den vierten Teil erhielt, trotzdem der Gewinn des Verbands 100 Prozent betrüge und sich mit den dem Staate vorenthaltenen Summen auf 140 bis 150 Prozent erhöhe. Das in den zum Verband gehörigen Brennereien angelegte Kapital beträgt höchstens 630 Contos de Reis, während der nachweisbare Nutzen, bei voller Zahlung aller Abgaben, sich auf 626 Contos de Reis belaufe. Es zeige dies, wie zu Gunsten weniger das Land einer reichen Einnahmequelle beraubt werde, da Alkohol mit Leichtigkeit 1000, ja selbst 2000 Contos per Jahr ertragen könne. Der Redner schließt mit der Forderung, daß der Vertrag mit dem Verbande aufgehoben werde, und daß die Regierung die nötigen Maßregeln ergreife, um die Alkoholsteuer ganz und reell für den Staat zu erheben.

20. Februar. Der Ministerpräsident Dias Fereira kündigt den Kammern an, daß das Ministerium um Entlassung gebeten habe. Der Grund liegt darin, daß die Kammern sich der Ansicht des Oliveira Martins zuneigen, wonach es notwendig sei, ein rechtliches Abkommen mit den auswärtigen Inhabern der Schuldverschreibungen zu treffen. Fereira hatte dem Könige die Auflösung der Kammern vorgeschlagen, der König hatte es jedoch abgelehnt.

22. Februar. Der König ernennt ein neues Ministerium, in welchem der bisherige Generalprokurator Hintze Ribeiro den Vorsitz und das Auswärtige, Castello Branco das Innere, Azevedo Justiz, Oberst Pimentel Pinto Krieg, Fuschini Finanzen, Neves Ferreira Marine und Bernardino Machado Arbeiten übernehmen. Die Minister gehören zur Partei der Regenerados. Der Ministerpräsident ist Mitglied der ersten Kammer und früher schon zweimal Minister (des Auswärtigen, dann der Finanzen) gewesen.

23. Februar. Das neue Ministerium tritt vor die Kammern mit folgendem Programm: Portugal wolle und werde so viel zahlen, als ihm möglich ist. Diese Möglichkeit soll durch genaue Forschung festgestellt werden. Die Steuern sollen besser verteilt und ertragreicher gemacht, die Banken, Gemeindeverwaltungen und Finanzgesellschaften wirksamer überwacht werden. In der Verwaltung soll gespart und neue Steuern nur auferlegt werden, wenn sie unvermeidlich sind; dann aber sollen von ihnen nicht die Lebensmittel getroffen werden. Für Preßvergehen, Vergehen bei den Wahlen und politische Vergehen soll Amnestie erfolgen.

15. April. Das Ministerium ordnet große Einschränkungen der Ausgaben, besonders für das Heerwesen an; hiermit kommt es den Forderungen der Republikaner entgegen.

16. Mai. Die Deputirtenkammer nimmt den noch vom vorigen Ministerium herrührenden Gesetzentwuf über die auswärtige Schuld mit Aenderungen, die der Finanzminister vorschlug, an, wonach die Zinsen der auswärtigen Schuld eine Aufbesserung über ein Drittel Prozent hinaus erfahren sollen aus den Ersparnissen,

die aus dem Rückgange des Goldagios unter 22 Prozent resultiren würden. Der Genuß der Zinsvergünstigungen soll vom 1. Juli an eintreten. — Der Finanzminister legt das Budget vor, das mit einem Defizit von 1002 Kontos abschließt, und schlägt zur Herstellung des Gleichgewichts im Budget eine Stempel- und Alkoholsteuer vor.

19. Mai. Auch der Senat genehmigt das Gesetz über die auswärtige Schuld.

23. Juni. Die Deputirtenkammer genehmigt das Budget für 1893—94.

Belgien.

I.

Wahlreformbewegung.

Anfang Januar. Nachdem das Ministerium Beernaert am 26. Dezember 1892 dem aus Mitgliedern beider Kammern des neuen Parlaments bestehenden Verfassungsausschusse den Entwurf zur Aenderung der Staatsverfassung hat zugehen lassen (1892, II. S. 331), finden täglich in den meisten größern Orten, vor allem in Brüssel, Versammlungen zu Gunsten der Einführung des allgemeinen Stimmrechts statt.

19. Januar. Die Bürgermeister und Vertreter der sieben Vorstädte Brüssels sprechen sich für eine von seiten dieser Gemeinden vorzunehmende Probeabstimmung bezüglich der Frage des allgemeinen Stimmrechts aus.

2. Februar. Vertreter der radikalen, der sozialistischen und der demokratischen Flamländerparteien in Brüssel sprechen sich in einem Aufruf an die Bevölkerung der Hauptstadt gegen den Stadtrat aus, der gegen eine solche Abstimmung auftrat, und fordern zur Förderung dieses Unternehmens auf.

26. Februar. Es findet diese von den radikalen Parteien veranstaltete Volksabstimmung in Brüssel statt. Von 111700 Stimmberechtigten nehmen 60279 teil, von denen 48660 sich für das mit einundzwanzig Jahren auszuübende allgemeine Stimmrecht aussprechen; dagegen fallen auf den von der Regierung den Kammern gemachten Vorschlag (Abhängigkeit der Wahlberechtigung vom Innehaben einer eignen Wohnung und vom Nachweis eines gewissen Bildungsgrades) nur tausend Stimmen; für den vom Abgeordneten Nothomb im

Verfassungsausschusse der Kammer gestellten Antrag auf aktives allgemeines Wahlrecht mit vollendetem fünfundzwanzigsten Lebensjahre sprechen sich 7684, für Ausschluß derjenigen von der Wahlberechtigung, die Unterstützung genießen und die keine Volksschulbildung besitzen, sprechen sich 3935 Stimmen aus.

II.

Die Kammern.

1.

Ueber die Verfassungsänderung.

31. Januar. Die Verfassungsausschüsse beider Kammern, die am 8. November 1892 eröffnet wurden, um die von den vorigen Kammern am 10. Mai 1892 beschlossene Verfassungsänderung vorzunehmen, beenden ihre Beratungen über die ihnen zu diesem Zweck am 26. Dezember von der Regierung zugegangnen Vorschläge. Der Kammerausschuß genehmigt den Regierungsvorschlag bezüglich der Grundsätze des Wohnungsbesitzes, des Lesen- und Schreibenkönnens als Bedingung der Wahlberechtigung und der Stimmabgabe in den Gemeinden, ebenso die eventuelle verhältnismäßige Vertretung, verwirft dagegen die obligatorische Stimmabgabe.

28. Februar. Unter dem Eindrucke der am 26. Februar in Brüssel nebst Vorstädten von den radikalen Parteien veranstalteten Volksabstimmung über die Frage des allgemeinen Stimmrechts beginnt die Deputirtenkammer die Beratung der Regierungsvorlage über die Aenderung der Verfassung. Der Ministerpräsident Beernaert spricht sich dabei also aus:

Er preist die Segnungen der jetzigen Verfassung, die Fortschritte des Landes, die Besserung der Lage der arbeitenden Klassen, für die kein Land besser als Belgien sorge; je besser es aber den Arbeitern gehe, um so maßloser, gewaltthätiger werde ihr Auftreten. „Hieraus entspringen jene ökonomischen Störungen, die den Arbeitern selbst am schädlichsten sind. So schwierig die Lage auch sein mag, man muß sich vor ungerechtfertigtem Widerstand hüten und kein andres Interesse als das des Staats und die soziale Gerechtigkeit im Auge behalten. Das ist das Prinzip, dem alle unsre Handlungen entspringen. Der Augenblick ist gekommen, wo die Grundlage der politischen Stimmfähigkeit erweitert und erhöht werden soll. Ueber die Notwendigkeit der Revision herrscht vollständiges Einverständnis. Die Frage, die die ganze Beratung beherrscht, ist die Frage des Stimmrechts." Redner geht hierauf zu einer Darstellung der einzelnen Vorschläge in Bezug auf die Gestaltung der Wahlreform über, giebt eine philosophisch-politische Definition des Stimmrechts und fährt dann fort: „Es besteht zwischen uns und Janson

(Vertreter der Radikalen) kein andrer Unterschied als die Forderung, daß diejenigen, die zur Ausübung des Stimmrechts berufen würden, einen gewissen Grad geistiger Fähigkeit und damit geistiger Unabhängigkeit besitzen sollen; der Grundsatz ist ganz derselbe, nur in der Anwendung sind unsre und Jansons Ansichten verschieden. Wir verlangen den Nachweis einer vollkommenen Volksschulbildung oder eine gewisse Sicherheit der Stellung, die sich mit der Eigenschaft als Familienvater decken kann. Bedenklicher ist es, daß das Ideal, wonach die Macht den Würdigsten und Fähigsten zugehören würde, nie erreicht werden kann. Ich bestreite durchaus nicht den Grundsatz der nationalen Souveränetät, die Grundlage unsrer Verfassung, aber die Gleichheit aller ist eine Täuschung. Die Ideen reifen schnell, wenn sie wahr sind; das ist einer der Hauptgründe, weshalb ich mich der Einführung des allgemeinen Stimmrechts widersetze. Es giebt auch noch einen andern Grund, der mich abhält, so weit zu gehen wie andre, und zwar, weil man in der Politik die allzu großen Sprünge und einschneidende Veränderungen ohne Uebergangszeiten vermeiden muß. Die Folge der plötzlichen Einführung des allgemeinen Stimmrechts wäre mit Sicherheit die Revolution, und auf diese ist das Land gewiß nicht vorbereitet." Dann geht der Minister zu einer scharfen Kritik der sozialistischen Lehren über, wobei er sich insbesondre an die Behauptungen Bebels hält. Die kommunistischen Theorien erklären allem, was reich und mächtig ist, den Krieg, an irgend einen Ersatz denken die Sozialisten nicht. Wenn man frage, wie es möglich sein wird, das Glück aller zur Thatsache zu machen, so antworteten die deutschen Sozialisten, daß die Regierung überflüssig sein werde, sobald der Widerstreit der Interessen verschwunden sei; aus den Ruinen der jetzigen Gesellschaft werde das Gebäude der sozialen Gerechtigkeit von selbst entstehen; wer nicht arbeite, werde nichts zu essen haben! „Diese Ideen werden jetzt auch in Belgien gepredigt. Wenn man aber Zugeständnisse macht, so werden die Ansprüche immer größer, und die Forderungen werden nicht mehr zu befriedigen sein. Aus diesen Gründen widersetze ich mich dem allgemeinen Stimmrecht und der allgemeinen Gleichheit."

1. März. Der Ministerpräsident Beernaert setzt seine Rede zur Empfehlung der Regierungsvorschläge fort:

Er behandelt vor allem die Frage: Sollen die zwei Kammern von den nämlichen Elementen gewählt werden? Nachdem er die Organisationen der senatsähnlichen Körperschaften der verschiednen europäischen Nationen überschaut, spricht er sich im ganzen für das Muster des französischen Senats aus und fährt fort: Bis jetzt hat die parlamentarische Maschine, dank der beschränkten Zusammensetzung der Wahlkörperschaft, ohne Störung gearbeitet. Ganz anders wird sich die Lage in Zukunft gestalten. Die Zahl der Wähler wird mindestens verfünffacht werden. Man wird mit der Ungeduld, mit verschiednen Gelüsten und Appetiten zu rechnen haben, und für den Staatswagen wird ein Lenker, der die Zügel bisweilen straff anzieht, von großem Nutzen sein. Diese Rolle möchte ich vor allem dem Senat übertragen sehen. Der einzige unter den vielen Vorschlägen, der fast angenommen worden wäre, und für den die Regierung die größten Sympathien besitzt, ist derjenige, der das in Frankreich bei der Senatsorganisation eingehaltene System, wenn auch einigermaßen verändert, im Auge hat. Der Vorschlag hat vor allem den Vorteil, daß sich der Senat aus einer der Zahl nach beschränkten Wahlkörperschaft zusammensetzt, und daß die Wähler nicht daran denken würden, den Kandidaten streng zu beobachtende Mandate zu geben, sondern daß sie ihnen volle Meinungs- und Gewissensfreiheit lassen werden. Aus Mangel an Unterstützung in der Kammer sah sich die Regierung gezwungen, diesen Vorschlag, der ihr nichtsdestoweniger teuer bleibt, aufzugeben. Auch andre Vor-

schläge finden die Zustimmung der Regierung, vor allem das Alter der Wahlfähigkeit für den Senat und die Zahl der Senatoren. Was ist vernünftiger, als von den Wählern die Bürgschaft der Erfahrung und der geistigen Unabhängigkeit zu verlangen, und welche Garantie ist hierfür sicherer als die des Alters? Die Regierung ist der Ansicht, daß unter sechsunddreißig Jahren kein Bürger an den Senatswahlen teilnehmen dürfte. Wir bekommen so eine Wahlkörperschaft, deren intellektuelle Unabhängigkeit verbürgt wäre. Was die Zahl der Senatoren anbelangt, so muß man vor allem die Vertretung der Minderheiten im Auge behalten. Dieses Prinzip hat die ungeteiltesten Sympathien der Regierung, und dessen Wert wächst fortwährend mit der Zeit. Genaue Zahlen anzugeben, ist nicht nur schwierig, sondern jetzt auch unmöglich. Aber schon von dem Standpunkte des sozialen Friedens aus ist es höchst wünschenswert, daß alle Minderheiten in unsern gesetzgebenden und beratenden Versammlungen gehört werden können. Aehnliche Gründe machen mich zum Anhänger der obligatorischen Abstimmung, die in der Kommission angenommen ist. Es soll keinem Bürger erlaubt sein, da, wo das öffentliche Wohl im Spiele ist, sich gleichgiltig zu zeigen. Warum soll man sich an den individuellen guten Willen des Einzelnen bei den Abstimmungen wenden, wenn wir in so viel andern Fällen verpflichtet und gezwungen sind? Die obligatorische Abstimmung würde die große Menge vor allem lehren, an den öffentlichen Angelegenheiten teil zu nehmen, und sie wird umso nötiger sein, als die Wahlkörperschaft eine bedeutend größere Ausdehnung erhalten wird.

3. März. Der Abgeordnete Vanderkindern, Vertreter der gemäßigten Linken, stellt bei Fortsetzung der Beratung die Forderungen dieser Partei auf. Sie verlangt die Trennung der städtischen Wahlbezirke von den ländlichen, wodurch die liberale Partei der Gefahr entgehe, von den bäuerlichen Wählern, die zumeist der klerikalen Partei angehören, erdrückt zu werden. Dann fordert sie, daß der Wahlzensus nicht nach dem Kastral-, sondern nach dem Mietwerte berechnet werde. Wenn die Regierung diese beiden Bedingungen erfülle, so werde sich die gemäßigte Linke bereit erklären, für das Hausstandsystem zu stimmen. Infolge dieser Erklärung wendet sich der Ministerpräsident dieser Partei zu, nachdem er sich bisher, infolge eines Entgegenkommens Jansons im Verfassungsausschusse, den Radikalen zugewendet hatte.

12. April. Nach mehrwöchigen Beratungen lehnt die Deputirtenkammer Jansons Antrag zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts (mit der Wahlberechtigung vom 21. Lebensjahre an) mit 115 gegen 26 Stimmen und sodann sämtliche 15 übrigen zur Wahlreform gestellten Anträge ab, darunter einen von der Regierung gebilligten Antrag, wonach die Wahlberechtigung nach dem Werte der Wohnung bestimmt werden soll. Infolge dessen wird die Weiterberatung der Vorlage bis nach Prüfung einiger neu eingebrachten Vorschläge durch die Kommission vertagt.

18. April. Nachdem die Kommission hierüber berichtet hat, nimmt die Deputirtenkammer mit 86 gegen 47 Stimmen folgenden Vorschlag des Abgeordneten Nyssens zur Wahlreform an:

Es soll jeder 25jährige Belgier nach einjähriger Ansässigkeit in einer Gemeinde daselbst wahlberechtigt sein, wenn er durch das Wahlgesetz nicht als unwürdig erkannt ist. Eine Mehrstimme aber soll erhalten: 1. Nach dem 35. Lebensjahre, wer verheiratet oder mit Kindern verwitwet ist und an persönlichen Staatssteuern wenigstens 5 Franks jährlich entrichtet oder von Berufs wegen steuerfrei ist, wie z. B. der Inhaber einer qualifizirten Arbeiterwohnung, auf der keine „persönliche" Steuer liegt; 2. nach dem 25. Lebensjahre, wer entweder liegende Güter mit einem Katasterwert von 2000 Franks, auf der Grundlage des Katastraleinkommens zu berechnen, besitzt oder seit zwei Jahren 100 Franks Rente auf das Staatsschuldbuch oder auf Staatsschuldpapiere bei der Landessparkasse; 3. nach dem 25. Lebensjahre, wer wenigstens die Abiturientenprüfung bestanden hat oder ein Amt oder eine Stellung inne hat, die die Absolvirung des Gymnasiums voraussetzt. Niemand soll mehr als drei Stimmen abgeben können, und die Beteiligung an den Wahlen soll verbindlich sein.

27. April. Der Senat tritt mit 52 gegen 1 Stimme diesem Vorschlage bei. Die Annahme dieses sogenannten Pluralsystems wird, nach statistischen Berechnungen, 1200000 Wähler ergeben, wovon 700000 doppelte oder dreifache Stimmen erhalten, nämlich 365000 35jährige Ehemänner als Fünffrankenzahler, 263000 Besitzer von liegendem Gut, 12000 Sparwähler und 60000 Abiturienten oder Gleichgestellte.

7. Mai. Ueber die Anwendung dieses Mehrstimmenwahlsystems hält sein Urheber, der Abgeordnete und Professor der Rechte an der katholischen Universität Löwen, Nyssen, im Arbeiterverein zu Charleroi einen erläuternden Vortrag.

Hiernach haben die bisherigen Stimmberechtigten in der künftigen Wählerschaft nur 300000 Stimmen und diejenigen, die bisher von dem Stimmrechte ausgeschlossen waren, verfügen über 1600000 Stimmen. Alle 25 Jahre alten Bürger haben eine Stimme, sodaß die Wählerschaft, die bisher aus 135000 Stimmberechtigten gebildet war, fortan 1200000 Wähler umfassen wird. Da die meisten Arbeiter verheiratet sind und 5 Franks Personalsteuern entrichten, so werden diese zwei Stimmen haben. Ein Eigentum von 2000 Franks gewährt auch zwei Stimmen; es giebt zahlreiche Arbeiter, die ein Haus von diesem Werte besitzen. Andrerseits setzt das neue Gesetz über die Arbeiterwohnungen die Arbeiter in den Stand, leicht in den Besitz oder in den Genuß eines Hauses einzutreten. Sobald sie ein Haus besitzen, steht ihnen, auch wenn sie es nicht ganz bezahlt haben, die Doppelstimme zu. Das neue Wahlsystem gewährt auch denjenigen Bürgern, die sich den höheren Studien gewidmet haben, eine Doppelstimme, um neben dem Eigentum auch die Intelligenz zu berücksichtigen. Diese Vergünstigung trifft im ganzen Lande nur 60000 Bürger; da aber von diesen mindestens 10000 schon auf Grund der andern Bestimmungen eine doppelte Stimme besitzen, so sichern die Studien allein nur 50000 Bürgern eine Doppelstimme.

18. Mai. Nach Erledigung der Wahlreformfrage kommt der zweite Punkt der Verfassungsänderung, die Frage der Umbildung des Senats, in Betracht. Dessen Verfassungsausschuß spricht sich für die Regierungsvorlage aus. Darnach ist die Wählbarkeit von folgenden Bedingungen abhängig: 1. Ein Alter von mindestens 35 Jahren, während gegenwärtig zur Wahl in den Senat die

Zurücklegung des 40. Lebensjahres erforderlich ist. 2. Der Besitz eines Grundstückes, Hauses oder landwirtschaftlichen Gutes im Werte von mindestens 500000 Franks, wobei die Katastralschätzung maßgebend sein soll. 3. Außer diesen Großgrundbesitzern soll noch eine Kategorie von ehemaligen hohen Staatsbeamten und frühern Ministern das passive Wahlrecht für den Senat erhalten.

30. Mai. Die Deputirtenkammer nimmt die Frage des Wahlzwangs in Beratung.

Artikel 48 des Grundgesetzes lautet in der bisherigen Fassung: „Die Wahlkreise werden nach den Abteilungen der Provinzen gebildet und die Wahlen finden in denjenigen Ortschaften statt, die das Gesetz bestimmt." Die von der Regierung im Einverständnisse mit dem Ausschusse des Hauses vorgeschlagene Fassung lautet: „Die Einteilung der Wahlkreise wird durch das Gesetz geregelt. Die Wahl geschieht in der Gemeinde. Die Teilnahme an den Wahlen ist verbindlich." Durch eine solche Aenderung wird nebst dem Wahlzwange bezweckt, die bisherigen, aus den einzelnen Verwaltungs-(Landrats-)Kreisen bestehenden Wahlkreise so zusammenzulegen, daß jeder der neuen Wahlkreise mehrere Abgeordnete zu entsenden hätte; es soll dadurch der verhältnismäßigen Vertretung oder Vertretung der Minderheiten die Thür geöffnet werden; indes, da sich eine Zweidrittelmehrheit nicht finden würde, um diese Reform in der Verfassung selbst festzulegen, hofft die Regierung bei der Beratung der Wahlordnung die einfache Mehrheit dafür zu gewinnen. Die Wahlkreiseinteilung nach Provinzen soll nicht mehr verbindlich sein; es soll vielmehr zur sichern Durchführung der verhältnismäßigen Vertretung ermöglicht werden, eine kleine Provinz, wie Namur, Limburg und Luxemburg, die nur einige Abgeordnete nach Maßgabe des beizubehaltenden Verhältnisses (1:40000 Einwohnern) zu wählen hätte, zu einer größern Provinz zu schlagen, oder auch Flamen mit Flamen und Wallonen mit Wallonen wählen zu lassen. Die Verlegung der Wahl in die Gemeinde ergiebt sich als eine unumgängliche Notwendigkeit im Interesse der auf 1200000 Bürger geschätzten künftigen Wählerschaft.

Ministerpräsident Beernaert ergreift zur Frage des Wahlzwangs das Wort. Er stellt sich auf den Standpunkt, daß die Ausübung des Wahlrechts eine Bürgerpflicht sei. Das Gesetz, also der Wille der Nation, bestimme, welche Bürger an der Ausübung der Volkssouveränetät teilnehmen sollen, und zwar im Interesse des Gemeinwesens. Demnach sei das Wahlrecht ein Amt. Sodann fährt der Minister fort:

Wir haben ein sehr demokratisches Wahlverfahren angenommen, indes haben wir die Frauen, die Einwohner unter 25 Jahren und die verschiedenen Gruppen von Unwürdigen außerhalb der Wählerschaft gelassen. Nun, das Gesetz ist bindend für alle, folglich auch für diejenigen, denen die Verfassung aufträgt, das Wohl der Nichtwähler wahrzunehmen, so gut als ihr eigenes; ist es daher nicht billig und vernünftig, die Teilnahme an der Wahl für pflichtmäßig zu erklären? Das parlamentarische System fußt auf dem Willen der Nation. Damit aber das Gesetz diesen Willen ausdrücke, muß er bekannt sein, also dürfen keine Enthaltungen vorkommen, wodurch der Ausdruck dieses Willens gefälscht werden kann. Diese Erwägungen scheinen mir besonders maßgebend, wenn es sich um das ausgebreitetste, um das allgemeine Wahlrecht handelt. Hier ruht der Verfassungs-

bau am treffendsten auf dem Gedanken, daß es ratsam ist, alle an der Ausübung der Volkssouveränetät teilhaft zu machen. Bei dem verallgemeinerten Wahlrecht sind die Enthaltungen am meisten zu befürchten, vor allem aus Gleichgiltigkeit. Wie viele Wähler bleiben da nicht zu Haus, weil es ihnen so gefällt, weil es auf dem Lande angenehm ist, weil es vornehm scheint, sich zu enthalten, weil man nicht neben seinem Knecht stimmen will? Das erlebt man in Frankreich und anderswo. In Deutschland fehlen bei Reichstagswahlen 28 Prozent, in Italien fehlen 50 und in Spanien gar 65. Die Erfahrung zeigt, daß unter einem solchen Wahlrecht fast stets die staatserhaltenden Elemente wegbleiben. Aufgeregte Leute und Zwietrachtschürer gehen unaufgefordert wählen, behutsame Wähler aber bleiben zu Hause und bedenken nicht, daß sie durch ihr Fernbleiben den Einfluß der andern vermehren und ausschlaggebend machen. Wie oft hat man nicht erlebt, daß selbst eine unansehnliche Minderheit sich der Verwaltung größerer Gemeinden bemächtigte. Dies ist namentlich in Marseille und Roubaix vorgekommen. In Marseille haben die Wahlen inmitten einer ungewöhnlichen Aufregung stattgefunden, und in Frankreich kommt es besonders häufig vor, daß die besitzenden Klassen sich enthalten. Redner führt nun Beispiele an: man darf sich seiner bürgerlichen Pflicht als Mitglied einer Vormundschaft nicht entziehen, und Strafe sogar steht darauf, wenn man nicht als Geschworener erscheint oder als Bürgerwehrmann sich von der Wahl auch nur eines Korporals fernhält. Es folgen die Berufungen auf den Wahlzwang in gewissen Ländern: in Bayern und Baden für die Wahlmänner, in Frankreich für die Senatswahlmänner, sowie in gewissen Kantonen der Schweiz. Was nun die Art der Strafe betrifft, so wünscht die Regierung eine mäßige Geldstrafe vorzuziehen; auch dürfte sie der Züricher Einrichtung nicht ganz abgeneigt sein, die gestattet, gegen eine kleine Buße den Stimmzettel im Hause abholen zu lassen. Andre gehen so weit, Entziehung des Wahlrechts vorzuschlagen, wieder andre wünschen Maßregeln wie die Veröffentlichung der Namen der Säumigen u. s. w. Rechtmäßige Entschuldigungen sollen selbstverständlich gelten.

1. Juni. Die Deputirtenkammer beschließt mit 101 gegen 21 Stimmen, also mit der nötigen Zweidrittelmehrheit, daß die Wahlkreiseinteilung für jede Provinz durch Gesetz geregelt werden, die Wahlen in den Gemeinden stattfinden und die Teilnahme an den Wahlen verbindlich sein soll. Es wird ausdrücklich gesagt, daß der erste Satz die Einführung einer verhältnismäßigen Vertretung gestattet, wenn auch nicht vorschreibt.

6. Juni. Die Deputirtenkammer nimmt den Bericht ihres Verfassungsausschusses über die Umgestaltung des Senats entgegen. Er enthält Ausführungen über die vom Senatsausschuß vorgeschlagene, vom Kammerausschuß aber verworfene Zweistufenwahl.

Der Ausschuß hatte sich vor einigen Monaten gegen den Vorschlag ausgesprochen, das aktive Wahlrecht für den Senat erst mit dem 35. Lebensjahre beginnen zu lassen. Inzwischen ist jedoch das allgemeine Wahlrecht für die Kammer eingeführt worden; nun wird niemand mehr mit 21, sondern erst mit 25 Jahren Wähler, aber dennoch, weil der immerhin hohe Zensus wegfällt, den man erst in reiferer Lebensstellung aufbringt, wird das durchschnittliche Alter der Kammerwähler weit geringer sein als bisher. Da erschien dem Ausschuß die Forderung eines gesetzten Alters wieder wünschenswert als eine Bürgschaft gegen Leidenschaftlichkeit und Ueberstürzung. Der

Ausschuß entscheidet sich für das 35. Lebensjahr, wie ja auch schon in dem neuen Kammerwahlrecht erst in diesem Alter die Mehrstimme für den steuerzahlenden Familienvater gewährt wird. Im übrigen soll dann die Wählerschaft für beide Kammern dieselbe sein.

22. Juni. Der Deputirtenkammer liegen zur Senatsreform acht Anträge vor:

1. Der Senatsausschuß schlägt vor, das Wahlrecht erst mit dem 36. Lebensjahre beginnen, dann von den Urwählern je einen Wahlmann auf 200 Einwohner ernennen zu lassen, und zwar auf acht Jahre mit Wahlzwang auf beiden Stufen; macht 30000 Wahlmänner. Für diesen Antrag tritt vorläufig die Regierung ein. 2. Abgeordneter Heynen möchte die Kammerwähler mit gewissen Einschränkungen zu Senatswählern erklären und die Vertretung der Minderheiten gelten lassen. 3. Ein Antrag Férons auf Wahl durch die Kammerwähler von Senatoren, die ganz allgemein gehaltene Interessengruppen vertreten würden. 4. Will der Kammerausschuß ein einstufiges Wahlrecht unter bloßer Streichung der noch nicht 35jährigen Wähler. 5. Ein Antrag Férons mit weitläufiger Ausbildung der Interessenvertretung. Abgeordneter Haussens will 6. aus direkter Wahl und unter Aufstellung von 22 Wählergruppen auf Grundlage der Aemter und der Befähigung ein Oberhaus bilden, während 7. Abgeordneter Bergé mit einem Antrage hervortritt, jede der drei Gruppen der Kammerwählerschaft ihre besondre Senatsvertretung wählen zu lassen. Endlich will Bisart 8. ein Zweistufenwahlrecht nach französischer Art, also Wahl durch die Parlaments-, Provinz- und Gemeindevertreter unter Zuziehung von Wahlmännern, die von den Gemeindewählern ernannt werden sollen.

Sämtliche Anträge werden mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Senat wird also auf der bisherigen Grundlage bestehen bleiben, d. h. dieselben Wähler wählen die Abgeordneten und die Senatoren.

2.

Sonstige Angelegenheiten.

19. Januar. Der Abgeordnete Coremans aus Antwerpen bringt in der Deputirtenkammer die vlämischen Forderungen zur Sprache.

Er verlangt die endliche Durchführung des vlämischen Volksschulunterrichts in allen vlämischen Provinzen, die ernste Betreibung des vlämischen Sprachunterrichts in den Mittelschulen und die Errichtung einer vlämischen Universität in Gent. Auch weist er darauf hin, daß die 2½ Millionen Wallonen 4 Universitäten besitzen, in denen nur französisch gelehrt wird: Brüssel, Gent, Lüttich und Löwen. Die 3½ Millionen Vlämen dagegen besäßen überhaupt keine nationale Hochschule und seien gezwungen, die vier französischen Landesuniversitäten zu besuchen.

Der Unterrichtsminister Deburlet giebt eine Antwort, aus der zu entnehmen ist, daß das Ministerium nichts für die vlämisch-nationale Sache thun will. Der Eisenbahnminister van der Peere-

boom äußert sich ähnlich; am System der Aemterbesetzung, wonach die Wallonen bevorzugt werden, könne nichts geändert werden.

6. Februar. Der Justizminister Lejeune legt den Kammern einen Gesetzentwurf vor, der die Umgebung des Königspalastes und des Parlaments der städtischen Polizeigewalt entzieht und der Staatsgewalt unterstellt. In dieser sogenannten „neutralen Zone" sollen alle Ansammlungen und Kundgebungen bei einer Strafe von acht Tagen bis drei Monaten Gefängnis verboten sein.

26. Mai. In der Deputirtenkammer richtet Ferron an das Ministerium eine Anfrage wegen erfolgter Ausweisung der französischen Delegirten zum Grubenarbeiterkongreß. Wenn er auch das Verhalten derselben während der vorjährigen Ruhestörungen an der Grenze mißbillige, müsse er gleichwohl die Maßnahme der Regierung als ungeschickt tadeln. Justizminister Lejeune erwidert, er müsse für die Regierung das Ausweisungsrecht ohne Kontrolle des Parlaments in Anspruch nehmen. Die Maßregel sei dadurch gerecht gewesen, daß jene Delegirten die französischen Arbeiter gegen belgische Unterthanen aufgereizt hätten. Die Kammer billigt hierauf die Maßnahmen der Regierung und die abgegebenen Erklärungen.

28. Juni. Die Deputirtenkammer verwirft einen von der Regierung mit Luxemburg geschlossenen Vertrag wegen Aufhebung der Zollfreiheit des Schiefers beider Länder.

III.

Arbeiterbewegung.

16. Januar. Etwa 250 beschäftigungslose Arbeiter kommen zu Fuß aus Gent nach Brüssel, durchziehen die Straßen, erregen die Besorgnis der Behörden vor Unruhen und werden endlich vom Minister des Innern empfangen, der ihnen Beschleunigung der Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten verspricht.

12. Februar. Ein Kongreß der Arbeitslosen aus Lüttich, Gent, Antwerpen und andern Städten findet in Brüssel statt und spricht, nachdem einige Redner die Regierung angegriffen haben, seine Sympathie mit den Arbeitslosen der andern Länder aus.

14. Februar. Ein Streik der Arbeiter in den Schächten der Brüxer Bergbaugesellschaft führt zu Unruhen mit Dynamitanschlägen.

1. März. Die durch den Preisrückgang der Kohlen bewirkten Lohnherabsetzungen rufen in der Borinage einen größeren Arbeiterausstand hervor.

26. März. In 55 Gemeinden wird das Beispiel der Brüsseler vom 26. Februar bezüglich einer selbständigen Abstimmung über das allgemeine Stimmrecht nachgeahmt. In diesen Ortschaften mit 1141444 Einwohnern nehmen von 280449 Berechtigten 148343 an der Kundgebung teil, und davon sprechen sich 140326 für eine oder die andre der beiden Formen des allgemeinen Wahlrechts aus.

2. April. Der Sozialistenkongreß tagt in Gent unter Teilnahme von tausend französischen Sozialisten. Er hält an seinen frühern Beschlüssen bezüglich des allgemeinen Stimmrechts fest, will jedoch einen allgemeinen Ausstand in dem Falle unterlassen wissen, wenn die Einschränkungen in Bezug auf das allgemeine Stimmrecht ausschließlich auf das Alter oder auf das Recht der Familienväter, mehrere Stimmen abzugeben, sich beziehen würden. — Der Kongreß stellt folgendes Programm auf:

Der belgischen Arbeiterpartei können diejenigen Personen des einen oder des andern Geschlechts, Vereine, Gruppen oder Gewerkvereine angehören, die folgende Grundsätze als wahr anerkennen und ihr Verhalten und Handeln darnach richten, nämlich: 1. das Kapital, der Grund und Boden, die Wohnhäuser, Werkstätten, Werkzeuge u. s. w. sind die Frucht der Arbeit der vergangnen Geschlechter sowohl als der gegenwärtigen, mithin thatsächlich das gemeinsame Erbgut der Menschheit; 2. das Elend und die Ungleichheit bestehen in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und müssen verschwinden, um einer sozialen Einrichtung Platz zu machen, worin jedes menschliche Wesen im Austausch gegen seine Arbeit Anrecht auf die möglichst größte Summe an Freiheit und Wohlstand besitzt; 3. die soziale Ungleichheit der Massen und ihr Elend einerseits, die bevorzugte Stellung der Minderzahl andrerseits sind das Ergebnis der jetzigen wirtschaftlichen und sozialen Verwirrung; 4. die Ursache dieser Verwirrung liegt darin, daß die große Mehrzahl des arbeitenden Volkes, die arbeitende Klasse, die Güter zwar schafft, jedoch von der Kapitalistenklasse abhängt, die die Teilung der Güter nach ihrem Gutdünken ordnet und vornimmt; 5. die auf den Löhnen und dem persönlichen Besitz des Bodens und des Kapitals beruhende Organisation ist die Hauptursache der Unterdrückung in allen ihren Formen; 6. diese Unterdrückung ist nur möglich, weil die Mittel zur Gewinnung und Verteilung der Güter einer administrativen Minderheit gehören, die zugleich über die politische Macht verfügt; 7. der Endzweck der Gesellschaft ist eine radikale Umbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen durch Vernichtung der feindlichen Klassen und die Berufung einer auf Gleichheit gegründeten Gesellschaft an ihre Stelle, worin die Mittel zur Gütergewinnung aufhören, persönlicher Besitz zu sein und Gemeingut werden; 8. die arbeitende Klasse hat keine Verbesserung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Ordnung zu erhoffen, sondern ihre Befreiung wie diejenige der gesamten Gesellschaft kann nur ihr eignes Werk sein; 9. in diesem Kampfe müssen die Arbeiter sich aller Mittel bedienen, die ihnen zu Gebote stehen; 10. diesen Kampf zu führen, müssen die Sozialisten aller Länder solidarisch sein, da die Befreiung der Arbeiter kein nationales, sondern ein internationales Werk ist.

10. April. In einer Versammlung zu Quaragnon bei Mons, an der 4000 bis 5000 Bergarbeiter teilnehmen, wird ein allgemeiner Streik in der Borinage beschlossen.

12. April. Bei Mons kommt es zum Kampfe zwischen den ausständigen Bergarbeitern und der Gendarmerie. — Die Metallarbeiter, Drucker

und Lithographen in Brüssel, sowie die Arbeiter in den Webereien und Maschinenbauanstalten bei Verviers stellen die Arbeit ein. — 5000 Arbeiter in Brüssel zerstören Cafés und Schaufenster von Magazinen, andre mißhandeln den klerikalen Abgeordneten Woeste.

13. April. Der Generalrat der Arbeiterpartei beschließt den sofortigen allgemeinen Ausstand und veröffentlicht diesen Beschluß durch einen Aufruf an das belgische Volk. Es ist dies der zweite Versuch dieser Art. Der erste im vorigen Mai mißglückte gründlich, weil sich nur 35000 Arbeiter beteiligten und auch diese schon nach einigen Tagen die Arbeit wieder aufnahmen.

14. April. In Brüssel kommt es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den massenhaft und lärmhaft die Straßen durchziehenden Ausständigen und dem Militär. Der Bürgermeister von Brüssel verbietet bei strengen Strafen die Umzüge. In Gent finden Kundgebungen der Streikenden statt.

15. April. In Brüssel kommt es wieder zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Ausständigen und der bewaffneten Macht.

16. April. Der Bürgermeister Buls von Brüssel wird von Arbeitern mißhandelt.

17. April. Er fordert in einem Aufrufe alle friedliebenden Einwohner auf, ihre Wohnungen vorerst nicht zu verlassen und auf diese Weise zur Unterdrückung der Ruhestörungen beizutragen.

18. April. Erst der Beschluß der Deputirtenkammer zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts nach Maßgabe des Vorschlags Nyssens führt eine erhebliche Beruhigung der Arbeiterpartei herbei. Die Arbeiter in Lüttich verharren jedoch im Widerstande und veranstalten lärmhafte Straßenkundgebungen.

22. Mai. Die Ausständigen zu Berniffart im Hennegau plündern zahlreiche Magazine.

24. Mai. Der in Brüssel tagende Grubenarbeiterkongreß spricht sich für den Grundsatz der gesetzlichen Festsetzung des Arbeitstages in den Gruben auf acht Stunden, die Ein- und Ausfahrt eingeschlossen, aus, sowie für die Anwendung gesetzlicher Mittel behufs Erlangung des Achtstundenarbeitstages. Dafür sind 994000, dagegen 100000 Stimmen. Ein Antrag, wonach Anfang des nächsten Winters der allgemeine Ausstand erklärt werden soll, falls der Achtstundentag nicht bewilligt wird, wird mit 974000 gegen 100000 vertretene Stimmen angenommen. Die französischen, belgischen, deutschen und österreichischen Mitglieder stimmen mit der Mehrheit. Endlich wird beschlossen, daß der Kongreß sich nur mit internationalen Fragen zu beschäftigen und daß die Frauenarbeit in den Bergwerken aufzuhören habe.

IV.

Sozialismus im Heere.

6. Februar. Das erste Zeichen, in welch hohem Maße die sozialistischen Lehren infolge ihrer Verbreitung unter den Arbeitern und der Landbevölkerung ins Heer eingedrungen sind, tritt in Gent hervor durch einen Kampf zwischen den zum Militärdienst ausgehobenen jungen Leuten, für die die Menge Partei ergreift, und den Polizeibeamten.

16. Februar. In Baesrode überfallen die von der Ziehung zurückkehrenden Militärpflichtigen die Marktwagen und mißhandeln mehrere Gendarmen, worauf mittelst Bajonettangriff vorgegangen werden muß.

Ende Februar. In Tournai wird ein militärischer Geheimbund sozialistischer Richtung durch Verrat entdeckt.

Der Bund wurde von einem Unteroffizier gegründet und fand bald einen derartigen Anklang, daß zwei andre Unteroffiziere und fünfzig Soldaten des in Tournai stehenden Jägerregiments zu Fuß dem Vereine beitraten. Zweck des Vereins war die Verbreitung sozialdemokratischer Grundsätze im Heere. In der Untersuchung leugnet keiner der Beschuldigten; sie erklären vielmehr, daß sie sozialistischen Grundsätzen huldigen, und behaupten, daß sie als belgische Staatsbürger das Recht hätten, ihre Meinung zu besitzen. Im Falle eines Aufstandes würden sie dem Befehle des Vorgesetzten, auf das Volk zu schießen, keine Folge leisten. Die drei Unteroffiziere werden nach dem Verhör degradirt und samt den fünfzig übrigen Geheimbündlern vor ein Kriegsgericht gestellt.

Anfang März. Die Sozialistenpartei fühlt sich durch den Erfolg, den ihre Agitationen in der Garnisonstadt Tournai gehabt haben, zu neuer Thätigkeit unter dem Militär angespornt. Die sogenannte junge sozialistische Garde läßt während der Rekrutenaushebung in Brüssel einen Maueranschlag anheften, worin sie die Soldaten zur Verweigerung des Gehorsams auffordert, so lange nicht das allgemeine Stimmrecht eingeführt ist.

20. März. In Mons verteilen Arbeiter bei den Kasernen an alle Militärpersonen sozialistische Aufrufe, die die Soldaten auffordern, „treu zu dem um seine Rechte kämpfenden Volke zu stehen.“ Als die Garnison der Stadt Charleroi ihren Exerzierplatz betritt, ist der ganze Boden mit Tausenden an die Soldaten gerichteten sozialistischen Ansprachen bedeckt, die sie auffordern, ihre ausständigen Brüder nicht zu töten. Ein Soldat ruft: „Es lebe das allgemeine Stimmrecht!“, wird aber sofort festgenommen.

18. April. Nachdem infolge der Arbeiterunruhen die Milizsoldaten der Jahrgänge von 1889 und 1890 einberufen worden sind, marschieren 500 der zum 5., 6., 7. und 8. Regiment gehörenden Soldaten auf ihrem Wege von Antwerpen nach Saint Bernard

unter roten Fahnen, mit dem Gesang der Marseillaise und plündern unterwegs mehrere Häuser aus.

Ende April. Es werden zahlreiche Fälle militärischen Ungehorsams bekannt, die auf die sozialdemokratische Verführung als Grundursache zurückgeführt werden. Fast in jedem der Truppenkörper, die zur Unterdrückung der Unruhen aufgeboten wurden, sind derlei Fälle von Widersetzlichkeit vorgekommen, am meisten bei den zur Verstärkung der stehenden Militärmacht einberufenen Reservisten. Nach den Berichten der Behörden haben sich viele derselben in Uniform an den sozialistischen Straßenzügen und Kundgebungen beteiligt. Ein Brüsseler Blatt meldet, daß dem König von einem im Ruhestande befindlichen hohen Offizier ein Bericht über die sozialistische Propaganda in den Kasernen überreicht worden ist, worin die gewaltigen Verheerungen, die die sozialistischen Verführungen innerhalb der Armee bereits angerichtet haben, näher beleuchtet werden. Der König habe dem Kriegsminister General Pontus vom Inhalte jenes Berichts Mitteilung gemacht und betont, daß diesen Zuständen nur durch die Einführung des persönlichen und allgemeinen Heeresdienstes abgeholfen werden könne; er habe die Hoffnung ausgesprochen, daß die aus dem neuen Stimmrecht hervorgehende Kammer sich in dieser Frage patriotischer erweisen werde als die alte.

7. Mai. Militärmeuterei in Antwerpen. Das Genieregiment verweigert den Gehorsam, nimmt gegenüber den Offizieren eine drohende Haltung ein und wird mit Kasernenhaft bestraft; die Sozialdemokraten aber sagen dem Regimente Dank in folgender Ansprache:

Freunde! Euer Auftreten während dieser Woche hat einen unglaublichen Eindruck hervorgerufen. Alle Zeitungen der gesitteten Welt haben die Nachricht davon mitgeteilt. Die reiche Bürgerklasse hat mit Staunen und Schrecken wahrgenommen, daß die besten Regimenter nacheinander merken lassen, daß belgische Arbeiter in Uniform müde werden, für andre zu dienen, deren Besitztum zu verteidigen, um zum Lohn dafür wie Hofhunde behandelt zu werden, denen man einen Knochen zu nagen giebt. Die Arbeiter ihrerseits haben mit großer Genugthuung bemerkt, daß ihre Arbeitseinstellung, wobei sie sich und ihre Kinder zum Hungern verurteilten, für ihr und auch euer Recht kein vergebliches Opfer gewesen ist; sie haben ein teilweises Wahlrecht für sich und für euch erobert für den Zeitpunkt, wo ihr die Kaserne verlassen dürft; nunmehr erkennen sie, daß ihre Genossen und Freunde, die noch für eine Zeit in der Kaserne eingesperrt sind, ihre Gesinnungen teilen und dieselben Mittel gebrauchen, sich Recht zu verschaffen, dabei auch erfolgreich. Wenn die Soldaten anfangen, Widerstand merken zu lassen, dann ist das Ende der Zwangsherrschaft nahe, und die arbeitende Klasse mag einer schönen Zukunft entgegensehen. Die Handlung der Pioniere ist ein Hoffnungsstrahl für alle Unterdrückten. Wenn die Arbeiter, aufs äußerste gebracht, die Zähne zeigen, stellt man ihnen Bajonette gegenüber; wenn indes die Mordwaffen in euern Händen nicht mehr gebraucht werden, dann fällt der ganze gegenwärtige Kram von Unterdrückung und Willkür, von Elend und Kummer auf der einen Seite, von maßlosem Reichtum auf der andern. Pioniere, Soldatenbrüder, ihr habt euern Vorgesetzten mißfallen, ihr habt euch die Zuneigung der arbeitenden Klasse erworben.

V.

Soziale Erlasse.

24. Januar. Das Staatsblatt bringt eine Reihe königlicher Erlasse, wodurch die Frauen- und Kinderarbeit in industriellen Anlagen nach den Forderungen des Gesetzes vom 3. Dezember 1889 geregelt wird.

Laut Artikel 2 dieses Gesetzes dürfen Kinder unter 12 Jahren (vollendet) überhaupt nicht mehr beschäftigt werden. Nach Artikel 3 kann der König die Beschäftigung von Arbeitern unter 16 Jahren, Mädchen und Frauen unter 21 Jahren bei Arbeiten, die ihre Kräfte übersteigen oder für sie Gefahr bieten, untersagen sowie deren Beschäftigung bei ungesunden Arbeiten auf eine gewisse Zahl von Stunden oder Tage beschränken oder nur unter gewissen Bedingungen gestatten. Artikel 4 bestimmt, daß der König innerhalb dreier Jahre nach Erlaß des Gesetzes die höchste zulässige tägliche Arbeitsdauer — wirkliche Thätigkeit — und die Ruhepausen nach den Erfordernissen der Industrie und der Art der Beschäftigung regeln wird. Geschützte Personen: Kinder von 12 bis 14, jugendliche Arbeiter von 14 bis 16, Mädchen und Frauen von 16 bis 21 Jahren, dürfen täglich nicht länger als 12 Stunden arbeiten, wobei $1^1/_2$ Stunden Pausen bewilligt werden müssen. Nach Artikel 6 dürfen geschützte Personen nicht zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr morgens beschäftigt werden, jedoch kann der König gestatten, daß solche Personen von den 14jährigen an nachts bei Arbeiten beschäftigt werden, die ihrer Art nach keinen Aufschub oder keine Unterbrechung vertragen. Nach Artikel 7, der die Beschäftigung der geschützten Personen auf sechs Tage in der Woche beschränkt, kann der König die Beschäftigung für den siebenten Tag bei Arbeiten der letzterwähnten Art gestatten, wobei jenen Personen Zeit zum wöchentlichen Besuch des Gottesdienstes und alle vierzehn Tage ein Ruhetag zu lassen ist. Artikel 6 und 7 gestatten der Provinzial- und Ortsbehörde, Ausnahmen für ganze Betriebszweige und im Notfalle in einzelnen Anstalten zuzulassen, jedoch unter Genehmigung der Oberbehörde.

VI.

König und Königin.

8. März. König Leopold II. empfängt den Vorsitzenden des Komitees für Einführung des Volksreferendums und äußert, er sei entschiedner Anhänger freiheitlicher Grundsätze. Sodann erinnert er daran, daß er selber die persönliche Wehrpflicht und das königliche Referendum verlangt, aber weder das eine noch das andre erlangt habe. Und das sei natürlich, weil die Gesetze nicht im königlichen Palais gemacht, sondern durch die Nation beschlossen würden. Als man die persönliche Wehrpflicht und das königliche Referendum beantragt habe, sei zu deren Beschließung keine Majorität in der Kammer vorhanden gewesen. Heute bedürfe es zur Lösung dieser

Fragen nach den Bestimmungen der Verfassung einer Zweidrittelmajorität. Er könne nur zur Geduld mahnen.

2. Juni. Der päpstliche Nuntius Francica-Nava di Bonlifé überreicht der Königin Marie Henriette die ihr vom Papst Leo verehrte goldne Rose.

25. Juni. Mit Rücksicht auf die in den Kammern bevorstehende Frage der Reform des Senats spricht sich der König im Ministerrate entschieden für das zweiklassige Wahlsystem aus, weil er nur von diesem einen konservativen Senat erwartet. Er macht aus seinen Bedenken gegen die Allmacht des allgemeinen Stimmrechts kein Hehl und spricht die Befürchung aus, daß es in Belgien schon im nächsten Jahre eine radikal-sozialistische Kammermehrheit schaffen könne. Bei der geringen Macht der Krone werde diese einen mäßigenden Einfluß auf die Beschlüsse der Kammer nicht ausüben können, wenn sie sich nicht auf eins der beiden Häuser des Parlaments werde stützen können. Diese Stütze könne aber nur ein konservativer Senat bieten, und ein konservativer Senat sei nicht denkbar, sofern auch er aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgehe.

Niederlande.

I.

Arbeiterbewegung.

Anfang Januar. In den Provinzen Friesland und Overyssel finden ernste Unruhen von Arbeitslosen statt. Es kommt an mehreren Orten zu blutigen Zusammenstößen derselben mit der Polizeimannschaft. Die Unruhen sind die Folge des großen Notstands, den der harte Winter im Gefolge hat. Ungeachtet reichlicher Unterstützung mit Lebensmitteln wenden sich die Massen immer mehr der über das ganze Land verbreiteten Sozialdemokratie zu.

18. Januar. Seit mehreren Tagen unternehmen große Scharen Arbeitsloser auf Rat der sozialdemokratischen Führer große Straßenaufzüge in Amsterdam. Sie begeben sich vor das Rathaus, wo ihnen jedoch der Bürgermeister erklärt, daß er beim besten Willen außer stande sei, für sie zu sorgen.

19. Januar. Scharen von Arbeitslosen in Amsterdam versuchen einen Angriff auf die Börse und kommen in offenen Kampf mit den Polizisten.

20. Januar. Zahlreiche Scharen Arbeitsloser und Sozialisten durchziehen die Straßen der Hauptstadt und werden von der Polizeimannschaft am Eindringen in eine Brotfabrik verhindert. Sodann kommt es wieder zu heftigen Zusammenstößen.

Ende März. Dr. Bruinsma, Führer der Volkspartei im Norden, richtet an die Königin-Regentin eine Eingabe, in der das traurige Los der Familienangehörigen der zu kürzern oder längern Freiheitsstrafen verurteilten Arbeiter in eindringlicher Weise geschildert und auf die Begnadigung derselben gedrungen wird. Hervorragende Mitglieder der radikalen Partei erlassen einen Aufruf an sämtliche Niederländer; darin werden die friesischen Zustände geschildert, wo der Hunger die Arbeiter zum Widerstande und zu Ausschreitungen geführt habe, und wenn dieser Umstand nach allgemeinen rechtlichen Gesichtspunkten als Milderungsgrund gelten müsse, so habe der Strafrichter im Gegenteil ihn bei der Strafausmessung als erschwerend angenommen.

12. April. Beim Einzug der Königinnen in Amsterdam werden Massen roter Zettel unter die Menge verteilt, auf denen die Frage aufgeworfen wird, wer die Kosten des Aufenthalts der Königinnen in der Stadt bezahle.

II.

Die Generalstaaten.

Mitte Juni. Der parlamentarische Ausschuß erstattet seinen Bericht über die am 20. September 1892 vom liberalen Ministerium Tak van Poortoliet gemachte Wahlgesetzvorlage, wonach das Stimmrecht jedem Staatsangehörigen verliehen werden soll, der Lesen und Schreiben versteht und einem Haushalte selbständig vorsteht, wodurch die Zahl der Wahlberechtigten, die bisher bei hohem Zensus 300000 betrug, auf 800000 steigen würde. Der Ausschußbericht veranlaßt den Minister des Innern Tak zur Abgabe der Erklärung, daß die Liebe und Treue für das Herrscherhaus der Oranier ein im niederländischen Volke zu tief eingewurzeltes Gefühl sei, als daß es, wie in der Zeit seit Vorlegung des Entwurfs mehrfach befürchtet worden, durch Erweiterung des Stimmrechts seine Echtheit wechseln oder seinen Ausdruck verhindern könnte.

23. Juni. Die zweite Kammer genehmigt ein neues Gewerbesteuergesetz. — Der Abgeordnete Zypen verlangt von der Regierung, daß sie angesichts der furchtbaren Futternot die Ausfuhr von Heu verbiete. Das Ministerium lehnt dies mit dem Hinweise ab, daß ein solches Ausfuhrverbot dem Futtermangel doch nicht abhelfen würde, und daß man damit nichts weiter erreiche, als daß man die Wiesenbesitzer künstlich verhindere, von der Preissteigerung des Heus zu profitiren.

III.

Kirchliche Versammlung.

21. Mai. In Rotterdam findet ein zahlreich besuchter Katholikenkongreß unter Vorsitz des Bischofs von Harlem statt. Die Versammlung befürwortet die gesetzliche Einführung des Minimallohnes, die staatliche Regelung der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken und Werkstätten, die Errichtung selbständiger Arbeiterkammern, die gesetzliche Einführung der Sonntagsruhe und empfiehlt eine Reihe schutzzöllnerischer Maßregeln. Der Bischof ermahnt die Versammelten, getreue Söhne der katholischen Kirche zu bleiben und dem Papst sowie den von ihm eingesetzten Oberhirten Gehorsam zu leisten; dadurch allein werde die soziale Frage in einer für die Arbeiter und Arbeitgeber befriedigenden Weise gelöst werden.

IV.

Ostindien.

1. April. An dem Tage, an welchem vor zwanzig Jahren das Kriegsverhältnis der Niederländer zum Reiche der Atchinesen auf Sumatra eröffnet wurde, findet am Tamiangflusse im östlichen Sumatra ein harter Kampf zwischen Niederländern und Atchinesen statt, infolgedessen zahlreiche Tabakbezirke von den räuberischen Einfällen atchinesischer Banden befreit werden.

Luxemburg.

I.

Die großherzogliche Familie.

2. März. Der Erbgroßherzog Wilhelm, geboren den 22. April 1852, verlobt sich mit der am 13. Juli 1861 gebornen Prinzessin Anna von Braganza, fünften Tochter des 1866 zu Heubach (im württembergischen Jaxtkreis) verstorbenen Infanten Dom Miguel, frühern Königs von Portugal. Die Nachricht erregt bei der größtenteils katholischen Bevölkerung Befriedigung, weil die Verlobung Aussicht bietet, die Dynastie Nassau gesichert, somit die Unabhängigkeit des Landes für die Zukunft gewahrt zu sehen und ein katholisches statt des jetzigen protestantischen Herrscherhauses zu erhalten; der „Rheinische Kurier" in Wiesbaden, der frühern Residenz des Großherzogs Adolf, als er noch Herzog von Nassau war, bemerkt dagegen: „So wird das Haus Oranien, früher eine Hoch-

burg des Protestantismus, nunmehr zum Katholizismus übergehen."

21. Juni. Auf Schloß Fischhorn in Oesterreich findet die Trauung des Erbgroßherzogs durch den Erzbischof von Salzburg statt, nachdem der erforderliche päpstliche Dispens für die konfessionell gemischte Ehe nach vorhergegangener Sicherstellung der katholischen Kindererziehung erlangt worden ist.

II.

Die Kammer.

14. März. Die Abgeordnetenkammer berät einen Gesetzentwurf des Ministeriums, wonach dem Frauenkloster der Franziskanerinnen zur heiligen Elisabeth auf seinen Wunsch die Zivilrechte zuerkannt werden sollen, jedoch unter der Bedingung, daß diese Klostergemeinde ihre Statuten dem Landesherrn zur Genehmigung unterbreite, sich den übrigen gesetzlichen Anordnungen füge und ohne Ermächtigung keine Filialen im Lande gründe. Der Ausschuß der Kammer ist der Meinung, daß der Artikel der Verfassung, welcher lautet: „Die Gründung irgend einer religiösen Körperschaft bedarf der Ermächtigung durch ein Gesetz" müsse im Sinne unbeschränkter Klosterfreiheit aufgefaßt und ausgeführt werden und beantragt daher die Ablehnung jener Bedingungen. Thatsächlich hat die Regierung unter dem vorigen (König-) Großherzog die meisten Klöster schalten und walten lassen, ohne die Verfassung zu berücksichtigen; von den zwanzig Männer- und Frauenklöstern besitzen nur drei die staatliche Ermächtigung. Jetzt kommt die zuerst im Jahre 1848 aufgeworfene Frage, ob es eines Gesetzes bloß bedürfe, um den religiösen Orden die Rechte einer juristischen Persönlichkeit zu übertragen, daß es aber zur Niederlassung selbst einer gesetzlichen Ermächtigung nicht bedürfe, zur endgiltigen Auslegung.

17. März. Nachdem der Staatsminister Eyschen in der Abgeordnetenkammer nachzuweisen gesucht hat, daß die Verfassung die unbehinderte Errichtung von Klöstern nicht gestatte, nimmt die Kammer nach viertägigen Verhandlungen die Anträge des Ausschusses an, dessen Berichterstatter erklärt, daß dem Beschluß keine regierungsfeindliche Absicht beiwohne.

21. März. Die Abgeordnetenkammer erteilt der Regierung die Ermächtigung, die gesamten 4prozentigen Staatsanleihen in $3^1/_2$ prozentige zu konvertiren und festzusetzen, daß die Staatsanleihe von 1888 zu 105 rückzahlbar ist; auch wird die Regierung ermächtigt, das dem Staate gehörige Bad Mondorf an eine Privatgesellschaft zu vermieten, jedoch mit der ausdrücklichen Bedingung, keine Spielerlaubnis zu erteilen. — Hierauf wird die Landtagssession geschlossen. (Der Staatsrat stimmt der Vorlage wegen der Elisabetherinnen bei, nicht aber der über die Umwandlung der Staatsanleihen.)

13. Juni. Es finden Neuwahlen für die Hälfte der Kammern statt, und zwar zum erstenmale auf Grund des neuen Wahlgesetzes, das den Wahlzensus von 30 auf 15 Franks herabsetzte. Auf dem Lande fallen die Wahlen im Sinne der vereinigten Klerikalen und Agrarier aus.

20. Juni. Nach dem Ausfall der Stichwahlen sind von den 20 in Betracht kommenden Mandaten den Liberalen 9, den Agrariern 8, den Klerikalen 3 zugefallen.

Dänemark.

I.

Reichstag.

16. Januar. Im Folkething beginnt die zweite Lesung des Budgets für 1894—95. Dabei äußert der Abgeordnete Harald, daß große Beunruhigung entstanden sei infolge von Aeußerungen des deutschen Reichskanzlers in dem die deutsche Heeresvorlage beratenden Ausschusse des deutschen Reichstags, und fordert den Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu einer Erklärung darüber auf, ob die Regierung im Besitz von Aufklärungen sei, die beruhigend wirken könnten, wie auch die Stellung der Regierung zu dieser Sache überhaupt von Interesse sei. Minister Baron Reedtz-Thott erwidert hierauf:

Die Aeußerungen des deutschen Reichskanzlers sind in einem Ausschusse gefallen, wo man sich keiner Stenographen bedient, daher die Rede desselben nicht in beglaubigter Form vorliegt noch vorliegen kann. In der Form, in der verschiedene Zeitungen und Telegramme den auf Dänemarck bezugnehmenden Abschnitt dieser Rede berichteten, mußte er die Regierung befremden. Schon am nämlichen Tage aber, an dem diese Aeußerungen fielen, liefen von Berlin aus an die Regierung Mitteilungen darüber ein, daß diese Aeußerungen übertrieben und ungenau seien. Am folgenden Tage sprach auch der deutsche Gesandte am hiesigen Hofe, Freiherr von der Brincken, mir im Auftrage seiner Regierung aus, daß die bezüglichen Berichte übertrieben und ungenau seien. Das deutsche Reich wünsche die freundschaftlichen Beziehungen zu Dänemark zu bewahren, und die kaiserliche Regierung meine, daß diese Beziehungen auch von dänischer Seite bewahrt würden. Ich möchte bei dieser Gelegenheit betonen, daß Dänemarks Politik auf Aufrechterhaltung der strengsten Neutralität gegründet ist und darauf ausgeht, freundschaftliche Beziehungen zu allen Mächten, auch zu Deutschland zu pflegen. Mit diesen Aufschlüssen hoffe ich die Gemüter beruhigt zu haben und erwarte, daß die Sache selbst damit abgethan ist. Als meine persönliche Meinung habe ich nur noch hinzuzufügen, daß ein kleines Land, wie Dänemark, verständig handelt, wenn es sich von den Zerwürfnissen andrer Mächte möglichst fern hält, denn Dänemark würde bei

jeder Beteiligung an solchen Streitigkeiten nur ein Spielball der Großmächte werden.

Korsgaard meint, daß die Befestigung von Kopenhagen das Mißtrauen Deutschlands erregt habe. Er wünscht daher ausführlicheren Bescheid. Baron Reedtz-Thott erwidert, es sei der Regierung nicht bekannt, daß unser südlicher Nachbar eine andre Vorstellung von der Befestigung der dänischen Hauptstadt habe, als daß diese durch das Verlangen nach strengster Neutralität geboten sei. Der Wortführer erklärt, daß dieser Aufschluß ihn befriedigt hätte. Brandes bezeichnet ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland als Lebensbedingung für Dänemark. Neutralität sei nicht ausreichend. Die Aeußerungen des Ministers beruhigten ihn nicht.

26. Januar. Das Folkething nimmt erhebliche Streichungen am Kultusbudget vor und wendet sich dann zum Budget des Kriegsministeriums.

Dabei bemerkt Neergaard, daß die Majorität der Kammer die provisorischen Bewilligungen unberücksichtigt lassen müsse, wie auch der Kriegsminister keine Rücksichten auf die Beschlüsse des Folkethings nehme. Die Kammer sei nur gewillt, dem Kriegsminister die unumgänglich notwendigsten Ausgaben zu bewilligen. Nachdem mehrere andere Abgeordnete ihrem alten Unwillen über die durch provisorische Gesetzgebung ins Leben gerufene Gendarmerie aufs neue Luft gemacht hatten, macht der Kriegsminister, General Bahnson, auf das ungereimte Verlangen aufmerksam, die Abstimmungen im Folkething zur Richtschnur für die Regierung zu nehmen, wenn diese nicht vom Landsthing gebilligt worden sind. Nur die übereinstimmenden Abstimmungen beider Kammern könnten eine Richtschnur für die Regierung sein. Der frühere Kultusminister Scavenius gesteht, daß er, der bei seinem Eintritt ins Ministerinm den parlamentarischen Streit kommen sah, diesen benutzt habe, um provisorische Maßnahmen durchführen zu helfen, die unter gewöhnlichen konstitutionellen Verhältnissen aussichtslos gewesen wären. Der Kriegsminister bemerkt hierauf, diese Aeußerungen des Herrn Scavenius müßten für dessen eigene Rechnung und Gefahr stehen, das Ministerium Estrup habe nichts mit ihnen gemein.

28. Februar. Das Folkething lehnt den im Budget für die Teilnahme Dänemarks an der Flottenrevue in New-York geforderten Kredit ab, bewilligt jedoch den für Absendung einer Mission nach Madrid behufs Abschluß eines dänisch-spanischen Handelsvertrages geforderten Betrag.

3. März. Nachdem das Folkething die Beratung des Budgets beendet hat, überweist es dasselbe dem Landsthing. Es ergiebt sich ein veranschlagter Ueberschuß von 2938914 Kronen, während sich nach der Vorlage der Regierung ein Ueberschuß von nur 1302978 Kronen ergeben hatte.

9. März. Das Folkething genehmigt in zweiter Lesung einen Gesetzentwurf wegen Einführung einer persönlichen Gemeindesteuer. Er ist hervorgerufen durch die Unbill der bestehenden Steuerordnung, wonach diejenige Gemeinde, in der der betreffende Steuerbürger seinen Wohnort hat, ausschließlich zur Erhebung der Steuerbeiträge berechtigt ist, während die Nachbargemeinde, in der derselbe Steuer-

bürger seinen Erwerb sucht nnd findet, sein Geschäft oder Gewerbe betreibt, leer ausgeht.

16. März. Das Budget wird vom Landsthing in zweiter Lesung mit Aenderungen angenommen, wegen deren es an das Folkething zurückgeht.

1. April. Nachdem sich beide Thinge über das Budget geeinigt haben, wird die Session des Reichstags geschlossen.

II.

Rede des Kriegsministers.

20. Mai. Der Kriegsminister General Bahnson hält in seinem Kopenhagener Wahlkreise eine Rede, die wegen folgender Aeußerungen von Interesse auch für das Ausland ist:

Die für Heer und Flotte von der Regierung angestrebte Neuordnung werde in der nächsten Reichstagssession eine gewisse Rolle spielen, sei es in Verbindung mit der Annahme eines regelrechten Finanzgesetzes, sei es, indem man die militärischen Ansprüche dem Zustandekommen dieses Gesetzes opfere. Nur mit Hilfe der ungeheuren Anstrengungen, die die europäischen Mächte in den letzten Jahrzehnten aufgeboten hätten, um sich auf dem Gebiete der Kriegsvorbereitungen zu überflügeln, sei der Friede in Europa aufrecht erhalten worden. Ein allgemeiner europäischer Krieg würde uns selbst bei dem besten Willen unsrerseits, uns von den Gefahren eines Krieges fernzuhalten, dennoch diesen aussetzen können. Es müsse Dänemark darum zu thun sein, sich gegen diese Gefahren durch angemessene Verteidigungsmaßnahmen zu schützen. Jede aktive Verteidigung bedürfe indessen der erforderlichen Stützpunkte, und wo die Natur, wie in Dänemark, diese nicht böte, müsse man zu künstlichen Stützpunkten, Befestigungen seine Zuflucht nehmen. Die Befestigungen bei Kopenhagen seien vorläufig zu einem Abschluß gebracht worden; rückständig sei noch, dem fühlbaren Mangel an ausreichender Festungsartillerie und Genietruppen abzuhelfen. In dieser Beziehung sei vorgeschlagen worden, an andern Truppenteilen abzuknappen, was für die erwähnten Truppengattungen nötig sei. Indessen sei die Dienstzeit in der dänischen Armee so kurz bemessen, die Kadres derselben überdies so schwach, daß von wesentlichen Ersparnissen auf Kosten der Reiterei und des Fußvolkes keine Rede sein dürfe, wenn man die Armee nicht über alle Gebühr schwächen wolle. Eine Abminderung der jährlichen Ausgaben zu Militärzwecken sei auch der Wunsch der Regierung, aber der geeignete Zeitpunkt zu einer Ermäßigung sei erst mit dem Augenblick gekommen, da die gefährliche politische Spannung in Europa ruhigern Zuständen Platz mache, sei es infolge eines allgemeinen Krieges oder einer vereinbarten allgemeinen Abrüstung. Gleich wie der Schiffsreeder in den stürmischen Tagen des Spätjahres eine höhere Versicherungsprämie zahlen müsse als in der ruhigen Zeit der Sommermonate, seien auch die Ausgaben zu militärischen Zwecken eine gewisse Versicherungsprämie zur Sicherung einer ruhigen Entwicklung der Erwerbs- und Produktionsfähigkeit des Landes. Eine allzu große Sparsamkeit auf diesem Gebiete könne sich nur allzu leicht rächen.

III.

Die königliche Familie.

25. Januar. Am dänischen Hofe findet ein Festmahl zu Ehren der Vermählung der Prinzessin Margarethe von Preußen mit dem Prinzen Friedrich Karl von Hessen statt.

29. März. König Christian empfängt eine Abordnung des dänischen Friedensvereins und deren Adresse mit mehr als 200000 Unterschriften, darunter die von 94000 Wählern.

Der Wortführer weist darauf hin, daß der König 1863 sich gegen den Krieg und 1870 gegen die Teilnahme Dänemarks am deutsch-französischen Kriege ausgesprochen habe, und bittet ihn, zu einer Erleichterung der Militärlasten mitzuwirken. Der König erwidert, er teile den Wunsch, daß die Kriege verschwänden, und daß zwischen Nationen entstandne Streitigkeiten durch Schiedsgerichte entschieden würden; in der Durchführung einer solchen Ordnung sehe er aber große Schwierigkeiten. Es wäre deshalb fruchtlos, wenn er den ersten Schritt thun wollte, um die Sache zu fördern. Sollte jedoch eine große europäische Macht sich an die Spitze der Bewegung stellen, so würde die Regierung Dänemarks sicherlich nachfolgen.

27. Juni. Der König und die Königin treten eine Reise nach England an, um der Feier der Vermählung des Herzogs von York, ihres Enkels, beizuwohnen.

28. Juni. Auf dem Wege dahin nehmen sie mit dem Kronprinzen Friedrich teil an der Feier des 25jährigen Bestehens des Handelsplatzes Esbjerg an der Südwestküste Jütlands.

Schweden.

I.

Der Reichstag.

18. Januar. Der Reichstag wird durch eine Thronrede des Königs Oskar eröffnet. Darin wird gesagt, die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten seien fortdauernd sehr befriedigend; besonders wird der Freundschaft mit Dänemark Erwähnung gethan und sodann angekündigt, daß dem Reichstage eine Vorlage betreffend Geldbewilligungen zur Entwicklung der Marine und zum Ausbau der Nordeisenbahn im Jahre 1894 zugehen wird. Bis zur Vollendung der Studien über Aufbringung der Steuern, die durch die beschlossene Reform der Fragen der nationalen Verteidigung notwendig geworden seien, werde vorgeschlagen, im Jahre 1894 zur Deckung der Mehrausgaben den Gewinn der königlichen Bank und solche Steuer-

zuschläge zu verwenden, die entweder gar nicht oder nur in sehr geringem Maße die niedrigst Besteuerten treffen. — In dem sodann dem Reichstage vorgelegten Budgetanschlage für 1894 sind die Einnahmen und die Ausgaben mit 97383000 Kronen eingestellt. An den Ausgaben beteiligen sich die Armee mit 26,8 Millionen, die Marine mit 9,5 Millionen, die Eisenbahnen mit 5 Millionen.

22. März. Minister Boström erklärt auf eine Anfrage bezüglich der Stellungnahme der Regierung zu dem allgemeinen Stimmrecht, die Frage sei so wichtig, daß sie nicht habe verfehlen können, die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich zu lenken. Selbst in der ersten Kammer verlangten immer mehr Deputirte, daß in dieser Angelegenheit etwas geschehe; aber die Kammern müßten sich hierüber einigen. Die Regierung müßte ernstlich untersuchen, wie man die Forderung der Ausdehnung des Stimmrechts mit den Garantien vereinigen könne; allein jetzt sei diese Frage noch nicht genügend aufgeklärt. Die Regierung habe nicht geglaubt, hierüber einen Antrag einbringen zu müssen. Der Abgeordnete v. Friessen bedauert alsdann, daß die Regierung nicht schon in der gegenwärtigen Session einen Schritt in dieser Frage gethan habe.

26. März. In der zweiten Kammer stellen Persson und Genossen einen Antrag wegen Veränderung der Grundbestimmungen in Bezug auf die erste Kammer.

Sie schlagen vor, daß die Mitglieder der ersten Kammer auf sechs, statt auf neun Jahre gewählt werden sollen; die Wahlfähigkeitsbedingungen für die erste Kammer, die jetzt entweder den Besitz eines Grundeigentums zum Taxwert von 80000 Kronen oder eine Jahreseinnahme von 4000 Kronen voraussetzen, sollen auf die Hälfte herabgesetzt werden; die Mitglieder der ersten Kammer, die gegenwärtig kein Gehalt haben, sollen denselben Gehalt (15 Kronen pro Tag) wie die Mitglieder der zweiten Kammer erhalten. Durch diese Veränderungen wollen die Antragsteller den zunehmenden Gegensatz zwischen den beiden Kammern vermindern, weil eine Erweiterung des politischen Stimmrechtes ohne Zweifel diesen Gegensatz in hohem Grade vermehren werde.

9. April. In der ersten Kammer spricht sich der frühere schwedisch-norwegische Minister des Auswärtigen, Björnstjerna, dahin aus, die schwedisch-norwegischen Küsten seien so ausgedehnt, die Schären so zahlreich, daß eine Blockade der Häfen unmöglich sei, solange die schwedisch-norwegische Union bestehe. Werde diese gesprengt, worauf die von den parteiischen Interessen geblendete Majorität des Storthings hinzuarbeiten scheine, so seien Schweden und Norwegen verloren. Die Sprengung der Union wäre ein gegenseitiger Selbstmord der beiden Nationen.

12. April. Die erste Kammer spricht sich einstimmig, die zweite Kammer mit großer Mehrheit gegen die Forderung der norwegischen Regierung auf Teilung des Konsulatswesens aus.

1. Mai. Der Reichstag bewilligt 2868000 Kronen für den Bau eines neuen Panzerschiffs.

10. Mai. Schluß des Reichstags.

II.

Der Volksreichstag.

13. März. In Stockholm treten 130 Männer zusammen, die von den vom Wahlrecht ausgeschlossenen Bewohnern Schwedens gewählt worden sind, um den sogenannten „Volksreichstag" zu bilden, durch den man zur Erreichung des allgemeinen Wahlrechts einen möglichst starken Druck auf Regierung und Reichstag, welch letzterer gerade jetzt bald in Verhandlungen über eine Wahlrechtsreform eintreten soll, auszuüben gedenkt. Seit Jahren schon agitirt man in ganz Schweden in lebhaftester Weise für Ausdehnung des äußerst beschränkten, nur etwa sechs Prozent der Bevölkerung umfassenden Wahlrechts. Da aber die Regierung nicht im mindesten Miene macht, dem Wunsche des Volkes zu willfahren, so ist man auf dieses außerordentliche Mittel verfallen, um Regierung und Reichstag geneigter zu machen.

16. März. Der Volksreichstag schickt eine Abordnung an den Minister Boström; dieser empfängt sie nicht und antwortet schriftlich: er könne eine derartige Abordnung nicht empfangen und kenne keine andern Vertreter des schwedischen Volkes als die gemäß den Gesetzen gewählten. Er könne begreifen, daß Personen zur Erreichung eines Zweckes, der ihnen am Herzen liege, Versammlungen abhielten, aber er fände es nicht richtig, daß dies in einer Weise geschehe, als ob diese Personen neben dem Reichstag das schwedische Volk verträten.

18. März. Der König empfängt eine Abordnung des Volksreichstags, weigert sich aber, sich wegen der Stimmrechtsfrage auszusprechen.

III.

Die königliche Familie.

12. Januar. Kronprinz Friedrich von Dänemark und seine Gemahlin Luise, Tochter des vorigen Königs Karl XV. von Schweden, treffen zum Besuche des königlichen Hofs ein.

27. Mai. König Oskar in Lund, wo Festlichkeiten stattfinden zur Erinnerung an seine hier vor 25 Jahren erfolgte Promovirung zum Doktor der Philosophie.

19. Juni. Die Kronprinzessin-Witwe von Oesterreich trifft zum Besuch des schwedischen Hofs ein.

Norwegen.

2. Februar. Der Reichstag (Storthing) wird eröffnet. Staatsminister Steen verliest die Thronrede. Darin heißt es bezüglich der Konsulatsfrage, die im vorigen Jahre das Land so heftig aufregte, daß der Reichstagsbeschluß vom 10. Juni 1892 wegen Einführung besondrer norwegischer Konsuln seitens des Königs noch nicht Anlaß zu einer Besprechung oder Erklärung gegeben habe.

9. März. Zur Konsulatsfrage beantragen die Mitglieder der Rechten und die Gemäßigten folgende Erklärung:

Das grundgesetzliche Recht Norwegens festhaltend, wie solches in der Adresse des Storthings vom 23. April 1860 ausgesprochen ist, empfiehlt das Storthing, daß Verhandlungen mit der schwedischen Regierung eingeleitet werden, sowohl unter der Voraussetzung der Auflösung und der Abwicklung des gemeinsamen Konsulatswesens als unter der Voraussetzung einer Reform mit Aufrechterhaltung der bisherigen gemeinsamen Konsulate. Das Storthing glaubt nach der Aeußerung der schwedischen Regierung in dem zusammengesetzten Staatsrate vom 14. Januar 1893 (Angebot eines gemeinsamen auswärtigen Amtes, dessen Träger Schweden oder Norwegen sein könne), daß Verhandlungen aufgenommen werden sollen, betreffend eine befriedigende Ordnung der Behandlung der diplomatischen Angelegenheiten auf der Grundlage der Selbständigkeit der beiden Reiche und der völlig durchgeführten Gleichberechtigung in der Union.

10. März. Das Odelsthing (zweite Kammer) beginnt die Beratung über die Unionsfrage (Frage des Konsulatswesens). Die Mitglieder der Linken beantragen folgende Erklärung:

Im Anschluß an die einstimmig angenommene Storthingsadresse vom 23. April 1860 hält das gegenwärtige Storthing an seinem Alleinbestimmungsrecht in allen den Angelegenheiten fest, die nicht in der Reichsakte als unionelle bezeichnet sind, und fordert demgemäß, daß der Storthingsbeschluß vom 10. Juni v. J., betreffend das Konsulatswesen, ausschließlich von norwegischen Staatsbehörden behandelt, und daß diese Sache zugleich unabhängig von andern schwedischerseits in dem Staatsprotokolle vom 14. Januar berührten Fragen entschieden werde. Sr. Majestät des Königs offener Brief und Thronrede samt dem Briefe über des Reiches Zustand werden dem Protokolle beigelegt.

In der Beratung hebt der Abgeordnete Stang hervor, daß die Konsulatssache nicht in der unionellen Reichsakte genannt und nicht als eine Bedingung für die Union bezeichnet sei. Wenn sie aber auch eine norwegische Sache sei, deren Entscheidung also in der Hand des Storthings liege, so könne es doch nicht bestritten werden, daß sie, insoweit die Frage wegen Aufhebung des bisher

gemeinschaftlichen Konsulatswesens betrifft, beide Reiche angehe, also im unionellen Staatsrate verhandelt werden müsse. Man müsse den Weg der Verhandlungen mit Schweden gehen. Der Führer der gemäßigten Linken, Sverdrup, erblickt im schwedischen Protokollzusatze vom 14. Januar einen epochemachenden Fortschritt in den unionellen Verhandlungen, indem hier die Grundlage angeboten sei, die wir stets gewünscht und gehofft haben. Schweden frage: wollt ihr auf dem Grunde der Gleichstellung verhandeln? Könnte dann irgend ein Zweifel über die Antwort sein? Eine Ordnung mit zwei Ministern des Aeußern hält Redner für unvereinbar mit der Union, denn sie setze eine doppelte Außenreichspolitik voraus, ungeachtet die Reiche nach außen eine politische Einheit bildeten.

13. März. Bei Fortsetzung dieser Beratung spricht sich der Staatsminister Steen für die von der Linken beantragte Erklärung aus, wonach Norwegen die Konsulatsfrage ohne Verhandlung mit Schweden erledigen solle. Er verstehe das schwedische Protokoll vom 14. Januar d. J. als eine Abweisung der Auffassung, daß die Konsulatssache eine norwegische Sache, und bestreite, daß Gemeinschaft in der Diplomatie eine Bedingung für die Union sei. Er könne das schwedische Angebot, das er als eine Verleugnung „der norwegischen Auffassung" bezeichnet, nicht annehmen, und stellt sich auf einen radikalen Standpunkt, jedoch so, daß er die Ordnung mit einem eignen norwegischen Minister des Aeußern als „das ferne Zukunftsziel" ansehe; dieses Ziel müsse nicht aufgegeben werden. Die Schwierigkeiten, die sich gegen die Folgeleistung des Storthingsbeschlusses in der Konsulatssache gestellt haben, lägen „außer dem Gesetze," und falls es nicht gelingen sollte, diese Schwierigkeiten zu entfernen, müsse man alle gesetzlichen Mittel anwenden, um sich Gehör zu verschaffen. Auf Ersuchen Stangs erläutert Steen dies näher dahin, daß man die Union mit Schweden in gesetzlichen Formen auflösen müsse.

17. März. Das Odelsthing genehmigt, nachdem in acht Tagen 106 Reden gehalten sind, mit 64 gegen 50 Stimmen die von der Linken beantragte obige Erklärung.

17. April. Das Odelsthing lehnt die für einen Winterseezug der Korvette „Ellida" geforderten 93000 Kronen vorläufig ab, um erst zu sehen, ob etwa an Stelle des Steenschen ein nichtradikales Ministerium ernannt würde, gegen das alle Mittel in Anwendung gebracht werden müßten.

3. Mai. Nachdem das Ministerium Steen am 22. April um Entlassung gebeten hat, weil der König bei seiner Auffassung der Konsulatsfrage verharrt, stellt sich dem Storthing ein von Stang gebildetes neues Ministerium mit folgender Erklärung vor:

Se. Majestät hat nach dem Abschiedsgesuche des vorigen Ministeriums versucht, eine Regierung gebildet zu bekommen, deren allgemeine politische Auffassung mit derjenigen zusammenfällt, die von der Mehrzahl dieser Ver-

sammlung vertreten wird. Dieses ist indessen nicht gelungen, und hat Se. Majestät darauf uns aufgefordert, in die Regierung einzutreten. Um die Gefahr abzuwenden, die dadurch entstehen wird, daß der König ohne Ratgeber und das Land ohne Regierung gelassen wird, und damit dem Volke ein Zutritt, sich durch die Wahlen auszusprechen, gegeben werden kann, bevor das Vaterland in Verhältnisse gebracht wird, die für seine Zukunft von der ernstesten Bedeutung werden können, haben wir es für unsre Pflicht gehalten, der Aufforderung nachzukommen. Unsre Bestrebungen sollen, mit dem Wohl des Vaterlandes als einziges Ziel, darauf gerichtet sein, im Innern für die Entwicklung der Gewerbe und überhaupt für zeitgemäße Fortschritte auf den verschiednen Gebieten zu arbeiten und auswärts die selbständige und in allen Beziehungen gleichberechtigte, staatsrechtliche Lage in der Union zu behaupten. In der vorliegenden Frage über das Konsulatswesen und die Behandlung der diplomatischen Sachen wollen wir, wo wir auf keine Stütze von dieser Versammlung rechnen können, jeden Schritt, der einer künftigen Lösung vorgreifen kann, unterlassen. Es soll von unsrer Seite nicht an Bestrebungen fehlen, um das im Grundgesetze vorausgesetzte Zusammenarbeiten zwischen den Staatsgewalten möglich zu machen.

Der Abgeordnete Horst entgegnet im Odelsthing, die Auffassung der Linken betreffs der Ministerverantwortlichkeit stimme mit der Auffassung des zurückgetretenen Kabinetts überein. Die Linke betrachte das gegenwärtige Kabinett als nur durch außernorwegische Einflüsse zustande gekommen. Horst beantragt eine Tagesordnung, die ausspricht: Das Storthing billige völlig die Stellungnahme des zurückgetretenen Kabinetts und erkläre gleichzeitig, dem Ministerium Stang fehle jenes Ansehen und jener Rückhalt bei dem norwegischen Volke, die zu einer glücklichen Fortführung der Staatsgeschäfte unbedingt erforderlich seien.

6. Mai. Die Beratung dieses Antrags endet damit, daß mit 64 gegen 50 Stimmen eine Vertrauenserklärung für das bisherige Ministerium Steen und mit 63 gegen 51 Stimmen eine Mißtrauenserklärung gegen das neue Ministerium ausgesprochen wird.

8. Mai. Das Odelsthing bewilligt für den bisherigen Minister Steen als nationale Anerkennung einen Ehrensold von jährlich 6000 Kronen. Der Betrag für die Unternehmung der Korvette „Ellida" wird nunmehr endgiltig abgelehnt.

13. Mai. Im Odelsthing wird eine Anfrage gestellt, welche Maßregeln die Regierung mit Rücksicht auf den Storthingsbeschluß vom 10. Juni 1892 betreffs der Konsulatsfrage zu thun beabsichtige.

18. Mai. Der Abgeordnete Högstad stellt im Storthing die Anfrage:

„Verhält es sich richtig, wie in mehreren öffentlichen Blättern mitgeteilt, daß der Name Norwegens auf der Stelle, auf der er im Administrationsgebäude der Chicagoausstellung angebracht war, wieder getilgt worden sei? Insoweit dieses sich so verhält, aus welchem Grunde und nach wessen Begehr ist solches geschehen?" Staatsrat Thorne erklärt, daß er schon eine

Vorfrage hierüber an das Komitee für die Teilnahme Norwegens an der genannten Ausstellung gerichtet und es aufgefordert habe, die Sache baldmöglichst in befriedigender Weise zu ordnen. Es wird behauptet, daß die Tilgung des Namens Norwegens nach schwedischer Aufforderung geschehen sei, indem der Name Norwegen dem Alphabete gemäß vor den Namen Schweden gestellt wäre, welches die schwedischen Kommissare nicht dulden wollten, worauf beide Namen getilgt wurden.

25. Mai. Das Odelsthing beschließt, es halte an der bei dem Beschlusse vom 26. Juli 1892 über die Vertagung der Konsulatsfrage gemachten Voraussetzung fest, daß der Beschluß des Storthings vom 10. Juni 1892, betreffend die Errichtung eines eignen norwegischen Konsulatswesens, bis zum Ablauf des laufenden Budgettermins bei dem Könige seine Erledigung finden müsse.

3. Juni. Die zweite Kammer spricht sich für die Einführung der „reinen" norwegischen Flagge ohne Unionszeichen für die Handelsmarine aus.

9. Juni. Dieselbe Kammer bewilligt 80000 Kronen für eine Nordpolunternehmung des Dr. Nansen.

Schweiz.

I.

Parteiwesen.

16. Januar. Die sozialdemokratische Partei entscheidet sich dafür, eine Aenderung der Bundesverfassung im Sinne der Anerkennung des Rechts auf Arbeit in Angriff zu nehmen, wozu 50000 Unterschriften nötig sind.

Nach dieser neuen Bestimmung sollen gesetzliche Bestimmungen erlassen werden zum Zweck genügender Fürsorge für Arbeitsgelegenheit, für wirksamen und unentgeltlichen öffentlichen Arbeitsnachweis, gestützt auf die Fachorganisationen der Arbeiter, für Schutz der Arbeiter gegen ungerechtfertigte Entlassung; für sichere und ausreichende Unterstützung unverschuldeter Arbeitsloser, sei es auf dem Wege der öffentlichen Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit, sei es durch Unterstützung der Versicherungsinstitute der Arbeiter aus öffentlichen Mitteln; für praktischen Schutz der Vereinsfreiheit und für Begründung und Sicherung einer öffentlichen Rechtsstellung der Arbeiter gegenüber ihren Arbeitgebern und für demokratische Organisation der Arbeit in den Fabriken und ähnlichen Geschäften, sowohl des Staats wie der Gemeinden.

4. April. Der von 300 Vertretern der Arbeitervereine beschickte Arbeitertag in Biel beschließt eine Erklärung für Organisation der obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung nach folgenden Grundsätzen:

Die Beiträge zur Krankenversicherung werden von den versicherten Arbeitern getragen, unter deren Selbstverwaltung die Krankenkassen stehen; der Bund, die Kantone und Gemeinden sorgen für die unentgeltliche Krankenpflege; die bisherigen Krankenkassen nach Berufszweigen sind soweit wie möglich beizubehalten, die Gewerbeinhaber tragen die Zuschüsse zur Unfallversicherung.

Bezüglich der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung spricht der Arbeitertag folgende Wünsche aus:

Die organisirten Arbeiter aller Länder sollen ihr Bestreben auf das Zustandekommen einer internationalen Gesetzgebung für Arbeiterschutz richten und besonders auch bei Ausübung ihrer politischen Rechte, vorzüglich bei den Wahlen, ihren Einfluß dahin geltend machen, daß ihre gesetzgebenden Körperschaften diese Frage besprechen und deren Lösung fördern; es soll durch den Vorstand der schweizerischen Arbeiterschaft eine Besprechung dieser Angelegenheit durch Abgeordnete der Arbeiterverbände aller Länder veranstaltet werden.

19. Juni. In Bern findet ein erheblicher Arbeiterkrawall statt, veranlaßt durch den Streit schweizerischer mit italienischen Arbeitern. Da die Aufständischen durch Wasserstrahlen der Feuerspritzen nicht zu bewältigen sind, kommt es zum Einhauen des aus Luzern herangezognen Militärs.

II.

Bundesrat.

14. Februar. Der Bundesrat spricht in einem an eine Reihe von Kantonen gerichteten Schreiben die Ansicht aus, daß die gegen die sogenannte Heilsarmee getroffenen außerordentlichen Maßnahmen nicht mehr gerechtfertigt seien und sie nunmehr unter das gemeine Recht gestellt werden müsse.

21. Februar. In Bezug auf den Vorfall bei der Basler Fastnacht, wo ein als Carnot Maskirter auf dem Rücken einen Riesencheck von 500000 Frcs. mit der Unterschrift Pour acquit getragen hat, erklärt der Chef des Auswärtigen, Bundesrat Lachenal, dem französischen Botschafter Arago, der sich über den betreffenden Vorfall bei ihm beklagte, der Bundesrat werde über das Vorkommnis eine Untersuchung anordnen.

Ende Mai. Der Bundesrat räumt der freien Zone von Hoch-Savoyen und dem Pays de Gex Zollvergünstigungen, Ausnahmen von dem am 1. Januar in Kraft getretenen Kampfzolltarif gegen Frankreich, ein.

III.

Bundesversammlung.

22. März. Die Bundesversammlung nimmt ein Gesetz über die Organisation der Bundesrechtspflege an, durch das das Bundesgericht vollständig umgebildet und dessen Aufgaben bedeutend erweitert werden.

27. März. Die Bundesversammlung beschließt, zur Vermeidung der jährlichen Ueberschwemmungen der Rheinkantone die Kosten der Rheinregulirung der Gesamtheit des Schweizer Volks aufzulegen, da die Rheinkantone die Mittel dazu nicht besitzen. Der Kanton St. Gallen soll vom Bunde 8700000 Frcs. zu diesem Zwecke erhalten.

5. Juni. Bei Eröffnung des Ständerats sagt dessen Vorsitzender, die Begrüßung des deutschen Kaisers in Luzern habe den Behörden Veranlassung gegeben, getreue Dolmetscher des Volks zu sein. Dem Herrscher des Nachbarstaates sei die schuldige Ehrfurcht mit republikanischer Einfachheit erwiesen worden; einen politischen Charakter habe die Begegnung nicht gehabt, aber sie sei ein Beweis dafür, daß das Volk der Schweizer auf die Erhaltung der guten Beziehungen zu den Nachbarstaaten großen Wert lege.

9. Juni. Der Nationalrat bewilligt die vom Bundesrat beantragte Einführung der mitteleuropäischen Stundenzonenzeit für den Post-, Eisenbahn- und Telegraphenverkehr.

19. Juni. Der Nationalrat genehmigt ein der Eidgenossenschaft beträchtliche Mehrleistungen auferlegendes Gesetz zur Förderung der Landwirtschaft.

IV.

Die Kantone.

19. Februar. Im Kanton Tessin siegt bei der Wahl des fünfgliedrigen Regierungsrats die liberale Partei mit einer Mehrheit von 700 bei 25000 abgegebenen Stimmen.

Der Regierungsrat (Staatsrat), der die oberste kantonale Behörde vertritt, besteht nun aus drei Radikalen und zwei Ultramontanen. Dieser liberale Sieg ist für den Kanton Tessin ein Ereignis von der größten politischen Bedeutung. Seit dem 3. März 1889, dem Tage der Wahl des letzten ultramontanen Großen Rats, befindet sich der Kanton in einem beständigen politischen Kriege, der häßliche Zustände schuf, die Parteien gegen einander hetzte, das bürgerliche Leben vergiftete und die Gemüter nie mehr zur Ruhe kommen ließ. Es folgten dann der Scazzigahandel, die Revolution vom 11. September 1890, das Einschreiten des Bundes, die vielen Wahlunruhen und schließlich die Durchsicht der kantonalen Verfassung, die die Volksrechte erweiterte und

für die wichtigern Wahlen das verhältnismäßige Wahlsystem zu Recht erkannte. Bisher wurde der Staatsrat vom Großen Rat gewählt, der bis vor zwei Jahren die oberste Behörde immer einseitig bestellte und dadurch sich mit Recht harte Vorwürfe zuzog. Nunmehr ist die Volkswahl zum erstenmale vollzogen, der Jubel der Liberalen ist groß, da sie sich endlich von der drei Jahrzehnte langen Herrschaft der Klerikalen befreit fühlen.

26. Februar. Auch die Wahl der beiden Ständeräte im Kanton Tessin fällt auf Liberale.

5. März. Dritter Sieg der Liberalen in Tessin, indem auch die Wahl des Großen Rats zu ihren Gunsten ausfällt.

10. April. Die Bevölkerung des Kantons Schaffhausen beschließt die Wiedereinführung der Todesstrafe. (In die Bundesverfassung wurde im Jahre 1873 das Verbot der Todesstrafe aufgenommen, infolge der Bestrebungen in einzelnen Kantonen aber wurde in den achtziger Jahren dieses Verbot wieder aufgehoben und den Kantonen freigestellt, das Recht der Todesstrafe wieder verfassungsrechtlich einzuführen. Von diesem Rechte machten bald mehrere katholische Kantone Gebrauch. Schaffhausen ist der erste protestantische Kanton, der darin nachfolgt.)

4. Juni. Im Kanton Bern wird mit 55000 gegen 15000 Stimmen eine neue Verfassung, statt der vom Jahre 1846, angenommen. Die Neuerungen sind folgende:

Erweiterung des Referendums (Ausdehnung dieses Volksrechts über alle Verfassungsänderungen, Gesetze, Volksbegehren und diejenigen Großratsbeschlüsse, die für den gleichen Gegenstand eine Gesamtausgabe von mehr als 500000 Frcs. zur Folge haben); die Einführung des neuen Volksrechts der Initiative, wie wir es schon für eidgenössische Angelegenheiten haben; einheitliche Regelung des Gemeindewesens und der öffentlichen Armenpflege; Gewährleistung des Vermögens der Gemeinden und Korporationen als Privateigentum; Aufhebung der bisherigen Sonderstellung des neuen Kantonteils (Jura) auf den Gebieten des Rechts-, des Steuer-, des Armen- und Niederlassungswesens; Anerkennung der katholischen Kirche als dritter Landeskirche; Aufhebung des staatlichen Placets für Erlasse und Verordnungen kirchlicher Oberbehörden; Einführung der Durchsicht einzelner Verfassungsbestimmungen.

Osmanisches Reich.

7. Februar. Der Sultan erteilt der „Deutschen Gesellschaft der anatolischen Eisenbahn" die Konzession für den Bau und den Betrieb der Hauptlinie von Angora nach Kaihserie (410 Kilometer) und der Seitenlinie von Eski-Schehir über Kutahia, Kara-Hissar nach Konia (450 Kilometer).

Die Konzession gilt für 99 Jahre. Die Staatsgarantie auf Jahr und Kilometer ist für die Seitenlinie mit 13750 Frcs. vertragsmäßig fixirt worden, jedoch mit der Klausel, daß, falls diese Summe aus den Einnahmen nicht erreicht werden sollte, die türkische Regierung nur für ein Minus bis zu 5000 Frcs. aufzukommen hat. Diese Garantie wird durch Verpfändung der Zehnten sichergestellt. Der Bau der Seitenlinie muß nach fünf Jahren, vom Tage der Konzessionserteilung an, vollendet sein, die Hauptlinie dagegen erst nach acht Jahren.

Ende Februar. In den armenischen Teilen Kleinasiens finden erhebliche Ruhestörungen statt.

2. April. Der Palastdampfer des Sultans geht vor Konstantinopel unter.

6. April. Der Sultan empfängt den Landgrafen Alexander Friedrich von Hessen-Kassel.

10. April. Der Großvezir Dschewad Pascha erhält das Großkreuz, der Minister der öffentlichen Arbeiten, Tewfik Pascha, die erste Klasse des preußischen roten Adlerordens.

Anfang Mai. Die Pforte richtet eine Note an die Mächte, in der sie das Verbot der Fahrt durch die Darbanellen und den Bosporus bei Nacht in Erinnerung bringt.

1. Juni. Der Sultan gestattet dem seit einem Jahre zum armenischen Katholikos gewählten Erzbischof von Jerusalem, Cirimian, die türkische Unterthanschaft abzulegen.

13. Juni. Es findet eine vom Papst angeregte eucharistische Pilgerfahrt nach Jerusalem statt. Es sind 1200 meistens französische Pilger, darunter mehr als hundert Bischöfe und Vertreter katholischer Kongregationen. Auch die Offiziere des mit Rücksicht hierauf an die syrische Küste gesandten französischen Mittelmeergeschwaders schließen sich an. An der Spitze steht Kardinal Langénieux.

Ägypten.

4. Januar. Bei Ambigol, in der Nähe von Wady Halfa, findet ein heftiger Kampf des Heeres der Derwische mit ägyptischen, unter englischen Offizieren stehenden Truppen statt. Diese erleiden große Verluste, die Derwische ziehen sich jedoch zurück.

16. Januar. Der Khedive Abbas II. macht am ersten Jahrestage seiner Thronbesteigung einen Versuch, nach dem durch Krankheit bewirkten Rücktritt des Ministerpräsidenten Mustapha Fehmi Pascha, bei der Auswahl seiner neuen Berater eine selbständige, der englischen Vormundschaft gegenüber unabhängige Haltung einzunehmen. Zunächst gedachte der Khedive, den Armenier Tigrane Pascha zu ernennen, unterließ es jedoch auf die Vorstellungen des britischen Vertreters, der meinte, die Ernennung eines Christen werde die Eingebornen beunruhigen. Darauf ernennt der Khedive, ohne

sich an die englischen Vertreter weiter zu kehren, den frühern Justizminister im Ministerium Riaz Paschas, den Fakhry Pascha, zum Ministerpräsidenten, der vor zwei Jahren wegen seines Widerstands gegen die geplanten Reformen hatte zurücktreten müssen. Alsbald entsteht die Meinung, daß dies ein von Frankreich und Rußland veranlaßter Schritt gegen England sei.

17. Januar. Die Botschafter Frankreichs und Rußlands in London versichern dem britischen auswärtigen Amte, daß ihre Regierungen von diesen Vorgängen in Aegypten zuvor nicht die geringste Kenntnis gehabt hätten.

18. Januar. In einer Audienz des englischen Gesandten Lord Cromer beim Khedive weist dieser auf die unangenehme Lage hin, in die er versetzt würde, falls England auf die Wiedereinsetzung Fehmis zum Ministerpräsidenten bestünde. Der Khedive erklärt sich bereit, Riaz Pascha wieder zum Ministerpräsidenten zu ernennen, und fügt hinzu, er wünsche innig in vollem Einvernehmen mit England zu handeln und mit ihm die freundschaftlichen Beziehungen zu unterhalten; er sei bereit, während der militärischen Besetzung Aegyptens durch die Engländer die Ratschläge Englands bei allen wichtigen Anlässen zu befolgen. Cromer antwortet, es liege England fern, den Khedive in eine demütigende Stellung versetzen zu wollen, erkennt den versöhnlichen Charakter des Vorschlags des Khedive an und nimmt den Vorschlag an, ohne erst seine Regierung zu befragen.

21. Januar. Die Studierenden in Kairo bringen dem Khedive Huldigungen und richten am Büreau des die englischen Interessen vertretenden Blattes „Mokattam" Zerstörungen an.

Ende Januar. Da das Verhalten des Khedive bei mehreren Gelegenheiten die Aufregung unter den niedern Bevölkerungsklassen unterstützt, so entsteht die Besorgnis, daß die Krisis nur äußerlich beseitigt sei. Der englische Gesandte in Kairo teilt daher dem Khedive mit, daß zum Schutz der Europäer in Aegypten eine Vermehrung der britischen Truppen notwendig sei. — Riaz Pascha wird an Stelle Fakhry Paschas ernannt.

25. Januar. Das britische Kriegsministerium erteilt Befehl an die Militärbehörden in Malta, Cypern und Gibraltar, die englische Truppenmacht in Aegypten um 2000 Mann aller Waffengattungen zu verstärken, also sie zu verdoppeln. Der englische Botschafter in Paris, Lord Dufferin, macht der französischen Regierung hiervon Mitteilung mit dem Bemerken, daß hierdurch in keiner Weise die Absichten Englands hinsichtlich der Besetzung Aegyptens geändert würden.

Anfang Februar. Der Khedive wird auf einer Reise nilaufwärts an beiden Ufern des Stromes mit großer Wärme von der Bevölkerung empfangen. Der Londoner „Pall Mall Gazette" wird berichtet, diese Reise habe in den Provinzen eine Art religiöser Manie hervorgerufen, und die Aegypter sähen in dem jungen Abbas die Verkörperung des nationalen Geistes; glücklicherweise werde aber das Land von englischen Beamten regiert.

Mitte Februar. Nach dem Rechnungsabschlusse des ägyptischen Budgets des Jahres 1892 betrugen die Einnahmen 10370000 ägyptische Pfund, die Ausgaben 9595000 Pfund. Nach allen Abzügen verbleibt ein Ueberschuß von 768000 Pfund. Die Umwandlung der öffentlichen Schuld ist bei diesem Ueberschuß mit 331000 ägyptischen Pfund beteiligt. Die gesamte allgemeine Reserve am Ende des Jahres 1892 beläuft sich auf 3400000 Pfund. Die Rechnungen des Jahres 1893 weisen eine Besserung der Einnahmen aus den Zöllen, den Eisenbahnen und den indirekten Steuern auf. Die Ausgaben haben sich fast nicht vermehrt. Die Tilgung der Staatsschuld in den Jahren 1891 und 1892 beläuft sich auf 430000 Pfund.

16. Februar. Der britische Minister des Auswärtigen, Lord Rosebery, richtet an den britischen Vertreter in Kairo, Lord Cromer, ein Schreiben, in dem die jüngsten Ereignisse in Aegypten erwähnt werden und ausgesprochen wird, daß, wenn der englische Einspruch gegen die Handlungsweise des Khedive ohne Erfolg geblieben wäre, weitere ernste Folgen eingetreten sein würden, die aber durch das rechtzeitige weise Einlenken des Khedive beseitigt worden seien. Man dürfe aber nicht zuversichtlich annehmen, daß jede künftige Schwierigkeit ausgeschlossen sei. Die Zurückziehung der britischen Truppen aus Aegypten sei unmöglich; sie könnte die Sicherheit der dortigen Europäer gefährden und einen Rückfall des Landes in die Verwirrung herbeiführen, was ein neues Einschreiten erforderlich machen könnte. England müsse seine gegenwärtige Politik fortsetzen. Es könnten allerdings Ereignisse eintreten, die es nötig machen würden, die Angemessenheit neuer Beratungen mit dem Suzerän und den europäischen Mächten zu erwägen; gegenwärtig sei es jedoch nutzlos, die Vorschläge zu erörtern, deren Vorlage in diesem Falle wünschenswert sein könnte. Das sei aber ganz gewiß, daß Aegypten unter keinen Umständen von der europäischen Kontrolle befreit sein würde, die sogar noch strenger und peinlicher sein könnte als die jetzige.

Ende März. Der frühere englische Diplomat Wilfrid Scawen Blunt veröffentlicht in der Monatsschrift The Nineteenth Century einen Artikel über „Lord Crome und der Chediv," der als Aufruf des Khedive an die öffentliche Meinung Englands bezeichnet wird. Gleichzeitig veröffentlicht ein Vertreter der „Westminster Gazette" Unterredungen, die er mit dem ägyptischen Ministerpräsidenten Riaz

Pascha und dem Minister des Aeußern Tigrane Pascha gehabt habe. Ersterer habe gesagt:

Ich habe immer behauptet, daß unsre Lage eine völlig schiefe ist. Man sagt uns jederzeit, die Sache liegt so und so, und wir ermannen uns dann und sagen gleichfalls: Ja, die Sache liegt so und so, und doch weiß alle Welt, wir eingeschlossen, daß sie ganz anders liegt. Die Lage ist einfach unhaltbar. Ich weiß wohl, England wollte anfänglich Aegypten nicht besetzen und ist wider Willen in ausgedehntere Unternehmungen hineingezogen worden. Aber was soll jetzt geschehen? Die Stunde ist gekommen, wo man sich darüber klar werden muß. Wir haben Aegypten vor dem Aufstand verwaltet; warum können wir unser Land jetzt nicht verwalten?

Und Tigrane Pascha habe geäußert:

Wir trauen unbedingt dem verpfändeten Wort, der verpfändeten Ehre Englands, daß wir Autonomie erhalten sollen, sobald es angängig ist. Daran zweifeln wir nicht im mindesten; England kam als Freund nach Aegypten; wir waren in Schwierigkeiten; England erbot sich, uns auf die Beine zu helfen. Jetzt sollte man uns doch wenigstens Gelegenheit geben, wieder selbständige Gehversuche zu unternehmen. Ist das nicht richtig und vernünftig, nicht ein gerechtes und gemäßigtes Verlangen?

Anfang April. Die Herrschaft des Kalifen Abdullahi im ehemals ägyptischen Sudan wird wieder durch einen neuen Mahdi, den Mohamed el Scherif aus Kordofan, bedroht, der sich als der allein echte Nachfolger des Propheten ausgiebt. Er sendet Boten nach Omdurman, um den Kalifen zur Niederlegung seiner Würde aufzufordern, doch läßt dieser den Gesandten enthaupten.

19. April. Durch Erlaß des Ministerpräsidenten Riaz Pascha wird die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung dem Generalinspekteur der Polizei auferlegt. Die Polizeichefs in den Provinzen sind den Gouverneuren verantwortlich, die an den Generalinspekteur der Polizei Bericht zu erstatten haben.

28. April. Der Minister des Auswärtigen, Trigrane Pascha, richtet ein Rundschreiben an die Mächte, worin er sie auffordert, Abänderungen in der Organisation der gemischten Tribunale zu veranlassen, die nicht in der Lage seien, in Streitigkeiten zwischen Eingebornen wegen Grundbesitz eine Gerichtsbarkeit auszuüben.

Bulgarien.

I.

Der Regent Prinz Ferdinand.

13. Januar. Beim Neujahrsempfang der höchsten Behörden dankt Prinz Ferdinand von Koburg für den Ausdruck der Ergebenheit und Zuneigung der Armee und Nation und äußert, er sei von

freudigem Stolze beseelt, die bei seiner Ankunft im Lande vorgezeichnete Bahn des Fortschritts und der Selbständigkeit der Regierung nunmehr gebaut zu sehen. Die Reihe der letzten wichtigen Ereignisse habe nicht nur zur Befestigung und Entwicklung des Landes beigetragen, sondern auch Bulgarien einen ehrenvollen Platz unter den Balkanvölkern angewiesen.

14. Februar. Eine Ansprache des Ministerpräsidenten Stambulow macht eine Depesche des Prinzen Ferdinand aus Florenz vom 12. Februar bekannt, in der dieser seine Verlobung mit der Prinzessin Marie Luise von Parma mitteilt. Die Ansprache schließt: „Ich bin glücklich, dem bulgarischen Volke die freudige Nachricht mitteilen zu können, und halte mich überzeugt, daß dieselbe jeden Bulgaren mit aufrichtiger Freude erfüllen und daß die bedeutsame Thatsache die Freiheit und Zukunft Bulgariens sichern und kräftigen wird."

(Die Braut ist die älteste, in Rom am 17. Januar 1870 geborne Tochter des Herzogs Robert, der im Jahre 1848 geboren, schon im Alter von elf Jahren die Revolution von 1859 erleben mußte, die die Vereinigung Parmas mit Sardinien herbeiführte, und der 1882 gestorbnen Prinzessin Maria Pia von Bourbon-beider Sizilien. Die Familie lebt jetzt in Schwarzau am Steinfelde in Niederösterreich. Sie ist sehr kinderreich. Herzog Robert hat aus seiner ersten Ehe neun, aus der zweiten Ehe mit einer Prinzessin von Braganza fünf Kinder.)

15. Februar. Der Ministerrat sendet dem Prinzen Ferdinand, der Prinzessin Clementine, der Prinzessin-Braut und deren Vater telegraphisch Glückwünsche. Aus allen Landesteilen gehen dem Ministerpräsidenten Stambulow zahlreiche Telegramme zu, die von der allseitigen Freude über die erfolgte Verlobung des Prinzen Zeugnis geben. Die politische Bedeutung der Verlobung wird von allen Parteien alsbald erkannt. Die Bulgaren erblicken darin eine neue nationale Errungenschaft und einen weitern Schritt zur Annäherung an die Selbständigkeit des Landes.

2. März. Der türkische Sultan läßt dem Prinzen Ferdinand und seiner Braut seine Glückwünsche ausdrücken und hinzufügen, daß er in der Verbindung ein wertvolles Pfand der Befestigung der Zustände Bulgariens erblicke.

3. März. Der Prinz wird bei seiner Rückkehr in Sofia aufs festlichste empfangen.

6. April. Der Prinz erläßt vor seiner Abreise zur Vermählung eine Ansprache, betreffend die Abreise und die Ernennung des Unterrichtsministers Shiwkow zum Stellvertreter des Prinzen. Auch wird darin mitgeteilt, daß sich im Gefolge des Prinzen der Ministerpräsident Stambulow, der Minister des Aus-

wärtigen Grekow, der Kammerpräsident Petkoff, der Oberhofmarschall Foras und eine Abordnung des Heeres befinden.

10. April. Empfang des Prinzen beim Kaiser Franz Joseph in Wien.

11. April. Der Ministerpräsident Stambulow wird vom Kaiser von Oesterreich empfangen und erklärt sodann gegenüber einem Vertreter der Wiener „Neuen Freien Presse“:

Er habe in Wien wertvolle Beweise empfangen, daß die österreichisch-ungarische Politik dem Programm der Förderung der Unabhängigkeit und des Selbstbestimmungsrechts der Balkanvölker treu bleibe. Das gegenwärtige Regierungssystem in Bulgarien sei an keine Partei und keine Person gebunden. Sein Nachfolger werde so regieren müssen, wie er, nämlich in dem Sinne, daß Bulgarien seine Verwaltung nach eignem Ermessen regele und den Bulgaren überlassen bleibe. Kein Bulgare denke jetzt an die Unabhängigkeit oder an eine Erzwingung der Anerkennung; jedes von einer fremden Regierung an die bulgarische gestellte Verlangen bedeute ein Stück thatsächlicher Anerkennung; der formalen Anerkennung bedürfe Bulgarien nicht. Niemand wünsche eine Verletzung oder gar eine Herausforderung Rußlands, das bulgarische Volk wolle nur Ruhe zu seiner Entwicklung und der Verbesserung seines Verwaltungswesens. Niemand in Bulgarien sei gegen den Prinzen Ferdinand, der aus allen Parteischichten Ergebenheitsbeweise erhalte.

20. April. In Villa Pianore zu Pietrasanta an der Eisenbahn zwischen Genua und Pisa findet die Trauung des Prinzen Ferdinand statt. Beim Festmahle bringt der Herzog von Parma einen Trinkspruch auf die Neuvermählten, das sächsisch-koburgische Haus, die bulgarische Nation, deren Regierung und Armee aus. Fürst Ferdinand dankt in seinem und seiner Gemahlin Namen sowie im Namen des bulgarischen Volkes und giebt seiner Freude über die Verbindung mit dem Hause Bourbon Ausdruck, da auch in seinen Adern das Blut des heiligen Ludwig fließe.

11. Mai. Prinz Ferdinand und Gemahlin treffen über La Spezzia, Neapel, Patras, Orsowa in Sistowo ein, wo sie feierlich empfangen werden.

23. Mai. Sie treffen in Tirnowo ein, wo sie der Cyrill- und Methudfeier beiwohnen.

8. Juni. Der Prinz errichtet bei Tirnowo, auf dem Hissar, der Stätte der alten bulgarischen Zarenveste, ein einfaches Denkmal mit folgender Inschrift:

Nach fünf Jahrhunderten schwerer Prüfungen hat die Vorsehung das bulgarische Volk gesegnet und ein regierendes bulgarisches Herrscherhaus gegründet in der Person Sr. Königl. Hoheit Ferdinand I. und Ihrer Königl. Hoheit der Fürstin Maria Luisa. Aus diesem glücklichen Anlaß hat Se. Königl. Hoheit in Gegenwart von (folgen die Namen der anwesenden Minister, höhern Beamten u. s. w.) dieses Denkmal in der alten bulgarischen Hauptstadt Tirnowo auf den Trümmern bulgarischer einstmaliger Größe errichtet, zur Erinnerung für die Nachwelt und aus Dankbarkeit gegen Gott.

10. Juni. Der Prinz nebst Gemahlin treffen festlich empfangen in Sofia ein.

II.

Die große Sobranje.

15. Mai. Die am 2. Mai neugewählte Landesvertretung, die große Sobranje, wird in Tirnowo vom Prinzen Ferdinand eröffnet. Er sagt in der Thronrede:

Er schätze sich glücklich, sich inmitten der vornehmsten Bürger Bulgariens zu sehen, die von dem Volke entsandt seien, um zu einer der für das Wohl des Landes wichtigsten Fragen Stellung zu nehmen. Die ungeteilte Freude des bulgarischen Volkes über das Ereignis seiner Vermählung ebenso wie die ihm und seiner Gemahlin dargebrachten Glückwünsche hätten ihn tief gerührt. Die Deputirten müßten von dem Bewußtsein der hohen Mission getragen sein, zu deren Erfüllung sie das Volk in die gegenwärtige große Sobranje entsandt habe. Er sei überzeugt, daß der Gesetzentwurf über die Abänderung der Verfassung, der die Stärkung des Landes und die Sicherung seiner Zukunft und seines Fortschritts zum Ziele habe, mit der größten Aufmerksamkeit und im Hinblick auf die Interessen und die Zukunft des Vaterlandes werde geprüft werden.

24. Mai. Die große Sobranje erläßt eine Dankadresse auf die Thronrede. Sie enthält zunächst eine Umschreibung der Thronrede selbst und giebt alsdann der Versicherung der loyalen Gefühle der Nation für den Thron und der Dankbarkeit der Regierung gegenüber dem Prinzen Ferdinand für die musterhafte Verteidigung der nationalen Interessen Ausdruck. Dann heißt es in der Antwort: „Die Vermählung des Prinzen, die mit Begeisterung begrüßt wurde, erfüllt alle Bulgaren mit Freude und der Hoffnung auf eine ruhmreiche und glänzende Zukunft des Vaterlandes, indem durch die Vermählung ein Bollwerk errichtet wird gegen alle Angriffe auf die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Landes.“ Die Adresse schließt mit der Versicherung, daß die gewählten Vertreter die hohe Bedeutung der Verfassungsänderung anerkennen und sich dem ernsten Studium des Gesetzes widmen würden, das die Wahrung der Interessen und die Sicherung der Zukunft des Landes und des Thrones zum Ziele habe.

28. Mai. Die am 19. Dezember v. J. schon von der kleinen Sobranje genehmigten Aenderungen der Landesverfassung (1892, II. S. 357) werden von der großen Sobranje einstimmig gutgeheißen.

29. Mai. Die Sobranje wird vom Prinzen Ferdinand geschlossen. Er dankt in der Thronrede den Abgeordneten für ihr patriotisches Werk und beglückwünscht sie zu der einmütigen Annahme

der Verfassungsänderung, die ein Beweis der Vaterlandsliebe, des Taktes und der Einsicht sei, mit der die Bulgaren ihre Rechte und Freiheiten sowie ihre Autonomie schützten und verteidigten. Die Aenderung der Verfassung bedeute in dem gegenwärtigen Zeitpunkte ein wertvolles Geschenk für das Vaterland und die Krone. Er sei überzeugt, daß das Volk dieselbe als eines der wichtigsten unter seiner Regierung vorgefallenen Ereignisse betrachten werde.

Rumänien.

I.

Vermählung des Thronfolgers.

10. Januar. In Sigmaringen findet die Vermählung des Thronfolgers, Prinzen Ferdinand von Hohenzollern, „Prinzen von Rumänien," mit der Prinzessin Marie von Großbritannien statt (S. 229). Bei der kirchlichen Feier verliest der Ministerpräsident Catargi die über die Verbindung aufgenommene Urkunde.

4. Februar. Prinz Ferdinand und Gemahlin werden bei ihrer Ankunft in Bukarest festlich empfangen. Sie begeben sich vom Bahnhof in die Hauptkirche zum Tedeum.

14. Februar. Der König erläßt ein Schreiben an den Ministerpräsidenten mit dem Ausdruck des Dankes an das Land für diese „Nationalfeier."

II.

Die Kammern.

24. Januar. Die zweite Kammer genehmigt Handelsverträge mit England und Italien.

8. Februar. Der Senat genehmigt einen Gesetzentwurf wegen Abänderung der Bestimmungen über die agrarischen Arbeits-, Entlohnungs- und Pachtverträge zwischen dem Großgrundbesitz und dem Bauernstande.

23. Februar. Die zweite Kammer genehmigt einen Gesetzentwurf über den gewerblichen Unterricht.

25. Februar. Der Senat stimmt einer Aenderung des Rekrutierungsgesetzes bei, wonach das Jahreskontingent im November, statt im Februar, einzuberufen ist.

7. März. Der Senat nimmt einen Gesetzentwurf über die Organisation der städtischen Verwaltungen, die zweite Kammer einen Gesetzent-

wurf über die Geistlichkeit an. Hierbei wird eine Bestimmung verworfen, die die von der Landbevölkerung zur Erhaltung der Geistlichkeit aufzubringende Steuer betrifft.

8. März. In der zweiten Kammer beantworten der Kultusminister Jonescu und der Minister des Aeußern Lahovary die Anfrage des Liberalen Fleva über die allgemeine Politik der Regierung. Lahovary weist die auf den König abzielende Kritik Flevas über die Haltung der Regierung bezüglich der Hochzeitsfeierlichkeiten zu Sigmaringen zurück. Dort sei das Land ausschließlich durch den König vertreten gewesen, und seine Haltung sowohl als seine Reden seien äußerst patriotischen Charakters gewesen. Lahovary wendet sich hierauf gegen die Behauptung Flevas, daß die Kinder des Thronfolgers Katholiken sein würden, und erklärt, sicherlich würden die Kinder des Thronfolgers die orthodoxe Taufe empfangen, Der Minister wird während seiner Rede wiederholt von Beifallsbezeugungen unterbrochen und von der Kammer einstimmig beglückwünscht. Die Mitglieder der liberalen Opposition erklären, Fleva sei nicht berechtigt gewesen, in ihrem Namen zu sprechen. — Der Senat genehmigt das Gesetz, betreffend die Landgendarmerie.

24. März. Die zweite Kammer genehmigt das Einnahmebudget im Betrage von 189 610 500 Lei. Der Finanzminister widerlegt die Einwendungen, welche der Liberale Stolojan gegen das auf 68 135 293 Lei bezifferte Budget der öffentlichen Schuld erhoben hatte, und betont, daß bei einer Erhöhung des Kapitals um 240 Millionen sich die Zinsenannuität um nur 2 Millionen Lei höher stelle. Das Verhältnis zwischen der Höhe der Annuität und den Staatseinnahmen hätte sich von dem Zeitpunkte an, an dem die Konservativen an das Ruder gelangt seien, günstiger gestaltet. Der Minister setzt die Notwendigkeit der verschiednen Anleihen auseinander, von denen einige sich durch die von der liberalen Majorität beschlossenen Ausgaben notwendig gemacht haben; die übrigen seien für Arbeiten im öffentlichen Interesse bestimmt. Hierauf wird das Staatsschuldenbudget angenommen.

25. März. Obwohl die Verfassung die Gleichheit aller Glaubensbekenntnisse vor dem Gesetze ausspricht, lehnt die zweite Kammer das Gesuch eines Advokaten um Verleihung des Staatsbürgerrechts ab, weil er von israelitischer Abkunft, wenngleich griechisch-katholischer Religion ist.

26. März. Bei Beratung der Kammer über das Kriegsbudget sagt der Kriegsminister, die Befestigungen von Sereth seien beendet, der Plan der Befestigung von Bukarest habe nicht in dem anfangs beabsichtigten größern Umfange belassen werden können, und am Jahresschlusse werde das ganze Heer mit dem Mannlichergewehr bewaffnet sein.

19. April. In der zweiten Kammer werden die in den letzten Tagen in Bukarest stattgehabten Unruhen zur Sprache gebracht. Der Ministerpräsident macht die Liberalen für die Agitation verantwortlich. Das Gesetz über die Gemeindeabgaben sei nur ein

Vorwand. Es sei notwendig zur Bezahlung der von den Liberalen ererbten Schulden, sowie zur Entwicklung der Städte. Der Justizminister Marghiloman erklärt an der Hand von Thatsachen und Akten nachweisen zu wollen, daß die Liberalen einen Handstreich auf die Kammer zu unternehmen gedachten.

11. Mai. Der Senat genehmigt das Gesetz über die Weltgeistlichkeit.

1. Juni. Die am 27. November 1892 eröffnete Parlamentssession für 1892—93 wird durch königliche Botschaft geschlossen.

Darin werden die wichtigsten der in der Session zustande gekommenen Gesetze aufgezählt, und es wird darin hervorgehoben, daß die Tagung eine der erfolgreichsten gewesen sei, die die Geschichte des Parlamentarismus in Rumänien überhaupt aufzuweisen habe. So ist auf dem Gebiete der innern Verwaltung durch die Reform eine seit 1888 auf dem Programm aller bisherigen Regierungen stehende Aufgabe erledigt und durch das Gesetz über die landwirtschaftlichen Verträge zwischen Gutsherren und Bauern das letzte Gesetz aus der Reihe jener Vorschläge in Kraft gesetzt worden, deren Anregung und Formulirung des Abgeordneten Carp Verdienst bleibt, während durch das neue Volksschulgesetz und durch das Carpsche Gesetz zur Regelung des landwirtschaftlichen und gewerblichen Fachunterrichts bessere Grundlagen für die Hebung des geistigen und wirtschaftlichen Lebens der rumänischen Nation geschaffen worden sind. Durch das neue Klerusgesetz wird der berechtigten Klage über die schlechte materielle Lage vieler Seelsorgegeistlichen abgeholfen und die Stellung der Kirche zum Staat im Sinne eines nationalen Staatskirchentums genauer umschrieben. Das Maximumgesetz bestimmt die Grenze, bis zu der der Konsum und der Luxus zur Bestreitung der Gemeindebedürfnisse ohne vorhergehende Genehmigung der Regierung und des Parlaments herangezogen werden kann, während das Gesetz über die Einführung der Landgendarmerie eine verläßliche Besorgung des öffentlichen Sicherheitsdienstes in den Landgemeinden verbürgt.

III.

Parteibewegung.

26. Februar. In Bukarest findet eine Protestversammlung der liberalen Opposition statt. Alle Redner führen aus, daß die gegenwärtige Regierung im Widerspruche zum Willen der Bevölkerung und unter Verletzung der Verfassung von dem angeblich nach Alleinherrschaft strebenden König an der Spitze der Staatsverwaltung erhalten werde. Palladi beschuldigt den König, daß er durch seine Weigerung, den Kronprinzen in der christlich-orthodoxen Religion erziehen zu lassen, eine auch durch die jetzige Gesetzgebung begünstigte, aber den Bestand der orthodoxen Kirche gefährdende Richtung unterstütze, die vielleicht zur Besetzung des Landes durch einen fremden Staat führen könne.

17. April. In Bukarest finden erhebliche Unruhen statt, die von den liberalen Parteiführern hervorgerufen sind, indem sie der Menge den Glauben beibrachten, durch das neue Maximumgesetz werde eine neue Steuer eingeführt, mittelst der die Preise aller Lebensmittel zu einer unerschwinglichen Höhe aufgetrieben werden müßten, während es sich bei diesem Gesetze nur um die Bestimmung der äußersten Grenze handelt, bis zu welcher die im Gesetze als besteuerungsfähig angeführten Nahrungsmittel und Spirituosen mit Gemeindeabgaben belastet werden dürfen.

20. April. Die Kundgebungen einer aufgeregten Menge gegen das Ministerium dauern in Bukarest fort. In einer öffentlichen Versammlung der Liberalen werden heftige Ansprachen gehalten. Von einem Versuche, sich zum königlichen Palast zu begeben, werden die Massen durch Militär abgehalten.

Serbien.

I.

Die königliche Familie.

13. Januar. Der frühere König Milan versöhnt sich in Biarritz mit seiner Gemahlin, der Königin Natalie.

19. Januar. König Alexander erhält von seinem Vater eine Depesche aus Paris: Ich habe mich mit deiner Mutter versöhnt. Milan. Alexander erwidert: Bin tief gerührt; der heutige Tag ist der freudigste meines Leben. Ich umarme dich und bitte, meine Mutter statt meiner zu umarmen. Alexander. — Die radikalen Blätter Serbiens begrüßen die Nachricht mit großer Freude.

2. Februar. Königin Natalie richtet von Biarritz aus an den frühern Kultusminister Stewa Popowitsch einen Brief, in dem sie schreibt: „Mein Ausgleich mit Milan wird erst dann vollkommen perfekt, wenn er seine Stellung geregelt hat, da er jetzt weder Unterthan noch Mitglied der Dynastie ist. An eine Rückkehr nach Serbien denke ich vor der Hand nicht. Sollte die Skupschtina meine Ausweisung ohne Motivirung aufheben, so werde ich diesen Beschluß einfach nicht beachten. Andernfalls würde ich gleichfalls mit einer Motivirung die Gründe bekannt geben, die für mich maßgebend sind, daß ich noch ferner im Auslande verbleibe."

27. März. König Alexander läßt dem türkischen Sultan Dank sagen für den ausgezeichneten Empfang, den er seiner von

Biarritz nach der Krim reisenden Mutter Natalie in Konstantinopel bereitet hat.

15. Mai. Der König begiebt sich nach Cuprija zum Besuch der durch Erdbeben heimgesuchten Orte.

19. Mai. Der König trifft in Kladowa mit seiner Mutter zusammen.

23. Mai. Beide treffen in Turnseverin ein, wo sie sich wieder trennen; die Königin begiebt sich nach Bukarest.

28. Mai. Der König ordnet an, daß die Morawa-Artillerie und das dritte Kavallerieregiment von jetzt ab den Namen „König Alexander I." und das elfte Infanterieregiment für immer den Namen „Königin Natalie" führen soll. In der Verleihungsurkunde heißt es, das Regiment habe für ewige Zeiten den Namen der Königin Natalie für deren aufopfernde und patriotische Dienste während des serbisch-bulgarischen Kriegs zu tragen.

II.

Wahlbewegung.

Anfang März. Die Bewegung für die Neuwahlen zur Skupschtina nimmt einen außerordentlichen Umfang und den Charakter großer Erbitterung zwischen den sich bekämpfenden Parteien der Liberalen und der Radikalen an.

Das seit dem 20. August 1892 regierende liberale Ministerium Avakumowitsch erschöpfte sich seit August 1892 in allen möglichen Versuchen, diese Wahlen in seinem Sinne vorzubereiten: Da die Gemeindebehörden einen sehr großen Einfluß auf die Wahlen haben, so wurden die der radikalen Partei angehörenden Bürgermeister und Gemeinderäte möglichst beseitigt. Zu Hilfe kam dabei dem Kabinett die unleugbare finanzielle Mißwirtschaft vieler dieser Behörden, und die Radikalen selbst erleichterten der Regierung ihr Vorhaben durch die wachsende Leidenschaft, von der sie sich mit dem Herannahen der Wahlen mehr und mehr übermannen ließen. Es kam vielerorten zu gewaltsamer Auflehnung, und dies gab der Regierung willkommene Gelegenheit, viele hervorragendere radikale Lokalgrößen, ja schließlich sogar einige neu gewählte Abgeordnete hinter Schloß und Riegel bringen zu lassen. Aber die Maßnahmen der Regierung, um die Wahlen „vorzubereiten," hatten doch keinen Erfolg. In den Städten zwar war die Ersetzung der radikalen Gemeindebehörden durch liberale fast durchweg ausführbar, auf dem platten Lande aber fehlte es vielfach an Liberalen. Sodann schloß das Ministerium alle diejenigen von der Wahl aus, welche mit den Steuerzahlungen im Rückstande waren. Durch diese Maßregeln und durch die mit Umgehung der Landesvertretung erfolgte Ernennung eines dritten Regenten (an Stelle eines verstorbnen) aus der liberalen Partei wird die radikale Partei so sehr erbittert, daß sie beginnt, sich mit den Gesandten Rußlands und Frankreichs, ja mit dem Vertreter der vorigen Herrscherfamilie der Karageorgewitsch in Verbindung zu setzen.

1. März. Der Gesandte in Konstantinopel, General Gruitsch, wird in schroffster Form pensionirt und aufgefordert, sofort die Geschäfte seinem ersten Sekretär zu übergeben. Gruitsch hatte sich geweigert, auf die ihm vom radikalen Komitee angebotene Kandidatur für die Skupschtina zu verzichten.

5. März. Im Kreise Tschatschak kommt es zwischen radikalen Bauern und Militär zu blutigen Zusammenstößen. — Das radikale Zentralkomitee sagt in einer Wahlansprache:

Seit sechs Monaten regiert ein Ministerium, das keine parlamentarische Mehrheit besitzt. Die bevorstehenden Wahlen sind von der höchsten Wichtigkeit. Große Interessen sind auf dem Spiele. Ein entscheidungsvoller Moment ist für Serbien gekommen. Der Zentralausschuß fordert daher alle Mitglieder der radikalen Partei auf, insgesamt auf dem Wahlplatze zu erscheinen, unbekümmert um den momentanen Ausgang des jetzigen Wahlkampfs. Der Zentralausschuß ist fest überzeugt, daß zuletzt doch die Nation den Sieg behalten wird.

Die Minister bereisen das Land, um gegen die Radikalen Stimmung zu machen und den Behörden Verhaltungsmaßregeln zu geben; in die radikalen Hauptsitze wird Militär gelegt; es wird versucht, der milizpflichtigen Landbevölkerung die ihnen früher ausgefolgten Gewehre abzunehmen; frühere radikale Abgeordnete werden eingesperrt, daneben finden Mordattentate statt, denen bald Liberale, bald Radikale zum Opfer fallen. Bei den Gemeindewahlen erringen die Liberalen durch bewaffnete Unterstützung der Regierung in 799 Gemeinden den Sieg, die Radikalen behaupten sich nur in 475 Orten.

9. März. Die Neuwahlen zur Skupschtina ergeben trotz der großen Anstrengungen des Ministeriums nur eine geringe Mehrheit der Liberalen (64), denen 57 Radikale und 2 Fortschrittler gegenüberstehen.

III.

Die liberale Skupschtina.

6. April. In der ersten Sitzung sind sämtliche Abgeordnete und Minister anwesend. Die Liberalen wählen, unter lebhaftem Widerspruch der Radikalen, den Unterrichtsminister Georgiewitsch zum Alterspräsidenten. Als dieser die Auslosung in die Abteilungen vornehmen lassen will, verlangen die Radikalen unter großer Unruhe zunächst die Auszählung des Hauses unter Namensaufruf, um den Nachweis der Stimmengleichheit mit den Liberalen zu erbringen. Hierbei erscheinen auch die im Rudniker Kreise Gewählten, wogegen der Minister des Innern nachdrücklich Verwahrung einlegt. Nach

heftigen Erörterungen verlassen die Radikalen unter Führung von Pasitsch und Gruitsch den Sitzungssaal. Hierauf erklären Garaschanin und Navakowitsch namens der Fortschrittspartei, die Skupschtina sei nicht beschlußfähig, da weniger als 68 Mitglieder anwesend seien, und verlassen ebenfalls den Saal. Der Minister des Innern bezeichnet es als eine Pflicht der Zurückgebliebenen, Verfassung und Gesetzmäßigkeit der Zustände auch unter den schwierigsten Verhältnissen hochzuhalten; nach dem Wortlaut des Gesetzes und der Geschäftsordnung sei die Versammlung beschlußfähig. Nunmehr werden die Abteilungen ausgelost und der Wahlprüfungsausschuß gewählt.

10. April. Nachdem die Versammlung 74 Wahlen für giltig erklärt hat, fordert sie die ausgeschiednen Radikalen und Fortschrittler auf, binnen 24 Stunden ihre Plätze wieder einzunehmen, widrigenfalls die Stellvertreter einberufen oder Neuwahlen angeordnet werden würden.

11. April. Alle radikalen Abgeordneten erlassen folgende öffentliche Ansprache:

Die Regierung hat trotz monatelanger Anstrengungen bloß 63 Deputirte erlangt. Nach allen Vorfällen ist die radikale Partei berechtigt gewesen, jede Beziehung zu dem jetzigen Regime abzulehnen und den Eintritt in die derart zustande gekommene Skupschtina zu verweigern. Trotzdem hat dieselbe aus Rücksicht auf die Landesinteressen an den Arbeiten der Skupschtina teilnehmen wollen, um die Lösung unaufschiebbarer Fragen, die auf der Tagesordnung der Skupschtina stehen, zu ermöglichen. Demgemäß hat der Klub der radikalen Abgeordneten eine Deputation aus Pasitsch, General Gruitsch und Pera Maximovitsch zu der Regentschaft entsendet, um derselben den Standpunkt der radikalen Partei bezüglich der Skupschtinaarbeiten darzulegen; der Deputation ist es jedoch nicht geglückt, vor die Regentschaft zu gelangen. Dessenungeachtet sind die radikalen Abgeordneten in die Skuptschtina eingetreten. Für dieselbe sind jedoch weder ein Alterspräsident noch ein Schriftführer gesetzmäßig bestellt worden, und die Auslosung in die Sektionen ist ohne Namensaufruf und mit eigens zugerichteten Zetteln erfolgt. An einem derartigen Vorgehen konnte die radikale Partei nicht weiter teilnehmen. Der Austritt der Radikalen, dem auch der Austritt der Fortschrittler folgte, hat jeder weitern Thätigkeit der Skupschtina die verfassungsmäßige Giltigkeit entzogen. Was die liberalen Abgeordneten nach unserm Abgange thun, bleibt ohne gesetzlichen Wert. Unsre weitere Haltung werden wir je nach den Ereignissen einrichten. Für jetzt sind wir entschlossen, die von der Nation uns anvertrauten Mandate zu behalten.

12. April. Als Antwort hierauf veröffentlicht die Partei der Anhänger des liberalen Ministeriums eine Ansprache, in der sie den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit ihrer Handlungen mit Entrüstung zurückweist und sich darauf beruft, daß sie auch 1886 die grobe Verfassungsverletzung verurteilte, als man auf die damalige Skupschtina in Nisch ein Attentat ausübte und die Volksvertreter mit

Waffengewalt aus dem Saale zerrte. — Die Skupschtina wird nunmehr vom Ministerpräsidenten eröffnet.

13. April. Sie berät den Bericht des Ausschusses über die Prüfung der Wahlen. Die Redner verurteilen den Austritt der Radikalen und bezeichnen das fortschrittliche und radikale Regime als ein Unglück für das Land, das liberale Regime dagegen als segenbringend.

IV.

Staatsstreich.

13. April. In der Nacht zum 14. April macht der 17jährige König Alexander der Vergewaltigungspolitik der Liberalen ein Ende, indem er 15 Monate vor dem verfassungsmäßigen Zeitpunkte sich für großjährig erklärt und damit die Regentschaft überhaupt beseitigt, um die Besetzung vor deren dritter Stelle die Parteien sich so lebhaft stritten. Ueber diesen Vorgang berichtet das fortschrittliche Belgrader Blatt „Videlo" folgendes nähere:

Der König teilte seine Absichten nachmittags den beiden Adjutanten Ciritsch und Raschitsch mit. Um 5 Uhr hatte Ciritsch eine Zusammenkunft mit dem Kommandanten des zweiten Kavallerieregiments, Ljubimir Christitsch, den er fragte, ob er in einer gewissen Angelegenheit dem Könige Alexander gehorchen wolle. Christitsch antwortete kurz und bündig: Ja! Daraufhin wurde er in das Geheimnis gezogen und alles für die kommende Nacht genau festgestellt. Während die zur Hoftafel geladenen Regenten und Minister im Konak eintrafen, eilten die königlichen Adjutanten in alle Kasernen und brachten den Kommandanten die Weisung, sämtliche Offiziere in die Kasernen zu berufen, da in der Nacht ein Besuch des Königs bevorstehe. Zugleich wurden alle Kommandanten in den Palast berufen, um den König dort zu erwarten. Der Stadtpräfekt wurde gleichfalls berufen. Schlag 8 Uhr abends nahm Major Christitsch mit seinem Kavallerieregiment auf dem Wratscharfelde oberhalb des Königsschlosses Aufstellung. An die Mannschaft wurde Munition verteilt. Der Regimentskommandant versammelte die Eskadronchefs um sich und weihte sie in den Plan ein. Ein einstimmiges „Einverstanden" war die Antwort. Sofort wurden einzelne Abteilungen detachirt, um die Häuser der Regenten und Minister zu besetzen. Der Rest des Regiments nahm an der Mauer des königlichen Hofgartens Aufstellung. Um dieselbe Zeit erschien der andre Adjutant des Königs, Major Raschitsch, in Begleitung einer Gendarmerieabteilung im Gebäude der Hauptpolizei, besetzte es und entsendete die Offiziere in die einzelnen Polizeikommissariate, um sie gleichfalls zu okkupiren. Auch das Telegraphenamt, der Bahnhof und die Station der Dampfschiffahrtgesellschaft wurden militärisch besetzt. Inzwischen befand sich die Hoftafel in vollem Gange. Der König unterhielt sich lebhaft mit seinen Gästen. Als alle Vorbereitungen draußen getroffen und in dem an den Speisesaal stoßenden Salon eine Abteilung Infanterie mit aufgepflanztem Bajonette postirt war, trat Major Ciritsch ein und berichtete dem König: „Alles ist fertig." Unmittelbar darauf erhob sich der König mit dem Glase in der Hand und sprach: „Ich danke Ihnen für

die Dienste, die Sie bisher dem Vaterlande, mir und meinem Vater geleistet haben. Aber ich bin nicht einverstanden mit diesem Regime, und deshalb will ich ihm ein Ende machen. Zu diesem Zwecke nehme ich die Regierung des Landes in meine Hände." — „Das ist zu früh, viel zu früh," bemerkte der Regent Ristitsch aufgebracht. — „Ich habe gesagt, was ich zu thun beabsichtige und auch bereits gethan habe," erwiderte der König, „und darum fordere ich die Regenten auf, ihr Entlassungsgesuch zu unterzeichnen." — „Das können wir nicht," sagte Ristitsch, „weder das Interesse des Thrones noch das Interesse des Landes und sogar die Verfassung selbst gestatten dies nicht." Während dieses Gespräches waren die Minister wie zu Statuen erstarrt. Der König wendete sich nunmehr zu seinem ersten Adjutanten mit den Worten: „Major Ciritsch, thun Sie Ihre Pflicht! Ich habe das Meinige gethan." Hierauf verließ der König den Speisesaal durch die Thür, die in den Korridor führt. Als sich die Thür öffnete, wurden donnernde Zivioruse auf den König von seiten der im Korridor postirten Offiziere und Soldaten laut. Major Ciritsch trat den Regenten und Ministern, die jetzt ebenfalls den Speisesaal verlassen wollten, mit den Worten in den Weg: „Meine Herren, Sie sind Gefangene des Königs; belieben Sie sich in das anstoßende Zimmer zu begeben." Erzürnt rief General Belimarkowitsch: „Wissen Sie, was Sie thun? Ich werde Sie dafür erschießen lassen!" — „Das könnten Sie, Herr General," sagte Ciritsch, „aber diese Nacht vollführe ich den Befehl meines Königs. Deshalb muß ich Sie auffordern, meiner Einladung zu folgen, sonst werde ich Sie niederschießen." Hierbei zog Ciritsch seinen Revolver und gab zugleich den Truppen im Korridor das Kommando: „Legt an!" Die Regenten und Minister, jeden Widerstand für unmöglich erkennend, ließen sich abführen, worauf der König Dr. Dokitsch berief und ihn mit der Bildung eines Kabinetts betraute. Um 11 Uhr nachts war das Kabinett gebildet; ein Offizier trug die Proklamation des Königs in die Staatsdruckerei. Der König selbst begab sich, begleitet von seinem Adjutanten, dem Kriegsminister Franassowitsch und dem Bautenminister Obersten Stankopitsch, sowie dem Divisionär Obersten Koka Milovanowitsch, in die Kaserne, um den Truppen den Eid abzunehmen. Der König hielt folgende Ansprache an die Truppen: „Soldaten! Von heute an habe Ich die königliche Gewalt in Meine Hände genommen. Von heute an habt ihr von niemandem Befehle anzunehmen außer von Mir, von Meinem Kriegsminister Obersten Franassowitsch, den Ich heute ernannt habe, und von dem Obersten Koka Milovanowitsch, den Ich heute zum Divisionär des Belgrader Militärkreises bestellt habe." Die Soldaten antworteten mit begeisterten Zivioruse. Um 2 Uhr nach Mitternacht kehrte der König in das Palais zurück, und um 3 Uhr wurden die gefangenen Regenten und Minister aus dem alten Konak unter Bedeckung in den neuen Trakt gebracht, wo ihnen im zweiten Stockwerke ein Nachtlager angewiesen ward.

König Alexander erläßt folgende Ansprache an das Land:

Serben! So oft die Lebensinteressen des serbischen Volkes es erheischten, haben sich Meine Ahnen, die Obrenowitsch, stets in den Dienst der serbischen Staatsidee gestellt. In deren Traditionen auferzogen, treu dem Geiste der Nation, gewohnt, vor allem der serbischen Staatsidee zu dienen, habe Ich heute die Pflicht, dem Beispiele Meiner Ahnen zu folgen. In der gegenwärtigen Zeit soll das Volksleben sich ruhig unter dem Schutze der Verfassung entwickeln, die Mein erlauchter Vater im Einverständnisse mit allen Parteien und mit dem Volke selbst dem Lande verliehen hat. Leider war die Verfassung in jüngster Zeit so gefährdet, die staatsbürgerlichen Rechte Meiner

teuern Serben dermaßen in Frage gestellt und die verfassungsmäßige Stellung der Volksvertretung derart erniedrigt, daß Ich nicht säumen darf, diesem unglücklichen Zustande ein Ende zu machen. Serben! Von heute an nehme Ich die königliche Gewalt in Meine Hände. Von heute an tritt die Verfassung ganz in Kraft und erhält ihren vollen Wert. Im Vertrauen auf den glücklichen Stern der Obrenowitsch werde Ich, gestützt auf die Verfassung und die Gesetze, Mein Land regieren, und so fordere Ich euch alle auf, Mir treu und ergeben zu dienen. Mein theures Volk! Indem Ich Gott anflehe, daß er jeden Meiner Schritte beschütze, schließe Ich mit dem Rufe: Es lebe Mein Volk!

Der König ernennt ein aus Radikalen bestehendes Ministerium. Der neue Premierminister, frühere Professor Dr. Dokitsch, dann jahrelang Erzieher des jungen Königs und sein treuer, väterlicher Freund, zuletzt Präsident des Staatsrats, ein ruhiges, gemäßigtes Mitglied der radikalen Partei, stellt das Bindeglied zwischen Frassanowitsch und den übrigen radikalen Ministern dar. Dr. Wuitsch und Finanzminister Milosawljewitsch hatten bereits unter dem radikalen Premier Paschitsch die gleichen Posten inne. Der neue Minister des Aeußern, Nikolitsch, war früher Unterrichtsminister. Oberst Stankowitsch, Bautenminister, und Rascha Miloschewitsch, Ackerbauminister, sind neu als Kabinettsmitglieder; dieser zählt mit Nikolitsch und Milosawljewitsch zu den alten Häuptern der Radikalen. — Belgrad ist aus Anlaß der Großjährigkeitserklärung des Königs beflaggt. Die radikalen und die fortschrittlichen Blätter begrüßen die Ansprache des Königs. „Videlo" sagt, von Serbien sei der Alpdruck gewichen. Es habe sich wieder gezeigt, daß die Dynastie Obrenowitsch mächtiger sei, als die eingebildete Größe der Regenten. Die radikalen Blätter begrüßen den König als Retter und schwören ihm Treue. Die Regenten werden vormittags der Haft entlassen. Eine nach Tausenden zählende Volksmenge mit Fahnen erscheint vor dem Konak und bringt Hochrufe auf den König und die Dynastie aus. Der König dankt mit kräftiger Stimme vom Balkon aus. Das serbische Volk und seine Freiheit seien ihm teuer, er wolle die gefährdete Freiheit mit kräftiger Hand schützen; es lebe das serbische Volk! Diese Worte des Königs werden mit größter Begeisterung aufgenommen. Die Volksmenge zieht mit Hochrufen vor die Büreaus der neuen Minister und mit Ausrufen des Mißfallens vor das Haus Ristitschs, wo jedoch Polizei und Militär die Menge zurückdrängen. Als die Menge vor dem Hause Garaschanins in Hochrufe ausbricht, erklärt dieser, er sei glücklich, daß der König die Zügel der Regierung ergriffen habe als Hort und Beschützer des Volkes. „Es lebe der König, die Verfassung und die Nation!" Vor den Häusern des bisherigen Ministerpräsidenten Avakumovitsch und des Metropoliten Michael finden sehr feindselige Kundgebungen statt. Später unternimmt der König eine Rundfahrt in Begleitung

des Ministerpräsidenten, des Kriegsministers und eines Adjutanten und wird dabei in den von der Bevölkerung dicht besetzten Straßen mit Zivioruſen empfangen.

15. April. Der Ministerpräsident Dokitſch erklärt in einer mündlichen Auseinandersetzung über das Programm der neuen Regierung, die Ursachen des Ereigniſſes vom 13. April lägen in der durch die ungeſetzliche, verfaſſungswidrige Haltung der Regentſchaft und des Miniſteriums Avakumovitſch hervorgerufenen, gefahrvollen Lage. König Alexander habe durch eine energiſche, rettende That die Gefahr beſeitigt, die für das Land und die Dynaſtie aus der unnötigen Verletzung der ſtaatsbürgerlichen Rechte und der Freiheiten des ſerbiſchen Volkes reſultirte. Er habe unabſehbare Konflikte verhindert. Nachdem das Volk und die Armee die Uebernahme der Regierung durch König Alexander mit ſeltener Einmütigkeit begrüßt haben, werde die Regierung nunmehr ihre ganze Aufmerkſamkeit vorzugsweiſe auf die innere Politik, auf die Herſtellung und Sicherung eines ſtreng verfaſſungsmäßigen geſetzlichen Zuſtandes, der perſönlichen und politiſchen Rechte, ſowie der Beſitzrechte der Staatsbürger zuwenden, entſprechend den Intentionen des Königs, der allen Ernſtes ein Hüter und Schützer der Verfaſſung wie der Geſetze ſein will. Zu dieſem Behufe werde die Regierung mit kräftiger Hand Ausſchreitungen jeder Art und von welcher Seite dieſelben auch kommen mögen, hintanhalten und Wiederholungen der bisher üblichen Racheakte im voraus unmöglich machen. Die Wahlen zur Skupſchtina, die ohne jede Beeinfluſſung vorgenommen werden ſollen, würden den erſten Beweis der ernſten Abſichten der Regierung liefern. Hand in Hand mit der Durchführung dieſes Grundſatzes gehe die Wiederaufrichtung des Finanzkredits.

16. April. In Gegenwart des Königs findet in der Hauptkirche Belgrads ein feierliches Tedeum ſtatt.

18. April. Der bisherige Regent Riſtitſch und 65 liberale Abgeordnete veröffentlichen eine Verwahrung gegen den Staatsſtreich.

Sie heben hervor, daß es die Liberalen waren, die nach der Vertreibung der Karageorgiewitſch 1858 den Thron der Obrenowitſch wieder herſtellten, und daß ſie nach wie vor der Dynaſtie ergeben und ihr anhänglich ſeien. Sie erheben indeſſen gegen den Staatsſtreich Einſpruch, der einen groben Verfaſſungsbruch in ſich ſchließe, und aus dem eine uſurpatoriſche Regierung hervorgegangen ſei. In Entgegnung auf den Erlaß der Amtszeitung, daß die Skupſchtina ſich nicht konſtituiren konnte, hebt die Kundgebung hervor, daß die Skupſchtina durch königliche Verfügung eröffnet wurde, was nicht hätte geſchehen können, wenn ſie nicht konſtituirt geweſen wäre. Zum Schluß fordert die Kundgebung alle Geſinnungsgenoſſen auf, den Kampf mit allen geſetzlichen Mitteln gegen die ungeſetzliche Regierung aufzunehmen.

23. April. Der König erläßt eine allgemeine Amnestie für politische Vergehen und setzt die Strafen für die wegen andrer Vergehen Verurteilten herab.

V.

Die radikale Skupschtina.

1. Juni. Die vom Ministerium Dokitsch angeordneten Neuwahlen fallen auf 120 Radikale, 10 Fortschrittler und einen Liberalen. Abgegeben werden 203932 radikale, 26012 liberale Stimmen.

16. Juni. Die neue Skupschtina wird feierlich eröffnet.

Die hierbei verlesene Thronrede hebt hervor, daß der König am 13. April eine gebieterische Pflicht erfüllt habe, da es die Aufgabe der Obrenowitschs sei, die Verfassung, sowie die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger Serbiens gegen jeden Eingriff zu schützen. In der Thronrede heißt es: „Es ist das erstemal, daß ich in meiner Eigenschaft als König von Serbien vor meinem teuern Volke erscheine, und ich beeile mich, Ihnen in meinen ersten Worten die tiefe Befriedigung darüber auszudrücken, in der Mitte der Gewählten der Nation zu verweilen. Diese Befriedigung ist um so größer, als mir auch Gelegenheit geboten ist, eine der heiligsten Pflichten zu erfüllen und den Eid auf die Verfassung abzulegen." Die Thronrede erwähnt dann, welche höhern Zwecke sein erhabner Vater mit der neuen Verfassung beabsichtigt habe, und sagt in Betreff des Staatsstreichs, daß derselbe eine absolute Notwendigkeit für ihn und das Volk gewesen sei. Die Thronrede erwähnt auch der frühern liberalen Regierung, die im Gegensatz zu den parlamentarischen Prinzipien zur Macht gelangt sei und die höhern Interessen des Landes den Parteiinteressen untergeordnet habe. Die Thronrede klagt ferner die unvollständige Regentschaft an, die die Skupschtina, die die Mission hatte, sie zu vervollständigen, auflöste, und sie erwähnt die Anwendungen von Gewalt gegen die Verfassung. Der 13. April habe durch die Provokationen des Königs das Land in legale Bahnen zurückgeführt, und dieser Akt sei auch freudigst vom Volke begrüßt worden, das sich mit seinem Könige begegnet sei. „Ich bin besonders glücklich," bemerkt dann der König wörtlich, „zu Ihrer Kenntnis zu bringen, daß die Notifikation meiner Thronbesteigung bei allen erhabnen Souveränen und Staatschefs eine schmeichelhafte Aufnahme gefunden hat, und daß ich bei dieser Gelegenheit viele wertvolle und kostbare Beweise für meine Person und Serbien empfangen habe. Möge Serbien sich würdig dieser Sympathien zeigen, und möge es ein ernstes Element, ein Element der Ordnung und des Fortschritts am Balkan werden, möge es an den erworbnen Freundschaften festhalten und sich neue gründen, wie es meine immerwährende Sorge sein wird." Der König werde stets darauf bedacht sein, daß Serbien dieser hohen Sympathie sich würdig erweise. Das Element der Ordnung und des Fortschritts in Osteuropa werde sich die bereits erworbnen Freundschaften erhalten und neue erwerben. Die letzten Wahlen zur Skupschtina seien ohne jede Beeinflussung vor sich gegangen, und deshalb sei die gegenwärtige Kammer der treue Ausdruck des Volkswillens. Die Skupschtina sei zu der außerordentlichen Session einberufen behufs der Eidesleistung, der Abstimmung über das Budget und wegen der Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

26. Juni. Die Skupschtina nimmt den Ausschußbericht über die Verlängerung des Budgets von 1892 bis zum Ende des laufenden Jahres zur Kenntnis. Der Bericht befürwortet die Vorlage des Finanzministers, da die innere Lage, wie sie durch die Regentschaft geschaffen sei und die Kürze der Zeit die korrekte Zusammenstellung eines so wichtigen Aktes unmöglich mache.

30. Juni. Der Ausschuß der Skupschtina empfiehlt die Genehmigung des neuen Handelsvertrags mit dem deutschen Reiche.

Griechenland.

I.

Unglücksfälle.

2. Februar. Auf der ionischen Insel Zante werden durch zwanzig in kürzester Zeit erfolgte Erdstöße große Verheerungen angerichtet und die Bewohner in Elend versetzt.

17. April. Ein neues und sehr starkes Erdbeben verwandelt fast alle Orte auf Zante in Trümmerhaufen.

22. Mai. Durch ein heftiges Erdbeben wird die Stadt Theben zerstört.

II.

Parlament.

28. Februar. Nachdem die Kammer das Budget für 1893 genehmigt hat, wird die an gesetzgeberischen Arbeiten reiche Session geschlossen. Fast alle in der Session beschlossenen Gesetze betreffen dringlich gewordne Aenderungen in der Verwaltung und den Finanzen.

III.

Wechsel des Ministeriums.

10. Mai. Der seit dem 21. Juni 1892 im Amt befindliche Ministerpräsident Trikupis bittet um Entlassung.

Der Grund liegt, wie damals bei seinem Amtsvorgänger Delyannis, in den trostlosen Finanzverhältnissen des Landes. Eine Zeitlang schien es, als würden die in London geführten Anleiheverhandlungen zum Abschluß

gelangen. Als sich dieser Abschluß aber verzögerte und infolge dessen das Goldagio in Athen wieder auf 44 Prozent stieg, suchte die Opposition dies politisch auszubeuten. Als nun Trikupis die Erfolglosigkeit seiner Bemühungen zur Herbeiführung einer gesundern Finanzlage einsieht, vergeht ihm die Lust, sie fortzusetzen.

14. Mai. Der König ernennt den frühern Abgeordneten Sotiropulos zum Ministerpräsidenten. Dessen Programm besteht aus folgenden Hauptpunkten: Einhaltung der Verbindlichkeiten Griechenlands gegen das Ausland, Zahlung der demnächst fälligen Kupons, weitgehende Ersparnis im Staatshaushalte und Einführung des Tabakmonopols.

IV.

Neue Anleihe.

11. Juni. Der König unterzeichnet einen Erlaß, betreffend die Aufnahme einer neuen Anleihe im Betrage von 100 Millionen Frcs.

Sie ist bestimmt zur Einlösung der in der Zeit vom 15. Juni 1892 bis 1. Juli 1895 fällig werdenden Kupons der Anleihen aus den Jahren 1881, 1884, 1889 und 1890 sowie zur Rückzahlung der Anleihe von 1892 und zur teilweisen Begleichung der schwebenden Schuld. Die Anleihe wird mit 5 Prozent verzinst und durch in Gold zahlbare Staatseinkünfte garantirt. Die Bestimmung über die Bezahlung der Kupons und über die Amortisation der Schuldverschreibungen der ältern Anleihen bleibt der Bewilligung der Kammer vorbehalten. Falls die Kammer den Anleihevertrag verwerfen sollte, würden die auf Grund desselben bereits emittirten Obligationen zurückgezogen werden. Durch diese Anleihe wird die Staatsschuld von 582 Millionen in Gold und 168 Millionen in Papier um weitere 100 Millionen Drachmen (1 Drachme = 0,80 Mark). vermehrt. Die Ausgabe erfolgt durch die Jonische Bank als Vertreterin des Londoner Bankhauses Hambro & Sons.

Montenegro.

Im April. Infolge der steigenden Unzufriedenheit mit den innern Zuständen entschließt sich der Fürst Nikita, eine durchgreifende Umgestaltung der Verwaltung und der Justiz eintreten zu lassen und beruft an die Spitze der Justiz den Professor Bogischitsch, den Urheber des montenegrinischen Zivilgesetzbuchs.

Marokko.

Anfang Januar. Die englische Regierung verlangt von der marokkanischen Regierung eine bestimmte Erklärung darüber, ob sie die wegen der Erschießung eines britischen Unterthans aus Gibraltar durch eine marokkanische Polizeiwache verlangte Genugthuung geben wolle oder nicht.

Mitte Januar. Der Sultan Muley Hassan bietet 1000 Pfund als Schadenersatz an; die Antwort wird aber englischerseits als unbefriedigend angesehen, weil der Sultan nicht hinzugefügt hat, daß er dem Minister des Aeußern, Mohammed el Chatib, Mißbilligung wegen seines Verhaltens ausgesprochen habe. Der britische Geschäftsträger in Tanger, Eliot, verlangt nun vollständigere Genugthuung.

1. Februar. Eine Schar Marokkaner vom Stamme der Augheras empört sich gegen die Ernennung eines neuen Gouverneurs und rückt bewaffnet vor die Thore von Tanger.

15. Februar. Nach einem ernsten Kampfe dringen sie in die Stadt und beginnen, sie zu plündern, werden aber von den Einwohnern angegriffen und meist niedergemacht.

Im April. Der Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Tanger verlangt vom Sultan Genugthuung wegen Mißhandlung des amerikanischen Konsuls in Tetuan durch Mauren.

Kongostaat.

Anfang Januar. Die arabischen Sklavenjäger und -Händler haben sich nach ihrer Bedrängung in den Gebieten der deutschen und der englischen Interessensphäre Ostafrikas mehr nach dem Kongostaat gezogen, sehen sich jetzt aber auch hier in stärkerm Maße als in den letzten zwei Jahren bedroht. Nachdem sie im Süden des Kongostroms durch zahlreiche vom Staat und von Privatgesellschaften ins Werk gesetzte Unternehmungen und Stationsanlagen mehr und mehr zurückgedrängt worden sind, werden sie auch im Osten des Staats lebhafter verfolgt. Der ganze Araber-„Aufstand" erstreckt sich über ein Gebiet, das durch die Seiten eines rechtwinkligen Dreiecks umschlossen wird, dessen Winkel in Albertville am Tanganjika-See, in Lusambro am Ober-Sankuru und in Basoko, dem befestigten Posten an der Mündung des Aruwimi in den Kongostrom, liegen. Diese drei Orte werden nun von den Arabern angegriffen; sie werden jedoch in blutigen Kämpfen dermaßen zurückgeschlagen, daß ihre Macht in diesen Gegenden eine schwerlich wieder auszugleichende Einbuße erleidet.

Anfang Februar. Die Araber werden von Truppen des Kongostaats unter Führung von Dhanis am Lomamifluſſe, weſtlich von der Nordſpitze des Tanganjikaſees geſchlagen.

Während der Abweſenheit des alten Tippo-Tip von Stanley-Falls war es nämlich dem einflußreichen Araberfürſten von Nyangwe, dem durch die Niedermetzlung der Expedition Hodiſter bekannt gewordnen Muini Moharra, gelungen, auch den Sohn Tippo-Tips, Sefu ben Mohamed, zum Aufſtande zu verleiten. Während Tippo-Tip ſelbſt ſich fortwährend in Treueverſicherungen gegen den Kongoſtaat erging, der ihn mit der Autorität eines Wali von Stanley-Falls bekleidet hatte, ergriffen ſein Sohn Sefu und ſein Brudersſohn Raſchid gegen das goldgeſternte blaue Banner die Waffen. Sefu hatte, um öffentlich ſeine Anhänglichkeit an den Kongoſtaat neuerdings zu erweiſen, nach der Ermordung Hodiſters im Lager von Stanley-Falls laut ſeinen Abſcheu über die Unthat ausgeſprochen und den Beamten des Kongoſtaats die Zuſage erteilt, er werde alles verſuchen, um Muini Moharra „zur Raiſon zu bringen.“ In Luſambo war ſchon die Nachricht eingegangen, Sefu werde mit großem Gefolge daſelbſt eintreffen, um den Kommandanten Dhanis ſeiner Ergebenheit und ſeiner Treue zu verſichern. In Wirklichkeit war ſein Plan jedoch ein andrer. Auf dem Marſche durch das Aufſtandsgebiet am Lomami verband Sefu ſich mit andern Araberhäuptlingen und rückte darnach gegen Luſambo vor. Dhanis ſicherte ſich in Eile die Hilfe des mächtigſten Häuptlings am Ober-Lomami, des Negerfürſten Gongo-Lutete, der ſeine Leute und die Mannſchaften ſeines bedeutendſten Vaſallen, Lupungu, zum Kampfe gegen die Sklavenjäger aufbot.

Einen ebenſo vollſtändigen Sieg über die Araber erringen Truppen des Kongoſtaats unter Führung von Chaltin bei Yadumba am Aruwimiſtrom. Die Sklavenhändlerbanden, die monatelang das Land an dieſem Strome und am Rubifluſſe geplündert und verwüſtet hatten, werden völlig vernichtet.

15. Februar. Die Truppen des Kongoſtaats unter Dhanis nehmen den befeſtigten Platz Nyangoné am obern Kongoſtrom, 300 Kilometer ſüdlich der Stanley-Fälle gelegen, ein. Dabei findet Munie Moharra, der mächtigſte und gefährlichſte Araberhäuptling Mittelafrikas, den Tod. Nyangoné war der ſtrategiſch wichtigſte Punkt der Araber am Kongo, der Mittelpunkt ihres Negerhandels, von wo ſich bisher die Jägerhorden nach Weſten und Süden verbreitet hatten.

22. April. Die von Nyangoné nach Kaſſongo, ſüdöſtlich von dort und zwiſchen dem Lualabafluſſe und dem Tanganjikaſee gelegen, geflüchteten Araber werden von den Truppen des Kongoſtaats unter Dhanis von hier vertrieben, der Ort wird in Beſitz genommen.

Anfang Mai. Es bricht ein neuer Streit zwiſchen dem Kongoſtaate und Frankreich aus.

Die franzöſiſche Regierung fordert umfangreiche Gebietsabtretungen im Becken des Ubangi-Uelleſtromes. Dieſer Fluß und der ſiebzehnte Breitengrad bilden die Grenze zwiſchen beiden Ländern. Der Kongoſtaat hat dieſes Becken, das die Verbindung mit dem Nil ſichert, gründlich von dem Kapitän Van Gèle durchforſchen laſſen. Van Gèle hat weite Gebiete dieſes Beckens an der

Spitze einer starken Expedition dem Kongostaate unterworfen und mit den eingebornen Häuptlingen Verträge abgeschlossen; so hat er im Jahre 1890 in Bangasso am rechten Ufer des M'Bomu, des Zuflusses des Uelle, mit dem mächtigen Häuptlinge dieses Stammes unterhandelt, dessen Unterwerfung unter den Kongostaat erlangt und in Bangasso selbst (bei dem Durchschnittspunkte des dreiundzwanzigsten östlichen Breitengrades und der fünften nördlichen Parallele) einen Posten errichtet. Seitdem hat der Kongostaat als erster Besitznehmer diese Gebiete sich einverleibt. Frankreich trat 1892 mit der Forderung hervor, daß der Kongostaat ihm das Uelle-Ubangibecken vom siebzehnten bis über den dreiundzwanzigsten Breitengrad hinaus abtreten und die von den kongostaatlichen Vertretern besetzten Gebiete, darunter auch das Gebiet Bangasso, räume. Der König der Belgier lehnte diese Forderungen ab, zumal inzwischen Kapitän Bankerckhoven das Uelle-Ubangibecken durchzogen und die Verbindung mit dem Nil hergestellt hatte. Der König forderte auf Grund der Bestimmungen der Berliner Kongoakte über diesen Grenzstreit eine schiedsrichterliche Entscheidung, die Frankreich nicht zulassen wollte. Die französische Regierung verlangte direkte Verhandlungen. Der kongostaatliche Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten Graf De Grelle ging nach Paris, aber die Verhandlungen führten zu keinem Ziele. Frankreich, das sich die Bahn zum Nil und zu dem Sudan eröffnen will, bestand auf seinen Forderungen. Inzwischen hat sich der Kongostaat im Uelle-Ubangibecken, in den streitigen Gebieten, auch bei den Bangassos festgesetzt und durch ansehnliche Streitkräfte seine Besitzergreifung befestigt. Frankreich will diese Besitznahme nicht dulden, droht mit dem Abbruch der Beziehungen, aber König Leopold ist entschlossen, diesmal den französischen Ansprüchen nicht nachzugeben.

Sansibar.

11. Januar. Der stellvertretende englische diplomatische Agent und Generalkonsul in Sansibar, Rennell Rodd, macht dem dortigen deutschen Konsul die durch den Sultan von Sansibar erfolgte Einsetzung eines aus vier ausführenden Beamten als Leiter der verschiednen Departements bestehenden „Government" amtlich bekannt und teilt Näheres mit über Zusammensetzung, Organisation und Zuständigkeit dieser Zentralbehörde.

Darnach erfolgt die Leitung der auswärtigen Beziehungen des Sultans ausschließlich durch den Vertreter der britischen Regierung; das Gouvernement ist aus vier Engländern zusammengesetzt. Zum ersten Minister ist General Mathews ernannt, dem gleichzeitig das innere Verwaltungsdepartement untersteht, insbesondre die Befugnis zur Erteilung sämtlicher Zahlungsanweisungen übertragen ist. General Hatch ist mit der Leitung der Polizei und dem Kommando über die regulären Truppen des Sultans, Kommandeur Hardinge mit dem Amt eines Hafenoffiziers betraut, während dem Zolldirektor Strickland die Zoll- und sonstigen öffentlichen Abgaben unterstellt sind. Diese vier höchsten Beamten, deren Ernennung durch den Sultan mit Zustimmung der großbritannischen Regierung als Schutzmacht erfolgt ist, sind ausschließlich zur Teilnahme an den Ministerial Councils berufen. Denselben steht eine Reihe von Hilfsbeamten zur Seite. General Mathews verfügt über

zwei einheimische Subalternbeamte, außerdem über einen indischen Architekten, der die öffentlichen Arbeiten leitet, sowie über den englischen Arzt als Medizinalbeamten.

5. März. Tod des seit dem 13. Februar 1890 regierenden, 38jährigen Sultans Sayyid Ali ben Said. Sogleich darauf werden 250 Mann englische Marineinfanterie ausgeschifft, die sich vor dem Palais aufstellen. Der Sohn des frühern Sultans Bargasch dringt durch eine Hinterpforte ins Palais ein, versucht sämtliche Thüren zu sperren, öffnet sie jedoch auf Aufforderung des englischen Konsuls wieder. Nachdem dieser Kronprätendant Khalil Bargasch festgenommen und weggeführt ist, läßt der Premierminister General Mathews den 36jährigen Prinzen Sayyid Hamed ben Thusni, Großneffen des verstorbnen Sultans, in den Palast kommen, die Verträge bestätigen und den Lehneid für Großbritannien schwören, worauf der Prinz um Mitternacht in Gegenwart von Truppen und Volk zum Sultan ausgerufen wird.

3. April. Der britische Generalkonsul Sir Gerald Portal erstattet einen Bericht über die finanzielle Lage des Sultanats.

1891, bei seinem Amtsantritt, sah er, daß der Sultan sein Reich dem Bankrott zuführte; die reichere Hälfte seiner Besitzungen war Deutschland ausgeliefert worden; eine englische Gesellschaft bekam einen großen Teil des übrigen Landes. Aber in seiner orientalischen Prunksucht weigerte sich der Sultan, seine Ausgaben zu verringern; die arabischen Abenteurer, die ihn umgaben, waren gleicher Gesinnung, obgleich die Einkünfte sich um ein Drittel verringert hatten. Die meisten dieser Abenteurer sind entlassen worden. Der Sultan wurde gezwungen, seine Ausgaben um 10000 Rupien monatlich zu verringern, und Portal konnte, trotz eines großen, durch die Abschaffung der Einfuhrzölle veranlaßten Verlustes in den Einnahmen, 113401 Rupien an öffentliche Arbeiten wenden.

Uganda.

10. Februar. Die Vertreter der britisch-ostafrikanischen Gesellschaft greifen von Mengo am Viktoria Nyanza aus die Eingebornen auf den in diesem See liegenden Uvuma-Inseln infolge ihrer Herausforderungen an und überwältigen sie.

1. April. Die britisch-ostafrikanische Gesellschaft räumt das von ihr bisher besetzt gehaltene Reich Uganda. Gleichzeitig nimmt der nach Uganda gesandte britische Generalkonsul in Sansibar, Sir Gerald Portal, die höchste Gewalt an sich, ohne daß jedoch bereits das Verhältnis hervortritt, in dem Großbritannien sich zu diesem Reiche stellen will. Portal nimmt die sudanesischen Soldaten in Dienst, die früher im Dienste Emin Paschas in Wadelai standen, sich aber der Stanleyschen Unternehmung nicht anschlossen und sich dann zum Rückzug aus Wadelai genötigt sahen.

Im Mai. Die Mohammedaner erheben einen Aufstand, weil Portal ihnen keine Ländereien zuerteilt.

Südafrikanische Republik.

1. Januar. Es findet die Eröffnung der für das Land sehr wichtigen Eisenbahn von der Hauptstadt Pretoria über Johannesburg nach Cape Town statt.

5. Februar. Am Vergnügungsort Sanssouci bei Johannesburg findet die feierliche Enthüllung einer Büste des jetzigen deutschen Kaisers statt. Die erste Rede gilt dem Präsidenten der Republik, gehalten vom deutschen Konsul, der nach dem Gebet eines deutschen Predigers eine Schilderung des Kaisers liefert. General Joubert enthüllt die Büste, worauf 2000 anwesende Deutsche die preußische Hymne singen.

10. Februar. Ein furchtbarer Sturm richtet die größten Verheerungen in Pretoria und Johannesburg an.

5. April. Die Wahl des Präsidenten der Republik fällt zum drittenmale wieder für fünf Jahre auf Krüger. Gegenkandidat war General Joubert.

17. April. 100 Offizieren vom deutschen Geschwader am Kap der guten Hoffnung wird in den Goldfeldern von Johannesburg ein Festmahl gegeben.

12. Mai. In Pretoria findet die Eidesleistung Krügers als wiedergewählten Präsidenten der Republik statt. In seiner Ansprache ermahnt er die Ausländer, mitzuwirken an der Wohlfahrt des Landes, und spricht die Hoffnung aus, daß bei den Kindern die holländische Muttersprache erhalten bleibe. Nach der Feierlichkeit schüttelt er General Joubert freundlichst die Hand.

Oranjefluß-Republik.

Mitte Mai. Der Volksraad spricht sich für Abschließung eines Zoll- und Münzbundes unter allen Staaten Südafrikas aus.

Persien.

Im Februar. Der Schah richtet ein Schreiben an den Papst, worin er ihm zum Bischofsjubiläum Glück wünscht.

Ende März. Der Schah legt die seit 15 Jahren der Familie des Großveziers Emin es Sultan gehörende Verwaltung der Münze in die Hände einer persischen Gesellschaft gegen eine jährliche Abgabe von 120 000 und eine einmalige von 50 000 Toman.

Anfang Juni. Die Regierung erteilt einem Russen die Erlaubnis zur Einrichtung einer 125 Meilen langen Heeresstraße zwischen Kavzin und Enzeli.

Afghanistan.

Anfang März. Der Emir Abdur Rhaman richtet an den Vizekönig von Indien ein Schreiben, in dem er sich zu Verhandlungen über die zwischen Indien und Afghanistan streitige Grenzfrage im Bezirk des Kurriempasses bereit erklärt.

China.

Anfang März. Veranlaßt durch das gegen die Einwanderung der Chinesen gerichtete nordamerikanische Gesetz, erläßt die Regierung plötzlich eine Verfügung, wonach die zollfreie Einfuhr in den Peihofluß fortan nur noch solchem Korn zu gute kommen soll, das auf den Dampfern der chinesischen Handelsgesellschaft befördert wird. Hierdurch wird die größtenteils zweien englischen Gesellschaften gehörende Dampferflotte sehr empfindlich getroffen, welche, wie alljährlich, Anfang März von Schanghai aus in den Golf von Petschili und den Peiho einläuft, um die Residenzstadt Peking mit langentbehrten Vorräten zu versehen. Auf Einsprache des englischen Gesandten antwortet das auswärtige Amt, den Engländern komme nach den Verträgen die Klausel der „meistbegünstigten Nation" zu, also nach dem Handelsvertrage von 1880 der Nordamerikaner, deren Schiffe hiernach im chinesischen Zwischenhandel keine andern und keine höhern Zölle zu zahlen haben als einheimische Schiffe. Nordamerika habe aber durch das Chinesengesetz von 1892 diesen

Vertrag gebrochen, England könne sich daher nicht mehr auf ihn berufen.

Japan.

18. Januar. In der zweiten Kammer des Parlaments zu Yokohama wird ein von 88 Abgeordneten unterzeichneter Antrag auf Austreibung aller Personen britischer Nationalität gestellt.

23. Januar. Die Führer der Opposition in der zweiten Kammer beantragen eine Adresse an den Kaiser über die Ursachen des Streits, in den auch dieses Parlament mit der Regierung über finanzielle Fragen geraten ist. Als es zur Abstimmung gehen soll, wird die Kammer vertagt.

7. Februar. Nach Wiederaufnahme der Sitzungen wird diese Adresse beschlossen.

Ihr Inhalt besteht in Anklagen gegen das Ministerium, dem vorgeworfen wird, daß es seinen Pflichten nicht nachkomme und an dem beständigen Streit die Hauptschuld trage. Insbesondere sei unverantwortlich, daß es die vom Hause nicht weniger als dreimal nachgesuchte Einwilligung zu den Abstrichen der Ausgaben, die unter Artikel 67 der Verfassung fielen, hartnäckig verweigert und die Absicht ausgesprochen habe, die Vermehrung der Flotte trotz Ablehnung der Vorlage durch das Unterhaus doch durchzusetzen. Solange dieses Kabinett am Ruder sei, könne von einem harmonischen Zusammenarbeiten von Regierung und Volksvertretung keine Rede sein. Ministerpräsident Graf Ito hält darauf eine Ansprache, worin er sein Bedauern über den Streit ausspricht und die Adresse einer kurzen Kritik unterwirft. Seine Rede ist in versöhnlichem Tone gehalten, und er stellt Reformen in der Verwaltung in Aussicht.

10. Februar. Daraufhin ergeht eine die größte Ueberraschung hervorrufende Antwort des Kaisers.

Er weist zuerst darauf hin, daß er gleich seinen kaiserlichen Vorfahren keine andre Aufgabe kenne, als das Wohl des Reichs zu fördern, und fährt fort: In einer Zeit wie die gegenwärtige wäre jede Vergeudung der Zeit mit unnützem Gezänk ein Schauspiel, das wir den Seelen unsrer Ahnen nicht darzubieten wünschen; auf solchem Wege kann der wahre Zweck repräsentativer Einrichtungen nicht erreicht werden. Wir betrauen unsre Minister damit, in diesen wichtigen Dingen Ordnung herzustellen, und erwarten von den gewählten Vertretern unsers Volkes, daß sie die Sorge teilen, die wir wegen dieser Angelegenheit von früh bis spät empfinden. Wir weisen hierdurch unsre Minister ausdrücklich an, alle Fächer der Verwaltung in guten Einklang zu bringen, das Wesentliche im Auge zu behalten und unter unsrer Leitung wohlerwogene Ratschlüsse zu fassen, die sich von Irrtümern frei halten. Was die nationalen Verteidigungsmittel betrifft, so kann ein einziger versäumter Tag eine jahrhundertelange Reue zur Folge haben. Wir werden daher die Ausgaben unsers Haushalts einschränken und für die nächsten sechs Jahre eine Summe von jährlich drei Millionen Yen (zu diesen Mitteln) beisteuern. Wir weisen unsre Militär- und Zivil-

beamten an, während derselben Periode $^1/_{10}$ ihrer Gehälter beizutragen, ausgenommen wo es besondre Umstände verbieten. Diese Summen sollen dem Fonds zur Erbauung von Kriegsschiffen zugeführt werden. Wir erwarten, daß sowohl Kabinett als Parlament die Grenzlinien ihrer Befugnisse nicht überschreiten, sondern harmonisch dahin zusammenwirken, uns in unserm großen Unternehmen zu unterstützen und ein erfolgreiches Ergebnis zu sichern.

17. Februar. Das Parlament berät eine Adresse an den Kaiser, in welcher es eine Lösung der seit 21 Jahren schwebenden Frage einer Aenderung der Verträge mit den fremden Mächten befürwortet. Es wünscht diese Lösung dadurch, daß die fremden Mächte aller ihnen eingeräumten Rechte, auch in den Vertragshäfen, verlustig gehen und außerdem die Unterthanen der fremden Mächte den japanischen Gerichten unterstellt werden sollen. Dieses haben die Regierungen der 17 Vertragsmächte, insbesondere die deutsche bei den frühern ergebnislos gebliebenen Verhandlungen keineswegs grundsätzlich verweigert, sondern nur verlangt, daß vorher von Seite Japans die Gewähr genügender Rechtspflege geschaffen werde. Die in der Adresse vorgeschlagnen Maßnahmen würden, wenn vom japanischen Parlament angenommen, nichts andres als den Verlauf eines offnen Bruchs der Verträge bedeuten.

Korea.

30. März. Der König erklärt in einem Erlasse die geheimen Gesellschaften für einen Ausfluß des moralischen Niedergangs, ermahnt die Lehrer und die Gebildeten zur Verkündigung der Lehre des Confucius und bedroht die Ketzer mit schwerer Strafe.

5. April. Es erscheint ein Aufruf gegen das Christentum, insbesondre gegen die protestantischen Missionen. Es wird darin über ihr Wohlleben und ihre betrügerischen Mittel im Verkehrsleben losgezogen und ihre Entfernung aus dem Lande verlangt, widrigenfalls sie würden ermordet werden.

Ende April. Eine politisch-religiöse Partei, genannt Togakuta, erhebt an die Regierung die Forderung, alle Fremden auszuweisen. Da diese Forderung nicht erfüllt wird, bricht eine große Aufregung unter den Mitgliedern der Sekte aus; die Lage wird so ernst, daß fremde Kriegsschiffe nach Soul geschickt werden, um ihre nationalen Interessen zu schützen.

Sandwich-Inseln.

14. Januar. Die regierende 55jährige Königin Lydia Kamakanha Lilinokalani unternimmt einen Versuch, die 1887 ge-

änderte Landesverfassung von 1864 umzustoßen, wird aber infolge dessen von der Bevölkerung und mit Hilfe einer vom nordamerikanischen Konsul in Honolulu herangezognen starken Abteilung Marinesoldaten des nordamerikanischen Kriegsschiffs „Boston" entthront, ohne daß die von 6 Offizieren befehligten 70 Leibgardisten Widerstand versuchen können. Die Bevölkerung setzt einen Wohlfahrtsausschuß ein, der dann in einer Ansprache sagt, daß trotz der Mißregierung der angestammten Dynastie bei der Thronbesteigung der Königin einige Hoffnung vorhanden gewesen sei, daß sie in bessere Bahnen einlenken werde. Diese Hoffnung habe sich als falsch erwiesen, da die Königin mit eigensinniger Beharrlichkeit der Politik ihres Bruders gefolgt sei und auf alle mögliche Weise die Ausdehnung der königlichen Rechte auf Kosten der Volksrechte versucht habe. Dann heißt es weiter:

Fünf Aufstände oder Verschwörungen gegen die Regierung haben im Verlaufe von fünf Jahren und sieben Monaten stattgefunden, und wir glauben sicher, daß, wenn nicht radikale Sicherheitsmaßregeln ergriffen werden, unser im Auslande bereits arg geschädigter Kredit gänzlich zu Grunde gehen wird, unser bereits sehr geschwächter finanzieller Zustand gänzlicher Zerrüttung entgegensieht und die Bürgschaften zum Schutze des Lebens, der Freiheit und des Eigentums stetig geringer werden, in dem Maße, als die politische Lage sich verschlechtert. Wir sind daher der festen Ueberzeugung, daß unsre Handlungsweise dem Besten jedes Bürgers entspricht.

Darauf wird die seit 1789 bestehende Monarchie für abgeschafft erklärt und die Einsetzung einer provisorischen Regierung mitgeteilt, die die öffentlichen Angelegenheiten führen, den Schutz des öffentlichen Friedens übernehmen und so lange im Amte bleiben soll, bis die Vereinigung mit den Vereinigten Staaten festgestellt sein werde. Die provisorische Regierung besteht aus einem Exekutivkomitee, dessen vier Mitglieder die verschiednen Abteilungen der Staatsgeschäfte leiten, und einem gesetzgebenden Rate aus vierzehn Mitgliedern. Der Exekutivausschuß besteht aus Dole, einem Richter des Oberlandesgerichts, King, Jones und Smith. Der erstere ist Präsident und Minister des Auswärtigen. Eine Abordnung wird alsbald nach Washington abgeschickt, um den Anschluß der 16946 Quadratkilometer großen, von 89990 Seelen bewohnten Inselgruppe an die nordamerikanische Union nachzusuchen. Englischerseits wird gegen die erfolgte Landung nordamerikanischer Marinesoldaten Verwahrung erhoben. Der nordamerikanische Konsul Stevens in Honolulu erkennt alsbald die provisorische Regierung an.

17. Januar. Die abgesetzte Königin erläßt folgende Ansprache:

Ich, Liliuokalani, von Gottes Gnaden und gemäß der Verfassung des hawaiischen Reichs Königin von Hawaii, protestire hierdurch feierlichst gegen alle gegen mich und die konstitutionelle Regierung von gewissen Personen ver-

übten Handlungen, welche Personen sich anmaßen, eine provisorische Regierung für dieses Königreich zu errichten. Ich erkläre, daß ich der überlegnen Macht der Vereinigten Staaten weiche, deren Gesandter, Herr Stevens, Truppen der Union in Honolulu landen ließ und erklärte, er werde besagte Regierung unterstützen. Um nun einen möglichen Zusammenstoß der bewaffneten Macht mit dem Volke und vielleicht Verlust an Menschenleben zu vermeiden, erhebe ich hiermit gegen die mir zugefügte Vergewaltigung Einsprache und lege bis zu dem Augenblick, da die Regierung der Vereinigten Staaten auf die ihr dargelegten Umstände hin das Verhalten ihres Vertreters mißbilligen und mich in die mir als konstitutioneller Herrscherin zustehenden Rechte wieder einsetzen wird, meine Amtsgewalt nieder.

28. Januar. Stevens teilt dem nordamerikanischen Staatssekretär General Foster mit, daß die neue Regierung Hawaiis von allen Vertretern der fremden Staaten in Honolulu bereits anerkannt sei, und erhält von Foster folgende Antwort:

Sie haben, indem Sie eine ohne Widerspruch und thatsächlich bestehende Regierung anerkannten, diskret gehandelt. Die Vereinigten Staaten hielten unverbrüchlich darauf, jede thatsächlich bestehende Regierung anzuerkennen und mit ihr in Beziehung zu treten, die im wirklichen Besitz der ausübenden Gewalt und der Zustimmung des Volks sicher ist. Es ist anzunehmen, daß der Regierungswechsel, außerdem daß er zur Beruhigung und zur Wohlfahrt der Inseln beiträgt, die innigen Freundschaftsbeziehungen, die zwischen ihnen und der nordamerikanischen Union bestehen, noch enger knüpfen und ihre gemeinschaftlichen Interessen noch fester zusammenkitten wird. Sie wollen gütigst mit dem Befehlshaber der amerikanischen Seemacht in Konnex bleiben, im Hinblick darauf, daß ihr Eingreifen für den Bedürfnisfall zum Schutz der amerikanischen Interessen und zur Aufrechterhaltung der Ordnung auch unter den veränderten Umständen nötig werden sollte.

Ende Januar. Die Nichte der abgesetzten Königin, Prinzessin Kaiulani, die präsumtive Thronerbin, richtet an das amerikanische Volk folgende Ansprache:

An das amerikanische Volk! Vor vier Jahren wurde ich auf Anhalten des hawaiischen Ministers Thurston nach England geschickt, um dort für die Stellung ausgebildet zu werden, die ich nach der Verfassung meines Landes einst einzunehmen berufen war. Während dieser Jahre habe ich geduldig in der Verbannung mich bemüht, mich auf meine in diesem Jahre bevorstehende Rückkehr zu meinem teuern Volke vorzubereiten. Jetzt heißt es, daß Thurston sich in Washington befindet, um Euch zu bitten, meine Flagge einzuziehen und meinen Thron umzustürzen. Niemand hat mir das amtlich mitgeteilt. Habe ich irgend ein Unrecht gethan, um dieses an mir und meinem Volke begangne Unrecht zu rechtfertigen? Ich komme nach Washington, um für meinen Thron, meine Nation und meine Flagge Beschwerde einzulegen. Wird nicht das große amerikanische Volk mir Gehör schenken?

4. Februar. Staatssekretär Foster empfängt in Washington die mit dem Wunsche der Einverleibung Hawaiis eingetroffne Abordnung. Zur Rechtfertigung der Landung der an Bord des „Boston" befindlichen Truppen weist Foster auf den gleichen Fall während der Regierung des Königs Kalakaua hin, wo auf dessen Gesuch amerikanische Truppen acht Tage an Land gewesen, auf den Pöbel sogar gefeuert und zugleich mit den britischen Truppen, die gleich-

falls gelandet wurden, erst wieder an Bord gingen, als der Minister des Auswärtigen ihre Arbeit für gethan erklärte.

Mitte Februar. Die abgesetzte Königin erläßt in einer San Franziskoer Zeitung einen Aufruf an das amerikanische Volk, worin sie ihr Verfahren bezüglich der von ihr versuchten Verfassungsänderung rechtfertigt, sich über die Vergewaltigung durch Stevens, sowie dessen offne Unterstützung der Revolution beklagt und unbedingte Wiedereinsetzung verlangt. — Stevens erläßt folgende Ansprache, in der er den Schutz der Vereinigten Staaten über Hawaii erklärt:

An das Volk von Hawaii! Auf das Ersuchen der provisorischen Regierung übernehme ich hiermit namens der Regierung der Vereinigten Staaten das Protektorat über die hawaiischen Inseln zum Schutze von Leben und Eigentum, gleichzeitig von den öffentlichen Gebäuden und dem Grund und Boden von Hawaii Besitz ergreifend, doch zu keinen andern als den spezifizirten Zwecken, also nicht zu dem, in die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten durch die provisorische Regierung einzugreifen. Die hierdurch getroffnen Maßnahmen sind unterworfen dem Ausgang der gegenwärtig in Washington schwebenden Verhandlungen.

1. März. Die Prinzessin Kaiulani trifft in Newyork ein und erläßt hier folgende Ansprache an das nordamerikanische Volk:

Uneingeladen erscheine ich an Eurer Küste, wo ich bald einen königlichen Empfang auf dem Wege in mein eignes Königreich zu erhalten gedacht. Ich komme ungeleitet, die liebenden Herzen ausgenommen, die mit mir über die winterliche See kamen. Ich höre, daß Kommissare aus meinem Lande mehrere Tage bei Euch verweilt haben, um zu verlangen, daß diese Nation meinen kleinen Weingarten wegnehme. Sie sprechen kein Wort zu mir, sondern überlassen es mir, herauszufinden, was von Gerüchten in der Luft herumschwirrt. Sie lassen mich ohne Heim, ohne Namen und Nation. Vor siebzig Jahren sandte das christliche Amerika uns christliche Männer und Frauen, die uns Religion, Zivilisation und das Evangelium gaben. Wir unsrerseits hießen sie willkommen. Dies gab der Nation Liebe und Vertrauen zu Amerika. Heute sind drei Abkömmlinge jener Missionare in Eurer Hauptstadt, um von Euch zu verlangen, daß Ihr das Werk Eurer Väter wieder vernichtet. Wer sendet sie? Wer gab ihnen das Recht, die Verfassung zu brechen, deren Aufrechterhaltung sie beschworen haben? Heute habe ich, ein armes, schwaches Mädchen, keinen meines Volks zur Seite und alle hawaiischen Staatsmänner gegen mich, die Stärke hätten, für die Rechte meines Volks aufzutreten. Sogar hier kann ich ihre Klage hören; sie geht mir zu Herzen und giebt mir Mut. Ich bin stark im Glauben an Gott, stark im Glauben, daß das Recht auf meiner Seite ist, und stark in der Erkenntnis, daß das Siebzig-Millionen-Volk in diesem freien Lande meinen Schrei hören und sich weigern wird, die Entehrung meiner Flagge mit der seinigen decken zu lassen.

Bald hiernach wird die Prinzessin vom Präsidenten Cleveland und dessen Gemahlin in Washington empfangen.

29. März. Als Bevollmächtigter des neuen Präsidenten der Union, Clevelands, kommt Hr. Blount in Honolulu an und wird von allen Parteien, auch von der Partei für Erhaltung der Selb-

ständigkeit des Landes, mit größter Begeisterung empfangen. Er hat den Auftrag, die ganze Lage der Dinge zu untersuchen.

1. April. Er hebt das Protektorat wieder auf, läßt die nordamerikanische Flagge wieder einziehen und die Marinesoldaten auf den „Boston" zurückkehren; das Ersuchen um Veranlassung einer Volksabstimmung über die Frage der Einverleibung durch die Union schlägt er ab.

26. April. Der San Franziskoer „Zuckerkönig," der Deutschamerikaner Spreckels, kommt in Honolulu an. Er ist der Schöpfer der ganzen hawaiischen Kultur und industriellen Entwicklung, Besitzer der ausgedehntesten Zuckerrohrpflanzungen, des nach ihm benannten Bankinstituts in Honolulu und der San Franziskoer Dampferlinie. Er spricht sich gegen Einverleibung durch Nordamerika und gegen Herstellung des Königtums, sondern für eine Republik unter der Schutzherrschaft der Union und für Abtretung eines Hafens als Kohlenstation für diese aus.

2. Juni. Die abgesetzte Königin dankt ab, nachdem ihr von der nordamerikanischen Regierung ein Jahrgehalt zugesichert worden ist.

Samoa-Inseln.

1. April. Der in Gemäßheit des Artikels 2 der internationalen Samoa-Akte vom 14. Juni 1889 vom König von Schweden für die Zeit vom 1. Januar 1890 bis Ende 1893 zum Oberrichter von Samoa ernannte schwedische Hofrat Cederkrantz kündigt seinen verfrühten Rücktritt an. Es beginnen wieder Streitigkeiten zwischen den Häuptlingen Mataafa und Malietoa.

Tonga-Inseln.

8. Februar. Tod des 94jährigen Königs Georg Tuba, des ältesten Monarchen der Welt, in Nukualofa.

Er hatte am 4. Dezember 1845 den Thron bestiegen, eine ausgezeichnete Regierung geführt, die volle Unabhängigkeit der Inseln zu erhalten verstanden, 1862 eine regelmäßige Besteuerung eingeführt, 1875 eine Verfassung mit parlamentarischer Vertretung der Grundbesitzer verliehen und Handelsverträge mit Deutschland sowie andern europäischen Mächten abgeschlossen. Er war Inhaber des preußischen roten Adlerordens erster Klasse. In seinem Palaste standen die Büsten der zwei ersten deutschen Kaiser, Bismarcks und Moltkes.

Da sein Sohn Prinz Wellington und sein Enkel bereits verstorben sind, folgt ihm auf dem Throne sein Urenkel Prinz Taufaahau.

Nordamerikanische Union.

I.

Beschränkung der Einwanderung.

3. März. Der am 6. Dezember 1892 von Chandler im Senate gemachte Vorschlag wird nach Zustimmung des Kongresses zum Gesetz erhoben.

Nach diesem Gesetz müssen die Dampfschiffgesellschaften am Hafen der Abschiffung eine amtliche Namensliste der Auswandrer jedes Schiffes aufnehmen. Diese Listen, die ausführliche Informationen in Bezug auf die Auswandrer enthalten sollen, müssen dann bei der Ankunft an einem amerikanischen Hafenplatz den Inspektoren eingehändigt werden. Zweifelhafte Punkte bezüglich der Zulassung von Einwandrern sollen von vier Beamten entschieden werden, gegen deren Entscheidung jedoch an den Staatsschatzsekretär appellirt werden kann. Personen über sechzehn Jahre, die weder lesen noch schreiben oder die Krüppel oder blind sind, oder die andre körperliche Gebrechen besitzen, wenn sie nicht beweisen können, daß sie dem Staate nicht zur Last fallen werden, sind von den Vereinigten Staaten ausgeschlossen. Ferner sind ausgeschlossen Mitglieder von Gesellschaften, die ungesetzmäßige Zerstörung von Eigentum oder Leben begünstigen oder rechtfertigen.

II.

Quarantäne-Gesetz.

9. Februar. Der Kongreß genehmigt ein Gesetz folgenden Inhalts:

Alle Schiffe, wenn sie zur Ausladung zugelassen werden wollen, müssen ein Zeugnis von dem amerikanischen Konsul des Ausgangshafens beibringen, das über den Gesundheitszustand des betreffenden Schiffes Aufschluß giebt und bestätigt, daß alle vorgeschriebenen hygieinischen Maßnahmen getroffen worden sind. Wenn ein infizirtes Schiff in einen amerikanischen Hafen einläuft, der eine sanitäre Organisation nicht besitzt, so soll dasselbe auf seine Kosten zum nächsten Hafen gesandt werden, der mit jener Organisation versehen ist. In allen Fällen, in denen der Präsident der Vereinigten Staaten eine ernste Ansteckungsgefahr für vorhanden erachtet, kann derselbe ganz oder zum Teil, und zwar für eine Zeitdauer, die seinem Ermessen anheimsteht, die Landung der Herkünfte aus dem infizirten Lande oder Hafen sowohl für Personen als auch für Handelsartikel verbieten. Uebertretungen dieses Gesetzes können mit einer Geldbuße bis zu 5000 Dollars geahndet werden.

III.

Präsident Clevelands Regierungsantritt.

4. März. Gemäß den Bestimmungen der Verfassung legt Harrison sein Amt als Präsident der Republik nieder, das von dem im Dezember 1892 zum Nachfolger gewählten Grover Cleveland aus Lakewood übernommen wird. Dieser leistet vor dem Kapitol in Washington den Eid auf die Verfassung und hält im Anschluß daran eine Programmrede.

Darin spricht er mit Bestimmtheit die Grundsätze der neuen Regierung aus, wobei der Hauptnachdruck auf dauernde Regelung der Währung, auf Ehrlichkeit in der Verwaltung, auf die Abwendung vom Schutzzoll- und Beutesystem gelegt wird. Jedes Anzeichen, sagt der Präsident, das die nationale Tüchtigkeit und Wohlfahrt bedroht, sowie Sorglosigkeit erzeugt, müsse schärfstens überwacht werden. Nichts ist für den Wohlstand eines Landes, für dessen Lebensbedingungen wichtiger, als eine feste, nicht schwankende Währung. Die ganze Macht der Regierung sollte darauf abzielen, eine vernünftige, wirkliche und heilsame finanzielle Gesetzgebung herbeizuführen. Prämien und Subsidien sind Bürden, die die Arbeit belasten, und die dem Arbeiter bloß im Interesse dahinsiechender Industrie auferlegt werden. Die Regierung muß gegen alle Trusts, Ringe, Syndikate u. s. w. Gesetze geben. Ferner ist es Pflicht der Regierung, Tarifreformen einzuführen, denn Einnahmen, die zur Verwaltung des Landes genügen, sind alles, was benötigt wird. Offenbar ist für unser Uebergewicht als Nation und für die guten Zwecke unsrer Regierung nichts wichtiger als eine gesunde und beständige Geldwährung. Sobald diese der Verschlechterung ausgesetzt ist, sollte die erleuchtetste Staatskunst sofort zur Thätigkeit erwachen, und die Gefahr der Entwertung der Kaufkraft und der Arbeitslöhne sollte der stärkste Ansporn zu schnellen und konservativen Vorsichtsmaßregeln sein. Bei der Behandlung unsrer gegenwärtigen schwierigen Lage in Bezug auf diesen Gegenstand werden wir weise sein, wenn wir unser Vertrauen in unsre nationale Stärke und unsre Hilfsquellen mit dem offenen Bekenntnis mäßigen, daß selbst diese Hilfsquellen uns nicht erlauben werden, den unerbittlichen Gesetzen der Finanzen und des Handels straflos zu trotzen. Gleichzeitig sollten wir in unsern Bemühungen, Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, uns frei von Intoleranz und Leidenschaft halten, und unser Urteil sollte sich nicht durch lockende Phrasen verleiten und durch selbstische Interessen ärgern lassen. Ich bin überzeugt, daß, wenn wir die Frage in solcher Weise behandeln, wir zu einer verständigen und wirksamen heilenden Gesetzgebung gelangen werden. Inzwischen wird, soweit die Regierung in Betracht kommt, diese ihre Machtvollkommenheit nicht unbenutzt lassen, falls es nötig ist, unsern nationalen Kredit aufrecht zu erhalten und ein finanzielles Unglück abzuwenden. Eng verbunden mit dem übertriebenen Vertrauen in die Größe unsers Landes, das dazu neigt, die Regeln nationaler Sicherheit zu mißachten, bedroht uns eine nicht weniger ernste Gefahr. Ich meine das Vorherrschen der Neigung im Volke, von der Regierung besondre und direkte persönliche Vorteile zu erwarten. Der Urteilsspruch unsrer Wähler, der die Ungerechtigkeit der Aufrechterhaltung des Schutzsystems um des Schutzes selbst willen verurteilte, legt den Dienern des Volkes die Pflicht auf, die Brut verwandter Uebel, die die ungesunde Quelle des Patronagesystems sind, klarzulegen und zu zerstören. Dies ist der Fehler republikanischer Institutionen und eine beständige Gefahr unsrer Regierung durchs Volk. Es

erniedrigt für die Zwecke verschmitzter Leute den Plan der Volksregierung, den unsre Väter uns als einen Gegenstand der Liebe und Verehrung vermacht haben. Es verdirbt die patriotischen Gesinnungen unsrer Landsleute und verleitet zu einer traurigen Spekulation auf schmutzigen Gewinn, der durch Unterstützung ihrer Regierung zu erhalten ist. Es untergräbt das Selbstvertrauen unsers Volkes und setzt dafür die Abhängigkeit von der Gunst der Regierung. Es erstickt den wahren Geist des Amerikanismus und stumpft jedes edle Gefühl des amerikanischen Bürgertums ab. Man sollte die Lehren der Patronage vergessen, und es sollte die bessere Lehre eingeprägt werden, daß, während das Volk patriotisch und freudig die Parteiregierung unterstützen solle, es nicht die Aufgabe der Parteiregierung ist, das Volk zu unterstützen. Die Annahme dieses Grundsatzes führt zur Ablehnung von Prämien und Subventionen, die die Arbeit und Sparsamkeit eines Teiles unsrer Bürger belasten, um schlimme und mangelhaft gedeihende Unternehmungen, an denen sie keinen Teil haben, zu unterstützen. Es führt auch zu einer wilden und rücksichtslosen Zahlung von Personen, die die Grenzen dankbarer Anerkennung patriotischer Dienste überschreitet und zum Mißbrauch der schnellen und edlen Hilfe des Volkes für die bei Verteidigung des Landes Verstümmelten führt. Jeder denkende Amerikaner muß die Wichtigkeit erkennen, die in der Bekämpfung der Ansicht liegt, daß Einfachheit und Sparsamkeit im öffentlichen wie im privaten Leben überflüssige Tugenden seien. Unsre Aufgabe in Betreff der Tarifreform muß weise und ohne Rachsucht unternommen werden. Unsre Mission ist nicht, zu bestrafen, sondern Unrecht gut zu machen. Die Notwendigkeit, Einnahmen zur Führung der Regierung zu beschaffen, ist die einzige Rechtfertigung für die Besteuerung des Volkes. Wenn wir durch Verminderung der Lasten der amerikanischen Bürger die Privilegien, die schon zu lange gewährt haben, verschwinden lassen, wäre das nur ein weiteres Zeichen unsrer Rückkehr zum rechten Wege und zur Gerechtigkeit. Wenn wir die Widerstrebenden zwingen, sich einer gerechten Verteilung der Wohlthaten der Regierung zu unterwerfen, werden wir nur die Beobachtung des Grundsatzes, der die Grundlage unsrer freien Institutionen ist, durchsetzen. Wenn wir die Täuschungen und Vorurteile, die unsre Landsleute in Betreff der Zölle blenden, entfernt haben, werden wir ihnen zeigen, wie sehr sie sich vom Wege, der zur Wohlfahrt führt, entfernt haben. Wenn wir erklären, daß die Steuer keinen andern Zweck hat, als die Regierung im Gang zu erhalten, verkünden wir eine so klare Wahrheit, daß diese zu leugnen zeigen würde, wie sehr der Begriff der Steuer verkehrt worden ist. Wenn wir bei unsern Mitbürgern das Vertrauen zu sich selbst und den Unternehmungsgeist wieder herzustellen suchen; wenn wir den Geist des abscheulichen Parasitismus und die liebedienerischen Ziele in Betreff der Regierungsgunst bekämpfen, werden wir nur jene Elemente des amerikanischen Charakters, die eine Garantie für die zukünftige Größe Amerikas sind, stärken.

Cleveland ernennt zum Staatssekretär den frühern Generalpostmeister, dann Bundesbezirksrichter Walter Gresham aus Indiana; das Schatzdepartement übernimmt John Carlisle aus Kentucky, das Kriegsdepartement Daniel Lamont aus Newyork, die Marine Hilary Herbert aus Alabama, das Innere Hoke Smith aus Georgia, die Justiz Generalanwalt Richard Olney, den Ackerbau Morton aus Nebraska und das Postwesen Generalpostmeister Wilson Bissel aus Newyork. — Der bisherige Präsident Harrison wird zum Professor des Staatsrechts an der vom Millionär Stanford mit 20 Millionen

Dollars gestifteten und ausgestatteten, am 1. Oktober 1891 eröffneten Universität in Pale Alto (Kalifornien) ernannt.

IV.

Kolumbusfeier.

26. April. Im Hafen von Newyork findet eine großartige Flottenschau unter Teilnahme von Kriegsschiffen vieler fremden Staaten statt.

28. April. Die Newyorker Handelskammer giebt den Admiralen und Schiffskommandeuren der vereinigten Flotten ein glänzendes Bankett, dem 400 Notabilitäten beiwohnen. Choate bringt einen Toast auf Deutschland und den deutschen Kaiser aus, der begeistert aufgenommen und vom Kapitän Büchsel von der „Kaiserin Augusta" beantwortet wird.

1. Mai. Die Kolumbus-Weltausstellung in Chicago wird vom Präsidenten Cleveland mit folgender Rede eröffnet:

Ich befinde mich hier, um mich den Glückwünschen meiner Mitbürger anzuschließen. Umgeben von den erstaunlichen Ergebnissen amerikanischer Unternehmungsluft und Thätigkeit und angesichts der großartigsten Beweise amerikanischer Geschicklichkeit und Intelligenz, brauchen wir nicht zu befürchten, daß diese Glückwünsche übertrieben sein werden. Wir stehen heute vor den ältesten Nationen der Welt, und indem wir auf die großen Errungenschaften hinweisen, brauchen wir nicht um Nachsicht wegen unsrer Jugend zu bitten. Der Enthusiasmus, mit dem wir unser Werk betrachten, verstärkt die Wärme des Willkommgrußes, den wir denjenigen entbieten, die aus fernen Landen kommen, um mit uns Zeugnis abzulegen für das Wachstum und den Fortschritt menschlicher Bestrebungen in der Richtung auf eine höhere Gesittung. Wir, die wir glauben, daß eine volkstümliche Erziehung und Aneiferung die besten Antriebe für unsre Bürger sind, um die stolze nationale Aufgabe, an die wir glauben, durchzuführen, wir begrüßen froh die Gesellschaft, bei der wir Ergebnisse sehen können, die auf dem Felde des Fortschritts durch längere Anstrengungen als die unsrigen erreicht worden sind, während wir dagegen den unvergleichlichen Fortschritt wundervoller Thaten einer jungen Nation und die gegenwärtigen Triumphe eines kräftigen, selbstbewußten und unabhängigen Volkes darbieten. Wir haben diese glänzenden Gebäude aufgeführt, aber wir haben auch den prächtigen Bau einer Volksregierung errichtet, deren große Verhältnisse in der ganzen Welt bemerkt werden. Es ist eine erhabene Aufgabe, an der wir und unsre Gäste arbeiten. Indem wir an der Eröffnung einer menschlicher Erleuchtung gewidmeten Unternehmung gemeinsam thätig sind und in dieselbe gemeinsam eintreten, geben wir in der edelsten Weise ein Beispiel für die Brüderlichkeit der Nationen. Lassen Sie uns festhalten an der dieser Feierlichkeit zu Grunde liegenden Bedeutung, lassen Sie uns nicht den Eindruck dieses Augenblicks vergessen. Wie durch einen Druck die Maschinerie, die dieser ausgedehnten Ausstellung Leben giebt, in Bewegung gesetzt wird, so mögen zugleich unsre Hoffnungen und Bestrebungen Kräfte erwecken, die für alle Zeiten das Wohlergehen, die Würde und Freiheit der Menschheit beeinflussen sollen.

20. Mai. Die Infantin Eulalia, Schwester des vorigen Königs von Spanien, wird vom Präsidenten Cleveland mit großen Ehrenbezeugungen in Washington empfangen.

15. Juni. Der sogenannte „Deutsche Tag" in der Chicagoer Weltausstellung wird glänzend gefeiert. Etwa 200000 Personen wohnen der Feier bei; 25000 Personen nehmen an der Parade der Musikvereine, der Turnvereine, der Miliz und der Sängervereine teil. Vor dem Umzuge finden auf vierzig prachtvoll verzierten Paradeböten Uebungen aller Art statt. Die Böte nehmen vor dem deutschen Gebäude Aufstellung, bei dem eine Estrade errichtet ist, die von den Bannern aller Gesellschaften, die an der Feierlichkeit teilnehmen, umgeben ist. Die Glocken in dem Turme des deutschen Gebäudes spielen deutsche Melodien, die Musikkorps stimmen die Jubelouverture von Weber an, der deutsch-amerikanische Gesangchor der Ausstellung und die vereinigten Gesangchöre von Chicago singen „Deutschland, Deutschland über alles." Rubens begrüßt im Namen der Deutschamerikaner in Chicago die Vertreter Deutschlands; der Chor stimmt die „Wacht am Rhein" an. Der deutsche Botschafter von Holleben erwidert auf die Ansprache; Schurz hält die Festrede, die im wesentlichen also lautet:

Dies ist der deutsche Ehrentag in dem friedlichen Wettkampf der Völker auf dem gastlichen Boden der amerikanischen Republik. Von nah und fern kamen wir her, um unsre Huldigung zu zollen dem Genius der deutschen Nation. Als mir die hohe Ehre des Rufes wurde, dieser Huldigung im Namen meiner Landsleute Ausdruck zu geben, fand ich manche Hindernisse in meinem Wege. Aber das deutsche Blut in meinen Adern ließ mich nicht ruhen; und hier bin ich denn, um meine Stimme mit der eurigen zu vereinigen in dem freudigen Gruß an das alte Vaterland. Wie wenig kennen uns doch unsre Stammesgenossen drüben, die da glauben, das Herz des deutschgebornen Amerikaners sei in selbstsüchtiger Dollarjagd erkaltet und fühle nicht mehr für die alte Heimat! Heute vernehmen sie die Sprache dieses Herzens. Es ist ja wahr, wir sind treue Bürger der großen amerikanischen Republik — treu wie die Treuesten. Und stolz sind wir auf unser Bürgertum, stolz auf das freie Gemeinwesen, dessen Selbstregierung unsre Regierung, dessen Wachstum unser Wachstum, dessen Schicksal unser Schicksal ist; stolz auf das mächtige und edle Volk, mit dem wir uns eins fühlen; stolz auf das ruhmvolle Sternenbanner, das Symbol hart erkämpfter Nationaleinheit, das Wahrzeichen einer großen Vergangenheit und einer größern Zukunft — stolz darauf sind wir wie die Stolzesten. Unsre Pflichten verstehen wir auch, und freudig erfüllen wir sie. Wenn immer unser neues Vaterland seine Söhne zu den Waffen rief gegen innern oder äußern Feind, so eilte der deutschgeborne Bürger unter den Ersten zur Fahne, um Blut und Leben auf dem Schlachtfelde der gemeinen Sache zu weihen, und unter den Helden und Märtyrern der Republik hat es nie gefehlt an Namen von deutschem Klang. In allen Werkstätten des Gedankens und auf allen Feldern der Arbeit haben der deutsche Geist und die deutsche Hand emsig und fruchtbringend geschafft, und wohl dürfen wir sagen, daß die Erde Amerikas reichlich gedüngt ist mit deutschem Blut und deutschem Schweiß. Und wenn immer

es galt, durch die Ausübung politischer Rechte, die uns das neue Vaterland mit freigebiger Großherzigkeit verlieh, der Sache der Freiheit, der Gerechtigkeit und der ehrlichen Regierung zu dienen, so dürfen wir uns wohl rühmen, daß, obgleich nicht von zeitweiligen Irrtümern frei, die Masse der deutschgebornen Bürger doch stets ihren Weg gefunden hat in die Reihen derer, bei denen die Ehre und die Wohlfahrt des Landes am sichersten waren. Es giebt Verirrungen, zu denen selbst die verlockende Stimme des Parteigeistes die deutsch-amerikanischen Bürger nie hat verführen können. Fragt den politischen Schwindler, und er wird bekennen müssen, daß ihm das „deutsche Votum" immer Angst und Sorge macht. Fragt den treuen Patrioten, und er wird Euch sagen, daß er mit Zuversicht auf den gesunden, redlichen Sinn und die patriotische Eingebung der deutsch-amerikanischen Bürger baut. Aber der ist nicht fähig, die junge Braut treu zu lieben, der nicht die alte Mutter in teuerm Andenken hält. Wer das alte Vaterland nicht ehrt, der ist des neuen nicht wert. So senden wir denn aus der Fülle des deutschen Herzens unsern Gruß über das Meer. Stolz wie wir sind, aus freier Wahl der amerikanischen Republik anzugehören, so sind wir stolz darauf, der großen Nation entsprossen zu sein, die ein Jahrtausend hindurch auf unzählige Schlachtfelder der Waffen, des Gedankens und der Arbeit ihre Siegesmale gepflanzt hat, — der Nation, die ein mächtiges Kulturvolk war, lange ehe Kolumbus die Küsten Amerikas sah. Sagen wir heute laut, wie sehr wir das Land lieben, in dem unsre Wiege stand. Mit wehmütiger Brust denken wir an die grünen Wasser des heimatlichen Rheins, in denen sich die altersgrauen, sagenumwobnen Burgen spiegeln; wo die edle Traube glüht; wo der Mensch froh ist, auch ohne zu wissen warum; wo das deutsche Lied doppelt poetisch klingt; wo vom Niederwald das Bild der sieghaften Germania so trotzig über die Grenze blickt — an das schöne, liebe Land, von dem jeder Fuß uns teuer ist, von den dunkeln Forsten des Schwarzwaldes und dem bairischen Hochgebirge bis zu den Dünen der Nordsee, von den tausendjährigen Eichen auf der roten Erde Westfalens bis zu den schlesischen Bergen und den Buchenwäldern am baltischen Meer. Wir, die wir zu dem ältern Geschlecht gehören, wie haben wir einst die Erniedrigung des deutschen Namens empfunden, als das alte Vaterland in ohnmächtiger Zerrissenheit dalag, als Deutschland nur ein geographischer Begriff war; als der patriotische Geist seine Kraft in zerfahrnen Versuchen versplitterte; als das Volk der Denker nach all seiner glorreichen Vergangenheit nur noch als ein Volk thatenloser Träumer und die Zukunft des Vaterlandes als eine trostlose Oede erschien. Wer das erlebt, nur der kann es fassen, wie hoch und hehr das Herz schlug, als die große Kunde über den Ozean kam, der böse Zauber sei gebrochen, der Rotbart im Kyffhäuser sei erwacht, und die alten Raben umkreisten den Berg nicht mehr. Das war ein Schauspiel, wie der einst so verspottete deutsche Michel plötzlich aus dem Schlafe erwachte; wie er die gewaltigen Glieder reckte; wie er seinen Schild schüttelte, daß er klang wie alle Donner des Firmaments; wie das Stampfen seines Fußes den Boden Europas erzittern machte; wie er mit mächtigem Schwertschlag den übermütigen Feind vor sich in den Staub warf; wie er mit Posaunenstimme ausrief: „Das ganze Deutschland soll es sein!" und wie die Menschheit staunend aufblickte an der riesigen Heldengestalt! Viele Jahre sind seitdem vergangen, und nun sehen wir wieder die Germania im Siegeskranz, — diesmal nicht der blutige Lorbeer auf fernen Schlachtfeldern gewonnen, sondern jetzt hier auf unserm eignen Boden, unter unsern eignen Augen, die Germania geschmückt mit der Bürgerkrone, die sie sich erobert hat im friedlichen Völkerwettkampf der Erfindung, der Kunst, der schaffenden Arbeit, des fruchtbringenden Strebens, der Zivilisation. Hier steht sie, nicht mit dem großen Haufen vermischt, — hinter keinem zurück und weit

voraus den meisten; sie hat es gehört und gelesen. Was Deutschland im Frieden kann, daß sieht sie jetzt.

V.

Die hawaiische Frage.

30. Januar. Im Senat stellt Chandler den Antrag auf ein Ersuchen an den Präsidenten der Republik, mit der provisorischen Regierung der hawaiischen Inseln Unterhandlungen wegen deren Einverleibung in die Union anzuknüpfen.

8. Februar. Im Repräsentantenhause wünscht Rayner Aufklärung, mit welchem Recht Stevens, der Gesandte der Vereinigten Staaten in Honolulu, die provisorische Regierung anerkannt, und ob die Regierung ihn ermächtigt habe, an den Vorgängen teilzunehmen, welche zur Bildung der provisorischen Regierung geführt haben. Marcey weist darauf hin, daß Großbritannien und Frankreich 1843 die Unabhängigkeit Hawais anerkannt und erklärt haben, niemals von diesen Inseln Besitz zu ergreifen.

15. Februar. Präsident Harrison richtet an den Senat eine Botschaft betreffend Hawaii. Sie ist begleitet von einem Vertragsentwurf betreffend die Annexion der hawaiischen Inseln durch die Vereinigten Staaten, und zwar unter einer provisorischen Regierung.

Die Botschaft besagt, die Regierung der Vereinigten Staaten halte die Einverleibung der Inseln für wünschenswerter, als die Verkündigung eines Protektorats. Die Vereinigten Staaten hätten den Umsturz der Monarchie nicht veranlaßt; er sei ohne Zweifel aus einer Gegenbewegung wider die die Interessen der Fremden gefährdende Politik der Königin Liliuokalani hervorgegangen. Offenbar sei die Monarchie dort bereits verbraucht und die Regierung der Königin die Beute von Projektmachern gewesen. Die Wiederherstellung der Monarchie sei unerwünscht, wo nicht unmöglich. Wesentlich sei, daß keine andre Großmacht sich der Inseln bemächtigen dürfe, was mit der Sicherheit der Vereinigten Staaten und dem Frieden der Welt unvereinbar wäre. Keine andre Regierung habe gegen die beabsichtigte Annexion Verwahrung eingelegt. Schnelles Handeln sei trotzdem erforderlich. Dabei müsse die dort zu schaffende Gesetzgebung von sehr liberalem Geiste getragen sein und große Rücksicht auf die Rechte der Eingebornen und der Fremden nehmen. In einem Schreiben, in dem der Minister des Auswärtigen, General Foster, den mit Hawaii zu schließenden Vertrag dem Präsidenten Harrison vorlegt, sagt er, er habe von den Vertretern der leitenden Mächte in Washington und von den amerikanischen Vertretern im Auslande Versicherungen enthalten, denen er entnehme, daß die Einverleibung Hawaiis in die Vereinigten Staaten allenthalben mit Befriedigung, jedenfalls mit gänzlicher Ruhe aufgenommen werden würde. Der Vertrag besagt, bis zu anderweitigem Beschlusse des Kongresses werde die bestehende Regierung fortdauern und die vorhandnen Gesetze in Geltung bleiben, allerdings unter Kontrolle der Vereinigten Staaten. Ein in Hawaii residirender Regierungskommissar werde alle Handlungen der Regierung beaufsichtigen. Bis zur Herstellung der

nötigen neuen Einrichtungen werden die vorhandnen auswärtigen und handelspolitischen Beziehungen fortdauern. Die fernere Einwandrung von Chinesen sei verboten, und die jetzt in Hawaii befindlichen dürften nicht nach den Vereinigten Staaten kommen. Die Zuckerproduzenten würden an der Ausfuhrvergütung der Mac Kinley-Bill so lange nicht teilnehmen, als der Kongreß es nicht anders beschlossen habe. Jeder internationale Vertrag höre von selbst auf, sobald der eine der Vertragsstaaten seine Selbständigkeit verloren habe. Die zwischen Hawaii und dem Auslande geschlossenen Verträge würden somit alle mit dem Vollzug der Einverleibung ablaufen.

Der Senat tritt alsbald in die Beratung der Botschaft ein, in der sich die Redner vorwiegend dafür aussprechen.

15. März. Der neue Präsident der Republik zieht den Einverleibungsvertrag mit Hawaii zurück, der mit andern unerledigten Sachen an den Senat des neuen Kongresses übergegangen war.

Haiti.

Ende Januar. Ein Aufstand gegen Hippolyte, den Präsidenten der Republik, wird unterdrückt.

Ende April. Die Regierung drückt der Regierung der Republik San Domingo ihr Bedauern über den räuberischen Einfall von Banden aus und verspricht Schadenersatz. Beide Regierungen verpflichten sich, politischen Flüchtlingen kein Asyl zu gewähren, und kommen überein, im Falle einer fremden Einmischung zusammenzuhalten. Es wird ferner ausbedungen, daß weder Samana-Bai noch die Bucht von St. Nicholas ohne Zustimmung beider Republiken an eine fremde Macht abgetreten werden dürfe.

San Domingo.

14. März. Der Präsident der Republik, Heureaux, entnimmt der französischen Bank in San Domingo gewaltsam 6000 Dollars, zu deren Zahlung sie gerichtlich verurteilt war. Die Beamten hatten unter Berufung auf die Kanonen eines vor Anker liegenden französischen Schiffes die Zahlung verweigert.

Im Februar. Es entstehen Unruhen und gleichzeitig das Gerücht, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika sie zu einer Gebietserweiterung zu benutzen gedächten, worauf der dominikanische Gesandte in Paris die Versicherung giebt, daß an eine Gebietsabtretung und an ein Monopol für die Schiffahrt in der Samana-Bai nicht gedacht werde.

Mexiko.

17. Januar. Präsident Diaz eröffnet den Kongreß mit einer Botschaft, in der er mit Befriedigung des gedeihlichen Fortschritts der Republik gedenkt und besonders die günstige Entwicklung des Eisenbahnwesens nachdrücklich hervorhebt. Er stellt fest, daß innerhalb der letzten sechs Monate etwa 880 Kilometer Bahnlinien fertig geworden, wodurch das Eisenbahnnetz der Republik bis auf 11 000 Kilometer vervollständigt sei. Bezüglich des Budgets teilt er mit, daß Ersparnisse im Betrage von 3 000 000 Pfund Sterling gemacht seien, und daß die durch neue Taxen bedingten Revenuen einen noch höhern Ueberschuß in Aussicht stellten. Die Botschaft giebt der Erwartung Ausdruck, daß Mexiko künftig mit eignem Kapital sich zu helfen vermöchte.

Mittelamerika.

Anfang Januar. Seitdem der Plan des Panamakanals als gescheitert angesehen wird, bilden Verhandlungen wegen Wiederaufnahme der Durchbruchsarbeiten für einen internationalen Nicaraguakanal den vorwiegenden Gegenstand des öffentlichen Interesses für Mittelamerika. — Nach dem Scheitern des Plans einer Gesamtrepublik Mittelamerikas entsenden die fünf Staaten Bevollmächtigte zu einem Kongresse, der die Aufgabe hat, einen Freundschafts- und Friedensvertrag unter ihnen zustande zu bringen und eine zeitweise zusammentretende Versammlung von Bevollmächtigten zur Beratung gemeinsamer Angelegenheiten zu schaffen.

23. Januar. Eine Volksmasse in Guatemala macht einen Angriff auf das britische Konsulat, Präsident Barrios bittet darauf den englischen Gesandten, zur Vermeidung größerer Unruhen vorläufig auf Genugthuung zu verzichten.

3. März. In Nicaragua wird eine Verschwörung zum Sturz des Präsidenten Sacaza entdeckt.

27. März. In Costarica wird eine Verschwörung zur Ueberrumpelung der Citadelle und Verbreitung einer allgemeinen Revolution entdeckt.

Mitte April. Ein in Honduras erhobener Aufstand bleibt siegreich. Infolgedessen entfliehen Präsident Leiva und General Bogran.

29. April. In der Republik Nicaragua bricht ein Aufstand aus. Der Grund liegt in der fortgesetzten Eifersucht der Bewohner von Granada gegen die von Leon bezüglich der Präsidentschaft der Republik. Nachdem dieses Amt 30 Jahre in den Händen von Personen aus Granada gewesen war, kam es 1890 in die Sacazas aus Leon. Dieser unterdrückte 1891 einen Aufstand der Granader und verbannte viele angesehene Personen. Nachher wurden sie begnadigt und erhoben nun einen sorgsam vorbereiteten Aufstand, dessen Schauplatz hauptsächlich die Stadt Masaya ist.

Anfang Mai. In Honduras werden die Aufständischen endlich von General Vasquez besiegt, der jedoch nicht den geflüchteten Präsidenten zurückruft, sondern selbst die Regierung übernimmt. — Die Aufständischen in Nicaragua unter Führung des frühern Präsidenten Zavalla bleiben siegreich

und bemächtigen sich der Städte Granada, Managua, Rivas, Matagalpa und San Juan del Norte.

20. Mai. Die Aufständischen in Nicaragua siegen in einer großen Schlacht bei Masaya.

Brasilien.

Anfang März. Von den Unruhen in den Provinzen, unter denen die Republik seit ihrem Bestehen zu leiden hat, sind die um diese Zeit wieder erheblicher werdenden Unruhen in der Provinz Rio Grande do Sul die erheblichsten. Die Feindseligkeiten drehen sich zunächst um die Parteinahme für den Gouverneur Castilho und andrerseits für die Bildung einer losern Föderation der Staaten.

Mitte März. Die föderalistischen Truppen werden geschlagen und über die Grenze von Uruguay gedrängt.

23. März. In Rio de Janeiro versammelt sich zum zweitenmale eine Anzahl Mitglieder des Nationalkongresses, um die Mittel zu erwägen, die dem gegenwärtigen Bürgerkriege in Rio Grande do Sul ein Ende machen möchten. Es sind neun Senatoren und fünfzehn Deputirte, unter ihnen der Präsident der Kammer anwesend. Den Vorsitz führt Senator Marinho, der darlegt, wie dieser Bürgerkrieg die Interessen der gesamten Republik dauernd schwäche. Er hebt hervor, daß der Präsident der Republik die Bewegung in Rio Grande do Sul monarchistischen Zielen zuschreibe. Dem widersprechen andre und schlagen vor, eine außerordentliche Zusammenkunft des Kongresses zu veranstalten. Schließlich erklären einige Redner, das Beste würde die Abdankung des Präsidenten Peixoto sein.

3. Mai. Präsident Peixoto eröffnet den Kongreß. Er rühmt in seiner Ansprache die guten Beziehungen zum Auslande, kündigt große Arbeiten zum Zwecke der Förderung der Einwanderung an, erklärt die finanzielle Lage für gebessert und schließt mit dem Ausdrucke des Vertrauens in die Erhaltung des Friedens.

4. Mai. Die Aufständischen in Rio Grande do Sul werden in einer großen Schlacht besiegt.

Peru.

Anfang April. Es finden erhebliche Unruhen statt. Die Aufständischen werden schließlich von den Regierungstruppen besiegt.

28. April. In Lima werden von Anhängern eines Präsidentschaftskandidaten Unruhen erhoben, wobei es zu harten Kämpfen kommt.

Uruguay.

15. Februar. Der Präsident der Republik, Herrera, eröffnet den Kongreß. In seiner Botschaft heißt es, daß die Republik in guten Be-

ziehungen zu den fremden Mächten stehe. Was die finanziellen Verhältnisse des Landes anbetreffe, so befänden sie sich in einem bessern Zustande als früher, und zwar infolge der von der Regierung eingeschlagenen Handelspolitik, die, von liberalen Ideen durchdrungen, darnach strebe, die Entwicklung der nationalen Hilfsquellen zu fördern. Dank einer sorgsamen Verwaltung der Finanzen werde das Budget ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben aufweisen. Die Zahlung des zunächst fällig werdenden Kupons werde in Gold geschehen.

Argentinien.

Mitte März. Die mit Chile streitige Frage über die Grenze beider Staaten wird durch ein Uebereinkommen insoweit geschlichtet, als festgesetzt wird, daß beide Grenzmerkmale: die höchsten Kämme und die Wasserscheide, nicht vereinzelt, sondern nur als Ganzes aufzufassen und örtliche Abweichungen von ihm nicht zu berücksichtigen seien, mit der besondern Betonung, daß weder Argentinien bis an das Stille Meer beziehungsweise dessen Buchten, noch Chile diesseits des Zuges der höchsten Andenkämme Gebiete beanspruchen dürften. Ganz geordnet ist die Grenzfrage damit noch nicht; aber einem Bruch der Beziehungen scheint damit vorgebeugt zu sein.

Ende März. Aufstand in der Provinz Catamarca.

12. Mai. In der Botschaft, mit welcher der Präsident der Republik, Saenz Peña, den Kongreß eröffnet, wird hervorgehoben, daß die Beziehungen Argentiniens zu allen auswärtigen Staaten, insbesondre zu Brasilien und Chile gute seien. Die Regierung werde zunächst ihr Hauptaugenmerk auf die Reorganisation des Heeres und der Kriegsflotte richten. Die Lage des Staatsschatzes sei eine befriedigende. Der aus den in Europa aufgenommenen Anleihen herrührende Betrag der Staatsschuld erreiche die Höhe von 222 Millionen Goldpiaster. Die mit den Staatsgläubigern angeknüpften Unterhandlungen, die die Herabsetzung der Schuldzinsen bis zum Jahre 1898 zum Ziele hätten, seien ihrem Abschlusse nahe. Die Botschaft schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die radikale Partei ihren revolutionären Bestrebungen entsagen und an der Entwicklung der wirtschaftlichen Quellen des Landes mitwirken werde.

Chile.

2. Juni. Der Präsident der Republik, Montt, erklärt bei Eröffnung des Kongresses, die Beziehungen Chiles zu allen Ländern seien befriedigend. Er bedauere, daß Peru sich weigere, das von Chile, Frankreich und Großbritannien unterzeichnete Protokoll zu ratifiziren, um diejenigen Obligationen einzulösen, die zur Zahlung der aus dem Kriege zwischen Chile und Peru entstandnen Schulden ausgegeben worden sind. Die Aussichten des Landes in jedem Industriezweige seien vortrefflich.

Personen-Register.

Abbas II., Vizekönig v. Aegypten 405.
Abercorn, Lord 339.
Achad Chan, Emir v. Buchara 279.
Achelis, Prof. in Marburg 167.
v. Achenbach, Oberpräsident 164. 237.
Ackermann, R.-T.-Abg. 38. 40.
v. Adelmann, Graf, R.-T.-Abg. 205.
Adickes, Oberbürgerm. v. Frankf. a. M. 101.
Ahlwardt, R.-T.-Abg. 18. 20—26. 33. 126—128. 130—132. 134. 135. 137.
Alexander v. Hessen, Landgraf 230.
Alexander v. Serbien, König 415. 419.
Alfons, König v. Spanien 369.
Alfred, Herzog v. Edinburg 230.
Althaus, R.-T.-Abg. 62.
Althoff, Dr., Geh. O.-Reg.-Rat 85. 105.
Allain Targé, franz. Abg. 296.
Andrassy, Graf Th., ungar. Abg. 270.
Andrieux, früherer Pol.-Präf. v. Paris 288. 296.
Anna, Prinzessin v. Braganza 390.
Antonelli, ital. Abg. 345. 353.
Arendt, preuß. Abg. 75. 90.
Armijo, span. Abg. 365.
v. Arnim, Graf, R.-T.-Abg. 13. 33.
Asquith, brit. Staatssekr. 333.
Auer, R.-T.-Abg. 43. 44.
Augusta, Prinzessin v. Bayern 258.

Bachem, Dr., R.-T.-Abg. 2. 83. 89. 94.
Bahnson, dän. Minister 394.
Baïhaut, franz. Min. a. D. 283. 284. 294. 298.
Balfour, brit. Abg. 321. 322. 325. 328. 330. 338. 339.
v. Balleſtrem, R.-T.-Abg. 23. 204.
Bamberger, R.-T.-Abg. 9. 10. 42. 185.
Barboux, franz. Anwalt 289.
Barth, R.-T.-Abg. 1. 10. 12. 32. 38. 41. 114. 185.
Baudin, franz. Abg. 308.
Baumann, d. Afrikareiſender 256.
Baumbach, R.-T.-Abg. 8. 13. 103.
Bebel, R.-T.-Abg. 2. 3. 6. 7. 13. 15. 16. 19. 49. 56. 57. 68.
Beernaert, belg. Min.-Präſ. 375. 376. 378.
v. Bennigſen, R.-T.-Abg. 56. 57. 60. 121.
v. Berlepſch, preuß. Min. 44. 87. 88. 100.
Björnſtjerna, ſchwed. Abg. 396.
Blanc, ital. Senator 357.
Blount, nordamer. Geſandter 436.
Böckel, R.-T.-Abg. 135.
Bödiker, preuß. Abg. 86.
v. Boetticher, Staatsſekr. 2. 7. 10. 11. 19. 44.
v. Boguslawski, preuß. General a. D. 115. 116.
Bohtz, Geh. Rat 85.
Bonacci, ital. Miniſter 346. 352.
Borie, franz. Abg. 296.
Boſſe, preuß. Min. 77. 79—86. 97.
Bourgeois, franz. Miniſter 291. 292. 296—298.
Bovio, ital. Abg. 345. 347.
Bowther, brit. Abg. 319.
Brandenburg, R.-T.-Abg. 41.
Brandes, dän. Abg. 393.
Brin, ital. Min. 349. 351. 354—358.
Brinkmann, welf. Agitator 212.
Broemel, R.-T.-Abg. 34. 100.
Brüel, R.-T.-Abg. 185.
Bryce, brit. Abg. 327.

Buhl, Dr., R.-T.-Abg. 2. 8. 14. 17. 56.
Buls, Bürgermstr. v. Brüssel 384.
v. Buol, Freih., R.-T.-Abg. 38. 50. 185.
Bürklin, R.-T.-Abg. 41.
Buxton, brit. Abg. 319. 384.

v. Caprivi, Graf, deutscher Reichskanzler 8. 9. 13. 14. 17. 20. 45. 48—50. 53—60. 63. 67. 140. 197. 229. 237. 349.
Cardanus, Redakt. d. Köln. Volksz. 161.
Carnot, Präsident der franz. Republik 283. 284. 286. 288. 309.
Carp, rumän. Abg. 414.
Cassagnac, franz. Abg. 287. 291. 297. 303.
Cavaignac, franz. Abg. 292.
v. Cedercrantz, Oberrichter in Samoa 437.
Challemel-Lacour, Präsident d. franz. Senats 305.
Chamberlain, brit. Abg. 327.
Chandler, nordamerik. Senator 438. 444.
de Charette, franz. General 311.
Chimirri, ital. Abg. 345. 347.
v. Chlumecky, österr. Abg. 265.
Christian IX., König v. Dänemark 395.
Churchill, Lord, brit. Abg. 322. 338.
Clemenceau, franz. Abg. 287. 291. 293. 294. 295. 299.
Cleveland, Präs. d. nordamerik. Union 439—441.
Colajanni, ital. Abg. 345. 348. 350.
Constans, franz. Senator 298. 315.
Coremans, belg. Abg. 381.
Costa, ital. Abg. 345.
Cottu, Angekl. im Panama-Prozeß 284. 293. 297.
Cremer, Konsistorialrat 245.
Crispi, ital. Abg. 345. 346. 350.
Cromer, Lord, brit. Botschafter 406.
Csaky, ungar. Minister 272.
v. Czarlinsky, preuß. Abg. 74. 91.

Danilo, Erbprinz v. Montenegro 280.
v. Dannenberg, Rechtsanw. 211. 212.
Dasbach, preuß. Abg. 86.
Dauzenberg, preuß. Abg. 82.
Deburlet, belg. Minister 381.
v. d. Decken-Ringelheim, Graf, R.-T.-Abg. 70. 164. 187.
Delahaye, franz. Abg. 288.
Deroulède, franz. Abg. 299.
Develle, franz. Minister 288. 300—302. 307.
Devès, franz. Senator 292.
Devonshire, Herzog v. 337. 339.
Dias Fereira, portug. Ministerpr. 373.
Diaz, Porfirio, Präs. v. Mexiko 446.
Dieſt-Daber, Landwirt 146.
Dilke, brit. Abg. 335.
Dokitsch, serb. Ministerpräs. 421.
Drawe, preuß. Abg. 90.
Dschewad Pascha, türk. Großvezier 405.
Dufferin, Lord, brit. Botsch. 293. 406.
Dugué de la Fauconnerie, franz. Abg. 295.
Dünkelberg, preuß. Abg. 90.
Dupuy, franz. Ministerpr. 299. 307. 313.

Eiffel, Angekl. im Panama-Prozeß 284. 285. 287.
Emanuel, Herzog von Aosta 243.
Emin Pascha 255.
Endemann, R.-T.-Abg. 11.
Enneccerus, preuß. Abg. 74.
Ernst August, Herzog v. Cumberland 162. 219.
Ernst Ludwig, Großherzog v. Hessen 193.
Eula, ital. Minister 356.
Eulenburg, Graf zu, preuß. Ministerpr. 75. 76. 92.
v. Eynern, preuß. Abg. 74. 94. 95. 100.
Eyschen, luxemb. Minister 391.

Fakhry Pascha, ägypt. Ministerpr. 406.
Falkenhayn, Graf, österr. Minister 259.
Fejérváry, Frhr., ungar. Minister 272.
Ferdinand IV., Großherzog v. Toskana 238.
Ferdinand, Prinz v. Rumänien 229. 412.
Ferdinand, Prinzregent v. Bulgarien 409. 410.
Ferrari, ital. U.-Staatssekr. 357.
Ferry, Präs. d. franz. Senats 303—306.
Finali, ital. Senator 347.
Fischer, Bundesratsbev. im Reichstag 15.
Floquet, franz. Abg. 293—295. 300.
Flourens, franz. Abg. 290.
Förster, Prof. in Berlin 200.
Fontane, Angekl. im Panama-Prozeß 284. 293. 294.
Fortis, ital. Abg. 345.
Foster, nordamerik. Staatssekr. 435.
Francke, preuß. Abg. 76.

v. François, Befehlsh. d. Schutztr. in Südwestafrika 254.
Franz Salvator, Erzherzog 257.
v. Frankenberg, Graf 101.
Frege, Dr., Landwirt 143.
Freycinet, französ. Abg. 283. 284. 293—295.
Friedberg, preuß. Minister a. D. 232.
Friedberg, preuß. Abg. 85. 96.
Friedrich, Kaiserin 232. 239.
Friedrich, Großherz. v. Baden 193. 194.
Friedrich Ferdinand, Herz. v. Schlesw.-Holstein 230.
Friedrich Karl, Prinz. v. Hessen 230. 232.
Friedrich Leopold, preuß. Prinz 248.
Friedrich Wilhelm, Großherzog von M.-Strelitz 236.
Fritzen, R.-T.-Abg. 16.
Frohme, R.-T.-Abg. 11.
Fuchs, preuß. Abg. 208.
Funck, Bundesratsbev. im Reichstag 17.
Funck, R.-T.Abg. 38.
Fusangel, R.-T.-Abg. 159. 160.

v. Gagern, R.-T.-Abg. 31.
Gagliardo, ital. Minister 356.
Gamazo, span. Minister 365.
Gamp, R.-T.-Abg. 30. 33.
v. Gautsch, österr. Minister 262.
Georg, Herzog v. Cambridge 343.
Georg, Herzog von York 343.
Georg Tuba, König von Tonga 437.
Gerlach, preuß. Abg. 90.
Giolitti, ital. Ministerpr. 343. 346—348. 353. 355. 356.
Gladstone, brit. Ministerpr. 317. 319. 320. 325. 327. 330. 336. 339.
v. Gneist, Prof., Abg. 120. 249.
Goblet, franz. Abg. 314.
Gobron, franz. Abg. 295.
Goldschmidt, R.-T.Abg. 2. 11. 30.
v. d. Goltz-Pascha 108. 110. 117.
Goschen, brit. Abg. 322. 323. 339.
v. Goßler, Generalmajor 52. 54.
Gouffot, franz. Abg. 292.
Graf, preuß. Abg. 91.
Gregr, böhm. Abg. 260. 261. 264.
Grevy, franz. Senator 292. 294.
Grey, brit. Parl.-Sekr. d. Auswärtigen 334—337.
Grillenberger, R.-T.-Abg. 30.
Grimaldi, ital. Minister 346. 350.
Gröber, R.-T.-Abg. 185.
Gruitsch, serb. General 417.
Guérin, franz. Minister 307.
Günther, Herzog v. Schlesw.-H. 230.
Günther, Fürst v. Schw.-Rudolst. 238.
Gurko, russ. General 280.

Hammacher, Dr., preuß. Abg. 17. 74. 89.
v. Hammerstein, R.-T.-Abg. 54. 59.
Hanauer, Staatssekretär 36. 244.
Harcourt, brit. Kanzler d. Schatzkammer 319. 331.
Harrison, Präs. d. nordamerik. Union 439. 444.
v. Hatzfeldt, Fürst, R.-T.-Abg. 11.
d'Haussonville, Graf 310. 311.
Haußmann, R.-T.-Abg. 118.
v. Heeremann, preuß. Abg. 41. 81.
Heinrich, preuß. Prinz 233. 234. 238.
Hinze, R.-T.-Abg. 119.
v. Helldorff, R.-T.-Abg. 70. 135.
v. Henk, R.-T.-Abg. 16.
Herrera, Präs. v. Uruguay 447.
Hertwig, Rechtsanwalt 126.
Herschell, Lord 342.
Herz, Cornelius 284. 285. 288. 291. 294. 299.
Heureaux, Präs. v. San Domingo 445.
v. Heydebreck, preuß. General a. D. 118.
v. Heyden, preuß. Minister 90. 91. 151.
Hintze Ribeiro, portug. Ministerpr. 373.
Hitze, R.-T.-Abg. 7. 44. 88. 160.
Höffert, R.-T.-Abg. 32.
v. Hoensbroech, Graf 13. 246.
v. Hohenlohe-Langenburg, Fürst 256.
v. Hohenthal, Graf, sächs. Ges. 2. 102.
v. Hohenwart, Graf, österr. Abg. 259.
Hollmann, Staatssekr. 16. 17.
Holtz, R.-T.-Abg. 31.
v. Hompesch, Graf, R.-T.-Abg. 185. 208.
v. Hornstein, Frhr., R.-T.-Abg. 70.
Horvath, ungar. Abg. 270.
v. Hoyos, Graf, österr. Botsch. 288. 291.
Hubbard, franz. Abg. 302.
v. Huene, R.-T.-Abg. 62. 120. 173. 207.
Hug, R.-T.-Abg. 30.
Humbert, König v. Italien 239. 354.

James, brit. Abg. 324. 339.
v. Jazdzewski, Dr., R.-T.-Abg. 79. 85.
Jebsen, R.-T.-Abg. 11.
Imwalle, preuß. Abg. 87.
v. Joinville, Prinz 311.

Jokai, ungar. Abg. 263.
Joseph Augustin, Erzherzog 258.
v. Isenburg-Birstein, Fürst 210.

Kastan, Prof. in Berlin 247.
Kahl, Prof. in Bonn 197.
Kaiulani, Prinzessin 435. 436.
Kaiser, österr. Abg. 264.
v. Kalnoky, Graf 275—279. 356. 357.
v. Kaltenborn-Stachau, preuß. Minist. 17. 19. 21. 33. 67. 71.
v. Kameke, preuß. General a. D. 123.
v. Kanitz, Graf, R.-T.-Abg. 1. 7. 44.
v. Kardorff, R.-T.-Abg. 32. 44.
Karl, König v. Portugal 370.
Karl, König v. Rumänien 229.
v. Karoly, Graf, ungar. Abg. 271.
Katharina, Prinzess. v. Hohenzoll. 234.
Kaulla, Bankier 238.
v. Kaunitz, Graf, österr. Abg. 263.
Kayser, Bundesratsbev. 13.
v. Keudell, Reichstagsabg. 15.
Kieschke, preuß. Abg. 74.
Kimberley, Earl of 317.
v. Klinckowström, Graf 102. 104.
Knebel, preuß. Abg. 86. 100.
Kolisch, preuß. Abg. 76.
v. Komierowski, R.-T.-Abg. 56. 70.
Kopp, Fürstbischof v. Breslau 238.
Krause, preuß. Abg. 94.
Krementz, Erzbischof v. Köln 239.
Kropatscheck, Dr., R.-T.-Abg. 84. 85.
Krüger, Präs. v. Transvaal 430.
Kugler, Geheimrat 82.
Kunert, R.-T.-Abg. 10.

Labouchère, brit. Abg. 319.
Lahovary, rumän. Minister 230. 413.
Langerhans, Dr., R.-T.-Abg. 76. 79.
Lavaca, ital. Minister 346.
Ledochowski, Kardinal 205.
Lehnert, Geh. O.-F.-Rat 87.
Lejeune, belg. Minister 382.
Lender, Dekan 205. 217—219.
Leopold, Fürst v. Hohenzoll. 229. 239.
Leopold, König d. Belgier 334. 387.
Le Royer, Präs. d. franz. Senats 303.
v. Leszczynski, preuß. General 112.
v. Lesseps, Graf 284. 286. 293—295. 298.
Leydet, franz. Abg. 302.
v. Levetzow, Präs. des d. Reichstags 22. 24. 26.
v. Lewinski, pr. General 112.
Lieber, R.-T.-Abg. 19. 24. 52. 68. 71. 74. 158. 185. 209.
Liebermann v. S., R.-T.-Abg. 15. 21. 26. 200.
Liebknecht, R.-T.-Abg. 6. 20. 43. 214.
v. Limburg-Stirum, Graf, preuß. Abg. 75. 76. 100. 145.
Lingens, R.-T.-Abg. 11. 17.
v. Lobkowitz, Fürst, Landtagsmarsch. 261.
v. Loë, preuß. General 41. 114. 234. 361.
Loizillon, franz. Minister 307.
Lotichius, preuß. Abg. 75. 87.
Loubet, franz. Minister 298.
Lucius, R.-T.-Abg. 12.
Lutz, R.-T.-Abg. 147.
Lydia Kamakanha, Königin 433.

Majunke, Kaplan 160.
Margarethe, Prinzessin von Preußen 230. 231. 395.
Margarethe, Infantin 369.
v. Maltzahn-Gültz, Staatssekr. 11. 21. 22. 29. 30. 32. 41. 56.
Milan, Exkönig von Serbien 415.
Millevoye, frz. Abg. 289. 291. 298. 299.
v. Manteuffel, R.-T.-Abg. 7. 9. 19. 23. 68. 151. 198.
Maria, Prinzess. v. Edinburg 229. 412.
Maria Luise, Prinzessin v. Parma 409.
v. Marquardsen, Dr., R.-T.-Abg. 18. 19.
Marschall v. Bieberstein, Staatssekr. 2. 7. 12. 253.
Masaryk, böhm. Abg. 278.
Mathews, sansib. Minister 428.
v. Matuschka, Graf, R.-T.-Abg. 207.
v. Meerscheidt-Hülleſſem, preuß. General 239.
Menelik, K. v. Abessynien 359.
Menzer, R.-T.-Abg. 40.
Merlin, franz. Senator 306.
Metzger, R.-T.-Abg. 11.
Meyer, Dr., R.-T.-Abg. 168.
v. Minnigerode, preuß. Abg. 73. 88. 89. 90. 91. 92.
Miquel, preuß. Minist. 72. 74. 94—96.
v. Mirbach, Graf 9. 12. 103. 145. 148.
Möller, R.-T.-Abg. 6. 31. 44.
Moharra, Sultan in Afrika 427.
v. Mohrenheim, ruff. Botsch. 286. 288.
Mommsen, Professor 136. 204.
Monaco La Valetta, Kardinal 361.
Montt, Präs. v. Chile 448.
Morley, brit. Staatssekretär f. Irland 318. 322. 327. 329. 330.

v. Moser, württ. Bundesr.-Bev. 31.
de Mun, Graf, franz. Abg. 309. 360.
Mustapha Fehmi Pascha, ägypt. Min. 405.

Nadbyl, preuß. Abg. 87.
Nasi, ital. Abg. 348.
Neubauer, preuß. Abg. 80.
Nikolaus, Zarewitsch 231.
Nyssens, belg. Abg. 377. 378.

Oechelhäuser, R.-T.-Abg. 13. 202.
v. Oertzen, preuß. Abg. 83.
v. Orschewsky, ruff. General 281.
Oskar II., König v. Schwed. u. Norw. 397.

Paasche, Prof. in Marburg 201.
Pandolfi, ital. Abg. 356.
v. Pape, Generalobern 233.
Papendieck, preuß. Abg. 76.
Paris, Graf von 311.
Pasquin, span. Minister 369.
Payer, R.-T.-Abg. 54. 70. 184.
Peereboom, van der, belg. Min. 381.
Pellouz, belg. Minister 348.
Périer, franz. Abg. 300. 312.
Peytral, franz. Minister 307.
v. Pfeil-Hausdorf, Graf 103.
v. Pfetten, Freih., R.-T.-Abg. 33. 205.
Philipp, Herz. v. Orleans 311.
Pi y Margall, span. Abg. 366. 367.
Pieschel, Dr., R.-T.-Abg. 33.
v. Plener, österr. Abg. 259. 264. 265. 273.
v. Plettenberg, preuß. Abg. 83.
v. Ploetz, Landwirt 138. 141. 146. 147. 153.
Poincaré, franz. Minister 307.
Porsch, Dr., R.-T.-Abg. 76. 83. 84.
Portal, brit. Bev. in Afrika 429.
v. Preysing, Graf, R.-T.-Abg. 70. 185.
Proust, franz. Abg. 294. 295.

Racchia, ital. Minister 355.
v. Radolin, Fürst, deutscher Botsch. 238.
Rampolla, Kard.-Staatssekr. 244.
v. Ratibor, Herzog 233.
Redmond, irischer Abg. 321.
v. Reetz-Thott, dän. Min. 392. 393.
Renault, franz. Senator 292.
Riaz Pascha, ägypt. Min. 406. 408.
Ribot, franz. Min.-Präs. 283. 286. 289. 290. 292. 297. 299. 301. 303. 306.
Richter, R.-T.-Abg. 3. 17. 18. 21—23. 25. 26. 47. 55. 56. 60. 67. 173. 184.
Rickert, R.-T.-Abg. 7. 9. 25. 26. 30. 31. 32. 38. 56. 57. 74. 76. 80. 90. 91. 93. 204.
v. Riepenhausen, Landwirt 145.
Rietschl, Prof. in Leipzig 168.
Rieunier, franz. Minister 307.
Rintelen, R.-T.-Abg. 35.
Rittitsch, serb. Regent 422.
Ritter, preuß. Abg. 88. 100.
Roche, franz. Abg. 299.
Rogge, Hofprediger 168.
Rosebery, Lord, brit. Minister 407.
Rösicke, R.-T.-Abg. 11.
v. Rothkirch-Trach, Graf 126.
Rouvier, franz. Abg. 292.
di Rudini, ital. Abg. 344.
Ruprecht, Landwirt 138. 142.
Russel, brit. Abg. 329. 329.

Saenz Peña, Präs. v. Argentinien 4.
Salisbury, Lord 338. 340.
Samhammer, R.-T.-Abg. 13.
Sattler, preuß. Abg. 83.
Say, franz. Senator 314.
Sayyid Ali ben Said, Sultan von Sansibar 429.
Sayyid Hamen ben Tuini, Sultan von Sansibar 429.
Schäffle, österr. Min. a. D. 110.
Schaffner, preuß. Abg. 91.
v. Schalscha, R.-T.-Abg. 10. 90.
v. Schele, Gouv. v. Deutsch-Ostafrika 255.
v. Schelling, preuß. Minister 86.
Schenk, Dr., schweiz. Bundespräs. 241.
v. Scheuckendorff, preuß. Abg. 85. 99.
v. Schkopp, preuß. General 112.
Schlauch, ungar. Bischof 272.
Schmelzer, preuß. Abg. 82. 84. 85. 86.
Schmieding, preuß. Abg. 100.
Schmidt, R.-T.-Abg. 2. 14. 26. 89.
Schmitz, preuß. Abg. 86. 94. 100.
Schmoller, Professor 136.
Schneider, österr. Abg. 128.
v. Schönborn, Graf, österr. Min. 259. 261.
v. Schorlemer-Alst 104. 122. 157. 205.
Schopper, ungar. Bischof 266.
Schrader, preuß. Abg. 185.